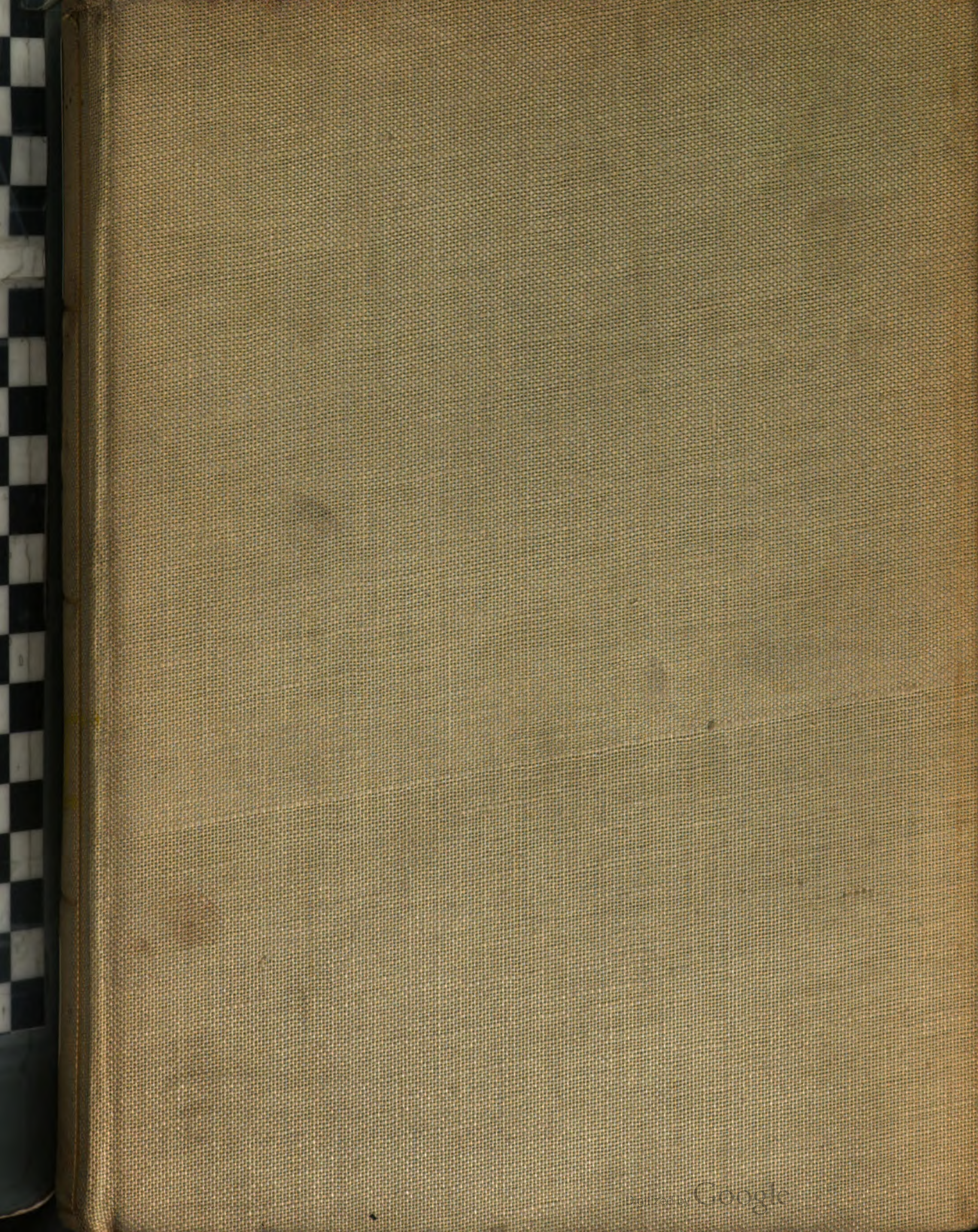






ZEITSCHRIFT FÜR
GEOPOLITIK

Herausgegeben von *Dr. K. Haushofer*, Honorarprofessor an der Universität, München, General-Major a. D., *Dr. E. Obst*, o. Professor an der technischen Hochschule, Hannover, *Dr. H. Lautensach*, Studienrat, Hannover, *Dr. O. Maull*, a.o. Prof. an der Universität, Frankfurt a. M., unter ständiger Mitarbeit des „Wirtschaftsdienst", Hamburg. Schriftleitung: *Dr. F. Hesse*, Berlin-Grunewald, Hohenzollerndamm 83.

II. JAHRGANG 1925
II. HALBBAND
HEFT 7-12 / JULI-DEZEMBER

BERLIN-GRUNEWALD
KURT VOWINCKEL VERLAG



INHALTSVERZEICHNIS

VON HEFT 7-12 / JULI-DEZEMBER 1925

*ES BEDEUTEN: L LEITAUFSATZ, U UNTERSUCHUNG, B BERICHT, * MIT KARTENBEIGABEN ODER ILLUSTRATIONEN*

CARL HANNS POLLOG:
WAHRER VÖLKERBUND UND SCHEIN-VÖLKERBUND

"In this room, on this occasion, it is natural that we should be most conscious of that League of Nations, in whose name we are assembled — the British Commonwealth, that system of States spread all over the world, far greater, as General Smuts once truly said, than any empire which has ever existed. 'A dynamic system growing, evolving all the time towards new destinies.'

Before me I see men who together can speak for a world commonwealth containing one quarter of mankind. The peoples you represent are drawn from all the continents, from all their races, from every kind ot human society. Like a network of steel embedded in concrete this commonwealth holds more than itself together. It held through the greatest cataclysm that has ever shaken the foundations of the world. Dissolve those ties, and civilization itself would collapse.

We are often told that self-interest binds the Empire together. A half-truth presented as the whole is a dangerous falsehood. I have likened the ties which unite us to steel, but steel of the wrong temper may be brittle as glass. The only element which can give a tensile quality to human ties is a sense of duty in men to each other. We who are gathered in this chamber will strengthen the bonds which unite us so far as we are able to keep in mind the needs of others than those for whom we speak. We stand here on an equal footing, and no Government present in this chamber can bind the rest.

We can act with effect so far as we agree and no further, but I weigh my words when I say that we shall achieve agreement, and so strengthen the bonds which unite us only in so far as each and all of us is seeking how to relieve not only our own difficulties and troubles, but those also of a distracted world. The British Empire cannot live for itself alone. Its strength as a commonwealth of nations will grow so far as they unite to bear on their shoulders the burdens of those weaker and less fortunate than themselves."

Oder auf deutsch:

„In diesem Raum und bei dieser Gelegenheit ist es selbstverständlich, daß wir uns des Völkerbundes klar bewußt sein sollten, in dessen Namen wir versammelt sind, des britischen Gemeinwesens, des Systems von Staaten, das über die ganze Welt verstreut ist, das weit größer ist — wie General Smuts einmal sehr richtig bemerkt hat — als jedes Reich, das jemals existiert hat. ‚Ein dynamisches System, das fortwährend wächst und sich zu neuen Bestimmungen entwickelt.'

Vor mir sehe ich Männer, die zusammen für ein Welt-Gemeinwesen sprechen können, das ein Viertel der Menschheit umfaßt. Von allen Kontinenten, von allen Rassen, von jeder Art der menschlichen Gesellschaft stammen die Völker, die Sie vertreten. Wie ein Netzwerk aus Stahl, das in Beton eingebettet ist, hält dieses Gemeinwesen mehr als sich selbst zusammen. Es hat durch den schwersten Sturm gehalten, der jemals die Welt in ihren Grundfesten erschütterte. Lösen Sie diese Bande, und die Zivilisation selbst würde zusammenbrechen.



Man sagt oft, daß das Reich durch Selbstinteresse zusammengehalten wird. Eine halbe Wahrheit aber, die man als die ganze ausgibt, ist eine gefährliche Falschheit. Ich habe die Bande, die uns einen, mit Stahl verglichen, aber Stahl von schlechter Qualität kann spröde sein wie Glas. Das Einzige, was menschlichen Banden Greifbarkeit verleihen kann, ist das Bewußtsein der gegenseitigen Pflichterfüllung. Wir, die wir hier in diesem Saal versammelt sind, werden nur soweit die Bande, die uns zusammenhalten, stärken, als wir fähig sind, die Nöte anderer zu berücksichtigen als derer, für die wir Vertreter sind. Wir stehen hier auf gleicher Stufe, und keine hier vertretene Regierung kann die übrigen binden.

Wir können wirkungsvoll handeln soweit, als wir uns in Übereinstimmung befinden, und nicht weiter, und ich wäge meine Worte, wenn ich sage, daß wir Übereinstimmung erreichen werden und so die Bande, die uns einigen, stärken werden nur insoweit, als jeder einzelne von uns und wir alle zusammen danach streben, nicht nur unsere eigenen Sorgen und Nöte zu erleichtern, sondern auch die einer zerrissenen Welt. Das Britische Reich kann nicht für sich allein leben. Seine Stärke als eine Gemeinschaft von Nationen wird soweit wachsen, wie diese sich vereinigen, um auf ihren Schultern die Bürde derer zu tragen, die schwächer und weniger glücklich sind."

Mit diesen Worten beschloß der britische Premierminister Stanley Baldwin seine Eröffnungsrede der englischen Reichskonferenz vom Oktober/November 1923.

Der darin enthaltene Vergleich des englischen Weltreiches mit einem Völkerbund legt einige Betrachtungen zur Völkerbundsfrage überhaupt nahe, die ja in der letzten Zeit gerade wieder recht aktuell geworden ist. Dieser Vergleich ist von hoher Bedeutung, denn wenn man auch an Baldwins schönen Phrasen den nötigen Abzug wegen „cant" anbringt, so bleibt doch immer noch weit mehr übrig, als ein bloßes Spiel mit Worten. Es ist durchaus nicht gleichgültig, ob man sagt „Britisches Reich" oder „Britisches Gemeinwesen von Nationen" oder „Britischer Völkerbund". Die Wichtigkeit dieser neuen Formulierung des Verhältnisses zwischen den großen Dominions und dem Mutterland ist denn auch in der englischen Presse vollauf gewürdigt worden, während, soweit ich orientiert bin, die deutschen Zeitungen achtlos daran vorübergingen. Die folgenden Zeilen sollen nun kurz darlegen, wie vom Standpunkt Deutschlands aus diese Frage zu betrachten wäre.

Bekanntlich wurde der Völkerbund durch den euphemistisch sogenannten „Friedensvertrag" von Versailles geschaffen. Ihm gehören die Unterzeichner dieses „Vertrages" als Gründungsmitglieder an, also die Mächte, die Deutschland im Weltkriege — mehr oder weniger freiwillig — gegenüberstanden. Die neutralen Mächte werden in der Anlage zu dem den Völkerbund be-



handelnden ersten Teil des Versailler Dokuments zum Beitritt eingeladen und sind denn auch größtenteils dieser Einladung gefolgt. Die Mittelmächte sind „vorläufig" ausgeschlossen. Der Hauptzweck des Völkerbundes ist satzungsgemäß der, zukünftige Kriege zu verhindern. Man hatte ja in England, den Vereinigten Staaten von Nordamerika, in den anderen alliierten und assoziierten und neutralen Ländern immer und immer wieder laut hinausposaunt, der Weltkrieg sei der letzte Krieg, „the war to end war", und beabsichtigte nun, sich im Völkerbund das Instrument zur Umsetzung dieses Gedankens in die Tat zu schaffen. In diesem Sinne wurde er von der öffentlichen Meinung Englands mit großer Freude begrüßt, und wir haben keinen Grund, diese Freude als unaufrichtig oder als cant anzusehen. Man muß sich dazu die Geistesverfassung der englischen Bevölkerung bei Kriegsende vorstellen. Durch die Jingopresse war dem Briten schon lange vor dem Kriege immer und immer wieder in den Kopf gehämmert worden, daß Europa auf einem Pulverfasse sitze, in das der böse Deutsche bei passender Gelegenheit die Brandfackel schleudern würde. Schließlich war nicht nur der einfache Mann von der Wahrheit dieser Behauptung überzeugt, nein, auch Gebildete, sogar Leute, die Deutschland kannten, glaubten sie allen Ernstes. Man halte sich z. B. den geistigen Entwicklungsgang des vor dem Kriege durch seine phantastischen Romane, nach dem Kriege durch seine Weltgeschichte berühmt gewordenen englischen Schriftstellers Herbert George Wells vor Augen, der sich in dem Kriegsroman „Mr. Britling Sees It Through" ja mit dem Durchschnittsengländer der gebildeten Klassen identifiziert hat, und das sicher mit Recht. Auf dem derartig gut vorbereiteten Boden trug natürlich Lord Northcliffes Lügensaat hunderttausendfältige Frucht. „The Hun is at the gate", schrieb Rudyard Kipling kurz nach Kriegsausbruch in einem flammenden Gedicht. Aber das Scherzwort „business as usual" erwies sich als irrig: England mußte unerhörte Opfer an Gut und Blut bringen wie noch nie in einem europäischen Kontinentalkrieg. Was Wunder, daß nach Beendigung des Krieges das englische Volk mit aufrichtiger Freude die Errichtung einer Versicherungsanstalt gegen zukünftige ähnliche Vorkommnisse begrüßte. Und was Wunder, daß man es ganz in der Ordnung fand, daß die Mittelmächte von der Gesellschaft der „freien Nationen der Welt" vorläufig ausgeschlossen sein sollten, nachdem den Engländern durch systematische Propaganda die Überzeugung beigebracht worden war, daß den „Hunnen" gegenüber fair play direkt gefährlich sei. So wurde der Deutsche der Paria unter den Nationen.

Und es fand sich eine „deutsche" Hand, die dieses Ausstoßungsurteil unterschrieb! —

Es gab damals viele Leute in Deutschland, die erwarteten, daß der Gegner bereitwilligst alles Vergangene vergessen und „verzeihen" würde, wenn man



ihm nur weit genug entgegen käme und ihm dadurch zeigte, daß man mit dem alten Geist radikal gebrochen habe. Sie ließen sich in dieser Meinung auch dann nicht beirren, als die verschiedenen Konferenztische, an die Deutschland zitiert wurde, verzweifelte Ähnlichkeit mit Anklagebänken aufwiesen. Nun, wer in Deutschland nur ein wenig geopolitisches Verständnis, ja, wer nur etwas gesunden Menschenverstand besitzt, hat sicher nichts dagegen, daß der sehnlichste Wunsch dieser Unentwegten, einen deutschen Vertreter im Völkerbundspalast in Genf zu sehen, sich noch nicht erfüllt hat. Denn dieser Völkerbund hat für Deutschland doch einen großen Haken. Sehen wir einmal ganz davon ab, daß er seiner ganzen Geschichte nach der stets sichtbare Exponent der Lüge von der Alleinschuld Deutschlands am Kriege ist, sehen wir einmal ganz von seinen „Taten" ab, deren Zeugen wir ja alle waren, so müssen wir ihn doch schon aus prinzipiellen Gründen für gänzlich ungeeignet zur Übernahme der gewiß hohen und idealen Missionen erklären, die ein wahrer Bund der freien Nationen der Welt zu erfüllen hätte. Ein wahrer Völkerbund kann doch nicht durch ein Dekret von vier Leuten aus dem Nichts geschaffen werden! Ein Bund von Völkern kann doch nicht geschaffen werden zu einer Zeit, wo weite Klüfte zwischen den einzelnen Völkern gähnen! Ein wahrer Völkerbund kann doch nicht einzelne Nationen satzungsgemäß ausschließen!

Man wird mir entgegenhalten, daß die Statuten des Völkerbundes ja den eventuellen späteren Eintritt Deutschlands vorsehen und daß gegenwärtig ja die Ententemächte selbst Deutschland zum Beitritt zu bewegen versuchen. Das ist richtig, und unter Umständen wäre auch gar nichts dagegen einzuwenden gewesen, daß Deutschland nicht Gründungsmitglied ist, wenn nämlich gesagt worden wäre: „Die unterzeichneten Nationen konstituieren den Völkerbund. Alle anderen Nationen sind zum Beitritt eingeladen." Die moralische Quarantäne aber kann natürlich niemand über sich verhängen lassen. Und lassen wir einmal sogar die Frage nach der Berechtigung dieser Quarantäne beiseite, so zeigt schon die Tatsache allein, daß man über einzelne Nationen eine derartige Bewährungsfrist verhängen zu müssen glaubte, daß eben der Zeitpunkt zur Entstehung des Völkerbundes ungeeignet war, daß die Zeit noch nicht reif dazu ist. Ein Schein-Völkerbund aber ist ein Wesen, das nicht leben und nicht sterben kann, wie die Ereignisse der letzten Jahre zur Genüge gezeigt haben, denn man kann Abgründe nicht mit Heftpflaster schließen.

Und Erdbeben kann man nicht mit Pillen heilen. Ein wahrer Völkerbund kann nicht in einem Augenblick gegründet werden, wo die Völker gegeneinander toben. Es kann nicht einmal in einem Friedensvertrag dekretiert werden, daß von jetzt ab ein Völkerbund besteht. Nein, ein wahrer Völkerbund kann überhaupt nicht gegründet und dekretiert werden, sondern muß



langsam und allmählich organisch erwachsen aus dem Bewußtsein der Völker, daß sie aufeinander angewiesen sind, sei es aus völkischen, wirtschaftlichen oder gefühlsmäßigen Gründen, aus dem Bewußtsein, daß des einen Leid auch des andern Leid ist, und daß des einen Freud' auch dem andern Freud' bringt, und aus der klaren Erkenntnis der Tatsache, daß es so viele Fragen gibt, deren Regelung nicht der Willkür jedes einzelnen Staates überlassen bleiben darf, aus dem „sense of duty in men to each other".

Noch sind die Wunden des Weltkrieges nicht verharscht, noch stehen sich Völker ablehnend, ja feindlich gegenüber: die Zeit zur Entstehung eines wahren Bündnisses der Nationen scheint ferner denn je. Und doch sehen wir in der heutigen Welt zwei Gruppen von Staaten, die Ähnlichkeit mit idealen Völkerbünden zeigen, die man gewissermaßen als Völkerbundssprößlinge bezeichnen könnte. Der eine dieser Sprößlinge treibt schon lustig grüne Blätter, während der andere gerade aus dem Boden herauskommt, so daß man ihn gerade sehen und sein Wesen erkennen kann. Diese beiden Keimlinge sind das britische Weltreich und die Gemeinschaft der spanischen Nationen.

Spanien hatte bekanntlich einst ein Kolonialreich, in dem die Sonne nicht unterging; jetzt sind von dieser Herrlichkeit nur noch kümmerliche Reste übrig geblieben. Schuld an diesem Niedergang sind teils der Neid und die Habgier äußerer Feinde, teils aber auch die verfehlte Kolonialpolitik des Mutterlandes selbst. Es verstand seine Kolonien nicht zu behandeln und betrachtete Land und Einwohner lediglich als Ausbeutungsobjekte. Empört über diese Hemmungen ihrer politischen und wirtschaftlichen Entwicklung sprengten die spanischen Völker der Neuen Welt am Anfange des vorigen Jahrhunderts die Ketten, in denen das Mutterland sie hielt, um fortan auf eigenen Pfaden Gedeihen zu suchen. Es sei hier kein Werturteil über die Zweckmäßigkeit mancher dieser eigenen Pfade gefällt, doch sei noch festgestellt, daß zeitweise verschiedene Staaten Südamerikas in blutigen Kriegen miteinander rangen, und daß weder Schlachtenruhm auf der einen Seite noch Schmachfrieden auf der anderen — oder wenigstens was man damals für Schmachfrieden hielt, als man das Dokument von Versailles noch nicht kannte — bis heute vergessen sind. Und doch erkannten die großen spanischen Nationen allmählich, daß sie Schwestern seien, Töchter derselben Mutter, und daß trotz allem Trennenden starke Bande die einzelnen Glieder dieser Familie verbinden. Auch Gemeinschaftlichkeit der wirtschaftlichen Interessen wird mit immer größerer Deutlichkeit erkannt, besonders in Südamerika, wo man sich von der großen angelsächsischen Macht im Norden bedroht fühlt. Einen äußerlich sichtbaren staatsrechtlichen Ausdruck hat dieses völkische und wirtschaftliche Zusammengehörigkeitsgefühl allerdings noch nicht gefunden, es drückt sich vorläufig in Reden, Feiern u. dgl. aus.

Aber das ist eben auch erst das allererste, embryonale Stadium eines Bundes von Völkern. Daß dieser Bund, wenn er sich einmal gefestigt haben wird — über den Zeitpunkt und die staatsrechtliche Form möchte ich mich keinem mehr oder weniger müßigen Rätselraten hingeben — eine nicht zu verachtende Macht im Weltgeschehen darstellen wird, zeigt die statistische Zusammenstellung am Schluß dieser Ausführungen, umfaßt er doch 12 275 200 qkm mit heute schon 74 833 000 Bewohnern.

Im Gegensatz zu diesem sich noch im Anfangsstadium befindenden Bund von Völkern zeigt das britische Weltreich eine bei weitem festere Struktur. Es umfaßt, um das hier vorweg zu nehmen, wenn man nur das Mutterland und die Dominions rechnet, 20 965 900 qkm mit heute 72 798 000 Bewohnern (vgl. die Statistik am Schluß).

Bei der Verschiedenheit des angelsächsischen und des spanischen Volkscharakters ist es von vornherein zu erwarten, daß der innere Aufbau des britischen Staatenkomplexes ganz anders ist als der der Gemeinschaft der spanischen Völker. Und doch ging die geschichtliche Entwicklung dieser beiden Staatengruppen bis zu einem gewissen Grade parallel. Auch England hielt in früheren Zeiten seine überseeischen Besitzungen in politischen und wirtschaftlichen Ketten, und die Quittung wurde noch früher als in der spanischen Welt in Gestalt des Abfalls Neu-Englands, der heutigen Vereinigten Staaten von Nordamerika, überreicht. Aber das Mutterland zog seine Lehren daraus. Der Spanier sagt „biegen oder brechen", „aut Caesar aut nihil", der Engländer aber, kühler und praktischer, geschäftsmäßiger veranlagt, sagt „lieber biegen als brechen" oder noch besser „weder biegen noch brechen". Und so gewährte England im Laufe des vorigen Jahrhunderts seinen Kolonien immer mehr Rechte, Freiheiten und Selbständigkeiten; und auch heute ist, wie gerade die letzte Reichskonferenz zeigte, dieser Prozeß noch nicht abgeschlossen. Man kann sagen, den Kolonien wurden die Zügel immer mehr gelockert, aber noch sind die Zügel da, verkörpert bei den großen Besitzungen, die allein uns hier beschäftigen sollen, durch die eigenartige Dominionsverfassung. Es gehört wirklich der Nationalcharakter der angelsächsischen Rasse dazu, daß dieses schwache Band zwischen England und seinen Dominions nicht ewig unerträglichen Spannungen ausgesetzt ist. Viel dazu tragen die persönlichen Beziehungen der einzelnen bei: soweit es sich irgend ermöglichen läßt, geht der junge Engländer hinaus in die Welt, d. h. die englische Welt, und die Jugend der überseeischen Besitzungen verbringt die Jahre des Lernens wenigstens teilweise im alten Lande. Das ist einesteils die Ursache, andernteils aber auch die Folge der Tatsache, daß der Engländer außerhalb der Grenzen seines engeren Heimatlandes nicht schon in der ersten Generation vergißt, daß er Engländer ist. Der Kanadier und der Neuseeländer fühlen sich ebenso wie



der Londoner als Bürger eines Reiches, als Briten, und dieses Gefühl läßt sich höchstens dem alten stolzen „Civis Romanus sum" vergleichen, erweitert von dem engen Umkreis des Mittelmeeres auf die ganze Welt. Denn wie der Römer innerhalb seines Reiches bis fast an die Grenzen der ihm bekannten Welt vordringen konnte, so kann heute der "Britisher" die Erde umkreisen, ohne jemals anderen als englischen Boden berühren zu müssen: „All red routes round the World".

Die besten paragraphierten Gesetze und die besten Regierungen versagen aber, wenn sich der Geist des Volkes nicht mit ihnen im Einklang befindet. Ein vernünftiger nationaler Geist aber wie der des englischen Volkes kann auch solche Formen wie die Dominionsverfassung, die nirgends festgefügt ist, mit warmem Leben erfüllen und sie in ihrer Elastizität den gerade vorliegenden Notwendigkeiten anpassen. Denn elastisch sind diese Beziehungen zwischen Mutterland und Dominions, hier zeigt sich besonders schön die Seite der angelsächsischen Mentalität, die das ganze öffentliche Leben beherrscht, und die Kipling so treffend gezeichnet hat:

All along of doing things
Rather more or less,

— und zwar eher less als more: nicht umsonst haben sich die britischen Staatsmänner strikte geweigert, die Beziehungen zwischen England und seinen Besitzungen in die Paragraphen eines Staatsvertrages zu zwängen.

So wie das britische Weltreich beschaffen ist, so ähnlich denke ich mir einen idealen Völkerbund: seine Statuten sollen nicht starr und brüchig sein — steel of the wrong temper may be brittle as glass — sondern elastisch und lebensvoll, er soll sein „a dynamic system growing, evolving all the time towards new destinies".

Welches sind nun diese „neuen Bestimmungen"?

Ich sagte schon oben, daß ein Völkerbund sich organisch entwickeln muß aus dem Bewußtsein der Glieder, aufeinander angewiesen zu sein. Auch das britische Weltreich hat sich organisch entwickelt aus einzelnen Teilen, die ursprünglich nicht mit der Absicht, ein Netzwerk von Machtfäden über den ganzen Erdball zu spannen, errichtet wurden. Sind doch gerade die Keimzellen zu den großen englischsprechenden Ländern über See keine staatlichen Gründungen; wie recht hat doch der „Manchester Guardian", wenn er seine Sondernummer anläßlich der Britischen Reichsausstellung in Wembley 1924 mit den Worten einleitet: „The British Empire is a monument to private enterprise". Diese Privatunternehmungen wurden allmählich Staatsunternehmungen, und siehe da, sie erkannten, daß sie zusammengehörten, politisch, völkisch, wirtschaftlich. Die wirtschaftliche Zusammengehörigkeit ist allerdings noch nicht so ganz in das Bewußtsein der Massen übergegangen, wie

die Herrscher des britischen Commonwealth wünschen mögen, daher wird sie häufig noch als erstrebenswertes Ziel wegen der Blutsverwandtschaft hingestellt (vgl. den Wahlkampf zwischen Schutzzoll und Freihandel). Aber jedenfalls ist das Zusammengehörigkeitsgefühl da, und es ist auch in dem spanischen Staatenkomplex da, wo alljährlich als aller Welt sichtbarer Ausdruck dieses Gefühls der „día de la raza“ gefeiert wird. In beiden Staatenbünden kann sich ja dieses Gefühl noch entwickeln und von Schlacken läutern. Bevor nun aber jemand fühlen kann, daß er mit einem Land jenseits der Meere verbunden ist, muß er fühlen, daß er eng zu dem Land gehört, wo er sich aufhält und vielleicht sogar geboren wurde. In dieser Hinsicht nun ist es hochwichtig, daß der britische Commonwealth Staaten umfaßt, die für die Ansiedlung des weißen Mannes geeignet sind. Nehmen wir noch die spanischen Staaten hinzu, so haben wir, mit der einzigen Ausnahme des russischen Reiches, die sämtlichen Gebiete unseres Planeten, die noch für Besiedlung durch den Bevölkerungsüberschuß der weißen Rasse geeignet und frei sind. Sie könnten jedem ein Heim bieten. der seine eigene Scholle bebauen will. Bekanntlich scheiden tropische Gebiete für diesen Zweck aus, und es ist eine sehr bezeichnende geopolitische Tatsache, daß Brasilien nicht von Spaniern, sondern von Portugiesen besiedelt worden ist, während Indien kein Dominion des britischen Reiches ist, sondern ein unterworfenes Land.

Like a network of steel embedded in concrete, this commonwealth holds more than itself together. Ich persönlich glaube — darüber kann man ja allerdings verschiedener Meinung sein —, daß auch Indien einmal ein wirkliches Mit-Glied des britischen Bundes von Nationen werden wird (jedenfalls hat, wie in dem ursprünglich auch stammesfremden und geknechteten Irland, britischer Einfluß so tiefe Wurzeln dort geschlagen, daß er wohl kaum durch Unterzeichnung eines Dokumentes vernichtet werden könnte), und daß Brasilien einmal in den Bannkreis der spanischen Welt geraten wird, ebenso wie sein Mutterland Portugal. Auch die Vereinigten Staaten werden einmal wieder dem britischen Reich politisch näher treten. Dahin zielende Strömungen sind ja schon vorhanden, besonders in England, und auch Australien und Kanada fühlen sich sehr zu Uncle Sam hingezogen. Man braucht dabei in deutscher Gründlichkeit natürlich nicht gleich an eine feierliche Rückgängigmachung der Revolution von 1776 zu denken —

All along of doing things
Rather more or less.

Und wenn sich diese beiden Gruppen, die spanische und die englische, einmal verfestigt haben werden, so werden sie zusammen 56 046 300 qkm umfassen, das ist 41,1 % der gesamten festen Erdoberfläche, mit heute schon 609 008 000 Bewohnern, das ist ungefähr ein Drittel der heute lebenden



Menschheit. Sie werden sich dann auch untereinander und mit anderen Staatengruppen, die sich etwa inzwischen gebildet haben sollten, auseinandersetzen müssen — doch wir wollen uns nicht in nebelhafte Spekulationen verlieren. Hoffen wir nur, daß dann die Menschheit reif ist, Baldwins schöne Phrase in die Tat umzusetzen:

„The only element which can give tensile quality to human ties is a sense of duty in men to each other."

Statistische Zusammenstellung

Staat	Fläche qkm	Einwohner Tausend	Einwohner pro qkm	Zeitpunkt der Zählung
1. Die ibero-amerikanische Welt				
Spanien ohne Kolonien	505 100	21 314	42	31. Dezember 1920
Portugal ohne Kolonien	92 000	6 033	66	1. Dezember 1920
Mexiko	1 969 100	14 190	7	November 1920
Guatemala	113 100	1 601	14	1921
Honduras	100 200	662	6,6	berechnet 1. Januar 1922
El Salvador	20 900	1 526	73	berechnet 1. Januar 1922
Nicaragua	127 300	638	5	1. Januar 1920
Costarica	48 600	485	10	berechnet 31. Dezember 1922
Panamá	74 500	435	6	1920
Columbien	1 147 600	5 847	6	1918
Ecuador	299 600	2 500	8	berechnet 1915
Perú	1 355 000	5 550	4	Schätzung 1921
Chile	750 600	3 819	5	1. September 1922
Argentinien	2 789 500	8 699	3,1	berechnet 31. Dezember 1920
Uruguay	178 700	1 565	8	31. Dezember 1922
Paraguay	253 100	700	3	1920
Bolivien	1 590 000	2 890	1,9	Schätzung 1915
Venezuela	942 300	2 412	2,3	1920
Brasilien	8 522 000	30 636	3,6	1. September 1920
	20 869 200	111 502		
2. Die angelsächsische Welt				
Großbritannien	244 000	44 314	181	19. Juni 1921
Irischer Freistaat	69 400	3 140	46	1911
Indien	4 675 600	318 942	68	18. März 1921
Südafrikanische Union	1 225 300	6 931	6	3. Mai 1921
Rhodesien	1 140 000	1 867	1,6	3. Mai 1921
Australisch. Commonwealth	7 938 800	6 044	0,7	berechnet 1922
Neuseeland	268 300	1 272	5	17. April 1921
Kanada	9 659 400	8 967	0,7	1. Juni 1922
Neufundland mit Labrador	420 700	263	0,6	1921
Vereinigte Staaten	7 996 900	105 711	13	Januar 1920
Alaska	1 518 700	55	0,04	1920
	35 157 100	497 506		

GEORG HASENKAMP:
BEMERKUNGEN ZUR GEOPOLITISCHEN STELLUNG DER OSTSEE

Die Meeresküste ist man geneigt für die „natürlichste" der Grenzen eines Staates anzusehen. Mag das in verschiedener Hinsicht zutreffen, so nicht, wenn man darunter einen möglichst hermetischen Abschluß versteht. Handelt es sich nicht um gänzlich verkehrsfeindliche Küsten oder solche am äußersten Rande der Ökumene, so wird das Meer statt seiner trennenden, seine verbindende Kraft erweisen, der Verkehr wird seine Bahnen hinausziehen, der Blick sich auf ein Gegengestade lenken. Auch der politische. Denn ursprünglich wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen werden Ansiedlungen, werden Kolonien folgen und bei geeigneter räumlicher Gestaltung der Wunsch nach politischer Zusammenfassung. Solch geeignete räumliche Gestaltung findet sich vor allem bei gut abgeschlossenen Meeresräumen. Wir können an die Ägäis denken und das antike wie das heutige Griechenland, an die Adria und das mittelalterliche Venedig, an das gesamte Mittelmeer zur Zeit des römischen Reiches u. a. Beispiele mehr.

Auch die geopolitischen Verhältnisse der Ostsee liegen ähnlich. Auch hier haben einzelne der Anliegerstaaten im Laufe der Geschichte nach einer meerumfassenden Landherrschaft gestrebt und zugleich nach einer Herrschaft über dies Binnenmeer selber. Nachdem Dänemark schon um 1225 wenigstens die Länder um den südwestlichen Teil und damit die Zugänge zur Ostsee in seiner Hand gehabt hatte, war es Schweden um 1660 gelungen, fast die gesamten Uferländer unter seiner Herrschaft zu vereinigen, und schon proklamierte es auch das Dominium Maris Baltici — ähnlich wie sich Venedig vom Papst Alexander III. (1159—81) die Herrschaft über die Adria hatte zusprechen lassen.

Aber ein Mare clausum läßt sich seit Hugo Grotius nicht mehr aufrecht erhalten — trotz aller gegenteiligen Versuche, z. B. dem des heutigen Italiens in Nachfolge Venedigs in der Adria ein „mare nostro" zu sehen, was zum Fiume-Konflikt und dem Gegensatz zu Jugoslavien führte. Und ähnlich wie mit der Herrschaft über das Meer ist es mit dem umfassenden Landbesitz: der Besitz eines Gegengestades bedingt die Abschnürung eines Hinterlandes von seinem natürlichen Zugang zur See. Ein irgendwie kräftiges Staatswesen in diesem Hinterland läßt sich naturgemäß nicht dauernd abdrängen; vgl. die Türkei an Ioniens Küste, vergl. das erstarkende Rußland, dem Peter der Große 1703 in Petersburg das Fenster nach Europa öffnete. — Der Drang



Rußlands zum Meer (und insbesondere zu einem eisfreien Hafen an offenem Meere) ist seit langem eine der bestbekannten geopolitischen Tatsachen gewesen, die selbst auf den Schulen gelehrt wurde — den Machern der neuen europäischen Karte scheint sie allerdings fremd geblieben zu sein. Zwar hat Rußland in diesem Streben verschiedentlich seinen Schwerpunkt verschoben, seine „historische Seite" nach verschiedenen Richtungen hin gewandt; zu Anfang des 19. Jahrhunderts nach Norden, nach einer atlantischen Front, bis 1870 gen Süden nach einer Mittelmeerfront, dann bis 1905 nach der asiatischen Front im Osten und sodann wiederum gen Süden — aber immer blieb ihm doch die Ostsee ein wichtigstes Tor und ein tatsächlich offenes. Der Sundzoll war schon 1857 gefallen und die russische Kriegsflotte lief ungehindert durch Beschränkungen, wie sie an den türkischen Meerengen Geltung hatten, von hier aus ihrem Schicksal bei Tsushima entgegen.

Auch auf dem deutschen Südgestade der Ostsee, wo übrigens die schwedische Herrschaft nie vollständig geschlossen war, ließ sich ein kraftvoll in seinen Lebensraum — das norddeutsche Tiefland — hineinwachsendes Staatswesen wie das brandenburgisch-preußische nicht von seinem Küstenraum abdrängen. Der Kraftlinie des Zusammenwachsens der einzelnen Teile dieses Staates stemmte sich allerdings zeitweise erfolgreich in Westpreußen eine andere entgegen: der Drang des Binnenstaates Polen zum Meer, das in Pomerellen und Danzig erreicht wurde. Doch auf die Dauer zeigte sich der notwendige brandenburg-preußische Zusammenschluß als die stärkere geopolitische Kraft, die aus sich selbst heraus die andere überwand.

Mit dem geschilderten geopolitischen Ausgleichszustand im Ostseegebiet hatten sich denn auch allmählich die Anlieger abgefunden, was in dem Ostseeabkommen (24. April 1908) unter ihnen, das wesentlich der Aufrechterhaltung des Status quo dienen sollte, seinen Ausdruck fand.

Ein Abkommen über einen bedeutenden europäischen Meeresteil, an dem England nicht beteiligt war — das war für das meerbeherrschende Albion immerhin etwas Ungewöhnliches. Lag es auch in der Natur der Sache — es zeigt immerhin charakteristisch die Stellung der ersten Seemacht zur Ostsee. Daß sie nicht angenehm empfunden wurde, zeigt, daß man einen Freund unter den Ostsee-Anliegern suchte und in dem kleinsten unter ihnen, in Dänemark fand, das es vergessen hatte, daß rund 100 Jahre früher (1807) plötzlich eine Kriegsflotte im tiefsten Frieden vor Kopenhagen erschien, ein Bombardement eröffnete und die dänische Flotte fortnahm. Ein Landungsmanöver der englischen Kriegsflotte bei Kolding nahe der deutschen Grenze zeigte provozierend — und doch bei uns viel zu wenig beachtet —, daß England auch in der Ostsee machtpolitische Ziele besaß. Und dänische „Neutralität" führte ja dann im Weltkriege auch die englischen Unterseeboote

in die Ostsee, während dieser im übrigen zeitweise eine außerordentliche Machtsteigerung von Deutschlands Stellung an und auf diesem Binnenmeere sah.

Groß waren die Veränderungen, die die Beendigung des Weltkrieges schließlich gebracht hatte. Schweden blieb territorial unberührt, aber Finnland wurde selbständig und damit war für Schweden doch der Frage der Aalandsinseln das Bedrohende genommen, das ein russischer Besitz dieser Inselgruppe für Schweden gehabt hatte. Dänemark vergrößerte sich besonders auch an der Ostsee südwärts auf Kosten Nord-Schleswigs. Rußlands Stellung wurde durch die Selbständigmachung Finnlands und durch die Schaffung der „Baltischen Randstaaten" Estland, Lettland, Litauen und schließlich Polens stark geschwächt und fast vom Meere abgedrängt, sein Ausweg aus dem Finnischen Meerbusen zumindest beiderseits von fremden Staaten flankiert. Wird der Druck des gewaltigen Landkolosses auf die Dauer solchen Zustand dulden? Daß hier ein Konfliktherd liegt, betont auch E. Obst mit Recht (Zeitschrift für Geopolitik, 1925, Heft 1, S. 53 ff.) in näherer Ausführung. Und Deutschland? Vom verlorenen Memelzipfel abgesehen ist hier das Entscheidende die Abtrennung Ostpreußens durch den polnischen Korridor unter Selbständigmachung von Danzig, das Polen bedeutende Rechte einzuräumen hat. Also z. Z. wieder ein Sieg der polnischen seewärts gerichteten Kraftlinie — aus fremder Kraft heraus.

Diese fremde Kraft, die hauptsächlich die polnischen Interessen betreibt, ist bekanntlich Frankreich, das im „Nachbarn des Nachbarn" den gegebenen Bundesgenossen und Vasallen für seine eigenen Zwecke sieht und daher jedes Vorgehen Polens gegen Danzig unterstützt. England, dem die Neuordnung der Dinge ganz andere Aussichten als früher in der Ostsee eröffnet hat und das den Oberkommissar von Danzig z. Z. stellt (Mac Donnel), der in objektiverer Auffassung polnischen Übergriffen entgegentritt, wird in dessen Person charakteristischerweise von Pariser, der Regierung nahestehenden Blättern aufs heftigste angegriffen. So neuerdings (25 Febr. 25) in der Ere Nouvelle und im Journal des Débats. In letzterem Blatt äußert sich ein Soldat, General de Cugnac zur Sache. Cugnac[1]) bezeichnet Danzig als einen großen internationalen Kreuzungspunkt. „Polen atme durch den Hafen Danzig. Ein großer Teil seines Außenhandels sei bestimmt, den Weg über Danzig zu nehmen. Vom militärischen Standpunkt aus sei die Freiheit der Danziger Verkehrswege unumgänglich. Frankreich, das im Falle eines Krieges mit den Sowjets Polen versorgen müsse, werde nicht vergessen, daß man ihm den Durchtransport von Munition auf dem Landwege verweigert habe und daß diese Versorgung nur auf dem Seewege über Danzig bewerkstelligt werden könne. Frankreich habe es nötig, seine strategische Operationslinie Cherbourg —Warschau an dem heiklen Punkte Danzig gesichert zu wissen." Cugnac



erwähnt den möglichen Konflikt Polens mit Sowjet-Rußland — und denkt dabei ebenso sicher auch an den mit Deutschland. Uns interessiert vom geopolitischen Standpunkt aus die Postulierung einer französischen strategischen Operationslinie Cherbourg—Warschau mit dem gesicherten Etappenort Danzig. Das sind machtpolitische Ansprüche von napoleonischem Ausmaß — auf die See verlegt. Die wüsten Schimpfereien gegen den englischen Kommissar interessieren sachlich nicht weiter, wohl aber aufs höchste, daß wir hier den französisch-englischen Gegensatz, als polnisch-danziger Konflikt aufgemacht, in die Ostsee verlegt sehen. Wird Albion, das „meerbeherrschende“, das die Beziehungen zu Sowjet-Rußland aufgenommen hat, derartigem französischen Vorgehen, derartigen maritimen französischen Ansprüchen ruhig zusehen können?

Schon taucht bezeichnenderweise in England der Plan einer Konferenz der Ostseestaaten auf, zu der Professor Deslisle Burns in der Zeitschrift „Foreign Affairs“ einen Plan entworfen hat. An ihr soll diesmal England teilnehmen und Deutschland von ihr ausgeschlossen sein. (Vergl. Prof. Karl Tiander, Die Sicherheit der Ostseestaaten. Rostocker Anzeiger Nr. 67 v. 21. III. 1925.)

Anmerkung

[1]) Nach dem Pariser Drahtbericht vom 25. II. 25 des Hamb. Fremdenbl. vom 26. II. 25, Nr. 57a.



A. DRESLER:
DIE ITALIENISCHE AUSWANDERUNG

Die politische Einigung Italiens im vergangenen Jahrhundert brachte dem Lande nicht nur einen bedeutenden wirtschaftlichen Aufschwung, sondern sie hatte auch ein rasches Anwachsen seiner Bevölkerung zur Folge. Der frühere Minister Franz Xaver Nitti sagt darüber in seinem Buche „Das friedlose Europa" (Deutsche Ausgabe Frankfurt, 1922, S. 25): „Auf einem Gebiet, das viel zu eng und gebirgig für eine an sich schon zu große und noch ständig im Wachsen begriffene Bevölkerung war, hatte es nicht einmal die bescheidensten Hilfsmittel zur Bestellung seines Bodens aufbringen können, hatte seine Industrie unter weit schwierigeren Bedingungen aufbauen müssen als die anderen Staaten; es ist die einzige unter allen Großmächten, die ihre Industrie ohne Kohle und fast ohne Eisen im heimischen Boden begründete." Die Unzulänglichkeit der Landwirtschaft und die mühsame industrielle Entwicklung, die für eine zahlreiche Industriearbeiterschaft keine ausreichenden Lebensmöglichkeiten bot, machten eine von Jahr zu Jahr sich steigernde Auswanderung aus Italien notwendig. Diese Auswanderung nun, von der Nitti bemerkt (a. a. O. S. 26), daß sie Italien rasch auf der ganzen Welt Fuß fassen ließ, gewann nach und nach eine politische Bedeutung von großer Tragweite und bildet gegenwärtig auch die Grundlage des Imperialismus des faschistischen Italien von heute.

Sehr umfangreiches Zahlenmaterial über die italienische Auswanderung hat der Professor für Nationalökonomie an der Universität Turin Robert Michels in seinem kürzlich erschienenen Werke „Sozialismus und Faszismus in Italien" (München, Meyer & Jessen 1925, 339 S.) zusammengestellt. Aus den fast zu sehr ins einzelne gehenden Angaben und Tabellen (sie erstrecken sich über 80 Seiten) von Michels sei nur das Wichtigste herausgegriffen. Die italienische Auswanderung betrug darnach in den Jahren:

	nach Europa und den Mittelmeerländern	nach Übersee	zusammen	auf je 100 000 Einwohner
1876	88 923	19 848	108 771	395
1886	84 952	82 877	167 829	571
1896	113 235	194 247	307 482	976
1906	276 042	511 935	787 977	2386
1910	248 696	402 779	651 475	1895

Dabei ist das Anwachsen der Auswanderung nach Übersee bemerkenswert. Sie überstieg diejenige nach Europa erstmalig im Jahre 1887 und zwar be-

reits um rund 45 000, hat auch in den folgenden Jahren meist einen beträchtlichen Vorsprung aufzuweisen gehabt. Ferner sei erwähnt, daß in der Zeit von 1905 bis 1909 von der Gesamtzahl der Auswandernden 34,4 % auf die Landarbeiter, 30 % auf die Taglöhner und Erdarbeiter und 15 bis 20 % auf Arbeiter verschiedener Berufsarten, darunter gelernte Industriearbeiter, entfielen. Weiter ist zu beachten, daß nicht alle Auswanderer ihre Heimat für dauernd verließen, sondern viele nur vorübergehend. Für das Jahr 1896 werden die für ständig auswandernden Italiener auf 187 620, die der zeitweise auswandernden Italiener mit 123 862 angegeben. Unter den ersten befanden sich 126 806 Männer und 56 814 Frauen, unter den zweiten 111 713 Männer und 12 149 Frauen, so daß also bei weitem mehr Frauen Italien für dauernd verließen.

Es ist natürlich wichtig zu wissen, wie stark ungefähr das Ausland-Italienertum ist und auf welche Länder es sich im einzelnen verteilt. Es genügt auch hier, einige der Zahlen von Michels wiederzugeben. Nach seiner Berechnung belief sich im Jahre 1901 die Zahl der in Frankreich weilenden Italiener auf 291 886, es folgten die Schweiz mit 117 059, Österreich-Ungarn mit 77 510, Deutschland mit 69 760, England mit 29 039, die europäische Türkei mit 15 321, Griechenland mit 11 000, Rumänien mit 8841, Spanien mit 5058 usw. Für Europa ergab die Gesamtzahl 654 053 Italiener außerhalb Italiens. Für ganz Afrika werden 167 837 Italiener angegeben, von denen 83 000 auf Tunis, 38 791 auf Algier, 38 000 auf Ägypten, nur 1674 auf die italienische Kolonie Erytrea und gar bloß 704 auf das damals noch türkische Tripolis kamen. Der Hauptteil des Auslanditalienertums aber saß damals schon in Amerika, und zwar führt Michels für die Vereinigten Staaten 729 248, für Brasilien 1 000 000, für Argentinien 618 000, für Uruguay 100 000 an, zusammen 2 505 876. In Asien hielten sich 1901 nur 10 641 Italiener auf, davon 8906 in der Türkei, in Ozeanien nicht mehr als 6141. Alles in allem berechnet Michels das Auslandsitalienertum 1901 auf 3 344 548 Seelen. Der Italiener Colajanni kommt für das Jahr 1908 nun bereits zu einer Gesamtzahl von 5 163 000 Auslanditalienern und gibt für die Vereinigten Staaten und für Argentinien je 1 500 000, für Brasilien 1 200 000 an, was für Amerika gegenüber den Zahlen von Michels eine nicht unbedeutende Verschiebung der Verteilung auf die drei Großstaaten darstellen würde.

Bei der Zunahme des Italienertums ist zweierlei zu berücksichtigen: einmal, daß die Italiener sich im Auslande von ihren Wirtsvölkern lange recht abgeschlossen halten und ihr Kinderreichtum ein sehr großer ist (in New York standen sie 1900 an erster Stelle der verschiedenen Nationalitäten), sodann daß man jährlich eine große Zahl von Rückwanderern wieder in Abzug bringen muß. Für den Zeitraum von 1891—1910 rechnet Michels mit

2 100 684 Rückwanderern von 4 900 139 Ausgewanderten, d. h. mit durchschnittlich 40,8 %. Bedenkt man die beiden genannten Umstände, so ist die Vermehrung des Auslanditalienertums als eine sehr starke und rasche zu bezeichnen. In der Hauptsache ist sie allerdings auf den Bevölkerungszuwachs im Mutterlande zurückzuführen, der dort vor dem Weltkriege jährlich im Durchschnitt fast 250 000 Seelen betrug. Die Volksdichte in Italien selbst nahm dabei in der Zeit von 1871 bis 1901 um 15 % zu. Sie belief sich 1910 auf 121 Köpfe für den Quadratkilometer und würde bei Abzug der annähernd ein Drittel des Landes bedeckenden Gebirge und Sümpfe auf 178 für den Quadratkilometer zu veranschlagen gewesen sein. Nur Belgien, England und die Niederlande übertrafen 1910 die Bevölkerungsdichte Italiens. Vor 1911 wurde der Kinderreichtum der italienischen Ehen im Mutterlande von dem der russischen übertroffen, mit dem der preußischen stand er auf gleicher Stufe. Dabei sank die Sterblichkeitsziffer von 29,9 vom Tausend im Jahre 1871 auf 22,39 vom Tausend im Jahre 1902, war demnach nur in England, Frankreich und Deutschland noch niedriger.

Der Grund der großen italienischen Auswanderung ist die Übervölkerung. Sie zwingt jedes Jahr Hunderttausende, vorübergehend oder für ständig sich Verdienst und Lebensmöglichkeiten in der Fremde zu suchen. Geht somit jährlich ein großer Teil der Volkskraft dem Mutterlande verloren, so steht dem andererseits ein nicht geringer wirtschaftlicher Nutzen dadurch gegenüber, daß die Auslanditaliener von ihren Ersparnissen vieles in die Heimat schicken. Vor dem Kriege soll es sich um 400—500 Millionen Lire gehandelt haben, 1923 um 2 659 000 000 Lire, die etwa 700—900 Millionen Friedenslire entsprochen haben würden. Es kommt hinzu, daß viele im Auslande reich gewordene Italiener mit ihrem erworbenen Vermögen in die Heimat zurückwandern. Immerhin wird aber auch der jährlich entstehende Verlust infolge der Auswanderung erwachsener Arbeitsfähiger auf über 200 Millionen Lire eingeschätzt, wenn die Erziehungskosten bis zur Erwerbsfähigkeit mit nur 1000 Lire für den Einzelnen berechnet werden. Diese hier angeführten Zahlen können zwar keinen Anspruch auf völlige Genauigkeit machen, sie sind aber doch wohl imstande, ein Bild von der gewaltigen volkswirtschaftlichen Bedeutung der italienischen Auswanderung für Italien selbst zu geben.

Im Folgenden soll nun noch die politische Seite der italienischen Auswanderung behandelt werden. Sie kommt zum Ausdruck einmal in dem lebhaften Streben nach dem Erwerb von Kolonien zur Ansiedlung wenigstens eines großen Teils des jährlichen Bevölkerungsüberschusses und zum andern in dem Bemühen, eine immer engere Verbindung zwischen dem Auslanditalienertum und der Heimat herzustellen. Die ersten Hoffnungen Italiens auf Kolonialbesitz galten dem nahegelegenen Tunis, wohin sich schon seit langem eine starke



italienische Auswanderung, besonders aus Sizilien gerichtet hat. 1901 soll die Zahl der Italiener in Tunis 83 000, 1910 rund 125 000 betragen haben, denen nur 35 000 Franzosen, meist Militärpersonen und Beamte, gegenüberstanden. Daß Tunis auf dem Berliner Kongreß Frankreich zugesprochen wurde, war die erste bittere außenpolitische Enttäuschung des geeinten Italien und bewirkte seinen Beitritt zum Zweibund. Der bereits 1866 zwischen Italien und Tunis abgeschlossene Vertrag war natürlich hinfällig geworden. Nun wurde 1896 ein französisch-italienisches Abkommen über den Schutz der italienischen Interessen getroffen, aber die Franzosen wußten den Italienern den Landerwerb derart zu erschweren, daß es in Tunis 1895 nur 366 italienische Besitzer mit einem Gebiet von nur 18 000 ha Land und 1909 auch nicht mehr als 1167 mit 83 000 ha gab, während 2395 französische Grundeigentümer 700 000 ha besaßen. 1918 kündigte Frankreich plötzlich den für Tunis geltenden Konsular-, Handels- und Schiffahrtsvertrag mit Italien, berief den italienfeindlichen Generalresidenten Flandin, der ein Verbot des Landerwerbs von Italienern und der Errichtung neuer italienischer Schulen herausgab, und erließ 1921 zwei vom Präsidenten der Republik unterzeichnete Verfügungen, durch welche alle der französischen Gerichtsbarkeit in Tunis und Marokko unterstehenden Fremden zu Franzosen erklärt werden; alle übrigen haben nach gleichlautenden Erlassen des Bey von Tunis und des Scherifen von Marokko als Eingeborene zu gelten. Dadurch sollen die 150 000 Italiener in Tunis und Marokko zu Franzosen gemacht werden. Während England nun vor dem Haager Schiedsgericht die Ausdehnung des in Frankreich geltenden Naturalisationsgesetzes von 1889 auf Länder, die nur französischem Protektorat unterstehen, erfolgreich bestritt, suchte Italien bisher auf diplomatischem Wege für den Schutz der Italiener in den beiden genannten Ländern zu sorgen, jedoch vergeblich. So ist denn die tunesische Frage bis heute noch nicht zur Ruhe gekommen und bildet das Vorgehen Frankreichs gegen das Italienertum in Tunis und Marokko einen der Hauptgründe dafür, weshalb das von französischer Seite mehrfach angestrebte politische Bündnis mit Italien nicht zustande gekommen ist[1]). Auch hat Italien den französischen Vorschlag der Lieferung von Eisen und Kohle gegen die Stellung von italienischen Arbeitskräften für Frankreich und Marokko mit Entrüstung zurückgewiesen. Wenn aber auch einstweilen das günstig gelegene Tunis als Ansiedlungsland für Italiener nicht in Betracht kommen kann, so verstummt doch in den italienischen Zeitungen der Wunsch nicht, Frankreich werde freiwillig ein Stück von Tunis, das es selbst in großem Umfange zu kolonisieren nicht imstande sei, an Italien abtreten.

Liegen aber in Tunis wenigstens die Möglichkeiten einer Besiedlung vor, so sind diese in den für eine italienische Auswanderung sonst in Betracht kom-

menden Gebieten in weit geringerem Maße vorhanden. Der 1894 unternommene Versuch Italiens, im Nordosten Afrikas Fuß zu fassen, endete mit einem Mißerfolge. Von den Abessiniern wurden die Italiener vernichtend geschlagen, die mühselig errungenen Kolonien Erytrea und Benadir erfordern sehr hohe Zuschüsse, ohne dementsprechende wirtschaftliche Vorteile zu bringen. Zur Siedlung sind sie so gut wie unbrauchbar. Es wurde schon gesagt, daß 1901 in Erytrea nur 1 674 Italiener ansässig waren, von denen Militär, Beamte und Kaufleute den Hauptteil ausmachten. Nach dem Scheitern seiner ostafrikanischen Pläne wandte Italien sein Augenmerk dem näheren türkischen Tripolis zu. Dabei ist zu erwähnen, daß die italienische Regierung in ihrem Streben nach Erwerbung dieses Landes von einem Teil der Sozialisten unterstützt wurde. So setzte sich schon 1906 der Sozialist Anton Labriola für eine italienische Kolonisierung von Tripolis ein. Er bezeichnete Tripolis als eine ideale Kolonie für das italienische Proletariat. Maßgebend für diese Haltung der Sozialisten war der Umstand, daß der italienische Arbeiter, der ja die Mehrheit der italienischen Auswanderung stellte, in der Fremde meist wenig angesehen, oft recht- und schutzlos war, mit der Zeit seinem Volkstum entfremdet wurde und ihm verloren geht, als Kulturdünger für andere Völker arbeitet. Das alles sollte durch die Gewinnung von Tripolis verhindert werden. Dieser Erwartung haben freilich die Tatsachen seither in keiner Weise entsprochen. Der 1911 und 1912 gegen die Türkei geführte Tripoliskrieg erzeugte zwar eine starke nationale Begeisterung in Italien wie auch unter den Auslanditalienern, aber die wirtschaftliche Ausbeutung des Landes und ebenso die Ansiedlung von Italienern ist weit hinter den gehegten Hoffnungen zurückgeblieben. Nüchterne Beurteiler rechnen zudem überhaupt nur mit einer Zahl von 15—20 000 Siedlern in Tripolis, doch auch sie kann nur erreicht werden, wenn die ständigen Kämpfe aufhören. Die aufständischen Eingeborenen haben die Italiener aber zeitweise, besonders im Weltkriege, bis auf einen schmalen Küstenstreifen zurückgedrängt. So gelang es den Italienern erst im Februar 1923, das wichtige Bergland von Tarhuna und die Hafenstädte Sliten und Misurata wiederzugewinnen. Durch eine unkluge Eingeborenenpolitik haben sich die Italiener außerdem so verhaßt gemacht, daß fürs erste auf eine Besserung der Lage nicht zu rechnen ist. Mithin hat auch das „Experiment“ Tripolis der italienischen Auswanderung nicht die gewünschte Ansiedlungsmöglichkeit in nennenswertem Maße gebracht. Als Ersatz kann auch das Italien in den Geheimverträgen zugesprochene Gebiet um Adalia in Kleinasien nicht angesehen werden, da es im Lausanner Vertrag wieder darauf verzichten mußte. Dagegen dürfte das kürzlich von England an Italien abgetretene Stück des Jubalandes in Ostafrika etwas bessere Aussichten bieten. Es gilt als ein verheißungsvolles Zukunftsland für Baumwollpflanzungen, doch



muß erst abgewartet werden, ob die sich hierauf gründenden italienischen Kolonisationspläne sich in die Wirklichkeit werden umsetzen lassen. Doch auch damit würden noch nicht alle kolonialen Wünsche Italiens befriedigt sein, wie der Umstand beweist, daß in italienischen Blättern immer wieder die Forderung auf Zuteilung eines Teils der früheren deutschen Kolonien in Afrika an Italien erhoben wird.

Es wurde schon gesagt, daß die Mehrzahl der italienischen Auswanderer sich nach Amerika wendet. In der Zeit von 1855—1905 wanderten nach Brasilien und Argentinien über doppelt so viel Italiener ein wie Portugiesen bezw. Spanier. Der genannte Italiener Colajanni sprach daher nicht mit Unrecht von „italienischen Kolonien ohne italienische Flagge". Eine geraume Weile war in Italien die Hoffnung sehr verbreitet, Argentinien werde durch den großen Zustrom von Italienern auf friedlichem Wege eine Magna Italia, ein Groß-Italien werden, wie einst Süd-Italien durch griechische Kolonisation zu einem Groß-Griechenland geworden war. Freilich dürfte dieser Traum jetzt doch endgültig ausgeträumt sein, eine solche Entwicklung wird kaum eintreten, es kann sich für die Italiener in Argentinien höchstens um eine längere Bewahrung ihres Volkstums handeln, als es bisher der Fall war, auf die Dauer aber werden sie nicht vermeiden können, daß sie oder ihre Nachkommen Argentinier werden. Die faschistische Regierung gibt sich nun große Mühe, das langsame Aufgehen der Italiener im Argentiniertum durch die Bildung einer lateinischen Rassegemeinschaft in Südamerika wettzumachen. Während früher Spanier und Italiener sich dort meist voneinander getrennt hielten, hat man in letzter Zeit große Verbrüderungsfeste gefeiert. Auch sind Kabel von Italien nach Lateinamerika gelegt worden, Schiffahrtslinien eingerichtet worden, hat der italienische Kronprinz eine Reise dorthin unternommen u. a. m. Ob es allerdings in Anlehnung an das Freundschaftsverhältnis zwischen Italien und Spanien auch zu einem politischen Bündnis zwischen Italien und südamerikanischen Staaten kommen wird, läßt sich heute noch nicht sagen.

Wie hoch sich die italienische Auswanderung in den Nachkriegsjahren im einzelnen beläuft, läßt sich z. Z. noch nicht übersehen. Sehr erheblich ist in letzter Zeit die Zahl der aus politischen Gründen Auswandernden gewesen. Der von den faschistischen Gewerkschaften ausgeübte Druck zum Beitritt in sie und die von ihnen veranlaßte Herabsetzung der Löhne hat vor allem viele Arbeiter dazu geführt, ihrer Heimat den Rücken zu kehren. Von sozialistischer Seite werden riesige Zahlen genannt, die offenbar aber stark übertrieben sind. So schrieb der Italiener Carnevali in der „Münchner Post" vom 21. 8. 24 (in einem Aufsatz „Die wirtschaftliche Unfähigkeit des Faszismus"): „Allein während eines einzigen Jahres sahen sich drei Millionen italienische Arbeiter gezwungen, ihr Vaterland zu verlassen. Nach Frankreich sind allein in den

letzten zwei Jahren mehr als 2½ Millionen italienische Arbeiter ausgewandert." Bringt man bei diesen Angaben die parteipolitische Übertreibung in Abzug, so bleibt jedoch wohl die Tatsache bestehen, daß zum mindesten nach der Schweiz und nach Frankreich die italienische Auswanderung sehr zugenommen hat. In beiden Ländern haben sich viele neue italienische Arbeiterkolonien gebildet. Die Hauptgründe für die vermehrte Auswanderung sind Arbeitslosigkeit (1921 gab es 445 000 Arbeitslose in Italien) und Unzufriedenheit mit der Regierung des Faschismus (in Frankreich ist es mehrmals zu Attentaten kommunistischer italienischer Arbeiter gegen italienische Faschisten gekommen). Zugenommen hat zweifellos auch die italienische Auswanderung nach dem Orient gegenüber der Vorkriegszeit.

Der heutige Imperialismus Italiens stützt sich auf das Erwachen eines 50-Millionenvolkes zum Willen, Weltpolitik zu treiben. 1911 zählte Italien 35 959 077 Einwohner (darunter 1 150 236 zeitweise Ausgewanderter); heute sind es mehr als 40 Millionen, d. h. bei einer Fläche von 310 000 qkm mehr als Frankreich mit seinem 550 000 qkm Umfang. Dazu rechnete die römische Monatsschrift „Politica"[2]) 1923 schon 8 Millionen Auslanditaliener. Und das nationale Gefühl dieser Auslanditaliener ist in letzter Zeit ganz gewaltig gestiegen. Im Weltkriege eilten Hunderttausende von Auslanditalienern in die Heimat zu den Waffen, besonders aus Amerika. Ihr Kampfgeist war durchschnittlich größer als der der Reichsitaliener, wie Mussolini in seinem Kriegstagebuch mehrmals hervorhebt[3]). Von den Italienern im französischen Tunis berichtete die genannte „Politica" (a. a. O.), daß sie im Kriege 15 000 Soldaten stellten und 10 Millionen Franken französische Kriegsanleihe zeichneten. Mehrere Auslanditaliener sind dann nach dem Kriege in Italien auch politisch hervorgetreten, es sei nur der Gründer und Leiter der faschistischen Gewerkschaften Edmund Rossoni genannt.

Während früher hauptsächlich der Dante Alighieri-Verein für das Auslanditalienertum wirkte, nimmt sich heute seiner auch der Faschismus und somit die Regierung an. Es sind Schulen für Auswanderer ins Leben gerufen worden, deren Zeugnisse zur Auswanderung berechtigen. Es soll durch diese Maßnahme die Abneigung des Auslandes gegen die früher meist ungebildeten italienischen Auswanderer beseitigt und sie selbst sollen widerstandsfähiger gegenüber fremden Einflüssen und zu Trägern italienischer Kultur und italienischen Nationalbewußtseins gemacht werden. Gegen die Herabsetzung der Einwanderungszahl für Italiener in den Vereinigten Staaten hat die faschistische Regierung sofort Einspruch erhoben (s. „Popolo d'Italia" vom 5. 9. 24). Die Zahl der italienischen Schulen und Zeitungen im Auslande ist sehr vermehrt worden. Die faschistische Partei hat außerhalb Italiens über 100 Fasci gegründet, darunter zahlenmäßig recht bedeutende in New-York, Paris, Genf,



Kairo, Chicago, London usw. Die faschistische Presse zählte nach ihrer parteiamtlichen Bekanntgabe vom 11. 10. 23 7 Auslandszeitungen (davon eine in Berlin) und zwei Blätter für die Kolonien, zu denen inzwischen weitere hinzugekommen sind. Seit Mai 1924 erscheint ein Wochenblatt „Die italienischen Fasci im Auslande", das über den Faschismus unter den Auslanditalienern berichtet.

Hat der Faschismus einerseits viele Italiener bewogen, in die Fremde zu gehen, so hat er andererseits das Band zwischen dem Auslanditalienertum und der Heimat fester zu knüpfen verstanden. Der Faschismus hat zweifellos das Ansehen Italiens in aller Welt sehr gesteigert, und der Name Mussolini erfüllt die Mehrzahl der 8—10 Millionen Auslanditaliener mit berechtigtem Stolz. Im Gegensatz zu England und Frankreich, die von der Beute des Weltkrieges den Löwenanteil eingesteckt haben und von denen Frankreich in seiner Bevölkerungszunahme weit hinter Italien zurückbleibt, sowie zu den Vereinigten Staaten, die durch den Krieg reich und zum Gläubiger fast ganz Europas geworden sind, betrachten sich die Italiener als ein proletarisches[4]) Volk, das durch sein zahlenmäßiges Anwachsen und durch seine Arbeitskraft im Begriff steht, eine politische Weltstellung einzunehmen und das dabei auch durch seine Auswanderer die Aufgabe einer Kulturmission zu erfüllen habe.

Anmerkungen

[1]) Näheres in meinem Aufsatz „Die lateinischen Schwesternationen" in den „Eisernen Blättern" vom 17. VI. 1923.

[2]) Im Märzheft 1923 im Aufsatz „La Francia e noi". Vergl. dazu die oben aufgeführten Zahlen von Michels und Colajanni für die Jahre 1901 und 1908.

[3]) Il mio diario di guerra, Mailand 1923.

[4]) s. das oben angeführte Wort des Sozialistenführers Labriola über Tripolis. Später hat der Futurist Marinetti seine national-revolutionäre und imperialistisch eingestellte Futuristenbewegung als „Proletariat der Genialen" bezeichnet (z. B. in seinem Buche „Futurismo e Fascismo", Foligno 1924, im Aufsatz „Il proletariato dei geniali", S. 140) und heute bezeichnen die Faschisten das italienische Volk mit Vorliebe als eine „nazione proletaria", deren Aufstieg jetzt beginne und der wegen ihrer Jugend die Zukunft gehöre.

ALBRECHT HAUSHOFER:
BRASILIANISCHE WASSERSTRASSEN

Das verkehrsgeographische Bild auch eines stark vom Landverkehr in seinem inneren Zusammenhang beherrschten Landes ist nicht vollständig, wenn nicht auch der Wasserverkehr in den Kreis der Betrachtung gezogen wird. Freilich sind die Verknüpfungen in jedem Land verschieden, nicht überall sind sie so eng wie in den Niederlanden oder in Japan; aber selten wird man in einem einzigen Staatskörper die verschiedenen Arten des Verkehrs so unverbunden nebeneinander finden, wie in Brasilien.

Ein Versuch, das verkehrsgeographische Bild Brasiliens zu zeichnen, hat sich — entsprechend der Bedeutung, die der Landverkehr, und da wieder der Eisenbahnverkehr, für den staatlichen Zusammenhalt der dichtestbevölkerten Gebietsteile hat — vorwiegend mit dem Verkehr zu Land befaßt.[1]) Daß daneben der Wasserverkehr (der Luftverkehr kann heute noch übergangen werden, da er sich, von geringfügigen, wenn auch an ihrem Ort bedeutenden Versuchen, z. B. Bogotá—Barranquilla, in ganz Südamerika noch nicht durchsetzen konnte) eine große Bedeutung hat, wurde ausgesprochen, soll aber noch einmal näher beleuchtet werden.

Dabei muß in einer wichtigen Hinsicht unterschieden werden zwischen dem Ozeanverkehr und dem Stromverkehr. Über die Bedeutung des Ozeanverkehrs zu transozeanischer Verbindung braucht kein Wort verloren werden. Daß er auch eine große innerstaatliche Bedeutung in Gestalt der Küstenschiffahrt hat, ist bei einem Land, dessen lange Küste in ihren großen Zügen wenig Gliederung aufweist, und dessen innere Landverkehrsverbindungen noch viel zu wünschen übrig lassen, gleichfalls ohne weiteres verständlich. Sämtliche Großstädte Brasiliens, mit einziger Ausnahme des gewiß nicht küstenfernen São Paulo, liegen am Meer, oder sind doch, wie Porto Alegre, nah mit dem Ozean verbunden. Es ist angesichts der steilen Gestaltung der Küstenlandschaft doppelt begreiflich, daß Personen- wie Frachtverkehr den Seeweg dem Landweg vorziehen. Zudem sind die Siedlungsschwerpunkte zu wenig nach dem Inneren vorgeschoben, als daß eine küstenparallele Bahn — wie sie ja von Rio Grande do Sul bis Espirito Santo durch sechs Staaten führt, und wie sie von Bahia bis Ceará langsam der Vollendung entgegengeht — erfolgreich mit der Küstenschiffahrt konkurrieren könnte. Nur auf wenigen kurzen Strecken, wie der von Rio de Janeiro nach São Paulo, ist die küstenparallele Binnenbahn der Ozeanschiffahrt in ihrer innerstaatlichen Verkehrsbedeutung gewachsen.



Schon der Verkehr von Rio de Janeiro nach den drei Südstaaten, schon der nach Victoria, der direkt mit der Bahn mit Rio-Nictheroy verbundenen Hauptstadt von Espirito Santo, vollzieht sich ganz überwiegend zu Schiff. Das darf als feststehende Tatsache angesehen werden, auch wenn es sehr schwer, ja fast unmöglich ist, dafür schlüssiges Beweismaterial statistisch zu erbringen (Grund dafür ist die Unmöglichkeit, an Hand der vorhandenen Statistiken den inneren Küstenverkehr mengen- und zahlenmäßig von dem von Argentinien-Uruguay nach Europa—Nordamerika durchgehenden zu scheiden). Steht somit nur der Ozeanfahrt Rio de Janeiro—Santos eine in ihrem tatsächlichen Verkehr gleichwertige Landverbindung innerhalb der südlichen und mittleren Küstenstaaten gegenüber, so verschiebt sich das Bild noch einseitiger zugunsten des Seeverkehrs, wenn man die Verkehrsbeziehungen weiter nach Norden verfolgt. Dem Fehlen einer durchgehenden Bahnverbindung entspricht die überragende Bedeutung der Küstenfahrt für die Strecke Rio de Janeiro—Bahia—Pernambuco. Innerhalb der Nordoststaaten (Bahia—Sergipe z. B.) kommt ein bescheidener Landverkehr parallel der Küste wieder auf, fällt aber dann für die Verbindung Ceará—Piauhy—Maranhão—Amazonien abermals völlig aus.

So ist der ozeanische Randverkehr für den Zusammenhalt weiter Teile Brasiliens heute noch eine Notwendigkeit. Würde er heute unterbunden, so wäre jede Verbindung zwischen den weiten, kaum besiedelten Räumen Amazoniens und dem übrigen Brasilien zu Ende; und der Verkehr zwischen der nordöstlichen Staatengruppe und der Hauptstadt wäre zumindest auf's Äußerste erschwert. Daß das wehrgeographisch ein wenig sicherer Zustand ist, braucht kaum betont zu werden.

Die Bedeutung des ozeanischen Randverkehrs hat — was absolute Beförderungsziffern, Tonnenzahlen usw. betrifft — im Laufe der Jahrzehnte beständig zugenommen; in seiner relativen Bedeutung für die verkehrsgeographische Entwicklung des Landes ist er mit der fortschreitenden Landeinwärts-Siedlung und dem Ausbau der Landverkehrsmittel zurückgegangen.

Ganz anders der Flußverkehr. Kann man die Verkehrsnutzung des offenen Ozeans längs der Küste wohl mit einiger Mühe quantitativ bestimmen, nicht aber vom Verkehr benutzte und nicht benutzte Wasserstrecken ausscheiden, so ermöglicht die noch im Anfang ihrer Entwicklung stehende Flußschiffahrt sehr wohl eine solche Unterscheidung. Aus dem Vergleich der Länge der schiffbaren Stromläufe, die tatsächlich heute von regelmäßigem Verkehr genutzt werden, mit dem für die Schiffahrt an sich verfügbaren Stromnetz, ergibt sich ein Bild dessen, was der Binnenwasserverkehr heute für Brasilien bedeutet, wie dessen, was er künftig für die Erschließung des Landes bedeuten könnte.

Die Tatsache, daß von den in Frage kommenden Strömen zwar die meisten von wissenschaftlichen Beobachtern befahren, aber doch nur in den selteneren Fällen in allen ihren Teilen eingehend durchforscht sind, bringt es mit sich, daß die meisten Zahlen nur annähernd genau sein können. Trotzdem soll hier einmal zusammengefaßt werden, wie sich die Schiffbarkeit der großen Stromsysteme im Einzelnen darstellt, und wie sie sich auf die einzelnen Gebiete verteilt.[2])

Die großen Züge des physiogeographischen Baus von Südamerika bringen es mit sich, daß die Hydrographie des größeren außerandinen Teils des Kontinents sich in zwei großen Systemen sammelt: dem des Amazonas und dem des Rio de la Plata. Rechnet man den Tocantins-Araguaya zum Amazonas, den Uruguay zum La Plata — was füglich geschehen darf — so bleibt für Brasilien, bei dessen Betrachtung das Orinoco-Gebiet nicht herangezogen werden braucht, noch ein dritter hydrographischer Raum: der der östlichen und nördlichen Küstenflüsse. Er ist in seinem Wesen bestimmt durch die Aufbiegung des brasilianischen Gebirgslandes an seinem ozeanischen Rand; durch die verhältnismäßige Schmalheit der Küstenzone und die dadurch bedingte Kürze der Stromunterläufe. Hydrographische Einheit fehlt ebenso wie klimatische Einheitlichkeit der Ursprungs- und Mündungsgebiete. Die Tatsache, daß die meisten Oberläufe dieser nördlichen und östlichen Küstenströme innerhalb des klimatisch wenigst gleichmäßigen, am meisten periodisch trockenen Teiles von Brasilien ihren Ursprung haben, bewirkt, neben der weiteren, gleichfalls im geomorphologischen Bau begründeten Tatsache, daß sie meist, kurz vor ihrer Mündung, Stufen zu überwinden haben, was häufige Schnellenbildung hervorruft, daß ihre Bedeutung für die Binnenschiffahrt nicht nur heute gering ist, sondern auch weiterhin gering bleiben wird. Das gilt auch von dem größten dieser Ströme, dem Rio São Francisco.

Auch die brasilianischen Teile des La Plata-Systems sind für die Schiffahrt, wenn auch weniger stark, mit ähnlichen Hemmnissen belastet. Die Hauptsammelrinne des Gebietes, der Paraguay (es ist im geographischen Sinne durchaus falsch, daß er nach der Vereinigung mit dem Paraná dessen Namen annimmt), ist für Brasilien ja Grenzstrom (wenn auch die politische Grenze sich nur teilweise genau an seinen Lauf hält); und im Lauf des Paraná drückt sich die Stufenlandschaft Südbrasiliens in Gestalt mehrfacher Unterbrechungen durch Stromschnellen aus. Er, wie die meisten seiner Nebenflüsse, hat zudem — gemäß seinem Ursprung westlich der niederschlag-scheidenden Küstengebirge — geringen Tiefgang und wechselnden Wasserstand. Zudem weist er, wie seine Nebenflüsse, für Brasilien (anders als für Argentinien und Paraguay!) in Verkehrsrichtungen, denen Siedlung und Bevölkerungsverschiebung



zwar heute langsam folgen müssen, die aber im kolonialen Stadium zu keinem wirtschaftlich verlockenden Ziele führten.

Auch der Amazonas ist ja zum ersten Mal in der Richtung vom Ursprung zur Mündung befahren worden. Verkehrsbasis kann aber doch nur die Mündung eines Stromes sein; und so ist denn auch das Amazonas-Gebiet von der Mündung her dauernd dem Verkehr und der Wirtschaft erschlossen worden.

Das Amazonas-Gebiet ist, im Gegensatz zu dem hydrographisch zersplitterten Gebiet der Küstenflüsse und dem einseitig entwickelten des Paraguay-Paraná, eine geschlossene Einheit; in ihm bestimmt der große Strom das Charakterbild der Landschaft. In dem weiten urwaldbestandenen Tiefland fehlen entscheidende Züge der Bodenform, die im übrigen Brasilien die Hydrographie neben anderen Erscheinungen der Erdoberfläche zurücktreten lassen; die weite, mit ziemlich gleichmäßigen, durchweg hohen (Passat-)Niederschlägen bedachte Fläche begünstigt die gleichmäßige Entwicklung eines großen Stromnetzes ebenso, wie sie die Entwicklung von Landverkehrswegen dadurch hemmt. So ist Amazonien ein Zukunftsland des Flußverkehrs, wie es auch schon zu Zeiten seiner rein indianischen Besiedlung fast ausschließlich ein Reich des Flußverkehrs gewesen ist. Gegenüber Amazonien tritt die potentielle Schiffahrtsbedeutung sowohl der Küstenflußregion wie des brasilianischen La Plata-Systems völlig zurück. Trotzdem seien auch diese kurz näher betrachtet.

Im Gebiet der Nordoststaaten sind die meisten Flüsse, wenn überhaupt, so nur auf kurze Strecken von der Mündung aufwärts schiffbar. Ausnahmen machen bis zur Mündung des São Francisco lediglich der Rio Itapicurú und der Rio Parnahyba (schiffbare Längen 820 und 670 km), von denen wieder der letztere, der von seinem Ursprung bis zu seiner Mündung die Grenze zwischen Maranhão und Piauhy bildet, an dem auch die Hauptstadt von Piauhy liegt, die größere Bedeutung hat. Auch der Rio Mearim ist auf längere Strecken schiffbar; doch war eine einigermaßen genaue Bestimmung der schiffbaren Länge nicht zu finden. Von den Mündungs-Deltas des Mearim-Itapicurú und des Parnahyba bis zum São Francisco ist kein Fluß mehr länger als 50—60 km schiffbar. Somit sind die Staaten Ceará, Rio Grande do Norte, Parnahyba und Pernambuco praktisch ohne Binnenwasserwege von einiger Bedeutung.

Dasselbe würde gelten von Alagoas und Sergipe, wären die beiden als Grenznachbarn nicht beteiligt an der größten Wasserstraße des Nordostens, dem São Francisco. Dessen Unterlauf ist auf eine Strecke von fast 280 km mit einem gleichmäßigen Tiefgang von etwa 4 m, bis zu den großen Paulo-Affonso-Fällen schiffbar. Größere Bedeutung als sein Unterlauf hat aber der



lange Mittellauf des Stromes, der nach seinem allgemeinen Charakter nicht mehr zu den Küstenflüssen zu rechnen ist, sondern einen Übergang zu den Stromerscheinungen einerseits des Tocantins-Araguaya, andererseits der Paraná-Quellflüsse bildet, und daher gesondert kurz betrachtet werden soll.

Östlich des langen, küstenparallelen Mittellaufes des São Francisco bleibt wenig Raum zur Entwicklung selbständiger hydrographischer Systeme. Von den wenigen bedeutenden Strömen sind der Rio Pardo auf 160 km, der Rio Mucury auf 200 km, der Rio Doce, die Hauptader des östlichen Minas Geraes, auf 220 km schiffbar. Der stattlichste der Flüsse zwischen Bahia und Rio de Janeiro, der Rio Jequitinhonha-Belmonte ist auf 610 km schiffbar, aber unweit der Mündung durch große Fälle stärkerer, auch künftiger, Verkehrsnutzung entzogen.

Eine gewisse Bedeutung wohnt der schiffbaren Strecke (60 km) des kurzen Rio Santa Maria inne, der sich durch verhältnismäßig größeren Tiefgang und vor allem durch eine ideale Mündung in der Bucht von Espirito Santo auszeichnet — im Gegensatz zu vielen der nordöstlichen Küstenströme, deren Eingang vielfach durch Barren erschwert ist. Derartige Einfahrthindernisse hat auch der wichtige Rio Parahyba do Sul, der in seinem Unterlauf auf 90, in seinem Mittellauf auf 130 km schiffbar ist. Größer allerdings, als seine Bedeutung als Wasserverkehrsweg, ist die seines Tales für den Landverkehr, der hier, in den Staaten Rio de Janeiro, São Paulo und Minas Geraes, ja seine stärkste Ausbildung erfahren hat.

Die südlich des Parahyba-Knies im östlichen São Paulo in der Serra do Mar nah an den Ozean herantretende Hauptwasserscheide schließt die Entwicklung der Küstenströme ab. Sieht man ab vom Rio São Francisco, dessen oberer und mittlerer Lauf eben nicht mehr zur Küstenregion gehört, und vom Rio Parahyba do Sul, dessen Verkehrsbedeutung viel weniger in der Wasserstraße selbst, als in dem tiefen, langen Grabenbruch liegt, den er durchzieht, und der dem Landverkehr schnelle und gute Verbindungen ermöglicht, so lassen sich für die ganzen Küstenströme von Maranhão bis São Paulo gemeinsame Kennzeichen feststellen. Ihre künftige, wie ihre heutige Bedeutung für den Binnenwasserverkehr ist denkbar gering: die Gründe dafür liegen in der verhältnismäßig kurzen Längenentwicklung der Ströme, in ihrem Schnellen- und Fall-Reichtum, und ihrem stark wechselnden Wasserstand bei durchweg geringer Tiefe. Als maximale durchschnittliche Mindesttiefe kann 2,50 m, höchstens 3 m angenommen werden. Größere Tiefen auf längere Strecken hat außer dem unteren São Francisco lediglich der Rio Itapicurú.

Von den drei Südstaaten Brasiliens gehören Paraná und Santa Catharina ganz überwiegend der inneren Abdachung und damit dem La Plata-System an. Ein eigenes hydrographisches System entwickelt sich nur in Rio Grande do



Sul; und dieses Einzugsgebiet der Lagoa dos Patos hat für den Binnenwasserverkehr eine ganz beträchtliche Bedeutung. Freilich kann zweifelhaft sein, ob man damit nicht den Begriff der Binnenwasserstraßen zu weit faßt. Denn die Lagoa dos Patos, um die es sich hier vornehmlich handelt, ist ein Haff mit gutem Zugang vom Meer in einer Längserstreckung von 280 km und für Ozeandampfer befahrbar. Auch ihre Zuflüsse sind in geringerem Maße schiffbar (allerdings nur für Binnenfahrzeuge), das Guahyba-Jacuhy-System mit Nebenflüssen auf ungefähr 400, der Rio Camaquam auf 120 km.

Im Gegensatz zu vielen anderen natürlichen Wasserstraßen, trägt die Lagoa dos Patos heute schon einen sehr lebhaften Verkehr zwischen Rio Grande und Porto Alegre, der noch weiterer Steigerung fähig ist.

Gehen wir zum zweiten der großen hydrographischen Teilgebiete Brasiliens über, zum La Plata-System, so finden wir die zentrale Sammelader des mittleren Südamerika, den in der Tiefenaxe des Kontinents dahinfließenden Paraguay, auf brasilianischem Boden von nahe seinem Ursprung bis zum Übertritt über die Grenze auf über 700 km schiffbar, und zwar mit einer ziemlich gleichmäßigen Mindesttiefe von 2,50 bis 3 m. Geringere Tiefen weisen seine Zuflüsse auf, die, auch wenn sie noch als „schiffbar" zu bezeichnen wären, doch kaum einen regelmäßigen Verkehr zulassen würden. Für ganz flachgehende Fahrzeuge wären auf ihnen etwa 880 km Wasserwege verfügbar.

Der Uruguay weist auf brasilianischen Boden sowie als Grenzfluß eine schiffbare Strecke von 530 km auf; Bedeutung als Verkehrsweg hat er heute kaum, trotz regelmäßiger Schiffahrt auf ihm, und wird sie, bei zunehmender Eisenbahnerschließung von Uruguay und Rio Grande do Sul, schwerlich gewinnen.

Auch die Verkehrsbedeutung des oberen Paraná ist, trotz seiner Länge und seinem durchschnittlichen Tiefgang von 6—12 m, nicht sehr groß. Sein Wert als Wasserstraße ist stark gemindert dadurch, daß er, wie auch mehrere seiner Nebenflüsse, durch Fälle vom Unterlauf abgeschlossen ist und damit einen durchgehenden Wasserverkehr verbietet, denn nur ein solcher könnte gegenüber der querenden Richtung der Eisenbahnerschließung sich allenfalls durchsetzen. Die meisten seiner Nebenflüsse sind flach wie die des Paraguay; gerade die wichtigsten zudem durch z. T. ganz gewaltige Fälle gesperrt (vor allem Iguassú, aber auch Paranapanema, Tieté u. a.).

So hat auch — trotz einer gesamten Wasserstraßen-Erstreckung von rund 2700 km, wovon 520 auf den Hauptstrom selbst treffen, 200 auf seinen östlichen Quellstrom, den Rio Grande —, das abgeschlossene Gebiet des Alto Paraná nicht nur heute, sondern wohl auch für die Zukunft verhältnismäßig geringe Bedeutung für die Binnenschiffahrt. Das liegt natürlich nicht an

dem Charakter der Wasserstraßen allein, sondern hat seine Gründe auch darin, daß im Gegensatz zu Nordbrasilien (aber auch zu den Küstengebieten des Ostens, in denen sich eine Flußschiffahrt wohl neben dem Landverkehr behaupten könnte, wenn nicht eben die Stromläufe selbst die Hindernisse böten) der offene Charakter der Landschaft, das Seltenerwerden ebenso des tropischen Urwalds wie besonders hoher Geländestufen den Überlandverkehr ausgesprochen begünstigt. Eine Ausnahme bildet hier nur die sumpfige Paraguay-Niederung, die darum dem Strom selbst erhöhte Bedeutung als Verkehrsweg verleiht.

Ähnlichen Hemmungen, wie die sind, denen die Schiffahrt auf den Strömen des Alto Paraná-Netzes unterworfen ist, unterliegt sie auch im Gebiet des São Francisco. Auch hier schließt ein System von Fällen den Hauptstrom von seinem Unterlauf ab; die Wasserführung ist ungleichmäßig, und die Tiefe sogar erheblich geringer, als beim Paraná (im Unterlauf, wie schon erwähnt, 4 m, im Mittellauf auf eine Erstreckung von 1580 km im Durchschnitt 1,60 m, im Oberlauf auf 250 km 1,30 m, auf weitere 180 km nur 0,60 m). Wie der Mittellauf vom Unterlauf, so ist er auch vom Oberlauf durch Fälle geschieden. Trotzdem hat er Verkehrsbedeutung. Wie weit das daran liegt, daß er nicht, wie die Paraná-Zuflüsse, dem Inneren zustrebt, sondern küstenparallel läuft; wie weit diese Verkehrsbedeutung andererseits sich wird halten lassen, wenn einmal die längst projektierte Eisenbahnverbindung zwischen Bahia und Minas Geraes wirklich zustandekommt, bleibe dahingestellt. Immerhin sind, auch wenn eine dauernde Verkehrsbedeutung ausbleiben sollte, 5100 km natürliche Wasserstraßen (wovon rund 2700 km auf den Hauptstrom selbst, einschließlich seines Unterlaufes, 640 km auf den Rio das Velhas treffen) eine bedeutende verkehrsgeographische Reserve.

Aber die gesamten bisher behandelten Wasserstraßen (sie ergeben insgesamt bei vorsichtiger Bewertung etwa 14400 km, wovon 5100 auf das São-Francisco-System, 4800 auf das La Plata-System, und etwa 4500 auf die einzelnen Küstenströme fallen) haben ein Gemeinsames — vielleicht mit Ausnahme der halb-ozeanischen Lagoa dos Patos: der Verkehr auf ihnen hat für die Erschließung des Landes, das sie durchfließen, neben anderen Verkehrsmitteln mehr oder weniger untergeordnete Bedeutung. Das wird sich mit zunehmender Besiedlung auch schwerlich ändern.

Ganz andere Verhältnisse ergeben sich, wenn man sich nach Amazonien wendet. Zunächst einmal ist der Charakter der Flüsse, gemäß dem völlig anderen Charakter des Klimas und der Landschaft, ein völlig anderer. Die Wasserführung ist immer reichlich, entsprechend den reichen, verhältnismäßig gleichmäßig verteilten Niederschlägen. Die Durchschnittstiefe der Ströme ist groß, erlaubt also die Befahrung auch durch Schiffe mit sehr großem Tief-



gang. Durch Fälle behindert ist nur ein Teil der südlichen Amazonas-Zuflüsse, nicht der Hauptstrom selbst. Das Gefälle des Hauptstromes wie seiner Nebenflüsse ist zumeist minimal (der Wasserspiegel des Amazonas bei seinem Eintritt in brasilianisches Gebiet bei Tabatinga liegt etwa 80 m hoch), womit ein weiteres Hemmnis anderer südamerikanischer Ströme fehlt. Dazu kommt nun noch die große Ausdehnung des schiffbaren Netzes. Die einzelnen Ziffern sind folgende:

		Länge km	D.-Tiefe m
1. Der Hauptstrom von der Grenze bis zur Mündung		3165	20—30
2. Nördliche Nebenflüsse:	Ica-Putumayo	200	?
	Yapura	560	?
	R. Negro	760	20—40
(Nebenfluß 2.0)	R. Branco	?	?
	Paru	140	?
	Jary	250	?
3. Südliche Nebenflüsse in direktem Zusammenhang:			
	Javary	80	12—20
	Jundiatyba	?	10—25
	Jutahy	800	12—25
	Juruá	1000	12—25
	Purús	1660	15—50
(Nebenfluß 2.0)	Acre	?	?
	Madeira	1300	15—60
(Nebenfluß 2.0)	R. da Duvida	200	3—6
(Nebenfluß 2.0)	Machado	?	3—8
	Tapajoz	280	5—20
	Xingú	150	20—70
	Tocantins	130	30—80

Diese Übersicht umfaßt nur die allerwichtigsten Nebenflüsse; trotzdem ergibt schon diese Zusammenstellung 10675 km zusammenhängender, guter Wasserwege. Dabei ist noch zweierlei zu berücksichtigen: einmal die Tatsache, daß sich diese Zusammenstellung nur auf brasilianisches Gebiet erstreckt, daß aber ein beträchtlicher Teil der angeführten Ströme noch weit hinauf in die Nachbarstaaten schiffbar ist: nicht nur der Hauptstrom selbst als Ucayali und Marañon, sondern auch Nebenflüsse, wie die verhältnismäßig wenig bedeutenden Ica-Putumayo und Yapura, die jenseits der Grenze noch auf je 1400 km schiffbar sind. Zum zweiten muß berücksichtigt werden, daß in dieser Zusammenstellung ausgelassen sind die Oberläufe derjenigen südlichen Amazonas-Zuflüsse, die durch die von Südwesten nach der Amazonas-Mündung verlaufende „Fall-Linie", die das letzte Untertauchen des brasilianischen Berglands im Amazonas-Tiefland kennzeichnen, von dem Gesamtsystem im Hinblick auf den Verkehr abgeschnitten sind. Auch hier ergeben sich — sobald

einmal das Schnellengebiet (z. B. durch Umgehungsbahn, wie am Madeira) überwunden ist — noch stattliche Zusatzstrecken. Schiffbar sind wohl die Oberläufe der sämtlichen großen südlichen Nebenströme, also Madeira, Tapajoz, Xingú und Tocantins-Araguaya; genauere Ziffern können nur für Madeira und Tocantins-Araguaya gegeben werden. Sie lauten:

		schiffbare Länge km	D.-Tiefe m
	Oberer Madeira . .	225	?
	Guaporé	1110	3— ?
(Außerhalb des Brasilianischen Gebietes:	Mamoré	610	2 — ?)
	Oberer Tocantins . .	700?	?
	Araguaya	1300	?

Das sind also (ausschließlich des Mamoré) noch einmal 3335 km. Dabei fehlen hier, wie noch einmal betont sei, die Ziffern für Tapajoz und Xingú, die zweifellos oberhalb der Schnellenregion schiffbar sind, wenn auch vielleicht der Xingú, dessen Schnellenregion besonders ausgedehnt ist, nur auf kürzere Strecken. Die einzelnen Kilometerzahlen bedeuten freilich nicht sehr viel, zumal sie ja alle nur Annäherungswerte darstellen. Aber die Tatsache, daß man die schiffbaren — und zwar für tiefgehende Schiffe befahrbaren — Flußstrecken des brasilianischen Amazonien bei ganz vorsichtiger Schätzung auf 15 000 km, mit Einschluß der südlichen Stromoberläufe auf 20 000 km veranschlagen darf; daß also in einem Land von großem natürlichen Reichtum ein so gewaltiges System natürlicher Verkehrswege vorhanden ist, hat doch allergrößte Bedeutung. Zum Vergleich vergegenwärtige man sich, daß die beiden brasilianischen Bundesstaaten, die den größten Teil Amazoniens umfassen, die Staaten Pará und Amazonas nebst dem Territorium Acre heute (d. h. 1921) insgesamt über 406 Eisenbahn-Kilometer verfügen! Und wenn sich auch die Bahnkilometerzahl für Gesamt-Amazonien noch dadurch etwas erhöht, daß die Madeira-Umgehungsbahn, die größtenteils dem Bundesstaat Matto Grosso angehört, zum Vergleich dazuzurechnen ist, so ist doch das Verhältnis zwischen natürlichen Wasserverkehrs-Linien und künstlichen Land-Verkehrslinien völlig eindeutig. Ein weiterer Vergleich ist lehrreich. Das brasilianische Gesamteisenbahnnetz hatte 1921 eine Erstreckung von 28 153,3 km; die ohne weiteres schiffbaren Linien Amazoniens ergeben etwa zwei Drittel dieser Länge.

So zeichnet sich das potentielle Verkehrsnetz Amazoniens als eines der günstigsten der Erde. Wie aber steht es heute mit seiner Benutzung? Dauernde Schiffahrt von einiger Regelmäßigkeit besteht nur auf dem Amazonas selbst, auf dem Madeira und einer kleinen Strecke des Rio Negro. Viel-

befahren ist der „Rio Pará“, die Tocantins-Mündung, die zur Einfahrt nach Amazonien meist benutzt wird. Gelegentlich befahren werden die meisten der Nebenflüsse des oberen Amazonas (Gummiproduktion!) — von regelmäßigem Dienst kann kaum gesprochen werden. Die südlichen Nebenflüsse östlich des Madeira liegen für den Verkehr völlig brach, ebenso die nördlichen östlich des Rio Branco.

Der Grund für diesen Verzicht auf günstige Verkehrswege ist natürlich allgemein anthropogeographisch: das ganze tropische Amazonien liegt — gemessen an der Bedeutung, die es für die Weltwirtschaft haben könnte — heute ungenutzt, weil die Menschen fehlen, die seinen fruchtbaren Boden bearbeiten, die seine ausgedehnten Verkehrswege befahren könnten.

Maull[3]) gibt als Bevölkerungsdichte für Acre 0,6, für Amazonas 0,2, für Para 0,7 pro qkm an. Für das gesamte brasilianische Amazonien (also unter Einschluß weiter Teile von Goyaz und geringerer von Matto Grosso) errechnet sich eine Bevölkerung von rund 1,7 Millionen Menschen bei einer Gesamtfläche von rund 4,5 Millionen qkm (was eine Dichte von nicht ganz 0,4 ergibt). Nimmt man mit Penck[4]) für das feuchtwarme Urwaldklima eine potentielle Durchschnittsdichte von 200 an, so ergibt sich für das brasilianische Amazonien eine mögliche Bevölkerungszahl von rund 900 Millionen.

Solche Ziffern haben freilich lediglich Annäherungswert; aber auch wenn man an dieser Summe starke Abstriche vornimmt, bleibt noch ein überwältigender Gegensatz gegen das Bild von heute. Denn dieses Bevölkerungsdefizit eines der wichtigsten Tropenländer wird auch nicht dadurch im Sinne von Penck ausgeglichen, daß der Export von Bodenprodukten starke Bevölkerungsmassen in anderen Teilen der Erde ernährt.

Amazonien bietet, wie wir im einzelnen darzulegen versuchten, ausgezeichnete Verkehrswege; es hat auf weite Strecken fruchtbarsten, wirtschaftsgünstigen Boden. Aber der Siedler fehlt; wo er in voreuropäischen Zeiten vorhanden war, hat er es kaum über ein primitives Jäger-, Fischer- und Sammlerdasein hinausgebracht. Der Europäer aber hat sich gegenüber dem tropischen Urwald und dem feuchtheißen Regenklima im größeren Stil nicht durchzusetzen vermocht; und ob die Mischlingsrassen zwischen Europäern, Indianern und Negern fähig sind, intensive Bodenbewirtschaftung in stärkerem Maße ein- und durchzuführen, darf stark bezweifelt werden.

So müssen neben der reinen Ertragsberechnung des Bodens vor allem die physiologischen und psychologischen Folgen des Klimas auf Arbeitskraft und Arbeitswillen des Menschen in Rechnung gestellt werden, will man zu einer nicht zu optimistischen Beurteilung der Tropen als Zukunftsraum der Menschheit kommen.[5]) Der nördliche Teil Brasiliens zeigt, wie wenig im Vergleich mit anderen Teilen der Erde und auch Brasiliens sogar im Laufe mehrerer

Jahrhunderte ein ausgezeichnetes natürliches Verkehrsnetz im reinen feucht-heißen Urwaldklima für die anthropogeographische Entwicklung eines Landes vermag gegenüber den übermächtigen, durch Klima und Vegetation auf den Menschen wirksamen Kräften.

Anmerkungen

[1]) „Brasilianische Verkehrsgeopolitik", Zeitschr. f. Geopol. 1925, Heft 2.

[2]) Als Grundlage der einzelnen Zahlen ist der „Diccionario Historico, Geographico e Ethnographico do Brasil" benutzt worden, verglichen mit einer Reihe von einzelnen Daten in Spezialwerken und Reiseberichten. Die einzelnen Ziffern für die selben Strecken weichen oft stark voneinander ab.

[3]) „Brasiliens geopolitische Struktur", Zeitschr. f. Geopol. 1924, Heft 2.

[4]) „Das Hauptproblem der physischen Anthropogeographie", Sitzungsberichte der Preußischen Akademie der Wissenschaften, Phys.-Math. Kl. 1924, S. 242.

[5]) Vgl. die Arbeiten von Sapper, Gregory u. a.

KURT VON BOECKMANN:
KULTURUNTERBAUTEN INDOPAZIFISCHER GEOPOLITIK

In seinem Buche „Geopolitik des pazifischen Ozeans" — das nicht nur der Geopolitiker als erstaunliche Wissens-, Beobachtungs- und Einfühlungsleistung und als ein endlich festen Grund legendes Standwerk über den großen Zentralraum unserer Erde dankbar begrüßen sollte — hat Karl Haushofer ein Gegenwartsbild des pazifischen Gebietes gezeichnet, das aus den Wechselbeziehungen zwischen Geographie und Geschichte gewonnen wurde, den Schwerpunkt der Untersuchung aber, der vorherrschend geopolitischen Fragestellung entsprechend, folgerichtig auf den Raumkräften ruhen läßt. Es bedarf in einer geopolitischen Zeitschrift heute keiner weitschichtigen Überzeugungsversuche mehr, um zunächst grundsätzlich zu behaupten, daß die gleichen Kräfte des Raumes, die Wesen und Wirken der Politik als Substrat und Baustoff beeinflussen, auch für Wesen und Wirken dessen maßgebend sind, was wir Kultur nennen [1]). Wohl aber mag es im Sinne nachbarlicher Verbundenheit von Geopolitik und Kulturwissenschaft und gegenseitiger Anregung wie auch Vertiefung der Beweisgrundlagen dienlich sein, diese Wurzelbodengemeinschaft an einigen konkreten Parallelbildungen sichtbar zu machen. Wer mit den Kulturverhältnissen im pazifischen Gebiet vertraut ist, wird mit Leichtigkeit geographische und geschichtliche Erscheinungen kulturlicher Art nachweisen können, die sich mit den von Haushofer freigelegten politischen Erscheinungen in allem Wesentlichen decken. Einiges davon soll hier, wie es der verfügbare Zeilenraum erlaubt, wenigstens in Umrissen dargestellt werden.

Haushofer betont als eine der stärksten geschichtlichen Formkräfte des pazifischen Raumes die natürliche Einheit, die immer wieder zu einer zentripetalen Verdichtung der politischen Erscheinungen drängt, m. a. W. den panpazifischen Gedanken nicht nur als Wollen, sondern als Müssen auch dort noch durchschlagen läßt, wo seine einzelnen Träger national durchaus heterogener Art sind und an sich auch heterogene Absichten verfolgen. (Panpazifische Tagungen 1922/23 und vieles andere.) Geographisch eng mit dieser Zentripetalität verbunden ist nach Haushofer eine ständig flutende Ausgleichsbewegung im pazifischen Raume, die auch Sonderinteressen partikularen Charakters mit einer Decke natürlicher und willensmäßig kaum ablehnbarer Gesamtinteressen überwölbt, und vom pazifischen noch stark in den indischen Meerraum hineinwirkt. Eine besondere Kraftzufuhr erhalten diese beiden autochthon gebundenen Erscheinungen der Einheit und des Ausgleichs durch die autarkische Veranlagung der großen Teilräume (Amerika, Japan, China, Sunda-



gebiet, Australien), denen man vom kulturgeschichtlichen Standpunkt auch Altozeanien hinzufügen darf, so daß schließlich das pazifische Gesamtgebiet eine autarkische Emanzipationsfähigkeit vom übrigen Erdraum zeigt und damit auch eine Befähigung zu eigenem meist hochwertigem Sonderdasein wirtschaftlicher, politischer und geistiger Art, das ja auch lange genug Wirklichkeit gewesen ist. So kommt es, daß diese alten, auf unausrottbarer Raumgrundlage ruhenden Eigenkräfte sich bei den eingesessenen Völkern des pazifischen Gebietes auch nach dem Einbruch Europas immer wieder geltend machen, ja, in den Formen bewußter Schicksalsgemeinschaft und natürlicher Symbiosen, die sogar innere Gegensätze glätten (z. B. China-Japan), in eine Bewegung ost-südasiatisch-pazifischer Selbstbesinnung hineinentwickeln, der als folgerichtiges politisches Ergebnis ein Kampf auch um Selbstbestimmung folgt. Damit stoßen wir auf die auch von Haushofer geopolitisch scharf herausgearbeiteten politischen Brüche in der morphologischen Unterschicht des pazifischen Einheitskörpers: die (wiederum schon geographisch, durch Eigenarten der kontinentalen Randgebiete) tief begründete pazifische Fremdkörperhaftigkeit Nordamerikas und Australiens mit ihrer Abschwächung in relative pazifische Indifferenz bei den südamerikanischen Staaten einerseits, der endogenen gegenseitigen Durchdringungsfähigkeit der ost- und südasiatischen mit ozeanischen Völkergruppen andrerseits. Auf diesem differenzierenden Wege noch weiter in die Tiefe steigend, finden wir bei Haushofer Abstufungen des Grades auch im asiatisch-pazifischen Großgebiet selbst in der polnischen Objektqualität der Nordschwellenvölker, der aktiv maritimen Kernbildung Japans (das hierin gewissermaßen eine hawaiische Erbschaft angetreten hat), den Mischkörpern im chinesischen und südostasiatischen Randgebiet, von denen der chinesische, nur potamisch mit der pazifischen Seite verbundene Großbinnenraum mehr kontinental, der malaiische Großinselraum mehr maritim bestimmt ist und schließlich das heute mit geringen Ausnahmen (vor allem Maori) ethnisch verfallende, aber auch noch in seinen Resten ausgesprochen maritim signierte ozeanische Gebiet (polynesische, ostmelanesische und mikronesische Kleininselwelt). Innerhalb dieser einzelnen Kreise findet Haushofer überall bestimmte, teilweise sehr lebhaft entwickelte geopolitische Sonderformen heraus, die als weltpolitische Kraftfelder bald passiv, bald aktiv (und dies in steigender Kurve) ernste Beachtung verdienen und bei den weltpolitisch instinktsicheren Mächten auch finden. Damit wären aus der großen Fülle Haushoferscher Schlußfolgerungen sieben grundlegende Entwicklungssymptome herausgezogen: die naturgegebene, übervölkische und zentripetale Einheitstendenz des pazifischen Gesamtgebietes und die Ausgleichstendenz als Oberbau, beide autarkisch gestützt, die im Grunde, d. h. hier geographisch und ethnisch bestimmte apazifische Qualität der amerikanischen und australischen Staaten,



die hingegen bodenständig pazifische Qualität des ost-südasiatisch-ozeanischen Großgebietes mit natürlicher Konsolidierungsfähigkeit einerseits, aber auch natürlichen inneren Differenzierungen andrerseits und folgerichtiger antieuropäisch-amerikanischer Gesamteinstellung. Diese sieben von Haushofer geopolitisch ausgewerteten Symptome als gleichermaßen in der Geographie und Geschichte der pazifischen Kultur richtung- und formgebende Kräfte kurz aufzuzeigen, soll nun versucht werden. Ich habe dies — ohne (leider!) von den Arbeiten Haushofers, die gleichzeitig erschienen, Kenntnis zu haben — in meinem Buche „Vom Kulturreich des Meeres"[2]) unternommen und bin dabei zu Ergebnissen gelangt, die den geopolitischen Ermittlungen Haushofers in allem Wesentlichen parallel laufen.

Jene geopolitischen Einheits- und Ausgleichserscheinungen sind nicht nur in der Kultur gleichfalls vorhanden, sondern, wie man aus geographischen und geschichtlichen Gründen annehmen darf, durch einen bestimmten Kulturzusammenhang überhaupt erst ermöglicht, jedenfalls geschichtlich vorbereitet worden. Bis zum Einbruch Europas, teilweise darüber hinaus und bis heute, sind die einzelnen indopazifischen Kulturen von einer bald mehr, bald weniger mächtigen, nur an wenigen Stellen ganz unterbrochenen einheitlichen Kulturoberschicht überlagert. Das stärkste Symptom dieser Einheitsdecke liegt auf geistigem Gebiet, den großen pazifischen Sagen- und Religionsschöpfungen. Man kann die einzelnen Formelemente dieser Schöpfungen kartographisch in bald größerer, bald kleinerer Raumgewinnung, immer aber mit der gleichen inneren Ausbreitungstendenz durch den indopazifischen Raum von Amerika über Ostasien, Indien bis Afrika festlegen. Aber auch andere Erscheinungen sehr verschiedener Art folgen dieser mächtigen Wanderbahn, so die Zahl Vier als symbolische Urzahl, die Viergliederung des Raumes, die Vierfarbensymbolik, die Swastika, die Sänfte, das Gottkönigtum, die malaiischen Sprachen und anderes[3]). Geographische und ethnische Kräfte haben an diesem großen Vereinheitlichungs- und Ausgleichswerk mitgewirkt, vor allem die geologische Westoststrebigkeit des asiatischen Ostraumes mit ihrer Fortsetzung in den ozeanischen Zerrungsbögen und Inselzügen, die völkerverbindenden Wind- und Meeresbewegungen im pazifischen und indischen Ozean, das im pazifischen Raum (mit Ausnahme Australiens) stark vertretene altmongoloide Rassenelement und die ungemein lebhafte Schiffahrt der Malaien und Polynesier.

Untersucht man diese altindopazifische obere Einheitsschicht kartographisch und historisch genauer, so zeigt sich eine sehr eigenartige Erscheinung: das Zentrum jener für die indopazifische Kultureinheit ausschlaggebenden geistigen Elemente liegt in Polynesien, d. h. mitten im Ozean. Dies führt auf ein m. W. bisher nicht erkanntes Polaritätsverhältnis zwischen Landkultur und Meerkultur, das zum geschichtlichen, morphologischen und psychologischen



Verständnis der indopazifischen Kultureinheit, aber auch Kulturdifferenzierung gleich unerläßlich ist und deshalb kurz dargelegt werden muß.

Um die sehr weit verzweigten und schwer übersehbaren Beziehungen zwischen Mensch und Meer methodisch einigermaßen faßbar zu machen, habe ich in meinem Buche eine Aufteilung des Stoffes in vier (fast immer graduell aufeinanderfolgende und ineinander übergehende) Abstufungen durchgeführt. Meer als Anreiz zu kulturschaffender Tätigkeit erscheint nämlich als Nahrungs- und Besitzquelle (wirtschaftliche Stufe), als Weg (merkantile Stufe), als Machtmittel (politische Stufe) und als Erlebnis (geistige Stufe). Im qualitativ-psychologischen Sinne einer Meereskultur ist die vierte Stufe ihr stärkster Äußerungsgrad und als Höchstleistung örtlich natürlich nur dort zu erwarten, wo ein splitterhaftes Inselgebiet engste Berührung zwischen Mensch und Meer ermöglicht. Der Gegenpol landständiger Lebensführung und Kulturbildung liegt folglich in der pazifischen Kleininselwelt, die allein jene hier erforderliche extreme Landenge aufweist, während alle übrigen Meergebiete teils durch ihre räumliche Ausdehnung, teils durch Anlehnung an Festländer unter kontinentaler Kulturgravitation liegen[4]). Nun machen sich aber in einer solchen extremen Verengerung der festländischen Daseinsgrundlage die physiognomischen Züge des umgebenden Meeres (vor allem Weite, Übermaß, Einheit in der Wandlung) mit derart überwältigender Wucht ständig geltend, daß eine ethnisch für solche Reize empfangsfähige Rasse, wie die mongoloiden Wanderschwärme der Altpolynesier es gewesen sind, auch eine Kultur der Weite, Übermäßigkeit, Einheit, aber auch abnormen inneren Gegensätze hervorbringen muß. Auf diese Weise entwickelt sich jedenfalls mit der mongoloiden Besiedlung der pazifischen Inselbahnen (die ozeanische Urzeit ist noch so gut wie unaufgehellt) jene Rückbildung typisch landständiger Kulturbedürfnisse und Kulturschöpfungen, die in der Primitivität der polynesischen Architektur, der chaotischen Formzersetzung des Familienlebens, der inneren Anarchie des feudal rivalisierenden Gesellschaftslebens und — wo es überhaupt entsteht — der Hypertrophie des Staatslebens (extremes Gottkönigtum) einen, entsprechende Kontinentalbildungen nicht nur graduell, sondern auch im Essentiellen der seelischen Einstellung zu diesen Dingen weit hinter sich lassenden Ausdruck findet. Geformt ist alles dies von der auf äußerster Landenge allen solchen Festlandsbildungen eben schroff gegensätzlichen dämonischen Übergewalt der Meerweite. Hier steigern sich andrerseits aber auch jene, von der suggestiven Kraft des Meeres positiv beeinflußbaren Regungen eines kulturlichen Weitenseelentums in Schöpfungen von ebenso starker Gegensätzlichkeit zu landständigen Durchschnittsbildungen hinauf: das extreme Ausmaß der Tätowierung, die Monumentalität der künstlerischen Formgliederung mit ihren verblüffenden Flächenwirkungen auch noch in der Kleinkunst (bei der sich das

geistige Bis-ans-Ende-geben der polynesischen Weitenseele in ein Herausholen letzter Feinheiten aus Stoff und Werkzeug umsetzt), der interpazifische Verkehr im eisenlosen Boot, die Geringschätzung des Massenmenschen einerseits, die feudale Struktur des (kulturpsychologisch noch kaum erkannten) Meerherrentums andrerseits, vor allem aber die gewaltigen Schöpfungen der polynesischen Mythik, Kosmogonik und der (ebenfalls ethnologisch noch unerkannten) rein spirituellen polynesischen Religion[5]. Als besonders bezeichnende Symptome der zuletzt genannten geistigen Leistungen seien hier die im Mauimotiv konzentrierte Sonnenmythik und der in der tief spiritualisierten Taaroa(Tangaloa)vorstellung europäischen Gemütern kaum mehr faßbare pazifische Monotheismus erwähnt (Taaroa nicht als konkreter oberster Gott, sondern als das große, weltschaffende Sehnen der Natur empfunden)[6]. Diese großartigen geistigen Schöpfungen geben der polynesischen Kultur jene suggestive Macht elementarer Irrationalität, die nicht nur den eigenen Raum durchdringt, sondern darüber hinaus östlich nach Amerika (von den nördlichen Prärien über die mittelamerikanischen Hochkulturräume bis nach Chile) weiterstrahlt, westlich nach Asien zurückwirkt und damit das stärkste Ferment altindopazifischer Kultureinheit wird. Wir haben es folglich bei dieser, wie gesagt, vorwiegend geistig zum Ausdruck gelangten Einheit mit einem mehr kontinental bestimmten Randgebiet und einem ausgesprochen marin bestimmten Kerngebiet zu tun. Das marine Zentrum wirkt hierbei direkt und indirekt auf die Randgebiete zurück, die für solche marinen Reize durch ihre Küstenqualität und durch ethnische Beziehungen fast überall empfänglich sind und nun in lokaler Mischung mariner und terrestrischer Kulturelemente die indopazifischen Teilkulturen hervorbringen. Erst die „Zivilisationstätigkeit" Europas hat dieses großartige Werk der Raumbezwingung und Raumdurchdringung, das sich auch in einer Altersperiode noch behaupten konnte, in seinen Schöpfungen (nicht immer aber auch Schöpfungstrieben!) zerstört. Progress and Powerty! Es gibt daher, wie in der pazifischen Geopolitik, so auch in der Kultur, eine obere Einheitsschicht, eine Tatsache, die überall dort von großer Wichtigkeit ist, wo es sich um „belebende Durchdringung" (Haushofer), d. h. um eine nicht nur macht-, sondern auch kulturmäßig im Ethnischen verankerte Weltpolitik handelt oder auch um praktische Einzelfragen wie die Siedlungs- und Arbeiterprobleme in Hawai und Australien.

Unter dieser humusartigen oberen Einheitsschicht der indopazifischen Kultur regen sich nun, wie in der Geopolitik, partikulare Teilkräfte sehr verschiedener Art. Besonders bemerkenswert ist das Verhalten der amerikanischen Kulturkreise, die zwar pazifischen Befruchtungen anthropologischer und kulturlicher Art durchaus zugänglich gewesen sind, sich danach aber ausnahmslos kontinental, und zwar in West-Ostrichtung, in ihre Festländer hin-



ein, m. a. W. apazifisch weiterentwickelt haben. In geradezu verblüffender Weise macht sich hierbei die geographische Physiognomie der beiden amerikanischen Kontinente geltend mit dem eng an den pazifischen Küstenlauf geschmiegten Sperrwall der westamerikanischen Gebirgsketten, den nach Westen geschobenen Wasserscheiden und nach der atlantischen Seite abfließenden Strömen. Nur Alaska zeigt mit dem Jukongebiet ein dem Pazifik zugewandtes Gesicht, dem auch sofort eine enge Kulturberührung mit dem nordostasiatischen Gegenufer entspricht. So drückt sich die in den raumphysiognomischen Tiefenzügen begründete pazifische Fremdkörperhaftigkeit Amerikas auch in seiner Kultur sehr klar und folgenreich aus. Noch weit passiver verhält sich der australische Kulturkreis, der sich den indopazifischen Kulturbewegungen trotz seiner engen Nachbarschaft hartnäckig versagt und zu einem kontinental abgekapselten Kulturfossil entwickelt.

Völlig anders wird das Kulturbild, wenn wir über die Bandasee den großmalaiischen Raum betreten. Hier zeigt sich ein Kulturmischgebiet ersten Ranges, das sich physiognomisch in den oberen Lagen nach dem Bereich der südwestpazifischen Großinseln abgrenzen läßt. Das Dreieck von Formosa bis Sumatra und Neuguinea zeigt neben selbstverständlichen lokalen Differenzierungen einen starken oberen Kulturzusammenhang, dessen Eigenart durch die malaiische Mischkultur bestimmt ist. In dieser Kultur sind kontinentale und marine Kräfte besonders lebhaft aufeinandergeprallt; wir finden jene expansiven polynesischen Formen in enger Mischung mit südostasiatischem, chinesischem, indischem und zuletzt auch arabischem Kulturgut. Die eigene Raumgröße dieser Inseln, ihr autarkischer Bodenreichtum und ihre geographische Anlehnung an den asiatischen Tiefenraum lassen in dieser Mischung jedoch die kontinentalen Kulturelemente im allgemeinen überwiegen, so daß das malaiische Kulturgebiet im pazifischen Sinne als Abschwächungszone erscheint. Vor allem verflüchtigt sich hier der feine spirituelle Gehalt polynesischer Geistigkeit unter derben Umbildungen, in denen das einzelne polynesische Motiv häufig bis zur mißverstandenen Form erstarrt. Ebenso fehlt der nautisch gleichwertigen malaiischen Schiffahrt der irrationale Motivkreis völlig, dem wir überall in Polynesien begegnen (Schiffahrt um ihrer selbst willen, aus reiner Lust an Weite und Raum, oder Fahrten zur Aufsuchung des Totenlandes und anderes). Die malaiische Schiffahrt hat sehr konkrete und rationale Motive, den Handel; ja sie hat in der Blüteperiode ihrer Kultur auch die bewußte Kolonisation aufgegeben (die der Polynesier stets in großem Stil betrieben hat). Die malaiische Kultur ist überwiegend merkantil eingestellt, nur in dieser Richtung bedeutend und produktiv geworden, über die oben erwähnte zweite Stufe aber nicht wesentlich hinausgelangt. So zeigt auch die malaiische Kunst keineswegs die straffe Formdisziplin der polynesischen, vielmehr auch hier



eine Verdünnung oder Lockerung des ozeanbestimmten pazifischen Monumentalstils, die in der malaiischen Spätzeit augenfällig genug in einen vielfach chaotischen Ekklektizismus übergeht. Es ist ja auch völlig klar, daß sich das irrationale, aber von der großen Formeinheit des Meeres gebändigte Weitenseelentum des Polynesiers an der geographischen Struktur und Lage des unter kontinentalem Hochdruck liegenden malaiischen Randgebietes und (neben anderen ethnischen Erscheinungen) auch an den allzu leichten Lebensbedingungen dieses reichen und geographisch vielfach bevorzugten Inselgebietes brechen mußte. Dafür hat der intelligente, bewegliche und kühne Malaie, der die merkantil günstige Ecklage seiner rohstoffreichen Inselheimaten zwischen pazifischem und indischem Ozean schon sehr früh begriffen und mit einer von Japan bis Afrika reichenden Handelsschiffahrt ausgenutzt hat, eine Kulturfunktion indirekter Art hervorragend erfüllt: die Rolle des Vermittlers und Ausgleichers, m. a. W. eine Art Kulturspedition. Dies hat seinen stärksten Ausdruck in der weiten Verbreitung der wohlklingenden malaiischen Handelssprachen (Osterinsel, Hawaii, Neuseeland, Madagaskar) gefunden und dazu beigetragen, daß ein innerer Zusammenhang zwischen dem Meervolk der Polynesier und dem Seefahrervolk der Malaien niemals völlig unterbrochen worden ist. In gleicher verbindender Richtung hat auch ein geschichtliches Band gewirkt, die gemeinsame mongolide Herkunft der Altmalaien und Altpolynesier, deren Zusammenhang wiederum auch geographische Grundlagen hat in der von Südostasien ausgehenden, rangierbahnhofartigen Verknüpfung der ozeanischen Inselfluren und den völkerverbindenden Strömungen der pazifischen Wind- und Meeresbewegungen. So haben wir es hier eben nur mit Abschwächungs-, d. h. Gradunterschieden zu tun, nicht aber, wie bei Amerika und Australien, mit Wesensunterschieden. Auch dieser Kulturzusammenhang gehört zu den geopolitisch bedeutungsvollen Einstellungspunkten. Südostasiatische Bewegungen, wie der neuere Selbstbestimmungskampf, werden immer eine pazifische Resonanz finden, mag sie auch im Zeitalter der zusammenschmelzenden ozeanischen Autochthonen machtpolitisch vielleicht belanglos erscheinen. Kulturpolitisch ist sie es jedenfalls nicht.

Ein noch stärkerer Abschwächungsgrad pazifischer Kernkultur tritt uns natürlich im chinesischen Binnengebiet entgegen. Hier wird aus dem Spannungsverhältnis zwischen marinen und terrestrischen Formen im malaiischen Kreis ein glattes Durchschlagen der festländischen Elemente. Zu einer apazifischen Innenentwicklung, wie bei Amerika und Australien, hat diese kontinentale Signatur Chinas indessen niemals geführt. Vielmehr bleibt in der chinesischen Kulturentwicklung von der (geschichtlich aufgehellten) Frühzeit bis zur Gegenwart eine Erscheinung sowohl kulturgeschichtlich wie geopolitisch immer wieder maßgebend, nämlich die immanente Bereitschaft und

Fähigkeit der chinesischen Kultur zur Aufnahme und Verarbeitung pazifischer Keime. In völliger Übereinstimmung mit dem geologisch stark verzahnten und klimatisch geeinten Küstengebiet sowie ihrem potamisch durch zwei große Ströme geöffneten Ostraum bleibt die chinesische Kultur pazifischen Einströmungen zugänglich, so daß bei aller kontinentalen Selbständigkeit ein Kontakt mit der Kulturwelt des großen Meeres niemals völlig verloren geht. In den bis nach Vorderindien pendelartig vortastenden Handels- und Piratenfahrten chinesischer Schiffer hat dieser Kontakt auch einen marin greifbaren Ausdruck gefunden, so daß China auch geopolitisch nicht als einseitiges Kontinentalgebiet behandelt werden darf. Allerdings ist die pazifische Beziehung hier mehr passiver Art; aber auch diese Art innerer Prädestination ist psychologisch wichtig, zumal sie einen Umschlag in die aktive Lage jedenfalls nicht ausschließt.

Sehr eigenartig ist das Kulturbild Alt-Japans. Es gleicht nämlich dem chinesischen Mischungsbild mehr, als man bei einem solchen Inselgebiet zunächst erwarten sollte und übersteigt teilweise auch noch den kontinentalen Abhängigkeitsgrad des geographisch verwandten malaiischen Kulturkreises. Geographische und ethnische Entwicklungselemente vermögen jedoch dieses Überwiegen festländischer Charakterzüge hinreichend zu erklären. Die pazifisch konvexe Bogenform der japanischen Inseln, das japanische Binnenmeer mit den engen Brücken von Sachalin und Korea haben ebensosehr kontinentbindend gewirkt wie umgekehrt die nur von einer einzigen Inselbahn durchzogene Leere im Osten und Süden meertrennend. Anthropologische Rassenbestandteile asiatischer Herkunft sind in ähnlicher Weise wirksam gewesen, so daß die japanische Kulturgeschichte im pazifischen Sinne (bis zum 19. Jahrhundert) gleichfalls vorwiegend passiv genannt werden muß (bis auf geringe, mehr episodische Ausnahmen wie die Mexikofahrten unter der Regierung Jyeyasu). Dafür zeigt aber diese Kultur noch stärker als China eine natürliche Aufnahmefähigkeit für pazifische Einflüsse, denen wieder ein anderes Element der japanischen Mischrasse zu Hilfe kommt, das bis vor kurzem weit unterschätzte malaiisch-polynesische. Empfangen hat Japan vom pazifischen Kulturkreis daher sehr viel. Das Gesamtmischungsbild dieser Inselkultur ist ästhetisch wie historisch gleich reizvoll. Polynesische Motive und Formen werden in lebhafter Innenentwicklung auf asiatische Gebilde aufgesetzt und zwar mit einem höchst merkwürdigen und seltenen, feinsten Stilempfinden für die Harmoniegrenzen solcher Mischung, ohne Gewalt wie bei den draufgängerischen Malaien, sondern in graziöser Kombinationsfähigkeit, die an die zarte Blumenbindekunst dieses Volkes erinnert. Dies hat zur Folge, daß die einzelnen Mischungselemente fast immer morphologisch erkennbar bleiben, d. h. entwicklungsgeschichtliche Forschungen von einem seltenen Ergebnisreichtum



(und leider ebenso ungenügender hisheriger Durchführung!) ermöglichen. Es zeigt uns ferner aber auch — in geopolitischer Schlußfolgerung — die feine Membranqualität Japans für asiatische und pazifische, ja überhaupt planetarische Reize und wiederum den starken oberen Zusammenhang der ganzen ost-südasiatisch-ozeanischen Kulturgruppen. Auch kulturgeschichtlich und kulturphysiognomisch ist Japan nach dem Niedergang der großen polynesischen Kulturträger der natürliche, materielle und ideelle Erbe und Führer ostasiatisch-pazifischer Einheitsbewegungen. Schroff steht diese räumlich und ethnisch getragene Zusammenschlußfähigkeit der pazifischen West- und Mittenvölker der amerikanisch-australischen Fremdkörperhaftigkeit gegenüber.

Wenn wir zur Abrundung des Bildes nun noch rasch in das Kulturgebiet des Indischen Ozeans blicken, so finden wir auch hier uralte, sehr tief verwurzelte und morphologisch gut faßbare Beziehungen zum pazifischen Kreis. Sehr auffällig treten sie uns in Vorderindien entgegen, wo anscheinend pazifisches Meerseelentum mit altarischem Steppenseelentum (beides Weitenerscheinungen) zusammengetroffen ist und den inneren Antrieb zur örtlichen indischen Hochkultur geliefert hat.[7]) Aber auch in den Küstenrändern des arabischen Meeres, dem alten kaschitischen Kulturkreis, mit seinen, des archäologischen Spatens immer noch harrenden Geheimnissen von Hadramaut, finden wir das Gleiche, ja mehr: eine lebhafte Fernwirkung gesamtindopazifischen Kulturgutes über die arabische Brücke in das Mittelmeer, ferner auf der uralten Sudanbahn nach Westafrika, auf der ostafrikanischen Nordsüdwanderstraße bis in das Sambesigebiet und diesen Flußlauf wieder hinauf bis in den Kongobogen. Wohl hat sich auch das indische Küstengebiet bei der indopazifischen Kulturproduktion als solcher mehr aufnehmend als ausstrahlend verhalten und sind viele dieser alten Einheitserscheinungen unter dem Fußtritt Europas teils verfallen, teils gelockert. Vieles ist aber auch heute noch erhalten und von der morphologischen Gesamtstruktur des alten indopazifischen Kulturgebietes darf mit Überzeugung angenommen werden, daß in einer bestimmten Decklage unter günstigen Bedingungen eine zeitentsprechende Reaktivierung noch heute möglich wäre. Günstige Bedingung aber wäre wahrscheinlich schon ein Nachlassen des machtpolitischen und machtwirtschaftlichen Außendruckes der europäisch-amerikanischen Kolonisatoren; ja es scheint, als käme den nationalen Einzelkämpfen um Selbstbestimmung im großen Meerbogenraum der Erde schon heute ein geheim aufwallender Rest uralter indopazifischer Kulturgemeinschaft von Polynesien bis in den Sudan helfend entgegen. Mögen auch die Völker leiden und zusammenschmelzen, die mächtige Einheitskraft des Raumes bleibt und gibt ihren Resten immer erneute Daseins- und Selbstbehauptungskraft. Auf einem sehr eigenartigen Kampffeld haben Ost- und Südasien, Südsee und Innerafrika ja schon heute das stolze

Europa in eine verehrende Kniebeuge gezwungen: auf dem der Kunst, deren europäischer Siegeszug zwar durch das Etikettschild der „Primitivität" oder des „Exotismus" kulturpsychologisch verharmlost werden soll, in Wirklichkeit aber doch den Rückzug einer den Wechseljahren verfallenden, alternden unfruchtbar werdenden und auf Ekklektizismus angewiesenen Hochkultur offenbart. Ähnliche Erscheinungen waren auch schon die von pazifischen Reiseberichten, mehr als man glaubt, beeinflußte Natur- und Idyllschwärmerei des Rousseauismus und auch die starke Umbildungsfähigkeit der indopazifischen Völker gegenüber den importierten Fremdenreligionen, Islam, Buddhismus und Christentum. So bietet — sehr im Gegensatz zu gewissen modernen kulturgeschichtlichen Hypothesen — der indopazifische Raum auch noch Beispiele eines Wiederauflebens alter Kulturkraft im Sinne jener gewaltigen polynesischen Weltschöpfungssagen, die von einem kosmischen Rhythmus der Weltwerdung und Weltversinkung berichten. Was in Altozeanien erfolgt ist (Kulturebbe zwischen Neolithikum und polynesischer Periode), in Japan an innerer Erneuerungskraft heute geleistet ist, in Südostasien, auf den Philippinen, auf Neuseeland, in Indien, bei den südafrikanischen Kaffern und anderwärts sich anzubahnen scheint und von steigenden Nativitätskurven begleitet wird, ist jedenfalls kulturgeschichtlich von ernstester Bedeutung. Um so mehr, als diese Erneuerungsfähigkeit in der autarkischen Veranlagung der einzelnen Raumteile eine wirtschaftliche, im konzentrischen Außendruck Europas eine politische und in kulturpsychologischen Eigenarten eine geistige Stütze erhält. So fügt sich schließlich auch diese, mehr kulturtheoretische Erwägung wieder in den Kreis geopolitischer Erkenntnisse und Warnrufe ein. Was mag aus der europäisch-amerikanischen Weltumspannung werden, wenn einst alle die indopazifischen Eigenkräfte eine volle Wiedergeburt erleben sollten und die benachbarten, schon geographisch keineswegs unbedingt heterogenen und von Natur expansiven innerasiatischen Bewegungen sich ihnen anschlössen, die heute von der Moskauer Propagandazentrale gerade in dieser Richtung geschickt und rücksichtslos dirigiert werden? Gemeinwirtschaftliche Gedanken und praktische Versuche solcher Art, die manche Ähnlichkeit mit dem russischen Bolschewismus haben, sind den pazifischen Völkern kulturpsychologisch ja keineswegs fremd, wie schon der Staatssolismus Japans, die feudale Gemeinwirtschaft Polynesiens, die Staatsphilosophie Chinas und ihr kommunistisches Experiment am Ende der Sung-Dynastie zeigen. Natürlich wäre dies alles Entwicklung auf lange Sicht. Aber ausgeschlossen ist sie schon deswegen nicht, weil eine Reaktionserscheinung derart, wie Lothrop Stoddard sie treffend bezeichnet hat, („Rising Tide of colour against white Supremacy") schon heute in akuter Form gegeben ist. Dies heißt aber: ein inneres Spannungsstadium, das einen Umschlag vom passiven in den aktiven Widerstand mindestens nicht aus-



schließt, ja, das sogar durch geographische, ethnische, kulturgeschichtliche und kulturpsychologische Tiefentriebe sehr starker Wirksamkeit noch gesteigert wird.

Anmerkungen

[1]) Ich drücke mich absichtlich so vorsichtig aus, weil ich den Problemkreis des trotz mancher neueren Bemühungen noch keineswegs völlig aufgehellten Begriffs der Kultur in diesem Aufsatz weder kritisch und aufbauend behandeln, noch als feststehend voraussetzen kann.

[2]) Berlin 1924, Wegweiserverlag. — Gerade diese Übereinstimmung ist es gewesen, die mich ein Anerbieten Herrn Professor Haushofers, über meine kulturgeschichtlichen Arbeiten in dieser Zeitschrift zu berichten, mit besonderer Freude hat annehmen lassen.

[3]) Vergl. Leo Frobenius, Vom Kulturreich des Festlandes, Berlin 1923, Wegweiserverlag.

[4]) Die ozeanische Kleininselwelt wird hier im Sinne der Decklage ihrer Kultur als Einheit behandelt. Ein näheres Eingehen auf die natürlich vorhandenen unteren Differenzierungen sowie die Westmikronesien und Ostmelanesien vom eigentlichen polynesischen Kerngebiet graduell trennende Abschwächungszone würde zu weit führen und geopolitisch nicht von gleichem Interesse sein wie die anderen, im Text behandelten Symptome. Genaueres findet sich in meinem oben erwähnten Buche.

[5]) Diese Symptome sind natürlich wie immer in solchen Fällen im Sinne qualitativer und geschichtlicher Kulturhöchstleistung verstanden.

[6]) In der Völkerkunde wird die Gestalt Taaroas immer noch im primitiv-anthropomorphen Sinne aufgefaßt, obwohl eine symptomatische Gesamtdeutung des Stoffes in das Gegenteil zeigt. Leider konnte ich dies in meinem Buche wegen Fehlens eindeutiger Belege nur hypothetisch und mit großer Zurückhaltung darstellen, wie überhaupt die kulturwissenschaftliche Südseeliteratur zu den schwierigsten, lückenreichsten und widerspruchsvollsten Stoffkomplexen gehört. Inzwischen hat mir aber Korv.-Kap. a. D. Dr. phil. Reche in Dortmund Teile seiner auf Samoa schon 1884 und 1891—93 ethnologisch hervorragend durchgeführten Aufnahmen mitgeteilt, die nicht nur eine vollkommene Bestätigung meiner Vermutungen für den samoanischen Kulturkreis erbringen, sondern auch eine geradezu algebraische Unbekanntenauflösung für den gesamtpolynesischen Religionsstoff enthalten — ein seltener Glücksfall angesichts der heutigen Verwüstung des pazifischen Kulturforschungsgebietes! Das durch angeborene Einfühlungsgabe (wie man sie oft gerade bei Laien findet) und günstige Aufenthaltsumstände noch besonders geförderte, bisher unveröffentlichte Material Dr. Reches ist kulturgeschichtlich von so ungewöhnlicher Bedeutung, daß ich eine persönlich bereits ausgesprochene Bitte hier auch öffentlich wiederholen möchte, die Bitte: Herr Dr. Reche möge sich zu einer Veröffentlichung recht bald entschließen.

[7]) Durch Kulturberührung, die nicht immer mit Völkerberührung zusammenzufallen braucht.

GEOPOLITISCHE STATISTIK DES „WIRTSCHAFTSDIENST“ HAMBURG

Die Erdölwirtschaft der Welt

1. Die Weltproduktion von Rohöl in 1000 Barrels zu 42 Gallonen[1])

(1 Barrel = 159 Liter, 7,19 Barrels = 1 t zu 1000 kg)

	1924		1923		1922		1921	
	1000 Barrels	% der Weltproduk-tion	1000 Barrels	% der Weltproduk-tion	1000 Barrels	% der Weltproduk-tion	1000 Barrels	% der Weltproduk-tion
Vereinigte Staaten . .	714 000	70,4	732 407	71,9	557 531	65,2	472 183	61,7
Mexiko	139 587	13,7	149 585	14,7	182 278	21,3	193 398	25,3
Rußland	45 162	4,4	39 156	3,8	32 966	3,8	29 150	3,8
Persien	31 845	3,1	28 793	2,8	21 909	2,5	16 672	2,2
Niederl. Indien	21 000	2,0	18 868	1,9	16 720	1,9	16 958	2,2
Rumänien	13 296	1,3	10 867	1,1	9 843	1,1	8 368	1,1
Venezuela	9 500	0,9	4 059	0,4	2 201	0,2	1 433	0,2
Indien	8 150	0,8	8 320	0,8	7 700	0,9	8 000	1,0
Peru	7 812	0,7	5 699	0,6	5 314	0,6	3 699	0,5
Polnisch Galizien . . .	5 710	0,5	5 373	0,5	5 227	0,6	5 167	0,7
Sarawak (Brit. Borneo)	4 500	0,4	3 940	0,4	2 849	0,3	1 411	0
Trinidad	4 284	0,4	3 031	0,3	2 445	0,3	2 354	0,3
Argentinien	3 844	0,3	3 400	0,3	3 018	0,3	1 747	0,2
Japan und Formosa .	1 600	0,1	1 789	0,2	2 042	0,2	2 447	0,3
Ägypten	1 107	0,1	1 054	0,1	1 188	0,1	1 255	0,1
Kolumbien	500	—	424	—	323	—	—	—
Frankreich	436	—	403	—	496	—	392	—
Deutschland	350	—	312	—	319	—	200	—
Kanada	175	—	170	—	179	—	190	—
Tschechoslowakei . . .	100	—	74	—	120	—	—	—
Italien	33	—	34	—	31	—	34	—
übrige Länder	148	—	121	—	109	—	102	—
Weltgesamtproduktion	1 013 139	100	1 018 900	100	854 809	100	765 065	100

Noch: 1. Die Weltproduktion von Rohöl in 1000 Barrels zu 42 Gallonen [1])

	1920		1913		1900		1880	
	1000 Barrels	% der Welt-produktion	1000 Barrels	% der Welt-produktion	1000 Barrels	% der Welt-produktion	1000 Barrels	% der Welt-produktion
Vereinigte Staaten	442 929	63,8	248 446	64,7	63 621	42,5	26 286	87,6
Mexiko	163 540	23,5	25 696	3,6	10	—	—	—
Rußland	25 430	3,6	62 834	16,4	75 779	50,8	3 001	10,0
Persien	12 353	1,8	—	—	—	—	—	—
Niederl. Indien	17 525	2,5	11 172	2,9	2 253	1,5	—	—
Rumänien	7 435	1,1	13 555	3,5	1 629	1,1	114	0,4
Venezuela	457	—	—	—	—	—	—	—
Indien	7 500	1,1	7 930	2,1	1 078	0,7	—	—
Peru	2 817	1,4	2 183	0,9	275	—	—	—
Polnisch Galizien	5 606	0,8	7 818	2,1	2 347	1,6	229	0,9
Sarawak (Brit. Borneo)	1 016	0,1	—	—	—	—	—	—
Trinidad	2 083	0,2	504	0,1	—	—	—	—
Argentinien	1 666	0,2	131	—	—	—	—	—
Japan und Formosa	2 140	0,2	1 942	0,8	867	0,5	—	—
Ägypten	1 042	0,1	95	—	—	—	—	—
Kolumbien	—	—	—	—	—	—	—	—
Frankreich	389	—	—	—	—	—	—	—
Deutschland	212	—	996	0,4	358	0,2	9	—
Kanada	196	—	228	0,1	913	0,8	350	1,1
Tschechoslowakei	—	—	—	—	—	—	—	—
Italien	34	—	47	—	12	—	2	—
übrige Länder	.	—	20	—	—	—	—	—
Weltgesamtproduktion	694 381	100	383 547	100	149 132	100	30 018	100

2. Der Weltverbrauch von Petroleum und Petroleumprodukten im Jahre 1923[2])

(1 Gallone = 3,7853 Liter)

	Geschätzter Gesamt-Verbrauch		Rohöl-produktion in Millionen Gallonen	Einwohner-zahl in 1000	Geschätzter Verbrauch pro Kopf in Gallonen
	in Millionen Gallonen	in % des Welt-verbrauchs			
Vereinigte Staaten	25 297	66,0	30 870	112 000	225,8
Großbritannien	1 486	3,9	—	47 308	31,4
Rußland	1 153	3,0	1 603	93 388	12,3
Kanada	715	1,8	7	8 769	81,5
Frankreich	480	1,2	21	39 403	12,2
Mexiko	476	1,2	6 278	15 502	30,7
Indien	471	1,2	318	319 075	1,5
Argentinien	418	1,0	137	9 000	46,4
Rumänien	277	0,7	456	17 393	16,0
Kuba	275	0,7	—	2 889	95,1
Niederl. Indien	260	0,6	630	50 000	5,2
China	253	0,6	—	302 110	0,8
Chile	217	0,5	—	3 755	57,7
Niederlande	183	0,4	—	6 841	26,8
Italien	175	0,4	1	37 528	4,7
Deutschland	167	0,4	15	59 857	2,8
Japan	166	0,4	71	60 615	2,7
Brasilien	109	0,2	—	30 636	3,6
Polen	106	0,2	210	27 778	3,8
übriges Südamerika	113	0,2	290	17 906	6,3
Ägypten	95	0,2	44	12 710	7,5
Philippinen	83	0,2	—	10 351	8,0
Belgien und Luxemburg	78	0,2	—	7 743	10,7
Australien	50	0,1	—	5 437	9,2
Spanien	49	0,1	—	20 784	2,4
Südafrika	38	0,1	—	6 923	5,5
Neuseeland	25	0,1	—	1 219	20,3
Venezuela	18	0,0	160	2 412	7,5
Zentralamerika	15	0,0	—	5 772	2,6
Alle anderen Staaten	2 628	6,7	1 352	365 116	7,2
Bunkeröl in Häfen der Vereinigten Staaten, Mexiko und am Panamakanal	2 430	6,3	—	—	—
Weltverbrauch	38 315	100	42 462	1 700 000	23,8

3. Die geologischen Erdölvorräte der Welt[3])

	Ölvorrat in Millionen Barrels	in % des Weltvorrates	Bei Andauer der Förderung vom Jahre 1922 Erschöpfung in Jahren
Vereinigte Staaten	7 000	16,26	12,7
Südöstliches Rußland, südwestliches Sibirien und Kaukasus	5 830	13,54	192,5
Nordrußland und Sachalin	925	2,15	
Persien und Mesopotamien	5 820	13,52	275,1
Nördliches Südamerika einschließlich Peru	5 730	13,31	549,1
Mexiko	4 525	10,51	24,5
Südliches Südamerika	3 550	8,25	1 327,6
Niederl. Indien	3 015	7,00	188,4
China	1 375	3,19	217,5
Indien	995	2,31	
Japan und Formosa	1 235	2,87	616,3
Rumänien, Galizien und Westeuropa	1 135	2,64	72,5
Kanada	995	2,31	5 558,7
Algerien und Ägypten	925	2,15	772,8
Insgesamt	43 055	100	50,6

Anmerkungen

1) Nach Zusammenstellungen des „United States Geological Survey". Die Zahlen für 1924 sind vorläufige Ergebnisse des „American Petroleum Institute".

2) Nach einer amtlichen amerikanischen Schätzung im „Commerce Reports".

3) Nach einer Schätzung der Geologen Dr. David White und M. E. Slebinger in „United States Geological Survey".

ERICH OBST:
BERICHTERSTATTUNG AUS EUROPA UND AFRIKA

Eine Unruhe sondergleichen durchzittert die Welt: schwere politische Krisis in Ostasien, häufige und starke Erdbeben im gesamten pazifischen Küstenbereich, allgemeine Weltwirtschaftskrisis, Bolschewismus usw.

Nähert man sich von außen her dem europäischen Kerngebiet, so empfindet man die Krisenstimmung der politischen Situation auf der ganzen Linie. In Nordafrika liegt Frankreich noch immer in schwerem Kampf gegen Abd el Krim, und es scheint jetzt fast so, als ob Frankreich schließlich doch nachgeben müßte. Der „Quotidien" berichtet soeben von einem französischen Friedensvorschlag an den Führer der Rif-Kabylen, nach dem Abd el Krim einen Teil der spanischen Zone erhalten solle und eine Grenzrevision der französischen Zone zugestanden werde. Vielleicht werden sich die Franzosen zu noch größeren Zugeständnissen bereit finden, um die drohende Erhebung ganz Nordafrikas abzuwenden. Die letzten Erfolge der Rifleute, der Durchbruch durch die französische Front und der Vorstoß der Kabylen auf Taza und Fez, können von sehr weitreichender Bedeutung werden (vergl. die Kartenskizze im Heft 6, S. 442).

Aus dem südosteuropäischen Wetterwinkel zucken fortwährend bedenkliche Blitze. Griechenland hat wieder einmal eine Revolution erlebt und scheint sich unter der Führung des Generals Pangalos zu neuen kriegerischen Abenteuern zu rüsten. In kürzester Frist sollen vom Ausland 100000 Gewehre geliefert werden; mit Hilfe englischen Kapitals wurde eine Flugzeugfabrik gegründet; Frankreich liefert u. a. U-Boote und das Personal einer Militärmission zur Ausbildung griechischer Generalstabsoffiziere. Gegen wen sich die griechischen Rüstungen wenden, ist einstweilen noch nicht recht klar. Die einen mutmaßen einen Krieg gegen die Türkei zur Wiedererlangung von Thrazien, aus welchem Gebiet noch immer allmonatlich mehrere tausend griechischer Flüchtlinge, völlig mittellos und verelendet, eintreffen. Die anderen schieben die mazedonische Frage in den Vordergrund und denken an einen militärischen Druck auf Südslawien, das die Bündnisverhandlungen mit Griechenland schroff abgebrochen hat.

Rußland entfaltet eine fieberhafte Tätigkeit in Zentral-, Ost- und Südasien. Trotz der gegenteiligen Versicherung der russischen Staatsmänner behauptet jedenfalls die englische Regierung, bündige Beweise dafür in Händen zu haben, daß sowjetistische Agitatoren nicht nur in China, sondern auch in Indien tatkräftig am Werk sind. Es darf unter diesen Umständen nicht als ausgeschlossen gelten, daß die mühselig geknüpften amtlichen Beziehungen zwischen Großbritannien und Rußland eines Tages abreißen und die latente Spannung zwischen den beiden großen asiatischen Rivalen ihren scharfen diplomatischen Ausdruck findet. Rußland mag diese Entwicklung im Grunde weniger fürchten als England, denn letzteres kann seiner Wirtschaftskrise in der Tat wohl nur steuern, wenn sich ihm der russische Markt öffnet; Rußland dagegen braucht England nicht unbedingt, und wo ihm die Mitwirkung englischer Kapitalisten im russischen Interesse wünschenswert erscheint, sind die englischen Unternehmer hierzu trotz aller politischen Spannungen augenscheinlich herzlich gern bereit. — — Nachdem der Amerikaner Harriman sehr zum Schaden deutscher Interessen endgültig in den Besitz der Mangan-Konzession für den Bezirk Tschiaturi (Kaukasus) gelangt ist, hören wir aus Rußland von zahlreichen



anderen Konzessionen, die vornehmlich Engländern erteilt wurden. Die Firma Vickers Ltd. schloß einen Vertrag mit Sowjetrußland ab betr. die Errichtung einer großen Fabrik in Batum (Schwarzes Meer) zur Umarbeitung der Rohöle von Baku in Benzin usw. Die englisch-amerikanische Kapitalistengruppe der Lena-Goldfelder-Gesellschaft erhielt eine auf 50 Jahre geltende Großkonzession für den Erzbergbau (Gold, Silber, Blei, Zink, Kupfer) im Altai- und Lenagebiet. Der englischen Ayan Corp. Ltd. wurde eine Konzession zur Ausbeutung der Goldlagerstätten von Kamtschatka gewährt. Mit hämischem Schmunzeln verzeichnet Sowjet-Rußland die freundliche Mitwirkung englischer Kapitalisten bei der Entwicklung seiner wirtschaftlichen Kräfte. Die Goldausbeute im Bereich der Sowjet-Union betrug 1923/24 bereits wieder 18 683,4 kg! Je mehr sich diese Zahl dank der Hilfe englischer Finanzgrößen steigert, desto kräftiger kann der Schlag geführt werden gegen — England, das Angelsachsentum, gegen die gesamte kapitalistische Welt überhaupt. „Es lebe die von angelsächsischen Kapitalisten geförderte Weltrevolution!" frohlockt man in Sowjetrußland und spielt bereits mit dem Gedanken eines russisch-britischen Krieges als dem Auftakt zu einer allgemeinen blutigen Auseinandersetzung zwischen Kommunismus und Kapitalismus. Sollte die Drohung Tschitscherins ernst gemeint sein, so verstünden wir erst recht nicht das schändliche Bluturteil des Sowjetgerichts über die deutschen Studenten. Will man sich absichtlich die Freundschaft auch des letzten Weststaates verscherzen? Zielt man darauf ab, Deutschland in die Arme der Entente zu hetzen, um dann bei Beginn des Krieges um so leichter Unruhen im Inneren hervorzurufen?

Der in Versailles gegründete deutsch-polnische Konflikt ist infolge der maßlosen Begehrlichkeit Polens jetzt in einen förmlichen Zollkrieg ausgeartet. Durch eine vom 24. Juni datierte Verfügung hat die polnische Regierung angeordnet, daß das bislang theoretische Einfuhrverbot auf Deutschland Anwendung finde. Die deutschen Angebote lauteten:

1. Gegenseitige zollpolitische Meistbegünstigung;
2. Aufenthaltsrecht für Handelsreisende;
3. Aufschub der Liquidationen deutschen Eigentums in Polen;
4. Einfuhrkontingent für die polnische Kohle in Höhe von 100 000 t monatlich.

Dieses Angebot hat Polen kurzerhand zurückgewiesen und namentlich jede Einschränkung der Kohleneinfuhr aus Ost-Oberschlesien für untragbar erklärt. Wichtiger noch als die Kohlenfrage dünkt uns die schlechthin skandalöse Behandlung des Deutschtums in Polen. Solange in dieser Beziehung nicht endlich ein grundlegender Wandel eintritt, sollte Deutschland unter allen Umständen hart bleiben. Polen muß und wird dann einmal Vernunft annehmen. Die amerikanische Anleihe (22 Mill. $) ist aufgezehrt, das Passivum der polnischen Handelsbilanz erreichte im April den Rekordwert von 95 Mill. Zloty, die ersten vier Monate des Jahres 1925 zeigten bei einem Gesamtumsatz von rund 800 Mill. ein Passivum von 275 Mill. Zloty, die Auswanderung aus Polen betrug im Jahre 1924 über eine halbe Million Menschen, die Wirtschaft des einst so blühenden Ost-Oberschlesien ist gänzlich zerrüttet, amtlich genehmigte Betteltage bezeugen die staats- und wirtschaftspolitischen Fähigkeiten der polnischen Regierung. Und ein derartiger Staat wagt es, Deutschland seine Bedingungen zu diktieren und einen Zollkrieg zu provozieren! Gewiß, die Lage ist für beide Teile ernst und England wird vielleicht versuchen, die Situation auszunutzen und sich in Polen an die Stelle des deutschen Importeurs zu setzen. Trotzdem und alledem! Deutschlands Geduld ist nachgerade erschöpft. Wir können und wollen nicht Polen gegenüber noch weiter nachgeben. Die Verantwortung aber für den Zollkrieg und alle daraus sich ergebenden Schwierigkeiten trägt allein Polen.

Das Problem Deutschland-Frankreich steht zur Zeit im Mittelpunkt weltpolitischer Erörterungen. Unsere Bemerkungen über den Sicherheitspakt im vorhergehenden Heft dieser Zeitschrift haben uns viele briefliche Kritiken eingebracht, in denen unser Standpunkt meist getadelt und darauf hingewiesen wird, daß doch fast die gesamte Welt die Vorschläge Stresemanns mit begeisterter Zustimmung aufgenommen habe. Wir vermögen trotzdem unsere Stellungnahme nicht zu ändern. Selbstverständlich begrüßen wir es, wenn die Regierung eines gänzlich entwaffneten Volkes den Gedanken eines Revanchekrieges von sich weist und darüber hinaus grundsätzlich für Schiedsgerichte und friedliche Beilegung von Konflikten eintritt. Der dem deutschen Volke unverständlicherweise durch Monate hindurch verheimlichte Vorschlag Stresemanns schießt aber über dieses Ziel weit hinaus:

1. Deutschland könnte nach Westen hin nur gesichert werden, wenn entweder Deutschland in demselben Maße rüsten darf wie Frankreich oder — weit besser — wenn nach dem Grundsatz völliger Gleichberechtigung Frankreich ebenso abrüstet, wie wir es zwangsweise tun mußten. Davon ist leider in dem Vorschlag eines Sicherheitspaktes nicht die Rede.

2. Ein deutscher Sicherheitsvorschlag könnte mittelbar die deutschen Interessen fördern, wenn wir dadurch sonst irgendwie freie Hand bekämen. Tatsächlich ist das nicht der Fall. Wir erhalten als Gegenleistung weder die uns geraubten Kolonien zurück, noch wird das uns im Osten zugefügte Unrecht wieder gut gemacht, noch erreichen wir die Zustimmung der Entente dazu, daß unser Brudervolk in Österreich endlich ins Reich heimkehren kann.

3. Wir sind tatsächlich nur die Gebenden, aber wir geben jetzt freiwillig noch mehr, als uns in Versailles abgezwungen wurde. Nur um unsere friedliche Gesinnung zu bekunden, verpflichten wir uns feierlich aus eigener Initiative, die uns in Versailles oktroyierte Westgrenze ohne weiteres anzuerkennen. Wir müssen Herrn Stresemann und jedem anderen deutschen Staatsmann das Recht aberkennen, in dieser Weise über das Deutschtum in den ehemaligen Reichslanden zu verfügen. Man kann uns gewiß zwingen und hat uns gezwungen, unsere Brüder in Elsaß und Lothringen aufzugeben, ohne daß sie gemäß dem Selbstbestimmungsrecht der Völker ihren Willen bezeugen konnten. Macht geht vor Recht, leider auch heute noch! Nun aber opfern wir das Deutschtum im westlichen Grenzbereich noch einmal, opfern wir es von uns aus freiwillig und ohne daß man dieses Opfer von uns erwartet hätte! Wer will die Verantwortung für diesen Schritt vor der Geschichte tragen?

4. Man wende mir nicht ein, daß dank dem Sicherheitsvorschlag des Herrn Stresemann Rhein und Ruhr früher befreit würden. Frankreich hat sich in London feierlich verpflichtet, das Ruhrgebiet bis August 1925 zu räumen, sofern die Zahlungen nach dem Dawes-Plan prompt erfolgen. Dies ist geschehen, und mithin muß Frankreich bis zu diesem Termin die Lande an der Ruhr räumen, will es nicht vor aller Welt als offensichtlich wortbrüchig erscheinen. — Von einer Zusage der Entente, bei Zustandekommen des Paktes die Rheinlande und das Saargebiet früher als vertraglich festgelegt zu räumen, ist keine Rede.

5. Schiedsgerichte, in denen England bezw. (für den Osten) Frankreich Garanten sind, bieten keine Gewähr für dauernden Frieden. Die Garantiemächte werden immer versuchen, sich diesen oder jenen Schiedsvertragspartner gefügig zu machen und haben es leicht in der Hand, nach der anderen Seite Vertragsverletzung, Nichterfüllung eines Schiedsspruches oder gar „Feindseligkeiten“ festzustellen. Derartige Schiedsgerichtsverträge würden uns also erneut der Willkür der Garantiemächte ausliefern, mithin keinen Weg zu wirklicher Freiheit bedeuten.

6. Aus allen oben angeführten Gründen sehe ich in dem Pakt tatsächlich nur ein neues Versailles und erblicke Vorteile höchstens auf privatwirtschaftlichem Gebiet für einzelne Wirtschaftsgruppen. Für das Zustandekommen z. B. eines deutsch-französischen Stahltrusts ist die politische Bereinigung allerdings sehr wesentlich. Daily Mail und Daily Telegraph werden nicht müde, von noch weitergehenden deutsch-französischen Verhandlungen privatwirtschaftlicher Art zu sprechen. Die deutsche und die französische Industrie hätten sich geeinigt, die heimischen Märkte zusammen zu bearbeiten und für die ausländischen Märkte ein Syndikat zu bilden. Für derartige Vereinbarungen, deren volkswirtschaftliche Bedeutung keineswegs übersehen werden soll, ist es allerdings notwendig, daß die politischen Reibungen zwischen Deutschland und Frankreich vorerst beseitigt werden. Politik aber ist mehr als Wirtschaft, und die deutsche Regierung wird es gewiß ablehnen, bloß im Interesse einiger weniger Wirtschaftsgruppen weitreichende politische Interessen unseres Vaterlandes zu opfern. Das deutsche Volk sollte den hier behandelten Fragen unter allen Umständen ein wesentlich größeres Interesse entgegenbringen, als es bislang der Fall ist. Es geht bei dem Stresemannschen Vorschlag um unsere und unsrer Kinder Zukunft. Wollen wir jetzt wirklich und freiwillig den „Vertrag“ von Versailles als Rechtsnorm anerkennen, auf Revisionsmöglichkeiten nach dem Westen hin endgültig verzichten? Wollen wir einer wirklichen Lösung des Problems Europa aus dem Wege gehen, indem wir uns den Westmächten in die Arme werfen und dadurch automatisch die asiatische Einstellung Rußlands verstärken, statt dieses Zukunftsland trotz aller Augenblickstorheiten an die Gemeinschaft der „Vereinigten Staaten von Europa“ zu binden? Seien wir doch einmal rückhaltlos offen: alles, was uns die Entente aufgezwungen, vom förmlichen Friedensdiktat bis zu dem Dawes-Plan hat nur den einen historischen Sinn, uns eine Atempause zu verschaffen. Bald wird die Stunde nahen, wo die Welt einsieht, daß Reparationen im Zeitalter der Hochschutzpolitik zur Unmöglichkeit werden. Bis zu diesem Augenblick hat Deutschland Zeit, von sich aus einen Plan zur Reorganisation Europas auszuarbeiten. Versäumt Deutschland diese Gelegenheit oder bringt es nicht den Mut zu einer solchen großzügigen Planung auf, dann müssen automatisch neue Diktate folgen, neue Demütigungen, neue Lasten. Die Welt wartet in der Tat auf eine deutsche Lösung des Problems Europa, auf einen weitschauenden Vorschlag zum Wiederaufbau Europas; aber man erwartet einen Plan, der den großen wirtschaftlichen, völkischen und sozialen Nöten unseres Erdteils wahrhaft gerecht wird und die Probleme von höherer Warte behandelt, als es bei den Pakt-Vorschlägen der Fall ist. Und in diesem Zusammenhang noch ein Letztes: Hüten wir uns vor dem utopistischen Gedanken einer neuen Weltkonvention! Einstweilen ist die Welt noch viel zu heterogen, um politisch einheitlich behandelt zu werden. Erst müssen die verschiedenen Großräume (Europa, Amerika, Ostasien usw.) sich jeder für sich konsolidieren, ehe man daran gehen kann, sie zu einer Vertragseinheit zusammenzufassen. Oder ist es keine Tragikomödie, wenn England und China im Völkerbund zusammenarbeiten, derweilen sie draußen in Ostasien die Waffen gegeneinander richten? So geht es doch wirklich nicht weiter. Europa sollte seine Kräfte vorerst möglichst nur auf sich selbst konzentrieren und sich selbst gesund machen. Was dann weiter wird, ist eine Sorge der Zukunft, deren Lösung um so weniger Schwierigkeiten bereiten dürfte, je mehr Europa als Einheit gefestigt ist.

Wir sagten oben, daß der Stresemannsche Vorschlag keinerlei Forderung der deutschen Volkstumpolitik bedeutet und zielen damit vor allem auf die österreichische Frage ab. Man hält sich im Reiche nicht ohne Grund darüber auf, daß der österreichische Außen-

minister Dr. Mataja nach Paris gereist ist und daß es auch der Bürgermeister von Wien für notwendig hielt, den französischen Staatsmännern in Paris seine Aufwartung zu machen. Mataja hat von Paris aus erklärt, daß er den Plan einer wirtschaftlichen Donauföderation nicht für diskutabel halte und daß er eben mit jedem gern verhandle, der Österreich in seiner Wirtschaftsnot beistünde. Warum kam Mataja dann nicht zuerst nach Berlin? Dementiert er, wenn er von der Donauföderation spricht, auch den anderen reichsfeindlichen Plan einer tschechisch-österreichisch-italienischen Zollunion, von der im Osten und Südosten allenthalben gesprochen wird? Ist die Entfremdung bereits so weit fortgeschritten, daß österreichische Staatsmänner die Hand zu einem Plane reichen wollen, nach dem das Reich durch einen quer durch Europa gelegten handelspolitischen Wall vom Balkan abgesperrt werden soll? Wir glauben gern, daß das österreichische Volk wesentlich anders denkt und empfindet als seine augenblicklichen Staatslenker und namentlich Dr. Mataja. Die überall aufleuchtenden Plakatkärtchen „Heim ins Reich! Friedensverträge sind nur Menschenwerk!" sprechen eine herzlich frische und frohe Sprache. Aber es wird Zeit, daß auch das Reich von sich aus aktiver wird und seiner alten, treuen Südostmark ehrlichen Herzens zuruft: „Treue um Treue! Wir lassen so wenig von Euch wie Ihr von uns. Das höchste und hehrste Ziel der Reichspolitik ist und bleibt Großdeutschland, die Vereinigung aller räumlich zusammenhängend gesiedelten Deutschen in einem Einheitsstaat deutscher Kultur."

Die Erkenntnis, daß die bisherige europäische Politik zu keinem befriedigenden Ergebnis geführt hat und etwas Neues, etwas radikal Neues kommen muß, dämmert nirgends so stark wie in England. Die Wirtschaftskrisis, unter der das Inselreich so schwer leidet, wurzelt selbstverständlich vor allem in einer verfehlten Politik dieses „Siegerstaates". Von dem Ausmaß der Krisis gibt die Denkschrift der Trade Development Union einen grausig-anschaulichen Begriff. Die Zahl der Arbeitslosen betrug am 1. Juni 1925 nicht weniger als 1 247 300 Mann; staatliche Unterstützung genießen augenblicklich insgesamt fast 3 000 000 Bürger. Die Ausfuhr ist gegenüber 1913 um 25 % zurückgegangen, die Einfuhr und zwar vor allem von Nahrungsmitteln und Fertigwaren stetig gestiegen. Von 482 Hochöfen arbeiten nur noch 164. Die Ausfuhr an Baumwollzeug betrug (in 1000 Quadrat Yards) 1913: 7 075 254, 1924: 4 444 704. Die Tonnage der in England gebauten Schiffe machte im Durchschnitt der Jahre 1910—14 1 666 000 t aus; im Jahre 1924 liefen nur noch 263 000 t vom Stapel usw. usw. Es ist ein erschütterndes Bild furchtbarsten Niedergangs, das uns hier entgegentritt. Was tun? Schutzzoll, sagen die einen, und Modernisierung der Produktionsbetriebe notfalls mit Hilfe von Staatssubventionen. Der Ausfuhrhandel muß systematisch ausgebaut werden, meinen die anderen, und gründen die British Export Society, die vor allem eine scharfe Konzentration auf die inneren Märkte des britischen Imperiums erstrebt. Wieder andere denken vor allem an den wichtigsten Rohstoff der englischen Industrie, die Baumwolle, propagieren den Gedanken der Empire Cotton und wehren allzu düsterem Pessimismus mit einem Hinweis auf die folgende Statistik.

Indessen, selbst diese stolzen Zahlen vermögen den ernst und nüchtern urteilenden Wirtschaftspolitiker über die Schwere der Krisis nicht hinwegzutäuschen. Auf dem Kongreß der Internationalen Handelskammern behandelte der englische Großindustrielle Sir Josiah Stamp den Kernpunkt des Problems, indem er auf die verhängnisvolle Versailles-Politik hinwies:

„Entweder wollen wir Reparationen, dann dürfen wir keine Schutzzollpolitik treiben, dann müssen wir deutsche Unterbietung hinnehmen; oder wir wollen die Reparationen nicht. Es ist besser, die Reparationen in Kapitalgütern

Baumwollernten 1918—1924
In Ballen zu je 400 engl. Pfund

Land	1918/19	1919/20	1920/21	1921/22	1922/23	1923/24	Schätzung 1924/25
Sudan	15 997	23 160	30 519	24 074	28 306	47 652	55 286
Goldküste	52	—	61	49	15	93	—
Nigeria	17 500	16 200	30 000	15 096	16 811	25 534	30 000
Uganda	36 530	47 694	81 365	48 290	88 046	128 604	170 600
Nyassaland	2 591	2 026	4 615	5 422	4 036	3 000	3 000
Nordrhodesia	56	35	100	80	102	500	3 000
Südrhodesia	—	—	—	—	—	1 650	20 000
Tanganyika	—	—	7 500	7 327	7 175	11 434	15 000
Südafrika	1 911	2 737	2 923	2 740	6 523	8 730	20 000
Westindien	6 137	6 205	4 833	4 113	5 254	4 256	4 000
Queensland	31	38	792	3 140	9 344	11 850	25 000
Zypern	1 000	3 325	2 687	2 547	1 505	2 233	2 155
Malta	315	343	266	582	193	118	433
Irak	—	—	60	60	300	1 100	2 200
Fidschi-Inseln	—	—	—	—	83	(Keine Zahlen)	
Zeylon	—	—	—	—	49	324	300
Insgesamt	82 220	101 863	166 221	113 937	168 942	248 731	350 374
Proz. Zunahme (jährlich)		24 %	63,1 %	31,4 %	48,2 %	47,2 %	40,8 %

als in Konsumgütern zu empfangen, aber auf jeden Fall muß ein Preisdruck hingenommen werden. Der Produzent wird zwar durch den Preisdruck beeinträchtigt, der Steuerzahler und Konsument erhält dagegen eine Erleichterung durch die Entlastung des Budgets, in das die Reparationssummen fließen. Diese Gegenwirkungen brauchen sich aber nicht auszugleichen. Man muß sich endlich daran gewöhnen, diesen Tatsachen klar ins Auge zu sehen und nicht den Wunsch stets den Vater der Gedanken sein lassen Dies Transferproblem wird erst mit dem Jahre 1928 in volle Wirksamkeit treten, aber man muß es heute begreifen, und ein internationales Expertenkomitee muß sich mit ihm auseinandersetzen."

Neben der unaufhaltsam fortschreitenden Industrialisierung der Welt und der Verarmung wichtiger Absatzgebiete wird die Krisis der englischen und der europäischen Wirtschaft schlechthin in der Tat vor allem durch die verfehlte Reparationspolitik bedingt. Deutschland soll bezahlen und zu diesem Zweck seine Ausfuhr steigern. Gesteigerte deutsche Ausfuhr aber, so schwer sie an sich ist, bedeutet verschärfte deutsche Konkurrenz und schließlich steigende Arbeitslosigkeit derjenigen Staaten, die nach Reparationsgeldern schreien. Die Versailles-Politiker sind am Ende ihrer Weisheit. Europa muß neue Wege beschreiten und endlich sich selbst als unlösbar verbundene Einheit begreifen.

Daß diese großen außenpolitischen Probleme in keiner Weise mit den Mitteln der Innenpolitik gelöst werden können, beweist bündig auch das Italien Mussolinis. Trotz Gleichgewicht im Staatshaushalt, trotz wachsender Aktivität der Handelsbilanz geht der Sturz der Lira unaufhaltsam weiter, weil Italien durch die Kriegspolitik in die schwierigsten Finanz-

händel verwickelt ist und die Welt dem faszistischen Staate eine Lösung dieser Probleme nicht zutraut. Italien schuldet seit dem Kriege 14519 Mill. Goldfranken an England und 8588 Mill. Goldfranken an die Vereinigten Staaten; allein im zweiten Halbjahr 1924 hat sich die Schuld gegen England bloß infolge Zinsstundung um 386 Mill. Goldfranken vermehrt! Wie sollen diese Riesenbeträge je zurückgezahlt werden? Man baut in weiten Kreisen Italiens auf die Hilfe Frankreichs und hofft mit diesem Staat zusammenzugehen in dem Verlangen nach Streichung der interalliierten Kriegsschulden. Doch England wie die Vereinigten Staaten wollen nun einmal nichts von Streichung der gegenseitigen Schulden hören, und zwischen Frankreich und Italien steht das Problem Tunis. Italien hätte demnach allen Grund, sich auf gesamteuropäische Belange zu besinnen und seine nördlichen Nachbarn nicht vor den Kopf zu stoßen. Das gerade Gegenteil hiervon geschieht. Die faszistischen Wühlereien im schweizerischen Kanton Tessin zwingen den schweizerischen Bundesrat, sofort 400000 Franken zum Ausbau bzw. zur Unterhaltung der Bergstraßen in Tessin zur Verfügung zu stellen, die Wasserkräfte eiligst auszubauen und Subventionen für die Landwirtschaft im Kanton Tessin auszuwerfen. In Südtirol aber treibt man eine deutschfeindliche Politik, die nachgerade unerträglich wird. Das neueste Ausnahmegesetz gegen das schwergeprüfte Deutschtum in Südtirol lautet:

„Der Gemeindesekretär wird in Südtirol nicht mehr von der Gemeinde ernannt, sondern vom Präfekten und kann wie ein Beamter beliebig von einer zur anderen Gemeinde versetzt werden. Der Südtiroler Gemeindesekretär benötigt nicht bloß die gesetzlich vorgesehenen Erfordernisse der Sekretäre der italienischen Gemeinden, sondern er muß außerdem auch „Studientitel" italienischer Mittelschulen aufweisen oder zum mindesten drei Jahre lang in einem öffentlichen Amte mit italienischer Verwaltungssprache zur Zufriedenheit Dienst getan haben."

Diese Neuordnung läuft ersichtlich bloß darauf hinaus, die deutschen Gemeindesekretäre zu entfernen und an ihre Stelle Italiener zur Bespitzelung der deutschen Gemeinden zu setzen.

Wie toll es die Italiener in Südtirol treiben, erhellt blitzartig aus der in diesen Tagen eingereichten Interpellation des faszistischen Abgeordneten Gray, des zuständigen Regierungsreferenten für Südtirol:

„Angesichts der fortgesetzten offenkundig deutschfeindlichen Verwüstungen, die in Alto Adige und besonders in Meran von unverantwortlichen Elementen begangen werden, glaube ich nicht, daß die Regierung die gewollte Störung der öffentlichen Ordnung und die unerträgliche Bedrückung durch profitsüchtige Charaktere länger mit ansehen will. Die Interpellation empfiehlt den lokalen Behörden eine energische Kontrolle und unverzügliche Entfernung jener Elemente von schlechtem Ruf und verbrecherischer Aktivität, die das politische und Wirtschaftsleben jener heiklen Zone verunreinigen und den guten Ruf Italiens kompromittieren."

Fürwahr, wir haben es herrlich weitgebracht im Zeitalter des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen! Wandelt Europa weiterhin auf diesen Bahnen, statt sich den gesamteuropäischen Belangen zu widmen und sich in irgend einer Form zur Einheit durchzuringen, so muß es naturnotwendig zu einem Ende mit Schrecken kommen.

K. HAUSHOFER:
BERICHTERSTATTUNG AUS DER INDO-PAZIFISCHEN WELT

Wären die Leser der Z. f. G. nicht auf die Entwicklung in China durch die bisherige Berichterstattung vollständig vorbereitet, so daß sie in den westmachtfeindlichen Unruhen in Peking, Tientsin, Nanking, Shanghai, Hankau und Kanton einen Rückschlag auf falsche Behandlung Chinas durch die Westmachtvertretungen und Auswirkung gewandter Bearbeitung durch die Sowjetbünde sehen, den sie seit mehr als einem halben Jahr erwarten, so müßten wir uns mit den Einzelheiten dieser Ausbrüche beschäftigen, die ja doch nur Symptome sind.

Das Zusammenwirken aufs tiefste empörter Vaterlandsfreunde von Rechts und ganz Rechts mit grausam enttäuschten Hoffnungen sozialer Idealisten der Kuo Ming Tang, der Anhänger des toten Sun Yat Sen von Links zu einer furchtbar starken Kultur-, Macht- und Wirtschaftsabwehr in einer kaum zu hoffenden Einheitsfront ist das Entscheidende. Es zwingt die örtlichen Kriegsherren, der gewaltigen Bewegung der öffentlichen Meinung Rechnung zu tragen. Sie können es um so leichter, als die Vereinigten Staaten, das britische Imperium und Japan, durch gegenseitiges Mißtrauen gehemmt, mit Sicherheit den Zeitpunkt versäumen werden, wo sie mit örtlichen chinesischen Kräften zusammen den Sturm beschwören könnten, in den die durch keine Rücksichten gehemmte Sowjetpolitik so viel Feuer trägt, als sie kann.

Wir haben uns bemüht, in Meisterspottbildern aus China selbst unsere Leser dauernd im Bilde über das Wachsen der westmachtfeindlichen Stimmung in dem Riesenraum zu halten, die eben nun ausbricht.

Sie nehmen vielleicht das Spottbild auf S. 653 oder 818 von 1924 zur Hand, und geben zu, richtig auf der großen Linie geführt worden zu sein! Die Lunte unter dem "diplomatic body" ist eben nun soweit herangebrannt, daß ihr Zischen nicht mehr überhört werden kann und Schüsse dazwischen knallen. Welches Unrecht damit zum Teil eine freilich über das Ziel schießende Sühne findet, das wird sich an einer scheinbar ganz im Hintergrund der augenblicklichen Lage lauernden Frage klar machen lassen.

In der Opiumfrage hängt an den Rockschößen der europäischen Westmächte ein häßlicher Handel, der geopolitisch gewürdigt werden muß, weil das Rasseverderben von fast zwei Fünftel der Menschheit daran geknüpft ist.

1842 ist Ostasien durch die christlichen Westmächte in einem Kriege das Völkergift Opium aufgedrängt worden, gegen das sich seine damals geistesaristokratische Struktur verzweifelt wehrte. Inzwischen hat der früher verbotene Anbau zugenommen, wurde vom kaiserlichen China mit Erfolg zurückgedrängt, vom demokratisch-republikanischen aber wieder aus Schwäche in großem Umfang durchgeführt, zumal sich die britisch-indischen und französischen Zufuhren doch nicht verhindern ließen.

Ein scharfer Zusammenstoß zwischen Stephen Porter und Lord Robert Cecil beleuchtete die ernsthaft das gute Einvernehmen des britischen Reichs und der Vereinigten Staaten gefährdende Spannung, und unerfreuliche Tatsachen stellt C. F. Andrews fest, wenn er (April 1925 Santiniketan) schreibt:

„Singapur führt 1913 2367 Kisten Opium von Indien ein, 1923 2100: die Opiumeinnahme der Straits ist in diesen zehn Jahren zwischen 40 und 50 % der Gesamteinnahme gewesen, und in einem Jahr bestritt man alle öffentlichen Ausgaben der Kolonie aus dem Gift, mit dem man die gelbe Rasse verdirbt."

„Noch schlimmer ist das Verhältnis in Saigon,

wo man 1913 450 Kisten aus Indien einführte, 1923 aber 2975! Und dabei haben Frankreich und England ebenso wie Indien, die Haager Konvention unterschrieben," woraus erhellt, wieviel in Fragen großer wirtschaftlicher Vorteile ihre feierlichen Unterschriften wert sind, was eben Stephen Porter unsanft berührte, der sich das als Amerikaner leisten kann.

Für Indien selber aber wird die Haltung von John Campbell (— dessen amtlichem Vertreter —) in Genf durch die ganze einheimische Vertretung von Mahatma Gandhi an bis zu dem höchst gemäßigten Herausgeber des Leader in Allahabad, C. Y. Chintamani, scharf mißbilligt. Gerade in den indischen Industriezentren, wo die religiösen Hemmungen wegfallen, nimmt das Opiumlaster erschreckend zu; das Betäuben der Kinder ist dort alltäglich, Calcutta und Rangun stehen im Opiumverbrauch voran, aber die Industriegegenden des Penjab, Sindh, Gujerat folgen nahe genug.

Wenn wir in dieser Berichtperiode eine Frage des Rassenverderbens oder Rassenerhaltens an geopolitischer Bedeutung allen andern voranstellen, so ist es, weil sie leicht in dem zunächst nicht unmittelbar beteiligten Deutschland übersehen werden könnte, obwohl wir mittelbar durch unsere Arzneimittel-Industrie beteiligt genug sind und dringende Veranlassung haben, uns außerhalb der chinesischen Wirren zu halten. Es ist die uralte Frage: Wie weit kann man die Bekämpfung eines Völkergifts, das sich als Genußmittel einschlich, dem gesunden Instinkt einer Rasse überlassen, wie weit muß man die schwächeren Rassengefährten vor den Wirkungen ihrer Schwachheit schützen, und wie weit kann man das tun, ohne wohltätige Nebenwirkungen auszuschalten? — Das jämmerliche Versagen der Völkerbundsorganisation in der für den indopazifischen Raum ungemein wichtigen Opiumfrage zeigte 1925, wie weit wir es noch zu befriedigenden Menschheitslösungen solcher Fragen haben und auch jetzt bei den Unruhen in China haben werden. Scharf vor allem zeichnete sich der Abstand zwischen den flachen Reden der amtlichen Vertreter und Herrn T. Z. Koo, dem Wortführer der 34 Volksverbände der nationalen Anti-Opium-Gesellschaft für China, deren Gefüge zeigt, welche starken Kräfte doch bei allem Hader der Provinzgrößen das chinesische Kulturreich zusammenhalten. In 1300 über ganz China ausgedehnten Organisationen waren immerhin zwei Millionen Menschen vertreten! Drei Kampfrichtungen sind nötig für einen Erfolg: die erste gegen den durch die Bürgerkriege und ihren Steuerbedarf gesteigerten Anbau in China selbst; die zweite gegen die Rauchgewohnheit, vor allem auf dem Gebiet der Erziehung, zu führen, und die dritte gegen den Handel mit Opium, Morphinen, Kokain und anderen Narkotika, — und hier liegt die internationale Seite der Schwierigkeit.

So sind es tatsächlich Imponderabilien auf weite Sicht, die Frage der Rassenerhaltung der einheimischen indopazifischen Stämme und Völker durch Ausschaltung oder wenigstens Kontrolle von beliebten Welthandelsgiften, die Fragen des Minderheitenrechtes, der Menschenrechte der großen und kleinen Völker, in denen der Völkerbund zeigen könnte, ob er ein ohnmächtiges Lügengebilde oder tragende Zukunftshoffnung ist, in denen er bis jetzt kläglich versagt hat. So würde beim Eintritt in seine Reihen das deutsche Volk große Opfer bringen und obendrein die Last enttäuschter Hoffnungen aller andern Unterdrückten auf sich nehmen, Anteil an dem Fluch, der täglich in Indien, Ostasien, im größten Teil des Nahen Ostens die Unterdrücker trifft, — ohne Anteil an den irdischen Vorteilen, die diese Unterdrücker aus dem Wohnen im Recht, weil im Besitze, ziehen. Das ist eine objektive Feststellung, die nicht an Wert verliert dadurch, daß sie von den Amerikanern bestätigt wird, die entrüstet die Spiegelfechtereien der Opiumkonferenz verließen. Hier konnte der Völkerbund zeigen, was er kann und wert ist.

Wenn versucht wird, Japan die Last der Opiumvergiftung von China in erster Linie zuzuschieben (z. B. Lord Olivier — Transpacific, Tokio 7. 3. 25), dann sprechen die Zahlen von Singapur und Saigon! Niemand wird ernstlich dem fernöstlichen Inselreich aufbringen wollen, daß es die Hälfte seiner Einnahmen aus der Vergiftung einer ihm unsympathischen Rasse bestreite, wie es C. F. Andrews nachweist. So lassen sich doch wohl aus dem wenig greifbaren Opiumrauch geopolitisch recht wägbare Werte destillieren; wichtig genug, in einem Lagenbericht an erster Stelle genannt zu werden, weil sie auch manches an der augenblicklichen Erbitterung und Fremdenfeindschaft in den großen chinesischen Küstenplätzen Shanghai, Kanton, Hankau, Tientsien, aber auch Peking erklären.

In Persien ist ein Viertel der Ausfuhr, ein Zwölftel der Staatseinkünfte auf Opium gestellt, der Mohnanbau auf 18 unter 26 Provinzen ausgedehnt und etwa 400 000 Quadratmeilen umfassend, in vielen Provinzen die einzige sichere, nicht unter Klimaschwankungen und Heuschrecken leidende Ernte, so daß jede Einschränkung des Anbaues eine wirtschaftliche Krise und Unruhen nach sich ziehen müßte.

„Wie in Indien, ist in Persien Opium des Soldaten eiserne Ration, des armen Maultiertreibers tonische Aufpeitschung, die Fieberzuflucht des Reisbauern, der Trost des Verschmachtenden" (Sir Arnold Wilson in Genf!). „Es wird täglich gebraucht, um den Schmerz Tausender von Kranken und Leidenden zu lindern, die nicht hoffen können, andere ärztliche Hilfe zu erlangen."

Wenn auch nach ihm Sir John Jordan mit Engelszungen sprach: "fons et origo" der ganzen Opiumfrage ist nicht das Vorgehen Chinas, sondern die Aufdrängung des Giftes durch das werdende britische Weltreich im Opiumkrieg, zur Zeit des Höhepunkts seines Strebens nach Entreißen der Selbstbestimmung gegenüber den Monsunländern. „Die Sünden der Väter will ich heimsuchen an den Kindern" steht auch für die Geopolitik geschrieben, die nicht vergessen lassen darf, wo in Wahrheit die ersten Übel liegen, namentlich wenn ihre Urheber sonst so genau Buch in Schuldfragen führen, und dennoch so geneigt sind, einmal einen Schuldübertrag schwimmen zu lassen, wenn es besser in ihre Bilanz paßt.

Die Rassenvergiftung Chinas und Indiens durch das Opium, der Zwiespalt zwischen den asiatischen Mächten in dieser Frage, steht auf dem Konto der europäischen Westmächte, des Profits von Calcutta, Singapur, Hongkong und Saigon!

Mit Recht betont die gut beobachtende „Industrial and Trade Review for India", daß sich ein Ringen um das elementare Recht der nationalen Selbstbehauptung für China und Indien gegenüber den großen industrialisierten Reichen abzeichne. Ein gemeinsames Interesse aller asiatischen Reiche von Marokko bis China müsse sie gegen den europäischen und amerikanischen Imperialismus — an dem wir in Deutschland nicht mehr teilhaben — vereinigen, und auch Japan, obwohl an sich mehr den imperialistischen Mächten als den sich verteidigenden landwirtschaftlichen nahestehend, habe sein Los mit diesen vereinigen müssen, wegen der unweise ringsherum aufgetürmten Rassenbarrieren und der ungeheuren wirtschaftlichen Übermacht der Vereinigten Staaten. Hat doch der Weltkrieg allein 23 000 neue Millionäre dort geschaffen! Die jüngsten Funde von Eisensanden in Nordjapan sind denn auch schnell in der wehrgeographischen Bedeutung betont worden.

Daß trotz der großen Presseerörterungen, die geopolitisch den Ausbau der Basis in Singapur begleiteten, noch manche Lücke sogar in der kartographischen Rüstung des Imperiums zu füllen bleibt, bewies kürzlich der Untergang der R. J. M.-Sloop „Elphinstone" (ex-Ceanothus) an einem in den Seekarten nicht verzeichneten Riff bei Castle Point in den Nikobaren. Gewisse

kleine Unterlassungssünden des indischen Aufnahmedienstes (Sir Robert Oliver: „Aufnahmen sind wertlos und eine Vergeudung öffentlicher Gelder?") hätten sich dann gerächt, und zeigen die Kehrseite der Verpflichtung weiten Küstenbesitzes auf dem Rücken der Erde.

In Indien verdienen gewisse Friedensangebote der Swaraj-Partei (C. R. Das, 2. 5. Faridpore) große Aufmerksamkeit, ebenso, wie der kühne Versuch, eine zweite Verteidigungslinie für das „indische Heer" aufzustellen, während die Manöver von Delhi doch in erster Linie bezweckt hatten, die Bedeutung schneller, technisch hochwertiger Truppen erster Linie und höchsten Wertes gerade für das großräumige indische Imperium herauszustellen: Reiterdivisionen mit Fliegergeschwadern, beweglichen Geschützen und Kampfwagen. Beide Anläufe zeigen, wie sehr sich aufstrebende und festhaltende Kräfte in dem gewaltigen Reichsraum seiner besonderen geopolitischen Bedingungen bewußt sind.

Die Grundlage eines Universitäts-Dienstkorps wie einer Territorial-Armee mit langsamer Annäherung an den Gedanken der Allgemeinen Wehrpflicht tritt aus dem Bericht der Kommission hervor, deren bloße Zusammensetzung ein Zeichen für die fortgeschrittene Indisierung der Dienste ist — zunächst freilich mit dem Ziel der Freiheit innerhalb der britischen Gemeinwelt und der Ziele der Menschheit — nach Das! Gespannt darf man auf die Entwicklung der „städtischen Einheiten" sein. — Sie können ebensogut Stadtsoldaten für Ruhe und Ordnung, als Mittelpunkte sehr eigenartigen Lebens werden. Wenn erst einmal von dreihundertzwanzig Millionen Menschen auch nur ein Bruchteil körperlich ausgebildet, waffensicher und seiner Kraft bewußt, durchgegliedert ist, wird ihn sein bloßes Trägheitsmoment weiterführen, und viele trennende Momente überwinden lassen. . . .

Trotz vielen Nebengeräuschen hat die panasiatische Verständigung Fortschritte gemacht. So kluge Leute wie der japanische Großindustrielle Baron K. Okura (Jitsugyo no sekai-Industriewelt) mahnten die Japaner, mehr Chinesen in ihre Unternehmungen einzustellen, weil sie härtere Arbeiter, pflichttreue, wenn auch mißtrauische Partner seien, und nur das chinesische Vermittlerwesen auszuschalten oder ihm die Krallen zu beschneiden, sonst aber mit China zusammenzuarbeiten so viel als möglich. Die Wanderbewegung in die Südsee erfaßt beide Völker ziemlich gemeinschaftlich. Die Vorherrschaft der Chinesen z. B. in der französischen Inselwelt wird in der französischen Gesellschaftsgruppe mit ihren viertausend Chinesen so peinlich bemerkt, wie die der Japaner in Hawai. Welche enormen Werte Japan und Rußland sich gegenseitig neu garantiert haben, geht doch allein aus den 110 Millionen Goldmark hervor, die Japan jährlich im Durchschnitt aus dem Fischreichtum der russischen Kolonialküsten am Pazific mit etwa 1000 Hochseefischereibooten, 17 Konservenanlagen und etwa 20 000 Fischern jährlich zieht. Hier also sind wirtschaftliche Verankerungen größten Stils in einem Jahre neu tätig geworden, die manche rein politische Reibung — wie sie augenblicklich drohen — überwettern mögen.

Umgekehrt erleichtern gewisse künstliche gewagte Spiele der kapitalistischen Weltordnung, wie z. B. das mit dem Kautschuk, ihren Gegnern die Agitation bei künstlich auf Monokulturen (Angelerzeugungen) gestellten Wirtschaften und die ausgezeichnet unterrichteten zentralen Institute der Sowjets versäumen keine solche Gelegenheit, um weithin darüber aufzuklären, sei es auch nur durch böse Bemerkungen im roten Gotha!

O. MAULL:
BERICHTERSTATTUNG AUS DER AMERIKANISCHEN WELT
Das romanische Amerika III

Kein Staat Südamerikas ist soweit von einem inneren Ausgleich in jeder Hinsicht entfernt wie Brasilien. Zwar zerfallen sowohl die nördlichen und mittleren Andenstaaten wie Chile und Argentinien in entwickelte Kerngebiete und in weniger entwickelte, oft unentwickelte peripherische Teile. Zu den letzteren gehören die Tieflandsanteile der beiden ersten Staatengruppen; ebenso sind die extremen Hochgebirgsregionen Chiles und Argentiniens, der Süden dieser Staaten und der Gran Chaco hierher zu rechnen. In Brasilien ist die Küste die Kulturbasis, und von hier sind die Kultureinflüsse — hier tiefer, dort weniger tief, hier flächenhaft, dort mehr längs einzelner Linien — in die Binnenräume eingedrungen, ohne bisher auch nur die Hälfte des kontinentgroßen Landes wirklich durchdrungen und ohne selbst den engeren Zusammenschluß der Regionen moderner Kultur längs der Ostküste gefunden zu haben. Mit anderen Worten: die relativ junge Kolonisation ist des Riesenraumes noch nicht Herr geworden; kulturlandschaftliche Unausgeglichenheit kennzeichnet darum das Staatsgebiet, und dieser Grundzug wird unterstrichen und verstärkt durch die physischgeographischen Unterschiede der einzelnen Landesteile. Das hat ein Aufsatz des Berichterstatters über „die geopolitische Struktur Brasiliens“ (diese Zeitschrift 1924) darzulegen versucht.

Die physischen Bedingungen, die das Leben der einzelnen Landschaftsgruppen in so grundverschiedener Weise bestimmen, bilden gemeinsam mit jener kulturlichen Unausgeglichenheit die letzten Ursachen der schweren inneren Erschütterungen, die Brasilien in jüngerer Zeit erlitten, und der krisenhaften Zustände, die es auch weiterhin zu durchleben haben wird. Erst von einem wesentlich weiter vorgeschrittenen Kulturausgleich und einer gewissen Überwindung der naturlandschaftlichen Gegensätze darf eine Besserung von Grund auf erwartet werden.

Revolutionen haben immer ihre Zeit und ihre Führer, und es ist Sache des Historikers, die zeitlichen Verflechtungen und die persönlichen und sachlichen Motive der Führer und die selbsteigenen und suggerierten Forderungen der Geführten nach Entstehung und Wirkung zu analysieren. Revolutionen haben aber auch ihren Nährboden, d. h. ihre geographischen Bedingtheiten und Ursachen.

So ist es kein Zufall, daß der 1922/23 in hellem Aufruhr stehende Revolutionsherd von Rio Grande do Sul auch wieder die versprengten Scharen der letzten Revolution aufgenommen hat, und daß dort wie auch in anderen Teilen der Südstaaten die Bewegung noch nicht ganz zur Ruhe gekommen ist. Denn kein Raum Brasiliens steht den übrigen Landesteilen so fremdartig gegenüber wie der subtropische und darum auch vorwiegend von einer rein weißen Bevölkerung bewohnte Süden, und kein brasilianischer Staat pflegt so innige Beziehungen mit einem außerbrasilischen Nachbargebiet wie Rio Grande do Sul. Die Nachbarschaft Uruguays, schon die einfache Existenz dieses kleinen Pufferstaats, der sich eines prächtigen Gedeihens erfreut, ruft in gewissen Kreisen des Südens immer wieder den separatistischen Gedanken an eine mögliche Loslösung der Südstaaten, besonders Rio Grande do Suls, vom brasilianischen Staatenbunde wach. Im politischen Leben ergeben sich aus dieser Nachbar-

schaft besonders innige Beziehungen zwischen Rio Grande und Uruguay. So ähnlich wie Trinidad der Zufluchtsort der politisch unzufriedenen Elemente Venezuelas ist, so sucht in normalen Zeiten die bei den Präsidentenwahlen in Rio Grande unterliegende Partei Schutz in Uruguay und wartet dort, bis ihre Zeit gekommen ist, und ebenso begünstigt die Grenzlage ein zeitweises Verschwinden und Wiederauftauchen revolutionärer Elemente. Mehr als irgendwo in Brasilien nährt namentlich in Rio Grande do Sul die Grenzstellung und die randliche Eigenart des Staates Sonderbestrebungen gegenüber dem föderativen Staatenganzen, die aber auch dem übrigen Süden nicht fremd sind.

Dem Norden und Westen fehlen ähnliche separatistische Bewegungen von innen heraus vollkommen aus Mangel an Eigenkraft, die umgekehrt trotz größter Landschaftsgegensätze zum Zusammenhalt dieser Räume mit dem Zentrum drängt. Besonders in Amazonien, dem großen menschenarmen Riesenraum, ist die Gefahr der Durchdringung von außen sehr groß: an Erschließungsversuchen mit ganz entschieden auch praktischen Erfolgen fehlt es hier keineswegs, und auch die von Hamilton Rice großzügig organisierte Expedition zur Erforschung der Orinocoquellen, bei der einer der besten deutschen Kenner des tropischen Südamerikas, Theodor Koch-Grünberg, dem ihm angeborenen unermüdlichen Forscherdrang zum Opfer fiel, ist doch letzten Endes nichts anderes als ein nordamerikanischer Orientierungszug in ein bisher nur recht schlecht bekanntes Gebiet. Besonders feinfühlig scheinen die Benediktinermissionen des Nordens die Gefahr erkannt zu haben, die diesem Lande droht, indem sie im Interesse des Staates und in ihrem eigenen Interesse eine stille Abwehr gegen alle Eindringlinge führen. Nicht ganz zufällig erscheint es, daß sich besonders in Pará Elemente gefunden haben, die das Echo für die Revolution im Süden und anderwärts bildeten.

In charakteristischster Weise ist allerdings für diese Julirevolution des letzten Jahres wieder Rio Grande do Sul in seiner für jede aufständische Bewegung günstigen peripherischen Schutz- bzw. Übergangsstellung der letzte Schauplatz gewesen. Ihre geographischen Ursachen sind aber darum nicht etwa in einfacher Weise in dem Gegensatz von Peripherie und Zentrum zu suchen; denn die revolutionäre Bewegung war durchaus nicht lokalisiert. Die Revolution war, zeitgeschichtlich betrachtet, der Versuch der Opposition aller Staaten, zur Macht zu gelangen, und sie richtete sich vor allem gegen den jetzigen Bundespräsidenten Bernardes, dessen Regierung durch eine beachtenswerte Sorge um eine regelmäßige Führung des Staatshaushaltes und darum durch große Sparsamkeit und durch Anziehen der Steuerschrauben gekennzeichnet wird. Allein es ist bezeichnend, daß nur im Norden und im Süden und hier vor allem in São Paulo die Bewegung Anklang fand und sich hier, in den Pflanzerstaaten, Gefolgschaft um die Führer scharte, die sich gegen den Staatsgeist des ehemaligen Staatspräsidenten des Bergbaulandes Minas Geraes auflehnte. Dabei zeugt es für eine nicht geringe strategische Einsicht der Revolutionäre, daß sie das ebenso mit Verkehrswegen wie mit Wirtschaftsquellen reich ausgestattete São Paulo zum eigentlichen Operationsfeld wählten. Nur von hier aus wäre nach einem errungenen Siege ein rasches Umsichgreifen gegen die Peripherie hin möglich gewesen. Das im Kabinett des Generals Isidoro aufgefundene Programm der Revolutionäre bietet kaum einen klaren Anhaltspunkt dafür, daß eine Bewegung der Peripherie gegen das Zentrum geplant war, und es erschöpft sich — neben den üblichen Programmpunkten, die die Moralisierung der Verwaltung und der Justiz und die Gesundung der Finanzen betreffen — in der immerhin beachtenswerten allgemeinen Forderung nach der Einführung einer wirklichen Demokratie auf der Grundlage einer breiteren Schulbildung. Und die Ausführungsbestimmungen weisen auf einen

tatsächlich nur schwer erträglichen Zustand, eben auf jene das Volksganze zerreißende kulturelle Unausgeglichenheit, hin: ein Diktator solle so lange die Regierungsgeschäfte führen, bis 60 % der Großjährigen Alphabeten geworden seien und so auf Grund eigener Einsicht die Wahlen zu einer konstituierenden Versammlung vornehmen könnten. Ist in diesem Programm lediglich der Vorschlag zu sehen, die Volksherrschaft an die Stelle der Herrschaft führender Schichten zu setzen, so zeigt der Aufruf der „Alliança Libertadora“, die sich aus den Führern der schon niedergeschlagenen Revolution in Uruguay gebildet hat, ein doch wesentlich anderes und vielleicht das wahre Gesicht der Bewegung, indem die größere Selbständigkeit der Einzelstaaten gefordert wird, also Beschränkung des Zentralismus zugunsten einer klaren Dezentralisation; und so stellt sich diese letzte Revolution — war sie gleichwohl durch den oppositionellen Parteigegensatz gegen die augenblicklich herrschenden Parteien und besonders gegen die jetzige Bundesregierung getragen — doch letzten Endes als eine Bewegung aufrührerischer Elemente der verschiedensten Einzelstaaten gegen den Zentralismus des Bundes dar. Der Bund hat gesiegt, aber die Revolution hat ihm Aufgaben namhaft gemacht, an deren Lösung er arbeiten sollte, um gegenüber neuen Angriffen gewappnet zu sein.

Fast jede Revolution ist das illegitime Kind eines hohen Gedankens, der die Verbindung mit nur zu materiellen Forderungen eingegangen ist; und wirtschaftliche Unzufriedenheit bereitet darum die Bewegung meist vor und folgt ihr auch. Nur zu oft wird darum die Ursache mit der Wirkung verwechselt; das gilt auch vielfach gegenüber den augenblicklichen krisenhaften Zuständen der brasilianischen Wirtschaft: diese sind nicht lediglich eine Folge der Revolution, sondern ein allmählicher wirtschaftlicher Abstieg hat sich schon lange vorher angebahnt und so die Unzufriedenheit gewisser politisch oppositioneller Kreise bis zur revolutionären Siedehitze gesteigert. Denn schon im Jahre 1923 kündete sich in dem langsam sinkenden Kurs des Milreis diese Krise deutlicher an; das war rätselhaft für die meisten Betrachter und Betroffenen, und nur wenige über die Wirtschaftsstruktur genauer Orientierte vermochten die sich daraus notwendigerweise ergebenden Folgewirkungen abzuleiten. Brasilien, das reiche Rohstoffland, hat in den Nachkriegsjahren recht bald wieder jene wichtige Stellung als Rohstofflieferungsland der Alliierten verloren, und längst nicht in dem Maße ist eine Hebung der Produktion eingetreten, wie sie nach den Erfahrungen der Kriegsjahre erwartet wurde. Das Fehlen größerer Kapitalien hat sowohl die industrielle wie landwirtschaftliche Entwicklung des Landes in nachhaltigster Weise beeinflußt, und auch zum Ausbau seiner Verkehrswege war es genötigt, die Kredithilfe des Auslandes in Anspruch zu nehmen. Und die Lust zur Aufnahme von Anleihen ist darum in den Kreisen der Industriellen und der Pflanzer sehr groß. Doch jede Anleihe ohne genügende Deckung muß notwendigerweise den Milreiskurs hinabdrücken. Darum spielt sich seit geraumer Zeit ein erbitterter Kampf zwischen den Anhängern größerer Kreditgewährung, die nichts anderes als die Befürworter der Inflation sind, und den Gegnern dieses Vorgehens, vornehmlich der jetzigen Regierung, ab. So finanzwirtschaftlich richtig der Standpunkt der Inflationsgegner ist, so ist es doch fraglich, ob er gegenüber dem unerbittlichen Drängen der Hauptproduzenten oder, sachlicher betrachtet, gegenüber der durch eine einfache größere Spartätigkeit der Bevölkerung nicht zu behebenden Kapitalnot bewahrt bleiben kann. Und dazu kommt noch eines: Brasiliens Außenhandelsstruktur steht — das ist schon heute klar erkennbar — für die Dauer auf recht schwachen Füßen. Denn heute ist der Kaffee d a s Ausfuhrprodukt, und darum wird Brasiliens Wirtschaftsstellung erschüttert sein, wenn diesem Artikel nicht mehr jene Bedeutung zukommt.

Noch hält Brasilien die Konsumenten in Abhängigkeit und pocht auf diese, unbekümmert um die Wünsche der Käufer, indem es den Preis des Kaffees so hoch wie möglich festsetzt. Allein schon hat es in den Vereinigten Staaten, die bei weitem an erster Stelle unter den Abnehmern des brasilianischen Kaffees stehen und soviel kaufen, wie alle übrigen Länder zusammen, die Gegenwirkung ausgelöst, den Angriff der New Yorker Kaffeeröster. Brasilien hat ihn lediglich, seiner eigenen Lebensfrage eigentlich damit in zu optimistischer Weise aus dem Weg gehend, mit der Schaffung eines Kaffeeverteidigungsinstituts des Staates São Paulo beantwortet. Denn schon erwägt Nordamerika den Gedanken, den Kaffeebau in Kolumbien, Guatemala, Costa Rica, Venezuela und anderen mittel- und südamerikanischen Staaten zu fördern und eventuell in Porto Rico, Cuba und Hawaii mit Hilfe nordamerikanischen Kapitals ins Leben zu rufen, um sich so von der Abhängigkeit von Brasilien zu befreien. Allein auch ohne ein solches Vorgehen der Union muß die derzeitige brasilianische Preispolitik den Kaffeebau auch in anderen Staaten besonders rentabel erscheinen lassen und damit zur Entfaltung bringen.

Das sind die wenig zuverlässigen Stützen brasilianischer Wirtschaftsstruktur, und die ungewisse Zukunft wirft ihre Schatten schon voraus und beeinflußt bereits seit geraumer Zeit damit den Wert des brasilianischen Kurses. Das gilt schon für die Zeit lange vor der Revolution. Denn setzt man die Kosten der Lebenshaltung für das Jahr 1921 gleich 100, so ergibt sich für 1923 eine Preissteigerung von 29 % für ganz Brasilien. Die Preise der Gebrauchsartikel sind 1923 sogar um $33^1/_3$ % gestiegen. Auch die jetzige Regierung ist sich bewußt, daß die Einstellung des Großteils des Außenhandels lediglich auf das eine Produkt, Kaffee, eine empfindliche Schwäche der Handelsstruktur bedeutet, und sie hält darum weitere Produkte, Schmalz, Häute, Kakao und Mandioka, für am geeignetsten, um eine Rolle auf dem Weltmarkt zu spielen.

Nicht selten tragen wirtschaftliche und politische Krisen ganz besonders zur Entfaltung des Nationalbewußtseins bei; völkerpsychologisch betrachtet, wird durch sie ein gewisses nationales Deckgefühl ausgelöst. So ist es auch hier. Fast niemals ist der brasilianische Nationalismus bestimmter aufgetreten als jetzt; eine nationalistische Welle geht durch das Land, die zunächst nur die Intelligenz ergriffen hat, aber inzwischen auch in die breiten Massen gedrungen ist. Eine gewisse Unterbindung fremder Einwanderung, Boykott gegen fremde Waren und vor allem schließlich die Forderung der brasilianischen Intelligenz nach national-brasilianischer Wissenschaft und Kunst sind die Zeugen der an sich gesunden Bewegung.

H. LAUTENSACH:
LITERATURBERICHT ÜBER WERKE ERDUMSPANNENDEN UND SYSTEMATISCHEN INHALTS

Der erste weltumspannende Literaturbericht dieses Jahrgangs sei der Würdigung einer Reihe von verwandten Zeitschriften gewidmet, deren Erscheinen in der Nachkriegszeit begonnen hat. Von rein wirtschaftlichen Zeitschriften wird dabei in Rücksicht auf den Raum vorerst abgesehen.

Weltpolitik und Weltwirtschaft. Herausgeber Alfred Ball und Arthur Dix. Erscheint seit Januar 1925, monatlich. Preis



des Heftes 2 Mark, vierteljährlich 5 Mark. R. Oldenbourg Verlag, München.

Diese neue Zeitschrift will frei von jeder parteipolitischen Bindung die großen Linien des Weltgeschehens unserer Zeit festhalten mit der ausgesprochenen Absicht, die führende Schicht des deutschen Volkes zu weltpolitischer und -wirtschaftlicher Betätigung reif zu machen. Zu diesem Zweck bringt sie weltpolitische Übersichten und Einzeldarstellungen sowie Aufsätze über weltwirtschaftliche Vorgänge und über die besonderen wirtschaftspolitischen Bedingungen, Aufgaben und Aussichten Deutschlands. Dazu gesellt sich jedesmal eine Weltschau, die die wichtigsten einschlägigen neuesten Ereignisse umreißt, und eine knappe Bücherschau. Zu ihren Mitarbeitern gehören weniger Gelehrte als vielmehr Politiker, Diplomaten und andere Männer mit Namen von hohem Klang: Ernst Prinz von Ratibor, Freiherr v. Rheinbaben, General Schlee-Pascha, Georg Herzog von Leuchtenberg, Lord Parmoor, Philipp Snowden, Graf Soltykoff; häufig sind deren Bildnisse in guter Wiedergabe an die Spitze der Aufsätze gestellt. Die Ziele der Zeitschrift sind den unsrigen nahe verwandt, wenn auch breiter angelegt. Für sie bedeutet Geopolitik „Einstellung der Politik auf erdräumliches Denken, Aufstellen weltpolitischer Wegweiser auf Grund erdkundlichen Verstehens". Für uns ist Geopolitik nicht nur eine solche Kunstlehre, sondern noch mehr: eine wissenschaftliche Problemstellung, die die Berechtigung und den Grad der Möglichkeit „erdhaften Denkens" zunächst immer wieder an neuen Einzelfällen zu prüfen trachtet.

Zeitschrift für Völkerpsychologie und Soziologie. In Verbindung mit vier anderen Fachleuten herausgegeben von Prof. Dr. R. Thurnwald. Erscheint seit März 1925 viermal im Jahr. Preis des Heftes 4 Mark, des Jahrgangs 15 Mark. Verlag C. L. Hirschfeld, Leipzig.

Wie der Herausgeber in einem hochbedeutsamen programmatischen Einleitungsaufsatz ausführt, soll die Zeitschrift der Forschung auf dem Gebiete der menschlichen Gesellung, hauptsächlich durch Ermittlung der sie bindenden psychischen Kräfte, dienen. Sie geht von dem Gesichtspunkt aus, daß die Erscheinungen in allen Gemeinschaften, in Nationen und Staaten, in Wirtschafts- und Berufsverbänden, in Religionsgenossenschaften und in Vereinen jeder Art auf die Vorgänge in den einzelnen lebendigen Menschen zurückgeführt werden müssen, aus denen die Gruppen zusammengesetzt sind. Es soll durch solche sozialpsychologischen Studien eine Lücke zwischen den schon bestehenden Disziplinen geschlossen werden, zwischen der Psychologie, die die Erforschung der individuellen seelischen Regungen in den Mittelpunkt ihrer Betätigung stellt, der Nationalökonomie, die ausschließlich den zweckrational wirtschaftenden Menschen betrachtet, der juristisch-verwaltungstechnisch eingestellten Staatswissenschaft, der Geschichte und — wie ich hinzufügen möchte — der Geographie. Der Hauptnachdruck soll gelegt werden auf die Mehrung und Ausgestaltung der positiven Kenntnisse und Zusammenhänge auf diesem Gebiete, das teils der allgemeinen Völkerpsychologie, teils der Soziologie zugehört, ohne daß heute zwischen diesen beiden Wissenszweigen eine Trennungslinie gezogen zu werden vermag oder braucht. Das, was wir Gesellschaftsleben nennen, wird nur als eine Abstraktion von Vorgängen aufgefaßt, die sich in vielen Einzelmenschen abspielen. Alle Begriffe von einer sozialen Über- oder Gruppenseele wie auch alle organisch-biologischen Analogieauffassungen der Gesellschaftsvorgänge werden daher verständigerweise abgelehnt, wenn sie anders als in bildlichem Sinne gebraucht werden sollen. Wohl aber hat der biologische Gesichtspunkt, wie Thurnwald mit Recht betont, seine volle Berechtigung bei Betrachtung der Einwirkung eines gegebenen Lebensraumes auf die körperliche Konstitution und Lebensführung und damit indirekt auf die Psyche seiner Bewohner.

Dabei läßt sich immer eine auffallende Parallelität der Einwirkung auf alle Angehörigen einer Gruppe in einem ganz bestimmten Sinn feststellen, deren Tragweite um so größer ist, je ärmlicher die technischen Mittel sind, die der Mensch den Einwirkungen der Umwelt entgegenzustellen imstande ist. Diese Gleichartigkeit der Einwirkung bedingt eine Gleichartigkeit der Auslese. Technik und Kenntnisse, mit einem Wort: „Kultur", stellen die Reaktion bestimmt veranlagter menschlicher Wesen auf die Umweltbedingungen dar. Technik und Kenntnisse sowie die aus ihnen hervorgehenden Kulturwerke werden alsbald selbst zu Umgebungsbestandteilen, die ihrerseits psychische Einflüsse auf die Massen wie die Führer auszuüben imstande sind. Der kulturelle Fortschritt der Gesamtheit vollzieht sich durch einen psychischen Siebungsvorgang, den die konservative Masse an dem Ansturm einer neuen Generation, einer anderen sozialen Schicht oder neu sich einstellenden Umgebungsgestaltungen vornimmt.

Diese Skizzierung der Thurnwaldschen Grundgedanken war notwendig, um den Lesern unserer Zeitschrift zu zeigen, welche engen Beziehungen zwischen der Geopolitik und den Zielen des neuen Unternehmens bestehen. Ist Soziologie die Wissenschaft von allen Äußerungen menschlicher Gesellung — Thurnwald selbst billigt diese weite Begriffsbestimmung —, so sind geopolitische Probleme gleichzeitig soziologische. Die Zeitschrift für Völkerpsychologie und Soziologie spannt ihren Rahmen ganz ungeheuer viel weiter als die Zeitschrift für Geopolitik, die nur die eine Form menschlicher Gesellung, den Staat, betrachtet und an die vielseitigen Äußerungen staatlichen Lebens nur mit der Problemstellung herantritt, welche durch die Umwelt bedingt sind, und wie weit diese Erdgebundenheit reicht. Wir begrüßen das Erscheinen der neuen Zeitschrift aufs freudigste; denn bei der Lösung der angedeuteten Probleme kann die Geopolitik von der Soziologie überaus wertvolle Stützen erhalten, besonders in der Richtung des Ausbaus ihrer Forschungsmethode, eingedenk der Worte Thurnwalds (Pet. Mitt. 1923, S. 145): „Die geographischen Umgebungsfaktoren sind gerade für die primitive Kultur von größter Bedeutung. Indessen liegen die Dinge doch manchmal ungeheuer viel komplizierter . . . . Wanderungen, Übertragungen, Traditionen, soziale Einrichtungen sind für viele Erscheinungen verantwortlich, die der flüchtige Blick in oft allzu rationalistischer Weise aus zufälligen geographischen Umgebungsfaktoren abzuleiten sich versucht fühlt."

Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur. Verantwortlicher Schriftleiter Dr. Hans Oehler. Erscheint seit April 1921 monatlich. Preis des Heftes 1,50 Schweizerfranken, jährlich 16 Schweizerfranken. Verlag der Genossenschaft zur Herausgabe der Schweizerischen Monatshefte für Politik und Kultur, Zürich.

Diese in ihrem wissenschaftlichen Gehalt hervorragende, in ihrer praktisch-politischen Stellung wacker standhafte schweizerische Zeitschrift sollte jeder gebildete Deutsche kennen. Sie vertritt nicht etwa, das sei sogleich scharf betont, reichsdeutsche Belange. Sie ist vielmehr der getreue Eckart der Schweizer Nation, insbesondere ihres deutschen Teiles, die über die wohlverstandenen großen politischen Interessen der Schweiz wacht und dem kleinen Staat, der mitten zwischen die hochgespannten geopolitischen Kraftfelder Europas eingezwängt ist, eine Politik auf weite Sicht empfiehlt, während die „führenden Kreise in Politik und Gesellschaft dazu neigen, den Mächten des Tages zu huldigen und, unter Verzicht auf eine selbständige, durch die eigenen Landesinteressen bestimmte Urteilsbildung, sich einfach in der Richtung des stärksten äußeren Druckes bewegen". Es ist ausschließlich eine Folge französischer Expansionspolitik, daß die wahren Interessen der Schweiz, die vor allem in der Aufrechterhaltung einer wirklichen Neutralität bestehen, heute den reichsdeutschen Belangen

zum Teil parallel laufen. Die Zeitschrift sucht ihr Ziel besonders durch klar geschriebene Aufsätze zu erreichen, die den wahren Kern von politischen Ereignissen der Gegenwart und Vergangenheit, mit Vorliebe von solchen schweizerischen Lokalinteresses, herauszuschälen trachten (z. B. Die schweizerische Neutralität in den Berechnungen der kriegführenden Parteien im Winter 1916/17, Das Problem „Österreich", Oberste Gewalt im Bund und Außenpolitik, Die angebliche Garantie der Freiheiten der Waadt durch Frankreich im Lausanner Vertrag von 1564, Das Genfer Protokoll vom 2. Oktober 1924, Zum italienisch-schweizerischen Schiedsgerichtsvertrag, Der Kampf um den Rhein, Elsässische Problematik von heute). Dazu kommt eine gar oft geopolitisch eingestellte Politische Rundschau, in die sich Hans Oehler und Hektor Ammann teilen, und schließlich eine Bücher-Rundschau. Dem Doppeltitel entsprechend pflegt die Zeitschrift ebenso die deutsch-schweizer Literatur; denn sie läßt sich „von der Überzeugung leiten, daß Vaterland, Religion, Wissenschaft und Kunst letzten Endes unzertrennlich sind".

Europäische Gespräche. Hamburger Monatshefte für auswärtige Politik. Herausgegeben von Prof. Dr. A. Mendelssohn-Bartholdy. Erscheint monatlich. Preis des Heftes 1,20 Mark, vierteljährlich 3 Mark.

Die „Europäischen Gespräche" sind erfreulicher Weise schon so bekannt, daß es zu ihrer Ankündigung kaum vieler Worte bedarf. An der Spitze jedes Heftes steht eine längere wissenschaftliche Abhandlung staatsrechtlichen, historisch-politischen oder aktuell politischen Inhalts, die ihr Bereich durchaus nicht immer auf Europa beschränkt. Die angeschlossenen „Bekenntnisse und Begebenheiten" würdigen in bunter Auslese, aber gründlich Ereignisse und Persönlichkeiten unmittelbarsten politischen Interesses.

Europäische Revue. Herausgeber Prinz Karl Anton Rohan. Erscheint seit April 1925 monatlich. Preis des Heftes 1,50 Mark, vierteljährlich 4 Mark. Verlag Der Neue Geist, Leipzig.

Mehr eine politisch-kulturelle als eine wissenschaftliche Zeitschrift. Mitarbeiter sind vor allem führende Politiker und Schriftsteller aller Länder Europas: Hoetzsch neben Hellpach, Stresemann neben Painlevé, de Jouvenel neben Léon Blum, Seipel neben Gorki. Aufgabe der Zeitschrift soll es sein, „die geistige Situation der europäischen Nationen möglichst richtig darzustellen", das Gemeinsame europäischer Kultur zu betonen und damit allmählich in den führenden Schichten der Nationen ein europäisches Gemeinschaftsempfinden auszulösen. Prinz Rohan glaubt an die Möglichkeit, ja Notwendigkeit der Vereinigten Staaten von Europa, nicht mit pazifistischer Sentimentalität, sondern mit realpolitischem, weit in die Zukunft vorgreifenden Sinn (vgl. Z. f. G. 1924, S. 333): „Wenn Europa durch die Erfahrung des Krieges gelernt hat, daß es technisch organisierte Selbstzerstörung nicht mehr wagen darf, also daß es zur Erhaltung seiner Kultur, seiner Selbständigkeit anderen Rassen und Kontinenten gegenüber intereuropäischen Friedens bedarf, so wird Friedenmachen nicht wie beim Pazifisten grundsätzliches Ziel, sondern notwendiges Mittel zur Verwirklichung der politischen Ideen europäischer Selbsterhaltung, europäischen Aufbaus." „Der Weg zu Europa geht über die Nation; Europa kann organisch nur als ein Kuppelbau entstehen, der auf den Säulen der nationalen Kräfte ruht. Einheit Europas bedingt zuerst Einheit innerhalb der Nationen." Die alleinige Sprache, in der die Beiträge der so verschiedensprachigen Mitarbeiter erscheinen, ist die Mitteleuropas, die deutsche. Gerade dadurch wird die kulturelle und politische Mittlerrolle, die das deutsche Volkstum kraft seiner Verwurzelung im mitteleuropäischen Boden zu spielen berufen ist, erneut offensichtig.

Die Dioskuren. Jahrbuch für Geisteswissenschaften. 3. Band 1924. Grundideen des

politischen Lebens der Gegenwart. Herausgeber Walter Strich. Verlag Meyer & Jessen, München.

Dieser der Politik gewidmete Sonderband soll die Ideen herausarbeiten, die in den verschiedenen Ländern, insbesondere Europas, den verschiedenen Richtungen und Formen des sozialen Lebens zugrunde liegen. Sein Ziel berührt sich somit mit dem der Europäischen Revue. Wie sie bringt der stattliche Band politische Aufsätze nicht nur von Deutschen, sondern z. B. auch von dem italienischen Philosophen Benedetto Croce, von dem Russen Ilja Britan und von Herriot, sämtlich in deutscher Sprache. Manche gerade heute grundlegenden politischen Bekenntnisrichtungen: Sozialismus, Demokratie, Nationalismus sind jedoch, wie der Herausgeber selbst beklagt, aus äußeren Gründen unberücksichtigt geblieben. Das Ziel, dem politisch interessierten Leser in dem aufgeregten und verworrenen Tageskampf, den das Schlagwort beherrscht, zur Klarheit über den Sinn der politischen Begriffe und zu gesicherter Stellungnahme zu verhelfen, erreicht die Gesamtheit der Aufsätze nur schwer. Dazu sind sie zu bunt zusammengewürfelt. Die Synthese bleibt der mühevollen Arbeit des Lesers überlassen. Aber als anregende Einzelabhandlungen sind die meisten von ihnen wertvoll, zumal sie tief schürfen und damit den auf irgend eine Doktrin eingeschworenen Parteimann zu einer vorsichtigen Zurückhaltung des Urteils zwingen. Geopolitische Saiten klingen in keiner der ausschließlich geisteswissenschaftlich eingestellten Studien wesentlich an.

Amerikanische Stimmen. Politik, Wirtschaft, Kultur. Herausgeber Dr. Friedrich Glaser und Arthur F. Wiener. Erscheint monatlich seit Januar 1925. Preis des Heftes 1,50 Mark, vierteljährlich 4 Mark. Atlantic Book and Art Corporation, New-York und Leipzig.

Die Beiträge sind von Amerikanern geschrieben und in deutscher Sprache wiedergegeben. Sie wollen über Wesen und Leben jenseits des Atlantik und über die amerikanische Einstellung zu Deutschland und Mitteleuropa berichten. Der einleitende Aufsatz: „Der Preis der Freiheit" stammt vom Präsidenten Coolidge, der durch sein Rheinlandtagebuch in Deutschland wohlbekannte General T. F. Allen faßt zusammen: „Was die letzten zehn Jahre uns lehrten". Die breite Wiedergabe der Äußerungen der amerikanischen Presse nach der Rede des Senators Borah über die französischen Kriegsschulden sind offensichtlich auf Wirkung in deutschen Kreisen berechnet. Es wird sich zeigen müssen, ob das angegebene Ziel der Zeitschrift, dem gegenseitigen Verständnis zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland zu dienen, nicht nur ein Aushängeschild ist, ob es sich nicht etwa nur um eine ganz großzügige Propaganda handelt, deren Aufgabe es wäre, alles Amerikanische dem leichtgläubigen Deutschen mundgerecht zu machen. Die Tatsache, daß der Sitz der Redaktion Neu-York, und nur der des Vertriebs Leipzig ist, legt uns die Verpflichtung vorsichtiger Zurückhaltung auf. Kann eine Förderung des deutsch-amerikanischen Verständnisses dadurch erzielt werden, daß nur wir Deutsche belehrt werden?

Archiv für Politik und Geschichte. Monatsschrift. (Neue Folge der „Hochschule".) Herausgegeben von Franz Irmer, Werner Mahrholz, Hans Roeseler. Erscheint seit Januar 1923 (1918). Preis Einzelheft 2 Mark, vierteljährlich 5,50 Mark, jährlich 20 Mark. Deutsche Verlagsanstalt für Politik und Geschichte, Berlin.

Die hervorragend geleitete Zeitschrift bringt vor allem Quellen zur neuen und besonders neuesten politischen Geschichte und veröffentlicht kritische Darstellungen hervorragender Historiker aus den gleichen Gebieten. Sie dient damit in anerkennenswertester Weise der Sache des ganzen deutschen Volkes, vor allem durch Beiträge zu einer jeden Angriff standhaltenden Auffassung von den Entstehungsgründen des

Weltkrieges. Dankbar muß in diesem Zusammenhang vor allem der Unermüdlichkeit des Müncheners Hermann Lutz gedacht werden. Aufsätze, die das geopolitische Gebiet streifen, sind selten, und gerade sie gehören zu den minder guten der Zeitschrift, etwa der über die mazedonische Frage oder über Mexiko in Heft 4 des Jahrgangs 1925.

Die Erde. Begründet und unter Mitwirkung erster Fachgelehrter herausgegeben von Prof. R. Woltereck. Erscheint seit April 1925. Neue Folge der April 1923 begründeten Naturwissenschaftlichen Korrespondenz der Werkgemeinschaft an der Universität Leipzig. Preis des Heftes 2 Mark, vierteljährlich 5 Mark. Friedr. Vieweg & Sohn, A. G. Braunschweig.

Die Zeitschrift fußt, wie die Einführung besagt, auf einem engen Zusammenwirken von Hochschullehrern, Lehrern und älteren Studierenden, die sich gemeinsam eine möglichst allseitige Übersicht der Fortschritte unseres naturwissenschaftlichen Wissens erarbeiten wollen. Der Inhalt zerfällt zu etwa gleichen Teilen in Leitaufsätze und eine Rundschau. Die letztere zerlegt das ganze Bereich in drei „Grundphänomene" mit je drei „Gruppen": I. Der Weltkörper Erde. 1. Geophysik, Meteorologie, Astronomie; 2. Chemie, Mineralogie, Physik; 3. Geologie, Petrographie, Geomorphologie, Hydrographie. II. Das Leben der Erde. 4. Botanik, Zoologie, Ökologie; 5. Artenentstehung, Artenvergangenheit; 6. Anthropologie, Physiologie, Pathologie, Psychologie. III. Die Erde des Menschen. 7. Erkenntnis, Erforschung, Lehre; 8. Geographie, Ethnographie, Geopolitik, Weltwirtschaft; 9. Bodenkultur, Bergbau, Technik, Verkehr. Die Einteilung der Biosphäre in die rein biologischen Erscheinungsformen (II) einerseits, die durch bewußte Willensakte des Menschen erzeugten Erscheinungsformen (III) andererseits ist ein glücklicher. Man ist aber erstaunt, die Geographie unter den Wissenschaften zu finden, die nur letztere behandeln. Außerdem stehen die von der Erde gänzlich losgelösten reinen Sachwissenschaften (2, 6) mitten zwischen den reinen Erdwissenschaften und zwischen einer philosophischen Wissenschaftslehre (2). Sollte es im Rahmen einer einzelnen Zeitschrift, unter Zugrundelegung eines so verwirrenden Einteilungsschemas, möglich sein, diese ungeheuren Wissensgebiete, die weit über die Wissenschaften von der Erde einerseits, die Naturwissenschaften andererseits hinausgreifen, gedeihlich zu behandeln, umfassend und ohne Oberflächlichkeit? Sollte es gelingen, was sich die Zeitschrift zum Ziel setzt, die Verbindungen zwischen allen diesen Wissensgebieten aufzuzeigen und Wege zu führen, die das „Ganzheitliche" im „Einzelheitlichen" erkennen lassen? Mir scheint, daß die altbekannte Zeitschrift „Die Naturwissenschaften" auf einer viel tragfähigeren Grundlage ruht. Ich kann mir eine gedeihliche Entwicklung der „Erde" nur denken, wenn sie sich streng auf programmatische Aufsätze, die an Einzelbeispielen die Zusammenarbeit mehrerer Teilwissenschaften zeigen, auf synoptische Übersichten und auf Beiträge zu einer allgemeinen Methodenlehre beschränkt.

Jahrbuch der bayerischen Wirtschaft 1925. Herausgegeben von Stanges Technischer Beratungsstelle. XVIII + 567 + 144 Seiten. Mit Abbildungen und Kartenskizzen. Max Heitner Verlag, München 1925.

Der erste Jahrgang eines neuen Jahrbuches, zu dem auch der Wirtschaftsgeograph greifen wird, um sich rasch und zuverlässig über allgemeine oder spezielle Fragen der bayerischen Wirtschaft zu orientieren. In 80 knapp gefaßten, wenn nötig, durch Bild und Kartenskizze unterstützten Abhandlungen von Männern, die selbst im Wirtschaftsleben stehen, wird alles wesentliche dargestellt. Von besonderem geographischen Interesse ist der II. Teil, der Aufsätze über den bayerischen Erz-, Steinkohlen-, Pechkohlenbergbau, über die Braunkohlen, Torf-, Eisen-, Graphit-, Stein-, Porzellan-, Glasindustrie, über das Salinenwesen, die Landwirtschaft, den

Wein-, Hopfen- und Tabakbau, die Forstwirtschaft in Bayern usw. bringt, um nur einige herauszuheben. Aus dem III. Teil, der regionale Übersichten bringt, ist besonders hervorzuheben die Darstellung „Die bayerische Industrie" von F. Mataré, aus dem I. Teil wäre noch zu erwähnen die hochinteressante Abhandlung von G. Bründl „Der Dawes-Vertrag und die bayerische Wirtschaft", sowie die Übersicht über den gegenwärtigen Stand der deutschen Außenhandelspolitik von demselben Verfasser, dann die beiden Aufsätze von F. S. Heigl „Die Großschiffahrtsstraße Rhein—Main—Donau" und „Bayerns Energiemengen in seinen Wasserkräften und die Industrie", sowie die auch verkehrsgeographisch wichtige Abhandlung von F. A. Schmitt über den Einfluß der Gütertarife auf die bayerische Wirtschaft.

Carl Hanns Pollog.

NEUERSCHEINUNGEN DES AUSLANDES

AMERIKA, JAN.—JUNI 1925.

I. Amerika:

Aldermann, Dr. Edwin Anderson: Woodrow Wilson. S. 80. Garden City N. Y. Doubleday bds. $ 1.—

And who is my neighbor? an ouline for the study of race relations in America. S. 240. N. Y. Ass-n Press $ 1.— pap. 75 c

Ayrinhac, Bp. Henry A.: Constitution of the Church, in the new code of canon law (Lib. II, Can. 215—486). S. 378. N. Y. Blase Benzinger, 98 Park Pl. fab. $ 3.—

Bayer, Henry, G.: The Belgians, first settlers in New York and in the Middle States; with a review of the events which led to their immigration. S. 391, bibl. footnotes. N. Y. Devin-Adair $ 3.15

Bennett, Jesse Lee, comp.: The essential American tradition. S. 348. N. Y. Doran $ 3.—

Bolton, Sarah Knowles (Mrs. C. E. Bolton): Famous american statesmen, rev. and enl. ed. S. 375. N. Y. Crowell $ 2.—

Borgono, Luis Barros: The problem of the Pacific and the new policies of Bolivia; with two judicial reports by John W. Davis. S. 198. Washington, Chilean Embassy gratis

Broomhall, Marshall: Marshall Feng: "a good soldier of Christ Jesus". S. 99, il. China Inland Mission pap. 35 c

Cole, Charles B.: Elements of commercial law; ed. by Thomas Conyngton. S. 398. Boston, Houghton $ 1.48

Cook, William W.: The principles of corporation law. S. 859 (bibl. footnotes). Ann Arbor. Mich., Lawyers Club, Univ. of Mich. limp. ea. $ 2.50

Criscuolo, Luigi: Articles on the Italo-American entente, and kindred subjects. S. 185, front. Chas. H. Jones & Co.. 47 West St. $ 2.—

Cushing, Luther Stearns: Manual of parlamentary practice, rev. by Paul E. Lowe. S. 318. Phil., Mc. Kay 75 c

Day, Clive: History of commerce of the United States. S. 400, il. maps N. Y. Longmans $ 1.80

Dennett, Tyler: Roosevelt and the Russo-Japanese war. S. 368, 100 bibl. Garden City, N. Y. Doubleday $ 3.50

Harlow, Ralph Volney: The growth of the United States. S. 877, 12 S. bibl. N. Y. Holt $ 5.—

Hodgson, James Goodwin, comp.: Recognition of Soviet Russia. S. 111, S. 18 bibl. (The reference shelf, v. 2, no 10). N. Y. H. W. Wilson 90 c

Jacobson, Charles: Jeff Davis: lawyer-politician-statesman, his life and speeches. S. 240 il. c. Little Rock, Ark. Author, Boyle Bldg. $ 3.50

James, Herman Gerlach: Brazil after a century of independence. S. 590 (5 S. bibl). N. Y. Macmillan $ 4.—

Flint, Leon Nelson: The conscience of the newspaper. S. 480. N. Y. Appleton $ 3.—

Greely, Maj.-Gen. Adolphus Washington: Handbook of Alaska; its resources, products and attractions in 1924. 3ded. S. 340. N. Y. Scribner $ 3.50

Kistler, Rev. Charles E.: This nation under God: a religious supplement to American history. S. 246. Bost. Badger $ 2.—

Klain, Zora: Quaker contributions to education in North Carolina. S. 351. Westbrook Pub. Co. 1217 Market Street $ 2.50

Labor Research Dept., Rand School of Social Science: The American labor year book; v. 6, 1925. S. 477. N. Y. Rand School of Social Science, 7 E. 15 the St. $ 3.—

Lay, Tracy Hollingsworth: The foreign service of the United States; foreword by Hon. Charles Evans Hughes. S. 454. N. Y. Orentice-Hall $ 5.—

Lawrence, William: Henry Cabit Loge: a biographical sketch. S. 203. Bost. Houghton $ 1.75

Leigh, Clara Furness (Mrs. E. B. Leigh): Glimpses of South America, a log. S. 61. Chic. Ye Cloister Print. Shop. 3979 Cottage Ave. bds. $ 1,25

Liggett, Hunter: Commanding an American army; recollections of the world war. S. 207. Bost. Houghton $ 2.—

Long, John Andrew: Early settlements in America. S. 447 il. maps D. (The growth of our nation). Chic. Row. Peterson & Co. S. 623. Wabash Ave $ 1.—

McCombs, Vernon Monroe: From over the border; a study of the Mexicans in the United States. S. 192, 4 S. bibl. N. Y. Council of Women for Home Missions & Missionary Educ. Movement 75 c
pap. 50 c

McDougall, William: The indestructible union; rudiments of political science for the american citizen. S. 262. Bost. Little Brown $ 2.50

McFadden, William J.: The law of prohibition, Volstead act, annotated; rules of law governing practice and procedure in the federal courts and practice forms. S. 1175. Chic. Callaghan & Co. fab. $ 12.—

Martin, Asa Earl and Shenk, Hiram Herr: Pennsylvania history told by contemporaries. S. 642. N. Y. Macmillan $ 2.40

Meredith, Mark, ed.: Who's who in literature, 1925; a continuance of the biographical section of the Literary Year Book. S. 590. N. Y. R. R. Bowker Co. $ 3.75

O'Toole, George Barry: The case against evolution. S. 422. N. Y. Macmillan $ 3.50

Price, Willard de Mille: The negro around the world. S. 75. N. Y. Doran 75 c

Raymond, William Lee: National government loans. S. 275. N. Y. Barron's 44 Broad St. $ 3.—

Spalding, Henry Stanislas: Chapters in social history. S. 457. N. Y. Heath $ 2.—

Safford, Victor: Immigration problems. S. 280. N. Y. Dodd, Mead $ 2.50

Smith, Joseph Russell: Commerce and industry; new ed. S. 779. N. Y. Holt $ 1.76

Treves, Sir Frederick: The cradle of the deep; an account of a voyage to the West Indies (new ed.). S. 390. N. Y. Dutton $ 4.—

Underwood, John Jasper: Alaska, an empire in the making; rec. ed. S. 454, il. map. N. Y. Dodd, Mead $ 3.—

Woofter, Thomas Jackson: The basis of racial adjustment. S. 266. Bost. Ginn $ 1.40

Wakefield, Sir Charles Cheers: America to-day and to-morrow; a tribute of friendship, 2nd ed. S. 313. N. Y. Doran $ 3.—

Wheeler, William Reginald and others, eds.: The foreign student in Amerika; foreword by Robert E. Speer. S. 363, map O c. N. Y. Ass'n Press $ 1.75

II. Alte Welt:

Aubert, Louis: The reconstruction of Europe; its economic and political conditions, their relative importance. S. 180. New Haven, Conn. Yale $ 2.—

Aubert, Maître: Bolshevism's terrible record; an indictment. S. 138. Bost., Small. Maynard $ 1.—

Budge, Sir Ernest Alfred Wallis: Egypt. S. 256 (2 S. bibl.). N. Y. Holt $ 1.—

Chirol, Sir Valentine and others: The reawakening of the Orient and other addresses. S. 176. New Haven, Conn. Yale $ 2.—

Egerton, Hugh Edward: Federations and unions within the British empire, 2nd ed. S. 306. Oxford $ 3.50

Gwynn, Stephen Lucius: Ireland; introd. by the Right Hon. H. A. L. Fisher. S. 252, O (The modern world). N. Y. Scribner $ 3.—

Jenkins, Hester Donaldson: An educational ambassador to the Near East. S. 314. N. Y. Revell $ 2.50

Joyce, Patrick Weston: A short history of Gaelic Ireland, from the earliest times to 1608. S. 572 (bibl. footnotes). N. Y. Longmans $ 1.75

Pemberton, L. B.: A modern pilgrimage to Palestine. S. 265. Phil, Donance $ 3.—

Marden, Philip Stanford: Travels in Spain. S. 434, front. map D. Bost. Houghton $ 2.25

Marden, Philip Sanford: Greece and the Egean islands. S. 395. Bost. Houghton $ 2.25

Marshall, Henrietta Elizabeth: A history of France; il by A. C. Michael. S. 623. N. Y. Doran $ 3.—

Stephan, Count Burian: Austria in dissolution; tr. by Brian Lunn. S. 455. N. Y. Doran $ 6.—

Tolkowsky, S.: The gateway of Palestine. S. 280, il. N. Y. A. & C. Boni $ 3.—

III. Afrika:

Branson, William H.: Missionary adventures in Africa. S. 255. Review & Herald Pub. Assn. Takoma Park $ 1.50

Browne, Major G. St. J. Orde: The vanishing tribes of Kenya. S. 284. Phil. Lippincott $ 5.—

Jones, Thomas Jesse: Education in East Africa. S. 444. N. Y. Phelps-Stokes Fund, 101 Park Ave $ 2.—

King, W. J. Harding: Mysteries of the Libyan desert. S. 348. Phil. Lippincott $ 6.—

IV. Indopazifische Welt:

Carpenter, Frank George: Through the Philipines and Hawaii. S. 328. (Carpenter's world travels.) Garden City N. Y. Doubleday $ 4.—

Chatterton, Eyre, D. D. Bp. of Nagpur: A history of the church of England in India since the early days of the East India Company. S. 377. N. Y. Macmillan $ 5.—

Dutcher, George Matthew: The political awekening of the East. S. 372, O (Bennett Foundation lectures, Wesleyan Univ. 5th ser.) N. Y. Abingdon $ 2.—

Einnosuke, Adachi: Manchuria; a survey. S. 418, il. maps. N. Y. Mc. Bridge $ 5.—

Howard, Albert: Crop-production in India; a critical survey of its problems. S. 200. N. Y. Oxford $ 3.50

Der Ling, Princess (Mrs. Thaddeus C. White): Two years in the forbidden city. S. 402. N. Y. Dodd, Mead. $ 3.—

Kennedy, Captain, M. D.: The military side of Japanese life. S. 367. Bost. Houghton bds. $ 5.—

Martin, K. L. P.: Missionaries and annexation in the Pacific. S. 102. N. Y. Oxford $ 2.—

Marriott, J. A. R.: The eastern question: an historical study in European doplomacy; 3rd ed. rev. S. 576. N. Y. Oxford $ 2.85

Mayo, Catherine: The isles of fear; the truth about the Philippines. S. 379, il. N. Y. Harcourt $ 3.50

Takenobu, Y.: The Japan year book; complete cyclopedia of general information and statistics on Japan and Japanese territories for the year 1924—25; 18th annual publication (earthquake ed) various p. il. maps. N. Y. Dixie Business Bk. Shop, 140 Greenwich St. $ 10.—

Tietjens, Eunice Strong Hammond: (Mrs. Paul Tietjens): Japan, Korea and Formosa. S. 415. Chic. Wheeler Pub. Co. 352 E. 22nd St. $ 2.—

Tinling, Christine I.: Bits of China; introd. by Anna G. Gordon. S. 222. N. Y. Revell $ 1.50

Wadia. P. A. and Joshi, G. N.: The wealth of India. S. 449, bibl. footnotes, diagrs. N. Y. Macmillan $ 8.50

Wells, Carveth: Six years in the Malay jungle. S. 274. Garden City, N. Y. Doubleday $ 3.—

V. Allgemeines und Systematisches:

Beach, Walter Greenwood: An introduction to sociology and social problems; ed. by William F. Ogburn. S. 383, bibls. Boston, Houghton $ 2.25

Beach, Harlan P. and Fahs, Charles H.: World missionary atlas. S. 251. N. Y. Inst. of Soc. & Religious Research, 370—7th Ave. $ 10.—

Buck, Norman Sydney: The development of the organization of Anglo-American trade, 1800—1850. S. 202. New Haven, Conn. Yale $ 2.50

Browne, Lewis: Stranger than fiction: a short history of the Jews from earliest times to the present day. S. 377. N. Y. Macmillan $ 2.50

Burns, Cecil Delisle: Industry and civilisation. S. 278, (bibl. footnotes). N. Y. Macmillan $ 3.50

Chase, Franklin H.: Syracuse and its environs; a history, historical and biographical 3 v various p. N. Y. Lewis Hist. Pub. Co. $ 32.50

Chisholm, George, Coudie: Handbook of commercial geography; new ed. rev. S. 840 (bibl. footnotes). N. Y. Longmans bds. $ 2.—

Colby, Frank Moore and Wade, Herbert Treadwell, eds.: The New International year book; a

compendium of the world's progress for the year 1924. S. 808. N. Y. Dodd, Mead. $ 6.75

Edmunds, Sterling E.: The lawless law of nations. John Byrne & Co. $ 5.—

Ewart, John S.: The roots and causes of the wars (lé 14—18) 2 v. various p. maps. N. Y. Doran bxd. $ 12.50

Jacobs, Charles Michael: The story of the church. S. 418, (1 S. bibl.). Phil., United Lutheran Publication House $ 2.—

Joad, C. E. M.: Introduction to modern political theory. S. 128, il. N. Y. Oxford $ 1.—

Jones, Wellington Downing, and Whittlesey, Derwent S.: An introduction to economic geography; v. I. Natural environment as related to economic life. S. 412, bibl. footnotes. (Materials for the study of business.) Chic. Univ. of Shic. Press. $ 5.—

Folsom, Joseph Fuford and others eds.: The municipalities of Essex county, New Jersey, 1666—1924; 4 v various p. il. N. Y. Lewis Hist. Pub. Co. $ 37.50

Frothingham, Thomas Goddard: The naval history of the world war: v. 2. The stress of sea power, 1915—16. S. 342. Cambridge Mass. Harvard Univ. Press $ 3.75

Grabau, Amadeus William: Principles of stratigraphy; 2nd ed. S. 1217. N. Y. A. G. Seiler, 1222 Amsterdam Ave. $ 5.—

Hadden, Alfred Cort: The races of man and their distributions. S. 209. N. Y. Macmillan $ 2.50

Hoyland, John S.: A brief history of civilisation. S. 288. N. Y. Oxford $ 1.20, $ 2.50

Lobingier, John Leslie: Projects in world-friendship. S. 186, (4 pages bibl.). Chic. Univ. of Chic. Press. $ 1.75

Mason, Michael H.: The arctic forests. S. 333, il. maps. N. Y. Doran $ 3.—

Miller, William J.: An introduction to physical geology, with special reference to North America. S. 442. N. Y. Van Nostrand $ 3.—

Miller, David Hunter: The Geneva protocol. S. 287. N. Y. Macmillan $ 3.50

Miller, William J.: An introduction to geology (physical and historical). S. 415. N. Y. Van Nostrand $ 5.—

Nunn, George Emra: The geographical conceptions of Columbus; a critical consideration of four problems. S. 148, bibl. footnotes. N. Y. Amer. Geographical Society $ 4.—

Palgrave's dictionary of political economy; ed Henry Higgs. S. 941. N. Y. Macmillan $ 10.—

Roberts, Leo Bond: Topographic mapping. S. 150. Wash. D. C. Society of Amer. Military Engineers lea. S. 1.50

Siebert, B. de, tr.: Entente diplomacy and the world: mastrix of the history of Europe. 1909—1914; ed by George Abel Schreiner. S. 794. N. Y. Editor, 43 Cedar St. $ 9.—

Thomas, Franklin Alonzo: The environmental basis of society. S. 343, 12 S. bibl. N. Y. Century $ 3.—

Thurstone, Louis Leon: The fundamentals of statistics. S. 253, diagrs. N. Y. Macmillan $ 2.—

Welch, William Henry, M. D.: Public health in theory and practice; an historical review. S. 51. New Haven, Conn., Yale $ 1.—

Whelpley, James Davenport: Reconstruction. S. 383. N. Y. Funck & Wagnalls $ 3.50

Whitney, Milton: Soil and civilisation; a modern concept of the soil and the historical development of agriculture. S. 288. (Lib. of modern sciences.) N. Y. Van Nostrand $ 3.—

Verantwortlich sind: Dr. F. Hesse, Berlin-Grunewald, Hohenzollerndamm 83 / Prof. Dr. K. Haushofer, München, Arcisstraße 30 / Prof. Dr. E. Obst, Hannover, Geibelstr. 24 / Studienrat Dr. H. Lautensach, Hannover, Freiligrathstr. 9 / Professor Dr. Maull, Frankfurt/Main, Franz Rückerstraße 23 / Verlag: Kurt Vowinckel Verlag, Berlin-Grunewald, Hohenzollerndamm 83 / Druck: Saladruck Zieger & Steinkopf, Berlin SO 16, Köpenicker Str. 114

GUSTAV AMANN:
SUN YATSENS VERMÄCHTNIS

Zur Einführung

Die Zeit ist noch nicht gekommen, die der Persönlichkeit Dr. Sun Yat Sens, seinem außerordentlichen Wirken und seiner Bedeutung für die Politik des chinesischen Reiches und Volksbodens gerecht werden könnte, in der er der Exponent des chinesischen Südens und seiner Empörung gegen Norden und Fremdgewalt war. Ob er, wie vor fast einem Jahrtausend der Philosoph Wang, das Höchste und Edelste wollend, aber uralte Normen unvorbereitet zerstörend, Jahrhunderte der Knechtschaft und des Unheils über die gelben Millionen brachte, oder dennoch neue, glückverheißende Entwicklungen zugleich anbahnte, ob er zum Fluch oder Segen für die gelbe Erde geworden ist, das ist noch nicht richtbar. Sicher ist nur, daß er die Dynamik, das Schicksal von 442 Millionen Menschen in neue Bahnen geworfen hat, und daß sie sich in den alten ohne irgend einen furchtbaren Bruch mit einer ausgelebten Überlieferung nicht mehr weiterbewegen konnten. Denn winzig schmal war der Pfad, der allenfalls über die Verbindung des Reformkaisers Khwang-Hsü mit dem Reformer Kang Yu Wei auf dem Wege der Evolution zu Chinas Erneuerung hätte führen können; und der Verrat Yüan Shi Kais, mit dem er seinen vertrauenden kaiserlichen Herrn der Willkür und Schauspielerei der Kaiserin-Witwe auslieferte — einer Reaktion, die mit ihrem und seinem Tode zusammenbrach — ließ das Riesenreich endgültig an diesem Pfad vorbeigleiten. So blieb wohl nichts übrig, als Sun Yat Sen's Ausweg der Revolution von 1911. Nach seinem letzten Willen, den wir hier unsern Lesern vorführen, glaubt man bereits im chinesischen Süden in Kwangtung, dem Machtmittelpunkt der Kuo Ming Tang-Partei, zu regieren, mit seinen 194 000 Quadratkilometern Bodenraum und seinen 38 Millionen Menschen, davon 1 370 000 in Canton allein, mit der bösen Volksdichte von etwa 195 auf den Quadratkilometer des ganzen Landes. Das ist kein geopolitisch einfaches Experimentierfeld! Und man will diesen letzten Willen, dessen sich, wie Caesars Testament, allerlei Hände bemächtigen werden, zum Leitwort für die Weiterentwicklung Chinas machen, mindestens so ähnlich, wie Washingtons Aufzeichnungen in den Ver. Staaten in Ehren stehen. So ist es auch eine Art Ehrenpflicht der Zeitschrift für Geopolitik, dieses merkwürdige Schriftstück, erläutert von einem deutschen Ingenieur, der Sun Yat Sen nahestand, unsern Lesern zu vermitteln. Daß sich Verlag, Schriftleitung und Herausgeber der Zeitschrift nicht eins mit ihm, nicht verbindlich dafür erklären können, versteht sich wohl von selbst. Man wird aber gerade bei geopolitischen Arbeiten das merkwürdige Probestück einer gewaltigen vulkanischen Entladung, wenn es einem zur Hand kommt, nicht missen wollen — auch wenn man nicht den Wunsch hegt, die gleiche Katastrophe im eignen Hause, mit seinen viel engeren Räumen und einem vielleicht nicht so unverwüstlichen Volk mit weniger zäher Rassenkraft zu erleben.

K. Haushofer.

Viele Chinesen sagen uns heute, nicht ohne ernste Besorgnis in den Mienen: der „größte Mann" unseres Landes ist gestorben.

Nun, Zeitgenossen, die ein solches Urteil über einen abgeschiedenen Mitbürger abgeben, dürfen nicht erwarten, dazu ungeteilte Zustimmung zu erlangen. Zu viele Leute, die die Anschauung teilen sollen, stehen noch zu



sehr unter der Mitleidenschaft des Wirkens des großen Mannes und für die Nähe, in welcher Zeitgenossen seinem Leben noch stehen, ist die Perspektive des gebotenen Bildes zu eng, um genügend weit in die Zukunft schauen zu lassen. Wissen wir Zeitgenossen doch überhaupt kaum zu sagen, wer in unseren Zeitläufen wirklich groß gelebt und gewirkt hat. Bedeutet eine hohe Stellung im öffentlichen Leben auch, wie etwa die Präsidentschaft eines großen Landes, daß der Inhaber ein „großer Mann" ist? Waren Roosevelt oder Wilson „große" Männer? Macht Finanzmacht unsere bedeutenden Finanziers zugleich zu „großen Männern" unserer Zeit? Die Russen verherrlichen Lenin wie einen Heiligen. Für ungezählte Millionen ist Lenin, weit entfernt ein großer Mann gewesen zu sein, der Ausbund aller Verwerflichkeit.

Und dennoch begreift der Reisende, wenn er vor der Gruft Lenins steht, vor dem düsteren Bauwerk, in dessen Hintergrunde die goldenen Türme des Kremls leuchten, daß die heilige Stadt Moskau einen neuen Heiligen, einen düsteren Heiligen, aber einen Heiligen aufgenommen hat, der um sein Volk viel gelitten und der für den armen Mann von der Straße gestritten und sein Herz gewonnen hat für alle Zeiten. Wenn auch unsere Gegenwart ihre Männer großer materieller Errungenschaften, sei es in Industrie, Technik oder Volkswirtschaft, besonders würdigt: zu „großen" Männern kann sie sie nicht erheben, nicht der Nachwelt als Heroen des Zeitalters überliefern. Denn zum „großen Mann" macht auch in unserer realistischen Zeit nur die Idee, die Idee, die in lebenslanger Aufopferung hingegeben, dem Herrschenden zum Trotze, die beladenen Millionen freier macht. Man muß inmitten des russischen Landvolkes stehen, man muß für das Elend, unter dem die russischen Armen heute wie je stöhnen, für einen Augenblick blind werden, um die Potentialitäten zu erkennen, und um die Idee, die Lenin dort mit seinen Leiden und Kämpfen einpflanzte, in ihrer Wirkung, dem freien Selbstbewußtsein des russischen Muschik wieder zu finden, desselben Muschik, den man früher unter dem Druck des Imperialismus materieller Mächte von niederster Knechtsgesinnung kannte. Wer diese Wandlung begreift, wer diese befreite potentielle Macht erkannt hat, der versteht, daß Lenin dem Russen ein Heiliger ist, und daß er ein wahrhaft großer Mann war im Leben und im Wirken und als ein solcher dastehen wird für alle Zeiten. Dabei tut es gar nichts zur Sache, wenn wir westeuropäischen Menschen hervorheben, daß der Russe mit all dem Aufruhr, Terror und Blutvergießen eigentlich nicht mehr erwarb als unsere Bauernschaft und Arbeiterschaft schon lange und friedlich gewann. Das mag wahr sein, aber für den Russen ist diese errungene Befreiung zu eigener Entfaltung nicht weniger gewaltig und umwälzend, weil andere Völker diese Freiheit schon besaßen; für den Russen ist es gleichviel die Eröffnung einer neuen Weltphase, die er mit einer eigenen Weltordnung antrat.



Wir müssen uns also vor Augen halten, daß das Urteil der Chinesen, daß das Land mit Sun Yatsen den größten Mann und Führer verloren hat, auch aus dem eigentümlichen Kulturzustand, aus der Mitte der gegenwärtigen Volksbewegung in China gefällt wird, und mit besonderer Hinsicht darauf, daß er mit seinen Ideen sein Volk zu befreitem Aufschwung anführte.

Ein sehr bemerkenswerter Mann ist jedenfalls in Sun Yatsen gestorben, denn sein Tod ist allenthalben bemerkt worden. An jedem bedeutenden Orte dieses großen Landes und überall auf dem ganzen Erdball, wo Chinesen wohnen, versammelten sich Tausende und Zehntausende, um sich vor seinem Bildnis in Trauer, und ehrfürchtig vor seinem Verdienste um sein Volk, zu verneigen. Viele waren unter denen, die zu dem Verluste, den das Land traf, kondolierten, die man früher mit wenig Würdigung von Sun Yatsen reden hören konnte; und kein Vertreter der fremden Mächte fehlte, wie sehr man den Verstorbenen auch zu seinen Lebzeiten befehdet haben mochte. Allein, Politik ehrt Tote wie sie Lebende schmäht, und zur Beleuchtung des Epitaphs: Der größte Mann unseres Landes ist gestorben, müssen wir sein Leben und seine Lehre betrachten.

Es fehlt in der Tat nicht an Zügen in seinem Leben, die uns Sun Yatsen menschlich näher bringen und ihn als einen großherzigen, treuen und wahren Charakter zeigen. Und die Idee, für die er sein Volk entfachte, war in der Tat in ihm selbst wach und gegenwärtig zu jeder Zeit, und in jeder Handlung blieb er ihr treu.

In der Provinz Kwangtung geboren, wuchs er in einer Familie, die dem mittleren Bürgerstande angehörte, auf, und als er eine fremde Schule zu besuchen kam, wird es nicht anders gewesen sein als heute auch, wenn ein chinesischer Knabe aus der Lehre der confucianischen Bücher mit geschärftem Denken, und mit vom Erlernen ungezählter chinesischer Schriftzeichen entwickeltem Gedächtnis entspringt, um lerneifrig mit englischen Vokabeln, Arithmetik und Algebra den Geheimnissen der westlichen Kultur richtig auf die Spur zu kommen. Die klassischen Bücher von Confucius und Mencius, in denen jeder Mittelschüler in China als dem Grundstock zu Lebensweisheit und Gelehrtheit unterrichtet wird, sind wirklich Bücher chinesischer Staatswirtschaft, in denen Gut und Böse in der Geschichte des chinesischen Altertums geschieden wird am Leitfaden des Wohles und Wehes des chinesischen Volkes und seiner Politik und Wirtschaft. Es darf uns daher nicht Wunder nehmen, daß der junge Sun Yatsen, was er immer von westlichem Wissen und Denken während seines Studiums der Medizin auf der höheren fremden Schule erwarb, verglich und in Beziehung setzte zu dem politischen und wirtschaftlichen Stande seines Landes und seines Volkes, und zu erforschen suchte, welchen Einfluß auf die bestehenden Zustände und welche Folgen zu besser oder

schlechter die fremde Kultur des Westens und die fremden Wirtschaftsmethoden, die da allenthalben in China Eingang verlangten, wohl haben sollten. Und eifrig verfolgte er, wie sich die damalige kaiserliche Regierung der Manchus einstellte, dem eindringenden fremden Wesen zu begegnen, und und anderseits, wie sich die fremden Einrichtungen, wie sich Telegraph, Post, Eisenbahnen und Zeitungen, in dem sie die Provinzen einander näher brachten, politisch dahin auswirkten, daß die bereits hinsiechende Herrschaft der Manchus wohl zerschlagen werden mochte. Man kann den heißen Wunsch des jungen Sun Yatsen, der ihn sein ganzes Leben begleitete, wohl verstehen, sein Land und Volk von den verheerenden Seuchen, Pest, Hungersnot und Überschwemmungen halber Provinzen, durch die Mittel westlicher Wissenschaften und Technik zu befreien; und die Erbostheit eines wahrhaftigen, jungen Geistes über die morsche und zerfaulte Staatsautorität der Manchus, die die regelmäßige Verwüstung von Millionen Untertanen hinnahm wie ein Gottesurteil, das die Menschen erschaffen sein ließ, um sie zu verderben, und die weder Kraft besaß, das Neue zu verstehen, noch den Mut, ihm ehrlich zu begegnen. Sun Yatsen kannte seine Lebensaufgabe, nachdem er den Doktorgrad der Medizin in Hongkong erworben hatte, in der Aufgabe, in Gemeinsamkeit mit gleichgesinnten Geistern des südlichen Chinas, deren literarischer und propagandistischer Führer er sehr bald wurde, diesen Imperialismus zu stürzen, um für eine freiere republikanische Volksregierung Platz zu machen. Es folgten lange Jahre der Verfolgung für Sun Yatsen, der Flucht nach England. Einen Preis auf seinen Kopf gesetzt, irrte er werbend für seine Sache, Befreiung Chinas von der Fremdherrschaft, nach Amerika, schürte das republikanische Feuer unter den in der Fremde wohnenden Chinesen, warb Freunde, floh vor heimlicher Verfolgung durch die kaiserlichen Gesandten Chinas, bis der Tag der Reife 1911 gekommen war und er triumphierend als erwählter Präsident der soeben erklärten chinesischen Republik in Nanking einzog.

Der National-Konvent in Nanking, der unter der Präsidentschaft Sun Yatsens als erste Formgebung einer republikanischen Regierung zusammentrat, konstituierte sich aus der revolutionären Partei Sun Yatsens, der Kuo Ming Tang. Der Aktivität Sun Yatsens in den überseeischen Niederlassungen der Chinesen, die ihm nun mit größeren Geldmitteln zu Hilfe eilten und die Anwerbung einer republikanischen Streitmacht erlaubten; ferner den Beziehungen Sun Yatsens in Japan, die den Ankauf von Waffen vermittelten, verdankte der National-Konvent seine Lebenskraft und Standfestigkeit gegenüber der alten Kaiserlichen Regierung und das Gewicht, die mehr oder weniger unentschiedenen politischen Parteien und militärischen Machthaber der nördlichen Provinzen zu sich herüber zu ziehen.





Die Totenmaske Sun Yat Sens

Sun Yatsen, der Gründer und der erste Präsident der Chinesischen Republik, hatte hier seinen Triumph über den Imperialismus gefunden.

Sun Yatsens Charakter war stets selbstlos und naiv vertrauend. Sein Charakter hinderte ihn, jemals anders zu denken, als daß seine Umgebung und wer immer ihm nahe kam, von der nämlichen Selbstlosigkeit und Ehrlichkeit der Absichten geleitet wäre wie er selbst. In der Aufrichtung der Republik sah er nur den ersten Schritt der Gestaltwerdung der Idee, die sein Volk erheben würde, und er selbst setzte seinen Einfluß ein, daß Yuan Shikai, der führende Mann der nördlichen Provinzen, zum Exekutiven der Republik gewählt wurde als das Mittel, Nord und Süd zusammenzuschmieden. Einem geeinten republikanischen Reiche sollten die Segnungen zufließen, die Segnungen, denen er sich nun als dem besseren Teile seiner Mission mit der Entwicklung der natürlichen Reichtümer des Landes, mit dem Bau von Verkehrswegen, um den Hungersnöten zu steuern, mit den Flußregulierungen, um den Überschwemmungen zu steuern, und was da mehr ist, zu widmen.

Allein die Rechnung mit dem Imperialismus war nicht beglichen. Nur zu bald erwiesen sich die imperialistischen Ambitionen Yuan Shikais, nur zu bald stießen die Pläne Sun Yatsens auf Reservationen und Konzessionen fremder Mächte in China, die seinen volkstümlichen Wegen, Zielen und Wünschen nicht willig wichen und imperialistische Diktate von Seiten der fremden Finanzmächte zerschmetterten die nah geglaubte Verwirklichung der wirtschaftlichen Ideale, sowie Sun Yatsen nach fremden Geldmitteln suchen mußte. Wiederum sehen wir ihn als Flüchtling in Japan, aber nicht lange währte es und sein eigener fester Glaube an seine Mission und der Glaube seiner Parteigenossen an ihren vorbestimmten Führer, scharten die Anhänger der Kuo Ming Tang um ihn in Canton, wo eine unabhängige Südchinesische Republik ausgerufen und Sun Yatsen zum Präsidenten und Generalissimus erklärt wurde. Jahre wechselnden Geschickes folgten. Jahre von Versuchen zu konstruktiver Wirtschaft, rastloser und unermüdlicher Versuche, fremde Finanz an der Entwicklung von Industrien, Eisenbahnen, Hafenbauten usw. zu interessieren. Die Stadt Canton wurde aus dem ungesunden Gewirre planloser Gassen und Gäßchen in eine moderne Stadt mit breiten Avenuen und Straßen verwandelt. Vielstöckige moderne Betonbauten sprangen bald auf, Gemeindeschulen wurden errichtet und der Versuch in Angriff genommen, die Finanzwirtschaft der Provinz nach europäischem Muster zu gestalten. Ein moderner Geist des Fortschritts zog ein in die „Stadt der Schreckensnächte"; — Jahre aber auch erbitterter, blutiger Kämpfe.

Der Zusammensturz von Yuan Shikais Wiederaufbau eines Kaiserhofes und sein eigener Tod waren gefolgt von Zersplitterung des Reichs in provinziale Machtherrschaften. Generale und Gouverneure nahmen das Geschick ihrer

Provinzen in die eigene Hand, befehdeten sich um das Diktat über Pekings Regierungsinstitutionen, ein Rattenkönig imperialistischer Machthaber löste den Imperialismus der Manchus ab.

Unter dem Schlagworte der Wiedervereinigung Chinas unter die Pekinger Zentralgewalt wurden Provinzen erobert, Gouverneure und Generale vertrieben und das Reich in ein Chaos politischer Intriguen gestürzt. Derselbe Sun Yatsen, der den Imperialismus der Manchus gestürzt hat, sah sich jetzt angegriffen und aufs Messer bekämpft von chinesischen imperialistischen Gewaltherrschern von Nord und Ost und West und oft hart bedrängt, sein nacktes Leben zu behaupten. Nie ist die Ironie des Schicksals grausamer in Erscheinung getreten, nie aber auch hat dem Schicksal ein unverwüstlicherer Glaube und die unerschütterlichere Festigkeit der Überzeugung entgegengestanden, daß doch zuletzt das Recht des Volkes zu Eigenbestimmung und Selbstregierung bestehen würde; — und das Schicksal wurde besiegt.

Im Herbste letzten Jahres hatte sich die Konstellation der imperialistischen Verwirrungen im Reiche in etwas wie ein System geordnet. Drei Parteien hatten sich relativer Vorherrschaft versichert. Im Norden, außerhalb der großen Mauer, herrschte Chang Tsolin, unbeschränkt, selbstherrlich. Die sogenannte Zentralgewalt des Reiches in Peking lebte unter dem Schatten der Gewehre des selbsternannten Reichspräsidenten Tsao Kuhn und seiner Generale Wu Peifu und Feng Yühsiang. Den extremen Süden beherrschten Sun Yatsens Streitkräfte und am Yangtze lagen sichtbar neutrale, aber heimliche Anhänger Sun Yatsens unter der Führung des Gouverneurs Lu Yunghsiang. Alle waren untereinander verstrickt in ein Netz von politischen Intriguen, das einen Riß bekam mit dem Ausbruch von Feindseligkeiten zwischen Lu und dem Gouverneur von Nanking, einem Anhänger der Zentralmacht. Wie es zu gehen pflegt, zogen die kleinen Händel große nach sich. Tsao Kun kam seinem Gouverneur zu Hilfe, Sun Yatsen machte sich auf den Marsch nach dem Yangtze zum Entsatze seines Parteigängers Lu Yunghsiang, und Chang Tsolin, die Gelegenheit erspähend, die Zentralgewalt zu stürzen, marschierte nach dem Innern der großen Mauer auf Peking zu. Zur Auflösung kam der Knoten von Feindseligkeiten durch den bekannten Staatsstreich des Generals Feng Yuhsiang, der sich Pekings bemächtigte, seinen Chef Tsao Kun gefangen setzte und seinen Waffenbruder Wu Peifu vertrieb. —

Für den Imperialismus war dies ein Schicksalsstreich. Denn jetzt brach die öffentliche Meinung durch. Seit Jahren geschürt, von der jungen Generation in nationaler Begeisterung adoptiert, von russischer Propaganda gehetzt, stand die Idee der Volksbefreiung auf. Befreiung vom Imperialismus, Befreiung von der fremden kapitalistischen Bevormundung, von dem Einmarsch der fremden Mächte in die souveränen Landesrechte, von allen Kräften



und Geistern, die sich verschworen haben vom Innern des Landes und von draußen, den chinesischen Volksgeist zu knebeln, das ist der Schrei, der mit Macht losbrach, dem sich Chang Tsolin beugte und dem Sun Yatsen folgte, nach Peking, um das Erbe seiner Idee anzutreten.

Noch einmal hat Sun Yatsen über den Imperialismus gesiegt, noch einmal war die Verwirklichung seiner Ideale in greifbare Nähe gerückt, da griff die unerforschliche Vorsehung mit knöcherner Hand ins Treiben ein und nahm das Leben Sun Yatsens. — Das Schicksal läßt sich nicht besiegen! —

Wohl mögen wahrhaft volkstreue Chinesen mit besorgter Miene sagen: der größte Mann unseres Landes ist gestorben. Er lebte der Idee, er lebte selbstloser Hingabe der Idee in lebenslanger Aufopferung, dem Herrschenden zum Trotze, die beladenen Millionen zu befreien von imperialistischer Einengung, und, was nicht wenig ist, er starb als armer Mann.

Sun Yatsen ist gestorben, aber sein Ideal lebt fort, sein Vermächtnis lebt und wirkt und triumphiert. Tausende und Zehntausende verbeugten sich vor seinem Bildnis in Trauer und ehrfürchtig vor seinem Geiste, an jedem bedeutenden Orte dieses großen Landes, auf dem ganzen Erdball, wo Chinesen wohnen, hat die Idee, die er mit seinem großen Glauben und mit seinen Kämpfen einpflanzte, Gestalt genommen. Er ist, wie Lenin der Heilige der Russen, wahrlich der „große Mann" der Chinesen für alle Zeit.

Die Welt hat Sun Yatsen einen unfähigen Idealisten gescholten, als Bolschewisten, als Feind der ordnungsliebenden Menschen geschmäht. Er war ein Idealist, weil er für sein Volk nicht nur die Mittel der Volkserhaltung und der Technik des Westens wollte, sondern mehr, die Freiheit zur Selbstbestimmung und wirklichen Volksregierung, befreit von imperialistischer Nötigung, und darin fand er in Lenins erneutem Rußland den Freund und Bundesgenossen. — Sun Yatsen hat keinen Moment seines Lebens christliche Ethik verleugnet. Sun Yatsen hat dem Kommunismus niemals das Wort gesprochen. Aber wie Lenin sein Volk mit dem Bewußtwerden seiner selbst und seiner freien Würde zu einer neuen Weltphase einlenkte, so gab Sun Yatsen mit seinem Vermächtnis den Anstoß zu einem neuen, eigenen Aufstieg des chinesischen Volksbewußtseins und zum Anschluß an die geopolitische Umwelt; das Momentum zu Gestaltungen des politischen und wirtschaftlichen Daseins des chinesischen Kontinents, das nimmer ruhen wird.

Wir mögen das Vermächtnis Sun Yatsens von unserem westlichen Wirtschaftsstandpunkt als etwas längst Dagewesenes betrachten. Für die Chinesen ist die Konstitution einer Volksregierung, die er hinterließ, darum nicht weniger umwälzend und gewaltig. Wenn wir sein Vermächtnis, das Kuo Min Cheng Fu Chi Kuo Ta Kang, durchlesen (Richtlinien zur chinesischen Volksregierung), so müssen wir uns vor Augen halten, daß dem chinesischen



Volke schon der Gedanke an eine Volksregierung Revolution bedeutet. Viele hundert Jahre lang, in der Tat bis zum Jahre 1911, herrschte der Sohn des Himmels unumschränkt. Er wählte die Beamten selbst; Gouverneure, Stadthalter, Magistrate, Richter, — alle regierten, d. h. sie verlangten unbedingten Gehorsam im Namen des Kaisers. Dem Volk war bei Todesstrafe verboten, Politik in den Teehäusern zu diskutieren. Es herrschte der Mandarin. —

Die Konstituierung der Volksherrschaft durch Sun Yatsen ist eine revolutionäre Tat ersten Ranges. Wir lassen weiter unten die revolutionäre Doktrin Sun Yatsens, wie sie im Kuo Min Cheng Fu Chi Kuo Kang am 12. Tage des vierten Monats im dritten Jahre der Republik niedergelegt wurde, folgen. Diese Konstitution, die Sun Yatsen als Vermächtnis hinterließ, ist zugleich das Programm der völkischen Partei, der Kuo Ming Tang. Sun Yatsen mit wollte diesen Plan in gemeinsamer Arbeit mit den Kuo Ming Tang-Mitgliedern selbst ausführen und als provisorisches Staatsoberhaupt die Geschicke der Volksregierung durch die verschiedenen Stufen der Entwicklung hindurch führen bis zu dem Momente, wo wenigstens die Hälfte der Provinzen selbstregierend etabliert wären, und ein Nationalkonvent der Repräsentanten der selbstregierenden Provinzen stattgefunden hätte. Dann wollte er sein Werk und die Regierung in die Hände eines vom Nationalkonvent erwählten permanenten Präsidenten legen und seine revolutionäre Arbeit als beendet betrachten.

Der Tod des großen Führers ist nicht ohne Spaltung der Kuo Ming Tang vorübergegangen. Radikale Elemente versuchten, russischem Einfluß folgend, den Kommunismus auf das Programm der Partei zu setzen. Aber während diese Zeilen geschrieben werden, ist bereits die Schlacht geschlagen, die Sun Yatsens Vermächtnis wieder in die alten Rechte einsetzt und wieder zum ausschließlichen Kuo Ming Tang-Prinzip erhebt. An die Stelle des verstorbenen Führers ist nun, ähnlich der Sowjet-Organisation in Rußland, ein politisches Büro getreten, das die Aufbauarbeit einer Kuo Ming Tang-Regierung nach dem Vermächtnis Sun Yatsens durchführen und den Kampf gegen den Imperialismus in China zu Ende führen wird. —

Das Kuo Min Cheng Fu Chi Kuo Ta Kang Sun Yatsens.

1. Meine Volksregierung wurzelt in den „drei Prinzipien" und besteht aus den „fünf Ämtern" (des Volkes) meiner revolutionären Doktrin.

2. Das erste Prinzip liegt in den Lebensnotwendigkeiten des Landes für das Volk.

Nahrung, Kleidung, Wohnung und Bewegungsfreiheit sind die vier Lebensnotwendigkeiten, die Gegenstand gemeinsamen Strebens von Volk und Regierung sein sollen: um durch Pflege von Landwirtschaft und Handel das



Volk zu ernähren, durch Pflege von Industrie es zu kleiden, durch Pflege des Baugewerbes es zu behausen, und durch Pflege der Verkehrsstraßen Bewegungsfreiheit zu schaffen.

3. Das zweite Prinzip liegt in der Kraft des Volkes, zu regieren. Die Regierung soll das Volk dahin erziehen, daß es sein „Amt", Beamte zu wählen und Maßnahmen zu verbieten, recht ausüben lernt.

4. Das dritte Prinzip liegt in der Aufgabe der Regierung a) des Innern: die Schwachen zu schützen und Maßnahmen für ihre Selbsterhaltung zu treffen; b) des Äußern: Übergriffe fremder Nationen abzuwehren, ungerechte Verträge abzuschaffen und des Landes Souveränität und seine Gleichberechtigung mit den anderen Ländern wieder herzustellen.

5. Drei Etappen muß die Regierung durchlaufen:

1. die militärische,
2. die erzieherische,
3. die verfassungsgebende.

6. Während der militärischen Etappe sollen die bestehenden Widerstände gegen gute Regierung mit Gewalt hinweggefegt und das Volk zu nationalistischer Einheit erzogen werden.

7. Sobald provinziale nationalistische Einheit erreicht ist, soll in die zweite Etappe eingetreten werden.

8. In der zweiten Etappe soll die Regierung auf ihre Fähigkeiten examinierte Beamte in alle Distrikte der Provinz entsenden, um dem Volk beizustehen, sich selbstregierend zu organisieren. Dazu ist notwendig: daß die Bevölkerung gezählt wird, daß das Landeigentum vermessen wird, daß eine Polizei eingerichtet und Straßen gebaut werden. Das Volk, daß 1. seine Rechte auszuüben versteht und dessen Erziehung zu Bürgern vollendet ist und das 2. die revolutionäre Doktrin angenommen hat, das 3. zur Selbstverwaltung Distriktsvorsteher und 4. Distriktsdeputierte für einen Gemeinderat zu wählen versteht, hat Selbstregierung erreicht.

9. In einem solchen selbstregierenden Distrikt üben dann die Bürger das Amt, Beamte zu wählen und zu entlassen, und eigene Erlasse in Kraft zu setzen oder aufzuheben, aus.

10. Selbstregierende Distrikte sollen eine Selbsteinschätzung des Landbesitzes und dessen Besteuerung vornehmen. Der Regierung steht das Recht zu, Landbesitz zu Schätzungswert zu erwerben, wenn infolge öffentlicher Arbeiten die Landwerte steigen; oder die Besteuerung zu erhöhen, damit der Wertzuwachs der Allgemeinheit zu Nutzen gebracht wird und nicht nur dem privaten Eigentümer zugute kommt.

11. Steuereinnahmen vom Landbesitz, Wertzuwachs des Landbesitzes, Einkommen aus öffentlichen Ländereien, Ertrag von Staatswäldern, Ertrag von



Wasserstraßen und Wasserkräften und von Bergwerken ist das Eigentum der Regierung und soll dazu verwendet werden, den Handel des Volkes zu entwickeln, ferner zu Alters- und Invaliden-Fürsorge und zur Waisen- und Notleidenden-Fürsorge.

12. Ausnutzung der Bodenschätze des Landes und die Bewältigung großer Industrie- und Handels-Unternehmungen, für die die provinzialen Mittel ungenügend sind, soll die Zentralregierung auf Grundlage geteilten Nutzens finanzieren.

13. Die Höhe der Zuschüsse, welche die Distrikte zur Zentralregierung leisten sollen, müssen von den Distriktsdeputierten festgesetzt werden und soll zwischen 10 % und 50 % der Distriktseinkünfte liegen.

14. Jeder selbstregierende Distrikt soll einen Repräsentanten zur Zentralregierung entsenden.

15. Alle Distriktsbeamten müssen vor der Zentralregierung Prüfung bestehen.

16. Nachdem distriktsweise Selbstregierungen bestehen, kommen wir zur dritten Etappe der nationalistischen Regierung, wo das Volk provinziale Gouverneure als höchste Überwachungsbeamte der Provinzen wählt. In Fragen, die das ganze Reich berühren, sollen diese Gouverneure von den Entscheidungen der Zentralregierung abhängen.

17. Die Differenzierung zwischen Provinzialregierung und Zentralregierung besteht darin, daß die letztere in den Fragen des gesamten Reiches souverän bleibt. (Die erstere in Provinzialangelegenheiten souverän ist.)

18. Die Provinz soll das Verbindungsglied zwischen Distrikt- und Zentralregierung bilden.

19. Die Zentralregierung soll in fünf Abteilungen gegliedert sein, um die „Fünf Ämter" (des Volkes) auszuüben, die da sind:

1. das Verwaltungs-Amt
2. das Gesetzgebungs-Amt
3. das Rechtsprechungs-Amt
4. das Prüfungs-Amt
5. das Straf-Amt.

20. Das Verwaltungsamt soll folgende Unterteilung erfahren: 1. für innere Angelegenheiten, 2. für äußere Angelegenheiten, 3. für Militär, 4. für Finanz, 5. für Landwirtschaft und Bergbau, 6. für Industrie und Handel, 7. für Kultus und 8. für Verkehr.

21. Bevor eine Konstitution promulgiert werden kann, müssen diese Institutionen in Treue zum Präsidenten (Sun Yatsen) stehen.

22. Das Gesetzgebungsamt soll den Entwurf einer Konstitution aufstellen, die auf der revolutionären Doktrin und auf den Errungenschaften der beiden



ersten Regierungsetappen basieren soll. Der Entwurf soll entstehungsweise, in Teilen, dem Volke mitgeteilt werden.

23. Wenn die Hälfte aller Provinzen des Reiches in die dritte Regierungsetappe eingetreten sind, so kann man die provinziale Selbstregierung als erreicht betrachten und es kann ein Nationalkonvent der Distrikt-Repräsentanten einberufen werden, der die Konstitution annehmen und proklamieren soll.

24. Nachdem die Konstitution proklamiert ist geht das Recht Beamte der Zentralregierung zu ernennen oder abzusetzen (von Sun Yatsen) auf den Nationalkonvent über.

25. Mit der Proklamation der Konstitution ist die dritte Regierungsetappe vollendet, und das Volk soll nun zur konstitutionsmäßigen Wahl des Staatsoberhauptes und von Ministern (der fünf Ämter) schreiten. Der Nationalkonvent löst sich drei Monate nach der Wahl auf und die konstitutionsmäßige Regierung übt von da an die Staatsgewalt aus.

GEORG SEMENOFF:
DAS GEOPOLITISCHE PROBLEM DER RUSSISCHEN REVOLUTION

Das objektive Verständnis einer jeden Revolution ist um so schwieriger, je schärfer von ihr die Kardinalfragen menschlichen Daseins gestellt werden — die Fragen der Ethik, der Politik und der Kultur. Dadurch erklärt sich, daß bis jetzt so wenig für die Erforschung der russischen Revolution getan worden ist. Sie ist bereits als wirkender Faktor in die Weltgeschichte übergegangen, aber der leidenschaftliche Kampf der Weltanschauungen hat bis jetzt den Forscher verhindert, die Bahn objektiver Beurteilung einzuschlagen. Ganz besonders wenig ist das geopolitische Problem der russischen Revolution betrachtet worden. Dabei bietet es durchaus nicht nur ein theoretisches Interesse — denn es eröffnet sich uns dadurch die seltene Gelegenheit, die „biologische“ Gesetzmäßigkeit der elementaren Prozesse zu verfolgen, die in ungewöhnlichem Ausmaße den Staatsorganismus umgewandelt haben; außerordentlich wichtig ist auch die praktische Seite dieses Problems, denn nur vom geopolitischen Gesichtspunkt aus kann man die Tendenzen der inneren und äußeren Entwicklung Rußlands erkennen, welche auf lange Zeit hinaus die politische Konstellation auf dem ganzen eurasiatischen Festlande und eben dadurch auch auf der ganzen Welt bestimmen werden.

Die revolutionäre Theorie entwickelte sich in Rußland im Widerstand gegen das alte zaristische Staatssystem. Wenn der Begriff „Rußland“ unbedingt zusammenfällt mit dem Begriff des Zarenstaates, dann allerdings hat die Revolution Rußland bis in seine Grundfesten zerstört. Aber zur selben Zeit tauchte an Stelle des alten Staatssystems ein neues auf, das sich durchaus lebensfähig erwies und die Fähigkeit an den Tag legte, sich den räumlichen und zeitlichen Bedingungen anzupassen. Der Bolschewismus vermochte wohl die soziale und politische Physiognomie des Zarenreichs zu verändern, nicht aber seine geopolitische Basis. Allein er verstand es, sich abzufinden und halbbewußt von ihr abrückend, einen neuen Staat nicht nur der Form, sondern auch dem Inhalt nach, zu schaffen.

Wir sagen „halbbewußt“. Das geopolitische Problem der Revolution beginnt tatsächlich erst in der letzten Zeit einen praktischen und lebendigen Sinn zu bekommen, da gleichzeitig mit dem Umbau Rußlands auf neuer national-föderativer Grundlage auch neue innere administrative und ökonomische Grenzen gezogen werden.[1]) Jedoch besonders charakteristisch ist, daß eben



das theoretische Programm des Bolschewismus, das in seinen Hauptzügen bereits vor dem Krieg abgetan war, hauptsächlich die Ideen der nationalen Selbstbestimmung und der national-territorialen Autonomie in den Vordergrund rückt, Ideen, welche einen besonderen Sinn in Anwendung auf die speziellen russischen Verhältnisse bekommen. Offenbar besteht zwischen den beiden grundlegenden Forderungen der kommunistischen Theorie: nämlich der proletarischen Diktatur und der nationalen Selbstbestimmung ein ausgesprochener logischer Gegensatz. Allein dieser Gegensatz verschwindet, sowie wir das ganze Problem vom geopolitischen Standpunkt aus zu betrachten versuchen. Wenn die Losung der proletarischen Diktatur der zusammenfassende Ausdruck für das soziale Programm des Bolschewismus ist, die Losung von der Selbstbestimmung der Völker dagegen sein politisches Programm betont, so finden beide ihre Synthese und einen versöhnenden Ausgleich, wenn man sie als zwei verschiedene Seiten des einheitlichen geopolitischen Programms betrachtet.

Dieses Programm als solches ist bisher noch niemals formuliert worden, weder durch Lenin, noch durch seine Schüler; die psychologische Abneigung der revolutionären Führer solchen Formeln gegenüber, die allzusehr an „Etatismus“ und „Imperialismus“ gemahnten, ist begreiflich; außerdem wird die geopolitische Synthese erst dann erkannt, wenn ihre realen Voraussetzungen klar zutage liegen. Kurz gesagt, das geopolitische Programm der Revolution ist noch nicht formuliert, aber die Formel kann — und wird, wie wir glauben, gefunden werden.

Teilweise ist der Inhalt einer solchen Formel in Wirklichkeit bereits durch den Punkt des bolschewistischen Programms gegeben, welcher bei dem ganzen inneren Aufbau des Sowjetstaates eine so entscheidende Rolle gespielt und sich als wirkender Faktor der auswärtigen Politik gezeigt hat: es ist dies die doppelsinnige Losung des Internationalismus und der nationalen Selbstbestimmung, welche ihre organisatorische parteiliche Verwirklichung in der Schaffung der „Komintern“, ihre staatliche Verkörperung aber in der Sowjetunion gefunden hat.

Diese Losung verheißt als Ziel für alle in sozialer und nationaler Beziehung Unterdrückten — internationale Verbrüderung aller arbeitenden Menschen, absolute Gleichheit der Nationen und ihre Zusammenarbeit in der ihren Zielen nach universellen und vermutlich planetarischen Union. In diesem Internationalismus des Sowjetsystems, welcher nur die andere Seite der Nationalitätenpolitik der Sowjet-Regierung darstellt, — liegt der Schlüssel zum Verständnis der geopolitischen Bedeutung des Bolschewismus, wie auch seiner innerrussischen und weltumfassenden Einwirkung.

Die Weltinternationale, deren Fahne Sowjet-Rußland aufgerichtet hat, ist

noch nicht geschaffen. Wenn man aber in Betracht zieht, daß unter dem Sowjetbanner mehr als 100 verschiedene Sprachen sprechende, vollkommen voneinander verschiedene Rassen und im nationalen Sinne verschiedene Völker und Stämme vereinigt sind, die das ehemalige Russische Reich bevölkerten, so begreifen wir, daß in der Schaffung einer Internationale der Völker Rußlands schon ein nicht geringer Teil der Aufgabe erfüllt ist. Eben als Internationale der Völker ist auch der neue Sowjetstaat aufgebaut; und wenn man eben diesen Umstand zusammenhält mit der geographischen Individualität Rußlands, gelangen wir zum Verständnis des geopolitischen Problems der russischen Revolution.

Wenn wir einige unbedeutende Einzelheiten beiseite lassen, so stellt das Territorium Rußlands eine zwar quantitativ gigantische, aber geographisch durchaus geschlossene Einheit dar. Drei ethnisch und kulturell verwandte slawische Gruppen — Großrussen, Kleinrussen und Weißrussen — schließen vom Westen die Fläche ab, die vom Norden durch den Ozean und vom Süden und Osten durch Gebirgsketten und die Steppe eingefaßt wird. Das riesige Gelände kehrt seine Fassade der eisigen Wüste des nördlichen Ozeans zu; sein Innenhof ist von einer Zyklopenmauer natürlicher Schranken umgeben; dort wo wie im Westen eine deutlich ausgesprochene physische Grenze fehlt, wird sie durch die ethnographische Grenze ersetzt.

Der staatlichen Expansion waren auf diese Weise natürliche Grenzen gesetzt, welche im großen und ganzen im Verlauf der letzten Jahrhunderte erreicht worden sind. Abweichungen davon gab es sowohl im negativen Sinne (im Fernen Osten nach dem russisch-japanischen Krieg) wie auch im positiven (die Eingliederung Transkaukasiens). In beiden Fällen waren diese Abweichungen eine Folge des Gesetzes, nach welchem die Zugänge zu den natürlichen Grenzen auch von ihrer entgegengesetzten Seite aus gesichert werden müssen; nur gereichte im ersten Falle dieses Gesetz Japan zu Nutzen, im zweiten aber Rußland.

Die Ereignisse der letzten Jahre haben diese Charakteristik der Grenzen Rußlands bestätigt. Die militärische Niederlage Rußlands und der Bürgerkrieg haben gerade diejenigen Teile zum Abfall von Rußland gebracht, welche im Westen über die „natürlichen" ethnographischen Grenzen hinausreichten. Aber um so enger drängte sich das Reich in einer geographisch und ethnisch bedingten Grenze zusammen, und um so klarer drückte sich seine geographische Individualität aus. Die physisch-geographische Grundlage des Reiches erwies sich stärker als alle separatistischen, zeitweise sogar sehr aktiven Versuche (Kaukasus, der Ferne Osten, Krim, Ukraine). Es ist schwer, einen deutlicheren Hinweis auf das Organische dieser Basis zu finden, als denjenigen, den die Geschichte des Bürgerkrieges bietet: die chronologische Reihenfolge,



gleichwie auch die geographischen Linien der Eroberung der „weißen" Randgebiete im Verlauf von drei Jahren Bürgerkrieg durch die Sowjetmacht entspricht völlig der räumlichen und zeitlichen Reihenfolge der Eroberung der gleichen Randgebiete im Verlauf der letzten zwei Jahrhunderte unter der Zarenherrschaft.

Die Völker, die in den Grenzen dieser geographischen Einheit leben, wüßten nicht wohin. Jener Teil des eurasiatischen Kontinents, der summarisch „Rußland" genannt wird, zeigt im Lauf der Geschichte die beständige Tendenz zu politischer Vereinigung. In einem Fall, in dem gewaltigen Reiche Tschinghiss-Chans, ging das Streben nach Vereinigung von Osten nach Westen; im zweiten Mal, im Zarenreich — in umgekehrter Richtung, von Westen nach Osten. In beiden Fällen triumphierte die geopolitische Idee über die ethnopolitische: als Grundlage der staatlichen Vereinigung erweist sich die territoriale Einheit, innerhalb deren ein herrschender Völkerstamm alle übrigen unterjocht, welche ihm an Zahl überlegen sind.

Vor unseren Augen wiederholt sich jetzt der gleiche historische Prozeß — die Schaffung eines einheitlichen eurasiatischen Reiches; allein das Prinzip der staatlichen Vereinigung und die Staatsidee sind völlig neu. Die Revolution rückte die Idee des internationalen Zusammenschlusses in den Vordergrund, an welchem alle Völker unter Wahrung ihrer nationalen Unabhängigkeit und Gleichberechtigung teilhaben sollten. Und insoweit wie das Sowjetsystem als politischer Träger dieser Prinzipien erscheint und sie ins Leben überleitet, insoweit behauptet es sich auch auf dem Boden des spezifisch-russischen Internationalismus, als eines Organisationsprinzips für das Zusammenleben verschiedener Rassen, Kulturen und Nationalitäten, die in natürlichen kontinentalen Grenzen eingeschlossen sind. Dasselbe Problem, welches die mongolischen Eroberer und russischen Zaren auf den unübersehbaren Flächen Eurasiens zu lösen versuchten, lösen jetzt auf neue Art und mit erneuter Energie die russischen Kommunisten.

Außerordentlich interessant wäre von diesem Gesichtspunkte aus die Gegenüberstellung der zwei Weltsysteme der Organisation eines Nationalitätenstaates, welche eben jetzt einander als geopolitische Antipoden betrachten. Das eine, das englische, maritime, gründet sich auf prinzipieller Nichtgleichberechtigung und Unterordnung der Nationen; das andere, das russische, kontinentale, — Sowjetsystem — verkündet den Verzicht auf alle Vorherrschaftsrechte und die Gleichheit aller Völker in der Staats-„Internationale". Es ist ein großer Fehler zu glauben, daß diese Gleichheit nur eine leere Parole sei, deren Wirkung durch das Vorhandensein der kommunistischen Diktatur vollständig annulliert wäre; die Diktatur ist ein formal-politisches System, das die „vorherrschende" Nationalität weit stärker trifft, als alle übrigen, und schon dadurch in den

Augen der letzten vieler seiner Sünden ledig ist. Aber weit wichtiger ist, daß unter dem Schutze dieser Diktatur sich tiefliegende Prozesse kultur-politischer und wirtschaftlicher Erweckung der Völker abspielen, welche das Selbstbestimmungsrecht erhalten haben. Die Mehrzahl von ihnen befindet sich auf der primitiven Stufe der wirtschaftlichen Entwicklung, wo das nationale Dasein und Wachstum in jeder Beziehung ausschließlich vom Vorhandensein des Nationalbesitzes an Grund und Boden abhängt. Eben in diesem Punkt kommt das Sowjetsystem den nationalen Bedürfnissen voll und ganz entgegen. Und derjenige, der weiß, mit welcher Habgier die ackerbauenden Völker des Kaukasus, Sibiriens, Turkestans usw. sich auf ihr „Stückland" stürzen, wie grausam sie die russischen Ansiedler von ihren eingesessenen Stätten vertreiben und dadurch eine Rückzugswelle aus den Randgebieten auf das Zentrum zu hervorrufen — der weiß, daß die Parole von der „realen" Gleichheit der Nationen in der Sowjet-Union keine leere Phrase bedeutet und daß Lenin Recht hatte, als er behauptete, daß die Maschine im Ernst begonnen hätte zu arbeiten — „im Ernst und auf Lange".

So tut sich vor uns eines der gewöhnlichen Paradoxe der Geschichte auf: der Kommunismus gibt Rußland den Reichsgedanken, der dem früheren russischen Staate so ganz gefehlt hat. Die Ideologen des russischen Imperialismus haben lange Jahre hindurch nach ihrer Idee gesucht. Allein vergeblich. Ausgehend von der Idee des „Dritten Roms" entwickelten sich ihre Bemühungen zur Ideologie eines religiös gefärbten Panslavismus, und machten mit dem Eingeständnis ihrer eigenen Ohnmacht in dem Augenblick halt, als der begabteste Vertreter der prozaristischen Publizistik erklärte: „Damit Rußland nicht verfault, muß man es leicht gefrieren lassen".[2]) Dieses wurde in den 80 Jahren gesagt, in einer Epoche, da das Ansehen des Zarenreiches, dem Anschein nach wenigstens, im Innern wie im Äußern ungewöhnlich hoch stand. — „Wenn der russische Zar sich ausruht, mag Europa warten," antwortete Alexander III. auf die Meldung von der Anwesenheit einer Deputation des diplomatischen Korps. Unterdessen aber wurde das Zarenreich ohne jeden schöpferischen politischen Gedanken regiert und der Weg bergab hatte schon begonnen.

Im Gegensatz zu diesem verblaßten politischen Gedanken des Selbstherrschertums brachte Lenin eine lebendige Idee, die vor unseren Augen zum wahren Prinzip staatlichen Aufbaus geworden ist. Vom zentralisierten Nationalstaat — zur Internationale der Völker. Dies ist das geopolitische Programm des Bolschewismus. Es ist natürlich, daß wir bei einer solchen grandiosen Umwandlung vorläufig mehr von Anfängen und Keimen sprechen müssen, als von erreichten Resultaten. Daher wird es kaum gelingen, eine Antwort auf die wichtigste Frage zu finden, inwieweit Rußland tatsächlich bereits zu dem verkündeten neuen System übergegangen ist. Vermochte der Bolschewismus



so rasch die jahrhundertealte Psychologie der nationalen Vorherrschaft zu überwinden, die Tradition der großrussischen Priorität, alle diese geo-, öko- und kulturpolitischen Voraussetzungen des großrussischen Nationalismus? Hier hat die Geschichte freilich ihr letztes Wort noch nicht gesprochen. Unmöglich kann man an der Tatsache vorübergehen, daß nach dem Verlust von 3,9 % des gesamten Territoriums (9,5 % vom europäischen Rußland) und ca. 20 % der Bevölkerung, das Verhältnis der Großrussen zu anderen Nationalitäten sich zum Vorteil der ersten geändert hat: Nach der Zählung 1897 entfiel auf die Großrussen 43,3 %, nach der Zählung 1920 ca. 65 % der Gesamtbevölkerung der Sowjet-Union. Diese Tatsache bleibt ebenso bestehen wie auch diejenige, daß in der Organisation, welche in ihren Händen die gesamte Staatsgewalt vereinigt hält, nämlich in der Kommunistischen Partei, die zahlenmäßige Überlegenheit der Großrussen noch weit bedeutender ist, als im gesamten Land. Allein es erübrigt sich in bezug auf die S. S. S. R. nicht nur von einem vorherrschenden russischen Nationalismus, sondern überhaupt von seinem Vorhandensein zu reden. Die gegenseitigen Beziehungen zwischen den verschiedenen Nationen der Sowjet-Union sind auf neuer Grundlage gestellt worden. Alle Anstrengungen richten sich darauf, auch nur die Möglichkeit des politischen Druckes der einen Nation auf die anderen zu vernichten. Ein charakteristisches Beispiel: Das Recht auf die nationale Autonomie ist von allen Nationalitäten der Sowjet-Union nur einer einzigen nicht verliehen worden — der Großrussischen.

Damit die neuen Beziehungen sich befestigen, damit die Parole Leben wird, ist Zeit vonnöten. Die Zeit wird die geopolitische Dauerhaftigkeit des Systems, welches durch den russischen Bolschewismus aufgestellt worden ist, einer Prüfung unterwerfen. Wenn aber Tocqueville Recht hat und eine Revolution, welche äußeren Mißerfolge ihr auch immer beschieden sein mögen, erst dann endet, wenn die ihr bestimmte Aufgabe als vollendet erscheint, dann wird die russische Revolution so lange weiter gehen, bis das ihr innewohnende Prinzip der „Internationale der Völker" zur realen geopolitischen Grundlage eines großen Eurasiatischen Reiches geworden ist.

*
* *

In welchem Maße die Idee der Sowjet-Internationale als eine idée-force im geopolitischen Sinne erscheint, ist aus ihrem Einflusse auf die auswärtige Politik der Sowjets ersichtlich. Die Bolschewisten haben in dieser Beziehung einen vollständig neuen Inhalt und eine neue Energie in die formlose Expansion des zaristischen Rußlands hineingegossen. Zum erstenmal im Verlauf der Geschichte ist jene Einheit der inneren und auswärtigen Politik erreicht worden, deren Mangel eine charakteristische und folgenschwere Eigenschaft des zaristischen Systems war. Die Sowjet-Republik schleudert in die Außenwelt die-

selbe Losung des Internationalismus und der Klassendiktatur, die sie in ihren Grenzen verwirklicht und bei sich selbst anwendet. Die Politik des Staats erhält eine bisher unbekannte Einheit, welche eine ganze Reihe politischer Reflexe außerhalb der geographischen Staatsgrenzen hervorruft.

Diese Reflexe sind bei den Völkern des Westens und des Ostens verschieden gefärbt. Man kann nicht sagen, daß die Sowjetidee in Europa keinen günstigen Widerhall findet. Überall, wo nationaler Antagonismus besteht, überall, wo die Staatsgewalt mit dem nationalen Separatismus zu kämpfen hat, hat das Sowjetsystem seine Anhänger, deren Zahl im Laufe der Zeit sich nicht vermindert (die Partei Raditschs in Jugoslawien, die Ukrainer in der Tschechoslowakei usw). Die rein soziale Idee des Kommunismus findet gleichfalls einen Widerhall in Europa; einen großen reellen Einfluß des sowjetischen Staatsgedankens auf Europa können wir jedoch nicht feststellen und die Ursache davon liegt in dem geopolitischen Faktor. Die sozialen Ideen haben eine zentrifugale und keine zentripetale Kraft; sie wirken dann, wenn sie aus dem Zentrum in die Provinz hineindringen (in diesem Falle, aus Europa nach Rußland), aber nicht umgekehrt. Seit vielen Jahrhunderten geht ihr Weg von Westen nach Osten, nicht aber von Osten nach Westen. Als eine Bekräftigung dieser Tatsache erscheint die Bestrebung des Kominterns, mit allen Mitteln einen Stützpunkt in einem der europäischen Staaten zu errichten. In dieser Beziehung kann man noch mehr sagen, und zwar daß das „bürgerliche" Europa nur dadurch gerettet wurde, daß die kommunistische Revolution in ihrem östlichen und nicht im westlichen Teil ausgebrochen war.

Die geographischen Faktoren verhindern keineswegs die Verbreitung der Sowjetideen im Orient, schon deshalb nicht, weil Asien nicht die verhältnismäßig kleine kultur-politische Einheit, wie es Europa darstellt, besitzt. Der Krieg zuerst und dann die Revolution haben in Asien Kräfte erweckt, die Jahrtausende lang schlummerten und erst jetzt von der Passivität, die eine charakteristische Eigenschaft der gelben Völker zu sein schien, erwacht sind. Hier begannen Gärungsprozesse an vielen Punkten zugleich und bildeten eine Reihe selbstständlicher Zentren von nationalistischen Bewegungen, die sich wie ein gigantischer Gürtel von Angora bis Seul zogen. In allen Fällen ist diesen nationalistischen Bewegungen der Drang gemeinsam, im eigenen Interesse die Hilfe, die sie von Sowjet-Rußland erhalten können, auszunutzen. Dabei sind diejenigen, die eine Unterstützung erhalten haben, zu einer Gegenleistung durchaus nicht immer bereit. Ein Beispiel solcher Politik gab die Regierung von Angora, welche in ihrem Befreiungskampfe die Hilfe Rußlands auszunutzen verstanden hatte, sich aber trotzdem weigerte, die Sowjet-Regierung bei der Konferenz von Lausanne zu unterstützen. Das ist ein Umstand, in dem sich das spezifische der Sowjet-Politik besonders klar äußert. Obwohl wir



in diesem Zwischenfalle mit der Türkei einen gewissen diplomatischen Mißerfolg erblicken, betrachtet Moskau die Grundlagen seiner großen Politik als unerschüttert und den national-staatlichen Aufbau der Türkei, ungeachtet des Mißerfolges der „russischen" Politik, als seinen Erfolg.

Dieser Widerspruch ist dadurch erklärlich, daß das Ziel der Sowjet-Politik nicht das Erreichen direkter Vorteile für die Sowjet-Union ist, sondern vielmehr die Befreiung sämtlicher Völker des Nahen und Fernen Ostens vom europäischen und amerikanischen „Joche". Dadurch ist auch die verhältnismäßige Leichtigkeit erklärlich, mit welcher die Sowjet-Regierung auf verschiedene Rechte Rußlands am Kaspischen Meere zugunsten Persiens verzichtet, sowie auf Rechte in der Abtretungszone der Ost-Chinesischen Eisenbahn zugunsten Chinas usw. Dabei wird die Selbstbestimmung diejenigen weit nach Asien vorgeschobenen Sowjetgebiete, deren Verfassungen der Verbreitung der Sowjetidee im Orient dienen sollen, besonders unterstrichen. Die vor kurzem unternommene radikale Reform des Systems der nationalistischen Autonomien im russischen Zentral-Asien, die besonders interessant ist, weil zur gleichen Zeit das Verhältnis der zentral-asiatischen Gebiete zur Union gestärkt ist und weil sämtliche Färbungen des lokalen Nationalismus befriedigt sind, gibt ein Beispiel solcher augenscheinlichen sowjetischen Propaganda.[3]) Es fehlt nicht an vielen authentischen Äußerungen darüber, daß die innere Politik der Sowjet-Regierung sich auf diese Weise der auswärtigen Politik im Orient koordiniert.[4])

Die sowjetische Idee der nationalen Selbstbestimmung entspricht den Bedürfnissen und den Aufgaben der sich erhebenden asiatischen Völker. Kann man dafür eine augenscheinlichere Bestätigung finden, als die Tätigkeit der chinesischen revolutionär-nationalistischen Partei Kuo-Ming-Tang? Ihr vor kurzem verstorbener Führer Dr. Sun Yat-Sen, der seine politische Tätigkeit mit einem Bekenntnis zu den amerikanischen demokratischen Prinzipien begonnen hatte, schließt hingegen mit der Anerkennung Sowjet-Rußlands als des nächsten und natürlichsten Verbündeten des erwachenden chinesischen Volkes, und hinterläßt in diesem Sinne ein politisches Vermächtnis an seine Nachfolger. Das ist nur ein einziges Beispiel, über welches es sich lohnt nachzudenken. Es gibt aber noch viele andere, die einen unmittelbaren ideologischen und psychologischen Einfluß der Sowjets auf die Völker Asiens bestätigen. Der neue sowjetische Reichsgedanke enthält alles, um der Sowjet-Union eine führende Stellung bei den Orient-Völkern in ihrem Befreiungskampfe zu verschaffen. Und nicht ohne Recht kann der Sowjetpolitiker den berühmten Spruch J. A. Crambs paraphrasieren und dem Osten zurufen: „Die Welt wird sowjetisch".

Wir wohnen einem Prozeß der „Sowjetisierung" des Orients bei. Bei einer

Analyse der konkreten politischen Umrisse dieses Prozesses überzeugen wir uns noch einmal von der Beständigkeit der geopolitischen Gesetze, die sich eher eine politische Doktrin unterwerfen, als daß sie ihr dienen. Der russisch-englische Gegensatz in Asien, der seit jeher den englischen Politikern Befürchtungen einflößt, hat zur Zeit besonders reale Formen angenommen, da an die Spitze Rußlands eine Macht kam, die zur Grundlage ihrer Politik einen Verzicht auf den Imperialismus in irgendeiner Form stellte. Nach einer Umdrehung von 360° trifft die auswärtige Politik Rußlands wieder auf denselben Punkt, nur mit viel größerer Kraft, als zuvor. Seitdem Peter der Große zu Anfang des 18. Jahrhunderts den „Seefahrern" die Aufgabe stellte, den Weg nach Indien über den Nordozean zu finden, ist Rußland mehr als irgendwann dem Ziele nahe, diesen Weg auf dem Lande zu erreichen.

Der erste Zusammenstoß russischer und englischer Truppen in Asien geschah in den vergangenen Jahren, während der russischen Revolution. Die Angreifer waren Engländer, die über Zentralasien in Turkestan, durch Persien in Transkaukasien eindringen konnten und die russischen „weißen" Formationen, welche im Pamir tätig waren, organisierten, sie mit Waffen aus Kaschghar versahen usw. Bewaffnete Zusammenstöße waren dabei nur kurze Episoden in einem langen und zähen Kampfe. Seitdem hat sich die Lage wesentlich geändert, da Sowjet-Rußland eine neue Waffe erfand — nämlich die politisch-nationale Erwachung der asiatischen Völker.

Der Unterschied der Sowjetpolitik von der üblichen Politik der konkurrierenden Kolonialstaaten besteht darin, daß der „Sowjet-Imperialismus" sich sozusagen eine negative Aufgabe stellt — die Befreiung der asiatischen Völker von der Macht des englischen Imperialismus, ohne das Bestreben, sie irgendwie der Sowjet-Union zu unterjochen. Dieses Ziel ist von der Theorie und Praxis des sogenannten „Leninismus", der revolutionären Lehre Lenins, aufgestellt, wonach der Weg zur Weltrevolution über die Zertrümmerung der Kolonialmacht Englands führt.[5])

Eben deshalb, weil dieses Ziel mit voller Aufrichtigkeit gestellt und durchgeführt wird, weil die ihm entsprechenden Methoden zu allererst in Rußland selbst erprobt werden, wobei sein Interesse, als das eines selbständigen Staates oft diesem allgemeinen Ziel geopfert wird, — eben deshalb besiegt diese Politik das Mißtrauen der Völker, die alle Gaben der russischen oder europäischen Zivilisatoren als Danaergeschenke zu betrachten gewohnt sind. Das wesentliche der Sowjetpolitik besteht nicht in einem Eindringen in den Orient, sondern vielmehr in einer Erziehung der Orientvölker zur Selbstbestimmung, durch die Unterstützung ihres Dranges zur Unabhängigkeit. Die Unabhängigkeit versteht sich nicht nur als Unabhängigkeit von den betreffenden Staaten, sondern auch von der Sowjet-Union. Dieser Umstand erklärt die Tatsache,



daß die Kritiker der Sowjetpolitik aus dem Lager der russischen Nationalisten sie des Verzichts auf die Interessen Rußlands beschuldigen, während die ausländischen Beobachter, besonders Engländer, vom roten Imperialismus sprechen. Von Imperialismus kann hier jedoch keine Rede sein, da seine wichtigste Voraussetzung — und zwar die wirtschaftliche — fehlt. Der Gedanke einer wirtschaftlichen Ausnutzung der Orientvölker liegt der Politik der Sowjetregierung vollkommen fern. Man kann aber nicht leugnen, daß ihre revolutionäre, also dadurch negative Orientpolitik in sich die Keime eines asiatischen Kontinentalblocks birgt, eines Blocks, der in erster Linie gegen England gerichtet ist und der auf dem asiatischen Weltteil die Idee einer kontinentalen Blockade zu verwirklichen droht, aber nicht durch eine Knechtung, wie Napoleon es tat, sondern durch eine nationale Befreiung unzähliger Völker Eurasiens.

Daß solch ein Block nicht der allernächsten Zukunft gehört und daß zu seiner Voraussetzung zu allererst der wirtschaftliche Wiederaufbau der Sowjet-Union gehört — das sehen ihre Leiter selber sehr gut ein. Es gibt auch in Europa Leute genug, die es einsehen, daß die Finanzierung des wirtschaftlichen Wiederaufbaues Sowjet-Rußlands mit der Finanzierung seines Kampfes mit England in Asien gleichbedeutend ist. Das Wesentliche besteht selbstverständlich nicht darin, daß phantastische „Millionen" Propagandazwecken dienen werden; die wirtschaftliche Befestigung Sowjet-Rußlands wird an und für sich als Propaganda und Verstärkung seines Einflusses im Orient erscheinen. Es scheint also, daß eine finanzielle Unterstützung Sowjet-Rußlands von einem Staate, der nicht allzusehr an der Erhaltung der Weltmacht Großbritanniens interessiert ist, geleistet werden könnte . . . In dieser Frage sind jedoch die Interessen sämtlicher Kolonialstaaten solidarisch und daher gegen die Ziele der Sowjet-Union gerichtet.

Diese Schilderung charakterisiert zur Genüge den Weitblick der Sowjetpolitik im raumlichen und zeitlichen Sinne. Eine lange Zeit wird erforderlich sein, bis die nationale Bewegung im Orient zu dem notwendigen Selbstbewußtsein und zur erforderlichen Stärke gelangt. Der nationale Aufschwung der Orientvölker, der sich schon jetzt fühlen läßt, wird sich endgültig dann entfesseln können, wenn die Stunde des großen Dramas um den Stillen Ozean schlagen wird. Daß einer von den Regisseuren dieses Schauspiels Sowjet-Rußland sein wird — darin besteht schon jetzt kein Zweifel.

Das ist der geopolitische Sinn der Sowjetpolitik, das ist ihre Weltbedeutung. Es vollzieht sich eine Verlegung des Zentrums der russischen auswärtigen Politik vom Westen nach Osten, vom Schwarzmeerbecken nach dem Becken des Pazifischen Ozeans. Der gewaltige Staatsmakrokosmos, der, in eine Ecke des gelben Kontinents hineingeschoben, von den Weltwegen abgesperrt ist,

der dadurch zum Provinzler der Weltgeschichte geworden ist, dringt vor zum großen Weg der Geschichte. Indem Rußland den Fernen Osten seinem kulturell-politischen Einfluß zu unterwerfen sucht, versucht es immer wieder, die ökonomische und politische Einbeziehung aller fruchtbaren Wüsten seiner ungeheuren Landfläche in den Weltumsatz für sich zu ermöglichen.

Die ganze Verschiebung Rußlands nach dem Osten, die eine der wichtigsten geopolitischen Folgeerscheinungen des Krieges und der Revolution ist, bedeutet nicht ein Ausscheiden Rußlands aus den wirtschaftlichen und politischen Zentren der Welt, sondern ein Eindringen in sie, deren Folgen sich erst in der Zukunft offenbaren werden. Man kann jedoch schon jetzt sehen, inwieweit die Verkündung der Internationale und der Weltrevolution auf dem russischen Boden mit der Dynamik des Territoriums innerlich verbunden ist, indem sie nämlich ihren geopolitischen Sinn offenbart: den Drang, die kontinentale Abgeschlossenheit des Staates durch Schaffung von Landbrücken zum weiten Ozean zu durchbrechen.

Es ist schwer, zur Zeit alle Folgen der Verbreitung der sowjetischen Idee im Orient zu übersehen. Es wäre irrtümlich zu glauben, daß eine Aktion aus dem Inneren des Kontinents keinen Widerstand bei den Kräften, die den Ozean beherrschen, begegnen würde. Dem kultur-politischen Druck der Sowjet-Union wird der nicht weniger gewaltige politisch-wirtschaftliche Druck der Kolonialmächte entgegengestellt. Unter dem Einfluß dieser beiden Faktoren muß das ganze bestehende System der Kolonialherrschaft stärkste Veränderung erfahren. Ihre konkreten Formen können wir jetzt noch nicht bestimmen. Für denjenigen aber, der die mannigfaltigen Verwickelungen der politischen Verhältnisse im Orient verfolgt, besteht kein Zweifel, daß die Idee des Sowjet-Internationalismus über den Völkern als Schicksalsbotin der größten Umwälzungen, die die Alte Welt je gesehen hat, schwebt.

Anmerkungen

[1]) Die veraltete administrative Einteilung Rußlands, welche in ihren wesentlichen Zügen schon von Peter dem Großen am Anfang des 18. Jahrhunders festgelegt worden ist, wurde von der Sowjetregierung in Übereinstimmung mit den modernen wirtschaftspolitischen und kulturellen Verhältnissen gebracht. Größtenteils tragen die heutigen Gouvernements die früheren Namen, haben jedoch vollständig neue Grenzen. (Siehe das von dem Volkskommissariat des Innern herausgegebene Buch „Die administrative Einteilung der U. d. S. S. R. nach den Angaben bis zum 15. Mai 1923." Moskau, in russ. Sprache.) Gleichzeitig wird das Schema der neuen wirtschaftlichen Provinzen ausgearbeitet: Die sogenannte „wirtschaftliche Rayonnierung" wird befördert, die ihrer Idee nach ungefähr mit den Problemen zusammenfällt, welche bei der Diskussion über die im Art. 165 der deutschen Reichsverfassung vorgesehenen Bezirkswirtschaftsräte aufgetaucht sind. Die russische Fachliteratur bringt der Frage großes Interesse entgegen. (Z. B. J. Borissow, „Wirtschaftsgeographie der S. S. S. R.", 1925. Ebenso die amtliche Ausgabe des „Rats der Arbeit und der Verteidigung" [„STO"]: „Die ökonomische Rayonnierung Rußlands.")

[2]) Konstantin Leontjew: Sein großes Werk „Rußland, der Orient und das Slaventum", ein eigenartiges politisches Bekenntnis der russischen Reaktion, tief in seiner philosophischen Begründung und glänzend im Stil, hätte mit vollem Recht neben das berühmte Buch N. J. Danilewskis „Rußland und Europa" gestellt werden können.

[3]) Siehe „Die nationale Abgrenzung in Zentral-Asien", Art. in dem „Internationalen Leben" („Meschdunarodnaja schissn"), Zeitschrift des Volkskommissariats des Auswärtigen, Nr. 4—5, 1924.

[4]) Diese Koordinierung bildet den leitenden Gedanken des unter besonderer Gönnerschaft der Sowjetregierung stehenden „Allsowjetischen wissenschaftlichen Verbandes für Orientkunde". Eine überaus wichtige Quelle für das Verständnis der sowjetischen Orientpolitik stellt die Zeitschrift „Novy Wostok" („Der Neue Orient") dar, welche von ebendem Verband herausgegeben wird.

[5]) Über die theoretischen Voraussetzungen der Nationalitätenpolitik der Sowjetregierung siehe unsern Artikel „Die nationale Frage in der russischen Revolution", Zeitschrift für Politik, 1924, Bd. XIV, Heft 3.

ALFRED WEIHL: DIE HÖHENGRENZEN DER BESIEDLUNG UND DER LANDNAHME IN NORDAMERIKA

I.

Wie im Osten die Ausdehnung der Vereinigten Staaten eine Zeitlang halt gemacht hat vor der Waldgebirgsbarre der Appalachen, so hat sich ihr im Westen die noch viel hemmendere Barre der Kordilleren entgegengestellt. Allein auf die Dauer war die flächenhafte Landnahme weder hier noch dort aufzuhalten. Heute erscheint der Osten mit dem pazifischen Westen in den Vereinigten Staaten trotz des breiten, dazwischenliegenden Hochgebirgs- und Wüstenlandes eng verwachsen. Kanada dagegen zeigt noch eine frühere Phase, da namentlich etwa nördlich des 53. Breitegrades noch größere trennende siedlungsarme, teils siedlungsleere Räume zwischen dem Osten und der pazifischen Küste liegen. Ähnlich Mexiko, dessen westliche Sierren noch recht dünn besiedeltes Gebiet sind.

Diese verschiedengradige Besitznahme des Landes durch den weißen Siedler mag durch die Betrachtung der Höhengrenzen der Siedlungen überprüft und dabei die Frage gestellt werden, in welchem Maße der Staatsraum zum Siedlungsraum geworden ist.[1]) Denn vornehmlich größere siedlungsleere Areale vermögen, wenn nicht Verkehrsklammern ihren Zusammenhang mit dem Umland wahren, Grenzen innerhalb eines Staatsgebiets aufzurichten; und die Frage ist darum von größtem Interesse, wie weit die Eigenentwicklung des nordamerikanischen Westens gegenüber dem Osten auf die trennende Wirkung der siedlungsleeren Räume zurückgeht. Eine Untersuchung über die Lage der Höhengrenzen in den Gebirgen Nordamerikas möge die Antwort darauf geben.

1. Alaska und Yukon. Die Besiedlung der Gebirge Alaskas und des oberen Yukon steht ganz im Zeichen des Bergbaus, landwirtschaftliche Siedlungen finden sich nur in den tieferen Tälern.

Die oberen Grenzen der Bergbausiedlungen in den Gebirgen liegen zum Teil in verhältnismäßig bedeutenden, und, in Anbetracht der Eisverhältnisse, oft geradezu unwahrscheinlichen Höhen; maßgebend für die Lage der Ansiedlungen bergbaulichen Charakters sind eben nur die Erzvorkommen. So gibt es eine Siedlungsstelle auf der Südseite des Wrangell-Gebirges, wo eine Niederlassung sich in einem durch den Kennicottgletscher vollkommen blockierten Tälchen in 1080 m Höhe eingenistet hat.



Schilderungen der Besiedlungsverhältnisse Alaskas und des britischen Yukongebietes können infolge der unsicheren Abbauverhältnisse in den Bergwerken nichts anderes als Augenblicksbilder vor Augen führen; keine einzige der in Höhen bis 1200 m liegenden Niederlassungen hat über die Zeit bergbaulicher Tätigkeit in ihrer nächsten Umgebung hinaus Bestand! Eine andere Erwerbsquelle als Bergbau ist in größerer Höhe aus klimatischen Gründen ausgeschlossen, steigen doch die Goldsucher im Winter, wenn der Frost zur Einstellung ihrer Tätigkeit zwingt, von ihren Minenniederlassungen um einige hundert Meter hinunter in Regionen, wo sie wenigstens Holz zur Feuerung finden, soweit sie nicht das Land überhaupt verlassen. Die Höhengrenzen der Siedlungen wechseln also nicht nur unregelmäßig infolge Aufgabe und Neugründung von Minen, sondern stellenweise auch periodisch mit den Jahreszeiten, wie z. B. für die Ostseite des Wrangell-Gebirges aus der beigefügten Tabelle ersichtlich ist (Höhenangaben stets in Metern).

Alaska und oberer Yukon

	Geschlossene Orte	Minensiedlungen
Wrangell-Gebirge	O 1000	N 880 max.
		S 1150—1200 max.
		O { Sommer 1200
		O { Winter 1000
Alaska Range	300	900
	Landwirtschaftliche Siedelungen	
Hunker Creek (ob. Yukon)	600 max.	1300 im Sommer
Lewes River	600 max.	810

Eine durchaus untergeordnete Rolle spielen in Alaska die landwirtschaftlichen Siedlungen, die sich ganz in den tiefen Haupttälern halten und bei ihrer zerstreuten Lage für Feststellung einer oberen Grenze nicht in Betracht kommen.

2. Felsengebirge. Wirklich bodenständige, als Heimstätten anzusehende Siedlungen in einiger Höhe sind erst etwa sechs Breitengrade weiter südlich, im Felsengebirge, anzutreffen. Bereits im Jahre 1912 waren die am oberen Peace River, im östlichen Vorland des Felsengebirges, hoch über dem Flußtal gelegenen Plateaus in etwa 800 m Meereshöhe besiedelt und die 2—3 Jahre später erbaute Grand Trunk Railway hat einen so mächtigen Strom von Siedlern in jene Landschaften geleitet, so daß die 800 m-Flächen fast allgemein von der Besiedlung ergriffen wurden.

In der Nähe der Canadian Pacific Railway (51° N, 116° w) liegen Minen-

siedlungen etwa 2250 m hoch, die obersten ranches ungefähr bei 1180 m. Etwas weiter südlich steigen in den Moose Mountains auf der Ostseite des Felsengebirges Viehhöfe mit Ackerbaubetrieb bis 1350 m an. Die Bull Mountains in Montana sind mit Ackerbauhöfen bis 1150 m besiedelt. Die Landnahme schritt dort seit Vollendung der Chicago Milwaukee and Puget Sound Ry. und vor allem seit der Ausnutzung der Hügelländer als ergiebiges dry farming Land in bemerkenswerter Weise fort. Ehedem waren nur im Tale des Musselshell River gelegene, mit Berieselung betriebene Farmen (ca. 1000 m) die einzigen Ackerbausiedlungen, die wenigen höher gelegenen Höfe dagegen nur Weidelandsiedlungen. Nachdem aber die Eignung des Hügellandes zum dry farming erprobt war, hatten Besiedlung und Landaufteilung sehr bald von dem gesamten Gebirge bis auf die allerhöchsten Teile Besitz ergriffen, so daß sich jetzt die Grenze der Ackerbausiedlungen bei ungefähr 1150 m befindet.[2]) Der Prozeß wurde beschleunigt durch die in der Eisenbahn geschaffene Verkehrsader und die in Verbindung mit ihr entstandene Stadt Roundup im Musselshelltal als konsumierendem und vermittelndem Absatzpunkt für Bodenprodukte. Wie überhaupt die Bahnen Amerikas in den noch schwach besiedelten Gebieten in erster Linie in lokaler Beziehung nicht einem bestehenden Verkehrsbedürfnis gerecht werden, sondern die Besiedlung fördern sollen (der Bahnbau erfolgt stets in Verbindung mit Siedlungsprojekten), haben sie in den Gebirgen Erfolge gezeitigt, für die gewissermaßen die Höhengrenzen der Siedlungen ein Maßstab sind (s. oben Gegend des Peace River, Einflußgebiet der Grand Trunk Ry. in Kanada).

Bemerkenswerte Siedlungshöhen werden an den dem inneren Gebirgslande aufgesetzten Ketten erreicht, wo sich einmal der Einfluß des an sich schon hochgelegenen, als Siedlungszentrum zu betrachtenden Hochlandes mit seinen Industrieorten (Butte City u. a.) bemerkbar macht, weiterhin aber auch die geringen, vor allem winterlichen, Niederschlagsmengen wenigstens für Weidelandsiedlungen einen Gunstfaktor darstellen. Das Gebiet der Missoula Forest Reserve weist Weidesiedelungen bis 1800 m auf, die Anaconda Range besitzt solche noch in 2300 m (auf der Nordseite) und 2400 (auf der Südseite).

In der etwa 3000 m hohen, zur Front Range in Wyoming gehörenden Kette der North Laramie Mountains findet unter Anwendung von Berieselung Ackerbau bis zur mittleren Höhe von 1800 m, dry farming, oft in Verbindung mit Viehzucht, bis 2100 m, maximal 2140 m statt. Das Wirtschaftsgebiet (Weideland) der obersten Siedlungen erstreckt sich im Sommer bis 2400 m; im Winter jedoch sind die Farmer genötigt, ihr Vieh in die niederen Gebiete, die Ebenen westlich und östlich der Laramie Mountains zu treiben.



Die größten Siedlungshöhen des Felsengebirgslandes werden in den höchsten Teilen, dem zentralen Kolorado, erreicht. Zu berücksichtigen ist dort der in den Industriegebieten (Leadville) höhere Wert des Landes, der entschieden das Ausgreifen des Siedlungslandes nach der Höhe hin begünstigt. Jede intensive wirtschaftliche Betätigung verursacht direkt und indirekt nach einiger Zeit wenigstens Knappheit von günstig gelegenem Land, wenn nicht gar Landmangel, so daß bald auch hoch und verkehrsungünstig gelegene Siedlungsstellen und Wirtschaftsräume eingenommen werden. So auch in der Gegend von Leadville, wo Siedlungshöhen von 3000 vorkommen.

Die Siedlungsgrenze erreicht ihre bedeutendsten Werte im höchsten Teile des Felsengebirges mit rund 3000 m und sinkt mit dem Gebirge trotz südwärts günstiger werdender thermischer Verhältnisse. Daran ist ebenso die Zunahme der Trockenheit wie die Ungunst der Oberflächenformen Schuld, die Berieselung fast vollkommen ausschließt, und mager ist zudem hier die Verwitterungsschicht. Die thermisch mögliche Höhe der Siedlungsgrenze wird darum im südlichen Felsengebirge nicht mehr erreicht. Die Sta. Fé Kette ist z. B. nur noch bis 2100—2300 m besiedelt. Die Valles Mountains westlich des Rio Grande sind durchaus asymmetrisch besiedelt; von Rio Grande her, auf der steilen Seite, steigen die Wohnstätten bis 2000 m, von Westen her bis 2200 m auf; ähnlich liegen die Verhältnisse in den Sandia Mountains, die von Westen bis 1900 m, auf der sanft geneigten Ostseite aber bis 2200 m besiedelt sind. In der Sierra Blanca liegt die Grenze in etwa 2700 m Höhe und in der sogenannten „Sierra" Sacramento, die eigentlich nur ein im Westen abbrechendes Plateau ist, zieht sie in 2600 m, und zwar sind die höchsten Siedlungen hier mit Berieselung arbeitende Ackerfarmen.

Übersicht für das Felsengebirge

	Gebirgs-Höhe	Ackerbau-siedlungen	Grasland-siedlungen	Minen-siedlungen	Bemerkungen
Hauptketten					
Hunker Creek .... 64°	1 100	tief, Haupttäler	600 max.	1 300 nur Sommer	
Lewes River .... 61°	1 500	tief, Haupttäler	600 max.	810	
Ob. Peace River ...... 56°	—	800		—	Chinook
Can. Pacif. Ry .... 51°	3 000	—	—	2 250	
Little Belt Mts. ...... 47°	2 500	1 800	1 850	—	

	Gebirgs-Höhe	Ackerbau-siedlungen	Grasland-siedlungen	Minen-siedlungen	Bemerkungen
Absaroka Division d. Yellowstone Forest Reserve . . 45 1/2°	3 000 +	1 650	—	—	
Big Horn Mts. . . . . 44 1/2°	4 000	1 650	—	—	
North Laramie Mts. . . . . 42°	3 000	1 800 Berieselung 2 100 dry farming	2 300	—	
Central Colorado bei Leadville	4 000	3 000 + max.	—	—	
Süd-Colorado	—	2 500—2 800	—	—	
Gta. Fé Kette . . . . 36°	3 500	2 150	2 300	—	morphologische Ungunst
Sandia Mts. . . . . : 35 1/2°	3 000	2 200	—	—	
Sierra Blanca	2 700	2 600	—	—	
Östliches Vorland					
Can. Pac. Ry bei Calgary . 51°	1 300	—	1 180	—	
Moose Mts. . . . . 50 1/2°	—	1 350		—	
Bull Mts. . . . . 46 1/2°	1 470	1 150	—	—	
Inneres Gebirgsland					
Missoula Forest Reserve . . 46 1/2°	2 400	—	1 800	—	
Anaconda-Kette . . . . . . 47°	3 000	—	N 2 350 S 2 450	—	
Uncompahgre Mts. . . . . 38°	4 000	—	3 270	2 980 (max. 3 300)	
Mexico					
Südl. Hochland bei Toluca 20°	3 000 +	2 600	—	—	
Iztacihuatl . . . . 19 1/2°	5 286	2 900	3 300	—	
Popocatepetl . . . . 19 1/2°	5 452	3 000	—	—	

3. Das Intermontane Hochland. Ganz im Zeichen der künstlichen Bewässerung, im Norden wenigstens, des dry farming steht die Besiedlung der

Landschaften zwischen dem Felsengebirge und den pazifischen Gebirgsländern. Ohne Ausnutzung der Grund- und Flußwasservorräte, die meist sogar durch die erworbenen Wasserrechte geregelt wird, ist keine Ackerbau- oder Weidelandsiedlung in jenen ariden Gebieten denkbar. Die Möglichkeit einer geordneten Berieselung ist aber auch an günstige Oberflächenformen und passende Lage zum Wasserspender (Brunnen, Wasserlauf) gebunden, und damit wird vielfach die Höhenlage der Siedlungen festgelegt.

Manche Gebirgszüge weisen aus diesem Grunde eine Asymmetrie der Besiedlungshöhen auf, wie die Gebiete am oberen Columbia- und Kootenay-Fluß, wo auf der Leeseite der meridional, d. h. quer zur Richtung der feuchten Seewinde streichenden Ketten (Selkirk, Valkyr Mts.) die Höhengrenze der Ackerbausiedlungen tiefer liegt (ca. 600 m) als auf der niederschlagreicheren Luvseite (ca. 800 m).

Einen anderen, einheitlichen Zug tragen die weitverbreiteten Beckenlandschaften. Ihre Besiedlung endigt, gelegentlich vorkommende Bergbauorte ausgenommen, durchweg am Fuße der die Becken umsäumenden Höhen. Die mittlere Höhe der Becken einer solchen Landschaft kann daher auch als mittlere Höhe ihrer landwirtschaftlichen Siedlungen gelten; sie liegt z. B. am Harney Basin um die Steens Mountains herum in 1345 m (Fig. 1), an der Shoshone Range (Humboldt River) 1500 m Höhe. Mit der Zunahme der mittleren Höhe der Landschaft steigen auch die obersten Siedlungen dementsprechend höher, an der Kawich Range in Südnevada bis ca. 2100 m an. Man könnte diese Art der Besiedlung geradezu den „Beckentyp" nennen, denn sie ist allen ariden und semiariden Becken (nicht nur in Nordamerika) gemein.

	Gebirgs-Höhe	Ackerbau-siedlungen	Grasland-siedlungen	Minen-siedlungen
Ob. Columbia und Kootenay River	1 000—1 500	600 Leeseite 800 Luvseite	1 000—1 050	—
Steens Mountains	2 700	1 345	1 345	—
Shoshone Range	—	1 500	—	—
Kawich Range	—	2 100	—	—
Danforth Hills	2 700	2 050	—	—
Beckenlandschaften südl. des Utah-Sees	—	1 300—1 800	—	—

Weshalb suchen die Siedlungen der ariden Beckenlandschaften nicht die mit mehr Niederschlag bedachten Höhen auf? Ein Grund liegt darin, daß selbst in den Gebirgen die Niederschlagsmenge noch zu gering ist, um eine genügende Durchfeuchtung des Bodens zu bewirken. Außerdem ist die Zer-

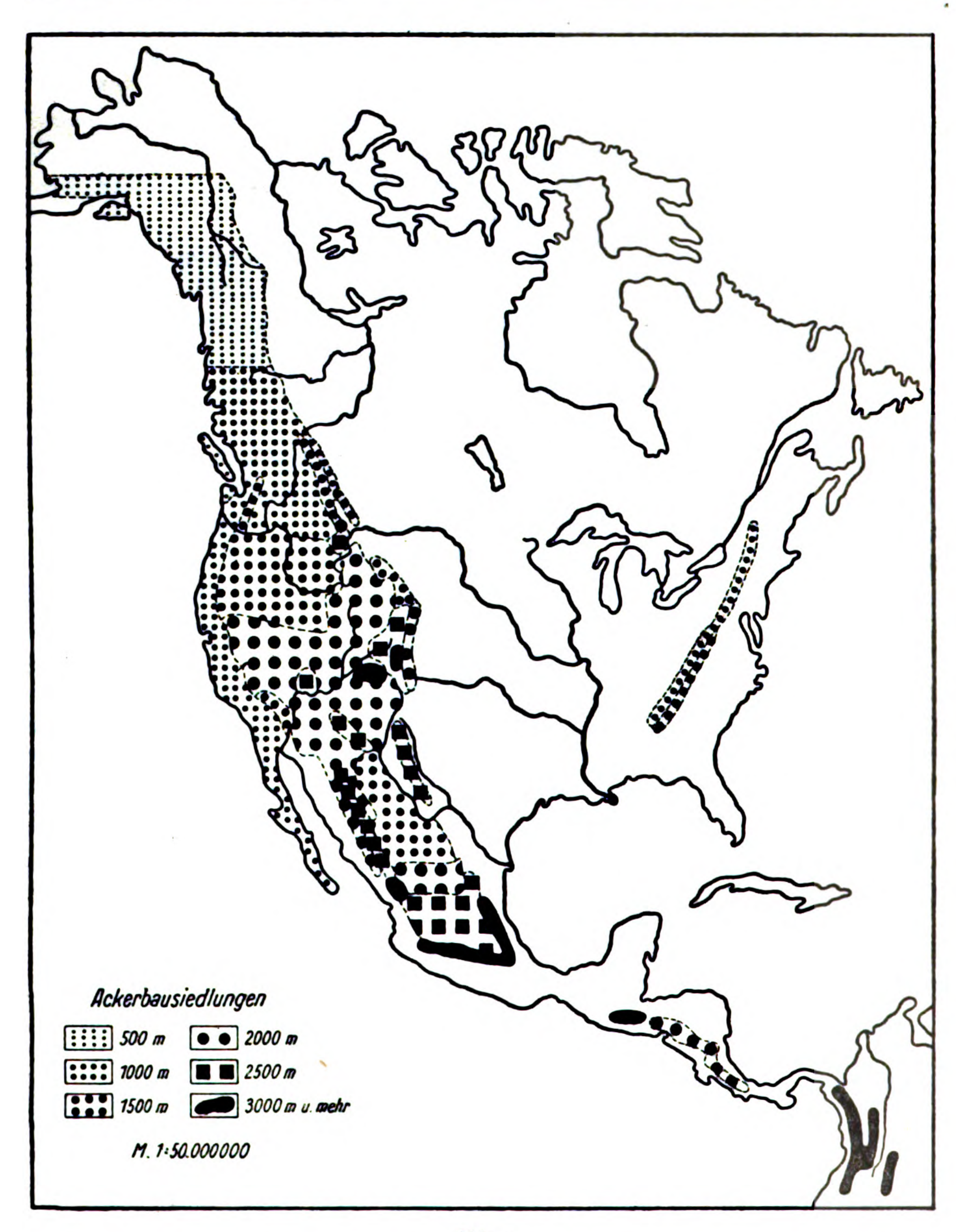


Abb. 1
Höhengrenzen der Siedelung in Nordamerika

talung in jenen ariden Gebieten eine cañon- oder wadiähnliche, also der Anlage von Siedlungen und erst recht der Ausbreitung von Kulturland ungünstige. Aus zwei Gründen bleibt daher nur der Boden der Becken und der wenigen großen Täler übrig: einmal, weil er allein den nötigen Raum bietet und zweitens, weil nur hier das Wasser der artesischen Brunnen und der Gebirgsbäche bequeme Verwendung zur Berieselung und Viehtränke finden kann. Am vorteilhaftesten ist die Siedlungslage am Austritt der Wasserläufe aus dem Gebirge, weil die Bäche, die in den Becken meist versiechen, dort ihre stärkste Wasserführung haben und die Schwemmkegel der Anlage von Berieselungsfeldern günstige Vorbedingungen bieten. Die Beckenmitte wird dagegen in vielen Fällen von Salzboden eingenommen; außerdem bildet sich dort in den nördlicheren Landschaften ein winterlicher Kältesee aus. Als mittlere Höhe der obersten Siedlungen im Bereich der intermontanen Becken kann man also ungefähr die Höhe des Beckens ansehen.

Eine ähnlich schroffe Begrenzung wie in den Beckenlandschaften findet der Siedlungsraum am Fuße steil abfallender Plateaus. Vor dem Südrande des Book Plateau enden die auf Grund der Berieselung bestehenden ranches am Fuße der äußerst steilen Book Cliffs in 1700—1800 m Höhe. Manche Plateaulandschaften weisen bewohnte Hochflächen auf. Dann hat aber die Besiedlung das Plateau meist über eine bequem ansteigende schräge Fläche erreicht, während sie an den Steilseiten am Stufenfuß halt gemacht hat.

Am Südrande des Colorado Plateaus liegen in der Black Mesa Forest Reserve die höchsten Ackerbausiedlungen bei 2500 m Höhe; diese Höhenlage kennzeichnet der geringen Niederschläge und der daher notwendigen Bewässerung wegen das äußerste Grenzgebiet, in dem die Farmer in ständigem Kampf mit der Trockenheit stehen. Das für Ackerbau geeignetere Land liegt tiefer, wo die gesammelten Wassermengen der Höhen zur Verfügung stehen.

So werden die Gebirge von Berieselungssiedlungen gemieden. Doch auch die periodischen Siedlungen sind im Berglande äußerst selten, trotzdem es in den Sommermonaten als Weideland dient. Denn im Halbnomadismus lebende Hirten treiben die großen Viehherden, besonders in Utah, der zurückweichenden temporären Schneegrenze folgend, immer höher in die Gebirge hinauf, um im Herbst wieder talwärts zurückzukehren. Aber keine Stationen wie in den Alpen bezeichnen diesen Weg, sondern es ist eine stetige Bewegung von einer der oft allzu kärglichen Weidestellen zur anderen, so daß den Almen äquivalente Siedlungen überhaupt kaum in Frage kommen. Auch hier, in den Becken- und Tafelländern, kommen die Minensiedlungen, da sie an die Lage der im Abbau befindlichen Schichten gebunden sind, in jeder beliebigen Höhe vor. Bemerkenswerte Fälle sind schon wegen der geringen Gebirgshöhe nicht zu verzeichnen.

Welche Bedeutung kommt diesen ariden Beckenlandschaften als Siedlungsland der Zukunft, und als Bindeglied der pazifischen und der östlichen Staaten zu? Bei guter Weiterausbreitung der zum Teil schon großzügig entwickelten Bewässerungsanlagen wird die Besiedlung in diesem trockenen Gebiet immer mehr um sich greifen und immer inniger die West- und Oststaaten miteinander verknüpfen.

4. Das pazifische Gebirgsland. Das Klima des westlichen Gebirgslandes steht stark unter dem Einfluß des pazifischen Ozeans; auch die Siedlungsgrenze ist in hohem Maße von der Exposition zur feuchten West- oder trockenen Ostseite der Gebirge, außerdem wegen der Schärfe der Zertalung von der in Betracht kommenden lokalen Erosionsbasis, die zugleich Kulturbasis zu sein pflegt, abhängig.

In den nördlichen Ausläufern des Kaskadengebirges herrschen, da hier, etwa 200 km vom Puget Sound, ozeanischer Einfluß fast nicht mehr zu spüren ist, im Winter sehr niedrige Temperaturen und bereits in einer Höhe von 750 m sind nur die Monate Juli und August mit einiger Sicherheit frei von Frost.[3]) Ackerbau ist bis zu einer äußersten Grenze von 950 m möglich; am Similkameen-Fluß enden aber die Ackerbausiedlungen bei 600 m; und zwar liegen sie nur im Haupttal, da die Nebentäler als enge V-Täler gar keinen Platz bieten. Die über 1500 m hohen Plateaus tragen dagegen einige Bergwerksörtchen, wie z. B. Nickel in 1750 m Höhe. Weidelandsiedlungen fehlen dort, da wegen Trockenheit der im Regenschatten gelegenen, übrigens sehr engräumigen Täler, Steilheit der Gehänge und langdauernder Schneebedeckung der Plateaus die Viehzucht überhaupt wenig betrieben wird.

In der etwas südlicher gelegenen Cascade Range Forest Reserve liegt die Ackerbaugrenze aus klimatischen Gründen bei 750 m Höhe; die obersten Siedlungen mit Ackerbau sind Sägemühlen auf der Westseite in 600 m, auf der Ostseite in 750 m Höhe, deren Bewohner die Landwirtschaft nur nebenbei als Notbehelf treiben. Die äußerste Grenze der Siedlungen überhaupt liegt aber bedeutend höher, nämlich bei 1300 m, sowohl für Sägemühlen als auch für Viehfarmen, deren Herden namentlich auf der trockeneren, lichter bewaldeten Ostseite bis 1800 m gutes Weideland finden.[4])

Einige Breitegrade weiter südlich, in der Sierra Nevada, erkennen wir unschwer eine Wiederholung derselben Züge, jedoch in bedeutenderen Höhen und aus zum Teil anderer Ursache. In der Sierra Nevada bestimmt der schroffe Gegensatz der niederschlagsreichen, scharf zertalten, das große „Californische Tal“ begrenzenden Westseite zu der trockenen, an die hochgelegenen Wüsten und Halbwüsten grenzenden, steil, aber nicht tief abfallenden Ostseite auch die Lage der Siedlungsgrenzen. Daß gerade die steilere Seite die höhere Siedlungsgrenze (bis zu 1960 m) besitzt, ist nicht verwunderlich, denn darin



prägt sich die Siedlungsgunst der minder scharf zertalten Ostseite, und zugleich der hohen Lage der sekundären Kulturbasen der Becken aus. Die Grenze der Ackerbausiedlungen, einschließlich Sägemühlen mit Ackerbau, liegt auf der Ostseite in 1500 m Mittelhöhe, auf der Westseite setzen die landwirtschaftlichen Wohnplätze, einschließlich der Viehfarmen mit Ackerbau schon bei 1270 m aus. Weidesiedlungen erreichen im Osten 1960 m, im Westen 1840 m Mittelhöhe.[5])

Mit den Oberflächenformen ändern sich in der südlichen Sierra Nevada die Vorbedingungen für die Besiedlung etwas, z. B. sind in der Umgebung des bekannten Yosemite-Tales die zwischen den Cannons stehenden Riedel bedeutend flacher als im Norden. Suchen die Siedlungen schon auf der Westseite des nördlichen Gebirgsabschnittes, z. B. im Aufstieg zum Donnerpaß, vornehmlich die Riedel auf, so ist dies im Süden noch mehr der Fall. Fast alle bodenständigen Siedlungen liegen auf den Riedeln, die infolge ihrer Ebenheit entschieden das bessere Siedlungsland darstellen. Die mittlere Höhe der Höfe nördlich und südlich des Yosemite-Tales errechnet sich zu etwa 2300 m, wobei die absolut höchsten 2400 m hoch liegen.

Die pazifischen Küstencordilleren Nordamerikas weisen bei ihrer geringen Eigenhöhe zwar keine hohe Siedlungsgrenze auf, wohl aber große Unterschiede in der Lage der Grenze. Eine außerordentlich starke Abhängigkeit von der Orographie tritt hierbei in den Vordergrund. In der bis zu 2500 m hohen Olympic Range hielten geomorphologische Ungunst, starke Niederschläge und durch letztere bedingte dichte Waldvegetation die Siedlungsgrenze lange in den Tälern bei 300 m. Die hohen, zur Weide geeigneten Grasländer werden erst allmählich unter großen Verkehrsschwierigkeiten der Besiedlung erschlossen. In den Küstencordilleren nördlich San Francisco liegt die Grenze auf der nur enge Tälchen aufweisenden Seeseite in nur 200 m Höhe, für manche Abschnitte überhaupt an der Küste, während auf der Ostseite die höchsten Wohnplätze (z. T. Landsitze) wenig höher ansteigen.

Südöstlich von San Francisco wird auf den hohen Ebenheiten der Valpe Ridge, Packard Ridge und am Mt. Hamilton (1200 m) erst mit 800 m, stellenweise 900 m die Grenze der Siedlungen erreicht.

Die Entwicklung des südlichen Californien, des Südfruchtlands, ist in hohem Grade von der künstlichen Bewässerung abhängig. Die Besiedlung hat in den letzten Jahrzehnten recht gute Fortschritte gemacht, die Landnahme ist aber auch hier fast nur in den zur Berieselung geeigneten Becken und Tälern erfolgt, während die Gebirge noch meist frei bleiben mußten, außer wo gerade Verebnungen oder einzelne Talweitungen eine Landbebauung ermöglichen, wie z. B. bei den höchsten Siedlungen der San Jacinto Mts. in 1800 m Höhe, die infolge der Höhenlage mit einigen sommerlichen Niederschlägen be-



dacht, nicht gerade auf Felderberieselung angewiesen sind; sie stellen aber trotzdem in erster Linie Erholungsplätze dar.

	Ackerbau-siedlungen	Grasland-siedlungen	Minen-siedlungen
Similkameen- und Tulameen-Gebiet	600	—	1 750
Cascadengebirge, Westseite	600	1 250	—
Cascadengebirge, Ostseite	750	1 300	—
Nördl. Sierra Nevada, Westseite	1 270	1 840	--
Nördl. Sierra Nevada, Ostseite	1 500	1 960	Sägemühlen 1 900
Olympic Range	300	—	—
Valpe Ridge und Packard Ridge	800—900	—	—
San Jacinto Mts.	1 800	—	—

5. Mexico. Der Landschaftscharakter des nördlichen Mexico ähnelt durchaus dem der angrenzenden vereinsstaatlichen Gebiete, namentlich was die Vorbedingungen zur Bodenbewirtschaftung anbetrifft. Die Entwicklung der Berieselungskultur steht allerdings der vereinsstaatlichen anscheinend nach, da es noch an den von einem regen Geschäftsgeist hervorgebrachten großen Anlagen zumeist zu fehlen scheint. Dementsprechend ist auch die Landaufteilung noch nicht in dem Grade fortgeschritten, daß die Besiedlung in starkem Maße auf die an sich wenig günstigen Siedlungs- und Felderraum bietenden Sierren überzugreifen brauchte. Die zentrale Hochfläche Mexicos stellt, verglichen mit den Gebirgen, entschieden den eigentlichen Siedlungsraum dar. Im Süden ist jedoch das Kulturland, namentlich an den massigen Vulkanen, hoch emporgeklommen.

Die Anbaugrenze des Hauptgetreides des Landes, des Maises, liegt nach K. Sapper an den höchsten Erhebungen des Südens (Popocatepetl usw.) in etwa 3000 m Höhe und fällt ungefähr mit der oberen Siedlungsgrenze zusammen. Bei einer Besteigung des Iztacihuatl (5286 m) traf Sapper das höchste Dorf 2900 m hoch, darüber noch eine „Alpe" in 3300 m Höhe. Das Vorkommen von Siedlungen in solchen Höhen ist dort durchaus nicht vereinzelt; am Popocatepetl (5452 m) gibt es auf den an das Hochland grenzenden Seiten einige Wohnstätten in 3000 m Höhe; ehedem lag eine Schwefelraffinerie 3900 m hoch. Auf der Hochfläche von Toluca liegen bei 2600 m große Ackerbaudörfer, während Weideland dort bis 3000 m ansteigt. Für den ganzen Süden ist der Einfluß des an sich schon hochgelegenen Siedlungszentrums um die Hauptstadt nicht zu unterschätzen, denn erfahrungsgemäß pflegt die Nähe eines derartigen Kerngebietes der Besiedlung und Wirtschaft den Landwert zu steigern und auf diese Weise das Fortschreiten der Landnahme nach der Höhe zu fördern.



6. Die Appalachen. Ihrer äußeren Erscheinung nach können die Appalachen mit den deutschen Mittelgebirgen nach Höhe und Relief verglichen werden. In ihrer Eigenschaft als meridionales Randgebirge haben sie trotzdem lange Zeit das Vordringen der Kolonisation gehindert, wurden schließlich von ihr überschritten und umgangen, blieben aber noch bis heute zum großen Teil ein verhältnismäßig dünn besiedeltes Gebiet.

In den Südappalachen haben Rodung und Besiedlung meist noch keine bedeutenden Höhen erreicht. An den Plott Balsams (ca. 1900 m) z. B. steigt sogenanntes cleared land, also gerodetes Siedlungsland, stellenweise bis zu 1200 m Höhe, doch jeweils nur in guter Verkehrslage an. Auf den Rodungen der Südappalachen, namentlich der Westseite, schwemmen die heftigen Regengüsse die Bodenkrume ab, so daß die Bewirtschaftung der Gehänge und damit die Besiedlung der höheren Teile sehr beeinträchtigt wird.

In den nördlichen Alleghanies reichen die Siedlungen bis auf die 750 m hohe Laurel Ridge und in der Nachbarschaft bis 800 m herauf. Unterstützt durch morphologische Gunst hat zweifellos das benachbarte Kohlenzentrum von Johnstown zu der dort herrschenden intensiven Besiedlung beigetragen.

Durchaus geringe Höhen werden von den Siedlungen der Nordappalachen erreicht. In einigen Gebirgen macht leider das Fehlen eines geschlossenen siedlungsleeren Raumes die Festlegung einer oberen Siedlungsgrenze unmöglich. In den südlichen 600 m hohen Hoosac Mountains erreichen die Ackerbausiedlungen nur 280 m. Höher gehen hier wie überhaupt in der Nachbarschaft der Großstädte die Landhaussiedlungen; ihre obere Grenze liegt bei etwa 500 m. In dem nördlichen Hoosac Mountains liegt bei 1000 m Gebirgshöhe die obere Grenze der bodenständigen Siedlungen höher, nämlich bei etwa 700 m. Für den aus der morphologischen Terminologie so wohlbekannten, im Staate New Hampshire gelegenen, 950 m hohen Mt. Monadnock ergeben sich für die mittlere Höhe der obersten Siedlungen nur 420 m (ohne des 630 m hochgelegenen „Mountain House"). Im südlichen Teil der rund 900 m hohen White Mountains (New Hampshire) beträgt das Mittel der Höhen einer Anzahl oberster Siedlungen 500 m.

Appalachen.

	Gebirgshöhe	Siedlungen meist polykultureller Art
S O White Mountains . . . . 44°	900	500
Monadnock Mt. . . . . 43°	950	420

	Gebirgshöhe	Siedlungen meist polykultureller Art
Nördl. Hoosac Mts. 43°	1000	700
Südl. Hoosac Mts. 42°	600	280 Ackerbausiedlungen 500 Landhäuser
Laurel Ridge und Umgebung 40°	750—820	750—800
Black Mts. 36°	1950	1050
Plott Balsams 35½°	1900	1200

II.

Im Felsengebirge Nordamerikas sind lediglich die nördlichen, kanadischen Abschnitte in so geringem Maße besiedelt und aufgeteilt, daß gegenwärtig noch landwirtschaftlich nutzbares Land frei ist. Die Bedingungen für zukunftsreiche Besiedlung sind fast ganz allein in der Verkehrserschließung zu sehen, die eine Absatzmöglichkeit für Produkte und Zufuhrwege für Bedarfsgegenstände schafft. So hat jeder neue Bahnbau Neuland erschlossen oder die Besiedlungsintensität erhöht, vor etwa zehn Jahren noch die Grand Trunk Railway als die bisher nördlichste Transkontinentbahn, und sie fördert die Landnahme in Verbindung mit lokalen Einrichtungen noch andauernd. Die klimatischen Vorbedingungen für das Felsengebirge um etwa 53°—56° nördl. Breite sind namentlich für die Ostseite durchaus nicht ungünstig zu nennen. Die Wintertemperaturen steigen von Ost nach West, also mit dem Lande beträchtlich, wie eine tabellarische Übersicht zeigt:

Calgary		Qu'Appelle	
51° 2′ N 114° 2′ w 1033 m	— 8,4°	50° 30′ N 103° 47′ w 645 m	— 14,3°
Edmonton		**Prince Albert**	
53° 33′ N 113° 30′ w 658 m	— 10,1°	53° 10′ N 106° w 436 m	— 16,1°

Dabei sind allerdings die Sommertemperaturen in höheren Lagen geringer, ohne daß daraus für den hier vorwiegenden Viehzuchtbetrieb eine Schädigung

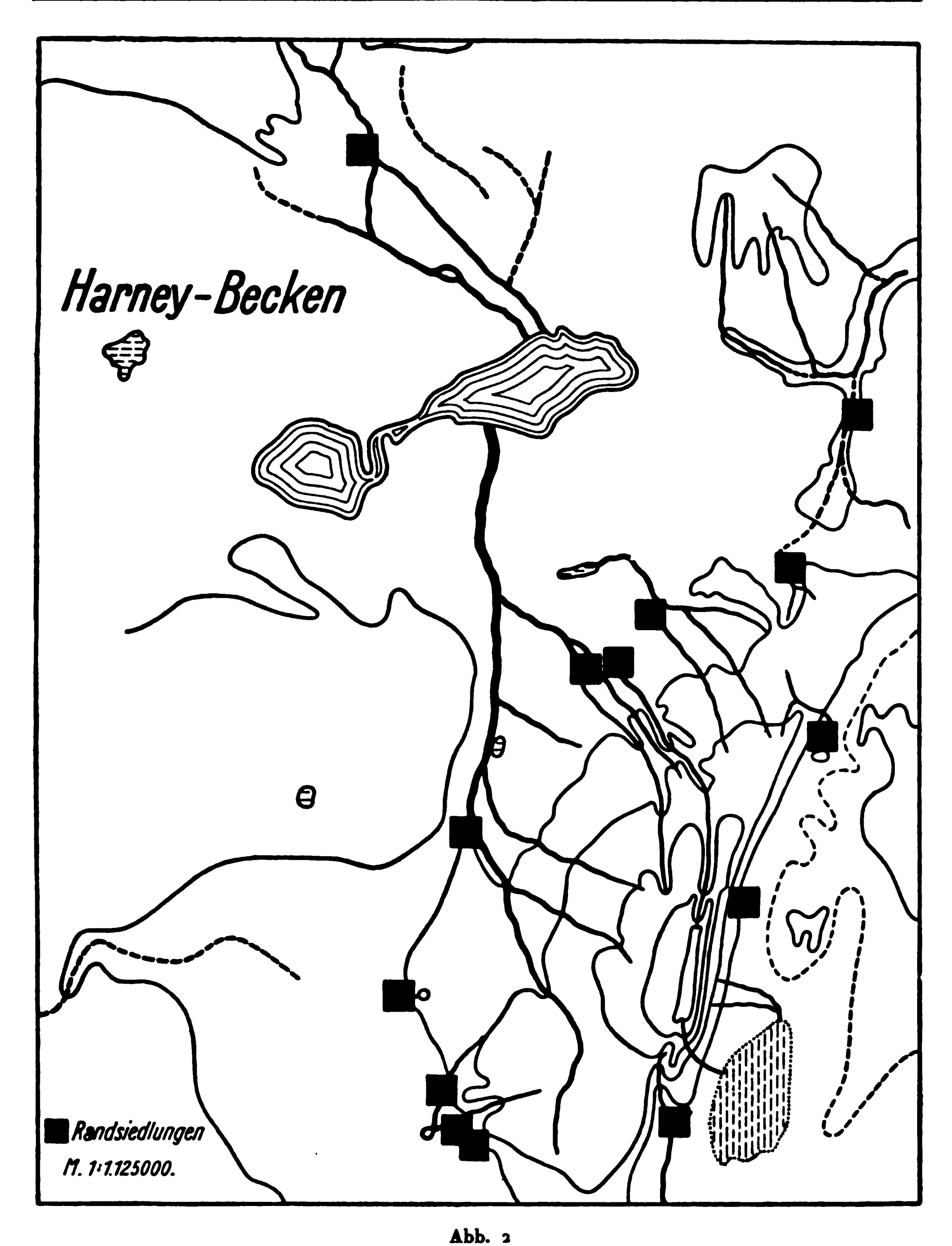


Abb. 2
Harney-Becken mit Randsiedelungen um die Steensmountains in Oregon

entsteht. Im Winter bringt der öfters wehende Chinook nicht nur eine mehrmalige Temperatursteigerung, sondern sogar Schneeschmelze, so daß das Überwintern von Vieh im Freien möglich ist, wie dies sogar noch von der Gegend des oberen Peace River berichtet wird.[6]) Ein weiterer Ausbau des Verkehrsnetzes, zu dem bis jetzt erst die Anfänge geschaffen sind, wird jenen Ländern bis etwa 1000 m Höhe eine bedeutende Zukunft sichern, freilich unter Voraussetzung der Anpassung an die Vorbedingungen klimatischer Art, durch Einstellung auf die entsprechenden Wirtschaftszweige, unter denen die Viehzucht der herrschende sein muß.

Während so Kanada noch Kolonisationsland, man möchte sagen „der alten Art", besitzt, liegen die Aussichten für die Vereinigten Staaten in einer anderen Richtung. Von Alaska (und auch dem kanadischen Yukonterritorium) scheint mir für landwirtschaftliche Besiedlung — mag auch von drüben oft anders geschrieben werden — nach dem was unbefangene Beobachter meldeten und was bei aufmerksamer Prüfung der Berichte festgestellt werden kann, nicht viel zu erwarten zu sein, da eine Besiedlung mit Landwirtschaftsbetrieben in den Gebirgen ganz zu verwerfen ist und auch in den niederen Zonen durchaus schlechte Vorbedingungen herrschen.[7])

Die Zukunftsländer für Heimstättensiedlung der Vereinigten Staaten sind die ariden Landschaften, die noch eine hohe Aufnahmefähigkeit besitzen, wenn auch große siedlungsleere Räume in ihnen schon selten geworden sind.[8]) Voraussetzung für eine gesunde, dauernde Besiedlung ist, daß eine von allen unwahren Anpreisungen gewissenloser Landgesellschaften und Bewässerungsunternehmen freie Landpolitik getrieben wird, die folgenschwere Rückschläge von jenen auf Grund künstlicher Anlagen besiedelten Ländern fernhält. Diese Innenkolonisation wird den Vereinigten Staaten noch große Ländereien im eigenen Lande erschließen, die sich, namentlich in Südkalifornien und im südlichen Utah, nicht nur zur gröberen Landwirtschaft, sondern bei dem milden Klima auch vorzüglich zur Edelobstkultur eignen. Die Höhengrenze der Landnahme wird sich damit, soweit zur Berieselung geeignete Bodenformen sie begünstigen, ebenfalls etwas verschieben, sobald nur vorausgegangene Aufteilung der niederen Flächen und vollkommenere Wasserausnutzung die Vornahme der Berieselung höher gelegener Felder als wirtschaftlich günstig erscheinen lassen wird.

Nur inselhaft liegen noch siedlungsleere Räume als trennende Gebilde zwischen den wirtschaftlich hervorragenden Gebieten Nordamerikas.[9]) Das nördliche Kanada weist noch die absolut größten dieser Räume auf, die aber bei ihrer nördlichen Lage nicht gerade hochwichtige Kerngebiete des Westens von den östlichen Ländern abtrennen, wohl aber selbst noch gut aufnahmefähige Siedlungsländer sind. Mexiko weist in den siedlungsungünstigen west-



lichen Sierren, wo eigentlich nur die Talregionen besiedelt worden sind, noch große Siedlungslücken auf, die sich als trennende Räume zwischen Hochland und Westküste einschieben.

Die Vereinigten Staaten haben durch die in den letzten Jahrzehnten erfolgte, selbst im Felsengebirge sehr weit vorgeschrittene Aufteilung und Besiedlung, die nur noch hochgelegene Gebirgsmassen ganz freigelassen hat, ferner durch eine schon recht gute Durchsetzung der ariden Becken- und Tafelländer mit Siedlungen, eine feste Zusammenschweißung zwischen dem Osten und dem pazifischen Westen erfahren, besonders, da ja die verbindenden Landschaften des kordillerischen Westens reich an Bodenschätzen sind und infolgedessen jetzt Lieferanten in Produkten verschiedenster Art für ihre östlichen wie westlichen Nachbarn darstellen. Viel lockerer dagegen, und mehrfach noch empfindlich gestört ist dagegen der Zusammenhang zwischen Ost und West in Kanada und Mexiko.

Anmerkungen

1) Dieser Aufsatz ist ein Auszug aus meiner Dissertation: Die Höhengrenzen der Siedlungen in Nordamerika im Vergleich mit europäischen Gebirgen, Frankfurt a. M. 1923, die seinerzeit von Prof. Maull angeregt wurde und unter seiner Leitung entstanden ist. Es wurden außer dem umfangreichen Material an Veröffentlichungen der staatlichen Landesanstalten zahlreiche Blätter der amtlichen Karten (1 : 125 000 und 1 : 62 500), für frühe Besiedlungsverhältnisse die Land Classification Map, für Mexico die Carta de la Republica Mexicana a la 100 000 a benutzt, die im Geographischen Institut der Universität Frankfurt vorhanden sind.

2) Eine recht gute Schilderung dieser Verhältnisse bietet das Geol. Bulletin 647: The Bull Mountain Coal Field, Wash. 1917.

3) Ch. Camsell, Prelim. Report on a part of the Similkameen District, Brit. Col. (Geol. Survey of Canada, Ottawa 1907).

4) U. S. Geol. Survey, Professional Paper 9.

5) U. S. Geol. Survey, Professional Paper 8.

6) Nach Fr. K. Vreeland, Notes on the Peace River, Brit. Columbia; Bull. Americ. Geograph. Society 1914, 1.

7) Hierüber enthalten verschiedene Veröffentlichungen des U. S. Geol. Survey beachtenswerte Mitteilungen.

8) Ich verweise an dieser Stelle auf Wunderlichs Abhandlung im „Memorial Volume of the Transcontinental Excursion of 1912 of the American Geographical Society", New-York 1915.

9) Eine von mir entworfene Skizze in O. Maulls Politischer Geographie, Berlin 1924, S. 484, soll einen Überblick geben über die Verteilung der siedlungsleeren und schwach besiedelten Räume des Westens der Vereinigten Staaten.

HERMANN LEVY:
DIE ENTEUROPÄISIERUNG DER WELTWIRTSCHAFT

I.

Das Fortschreiten der internationalen Arbeitsteilung führt notwendigerweise zunächst überall zu volkswirtschaftlichen Konflikten. Der Zerschlagungsprozeß, den die Erzeugung durchmacht, indem Teilproduktionen eines Landes durch die weltwirtschaftliche Entwicklung in andre Länder gelegt werden, muß zunächst für jenes eine Land oder eine Gruppe solcher Länder schwere Zeiten des Konkurrenzkampfes und der Depression bringen. Es fragt sich in jedem einzelnen solcher Fälle, ob die volkswirtschaftliche Erzeugung in der Lage ist, durch Anpassung an die neuen Verhältnisse einen Ausweg und eine Rettung zu finden. Im Grunde genommen freilich wiederholt sich hier nur jene Wirkung der Arbeitsteilung, die ebenso als das Ergebnis des Konkurrenzkampfes volkswirtschaftlicher Wirtschaftseinheiten und beim Einsetzen irgendwelcher technischer Neuerungen innerhalb der Volkswirtschaft eintreten kann, auf weltwirtschaftlichem Gebiete.

Die Zeit vom Ende der 70er Jahre bis zum Ausbruch des Weltkrieges hat mannigfache Fortschritte der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung gebracht, welche jene volkswirtschaftlichen Konflikte mit sich führten, Konflikte freilich, welche überwunden werden konnten, ohne daß sich permanente Schädigungen der einzelnen Volkswirtschaften ergaben. Es sei daran erinnert, daß das Auftreten der überseeischen und der russischen Getreidekonkurrenz für die alt-europäische Landwirtschaft einen gefährlichen Schlag und zunächst heftige Agrarkrisen bedeutete. Allein die allgemeine Verbilligung der Nahrungsmittel vermochte die Konsumfähigkeit der Massen für nicht-auf-weite-Entfernung-transportable Nahrungsmittel so zu vergrößern, daß hierin die Möglichkeit eines Ersatzes fhr die landwirtschaftliche Produktion lag, da wo diese mit den Gestehungskosten auf den jungfräulichen Böden nicht Schritt zu halten vermochte. Selbst in Ländern, welche diesen Anpassungsprozeß an die neuen Verhältnisse nicht durch Schutzzölle zu erleichtern suchten, war vor dem Kriege von einer Agrarkrisis nicht mehr die Rede, wie das Beispiel Englands deutlich zeigte. Ebenso brachte die großindustrielle Entwicklung der Vereinigten Staaten von Amerika, der man in den neunziger Jahren das Europa schreckende Beiwort der „unbegrenzten Möglichkeiten“ beilegte, keine Wirkungen hervor, die etwa in einer Deplazierung der europäischen Fabrikatausfuhr bestanden hätte. Standardisierung und Typisierung charakterisierten

die neuen amerikanischen Produktionsweisen. Aber auch durch sie wurde der Spielraum der alten, auf besondere Qualitäten und „workmanship" abgestellten europäischen Erzeugungen nicht nennenswert beeinträchtigt, während andererseits der wachsende Reichtum der amerikanischen Bevölkerung den europäischen Industrieländern einen bei weitem aufnahmefähigeren Markt für eben jene Erzeugnisse schuf, die die Union nicht oder nicht so billig wie Europa herzustellen vermochte. Ein drittes Beispiel bieten die deutsch-englischen Wettbewerbsbeziehungen vor dem Kriege. Das Eintreten Deutschlands in den Kreis der internationalen Industriegroßmächte bedeutete für die englische Industrie zunächst eine viel größere Gefährdung als die amerikanische Konkurrenz. Aber auch hier zeigte es sich im Laufe der Jahre, daß die Konzentrierung der englischen Industrie auf Erzeugungen, in denen sie eine besondere Vorzugsstellung besaß (Feine Gewebe, Schiffbau, Textilmaschinen, hochwertige Erzeugnisse fast aller Art), die Rettung gegenüber der deutschen Industrie bedeutete, deren Stärke — neben Industrien auf wissenschaftlicher Grundlage — in der Herstellung relativ billiger, aber nicht immer erstklassiger Erzeugnisse beruhte. Weil dies der Fall war, konnte trotz aller Propaganda und imperialistischer Agitation eine englische Schutzzollbewegung nicht durchdringen.[1])

Aus Erfahrungen dieser Art konnte für die Zeit vor dem Kriege gefolgert werden, daß der aus der fortschreitenden internationalen Arbeitsteilung entstehende Konkurrenzkampf keine vernichtende, sondern eine vorwärtstreibende Wirkung auf die nationalen Produktionsgebiete ausübte. Jede Verbilligung durch Hinzutreten neuer Konkurrenz bedeutete eine Steigerung des Weltkonsums für Waren, die bisher als teuer gegolten hatten und damit auch erhöhte Absatzmöglichkeit für Erzeugnisse, die von jener neuen Konkurrenz unberührt blieben, wie denn etwa das billige Brot dem Konsum frischer Eier und Butter förderlich sein mußte und wie durch die allgemeine Hebung des Automobilismus auf Grund typisierter Gefährte auch die Fabrikation hochklassiger Wagen steigende Aufträge erhielt. Aus diesen Erfahrungen heraus konnte Alt-Europa die Beruhigung schöpfen, daß selbst bei einer rasch fortschreitenden Industrialisierung der überseeischen Rohstoff- und Nahrungsmittelländer der Spielraum für die eigne Erzeugung nicht enger zu werden brauchte, vorausgesetzt, daß die Erzeugungen die Anpassungsfähigkeit und Umstellungsfähigkeit auf den veränderten Verbrauch besitzen würden. Verbilligung durch weltwirtschaftliche Mehrerzeugung, die Erschließung neuer überseeischer Gebiete, der internationale Übergang zu bisher spezifisch europäi-

[1]) Vgl. Levy, Grundlagen der Weltwirtschaft, Teubner 1924.

schen Produkten bedeutet für Europa wie für die Welt: Steigerung der Bedürfnisse für alle Güter, also auch für diejenigen, welche die überseeischen Neuländer bei aller Energie und bei allem guten Willen zunächst noch nicht im Konkurrenzkampf mit Europa herzustellen vermochten.

Im Sinne einer solchen Entwicklung hatte also sicherlich der Begriff „Enteuropäisierung" der Weltwirtschaft vor dem Kriege keine Berechtigung. Er hätte vielleicht als der Ausdruck einer engherzigen europäischen Furcht vor den Errungenschaften der Neuländer aufgefaßt werden können. Solange man feststellen konnte, daß der Fortschritt dieser Länder in einem Gleichgewicht zu dem Fortschritt der alten europäischen Wirtschaftsbasis stand, wäre es durchaus unangebracht gewesen, eine Verdrängung wirtschaftlicher Art zwischen neuer und alter Welt zu konstatieren. Es wäre das eine Verwechslung zwischen Verdrängung und Umformung volkswirtschaftlicher Kräfte gewesen, die solange berechtigungslos war, wie tatsächlich jede der großen Volkswirtschaften ihren Reichtum trotz einer solchen „Enteuropäisierung" zu steigern vermochte.

Der Weltkrieg — seine Wirkungen und vor allem auch seine Nachwirkungen — hat dieses Bild eines harmonischen Kräftezuwachses der europäischen und der überseeischen Länder wesentlich geändert. Voraussetzung dieser „Harmonie" war, wie bereits angedeutet: die Möglichkeit einer Steigerung der europäischen Bedürfnisse und der spezifisch europäischen Gütererzeugungen (und damit auch der Ausfuhren) trotz oder sogar auf Grund der überseeischen Produktionsfortschritte. Der Unterschied zwischen heute und früher besteht darin, daß der Weltkrieg der überseeischen Wirtschaft gewissermaßen „zufällig" Impulse geben konnte, wie sie bisher keine noch so protektionistisch-nationalistische Wirtschaftspolitik zu geben vermochte, während Europa selbst — anstatt seine Bedürfnisse und seinen Reichtum steigern zu können — zu einem großen Teile verarmte. Dieser, so völlig andere allgemeine Rahmen der heutigen Enteuropäisierung ändert natürlich die Beurteilung derselben in grundlegender Weise.

Betrachten wir in Kürze die Hauptkomponenten dieser Entwicklung. Als Plus für die überseeischen Wirtschaftsfortschritte zwischen 1914 und 1924 kann folgendes festgestellt werden: die alle europäischen Wirtschaften auf das Schwerste treffenden Verkehrsnöte maritimer Art während des Krieges kommen allen Überseeländern zugute. Sie bedeuten mehr als irgend ein Zollschutz der den dortigen gewerblichen Erzeugungen hätte zuteil werden können. Dazu kommt die fast allgemeine Beschränkung der großen Exportländer auf den Bedarf des Krieges, ein weiteres Moment zur Stimulierung der heimischen Erzeugungen über See. Der Warenmangel infolge der Behinderung oder des Ausscheidens Europas als Exporteur



begünstigt die Konkurrenz selbst schlechterer Erzeugnisse als der bisher europäischen, er kommt damit ganz besonders der amerikanischen, aber auch der japanischen Industrie auf nicht-europäischen Märkten zugute. Die Stellung der Vereinigten Staaten von Amerika gewinnt eine ungeheure Verstärkung durch ihre Eigenschaft als Kriegslieferant und die hierdurch bedingte staatlich unterstützte Ausweitung ihrer industriellen Gehäuse. Gleichzeitig bedeutet der Fortfall Rußlands als Nahrungsmittel- und Rohstofflieferant Europas eine sofortige stärkere Abhängigkeit von überseeischen Erzeugungen. Alle diese Momente stehen auf der Kredit-Seite der überseeischen Wirtschaftsentwicklung zwischen 1914—1924. Demgegenüber nun die „Debet-Posten" Europas. Die Verarmung großer Länderkomplexe reduziert die Bedeutung Europas als Käufer und Kunde. Kriegszerstörungen, unheilvolle Friedensbedingungen, unrationelle Lostrennung einzelner Wirtschaftsgebiete voneinander, einsetzender Valutaverfall, ganz besonders den Vereinigten Staaten von Amerika gegenüber, damit zusammenhängende Kapitalerschlaffung bewirken, daß der frühere Prozeß einer dauernden Bedürfnissteigerung den überseeischen Fortschritten nicht mehr gegenübergestellt werden kann. Die Bedeutung Europas als des „guten Kunden" nimmt ab. Die Bedeutung der überseeischen Binnenkundschaft und des überseeischen Austauschverkehrs selbst nimmt damit zu. Die überseeischen Absperrungstendenzen verstärken sich notwendigerweise auf Grund dieser Verhältnisse. Dies geschieht zum erneuten Schaden Europas — dieses Mal des Verkaufenden. Während Europa nur kauft, was es kaufen muß, hierin aber abhängiger als früher von Übersee ist, will die überseeische Welt nicht minder nur das von Europa kaufen, was es ohne Schädigung ihrer durch den Weltkrieg hochgezüchteten industriellen Sonderinteressen kaufen kann. An die Stelle eines ineinanderwachsenden weltwirtschaftlichen Organismus, bei welchem steigende Kräftigung eines Teils sogleich Kräftigung anderer Teile bedeutet, ist Zerklüftung und Dezentralisierung getreten. Diese aber trägt das spezifische Gepräge einer Schädigung der europäischen Wirtschaften.

Es gilt nunmehr, sich diese Gestaltung der weltwirtschaftlichen Verhältnisse an Hand der tatsächlich eingetretenen Veränderungen und der speziellen wirtschaftlichen Erscheinungen zu vergegenwärtigen.

II.

Über die allgemeine Umschichtung des Welthandels zugunsten überseeischer Gebiete informiert eine Tabelle, welche der Völkerbund zusammengestellt hat.

Es betrug darnach:

Die Einfuhr nach	aus England		aus den USA.		aus Frankreich		aus Deutschland	
	1913	1922	1913	1922	1913	1922	1913	1922
	%	%	%	%	%	%	%	%
Frankreich	13	14	11	16	—	—	13	5
Belgien	10	14	8	11	20	21	15	13
Rußland	13	13	6	33	4	1	47	28
Italien	16	12	14	28	8	7	17	18
Holland	9	16	11	13	1	3	29	30
Schweden	24	24	9	15	4	3	34	28
Kanada	21	18	64	67	2	1½	2	½
Indien	64	60	3	6	1½	1	7	5
Australien	52	51	14	18	3	13	8	0,1
Argentinien	31	23	15	22	9	5	17	13
Brasilien	24	26	16	23	10	6	17	8
China	16	15	6	17	1	½	5	2½
Japan	17	12	17	31	1	1	9	6

Bei Beurteilung dieser Ziffern müssen selbstverständlich verschiedene Einschränkungen gemacht werden. Erstens handelt es sich um Prozentziffern. Es ist aber zu bedenken, daß die absolute Höhe der Einfuhr aus einem bestimmten Lande selbst dann immer noch das wirtschaftlich Entscheidende zu sein vermag, wenn die Einfuhr aus einem andern Lande, die aber absolut genommen niedrig ist, sich prozentual wesentlich steigert. Wenn ein Land für zehn Millionen aus einer Ländergruppe A, für zwei Millionen aus einer Ländergruppe B einführt, so macht es prozentual Erhebliches aus, wenn jene zwei Millionen auf vier Millionen steigen, während vielleicht jene zehn Millionen nur um eine Million sich erhöhen, allein für die Beurteilung der gesamten Einfuhrverhältnisse bleibt selbstverständlich das absolute Überwiegen der Einfuhr aus der Ländergruppe A das Entscheidende, selbst wenn der prozentuale Anteil an der Gesamteinfuhr im Sinken ist. Zweitens muß berücksichtigt werden, daß die Tabelle mit dem Jahre 1922 abschließt, während gerade die Entwicklung der Jahre 1923 und 1924 gezeigt hat, daß Deutschland in den verschiedensten Teilen der Weltwirtschaft, vor allem in den südamerikanischen Staaten und Kanada, wesentliche Fortschritte im Sinne einer Wiedereroberung alter Märkte machen konnte. Trotz dieser Einschränkungen bleibt aber die Berechnung des Völkerbundes wertvoll. Sie zeigt, in welch starkem Maße die Nachkriegszeit eine Tendenz der Enteuropäisierung erzeugt hat, und sie läßt den Schluß zu, daß von dieser Tendenz, selbst wenn sie sich heute wieder etwas abgeschwächt hat, genug übrig bleiben dürfte, um das weltwirtschaft-



liche Bild der Vorkriegszeit zu verändern. Die wachsende Teilnahme der USA. an der Weltversorgung ist das Entscheidende. Dabei aber fällt auf, daß diese Stärkung der amerikanischen Stellung nicht etwa nur in den europäischen Gebieten vorhanden ist, sondern — wie die Ziffern für Japan, China, Südamerika, Australien, Indien zeigen — vor allem auch im nichteuropäischen Wirtschaftsgebiete zum Ausdruck kommt.

Besäßen wir die Ziffern der Leistungen der internationalen Handelsflotte für die einzelnen Länder oder Länderkomplexe, so würden wir vermutlich auch hier konstatieren können, daß eine Enteuropäisierung der so wichtigen maritimen Verkehrsleistungen vorhanden ist. So muß man sich mit der Feststellung begnügen, daß schon die seit dem Weltkriege veränderte Verteilung der Handelsflotte auf die einzelnen Länder eine Enteuropäisierung des Schiffsverkehrs präsentiert. Nach Lloyds Register — wiedergegeben im Statesman Year Book für 1924 — betrug die Welthandelsflotte im Juni 1923: 57 900 000 Gr. Tons gegen 42 500 000 im Juni 1914. Während sich die englische Handelsflotte jedoch nur um einen ganz geringen Betrag hatte vermehren können, die deutsche $2^1/_2$ Millionen Tonnen verloren, die Flotte Frankreichs um etwa 1,3 Millionen Gr. Tons angewachsen war, hatte sich die Flotte der USA. von 1,8 Millionen auf 12,4 Millionen, diejenige Japans von 1,6 auf 3,4, die der britischen Dominions von 1,4 auf 2,2 Millionen steigern können. Es ist nun freilich auch hier zu berücksichtigen, daß diese Ziffern nicht ohne weiteres verwandt werden dürfen, um die Enteuropäisierung der internationalen Schiffahrt zu beweisen. Denn man weiß, in welchem zum Teil desolaten Zustande die junge amerikanische Handelsflotte sich befindet. Immerhin sind ihr nicht nur die Neubauten während des Krieges und unmittelbar nachher, sondern auch die Fusionen mit fremden Schiffahrtsgesellschaften, die heute die amerikanische Flagge führen, zuzurechnen. Die Wirkung hat sich darin gezeigt, daß sich der Prozentsatz der in amerikanischen Schiffen ein- und ausgeführten Warenwerte seit dem Kriege gewaltig gesteigert hat. Im Jahre 1913 wurden nur 11,4 % der Einfuhrwerte und nur 9,1 % der Ausfuhrwerte auf amerikanischen Schiffen verfrachtet. Im Jahre 1920 hingegen hatte sich dieser Prozentsatz auf 42 resp. 43,6 % gesteigert. Diese Steigerung aber geschah auf Kosten der Handelsdampfer anderer Nationen, die bisher das amerikanische Außenhandelsgeschäft mit Schiffahrtsdiensten versahen, also vor allem auf Kosten englischer, deutscher, norwegischer, holländischer, französischer und italienischer Schiffe. Bedeutet eine Verschiebung der Außenhandelsziffern zugunsten überseeischer Länder aber eine Enteuropäisierung der Handelsbilanzen, so bedeutet der größere Anteil überseeischer Länder am maritimen Transporte eine Enteuropäisierung der Zahlungsbilanzen, da ja die von den einzelnen Ländern andern Ländern geleisteten Schiffahrts-

dienste einen wesentlichen Bestandteil der Zahlungsbilanzen und der unsichtbaren Ausfuhren Europas bedeuten.

Man wird nun freilich bei allen diesen Betrachtungen dem Umstande Rechnung tragen müssen, daß die wirtschaftliche Lage und Wettbewerbsfähigkeit Europas unmittelbar, zumindest aber in den ersten fünf Jahren nach dem Weltkriege eine vielleicht schärfere weltwirtschaftliche Benachteiligung des europäischen Geschäftes mit sich gebracht hat, als es auf die Dauer der Fall sein dürfte, und man wird, wie schon erwähnt, gerade die Erfahrungen der letzten beiden Jahre dahin auszudeuten haben, daß eine allmähliche Wiedererstarkung der europäischen Wirtschaften, ganz besonders auch Deutschlands, deren Position gegenüber den überseeischen Ländern im Welthandel und Weltfrachtverkehr stärken dürfte. Aber wenn überhaupt, so scheint sich dieser Prozeß langsam zu vollziehen. So brachte die Financial Times vom 23. Februar 1925 eine längere statistische Betrachtung der Außenhandelsbeziehungen Indiens, in welcher konstatiert wurde, „daß im wachsenden indischen Einfuhrhandel der Anteil Englands immer stärker zurückgehe, während wachsende Aufträge aus Japan, Java und den Vereinigten Staaten, von europäischen Ländern nur von Belgien zuteil geworden wären". Sieht man aber von der allgemeinen Entwicklung des überseeischen Handels und Frachtverkehrs ab, so gibt es eine Reihe von speziellen Tatsachen und Tendenzen, welche die Enteuropäisierung der Weltwirtschaft gerade in den letzten Jahren besonders markant haben hervortreten lassen, und welche auch in der Folgezeit noch von größter Tragweite bleiben dürften.

Es handelt sich hier vor allem darum, daß die Europa-Wirtschaft in verschiedenen Zweigen ihrer Versorgung erheblich stärker von den überseeischen Erzeugungszentren abhängig geworden ist als vor dem Kriege. Dies trifft vor allem auf die Versorgung mit Zerealien zu. Ganz besonders haben die Ereignisse auf dem Weizen-Weltmarkt im Jahre 1924/25 gezeigt, welche Blöße der europäischen Versorgung durch den Fortfall der russischen Erzeugung und Exportfähigkeit zuteil geworden ist. Der Bedarf Rußlands, der sich heute geradezu in einen Importbedarf verwandelt hat, das gleichzeitige Versagen der kanadischen Ernten, die relativ geringen Hinübernahmen von Weizen amerikanischer Ernten in das neue Erntejahr, führten seit dem Herbst 1924 zu einer Weizenhausse, wie man sie seit den außergewöhnlichen Kriegszeiten nicht erlebt hatte. Eine vom englischen Economist (27. Dezember 1924) veröffentlichte Tabelle kann die Enteuropäisierungs-Tendenz des Weizenanbaus illustrieren, wobei zu beachten ist, daß diese sich auch dann zeigt, wenn man den früher so wichtigen russischen Weizenbau ganz außer Betracht läßt. Es betrug in Millionen Hektar die Weizenanbaufläche:



in	Durchschnitt 1909/13	1924
Europa (exkl. Rußland)	29,3	26,5
USA.	19,1	21,8
Kanada	4,0	9,1
Indien	11,8	12,6
Argentinien	6,5	7,2
Australien	3,1	4,0

Ebenso ergeben die Ziffern der Erzeugung der letzten Jahre die Tendenz der Enteuropäisierung. Die Welternte betrug im Durchschnitt der Jahre 1909/13 etwa 822 Millionen Zentner (nach dem International Institute of Agriculture, Jahrbuch von 1923), davon entfielen damals 370 Millionen auf Europa (exkl. Rußland). Im Jahre 1923 betrug die Welternte 945 Millionen Zentner, dagegen fielen nur 343 Millionen auf Europa.

Es ist hier nicht der Platz, alle wesentlichen Rohstoffe der Welt nach dem Gesichtspunkt internationaler Abhängigkeiten durchzugehen. Allein, es sei auf die außerordentliche Abhängigkeit der europäischen Länder von den überseeischen Gespinststoffen hingewiesen. Man weiß, mit welcher Bangigkeit in jedem Jahre die gesamte Welt auf den Ausfall der amerikanischen Baumwollernte wartet, und welche Erleichterung allen Textilmärkten widerfuhr, als im Jahre 1924 die Nachrichten von einer schlechten amerikanischen Baumwollernte sich als falsch erwiesen. Wenn es gelingen sollte, der Monopolstellung amerikanischer und ägyptischer Baumwolle eine Steigerung der sogenannten „outside-growths" gegenüberzustellen, deren Qualität heute noch zum Teil minderwertig ist (vor allem ist zu denken an Indien, China, Süd- und Ostafrika, Brasilien), so wäre damit wenigstens die europäische Bezugsabhängigkeit insofern gemildert, als nicht mehr ein einziges überseeisches Land die Kontrolle über den Baumwollmarkt der Welt ausüben würde. Aber diese Entwicklungen sind vorläufig noch — soweit ein wirklich brauchbarer, exportabler Überschuß in Frage kommt — in den Anfängen (vgl. den Aufsatz von Todd im Manchester Guardian Commercial vom 29. Januar 1925). Das Problem der Baumwollversorgung der Welt bewegt sich in jedem Jahre um die Frage der amerikanischen Ernte, des amerikanischen Bedarfes und des Weltbedarfes. Da der amerikanische Bedarf ungefähr ebenso hoch ist, wie der Bedarf der Welt nach amerikanischer Baumwolle zu sein pflegt, so bedeutet ein steigender Bedarf der Union bei gleichzeitig nicht entsprechend höherer Ernte einen immer lebhafteren Kampf um die amerikanische Baumwolle zwischen den Amerikanern selbst und vor allem ihren europäischen Abnehmern, sicherlich nicht zum Vorteil der letzteren. Ja, es kann unter Umständen damit gerechnet werden, daß in Jahren besonderer Verknappung der amerikanischen Vorräte ein Embargo auf die Ausfuhr erwogen werden könnte.

Während Europa im Jahre 1924 die Unannehmlichkeit dieser Verhältnisse glücklicherweise noch nicht kennen lernte, bedeutete die Lage auf dem australischen Wollmarkte eine außerordentliche Belastung der europäischen Bezieher. Hier handelt es sich freilich nicht darum, daß das exportierende Land durch seinen eignen Bedarf für die auswärtigen Abnehmer eine prekäre Lage schafft, als vielmehr um eine Verknappung der Erzeugung und eine hinzutretende Erschöpfung der bisher aus der Kriegszeit stammenden Reserven. Die Folge war eine Hausse auf dem internationalen Wollmarkte, die an Schärfe hinter der der Nahrungsmittel nicht zurücktrat. Derartige Aufwärtsbewegungen der Preise aber können blitzartig die Abhängigkeit der europäischen Wirtschaften von der überseeischen Nahrungs- und Rohstoffwirtschaft erhellen. Demgegenüber hat die europäische Wirtschaft nur wenige Rohstoffe, in denen sich eine solche Abhängigkeit gegenüber den überseeischen Ländern konstatieren läßt. Selbst Kali und Farbstoffe sind in ihrer Absatzfähigkeit von der Elastizität des Verbrauches weit stärker abhängig als etwa Weizen und Baumwolle, eine monopolistische Preisbildung kann weit eher mit einer Einschränkung des Verbrauches beantwortet werden als besonders bei den Nahrungsmitteln. Ein für den Weltverbrauch einstmals wichtiger Rohstoff Europas — die Kohle — hat im Laufe der Jahrzehnte gerade auf überseeischen Gebieten eine Verschlechterung erfahren, was insbesondere in der Exportentwicklung der englischen Kohle zum Ausdruck kommt. Auch hier ein Fall der Enteuropäisierung, indem eine Reihe von Ländern, die vor Jahrzehnten fast ausschließlich ihren Kohlenbedarf aus England beziehen mußten, heute denselben aus näher gelegenen überseeischen Gebieten beziehen oder selbst zur Kohlenförderung übergegangen sind, eine Tendenz, auf welche Mr. D. A. Thomas (später Lord Rhondda) in einem viel beachteten Vortrage vor der Royal Statistical Society schon im Jahre 1902 aufmerksam machte. Es ist bezeichnend, daß England im Jahre 1913 nach Brasilien 1,9 Millionen Tonnen Kohle, im Jahre 1924 nur etwa 800 000 Tonnen, nach Uruguay nur 419 000 statt 723 000, nach Ägypten nur 1,8 Millionen anstatt 3,1 Millionen, nach Chile sogar nur 19 000 Tonnen statt 600 000 Tonnen ausführte. Wenn auch diese Abnahmen zu einem guten Teile durch den abnehmenden Bedarf an Kohle nach dem Weltkrieg erklärt werden können, so sind doch zu einem andern Teil auch die erwähnten Tendenzen der Enteuropäisierung der internationalen Kohlenwirtschaft an ihnen mitbeteiligt.

Bei der Beurteilung der europäischen Absatzverhältnisse der Gegenwart hat man aber nicht nur das Volumen, sondern auch die Bewertung des Güteraustausches zu berücksichtigen. Diese wiederum ist von der Preisbildung abhängig. Nun hat auch die Tendenz der weltwirtschaftlichen Preisbildung in

den letzten Jahren eine Richtung eingeschlagen, die man geradezu als den europäischen Wirtschaftsinteressen entgegengesetzt bezeichnen kann. Die Vorherrschaft europäischer Industriewaren in der Welt hat sich in früheren Zeiten darauf aufgebaut, daß es möglich war, auf Grund der sich verbilligenden überseeischen Nahrungsmittel- und Rohstoffeinfuhren auch die Fabrikate billiger herzustellen. Diese Tendenz, welche eine immer wachsende Steigerung des Bedarfs nach europäischen Industrieerzeugnissen in der Welt bedeutete, bildete geradezu das Rückgrat der europäisch-überseeischen Arbeitsteilung. Heute lebt die Welt in einer Zeit steigender Rohstoff- und Nahrungsmittelpreise, wenn man von einigen Ausnahmen — etwa Kupfer oder Kautschuk — absieht. Bei der nach dem Kriege eingetretenen allgemeinen Schwächung aller Wirtschaften der Welt bedeutet aber diese Teuerung nicht eine jener Hausseerscheinungen, wie man sie auch früher erlebte und wie sie in der Regel mit einer Steigerung auch der Fertigfabrikatpreise Hand in Hand ging. Im Gegenteil. Diese „Hausse" ist die Folge nicht eines auf Grund allgemeiner Reichtumsvermehrung steigenden Bedarfes, sondern der allgemeinen Zerklüftung der Weltwirtschaft, des Fortfalls wichtiger früherer Exportgebiete, der Verringerung der Erzeugung usw. Es ist unter diesen Umständen nur natürlich, daß sich die heutige Weltmarktpreis-Hausse nicht in einer proportionalen Steigerung der Fabrikatpreise fortpflanzen kann, sondern im Gegenteil eine Diskrepanz zwischen Rohstoff- und Fabrikatpreisen entstehen muß. Denn die erhöhten Kosten der Fabrikation finden in der ärmer gewordenen Bevölkerung der Länder und deren sinkender Kaufkraft für alle, nicht unbedingt lebensnotwendigen Güter keine Möglichkeit des Ausgleiches. Man vergleiche die Preisbildung der verschiedenen und hauptsächlichsten Güter im Zentrum des Weltmarktes, im Freihandelslande England.[1]) Setzt man die Preise der Jahre 1901—1905 gleich 50, so ergibt sich folgendes Bild für Ende Dezember 1924:

Warengattung	Indexnummer
Ausl. Weizen	136 1/2
Reis	111 1/2
Tee	156
Kaffee	153
Amerikanische Baumwolle	117 1/2
Ägyptische Baumwolle	217
Garne	136 1/2
Tuche	131
Australische Wolle	154 1/2

[1]) Vgl. eine hiermit nicht ganz übereinstimmende — weil jene Ziffern außeracht latsende — Darstellung von M. Sering in „Grundfragen der neuen deutschen Handelspolitik". München 1925. S. 9—15.



Warengattung	Indexnummer
Roheisen	85
Stahlschienen	75
Stabeisen	92 1/2
Zinn	102 1/2
Erdöl	100

Man erkennt aus diesen Ziffern, daß sowohl die Preise der Textilfabrikate (Tuche z. B. gegenüber Wolle und ägypt. Baumwolle) wie vor allem aber der Fabrikate der schweren Eisenindustrie nicht annähernd mit den Rohstoffpreisen und der Steigerung der Nahrungsmittelpreise Schritt halten konnten. In dem Maße aber, wie die Preise der Rohstoffe und Nahrungsmittel in erster Linie durch die Überseeländer bedingt werden, die der Fabrikate aber die europäische Exportindustrie treffen, bedeutet diese Preisbildung eine anti-europäische Tendenz. Freilich kommt diese nicht in allen europäischen Ländern gleich intensiv zum Ausdruck.

Da wo eine noch relativ starke Eigenerzeugung von Nahrungsmitteln und Rohstoffen besteht, ist die Einwirkung dieser Preisdiskrepanz auf die Volkswirtschaft selbstverständlich weniger bedenklich. In Deutschland sind z. B. die Getreidepreise nicht in dem Ausmaß der Weltmarktpreise auf Grund der letzten Preishausse im Jahre 1924 gestiegen. Aber von diesen Intensitätsgraden abgesehen, bedeutet die Steigerung der Nahrungsmittel- und Rohstoffpreise auf überseeischen Märkten eine unbedingte Schädigung der europäischen Ausfuhrinteressen in mittelbarer und unmittelbarer Beziehung, indem einerseits die Kosten der Fabrikation gesteigert werden und damit deren internationale Absatzfähigkeit erschwert wird, und andrerseits die erhöhten Belastungen der Lebenshaltung bei nicht gleichzeitig steigenden Verdienstmöglichkeiten der Arbeiter eine weitere Verarmung und Konsumlähmung Europas bedeuten müssen. Dies kommt denn auch bereits in den Ergebnissen der Handelsbilanzen zum Ausdruck, welche seit der erneuten Steigerung der Weltmarktpreise — insbesondere für Nahrungsmittel — eine Passivierung zugunsten überseeischer Gebiete aufweisen.

Während in Frankreich diese Tendenz durch die fortschreitende Inflation verschleiert wird, die deutschen Verhältnisse ebenfalls angesichts der noch zerrütteten Verhältnisse unseres Außenhandels besonderen Voraussetzungen unterliegen, zeigt sie sich im englischen Handelsverkehr auf das markanteste. England hat im Jahre 1924 für nicht weniger als 64 Millionen Pfund Sterling mehr an Nahrungsmitteln und Genußmitteln ausgeben müssen und ca. 75 Millionen Pfund Sterling mehr für die von ihm eingeführten Rohstoffe. Hieraus hat sich, da die Ausfuhrwerte aus den früher genannten Ursachen nicht mit diesen Mehrausgaben Schritt zu

halten vermochten, eine Überpassivierung der Handelsbilanz Englands ergeben, die volkswirtschaftliche Kreise des Inselreiches mit wachsender Sorge erfüllt. Der Überschuß der Einfuhrwerte über die Ausfuhrwerte betrug im Jahre 1907: 142 Mill. Pfund Sterling, im Jahre 1913: 158 Mill. Pfund Sterling, eine Passivität der Handelsbilanz, welche angesichts der gewaltigen „unsichtbaren Ausfuhren" Englands durchaus normal war. Blieb doch in jenen Jahren noch immer ein Überschuß von 138 resp. 181 aus der Zahlungsbilanz. Im Jahre 1922 betrug das Importsaldo 171, im Jahre 1923: 203 Millionen Pfund, stieg dann aber im Jahre 1924 auf Grund der von uns geschilderten Preisverhältnisse auf den überseeischen Nahrungsmittel- und Rohstoffmärkten auf nicht weniger als: 341 Millionen Pfund Sterling. Nach den Berechnungen des Economist (vom 14. Febr. 1925) verblieben als Überschuß der Zahlungsbilanz im Jahre 1924 nur 29 Millionen Pfund Sterling. Damit ist eine Enteuropäisierung der englischen Handelsbilanz gegeben, die zugleich die Folge hat, daß England, wenn sich die Handelsbilanz nicht wieder bessert, bedeutend weniger Kapital zur Anlage in fremden Ländern zur Verfügung haben wird als früher. Die Überpassivierung der Handelsbilanz bedeutet also nichts weniger als ein Sinken auch des finanziellen Stärkegrades Englands gegenüber dem Auslande. Natürlich wird England diese Verhältnisse besonders stark verspüren, weil es seiner ganzen industriellen Struktur nach von der heutigen Weltmarktshausse fast nur Nachteile hat.

Es bleibt freilich zu berücksichtigen, daß auch einzelne europäische Länder aus der Steigerung der Nahrungsmittelpreise Vorteile zu ziehen vermögen, welche der Enteuropäisierungstendenz der Handelsbilanz entgegenwirken. Dies war zum Beispiel im Jahre 1924 in Dänemark der Fall, dessen Einfuhrüberschuß von 316 Millionen Kronen auf 173 Millionen in der Zeit von Januar bis November gegenüber dem Vorjahre zurückging, weil die landwirtschaftliche Ausfuhr höhere Preise brachte. Andrerseits finden wir in der Tschechoslowakei eine „Verschlechterung" der Handelsbilanz infolge der höheren Einfuhrwerte von Wolle, Baumwolle, Weizen und Mehl. Alle vorhandenen Einschränkungen und Differenzierungen können aber an der grundlegenden Tendenz nichts ändern, die darin besteht, daß die steigenden Preise überseeischer Nahrungsmittel und Rohstoffe eine Wirkung der Enteuropäisierung zur Folge haben, indem ihnen eine entsprechende Steigerung der europäischen Fabrikatausfuhren nicht gegenübersteht. Es ist erklärlich, daß das älteste und heute noch bedeutendste europäische Industrieland, England, davon am sichtbarsten betroffen wird und daß sich an ihm die Wirkung dieser Entwicklung am stärksten nachweisen läßt. Sie besteht aber im Prinzip für die gesamte Wirtschaft Europas.

III.

Die Enteuropäisierungstendenz der Weltwirtschaft, wie sie sich aus den geschilderten rein wirtschaftlichen Umwälzungen der letzten Jahre ergibt, wird verstärkt durch die Richtung der internationalen Wirtschaftspolitik.

Die Nachkriegszeit hat in allen Ländern eine Tendenz des Protektionismus gebracht, Verschiedene Umstände haben hierzu beigetragen: zum Teil die chauvinistische Stimmung zahlreicher, besonders aber der kleineren Siegerländer, welche mit dem Schutzzoll den national-imperialistischen Gedanken stärken wollen, dann der Wunsch, Industrien, die während und auf Grund der Kriegsverhältnisse einen starken Anreiz erfahren hatten, in ihrer Ausdehnung zu erhalten, ferner die Furcht vor der scharf einsetzenden Konkurrenz früherer Weltwirtschafts-Vormächte und schließlich auch vor der Neuerscheinung des Valutadumping.

Voran stehen in dieser schutzzöllnerischen Bewegung der internationalen Handelspolitik die überseeischen Mächte. Die Vereinigten Staaten haben im Fordney- und Maccumbertarif Schutzzölle geschaffen, welche höher sind nicht nur als der letzte freihändlerische, sondern zum Teil auch als der letzte republikanische Tarif vor dem Kriege. Dazu kommen die dem Präsidenten überantworteten Sonderbefugnisse in besonderen Fällen. Obschon die Union infolge der Goldzuflüsse des letzten Jahres durchaus keinen Schaden darin erblicken sollte, wenn ihre Handelsbilanz sich etwas passivieren würde, bleibt noch immer das Ideal des Amerikaners: ein möglichst großer Ausfuhrüberschuß. Da andrerseits der „teure“ Dollar die Ausfuhr — besonders nach Europa — abgeschreckt hat, so bleibt als Mittel zur Erhaltung dieser aktiven Handelsbilanz nur die Erhöhung der Zölle — zur entsprechenden Verminderung der Einfuhren. Damit wird die Kluft zwischen Amerika und Europa immer stärker vertieft. Ferner sind die englischen Kolonien und Dominions zu verschärftem Protektionismus übergegangen. Am wenigsten vielleicht Canada, das ja im übrigen nicht in Europa, sondern in den U. S. A. seinen Hauptwirtschaftsgegner erblickt. Dagegen in sehr starkem Maße Indien, das seit 1918 seine Textilzölle zum Schutze seiner rasch entwickelten Spinnereien mehrere Male erhöht hat, ferner als eine Art von Subvention für seine noch geringfügige Eisenindustrie Eisenzölle eingeführt hat und außerdem durch Gesetze über die Küstenschiffahrt eine Nationalisierung der Schiffahrt anstrebt, die natürlich ebenfalls dem fremden Handel nicht günstig sein dürfte. Australien ist die Hochburg des Protektionismus. In dem Wunsche, möglichst „alles“ selbst zu erzeugen, hat dieses Land im Jahre 1924 Zölle beschlossen, deren Inkrafttreten mehrere Male verschoben werden mußte, weil die Industrien „noch nicht so weit waren“. Es hat



außerdem die Gewährung von Vorzugszöllen an das Mutterland neuerdings von der Bestimmung abhängig gemacht, daß mindestens 75 % der Löhne und der Materialien der zu präferenzierenden Güter englischen Ursprungs sein müßten, was eine Erschwerung nicht nur der nicht-britischen Konkurrenz, sondern auch des englischen Veredelungsverkehrs bedeutet. Außerdem hat man im Jahre 1924 wiederholt in England Klagen darüber gehört, daß im Submissionswesen Australiens eine willkürliche Bevorzugung der heimischen Industrien vorherrsche, selbst wenn diese teurer lieferten als England oder das Ausland. In Südafrika wird ebenfalls ein großzügiges Schutzzollsystem zur Entwicklung der heimischen Industrien geplant. Ferner hat aber auch Japan — besonders im letzten Jahre durch eine Belastung der Luxuswareneinfuhr mit einem Wertzolle von 100 % — den Weg steigender Zölle beschritten. Was die Vorzugszölle der Dominions für England angeht, so bedeuten sie freilich eine Begünstigung eines europäischen Konkurrenten, eventuell auch zu Gunsten nichteuropäischer Wettbewerber, etwa Amerikas oder Japans. Aber der englische Handel hat wiederholt und energisch zum Ausdruck gebracht, daß es ihm viel angenehmer sein würde, wenn die Vorzugszölle fielen, aber einer starken Zollermäßigung der allgemeinen Sätze Platz machen würden, während in Wirklichkeit die Kolonien unter dem Deckmantel mutterländischer Bevorzugung die absolute Höhe der Zölle immer höher schrauben.

Zu dieser „nationalen“ Politik, die sich in ihren Auswirkungen vornehmlich gegen Europa richtet, kommt der gewaltige Umschwung in der Einwanderungspolitik. Die U. S. A. haben ihre Einwanderungspolitik durch die bekannte, sehr willkürliche und der neuesten Entwicklung der Einwanderungsprovenienz widersprechende Kontingentierungsgesetzgebung erheblich verschärft. In Australien hat unlängst ein Arbeiterkongreß erklärt, daß man die Einwanderung überhaupt verbieten müsse, solange nicht jeder australische Arbeiter Arbeit habe. Damit wird der Menschenaustausch zwischen Europa und Übersee auf das schwerste geknebelt. Damit wird aber wiederum die Preisbildung auf den überseeischen Nahrungsmittel- und Rohstoffmärkten letzten Endes zu Ungunsten der beziehenden Europaländer beeinflußt. Denn die Hochhaltung der überseeischen Löhne, die durch den relativen Arbeitermangel ermöglicht wird, ist eine der Ursachen der Teuerung.

Welches ist die Stellung der europäischen Länder gegenüber diesen Tatsachen? Leider ist anscheinend den europäischen Staatslenkern die Bedeutung derselben noch nicht in ihrer ganzen Tragweite klar geworden, sonst wären sicherlich schon Schritte geschehen, um die europäischen Wirtschaftsinteressen gegenüber der überseeischen Wirtschaftspolitik zu sammeln. Man wird vielleicht einwenden, daß die Nahrungsmittel- und Rohstofflieferanten sicherlich immer die stärkeren seien. Aber muß darum

der Schwächere auf Gegenmittel verzichten? Vor allem muß daran erinnert werden, daß die Wirkung der Meistbegünstigung durch das Betehen weitschichtiger Präferentialtarife, die das Mutterland bevorzugen, hinfällig wird. Ganz besonders trifft das auf das englische Weltreich zu. Es ist allmählich eine Sonderbarkeit geworden, daß englische Dominions in der Handelspolitik als „Kolonien" behandelt werden und die von ihnen dekretierten Vorzugszölle nicht unter die Meistbegünstigung fallen, während heute tatsächlich der Wirkungsgrad dieser Vorzugszölle so beträchtlich ist, daß durch sie die verschiedensten meistbegünstigten Positionen hinfällig werden. Ein Zusammenschluß gewisser europäisch-kontinentaler Wirtschaftsmächte gegen diese einseitige Bevorzugung britischer Erzeugnisse wäre zu erwägen, zumal da es sich bei den „Selfgoverning dominions" um handelspolitisch ganz autonome Staaten handelt.

Es müßte ferner ganz allgemein das Bestreben aller alten europäischen Industrieländer sein, durch Ermäßigung der Erzeugungskosten die Schwierigkeiten der überseeischen Zollwälle zu überwinden. Das Gegenteil aber scheint der Fall zu sein, wenn man sieht, wie eine internationale Bewegung für den Achtstundentag in der Industrie eingesetzt hat, die unbestrittner Weise zu einer Verringerung der Produktivität und einer Erhöhung der Kosten führen muß (vgl. die Schrift des Verfassers: „Der deutsche Arbeiter und die internationale Wirtschaft", in der sich hierüber breites Material befindet).[1]) Es ist aber wiederum charakteristisch, daß gerade einzelne wichtige überseeische Gebiete den Achtstundentag — zumindest als allgemeine Einrichtung — bisher abgelehnt haben. So vor allem die U. S. A., welche das Washingtoner Abkommen nicht ratifiziert haben, und Canada. Liest man den Jahresbericht des Internationalen Gewerkschaftsbundes vom Jahre 1924 (The activities of the International Federation of Trade Unions, Amsterdam 1924), so erkennt man, daß sich diesem Verbande, der ebenfalls zu den Vorkämpfern des Achtstundentages gehört, folgende Staaten noch nicht angeschlossen haben: Vereinigte Staaten von Amerika, Rußland, Mexiko, Japan, Australien, Britisch-Indien und Holländisch-Indien. Die „internationale" Arbeiterbewegung ist also in erster Linie eine europäische Bewegung. Sie sollte sich aber in ihrem eigensten wirtschaftlichen Interesse des heutigen Gegensatzes zwischen den überseeischen und den europäischen Wirtschaftsinteressen klar werden, ehe sie die Einführung von sozialen Belastungen durchzusetzen sucht, welche die europäischen Wirtschaften einseitig treffen und in ihrer schweren Stellung gegenüber den überseeischen Ländern noch mehr bedrücken müssen.

Wie schon zu Beginn dieser Erörterungen gesagt wurde, wird man in

---

[1]) Erschienen in den Schriften der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände.



Europa der industriellen Fortentwicklung überseeischer Neuland-Staaten niemals eifersüchtig gegenüberstehen. Es war vorauszusehen, daß landwirtschaftlich erblühte Kolonialländer auch die Industrialisierung erstreben würden. Aber während eine solche Entwicklung unter normalen Verhältnissen — d. h. bei fortwährender Verbilligung der Nahrungsmittel und Rohstoffe in der Welt und dementsprechend verbilligter Befriedigung der primitiveren Bedürfnisse — für die europäischen Fertigindustrien einen größeren Bedarf ihrer Güter bedeutet hätte und vermutlich gerade den hochqualifizierten Exportindustrien, gegenüber den überseeischen Massenfabrikationen, einen breiteren Absatz gegeben haben würde, ist heute die Situation unnatürlich verschoben. Verknappung der überseeischen Nahrungsmittel und Rohstoffe einerseits — Absatzerschwerung der europäischen Erzeugnisse durch die überseeischen Zollpolitik andrerseits. Beides muß, wenn es andauert, die wirtschaftliche Lage Europas gegenüber Übersee herabdrücken, ja eine Art von „Untergang des Abendlandes" in wirtschaftlicher Beziehung bewirken.

Immerhin, es bleiben auch hoffnungsvollere Zeichen. Der europäische Markt wird auf lange hinaus für alle überseeischen Länder das Zentrum ihrer Ausfuhraktivität bleiben. Aus der Abschließung der überseeischen Wirtschaftsgebiete ergibt sich auch die Notwendigkeit, daß jeder dieser Staaten „für sich" daran denken muß, sich die europäischen Märkte zu erhalten, zu erhalten besonders wiederum gegenüber anderweitiger überseeischer Konkurrenz. Hieraus ergeben sich beachtliche politische Perspektiven. Europa wird sich daran machen müssen, die überseeischen Bezugsgebiete gesondert zu behandeln und sich ihre divergenten Interessen zu Nutze zu machen. Ganz besonders dürfte diese Frage einmal aktuell werden, wenn sich Rußland wieder in die Reihen der weltwirtschaftlich belangreichen Länder einreiht und die japanisch-russischen Wirtschafts- und Austauschprobleme zugleich in Verbindung mit den sonstigen europäischen Wirtschaftsinteressen Japans aktuell werden. Es wird sich dann zeigen, ob die in den letzten Jahren so selbstherrliche Wirtschaftspolitik der Union, die Politik der rücksichtslosen Absperrung und des radikalen Nationalstaates, nicht einen Gegendruck in einer besonderen Wirtschaftsgruppierung der östlichen Mächte finden wird. Auch auf dem Wirtschaftsgebiet der Welt vollziehen sich die Ansätze zu großen Scheidungen. Gerade aber wenn — selbst auf diesem Umwege — die zerbrochene Weltwirtschaft sich wieder zu neuen Einzelgemeinschaften zusammenfindet, ist die Hoffnung vorhanden, aus dem jetzigen Chaos eine Neuorganisation entstehen zu sehen.

GEOPOLITISCHE STATISTIK DES „WIRTSCHAFTSDIENST“ HAMBURG

Weltproduktion und Weltverbrauch von Kautschuk

1. Die Entwicklung der Weltproduktion von Rohgummi nach Sorten[1])

in englischen Tonnen

Jahr	Gesamtproduktion	Veränderung in % gegen das Vorjahr	Pflanzungskautschuk	Brasilienkautschuk	Übriger „Wilder“ Kautschuk	Pflanzungskautschuk in % der Gesamtproduktion
1900	53 890	—	4	26 750	27 136	0
1901	54 850	+ 1,7	5	30 300	24 545	0
1902	52 340	— 4,5	8	28 700	23 632	0
1903	55 950	+ 6,8	21	31 100	24 829	0
1904	62 120	+ 11,0	43	30 000	32 077	0
1905	62 145	+ 0,04	145	35 000	27 000	0
1906	66 210	+ 6,5	510	36 000	29 700	1
1907	69 000	+ 4,2	1 000	38 000	30 000	1
1908	65 400	— 5,2	1 800	39 000	24 600	3
1909	69 600	+ 6,4	3 600	42 000	24 000	5
1910	70 500	+ 1,2	8 200	40 800	21 500	12
1911	75 149	+ 6,5	14 419	37 730	23 000	19
1912	98 928	+ 31,6	28 518	42 410	28 000	29
1913	108 440	+ 9,6	47 618	39 370	21 452	44
1914	120 380	+ 11,0	71 380	37 000	12 000	59
1915	158 702	+ 31,8	107 867	37 220	13 650	68
1916	201 598	+ 27,0	152 650	36 500	12 448	76
1917	265 698	+ 31,1	213 070	39 370	13 258	80
1918	296 579	+ 11,7	255 950	30 700	9 929	83
1919	326 860	+ 10,2	285 225	34 285	7 350	89
1920	343 731	+ 5,1	304 816	30 790	8 125	89
1921	293 960	— 14,4	271 233	19 837	2 890	92
1922	379 920	+ 29,2	354 980	21 755	3 205	94
1923	412 771	+ 8,3	384 771	22 580	5 420	93
1924	421 217	+ 2,1	391 607	23 514	6 096	93
Schätzung für 1925	465 000	—	436 000	—	—	94

2. Die Pflanzungsfläche der Kautschukpflanzungen[1])

im Jahre 1923

Gebiete	Gesamte bepflanzte Fläche in Acker	Produktive Fläche in Acker	Ernte 1923 per produktive Fläche in lb	Pflanzungsfläche der einzelnen Gebiete in % der gesamten Pflanzungsfläche
Brit. Malayenstaaten . . .	2 230 000	1 672 000	264	56,8 %
Ceylon	410 000	307 000	270	10,5 %
Indien	127 000	95 250	151	3,2 %
Niederl. Indien	1 000 000	750 000	374	25,4 %
übrige Gebiete	160 000	120 000	293	4,1 %
zusammen	3 927 000	2 945 250	293	100,0 %

Die Eigentümerverhältnisse der Kautschukpflanzungen	Fläche in Acker
von London kontrolliert	1 110 000
Niederländer, Belgier, Franzosen, Schweizer	885 000
Asiaten	850 000
lokale Gesellschaften und ansässige Europäer	800 000
Amerikaner	100 000

3. Die Weltproduktion von Kautschuk nach Ländern[2])

in englischen Tonnen

Land	1919	1920	1921	1922	1923	1924	Schätzung für 1925
Brit. Malayenstaaten	180 000	190 000	170 000	212 694	165 000	165 000	190 000
Ceylon . . . . } Brit. Indien . . . . . }	35 000	40 000	40 000	47 637	34 000	37 000	44 000
Brit. Indien				4 854	6 500	7 200	—
Niederl. Indien . . .	75 000	85 000	50 000	99 856	131 000	162 000	103 000
Indochina . . . . . . } Brit. Borneo, Sarawak, and. Gebiete d. Ostens }	10 000	15 000	10 000	4 104	5 000	6 400	—
Brit. Borneo				3 750	4 500	4 500	—
Sarawak				2 634	4 000	3 900	—
and. Gebiete d. Ostens				4 000	5 000	4 500	—
Brasilien	32 000	31 000	20 000	21 735	21 500	23 500	25 000
and. Wildgummi-Geb.	7 000	7 000	3 000	3 500	5 500	6 000	—
zusammen	339 000	368 000	293 000	404 764	382 000	425 000	488 000

4. Der Weltverbrauch von Kautschuk nach Ländern[2])

in englischen Tonnen

Land	1919	1920	1921	1922	1923	1924	Schätzung für 1925
Vereinigte Staaten .	225 000	200 000	200 000	282 000	305 500	335 000	360 000
Großbritannien . . .	33 000	25 000	18 000	25 000	27 000	27 000	29 000
Frankreich	22 000	16 000	14 000	27 000	30 000	35 000	38 000
Deutschl. u. Österreich }	5 500	11 000	18 000	28 000	20 000	22 500	25 000
Rußland . . . . }				3 000	5 000	2 000	—
Italien	14 000	6 000	5 000	6 000	7 500	8 700	9 000
Kanada	9 500	11 000	9 000	9 000	14 000	14 500	15 000
Japan	10 000	7 500	12 500	16 000	12 000	17 000	18 500
Spanien	4 000	3 000	3 500	3 000	3 000	2 000	—
Skandinavien	3 500	4 000	4 500	2 000	2 000	2 800	—
Belgien u. Niederlande	3 000	2 000	2 000	2 000	3 000	3 000	—
Australien	2 000	1 500	2 500	3 000	3 000	3 500	—
andere Länder . . .	3 500	3 000	3 000	2 000	2 000	2 000	—
zusammen	335 000	290 000	292 000	408 000	434 000	475 000	510 000

5. Die Preisbewegung von Rohgummi[1])

Pflanzungskautschuk (Best Crepe)
shilling und pence per lb

	1909	1910	1911	1912	1913	1914	1917	1920	1921	1922	1923	1924	1925 (bis Mai)
höchster Preis . .	9.3	12.9	7.3	5.9	4.6 1/2	3.0	3.4 1/2	2.10 1/4	1.3 1/2	1.2 1/2	1.6 1/2	1.8	2.9
niedrigster Preis .	5.3	5.7	4.6	4.1	2.0	1.11 1/2	2.2 3/4	0.10	0.8	0.6 3/4	1.1 1/4	0.9 5/8	1.4 3/4
Durchschnittspreis	7.1	8.9	5.5 1/2	4.9	3.0 1/4	2.3 1/2	2.9 3/4	1.11	0.10 1/2	0.9 1/4	1.3 1/4	1.1 7/8	1.8 3/4

Anmerkungen

[1]) Aufgestellt nach „The World's Rubber Position" von W. H. Rickinson & Son, Maklerfirma, London

[2]) Nach dem Jahresbericht der Maklerfirma Symington & Sinclair, London.

H. LAUTENSACH:
BERICHTERSTATTUNG ÜBER ERDUMSPANNENDE VORGÄNGE

Der Völkerbund in Genf ist überaus publikationsfreudig. Der von ihm herausgegebene Katalog seiner Veröffentlichungen zählt schon jetzt 48 Seiten. Unter diesen ist am aufschlußreichsten die Monatsschrift „Résumé mensuel des Travaux de la Société des Nations", die in fünf Sprachen herausgegeben wird. Die in — übrigens sehr schlechtem — Deutsch erscheinende Ausgabe führt den Titel: „Die Tätigkeit des Völkerbundes im ... 19..". Sie wird bezeichnenderweise von einem Wiener Kommissionsverlag herausgegeben. Es verlohnt sich wohl der Mühe, diese und andere Veröffentlichungen des Völkerbundes vom geopolitischen Standpunkt kritisch zu prüfen. Man erhält auf diese Weise ein anschauliches Bild von den engen Bindungen, denen die einzelnen Staaten der Welt bei ihrer dauernden Mitwirkung an ein und derselben internationalen Einrichtung durch die verschiedenartigen geographischen Grundlagen ihres nationalen Lebens unterworfen sind. Die Vorgänge in den verschiedenen Kommissionen, Komitees, Versammlungen des Völkerbundes liefern somit ein überaus dankbares geopolitisches Vergleichsmaterial. Wenn ich daher im folgenden den für uns Deutsche zur Zeit besonders aktuellen Versuch wage, das Bild der Betätigung des Völkerbundes im geopolitischen Weltspiegel zu zeichnen, so beschränke ich mich angesichts des umfangreichen Materials im Sinne dieser Neuigkeitsberichte auf das erste Halbjahr 1925.

Überblickt man die Betätigung des Völkerbundes in dieser Zeitspanne, so fällt zunächst die europazentrische Einstellung ganz besonders auf. Alle Streitfragen, die von außen her an die Völkerbundarbeit herangetragen wurden, drehen sich um europäisch-kontinentale Verhältnisse. Nur in sanitären, sozialen und humanitären Dingen, deren Inangriffnahme aus dem Völkerbund selbst heraus erfolgte, zeigt sich ein weltumspannender universaler Zug. Daß Japan seinen mit den Sowjets am 20. 1. d. J. in Peking geschlossenen Vertrag (Z. f. G. 1925, S. 204), Kolumbien den am 20. 8. 1924 in Bogotá geschlossenen, die Grenzen zwischen Kolumbien und Panama betreffenden Vertrag im Sekretariat des Völkerbundes niederlegen ließen, sind lediglich Gesten ohne Bedeutung. Gerade Japan ist in seiner Völkerbundpolitik ungemein vorsichtig. Als in der Märztagung des Völkerbundrates die Gegensätze zwischen England und Frankreich bezüglich des Genfer Protokolls (Z. f. G. 1924, S. 723) aufeinanderprallten, erklärte der Vertreter Japans, Vicomte Ishi: „Die japanische Regierung hat das Studium und die Prüfung dieser so wichtigen Frage der friedlichen Regelung internationaler Streitfälle noch nicht beendet (1/2 Jahr nach einstimmiger Annahme des Protokolls durch die Völkerbundsvollversammlung!) und ist demzufolge noch nicht in der Lage, ihre Stellungnahme in dem einen oder anderen Sinn zu definieren. ... Das Genfer Protokoll .... gestattet keine übereilte (!) Entscheidung." Nach der Nichterneuerung des englisch-japanischen Bündnisses sieht eben Japan in Frankreich seinen künftigen Bundesgenossen, vermeidet aber andererseits alles, was England noch stärker auf die Seite seiner angelsächsischen Schwester drücken könnte. Was neben dieser Zurückhaltung Japans die europazentrische Einstellung des Völkerbundes vor allem bestimmt, ist das Sichfernhalten zweier in ihrem Wesen nichteuropäischen Weltmächte: Sowjetrußlands und der Vereinigten Staaten. Sowjetrußland

sieht gemäß der ihm eigenen Ideologie im Völkerbund nur einen internationalen Riesentrust der kapitalistisch orientierten staatlichen Welt. Es hat sich im Laufe dieses Halbjahres nur an der Beratung einer einzigen, ihm naheliegenden Frage beteiligt, der internationalen Regelung und gegenseitigen Anerkennung der Eichungsbestimmungen für die Fahrzeuge der Binnenschiffahrt, alle anderen Einladungen aber immer wieder schroff abgelehnt. Die **Vereinigten Staaten**, deren Kriegspräsident ja den Anstoß zur Gründung des Völkerbundes gegeben hatte, nehmen jetzt eine Stellung zu ihm ein, die Kjellén in seinem letzten, in deutscher Sprache erschienenen Werk: „Die Großmächte und die Weltkrise" (1921) anschaulich formuliert hat: Früher gewann England seine Kolonialkriege gegen Frankreich, indem es Österreich, Preußen u. a. als „Festlandsdegen" verwendete. Dann zog es sich aus den europäischen Wirren immer wieder in seine splendid isolation zurück. „Diesmal möchte man fast sagen, daß Amerika den Krieg gewonnen hat mit England als Landsoldaten," und nun sind es die U. S. A., die sich zurückziehen. Während der Kanal in der Zeit der U-Boote und Ferngeschütze seine isolierende Wirkung verloren hat, gestattet der Atlantik noch eine solche Haltung. Alle Mühen, die U. S. A. in den Völkerbund zu ziehen, sind bisher vergeblich gewesen. Sie dauerten auch in diesem Halbjahr an. „Kein Land", ruft Briand im März im Völkerbundrat emphatisch aus, „ist den Idealen so zugänglich wie die Vereinigten Staaten! .... Heute, meine Herren, sind die Kontinente nicht weit voneinander entfernt, die Völker müssen sich also nähertreten." Übrigens ist die ablehnende Haltung der U. S. A. keine absolute. Gerade um des Nimbus christlicher Samariterbetätigung willen beteiligen sie sich an den Beratungen und Feststellungen zahlreicher sanitärer, humanitärer und sozialer Komitees des Völkerbundes. Ein amerikanisches Mitglied der Malariakommission kam sogar kürzlich im französischen Mandatsgebiet Syrien im Dienst durch einen Autounfall zu Tode, und die Franzosen benutzen diese Gelegenheit, die U. S. A.-Sympathien für den Völkerbund zu heben, nicht nur durch Beileidstelegramme, sondern sogar durch ein Denkmal an der Unfallstelle. Aber diese Sirenenrufe haben bisher nichts gefruchtet. Costa Rica ist unter dem Einfluß der Vereinigten Staaten sogar am 24. XII. v. J. ohne Begründung aus dem Völkerbund ausgetreten.

So steht alles, was im Schoß des Völkerbundes geschieht, allein unter dem direkten oder geheimen Einfluß der beiden einzigen europäischen Weltmächte: **Englands** und **Frankreichs**. Die Rollen beider im Völkerbunde haben sich dabei im Laufe der letzten ³/₄ Jahre allmählich vertauscht. Früher betonte die englische Regierung den Völkerbund innerlich freudig. Hoffte sie in ihm doch ein Werkzeug zur Niederhaltung der kontinental-imperialistischen Bestrebungen Frankreichs zu gewinnen, und Frankreich verhielt sich vorsichtig zurückhaltend. Heute macht sich das Gewicht der englischen Dominien in der Völkerbundpolitik der englischen Regierung entscheidend bemerkbar. Das derzeitige konservative britische Kabinett treibt, um den Zerfall des britischen Weltreiches, der unter Mac Donald erstaunlich rasche Fortschritte gemacht hatte, aufzuhalten, prinzipiell eine panbritische Politik. Die Dominien und Indien aber haben gleich wie die U. S. A. mit ihrer Beteiligung an den europäischen Konflikten, die sie im Weltkrieg nahmen, vorläufig noch genug. Sie haben keine Lust, um des Völkerbundpaktes oder -protokolles willen in kurzem wieder Truppen nach Europa zu senden, wenn die furchtbaren dort nie endenden Spannungen sich erneut gewaltsam entladen sollten. Frankreich dagegen ist von solcher Rücksicht auf seine Kolonien frei. Denn diese sind bislang nur Objekte, nicht Subjekte politischer Betätigung, da sie meist keinen wesentlichen Prozentsatz weißer Bevölkerung enthalten. Während die

britischen Dominien wie auch Indien beim Völkerbund besondere Delegationen unterhalten, ist das bei den französischen Kolonien nicht der Fall. Seit der französische Traum eines Schutz- und Trutzbündnisses mit England und Amerika zerronnen ist, hat Frankreich seine Politik daher zu einer völkerbundbejahenden gemacht. Eine ganze Reihe von Imponderabilien unterstützen dabei den französischen Einfluß im Völkerbund. Das wichtigste ist das System europäisch-kontinentaler Bündnisse und Abhängigkeiten, das Frankreich im Laufe der Nachkriegsjahre zu seinen Gunsten zu schaffen gewußt hat, ein System, das bei der eingangs betonten europazentrischen Einstellung des Völkerbundes besonders ins Gewicht fällt. Es ist außerdem nicht ohne Belang, daß der Sitz des Völkerbundes, Genf, zwar in einem seit alters neutralen Staat, aber doch im französischen Sprachbereich liegt. Und schließlich ist die Tatsache wichtig, daß zahlreiche, besonders außereuropäische kleine Staaten aus Sparsamkeitsgründen ihre Pariser Gesandten zu ersten Völkerbunddelegierten gemacht haben. Diese aber sind naturgemäß meistens frankreichfreundlich eingestellt. Frankreichs Bestreben ist es, den Völkerbund zu einem System zu machen, das ihm die Fortsetzung seiner kontinentalen Prestigepolitik erleichtert oder das ihm, dem waffenstarrenden, das Gefühl der „Sicherheit" gibt — so nachhaltig ist der Eindruck der deutschen Siege, daß weite Kreise des französischen Volkes bei einem Blick nach Osten das uns in unserer Ohnmacht unbegreifliche Gefühl der Unsicherheit empfinden, ein Gefühl, das natürlich durch das immer wieder unterstrichene Dogma von der deutschen alleinigen Weltkriegsschuld nur verstärkt wird. Von diesem Standpunkt aus betrachtet Frankreich das Genfer Protokoll, das von dem griechischen Gesandten in Paris, Politis, und dem ganz auf Frankreich eingestellten tschechoslowakischen Ministerpräsidenten, Benesch, entworfen worden ist

England hat — und das war das große Ereignis des Völkerbundes im verflossenen Halbjahr — das Genfer Protokoll nicht angenommen. Nachdem Mac Donald im September v. J. seine endgültige Fassung bejaht hatte, fiel dem jetzigen konservativen Außenminister, Austen Chamberlain, die dornenvolle Aufgabe zu, die ablehnende Haltung des neuen englischen Parlaments und der neuen Regierung auf der Genfer Ratstagung im März zu begründen. Die wahren Gründe für diese Haltung liegen einerseits in der schon berührten Rücksichtnahme auf die Dominien und in der Absicht, Frankreichs zunehmenden Einfluß im Völkerbund abzuschwächen, andererseits in der tiefen Abneigung Englands gegen eine Verpflichtung, seine Seestreitkräfte für völkerbundliche und französische Sanktionszwecke einzusetzen und damit für anderweitige Verwendung lahmzulegen (Art. 7 und 8 des Protokolls). Da Chamberlain diese wahren Gründe nach diplomatischer Gepflogenheit verschwieg, fiel es ihm in der langen Rede, die er verlas, recht schwer, seine von Moral triefenden Ausführungen glaubhaft zu machen. Besonders ungeschickt war die Behauptung, im Protokoll sei so viel von Kriegen die Rede, daß es deren Ausbrechen direkt begünstige. Briand erwiderte, aus dem Stegreif, zuerst mit eindrucksvollem Ernst: „Das Dokument, das man uns vorgelesen hat, ist der Meinung, daß der Geist des Völkerbundes im besonderen dem ‚Frieden' zugewandt ist, und es wünscht, daß dieses wunderbare Wort in sich selbst eine ideale Kraft finden möchte, die stark genug wäre, um die ganze Menschheit zu bezwingen, ohne daß man sich mit Möglichkeiten zu beschäftigen hätte. Vielleicht! In meinen Augen jedoch ist der Friede praktisch genommen nichts anderes als die Abwesenheit des Krieges, und wenn man versucht, den Frieden zu sichern, so kann man notwendigerweise nicht umhin, daran zu denken, daß es zu gewissen Zeiten Kriege gegeben hat, und es ist immerhin möglich, zu glauben, daß andere Kriege ausbrechen können" — dann

aber mit beißendem Spott: „Ich glaube nicht, daß das Anbringen eines Blitzableiters auf einem Gebäude den Blitz entstehen läßt; ich war jedoch stets der Meinung, daß es eine große Vorsichtsmaßregel ist."

England und die Dominien Kanada, Australien, Neuseeland und Südafrika sowie Indien lehnen somit die Ratifizierung des Genfer Protokolls ab. Da Artikel 21 u. a. verlangte, daß zu seinem Inkrafttreten die Mehrzahl der ständigen Ratsmitglieder (England, Frankreich, Italien, Japan) es ratifizieren müsse, so ist es gefallen, ein Ereignis, das schon im Oktober v. J. vorauszusehen war (Z. f. G. 1924, S. 723). England und seine Dominien ziehen sich auf den Völkerbundpakt zurück, der bekanntlich den ersten Teil des Versailler Vertrags bildet. Ja, England hat sogar kürzlich eine Änderung des Artikels 16 (Wirtschaftsblockade) dieses Paktes für die Tagesordnung der im September in Genf zusammentretenden Hauptversammlung des Völkerbundes beantragt. Damit kommt England einerseits dem Bedürfnis nach Zurückhaltung seitens der Dominien weiter entgegen, andererseits sucht es den Eintritt Deutschlands zu erleichtern.

Die deutsche Regierung hatte bekanntlich am 12. 12. v. J. an den Generalsekretär des Völkerbundes eine Note gerichtet, in der sie die Erklärung abgibt, „die deutsche Regierung glaubt, daß die politische Entwicklung des letzten Jahres die Möglichkeit des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund eröffnet hat". In der beigefügten Denkschrift wird noch einmal die Absicht betont, „den alsbaldigen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund zu erstreben". Die deutsche Regierung verlangt jedoch für sich eine Ausnahmestellung in bezug auf den soeben schon berührten Artikel 16 des Paktes: „Dem Deutschen Reich muß für den Fall internationaler Konflikte die Möglichkeit belassen werden, das Maß seiner aktiven Teilnahme selbst zu bestimmen". Artikel 16 hat in den besonders in Betracht kommenden Teilen folgende Fassung: „Schreitet ein Bundesmitglied entgegen den in den Artikeln 12, 13 und 15 übernommenen Verpflichtungen zum Kriege, so wird es ohne weiteres so angesehen, als hätte es eine Kriegshandlung gegen alle anderen Bundesmitglieder begangen. . . . In diesem Falle ist der Rat verpflichtet, den verschiedenen beteiligten Regierungen vorzuschlagen, mit welchen Land- und See- oder Luftstreitkräften jedes Bundesmitglied für sein Teil zu der bewaffneten Macht beizutragen hat, die den Bundesverpflichtungen Achtung zu verschaffen bestimmt ist. Die Bundesmitglieder sagen sich außerdem wechselseitige Unterstützung bei Ausführung der auf Grund dieses Artikels zu ergreifenden wirtschaftlichen und finanziellen Maßnahmen zu, um die damit verbundenen Verluste und Nachteile auf das Mindestmaß herabzusetzen. . . . . Sie veranlassen alles Erforderliche, um den Streitkräften eines jeden Bundesmitgliedes, das an einem gemeinsamen Vorgehen zur Wahrung der Bundespflichten teilnimmt, den Durchzug durch ihr Gebiet zu ermöglichen. Jedes Mitglied, das sich der Verletzung einer aus der Satzung entspringenden Verpflichtung schuldig macht, kann aus dem Bunde ausgeschlossen werden. . . . ." Deutschland kann sich bei seiner Stellungnahme zu diesem Artikel auf die Auslassungen des italienischen Ratsdelegierten, Scialoja, berufen. Dieser führte auf der nun schon wiederholt herangezogenen Ratstagung im März d. J. aus: „Ebenso schwere Fehler finden sich in den Bestimmungen (des Protokolls) über die Ausführung von Richtersprüchen, die . . . . sich aber viel schwerer organisieren läßt, wenn es sich um assoziierte Staaten handelt, die verschiedenartigen politischen, wirtschaftlichen und geographischen Bedingungen unterworfen sind." In der Tat befindet sich Deutschland in einer einzigartigen Lage, die der Rat verkennt, wenn er in der Antwortnote vom 14. 3. d. J. darauf hinweist, „daß andere Länder, deren Streitkräfte durch die Verfügungen der bestehenden Verträge gleichfalls beschränkt wurden,

beim Eintritt in den Völkerbund die Verpflichtungen des Paktes vorbehaltlos angenommen haben." Das Wesentliche ist nicht nur die Beschränkung der deutschen Streitmacht auf eine so geringe Zahl, daß sie kaum für den inneren Bedarf genügt, sondern vor allem auch die geopolitische Tatsache, daß das Deutsche Reich der einzige zentral gelegene und damit der nachbarreichste Staat Europas ist. Daraus ergibt sich die relativ hohe Wahrscheinlichkeit, daß in dem Falle, den Artikel 16 vorsieht, der „Angreifer" ein Grenznachbar Deutschlands ist. Dann aber wird nach dem jetzigen Wortlaut des Artikels 16 das Deutsche Reich, falls es Völkerbundmitglied ist, um eine militärische Beteiligung nicht herumkommen, ganz besonders nicht, wenn es bei seinem Eintritt in den Völkerbund die ihm dann zukommende Stelle eines ständigen Ratsmitglieds erhält. Es wird sich dadurch einen Grenznachbar zum Feind machen in der Vertretung von Interessen, die seine eigenen Belange überhaupt nicht zu berühren brauchen. Weiter ergibt sich in diesem Fall die relativ hohe Wahrscheinlichkeit, daß ein anderer peripher gelegener Staat für seine Streitkräfte das Durchmarschrecht in Anspruch nehmen wird, und daß günstigenfalls dessen Etappe dann durch das von Truppen entblößte Reich hindurchläuft, wenn nicht gar der ungünstige Fall eintritt, daß Deutschland selbst zum Kriegsschauplatz wird. Die Zukunft wird lehren müssen, ob der Artikel 16 im September eine solche Formulierung erhält, daß der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund ermöglicht wird. — Die deutsche Antwortnote vom 20. Juli d. J. an Frankreich bezüglich des Sicherheitspaktes enthält daher mit vollem Recht die folgenden Sätze: „Auch nach den Ausführungen des Völkerbundsrates bleibt die Gefahr bestehen, daß Deutschland als entwaffneter Staat, der von stark gerüsteten Nachbarn umgeben ist, der sich in zentraler Lage befindet und der in der Geschichte immer wieder der Schauplatz großer Kriege gewesen ist, bei dem Eintritt in den Völkerbund unbeschränkt der Verwicklung in kriegerische Konflikte dritter Staaten ausgesetzt sein würde. Deutschland kann als Mitglied des Völkerbundes erst dann als gleichberechtigt gelten, w e n n s e i n e r A b r ü s t u n g a u c h d i e i n d e r V ö l k e r b u n d s s a t z u n g i n d e r E i n l e i t u n g z u T e i l 5 d e s V e r s a i l l e r V e r t r a g e s v o r g e s e h e n e a l l g e m e i n e A b r ü s t u n g f o l g t. Es muß deshalb, wenn der alsbaldige Eintritt Deutschlands in den Völkerbund ermöglicht werden soll, eine Lösung gefunden werden, welche die Zeitspanne bis zur Verwirklichung der allgemeinen Abrüstung überbrückt. Die Lösung müßte sowohl der besonderen militärischen und wirtschaftlichen als auch der besonderen geographischen Lage Deutschlands gerecht werden." — Übrigens ist Deutschland gleich den U. S. A. auch jetzt schon in zahlreichen Kommissionen und Unterkommissionen, die sanitäre, humanitäre und soziale Fragen behandeln, vertreten, so in dem Komitee zum Studium der fortschreitenden Kodifizierung des Völkerrechts, in dem Unterkomitee des Wirtschaftskomitees, das die Ursachen und charakteristischen Merkmale der Wirtschaftskrisen in ihrer Beziehung zur Arbeitslosigkeit studieren soll, in dem vorbereitenden statistischen Komitee, im Komitee zur Organisation der geistigen Arbeit, in dem beratenden Komitee zur Unterdrückung des Opiumhandels, in dem technischen Komitee für Eichungen der Binnenschiffahrt (s. o.), im Komitee für Landstraßenverkehr, an dessen Arbeiten sogar ein Ministerialrat aus dem Reichsverkehrsministerium teilgenommen hat, im Hygienekomitee, in der Konferenz über die Kontrolle der privaten Herstellung und des Handels mit Waffen, in den Verhandlungen des Wirtschaftskomitees über Ein- und Ausfuhrverbote.

Von unmittelbarstem nationalem geopolitischem Interesse sind für uns die Beziehungen des Saargebiets und Danzigs zum Völkerbund, immer in der Zeit des vergangenen Halb-

jahres. Die Entscheidungen, die der Völkerbund in dieser Richtung getroffen hat, sind fast ausschließlich profranzösisch und lassen uns diesen in reichlich ungünstigem Licht erscheinen. Besonders eigentümlich müssen uns die unwahren Begründungen berühren, die er diesen Entscheidungen gegeben hat, und die sich nur durch mala fides oder eine kaum begreifliche Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse erklären lassen. Sie leiden alle an der Fiktion, daß die durch den Versailler Vertrag geschaffenen Zustände den Wünschen der von ihnen betroffenen Bevölkerungen entsprächen. Besonders drückend wirken sie auf uns angesichts der — sicher ernst gemeinten — Ausführungen des Schweizers Huber, anläßlich seiner Übernahme der Präsidentschaft des dem Völkerbund angegliederten Ständigen Internationalen Gerichtshofes. Huber spricht in seiner Antrittsrede von „dem mehr oder minder brutalen, oder mehr oder minder raffinierten Wettbewerb des nationalen Egoismus" und stellt ihm die Grundsätze internationaler Justiz entgegen. „Hier ist jeder Kraftausgleich, jede Nützlichkeitspolitik, jedes Feilschen ausgeschlossen. Die juridische Entscheidung zieht ihre Autorität nicht daraus, daß sie sich dem, was die besondere und augenblickliche Lage verlangt, anpaßt, sondern daraus, daß sie auf Gründen beruht, welche außerhalb des konkreten Falles einen allgemeinen Wert und eine endgültige Kraft für alle Fälle besitzen. Die juridischen Institutionen gründen sich auf zwei geistige Grundsätze, auf die juridische Logik, das Vernunftelement, und auf die Justiz, das moralische Element"!!

Bekanntlich ist das Saargebiet bis zur Abstimmung im Jahre 1935 dem Völkerbund unterstellt. An der Spitze der Regierungskommission steht seit Jahren der Franzose Rault. Die jetzige Zusammensetzung dieser Kommission, deren Mandat mit dem 31. 3. d. J. erlosch, ist vom Rat am 13. 3. erneut auf ein Jahr verlängert worden. Der schwedische Antrag, wenigstens in der Besetzung des Präsidentenpostens einen reihenweise erfolgenden Personenwechsel eintreten zu lassen, wurde nicht angenommen. Auch weiterhin verbleibt französisches Militär im Saargebiet, wenn auch in etwas verringerter Zahl (1 Regt. Inf., 1 Bat. Fußjäger, 1 Regt. Kavallerie). Herr Scialoja gab dem Rat ohne ein Wort der Kritik die Ansicht der Regierungskommission wieder, gemäß der die „Einstellung und der Unterhalt von 500 neuen Gendarmen unter den gegenwärtigen Umständen eine zu schwere Belastung für das Budget des Saarlandes darstellen würde". Eben deswegen muß das menschenfreundliche Frankreich ja den Schutz und die Sicherheit der Bevölkerung des Saargebiets auf seine Kosten übernehmen! Warum stellt es nicht lieber dem Saargebiet den zur Unterhaltung von 500 Gendarmen nötigen Betrag zur Verfügung und verringert dafür sein Heer um die dort liegende Besatzung? Chamberlain drückte aber wenigstens den Ratsbeschluß durch, die Regierungskommission habe zu prüfen, „auf welche Weise der Schutz der Personen und Besitztümer im Saargebiet .... in der Abwesenheit von Truppen sichergestellt werden könnte." Auch ist die mitteleuropäische Zeit, wie überall im rheinischen Eisenbahnnetz, im Saargebiet wieder eingeführt. Völlig irreführend aber wirkt wieder eine von der Regierungskommission auf Veranlassung des Rates erlassene Erklärung, nach der die Eltern, die nicht zum Grubenpersonal gehören, die Erlaubnis zum Besuch der französischen Schulen „von nun an nur erhalten können, wenn die Eltern sich bei ihrem Gesuch auf ernste Gründe stützen". Als ob sich die deutschen Eltern je freiwillig zu den dem Saargebiet aufgezwungenen französischen Schulen gedrängt hätten! Ebenso irreführend ist eine Verfügung der Regierung an die Volksschulen, in denen sich, wie offiziell zugegeben wird, „ein gewisser Widerstand unter den Lehrern gegen den fakultativen Unterricht der französischen Sprache" erhoben hat. In dieser Verfügung wird darauf aufmerksam gemacht,

„daß die Einführung der französischen Sprache als fakultatives Lehrfach in alle Volksschulklassen die individuelle Freiheit unberührt läßt und in einem Grenzland, wo die Kenntnis der beiden Sprachen die Beziehungen erleichtert, nur eine günstige Wirkung haben kann". Dem gegenüber sei hier zum Überfluß festgestellt: Das Saargebiet ist in sprachlicher Hinsicht kein Grenzland. Die deutsch-französische Sprachgrenze läuft viel weiter westlich, jenseits der Mosel. Daß das Saargebiet politisch zu einem Grenzland gemacht worden ist, geschah gegen den Willen der Bevölkerung.

Ganz entsprechend liegen die Verhältnisse im Osten, in Danzig. Der Oberkommissar des Völkerbundes, Mac Donnell, hatte Danzig den Charakter als „Staat" zuerkannt. Dagegen protestierte Polen. Der Rat drückte sich um die Definition des Begriffs Staat und damit um eine Entscheidung. Folgen wir den politisch-geographischen Ausführungen Tiessens (Z. f. G. 1924, S. 203) über den Staatsbegriff, so ist durch die Schuld des Versailler Vertrags Danzig noch weniger ein Staat als das Deutsche Reich. Der spanische Ratsvertreter führte bei dieser Gelegenheit aus: „Die Zukunft Danzigs ist eng mit derjenigen Polens verbunden, und jede Feindseligkeit der Gefühle zwischen Danzig und Polen muß den gegenseitigen Bestrebungen Platz machen, einander kennen zu lernen und sich in gemeinsamer Arbeit zusammentun, um den Hafen der Stadt Danzig zum größten Nutzen der beiden ‚Länder' zu entwickeln . . . Ich halte es für nötig, daß der Rat sich unzweideutig zugunsten einer geistigen Annäherung zwischen der Freien Stadt und Polen ausspreche." Der Rat bestätigte aber wenigstens die Entscheidung des Oberkommissars, laut welcher Polen nicht das Recht hat, auf Danziger Gebiet eine Eisenbahndirektion zu gründen, die mit der Verwaltung anderer als der auf Danziger Gebiet gelegenen Eisenbahnen beauftragt wäre. In dem bekannten Briefkastenstreit steht die endgültige Entscheidung des Rats noch aus. Der deswegen von ihm angegangene Ständige Internationale Gerichtshof hat jedoch ein für Danzig im wesentlichen ungünstiges Gutachten abgegeben. In ihm ist die Feststellung enthalten, „daß der besagte (Post)dienst dem Publikum zugänglich und seine Benutzung nicht den polnischen Behörden und Beamten vorbehalten ist". Als ob die Deutschen Danzigs sich darüber beschwert hätten, daß ihnen die Benutzung polnischer Briefkästen verwehrt werde!

Überblicken wir diese unsere deutschen Belange tief berührende schiedsrichterliche Tätigkeit des Völkerbundes, so wird es uns schwer, auch nur das überaus zurückhaltende Gesamturteil Briands zu unterschreiben: „Man kann wohl sagen, daß, seitdem er besteht, gewisse Fragen und Konflikte, die er behandelt hat, vielleicht hätten ausarten oder ein ernsteres Gepräge annehmen können, wenn er nicht dagewesen wäre."

Ungleich günstiger wird unser Urteil, wenn wir die sanitäre, humanitäre und soziale Betätigung des Völkerbundes würdigen. Auf diesen Gebieten, auf denen die internationale Organisation jedem beteiligten Staat fast nur Vorteile bringt, auf denen das die Wirkung hemmende Gegeneinanderarbeiten beinahe unterbleibt, werden ständig steigende Erfolge erzielt, die sich alsbald geopolitisch wirksam erweisen werden. Dieses Urteil erstreckt sich allerdings nicht auf die bisherigen beiden Opiumkonferenzen, bei denen die eigensüchtigen wirtschaftlichen Interessen der Erzeugerstaaten sich so hemmend geltend machten, daß China aus innerstem Drang, die Union mit idealer Geste sich von diesem unerfreulichen Treiben zurückzogen (vgl. Z. f. G. 1925, S. 519). Das Ergebnis der ersten Opiumkonferenz (Februar 1925) war der Beschluß, „Maßnahmen zu ergreifen, um in einer Frist von 15 Jahren den Verbrauch von verarbeitetem Opium auf die

Weise herabzusetzen, daß diese Gewohnheit in einem Zeitraum von höchstens 15 Jahren unterdrückt sein wird. Diese Frist nimmt ihren Anfang, so wie die Mohnbau betreibenden Länder die wirksame Ausführung der nötigen Verfügungen sichergestellt haben, um zu verhindern, daß die Ausfuhr von Rohopium außerhalb der ihrer Verwaltung unterstehenden Gebiete nicht ein ernsthaftes Hindernis bei der Herabsetzung des Verbrauches in den Ländern bildet, in denen der Verbrauch von verarbeitetem Opium vorübergehend gestattet bleibt"!

Das Komitee für Landstraßenverkehr schuf eine neue Konvention, die den internationalen Automobilverkehr erleichtert.

Die Malariakommission berät Staaten, die sich der Bekämpfung der Malaria widmen, auch solche, die dem Völkerbund nicht angehören, z. B. die Türkei. Sie sieht Fachkurse in London, Paris oder Hamburg vor und begann die Prüfung der medizinischen Frage des Weltbedarfs an Chinin. Im Oktober 1925 soll der erste große internationale Malariakongreß in Rom stattfinden.

Eine internationale Konferenz zum Studium der Schlafkrankheit in Äquatorialafrika tagte auf Einberufung des Rats vom 19. bis 22. Mai in London. Die Konferenz beschloß, dem Rat zwei Gruppen von Empfehlungen zu unterbreiten, die sich auf die zu ergreifenden Verwaltungsmaßnahmen und auf die geplanten Untersuchungen beziehen.

Der Völkerbund unterhält ein epidemiologisches Auskunftsbüro für den Fernen Osten, dem kürzlich ein Nebenbüro in Singapur angegliedert ist. Die bei Eröffnung des letzteren tagende Konferenz (4. Februar) war von Delegierten der folgenden Staaten beschickt: Britisch-Nordborneo, Ceylon, China, Straits Settlements, den verbündeten Malaien-Staaten, Hongkong, Philippinen, Indien, Niederländisch-Ostindien, Französisch-Indochina und Japan. Es wurde ein epidemiologischer Auskunftsdienst eingerichtet bzw. der bestehende verbessert. Alle Fälle von Cholera, Pocken, gelbem Fieber usw. sollen bei ihrem Eintreten in den Häfen von Australien und Asien östlich von Suez dem Büro von Singapur telegrafisch gemeldet werden. Ein Sonderdienst für Auskünfte über die gesundheitliche Lage soll u. a. in Dschedda und Mekka während der Pilgerfahrten, regelmäßig in Ägypten und an der ostafrikanischen Küste bis zum Kap geschaffen werden. Die Unternehmung wird auf 5 Jahre von der Rockefeller-Stiftung finanziert. Das Wochentelegramm, das das Büro von Singapur aus diesen Nachrichten zusammenstellt, kommt auf charakteristischem Wege nach Europa. Es wird nach Saigon gekabelt. Von da gelangt es durch französischen Funkspruch nach der Funkstation St. Assise bei Bordeaux, die es drahtlich nach Paris befördert, von wo es nach Genf an den epidemiologischen Zentraldienst telefoniert wird.

KARL HAUSHOFER:
BERICHT AUS DER INDO-PAZIFISCHEN WELT

Drei Botschaften jüngster Zeit von sehr verantwortlichen Männern — zugleich in den indopazifischen Erdraum hinein gerichtet, und aus ihm heraus erklungen — verdienen für die Gesamtheit der Monsunländer im höchsten Grad geopolitisch erläutert zu werden. Die eine ist das sogenannte Vermächtnis von Dr. Sun Yat Sen, der alles in allem doch wahrscheinlich der größte Mensch ist, den die chinesische Erde im letzten Jahrhundert hervorge-

bracht hat; die zweite der Appell von Lord Birkenhead an Indien, auf dem Weg durch seine erste verantwortliche Aussprache nach achtmonatlicher Verwaltung des Indienamts und gründlichen Beratungen mit dem klugen Vizekönig Lord Reading im Einklang mit einer überwältigenden Parlamentsmehrheit; und endlich die dritte ein zweimaliger Aufruf des „christlichen" Generals Feng Yu Hsiang an die Christenheit, mit der Aufzählung alles dessen, was diese Christenheit dem chinesischen Volk angetan hat, wofür er bereits vom imperialistischen angelsächsischen Kirchentum als Erzbolschewist bezeichnet wird, und umgekehrt auch von Moskau aus entsprechend anerkannt wurde.

Das Vermächtnis von Sun Yat Sen halten wir, da es auf längere Zeit den ostasiatischen Millionen als Selbstbestimmungsbibel gelten wird, da bereits Kwangtung nach ihm regiert wird, für so wichtig, daß wir es durch einen ihm nahestehenden deutschen Ingenieur sachkundig und warmherzig erläutert, in diesen Blättern im Wortlaut veröffentlichen werden.

Die Rede von Lord Birkenhead und die anschließende Aussprache gibt geschlossen wieder, wie sich der gesunde englische Reichsverstand mit den indischen Unabhängigkeitshoffnungen für das nächste Jahrzehnt auseinanderzusetzen denkt und hofft; und zwar steht dahinter — von den Extremen der Rechten und dem indischen Kommunistenvertreter Saklatvala abgesehen — der ganze Durchschnitt der britischen Volksvertretung, auch die Labour-Vertreter: Oberst Wedgwood, der die Non-Kooperation als den Fluch Indiens erklärte und Mac Donald.

Richtig ist die herbe, nüchterne Feststellung, daß man überhaupt nicht von einem Fehlschlag oder Gelingen der Montagu-Chelmsfordschen Verfassungs-Reform für Indien sprechen könne, weil man ihr noch keine Chance gegeben habe, zu zeigen, was sie tauge (obwohl 1929 bereits die erste Revisionsfrist für sie herannaht). Als Bedingung für jede Weiterentwicklung wird Mitarbeit, Aufgeben des Nichtzusammenwirkens vorausgesetzt, werden positive Vorschläge der Swaraj-Gruppe gefordert — die Das schon angeboten, seine Partei sich zu eigen gemacht hat. B. führt eine stolze Sprache: „Das Tor der Beschleunigung ist für Drohungen nicht offen; viel weniger läßt es sich mit Gewalt stürmen". Dennoch ist es mit Gewaltandrohung und mit nichts anderem so weit aufgedrückt worden, als es heute offen steht: immerhin so weit, daß eine beträchtliche Indisierung des ganzen Staatsdienstes — sogar bei acht Einheiten eine solche des Heeres — stattgefunden hat, daß der alte Herrenstandpunkt gründlich verschwunden ist, daß eine nicht als vollwertig behandelte indische Dienerschar heute streikt, daß ein Auto des Weißen in der Reihe hinter dem Ochsenkarren des Farbigen über die Brücke fährt, wo es ihn ehedem seitab drängte.

Wir fügen die Juli-Darstellung der indischen Lage durch Lord Birkenhead wohlbedacht zwischen die zwei wichtigsten Zeugnisse über die chinesische Lage, um unsern Lesern zu beweisen, wie notwendig es ist, den geopolitischen wie völker-psychologischen Zusammenhang der Monsunländer, ihres großen Festlandkörpers namentlich, in dem Zusammenhang zu sehen, wie er von den darin siedelnden 885 Millionen Menschen ohne Insulinde und Sowjets, die gleicher Anschauung sind, empfunden wird. Die Einheitsempfindung ist jedenfalls stärker als in Paneuropa, trotz Coudenhove-Kalergi und seinen edlen Bestrebungen, die wohl notwendigen, aber unmöglichen Vereinigten Staaten von Europa zusammenzubringen, ehe England, Frankreich und die Niederlande mindestens ihren Anteil an den Monsunländern glücklich losgeworden sind. Wir fragen bei dieser Gelegenheit nur: sollen nun die Vereinigten Staaten von Europa gegen den Willen einer Milliarde Menschen — falls sich Insulinde und Sowjetbund zu Panasien oder Eurasien schlagen — England, Frankreich und den Niederlanden den Besitz des Goldsaums am

asiatischen Bettelmantel garantieren? Oder sollen sie für Frankreich, Belgien und England um den Besitz eines sich emanzipierenden Afrika kämpfen oder nicht? Und wenn ja, wie sollen die Vereinigten Staaten von Europa dann aus einer Weltauseinandersetzung über die pazifische, indische, ostasiatische und australische Frage herauszuhalten sein? — von der Coudenhove-Kalergi selbst annimmt, daß sie kriegerisch sein werde?

Wir werden ja nun sehr bald sehen, ob die indischen Mehrheitsparteien durch die von Lord Birkenhead geöffnete Tür gehen werden, und damit den evolutionären Weg beschreiten, den für China die Zollkonferenz anbahnen möchte, der erst später die der Rechtswiedererlangung folgen soll. Bis jetzt haben doch China, wie Indien, durch böse Erfahrungen gewitzigt, die Wiedererlangung ihres Selbstbestimmungsrechts auf ihrem Volksboden über alle evolutionär zu erlangenden Zwischenvorteile gestellt, und deshalb konnte Sinowjew allerdings triumphierend ausrufen, was heute in Shanghai und Hongkong (Kanton) geschehen sei, könnte morgen in Calcutta und Madras drohend aufstehen. Vorbildlich ist allerdings, wie das bedrohte britische Herrenvolk in drängender Lage dem Staatssekretär seines Vertrauens acht Monate Zeit läßt, sich in die wichtigste Frage des Imperiums einzuarbeiten, bis es von ihm eine Erklärung fordert. Davon wäre vieles zu lernen! Aber freilich ist in diesem Fall eben auch das ganze Volk gewiß, daß die Frage ohne Parteigunst oder -Haß, aus tiefster geopolitischer Kenntnis und Erkenntnis entschieden wird. Die Feststellung der Tatsache, daß man über Indien nicht sprechen kann, ohne, abgesehen von der Kenntnis aus eigner Anschauung, Monate intensiven Studiums daran gewendet zu haben, spricht weiterhin für die Notwendigkeit geistiger geopolitischer Arbeit aller, die sich mit öffentlichen Angelegenheiten befassen. Energische Sparsamkeit und vor allem Verzicht auf die kostspielige militärische Entfaltung der ersten Nachkriegsjahre (Afghanistan, Wasiristan) haben den Haushalt Indiens wieder ins Gleichgewicht gebracht, und waren von einer gewissen wirtschaftlichen Erholung begleitet. Aber zeigt nicht gerade der von Lord B. besonders betonte Gegensatz des zu 80 % der Bevölkerung verstädterten England und des noch zu 80 % ländlichen Indien, daß Lebensformen von so verschiedener Struktur auf die Dauer nicht in einem Gespann laufen können, trotz bestem Willen

Wird nicht auch der Gegensatz zwischen Hongkong, mit seiner ungeheuerlichen Bevölkerungsverdichtung auf schmalem, großstädtischem überkapitalisierten Raum in der engsten Großstadt der Erde, zwischen Shanghai mit seinen 2 Millionen und dem Umlande durch einen ähnlichen geopolitischen Strukturkontrast überschärft, wie er im Grunde im größern Umfang zwischen dem Herzland des britischen Weltreichs und Indien (aber auch Australien) besteht? Müssen die Insassen so verschieden von Grund auf konstruierter Gebäude im Raum nicht unter „Doppelherrschaft" (Dyarchie) notwendig immer Verschiedenes verstehen, auch wenn sie den guten Willen hätten, sich zu verstehen, der in Indien und China schwer getrübt ist?

Gehört von diesem Standpunkt aus die Rede des Staatssekretärs für Indien vom Juli 1925 zu den geopolitisch wichtigsten Dokumenten unserer Zeit, so auch der zweimalige Aufruf des „Generaldirektors der chinesischen Nordwestgrenze", Marschall Feng Yu Hsiang an die unterdrückte Christenheit, worin der als zweiter Konstantin im Fernen Osten gerade von den Missionen gepriesene christliche Militarist und Missionsschüler den Fremdvolkmissionen, deren erfolgreicher Hörer er war, durch Gebrauch ihrer eigenen Phraseologie die größten Schwierigkeiten bereitet. Denn gewisse Zusammenhänge zwischen chinesischer Staatsphilosophie, urchristlichen Vorstellungen und Lehren seiner Sowjetfreunde, auf deren Gefahren wir schon beim letzten Bericht hinwiesen, treten

hier erneut zu Tage. Wie können grundsätzlich so verschieden vom Recht auf öffentlichen und privaten Lebensraum denkende Menschen gegensätzlicher Wirtschaftsanschauung in einer Konferenz zu haltbaren Abschlüssen kommen?

Ordnen wir die Unruhestellen Ostasiens chorographisch, so sind außer Peking selbst, Shanghai, Hankau, Kiukiang, Swatau, Kanton (Shamien) und Hongkong von größeren Unruhen, Streiks und Aufständen, mit im ganzen etwa 70 Toten und 700 Verwundeten stärker belastet, die Küste von Fukien, Tsingtau, Tientsin und einige Inland-Missionsstationen in geringerem Grade beteiligt; Mukden und Mandschurei sind ruhig; das Hinausschlagen der Yünnantruppen aus Kanton ist zweifellos durch Truppen unter russischer Leitung — etwa 10 000 Mann stark — besorgt worden; Feng Yu Hsiang schätzt die Kräfte, die er aus der äußeren und inneren Mongolei mit Sowjet-Rückendeckung auf kurzen Aufruf ins Gefecht führen könnte, auf etwa 200 000 Mann, während Chang Tso Lins allerdings weit auseinandergezogene Streitmacht, abgesehen von den notwendigen Besatzungen in der Mandschurei, 300 000 Köpfe nicht wesentlich übersteigen dürfte; eine Überlegenheit, die durch Changs ungünstigere operative Lage außerhalb der Mandschurei und zwischen Sowjet-Einfluß, japanischer Eisenbahnzone, Peking und dem Süden mehr als ausgeglichen wird. Das ungefähre Kräftegleichgewicht zwischen den Machtgruppen hat also keine wesentliche Veränderung, keinen Ausschlag erfahren, wodurch die Gefahr der Lage aber nicht verringert, sondern gesteigert wird, da die fremdenfeindlichste Haltung den größten inneren Erfolg verspricht.

Die Lage der Deutschen ist bis jetzt mit Geschick in der Schwebe gehalten worden, und wird eine ähnliche Linie zu halten haben, wie sie die Vereinigten Staaten seit 1900 mit soviel Klugheit und Erfolg bis zur Entfaltung ihrer vollen wirtschaftsimperialistischen Rücksichtslosigkeit beobachtet hatten

Begreiflich ist es, daß die steigende Unsicherheit in der ostasiatischen Politik auch die Vertreter der schärferen angelsächsischen Tonart auf den Plan ruft, und ihre Argumente finden sich besonders interessant in einem Vortrag von Dr. Vaughan Cornish am 23. 6. im Royal Colonial Institute zusammengetragen, über den im China Express and Telegraph vom 2. 7. S. 458 berichtet wird (Singapur and Naval Geography). Er führt aus, daß — dank dem Washington-Abkommen vom 6. 2. 1922 — Hongkong, das bisherige Hauptquartier der Fernost-Flotte, nicht mehr mit den nötigen Dockanlagen ausgestattet werden könne, die ein modernes Schiff alle sechs Monate zur Reinigung und Erhaltung seiner Geschwindigkeit brauche, sondern nur das außerhalb der sogenannten Washington-Linie (der pazifischen Rüstungseinschränkung) (110. Meridian) gelegene Singapur. Er knüpft eine gute Wehrkunde von Singapur daran, nicht ohne die Pflichten der Niederlande in bezug auf das Sicherhalten der nahegelegenen niederländisch-indischen Inseln zu betonen, und die fast noch größere Bedeutung der Sicherung des Australienverkehrs, als des ostasiatischen, im Zusammenhang mit der „White Australia-Politik". Dr. Vaughan Cornish entwickelt hier kühne Gedankengänge und behauptet, das Land, sowohl das kontinentale, wie das insulare, das sich in Asien geeignet nach Boden und Klima zur Kolonisation durch Asiaten an Japan, China und Indien anschließe, sei raumweiter, als das tropische Australien, Californien, Oregon, Washington und Britisch-Columbia zusammen. Nur in Asien fänden Asiaten, was sie suchten, die Möglichkeit nationalen Eigenlebens und östlicher Kultur.

Damit malt er allerdings, zur Begründung der Notwendigkeit einer Seeburg, die für Südostasien sei, was Malta für das Mittelmeer, gerade die von den Asiaten geforderte asiatische Selbstbestimmung an die Wand!

Das geschieht noch dazu in einem Augen-

blick, wo ein 4000 Seeleute umfassender Streik in Australien dessen ungesunde übersozialisierte Arbeitsverhältnisse grell beleuchtet, wo der doch recht seltsame Gedanke der Kinderauswanderung halbwüchsiger Jungen (Big Brother Movement — weil man zu wenig Erwachsene bereit findet!) enthüllt, wie schlecht es um die Siedlerlieferung des vergroßstädterten Mutterlandes für den leeren australischen Boden steht. Auch die Vorschläge von Senator Pearce auf Bildung zweier neuer Provinzen in Australien: Nord-Australien und Zentral-Australien, ein neuer Ausschlag der Neu-Staaten-Bildung-Bewegung des fünften Erdteils, zeigt, wie unsicher man sich gerade im tropischen Australien mit seiner Unterbevölkerung in seiner Struktur fühlt. Zu Nordaustralien — dessen Hauptstadt vorerst Port Darwin bliebe, während sie nachher ins Inlandplateau verlegt werden soll! — wäre ein Stück bis Normanton am Carpentariagolf und Camouwear im Innern von Queensland, und ein schmaler Streifen mit Wyndham von Westaustralien hinzuzuschlagen, während Hauptstadt von Zentralaustralien Alice Springs mit ganzen 40 Einwohnern würde. In beiden Fällen würde, bei starker Zukunftsmusik, ein augenblicklich fast leeres Land die doppelte Verwaltung zu tragen haben. Die Fluglinie, die jetzt schon die Endpunkte der Küstenstichbahnen verbindet, würde einstweilen wehrgeographisch den Ring schließen.

Denn als eine instinktive oder bewußte wehrgeographische Verbesserung der Abwehrstruktur Australiens gegen die Monsunländer in seinen tropischen Teilen werden wir die ganze Bewegung aufzufassen haben, die zuletzt eben doch aus der berechtigten Sorge um die Erhaltungsmöglichkeit eines weißen Australien bei solcher Vernachlässigung der Pflicht der Raumausfüllung auf der übervölkerten Erde entspringt.

Und hier, in einem rein geopolitischen Motiv, liegt doch der letzte Schlüssel zum Verstehen der Spannung zwischen den europäischen Westmächten mit ihrem ungeheuren Raumbesitz und der Siedlungsunfähigkeit ihrer verstädterten Bevölkerung, zwischen dem Volksdrang und Raumhunger der übrigen alten Welt, gegenüber der satten Gleichgültigkeit Amerikas in altweltlichen Raumfragen, in denen die seinem Wirtschaftsimperialismus begehrenswerten Güter nicht berührt werden.

O. MAULL:
BERICHTERSTATTUNG AUS DER AMERIKANISCHEN WELT

Das Ziel der bisherigen Berichterstattung war eine vielleicht hier und da etwas grobe und auch flüchtige Skizze der Grundzüge des geopolitischen Bildes der amerikanischen Welt, um dann gleichsam in diesen Netzentwurf die geopolitischen Einzeltatsachen, so wie sie der Tag zu unserer Kenntnis gelangen läßt, einordnen und sie an den zuerst gezogenen politischgeographischen Koordinaten orientieren zu können. Nicht etwa längere geschlossene Berichte über die größeren Erdteilabschnitte des amerikanischen Doppelkontinents sollen darum im allgemeinen in Zukunft geboten werden, sondern Besprechung und Wertung geopolitischer Tagesfragen wird von nun an diese Spalten einnehmen. Nur wenn die Entwicklung selbst zu einer umfassenderen Überschau über einzelne Staaten oder Staatengruppen drängt, soll auch der bis her eingeschlagene Weg wieder aufgenommen werden.

Mehrere ganz unverkennbare, sich anscheinend



widersprechende machtpolitische Äußerungen der nordamerikanischen Union zeigen immer wieder den Januskopf dieses Staatsorganismus. Friedlich sind die Züge des Gesichtes, das sich Europa zuwendet; sie sind Ausdruck des regionalpolitischen Desinteressements am Westteil der Alten Welt. Und Zufriedenheit spiegelt sich in ihnen bei dem allerdings etwas oberflächlichen Gedanken an die finanzielle Knebelung der europäischen Schuldnerländer an die nordamerikanische Gläubigernation. Infolge dieser bewußten, ausdrücklich gewollten, nur zum Teil weltinsularbedingten, aber durch diese Lage ermöglichten Abkehr von allen europäischen regionalpolitischen Fragen weiß die Union so gar kein Verständnis für das Ringen der europäischen Mächte um den Sicherheitspakt aufzubringen, selbst noch nicht einmal die negative Bedeutung für ihre eigene Weltstellung klar zu erkennen. Denn nichts hat mehr zu dem relativen unvergleichlichen machtpolitischen Aufstieg der Vereinigten Staaten, der diese zu dem ersten Machtfaktor in der Welt gemacht hat, beigetragen als die Friedlosigkeit Europas. Mit einer Befriedung Europas und der Wiederaufrichtung der Wirtschaft muß daher diese erst im Weltkrieg errungene Stellung ernstlich erschüttert werden; denn bei weitem nicht nur eigene Kraft, sondern eine doch durch recht anormale Verhältnisse gezeitigte Machtkonjunktur hat diesen Aufstieg der Union ermöglicht. Gegenüber einem befriedeten, in einem europäischen Völkerbund zusammengeschlossenen Europa könnte sich Nordamerika nicht mehr lediglich auf die gönnerhaften Vorschläge seiner „Friedenspolitik", die es seit den letzten Kriegstagen betreibt, beschränken, sondern es müßte dieses Europa als eine Macht anerkennen, die seiner eigenen weit überlegen ist und die sich auch in wirtschaftlicher Beziehung in einer hochgradigen Unabhängigkeit von den Vereinigten Staaten befände. Allein leider können solche Erwägungen nicht als völlig frei von Utopie bezeichnet werden, und es ist darum vielleicht verständlich, warum ihnen der praktische Sinn des Amerikaners nicht besonders nachhängt, und warum er anderweitig eine etwa in solchen Bahnen verlaufende europäische Entwicklung, die trotz der schärfsten Interessengegensätze doch bis zu einem gewissen Grade gefordert und bedingt wird, längst auf dem näherliegenden amerikanischen Raum durch den Zusammenschluß der beiden Amerika und durch die Ausweitung der amerikanischen Interessensphäre in der pazifischen Welt zu paralysieren versucht.

Denn Rückzug auf den eigenen Staat allein ist trotz der überreichlich fließenden Kraftquellen, wenn sich nicht die tatsächliche Machtfülle der Union mindern soll, unmöglich. In ihrer heutigen Weltverknüpfung sind die Vereinigten Staaten alles andere als autark; und wenn auch ihre Wirtschaftsgrundlage theoretisch als „möglich autark" bezeichnet werden kann, so heißt das doch nichts anderes, als daß der Staat in einer etwaigen Zwangslage über Gunstbedingungen verfügt, die anderen Staaten vollkommen fehlen. Die Kurve der Lebensforderungen der Vereinsstaatler deutet aber nirgends auf einen freiwilligen Abstieg hin, sondern gerade umgekehrt, bewegt sich die Entwicklungslinie der amerikanischen Wirtschaftsstruktur von einem Zustand hinweg, den man als autark bezeichnen könnte. Charakteristische Beispiele dafür sind die von den Amerikanern so gern als unabhängig bezeichnete Stahlindustrie, vor allem die Weißblechindustrie (1923 führte die Union 49 % mehr Weißblech als in der Vorkriegszeit ein), die Abhängigkeit der Landwirtschaft von der Einfuhr von Düngemitteln, die Kautschukindustrie, die ganz auf die Zufuhr ihrer Rohmaterialien angewiesen ist, der Bezug aller tropischen Genußmittel, besonders von Kaffee; und eine Überschau über die Lebenshaltungskosten des amerikanischen Arbeiters und Angestellten hat schon längst die wohl etwas zu krasse Perspektive eröffnet

daß die Vereinigten Staaten bei einer in dieser Richtung ungehemmten Weiterentwicklung auf dem besten Wege seien, aus der größten Gläubigernation die größte Schuldnernation zu werden. Die Union ist nicht mehr das Land der unbegrenzten Möglichkeiten. Das zeigen ebenso die Einwanderungsbeschränkungen wie die starken Rückwanderungen. Unter dem Einfluß der ersteren ist die Einwanderung im laufenden Jahr, seit dem 1. Juli 1924, dem Inkrafttreten des neuen Einwanderungsgesetzes auf rund 50 % der Zahl des Vorjahres zurückgegangen. Noch immer ist der Strom aus Deutschland und Irland am stärksten. Aber stark ist auch die Rückwanderung, und für die nicht mehr allgemein günstigen Erwerbsaussichten spricht, daß nach einer ganzen Reihe von europäischen und asiatischen Staaten — Spanien, Portugal, Italien, Ungarn, Tschechoslowakei, Polen, Litauen, Rumänien, Bulgarien, Jugoslawien, Griechenland, Armenien, Syrien, Persien, Indien, China und Japan — mehr Menschen zurückwandern, als von dort nach Amerika einwandern. Groß ist allerdings immer noch die Zahl der illegalen Zuwanderer, die sich vornehmlich über die kanadische oder die mexikanische Grenze einschmuggeln.

Das andere Gesicht der Vereinigten Staaten wendet sich dem Westen, dem Pazifik und Ostasien zu und trägt ganz andere Züge. In ihnen ist der unbedingte Machtwille der Union zu erkennen; sie fordern die Herrschaft in diesem großen Verkehrsraum, der von gewaltigen, zum großen Teil noch nicht modern entwickelten Ländergebieten, Zukunftsräumen für eine wirtschaftliche Amerikanisierung umrandet ist. Aber auch Unwille über die Konkurrenz der anderen Weltmächte und Nachdenken darüber, wie sie zu brechen sei, ist darin zu lesen. Das ist das andere und wohl das wahre Gesicht der Union. Kaum deutlicher konnte sich dieser Machtwille äußern als in der starken Pazifikflotte, dem kräftigsten maritimen Organ der Vereinsstaaten, und in den großzügigen Flottenmanövern, die beweisen sollten, daß die Panamastellungen nicht zum Schutze des pazifischen Raumes genügen; und nur eine konsequente Folgerung dieser bisherigen Äußerungen ist es, wenn sich auf Grund der erfolgreichen Angriffe der vereinsstaatlichen Flotte auf Hawaii die Regierung entschlossen hat, die Pearl-Bai, westlich von Honolulu, zu einem uneinnehmbaren Kriegshafen auszubauen, der zugleich die Basis für Unterseeboote und eine Flugflotte sein soll. Das Bollwerk auf Hawaii soll jede feindliche Flotte davon abhalten, mit dieser Festung im Rücken einen Angriff auf die pazifische Küste Nordamerikas zu wagen, und zugleich aber auch eine feste, weit vorgeschobene Stellung in dem pazifischen Aktionsraum bilden. So eindeutig diese Machtgesten sind, so stehen sich freilich auch in Amerika, wie in einem jeden Lande, wo eine Divergenz in der Wahl der Machtmittel möglich ist, zur Zeit Wortführer einer Flottenrüstungspolitik und sölche, die in einer reinen Küstenverteidigung das einzige Heil des Staates im Falle eines maritimen Angriffskrieges sehen, gegenüber; die einen werden gleichsam durch die weiten lockenden Meeresräume in ihren Erwägungen zu weltumspannender Herrschaftspolitik bestimmt, während auf die anderen das Gesetz insularer Selbstbeschränkung wirkt, so daß sie sich im Schutze der Weltinsel sicher fühlen.

Einen Augenblick wollte es scheinen, als ob die dauernd latente Spannung zwischen der Union und **Mexiko** zu einer ernsten Krise werden sollte, denn die Ermahnung der Union, daß Mexiko nur, solange es seine internationalen Verpflichtungen erfülle und den Besitz und die Person vereinsstaatlicher Bürger schütze, mit der Unterstüzung der Vereinigten Staaten rechnen könne, ist ein unverkennbarer Eingriff in die mexikanische Souveränität gewesen, der von dem mexikanischen Präsidenten Calles in aller Bestimmtheit und anscheinend mit zeitlichem Erfolge zurückgewiesen worden

ist. Die Durchführung der Agrargesetzgebung, durch die auch amerikanischer Besitz getroffen wird, wird dabei als eine Ausübung mexikanischer Souveränitätsrechte bezeichnet. Mit besonderem Nachdruck werden zugleich in dieser Erklärung die Bemerkungen des vereinsstaatlichen Staatsdepartements über revolutionäre Bewegungen in Mexiko als irrig bezeichnet, doch stellt Calles damit die Lage wohl bewußt viel günstiger dar, als sie in Wirklichkeit ist. Die Macht der kommunistischen Bewegung, die in der allgemeinen Arbeiterunion ihren Ausdruck findet, und die auch von den persönlichen Gegnern des Präsidenten unterstützt wird, darf keinen Augenblick unterschätzt werden. Für eine Entwicklung des Staates in der von Calles betretenen Bahn hängt alles davon ab, wie weit es ihm gelingt, mit der Durchführung der sozialen Reform, deren Proklamierung ihn zur Regierung gebracht hat und deren wesentlichste Programmpunkte die Eingeborenenerziehung und vor allem die Aufteilung der Latifundien zugunsten der kleinen Landbesitzer sind, die ihm zur Zeit befreundeten Parteien, den Bund der Arbeiter und die Bauernparteien, zu befriedigen. Wie ernst der Präsident die Lage selbst einschätzt, zeigt sein politisches Bekenntnis, er sei weder Kommunist noch Bolschewist und nur auf eine modern-soziale Durchführung der bestehenden Gesetze bedacht, ebenso wie seine offizielle Absage an Sowjet-Rußland: wenn auch Mexiko die Beziehungen zu Rußland wieder aufgenommen habe, so lehne es jedoch jede Einmischung der sowjetrussischen Propaganda in die Angelegenheiten des Staates ab. Die Reform in Mexiko sei das Ergebnis autochthoner Entwicklung des mexikanischen Volkes. Für den streng nationalen Staatswillen sind diese Äußerungen des Präsidenten bezeichnend, doch keineswegs können sie als objektive Deutung der mexikanischen Entwicklung angesehen werden. Typisch, wie zur Zeit in den meisten lateinamerikanischen Staaten, ist das bestimmte, klare Ringen um nationale Staatsgeltung und um politische Unabhängigkeit vom Auslande und auch von den im Lande lebenden Ausländern. Aber besonders erschwert wird diese Entwicklung durch offensichtlich fremde soziale Ideen, die in einem Lande, in dem der Arbeiterstand schon stark angeschwollen ist und in dem Ausbeutung einheimischer Menschenkraft zur Verzinsung von fremdem Kapital an der Tagesordnung war, einen günstigen Nährboden fanden. Wie verwirrend aber solches tatsächlich doch nur entlehnte Fremdgut in den Köpfen mexikanischer Analphabeten (Erziehung der Bevölkerung ist ja der eine Teil des Reformprogramms) wirken muß, wird erst völlig klar bei der Erwähnung der Tatsache, daß dieser Staat bis 1910 noch de facto ein Feudalstaat war. Allein eine Reihe Erfolge hat die jetzige Regierung schon heute zu verzeichnen. Die allgemeine Wirtschaftslage ist durchaus günstig. Die amtliche Statistik zeigt für das Jahr 1924 im Vergleich mit dem Vorjahre ein Ansteigen der Produktionsziffern von Gold, Silber, Zink und vor allem von Blei, während die Kupferproduktion zurückgegangen ist. Im Norden des Staates Coahuila sind neue Ölfelder entdeckt worden; und ernstlich ist die Regierung darauf bedacht, das bisher nur sehr weitmaschige Eisenbahnnetz auszubauen. Die innere Politik der jetzigen Regierung wird so charakterisiert durch Ordnung, Anziehen der Steuerschraube, gesunde Sparmaßnahmen und Ausbau. War zur Zeit der revolutionären Krisen die Zahl der Auswanderer groß, so sind dagegen im Jahre 1924 11 000 Menschen, fast dreimal so viel als 1922 eingewandert; für das laufende Jahr rechnet Mexiko etwa mit der gleichen Zahl.

Die augenblickliche Ruhe in Mexiko darf nicht täuschen. Noch längst nicht hat das Staatsschiff, aus dem Wirbel der Revolutionen kommend, alle Klippen umfahren. Aufdeckung einer Verschwörung gegen die Regierung, Erkennen wirkungsvoller kommunistischer Propaganda, allein die Tatsache, daß der Führer

der letzten Revolution, Adolfo de la Huerta, in den Vereinigten Staaten, Zuflucht gefunden hat, warnen vor zu optimistischer Beurteilung. Auch religiös gärt es; die Los-von-Rom-Bewegung, die freilich in der großen Masse einen scharfen Widerspruch erfährt, hat immerhin an Boden gewonnen.

Viel ernster sind aber die außenpolitischen Spannungen, die sich aus der jüngeren sozialen Struktur Mexikos und aus seiner Bündnispolitik ergeben. Bedroht durch die übermächtige Nachbarlage der Vereinigten Staaten, ja fast auch im Süden und Osten umkreist von vereinsstaatlichen Gefolgschaftsstaaten hat sich Mexiko immer auf die Seite der Gegner der Union geschlagen. So unterhielt es während des Krieges Beziehungen zu Deutschland, und heute ist Mexiko zweifellos der deutschfreundlichste Staat der beiden Amerika; und die Sympathien zwischen Deutschland und Mexiko finden in Besuch und Gegenbesuch und in dem klaren Streben nach immer besserem Kennenlernen ihren Ausdruck. Ein viel größerer Vorstoß Mexikos in den Augen der Vereinsstaaten ist aber der so gar nicht gewünschte Umgang mit Japan, mit dem Mexiko vor kurzer Zeit einen Friedens-, Freundschafts- und Handelsvertrag abgeschlossen hat. Dieser Vertrag bedeutete zugleich eine Erleichterung der Einwanderungsbestimmungen für die Japaner nach Mexiko, wo heute wenig mehr als 3500 Japaner leben. Von Japans Seite aus wird dabei Mexiko ganz offensichtlich als Vorposten gegenüber Nordamerika gewertet, und für Mexiko sind die Beziehungen zu Japan eine Rückendeckung, die einen einfachen Überfall von Seiten des übermächtigen Nachbars ausschließt, eine Sicherung seiner politischen Unabhängigkeit. Allein auch der Nachbar muß auf seiner Hut sein, wenn die politischen Verkettungen des zugangsgünstigen Isthmuslandes für ihn zu verhängnisvolle werden, und er wird solche Verbindungen im Keim zu ersticken suchen. Und diese Situation ist für Nordamerika seit der Anerkennung von Sowjet-Rußland durch Mexiko und durch das nicht abzuleugnende Auftreten kommunistischer Propaganda in Mexiko gekommen. Nun stehen sich hier im nordamerikanischen Kontinent scharf gegenüber Kapitalismus und Kommunismus, dem die soziale Agrarreform der mexikanischen Regierung bis zu gewissem Grade Vorschub leistet; und breiter als bisher ist die Kluft aufgerissen zwischen der weißen und der farbigen Rasse, denn augenscheinlich sind die Sympathien der indianischen und Mischlingsbevölkerung Mexikos für die Gelben viel größer als für die Weißen der Union. Den Vereinsstaaten droht dabei zugleich die Gefahr, daß sich diese Kluft in ihr eigenes Territorium hinein verlegt dorthin, wo sie selbst ihre Colourline gezogen haben. So ist der Mahnruf der Vereinigten Staaten zu verstehen, und Mexiko ist dadurch in eine ungemein schwierige Lage gedrängt, aus der es sich nicht lediglich durch eine Erklärung des Präsidenten befreien kann.

Wirtschaftlich ist der Einfluß der Vereinigten Staaten in Südamerika dauernd im Wachsen. Im verflossenen Jahr war der Wettbewerb dort zwischen den drei Hauptkonkurrenten, England, Union und Deutschland sehr ernst. Die nordamerikanische Ausfuhr nach Südamerika hat die englische dorthin fast erreicht, während die deutsche zurückging.

Von isolierten Meldungen von dort mag hier kurz auf die Revolution in Ecuador hingewiesen werden, wo eine Militärpartei von Guayaquil aus unter der Führung des Generals Francesco Gomez die Regierung in Quito gestürzt hat. Chile hat neuerdings kommunistische Unruhen zu verzeichnen, und charakteristischer Weise ist Iquique, einer der Häfen des Salpetergebiets der Schauplatz. Daß in seiner letzten Botschaft, Bernardes, der Bundespräsident Brasiliens, von einer geplanten Verlegung der Hauptstadt nach einem Orte spricht, der unabhängig von den widerstreitenden Interessen einer Handels- und Industriestadt wie

Rio de Janeiro sein soll, zeigt immer wieder wie die Regierung selbst die miteinander rivalisierenden Kräfte der einzelnen Staaten und ihrer Zentralen gut kennt und danach strebt, von einem neutralen Raum aus diese Gegensätze zu überwinden. Unter dem Ort dürfte wohl die neue Hauptstadt gemeint sein, deren Grundsteinlegung gelegentlich der Centenarfeier in der sogenannten Serra de Pyreneos, in dem vornehmlich aus dem Staatskörper von Goyaz, an der Grenze von Minas Geraes, herausgeschnittenen künftigen Federaldistrikt stattfand.

Die Besprechung der Annektion des Nordpols durch Kanada und die der jüngsten Etappen der panamerikanischen Bewegung, die auf einen allamerikanischen Völkerbund zusteuert, muß der nächsten Berichterstattung vorbehalten bleiben.

NEUERSCHEINUNGEN DES AUSLANDES

FRANKREICH, JAN.—JUNI 1925.

I. Alte Welt:

Audibert, J.: Le Ravitaillement national, ses origines, ses regles generales. S. 180. Charles Lavauzelle et Cie. fr. 10.—

Blanchard, Raoul: Les Alpes françaises. Collection Armand Colin, Libr. A. Colin Br. fr. 6.— rel. fr. 7.—

Blanchard, Raoul: Les Forces hydro-électriques pendant la guerre. Histoire économique et sociale de la guerre mondiale. S. XII—128. Les Presses Universitaires de France fr. 15.—

Béquignon, Charlotte: La Dette de monnaie étrangère. S. 192. E. de Boccard fr. 12.—

Bloch, René: Code du travail et de la prévoyance sociale, suivi d'un appendix contenant les lois surs les accidents du travail et les syndicats professionnels. S. 167. Muzard fr. 12.—

Bordeaux, Henry: L'Appel au divin ou Maurice Barrés en Orient. S. IV—92. Plon-Nourrit et Cie. fr. 5.—

Bourgin, Hubert: Cinquante ans d'expérience démocratique. S. 320. Nouv. Libr. Nationale fr. 10.—

Burckhard, Charles: Le Mandat français en Syrie et au Liban. S. 198. Jo. Fabre fr. 10.—

Brian-Chaminov, N.: La Tragédie moscovite. Edit. Spes. fr. 6.50

Briey, Comte R. de: L'Epreuve du feu. Méditations sur les leçons politiques de la guerre. Prèfaces de M. Ch. Maurras et de M. Mussolini. S. XIII—240. Berger-Levrault fr. 7.50

Castopoulo, Stavro: L'Empire de l'Orient. S. 300. L'Ile de France. Br. fr. 7.50

Chaume, Abbé: Les Origines de la Bourgogne. T. 1, S. 400. Et. Rebourseau fr. 20,—

Chatelle, Albert: Dunkerque pendant la guerre. S. 250. Picart fr. 25.—

Claparède-Spir, Mme. Ed.: Pour l'entente des peuples. Voix de France, d'Allemagne et d'Angleterre. S. 76. Les Presses Universitaires de France fr. 4.—

Clerget, Pierre: Les Industries de la soie en France. Collect. A. Colin. 10 graphiques, 15 tableaux. S. 200. Libr. A. Colin Br. fr. 6.—

Conrad, Ch.: France d'abord. 16 carre. Fischbacher fr. 7.50

Collinet, P.: Beyrouth, centre d'affichage et de dépôt des constitutions impériales. S. 14. Soc. du Recueil Sirey fr. 5.—

Damon, Louis: Nos parlementaires. H. Goulet fr. 7.50

Dorville, C.: Un Séjour au pays des Califes. Souvenirs et anecdotes de la carrière. S. 212. Maisonneuve Frères. fr. 7.—

Driault, E. et Lhéritier, M.: Histoire diplomatique de la Grèce de 1821 à nos jours. T. 2. Le Règne d'Othon. La Grande Idée (1830—1862). S. XV—498. Les Presses Universitaires de France fr. 30.—

Duquesne, Carré De Malberg R. et Mulheissen: L'Allemagne depuis la guerre. 1re série. Istra. fr. 7.50.

Fontaine, Arthur: L'Industrie française pendant la guerre. Histoire économique et sociale de la guerre mondiale. S. XII—504. Les Presses Universitaires de France. fr. 40.—

Franck, Paul: Finances de la France. S. 75. A. Delpeuch fr. 3.—

Franck, Paul: La Reconstitution financière de l'Autriche. Préface du Dr. Alfred Grunberger, ministre des affaires étrangères d'Autriche. S. 263. Rhéa fr. 12.—

Gérardin, Edouard: Histoire de Lorraine, duchés, comtés, évêchés, depuis les origines jusqu'à la réunion des deux duchés à la France. Avec 66 grav. et 4 cartes. S. 368. Berger-Levrault fr. 10.—

Germiny, M. de: Les Brigandages maritimes de l'Angleterre. 3 vol. S. 327, 236, 315. Ed. Champion fr. 30.—

Granvilliers, Jean de: L'Allemagne comme je viens de la voir. S. 308. Edit de France fr. 9.—

Grelling, Richard: La Campagne innocentiste en Allemagne et le Traité de Versailles. S. 332. A. Costes fr. 8.—

Gromaire, Georges: L'Occupation allemande en France 1914—1918. S. 512. Payot Br. fr. 20.—

Gruben, Hervé de: La Crise allemande et l'Occupation rhénane. 1823—1924. S. 91. Office de Publicité à Bruxelles fr. 3.—

Gueydan, P. E.: Les Rois de la République. 2 vol. Perrin et Cie. fr. 15.—

Guiton, Paul: Au coeur de la Savoie. S. 152. I. Rey fr. 16.—

Hanotaux. Gabriel: Histoire de la Nation française des origines préhistoriques à nos jours (1920). En 15 vol. S. 600. Les 15 vol. en souscription. Libr. Plon fr. 675.—

Herriot, Edouard: Lyon pendant la guerre. S. XVI—100. Les Presses Universitaires de France. br. fr. 12.50

Hanotaux, Gabriel: Histoire de la fondation de la 3. République. 1. part: Le Gouvernement de M. Thiers (1870—1873). Plon-Nourrit et Cie. fr. 24.—

Houtsma, Th. Basset R., Arnold T.-W. Bauer, H.: Encyclopédie de l'Islam. Livraison 29: Kait-bey-Kaplan. Livraison A.: Sa-Sahl b. Harun. Aug. Picard fr. 25.—

Jéhouda, Josué: La Terre promise. S. 128. F. Riéder et Cie. fr. 6.—

Jorga, N.: Histoire des Etats balcaniques jusqu'à 1924. J. Gamber fr. 25.—

Jouvenel, Robert de et Tarde, Alfred de: La Politique d'aujourd'hui, S. 234. S. Kra fr. 10.—

Kayser, Jacques. Ruhr ou Plan Dawes? A. Delpeuch fr. 4.—

Lafond G. et Desfeuilles P.: La Pologne au travail, Coll. „Les Pays modernes". Pierre Roger fr. 10.—

Lafue, Pierre: La Restauration de l'Empire bismarckien. S. 112. Plon-Nourrit et Cie. fr. 5.—

Laglains, Jacques: Mémoires d'un censeur. S. 200. La Renaissance du Livre. fr. 7,50

Lasturec, Pierre: L'Affaire gréco-italienne de 1923. L'Ile de France fr. 35.—

Latzarus, Louis: La France veut-elle un roi? S. 192. Edit. du Siècle fr. 7.50

Lecarpentier, G.: La Suisse au travail, Collection Les Pays Modernes. P. Roger fr. 10.—

Louis, Paul: Histoire du socialisme en France depuis la Révolution jusqu'à nos jours. S. 416. M. Rivière fr. 18.—

Marcellin, Louis: Voyage autour de la Chambre du 11 mai. Nouvelle Libr. Nationale fr. 10.—

Mansuy, Abel: La Pologne. S. 144. Rieder et Cie. Br. fr. 6.50

Maury, Lucien: Babel L'Etranger. La France devant l'étranger. La Paix Perrin et Cie. fr. 7.50

Maxe, Jean: L'Anthologie des défaitistes. Préface de M. Emile Buré. S. 1200 2 vol. Edit. Bassard fr. 18.—

Murray W., Malcolm: L'Industrie cotonnière anglaise 1913—1923. S. 252. Rousseau et Cie. fr. 22.50

Michelet, Jules: Histoire de France, Fascicules de 32 S. F. Rouff. Prix de l'abonnement: à 15 doubles fascicules = fr. 15.— à 30 = fr. 28.—

Millaud, Edouard: Le Journal d'un Parlementaire. T. 4. S. 224. Chiberre. fr. 7.—

Nicolglou, Stéphan Ph. Dr. en droit.: L'affaire de Corfou et la Societé des nations. S. 128. F. Mettray et A. Dugrivel fr. 10.—

N . . .: Etudes techniques du groupement des houillères victimes de l'invasion. S. 200. Gauthier-Villars et Cie. fr. 40.—

N . . .: L'Alsace et la Lorraine économiques. Nr. spécial de la „Revue d'économie politique". S. 1178. Libr. de la Société du Recueil Sirey. fr. 15.—

N...: Le Pays de France, T. II. Bourgogne, Morvan, Nivernais, Franche-Comté, Lyonnais, Forez, Vivarais, Savoie, Dauphiné, Provence, Côte d'Azur et Corse. Grand in 4 Illustré. Libr. Hachette Br. fr. 90.— cart. fr. 120.—

Ortiz-Eghague, F.: Une enquête en Allemagne. Préface de Ch. Maurrass. S. 76. Edit. Excelsior.

Passaga, général: Le Combat. Ce que nous avons a appris de la guerre. S. 70. Charles-Lavauzelle et Cie. Br. 5 fr.

Pawlowski, Auguste: L'Industrie textile française. S. 250. J. Charles et A. Brunet fr. 25.—

Praudeleu Dr.: Aux Dardanelles, à Lemnos, sur les bords du Vardar. 4. edit. S. 214. Patronage Saint-Pierre Br. fr. 10.—

Pezet, E.: Combattants et Citoyens. Edit. Spes. fr. 7.50

Philip, André: L'Angleterre moderne. G. Crès et Cie. fr. 7.50

Pirou, Gaetan: Les Doctrines économiques en France depuis 1870. S. 200. Libr. A. Colin Br. fr. 6.— cart. fr. 7.—

Poëte, Marcel: Une vie de cité. Paris, de sa naissance à nos jours. Album de 600 illustr. S. 520. A. Picard fr. 75.—

Prezzolini, G.: La Culture italienne. Bibliothèque d'Histoire contemporaine. S. 244. F. Alcan fr. 10.—

Prezollini, G.: Le Fascisme. Traduit de l'italien par Georges Bourgin. S. 290. Editions Bossard fr. 9.—

Puget, H.: Le Concordat en Alsace-Lorraine. S. 16. Soc. anonyme du Recueil Sirey fr. 2.—

Raphael, Gaston: Krupp et Thyssen. Coll. „Les cahiers Rhénans". Les belles Lettres br. fr. 7.50 cart. fr. 13.50

Reboul, Lieut.-colonel: Mobilisation industrielle. T. 1. Des fabrications de guerre en France (1914—1918). S. XVI—198. Berger-Levrault fr. 6.75

Redslob, R.: De Cracovie à Budapest par les montagnes de la Tatra (avril-mai 1923). Couverture illustrée de Kowalski. S. 85. Berger-Levrault fr. 5.—

Revol: Le Syndicalisme paysan de 1920, 1921 et 1922 dans le nord du Palatinat rhénan. S. 192. Les Presses Universitaires de France fr. 15.—

Riegler: Distances des transits de l'Europe. Avec une carte des chemins de fer Européens en 2 couleurs. S. 68. G. Ficker fr. 45.—

Ristelhueber, René: Les Traditions françaises au Liban. Bibliothèque d'Histoire contemporaine. S. 336. F. Alcan fr. 20.

Rocoffort, L.: Sur les trois versants du Mont Blanc. S. 100. Desvignes et Desforges, Girardot et Cie. fr. 100.—

Roux, F.-Ch.: L'Angleterre et l'expédition française en Egypte. Publications spéciales de la Société de Géographie d'Egypte. S. 374. Ed. Champion fr. 50.—

Royot, Emile: Essai statistique sur la valeur du franc. Avec 2 graphiques. S. 24. Berger-Levrault Br. fr. 2.50

Sapiens: Les droits de la ville libre de Dantzig et la Pologne. S. 47. A. Delpeuch fr. 2.—

Schuler, Rose-Alsa: Mussolini à travers son écriture. R. Guillon fr. 10.—

Une Allemande (Lilly Jannasch): Les Atrocités allemandes de la Grande Guerre d'après des documents authentiques. Traduit de l'allemand par Frédéric de Marwicz. S. 160. Edit. Bossard Br. fr. 6.—

Tavernier, Eugène: 50 ans de politique. L'Oeuvre d'irréligion. S. 366. Edit. Spes. fr. 15.—

Vermeil: L'Allemagne contemporaine 1919—1924. S. 248. F. Alcam fr. 10.—

Vallet, D'Aug.: Les Grands Problèmes de la France. Un nouvel aperçu du problème colonial. S. XXI—215. Berger-Levrault Br. fr. 8.—

Vial-Mazel, G.: Le pape contre la France. La Politique germanophile au Vatican. Edit. Nouvelle. S. 50. La Brochure républicaine fr. 2.50

II. Afrika:

Amic, Henri. Le Maroc, hier et aujourd'hui. 2 voyages 1920—1924. Calman-Lévy fr. 6.75

Aubin, Eugène: Le Maroc d'aujourd'hui. 3 cartes en couleur hors texte. S. 500. Libr. A. Colin fr. 12.—

Azan, colonel Paul. L'Armée indigène nord-africaine. S. 62. Charles-Lavauzelle et Cie. Br. fr. 3.—

Azan, colonel Paul: L'Emir Abd el Kader (1808—1883). Lib. Hachette fr. 20.—

Bernard, Augustin: Enquête sur l'habitation rurale des indigènes de la Tunisie. S. 101. E. Larose fr. 15.—

Collard, Paul: Impressions et souvenirs d'un colonial. S. 171. Soc. d'édit. géographiques, maritimes et coloniales fr. 8.—

Georges-Gaulis, Berthe: La France au Maroc. L'Oeuvre du général Lyautey. S. 311. Libr. A. Colin fr. 5.75

Grossard, lieut.-colonel: Mission de délimination de l'Afrique Equatoriale Française et du Soudan Anglo-Egyptien. S. 343. E. Larose fr. 30.—

Grossard, lieut.-colonel: Carte française de la délimitation de l'Afrique Equatoriale Française et du Soudan Anglo-Egyptien. Au 1 500 000 en 3 couleurs, 10 feuilles. E. Larose fr. 45.—

Kilian, Conrad: Au Hoggar. Mission de 1922. S. 190. Soc. d'éditions géographiques, maritimes et coloniales fr. 18.—

N...: Le Maroc. Cartes tirées en 5 couleurs. A. Lesot Echelle 1 754 000 fr. 3.50 Echelle 1 000 000 fr. 6.—

Paulin, Honoré: Madagascar. S. 120. Libr. de l'Enseignement Technique fr. 20.—

Piquet, Victor: Le Maroc. Géographique, Histoire, Mise en valeur. 1 carte en coul. hors texte, 4 cartes hors texte en noir. S. 545. Libr. A. Colin fr. 12.—

Rerilis, Henry de: De l'Algérie au Dahomey en automobile. S. 248. Plon-Nourrit et Cie. fr. 10.—

Saurin: Vingt-cinq ans de colonisation nord-africaine. S. 383. Soc. d'éditions géographiques, maritimes, et coloniales Br. fr. 7.50

Vassal, Gabrielle: Mon séjour au Congo français. Collection Voyages de jadis et d'aujourd'hui. S. VI—248. 16 planches hors texte. Libr. Pierre Roger Br. fr. 10.—

Vieljeux, L.: De la Rochelle au Cameroun. S. 140. F. Pijellet fr. 6.—

III. Indopazifische Welt:

Collard, P.: Cambodge et Cambodgiens. Métamorphose du royaume Khmer par une methode française de protectorat. S. XIV—312. Soc. d'édit. géographiques, maritimes et coloniales fr. 40.—

Collet, Octave: Terres et peuples de Sumatra. S. 562 et 332 grav. Vromant et Cie. fr. 100.—

Dorgelès, Roland: Sur la route mandarine. S. 318. A. Michel fr. 7.50

Maybon, Pierre B.: Essai sur les associations en Chine, 1925. S. 208. Libr. générale d. droit et de jurisprudence Br. fr. 20.—

Nag, Kâlidâs: Etude sur les origines du droit et des relations diplomatiques hindous. Les Théories diplomatiques de l'Inde ancienne et l'Arthacâstra. S. 190. Maisonneuve Frères fr. 25.—

N...: La Chine et le Monde. S. 276. Les Presses Universitaires de France fr. 8.—

Vivies, Albert: L'Ame de la Cochinchine. A. Portail à Saïgon fr. 9.—

Wenz: L'Elevage du mouton en Australie. Décrit en vue de son application dans les colonies françaises. S. 51. E. Larose fr. 6.—

IV. Amerika:

Blasco Ibanez, Vincente: La Révolution mexicaine et la dictature militaire. S. 272. Vuibert fr. 7.—

Klein, abbé Félix: L'Amerique et le Cartel des Gauches. S. 32. Edit. Spes. fr. 1.50

Mackensie, King: La Question sociale et le Canada. S. 252. F. Alcan fr. 10.—

Murray Butler: Les Etats-Unis d'Amérique. S. 340. F. Alcan fr. 20.—

Pector, Désiré: Régions isthmiques de l'Amérique tropicale. Soc. d'éditions géographiques, maritimes et coloniales fr. 15.—

V. Systematisches und Allgemeines:

Bayart, P.: Le Bilan or. S. 11. Soc. anonyme du Recueil Sirey fr. 5.—

Barral, Jean: L'Etalon monétaire de la Société des Nations. G. Ficker fr. 3.—

Barral, Jean: La Langue fédérale de la Société des Nations. G. Ficker fr. 1.50

Barral, Jean: L'Equation économique. G. Ficker fr. 1.50

Boghitchevitch, M.: Les Causes de la guerre. Préface de G. Demartial. S. 256. F. Rieder et Cie. fr. 7.50

Boninsegni, P.: Traité d'économie politique. I er cahier. Economie politique théorique. S. VII—86. F. Rouge et Cie. s. fr. 4.50

Boucher, Général, A.: Les Lois éternelles de la guerre. II. Les doctrines dans la préparation de la grande guerre. S. XXVI—260. Berger-Levrault fr. 8.—

Bousquet, G. H.: Précis de sociologie, d'après Vilfredo Pareto. Payot fr. 10.—

Boutroux, Emile: De l'idée naturelle dans la science et la philosophie contemporaines. S. 143. J. Vrin fr. 10.—

Brunhes, Jean: La Géographie humaine. 3. vol. I: S. XII—576, II.: S. 976, III: S. IV—164. F. Alcan fr. 110

Camon, G.: Ludendorff sur le front russe 1914—1915. Manoeuvres et batailles, avec 24 croquis dent 1 hors texte. S VIII—124. Berger-Levrault fr. 6.75

Cochet, Marie-Anne: Essai sur l'emploi du sentiment religieux comme base d'autorité politique (du 3e au 20e siècle). S. 144. Les Presses Universitaires de France fr. 15.—

Du Plessis, Jean: Les grands Dirigeables dans la paix et dans la guerre. S. 308. Plon Nourrit et Cie fr. 12.—

Fallex, M.: Carte de l'Empire colonial français. Colonies, pays de protectorat et de mandat. Delagrave. En feuille: fr. 6.—

Fels, comte de: La Révolution en marche. S. 256. A. Fayard et Cie. Br. fr. 7.50

Grenier, Albert: La Génie romain dans la religion, la littérature et l'art. Bibl. de Synthèse historique. S. 500. La Renaissance du Livre fr. 20.—

Gillouin, René: Questions politiques et religieuses. In 16 double couronne. S. 276. B. Grasset fr. 7.50

Gimenez-Valdivieso, T.: La Suppression de la guerre. S. 300. Rhéa fr. 6.—

Henri-Robert: Les Grands Procés de l'histoire. IVe série. Payot fr. 10.—

Jollivet-Castellot, F.: Le Communisme spiritualiste. S. 127. Chacornac frères fr. 3.—

Kristophilon: Synarchie et démocratie, ou à quoi se résout la question sociale. S. 260. Rhéa fr. 7.50

Lauzanne, Stéphane: Sa Majesté la Presse. S. 256. A. Fayard et Cie. fr. 7.50

Moreau, G.: Le Syndicalisme, les Mouvements politiques et l'evolution économique. S. 358. M. Rivière Br. fr. 18.—

N...: A. B. C. du citoyen supranational. S. 85. A. Delpeuch fr. 3.—

N...: Annuaire de la presse française et étrangère et du monde politique. Edition 1925. S. 1800. Annuaire de la presse française et étrangère fr. 35.—

N...: Annuaire général de la France et de l'étranger. S. 1116. Libr. Larousse fr. 50.—

Nolhac, P. de: La Création de Versailles. L. Conrad fr. 25.—

Palat, Général: La Grande guerre sur le front occidental. T. 10. La Ruée sur Verdun (5 août—30 juin 1916). Avec 4 cartes et 1 plan. S. 484. Berger-Levrault fr. 25.—

Pallat, Général: La Grande Guerre sur le front occidental. XI: Bataille de la Somme, 1. Juillet 1916—1. janvier 1917. Avec 3 cartes. S. 416. Berger-Levrault fr. 20.—

Perrier, G.: Où en est la géodésie? Les problèmes et travaux actuels. S. 47. 36 fig. Gauthier-Villars et Cie. fr. 5.—

Prevot: Topographie. T. 1 et 2. S. 544 et 742. Dunod fr. 46.— et 54.—

Ramon, Gabriel: Comment faire la paix. F. Alcan fr. 3.50

Renouvin, Pierre: Les Origines immédiates de la guerre (28. juin—4 août 1914). S. 294. A Costes fr. 15.—

Saussure, Léopold de: L'Origine des noms de mer Rouge, mer Blanche (des Turcs) et mer Noire. Extrait. S. 14. Maisonneuve Frères fr. 3.—

Scheer, Ch.: L'Evangile et l'Action politique Fischbacher fr. 1.50

Vazelle: Essai d'une science de la paix. S. 16. Les Presses Universitaires de France fr. 1.50

Villate, Robert: Les conditions géographiques de la guerre. Etude de géographie militaire sur le front français de 1914 à 1918. S. 352. Payot fr. 35.—

William, Contre-admiral, Sowden Sims: La Victoire sur mer. Le Rôle de la marine américaine pendant la guerre. S. 384. Payot Br. fr. 20.—

Verantwortlich sind: Dr. F. Hesse, Berlin-Grunewald, Hohenzollerndamm 83 / Prof. Dr. K. Haushofer, München, Arcisstraße 30 / Prof. Dr. E. Obst, Hannover, Geibelstr. 24 / Studienrat Dr. H. Lautensach, Hannover, Freiligrathstr. 9 / Professor Dr. Maull, Frankfurt/Main, Franz Rückerstraße 23 / Verlag: Kurt Vowinckel Verlag, Berlin-Grunewald, Hohenzollerndamm 83 / Druck: Saladruck Zieger & Steinkopf, Berlin SO 16, Köpenicker Str. 114

HERBERT SCHMIDT:
DER SINN DER ÖSTERREICHISCHEN KULTUR UND POLITIK VON HEUTE

Der Weg Österreichs, sein Aufstieg und Niedergang, abseits von allen Kleinlichkeiten des Alltags gesehen, ist bezeichnet durch eine dramatische Abfolge unabänderlicher Geschehnisse. Aber wie die Gewohnheit des täglichen Erlebens das ewige „Stirb und Werde" im Leben der Menschen und der Natur als eine selbstverständliche empirische Weisheit hinnimmt, wird die Anwendung dieses Gesetzes auf Völker, weil schwerer erkennbar, seltener in den Kreis politischer Betrachtungen gezogen. Erst in Zeiten großer Umwälzungen und Entscheidungen wie den heutigen, wird blitzartig grell beleuchtet, was vorher, durch die dunklen Wolken der Behaglichkeit verhüllt, dem Erkennen nur weniger sichtbar war. So erscheinen uns heute die Lebensströmungen der Völker vielfach in einem neuen Licht. Das Leben Österreichs aber ist uns ein dauerndes Symbol, dessen Betrachtung uns um so mehr fesselt, als es einen großen Teil unseres Schicksals in sich trägt.

Jahrelang verschoben, rückt nun die endgültige Entscheidung Österreichs näher und näher. Die Neubesetzung der Botschafterposten in Berlin und Paris, das weitgehend entgegenkommende tschechische Angebot eines Handelsabkommens mit der Bedingung eines endgültigen Verzichtes auf den Anschluß, das starke Interesse Mussolinis für eine Personalunion mit Österreich, um die französischen Donaustaatspläne zu durchkreuzen und die durch die Dauerkrise in Staats- und Privatwirtschaft allgemein einsetzende Pressepolemik sind äußere Anzeichen. Die Tatsache, daß Österreich in seiner heutigen Struktur lebensunfähig ist, läßt sich trotz aller Völkerbundsbeteuerungen und Kredite nicht länger verschweigen. Sinnlos von Grenzen umgeben, deren Vater der Fanatismus war, muß es sich, um leben zu wollen, an ein größeres Land anlehnen. War dieses Land bis zum Abbruch des Ruhrabwehrkampfes in den Augen aller Österreicher Deutschland, so tauchte seit einiger Zeit der von interessierten Gruppen inspirierte Gedanke eines wirtschaftlichen Zusammenschlusses mit den Nachfolgestaaten in Form einer Donau-Konföderation auf. Obwohl hinter diesem Plan vor allem die Franzosen mit ihren europäischen Herrschaftsgelüsten stehen, deren erste Aufgabe die Zersplitterung des deutschen Volkes ist, so wurde er doch von engsichtigen Ressortpolitikern alten Schlages und auch von Wirtschaftsleuten gern aufgegriffen. Während diesen Politikern die Verquickung mit habsburgischer Hauspolitik maßgebend für ihr Handeln war,



so stimmten die interessierten Wirtschaftsleute für den Donaubund aus rein wirtschaftlichen Erwägungen heraus. Die Frage, wie aber wird sich das Volk Österreichs entscheiden, will es seinem kulturellen nationalen und wirtschaftlichen Leben gerecht werden, gewinnt erhöhte Bedeutung.

In seiner Gesamtheit würde es zweifellos gegen einen Bund mit den Staaten stimmen, denen die Unterdrückung der Deutschen Hauptziel ihrer Innenpolitik zu scheint. Um aber diese den Donaubund behindernde Haltung des Volkes zu untergraben, wird bewußt diese Frage in eine einseitige kulturelle Richtung gebracht. Man propagiert im Hinblick auf das Wunschgebilde des Österreichs „in Glanz und Herrlichkeit" jene frühere durch die harten Tatsachen der Gegenwart vernichtete österreichische Gesinnung der gesteigerten Toleranz und Lebenskunst. Was aber hat diese altösterreichische, in den Glanzzeiten des Kaisertums entstandene Gesinnung heute noch für die Deutschen Österreichs zu bedeuten? Geboren in dem Wien, der Verwaltungszentrale eines großen Nationalitätenstaates, den man mit Hilfe der vorwiegend gemeinsamen katholischen Religion, eines apostolischen Monarchen und mit der Macht einer im Barock auf der Höhe stehenden Kultur zusammenhielt, war jene Gesinnung das erstrebenswerte Ziel aller Österreicher. Das war das Wien, auf das wir alle mit Stolz sehen, wie in einen Spiegel deutscher Seelenschwingungen, das Wien der Künste, Wissenschaften und der hohen Politik, gekrönt durch die Werke der Heroen der Musik, hineinragend über alle Grenzen der Sprache und des Blutes in die irrationale Welt der Unendlichkeit. Ein Völkerbund idealster Form, aber für den Geschichtskundigen begreiflicherweise von kurzer Dauer. Denn die Welt war und ist immer noch eine Kolonialgeschichte, ein ewiges Geben und Nehmen und derjenige, der nahm, hat sich immer noch vom Geber, dem Lehrer, aus dem sicheren Instinkt heraus, daß erst dann er sich voll entfalten kann, meist recht unsanft getrennt. Das bestätigt die Geschichte soweit wir zurückblicken können, nicht nur der Völker, sondern auch der Menschen untereinander. Das beste und aktuellste Beispiel aber ist der Nationalitätenstaat „Österreich".

Hier war der große Geber der Deutsche, der mit Hilfe der vorhin genannten Faktoren die durch die panslawistische Idee beseelten West- und Südslaven zu Österreichern stempeln wollte, ähnlich dem Unterfangen der Römer den anstürmenden jugendfrischen Germanen gegenüber. Wie aber diese österreichisch-deutsche Lebensform höchstens von der Intelligenz der kulturell tiefstehenden Slaven aufgenommen wurde, blieb doch die Masse der Slaven ihr fremd und nahm höchstens das, was man Zivilisation nennt, auf. — In Ungarn war es übrigens anders, dort wurde mit der Zeit die deutsche Intelligenz ungarisch im Denken und Fühlen, während der deutsche primitive Bauer den rücksichtslos durchgeführten Magyarisierungsversuchen gegenüber



taub blieb und sein Deutschtum zäh verteidigte. Bei ihm überwogen die Kräfte des Blutes und der Rassenzugehörigkeit zum Deutschtum die des Verstandes, so blieb er innerlich der ungarischen Tradition und dem eigenen magayrischen Lebensstil fremd, während der rational denkende Deutsche der Oberschicht sich geistig völlig akklimatisierte. — So nahmen sie alle von ihrem großen Lehrer bis sie sich Schritt für Schritt zur Reife herangewachsen glaubten, um auch durch eine politische Trennung sich frei zu machen von diesem Kultureinfluß, um ihre inneren seelischen Kräfte voll entfalten zu können und so eine eigene Kultur zu formen. In dieser Entwicklung stehen wir mitten drin, ja sie war schon lange vor 1918 im vollsten Werden. Der Mord von Serajewo, an dem Mann, der vielleicht als einziger sie für eine Zeitlang gemeistert hätte in engster Angliederung an das Deutsche Reich, gab ihr den letzten entscheidenden Anstoß. Was aber taten die Jahre vorher die Exponenten jener altösterreichischen Gesinnung? Mit einer unverantwortlichen für das Deutschtum geradezu selbstmörderischen Toleranz hofften sie auf Grund ihrer überlegenen Kultur das Land zusammenzuhalten. Aber die österreichische Frage war bereits längst der Kultur entrückt, eine bevölkerungspolitische Angelegenheit geworden.

Die beginnende Industrialisierung und die ihr analoge Entwicklung zu Großstädten, zog einen großen Prozentsatz der meist sozial tiefstehenden Slaven aller Schattierungen in die Städte und Industriezentren. Städte und Industrie entwickeln sich aber abgesehen von außerordentlichen Rohstofflagern dort, wo sozial hochstehende zivilisierte Menschen wohnen. Also in Österreich auf den Wohnplätzen der Deutschen. Dieser gewaltigen Wanderung der slavischen Massen, derem Antrieb diesesmal soziale Beweggründe zugrundelagen, stand man machtlos gegenüber, wollte man nicht die industrielle Entwicklung, für einen modernen Großstaat bereits lebensnotwendig geworden, hemmen. So wurden weitere deutsche Gebiete lautlos erobert. Wir denken dabei hauptsächlich an Wien und das sudetendeutsche Industriegebiet. Der deutsche Bauer aber in Böhmen und Ungarn stand in einem Kampf auf Leben und Tod einsam und verlassen von einer Regierung, die, obwohl deutsch in ihrem Wesen und Aufbau, erkrankt an allgemeiner Humanitätsduselei für die ureigensten Lebensnotwendigkeiten der Deutschen den Blick verloren hatte und bei völliger Verkennung der Psyche ihrer Völker glaubte, mit Gemütlichkeit sich aus dieser heiklen Angelegenheit heraus lawieren zu können. Der Kampf in den Grenzlanden wurde immer erbitterter. Die Slaven, voran die Tschechen, Polen und Serben — die Ungarn hatten ja schon längst ihre politische Unabhängigkeit und Gleichberechtigung erreicht — traten immer mehr mit ihren antideutschen Zielen an die Öffentlichkeit. Hatte sich vorher die Intelligenz in Geheimbünden zusammengefunden, um

die österreichisch-deutsche Herrschaft zu unterwühlen, ähnlich dem Beginnen der Italiener zur Zeit der Karbonari, so glaubte man sich nun stark genug, um handeln zu können. Prag, Krakau und Serajewo waren die Sammelpunkte in ständiger Verbindung mit Belgrad, Warschau und allem Anschein auch Paris. Eine Forderung nach der anderen wurde auf parlamentarischem Wege durchgedrückt. Aber aus dem ungestümen Drängen nach politischer Selbständigkeit wurde sehr bald ein Kampf gegen das Deutschtum überhaupt, wohnten doch in den Ländern, die man für sich begehrte, zahlreiche Deutsche.

Auf dem Lande lag nun die Entscheidung. Bei der starken Vermehrung der slavischen Völker und dem von der Regierung jeglichen Rückhalts beraubten Grenzdeutschtums mußte sie auf die Dauer gegen die Deutschen fallen. In größter Gefahr schlossen sich diese nun zu Verbänden zusammen zur Erhaltung ihrer bedrängten Kultur, Sprache und Schule, von denen der deutsche Schulverein in Böhmen wohl der stärkste war. Aber man konnte damit, so wie die Dinge lagen, die Entwicklung höchstens aufhalten. Die starke, soziale Bewegung, die sich seit den siebziger Jahren durch alle zivilisierten Ländern fortpflanzte und von den besitzlosen Massen als eine neue Offenbarung angesehen wurde, kam den slavischen Zielen sehr gelegen und bot ein nicht zu übersehendes Aktivum in diesem Kräftespiel. Waren doch die Besitzenden fast durchweg Deutsche, wie sie überhaupt die Oberschicht bildeten. Diese waren nun das Hauptziel des Angriffes, den man nun mit mehr oder weniger Überzeugung in ein sozialistisches Gewand hüllen konnte. Taktisch gut durchgeführt gewann man damit nicht nur die moralische Unterstützung der ganzen sozialistisch denkenden Welt, sondern kämpfte auch in den wesentlichsten Dingen mit denjenigen in der Wirtschaft stehenden Deutschen, die sich der sozialen Welle angeschlossen hatten. So ist es auch zu verstehen, daß z. B. in Böhmen die Führer des nationalen Kampfes auf slavischer Seite aus der tschechischen Sozialdemokratie stammen und daß diese Leute nach dem Umsturz nun am Staatsruder stehend nur da sozialisierten und aufteilten, wo es galt, deutschen Besitz vernichten.

Dazwischen ging aber die Wirtschaft ihren eigenen Weg. Hinweg über alle Nationalitätengrenzen, nur an den Zollschranken Halt machend, verband sie organisch aufbauend die Donaumonarchie zu einem einheitlichen Wirtschaftsstaat. Bedingt durch die Kohlenvorräte entstand unter deutscher Führung das große Industriegebiet in Böhmen in steter Fühlung mit den aufblühenden sächsischen Industrien. Eisen- und Glashütten größten Umfangs tauchten auf, deren Leitungen in Prag und Wien waren, wo sich neben Budapest das Blut eines jeden Wirtschaftskörpers, das Geld, konzentrierte. Die Erz- und Holzvorräte Steiermarks, die reichen Landwirtschaftsprodukte der hauptsächlich Ackerbau- und Viehzucht treibenden Bevölkerung der Kron-



länder waren nicht nur für den Inlandsbedarf, sondern auch als Austauschobjekte wichtige Wirtschaftsfaktoren. Wurden doch jährlich für zirka 2350 Millionen Rohstoffe: Holz, Zucker, Salz, Kohle, Häute, Eier, Getreide, Vieh und Fertigfabrikate wie Papierwaren, Glas, Metallwaren, Erzeugnisse der Holzindustrie, Leder und Tuchindustrien, Tonwaren usw. auf dem Weltmarkt für andere Güter eingetauscht. Wien wurde bald der Sammelpunkt der verarbeitenden Industrie, wohin die Rohstoffe und Halbfertigfabrikate durch die feinen Äderchen eines weitmaschigen Verkehrsnetzes, dessen Hauptader die Donau bildete, flossen. Gute Seehäfen mit eigenen Schiffahrtslinien sorgten für direkte Verbindung mit dem Hauptinteressensgebiet der Levante und den Weltmeeren. Die Ausbeutung und Nutzbarmachung der zahlreichen Wasserkräfte der Alpenländer eröffnete ungeahnte wirtschaftliche Möglichkeiten. Das Projekt einer Verbindung mit dem oberschlesischen Kohlengebiet durch einen Donau—Oder-Kanal harrte seiner Ausführung. Das im Weltrhythmus pulsierende rasche Tempo der kommerziellen und industriellen Entwicklung hatte zu der bestehenden geographischen Einheit Österreich-Ungarns die wirtschaftliche geformt. International in ihrem Wesen, nur von Rentabilitätsfragen beherrscht, schien die Wirtschaft getreu ihren freihändlerischen Grundsätzen die widerstrebenden Nationalitäten stärker aneinander zu ketten als es je gemeinsamer Lebensraum, kulturelle Bindungen und Tradition vermocht hätte.

Da brach erwartet und gefürchtet und trotzdem überraschend der große Krieg aus. Der Vorhang der Intriguen und geheimen Fäden wurde hochgezogen. Für jedermann nun sichtbar lief das gut einstudierte österreichisch-deutsche Drama über die Weltbühne. Die ruhmreiche Tradition der aus allen Landesteilen rekrutierten österreichisch-ungarischen Armee hielt zum Erstaunen vieler noch eine zeitlang die Völker zusammen. Die Ungarn, umbrandet vom slavischen Meer, kämpften mit Erbitterung gegen die Russen und Serben um ihr politisches Dasein. Die Kroaten und Bosniaken an der italienischen Front aus altem Haß mit Ausdauer und Bravour. An der Hauptfront der russisch-serbischen aber versagten die slavischen Völker. Resistenz, Verrat und Scharen von Überläufern kennzeichneten diese Truppen. Slaven konnten und wollten nicht gegen Slaven kämpfen, von denen sie ja ihre endgültige politische Befreiung erhofften. Der panslavistische Gedanke schien seiner Vollendung entgegenzugehen. Der Sieg der Mittelmächte hätte sie in weite Ferne gerückt. Die Polen, Tschechen, Slovaken und Kroaten wünschten den Niedergang Österreichs, mit dem sie jahrhundertlang verbunden waren, sehnlich herbei und kämpften im französischen und russischen Heere in Freikorps gegen ihr altes Vaterland. In den Deutschen aber war der Geist Radetzky's und Prinz Eugen's lebendig geworden. Allein auf sich gestellt,

verraten und verlassen durchlebten sie einen Siegfriedskampf und verbluteten auf den Schlachtfeldern. So kam nach fünfjährigem Heldenkampf der Zusammenbruch, erschütternd für die Deutschen und Ungarn, die seit Kriegsbeginn nun durch Schicksalsgemeinschaft verbunden waren. Ein Fanal der Freiheit für die übrigen Völker. Der Deutschenhaß feierte Orgien und tobte sich aus in naiven und grausamen Handlungen freiheitsberauschter Sklavennaturen. Scheinbar ohne Sinn und Verstand, aber doch nicht ohne System wurden völkische, geographische und wirtschaftliche Einheiten zerrissen im Bewußtsein der Sanktionierung dieser gefahrlosen Raubpolitik durch die sogenannten „Friedensverträge". Wer in diesen Zeiten durch jene Gebiete wanderte, sah genug von diesem bizarren traurig-lächerlichen Spiel. Den Deutschen aber ließ der „Vertrag" von St. Germain nur einen Rumpfstaat ohne Glieder, blutleer, weil arm und entnervt mit einer Großstadt ohne Hinterland. Ein übriger großer Teil der Deutschen wurde unter Mißachtung jeden Völkerrechts im Hochgefühl der Gewalt aus strategischen, wirtschaftlichen und ähnlichen „Gründen" fremden Staaten zwangsweise einverleibt. Das kleine übriggebliebene Deutsch-Österreich aber mußte naturgemäß langsam verkümmern. Die Schlüsselindustrien Wiens blieben ohne die Rohstoffe aus Böhmen. Die Verkehrswege waren zerschnitten. Bajonettbespickte Grenzen zerrissen den Wirtschafts-Organismus zum Schaden aller. Wirtschafts-Boykott, Absperrung vom Welthandel, Streiks und das Fieber der Inflation ließen dem vielgeprüften Lande nur das heisere Röcheln eines Sterbenden. Der Anschluß an den großen Bruder, das Deutsche Reich, schien selbstverständlich geworden zu sein. Das gemeinsam verflossene Blut, Siege und Niederlagen, die gleich hämische Behandlung durch die sogenannten Sieger, die die Deutschen zu einem Volk letzten Grades herunterdrücken wollten, schmiedeten die Herzen fester aneinander, als es je die gleichen Kulturbande und Sprache vermocht hatten. So ging ein neues starkes Sehnen durch das ganze deutsche Volk, das zu erreichen, was durch die Folgen des 30jährigen Krieges uns bisher verwehrt geblieben war: Großdeutschland. Alle Nationen hatten sich nun zu eigenen Staatsformen zusammengeschlossen. Die Italiener erst Ende des 19. Jahrhunderts. Sogar den slawischen Völkern hatte diese durch alle Nationen gehende Idee des Nationalstaates nun 1918 die politische Freiheit gebracht. Aber die von der ganzen Welt wie ein Evangelium aufgenommenen Theorien Wilsons sollten und dürften für die Deutschen keine Verwendung finden. Der Zusammenschluß wurde verboten mit der Geste eines Polizisten, der glaubt eine Bewegung zu ersticken, wenn er Versammlungen auflöst. Man hielt lange Tiraden über die Freiheit und Selbstbestimmung der Völker und meinte die Freiheit des Gewissens, man sprach in Genf von der Weltdemokratie und dachte an die vordringende westlerische Plutokratie zur Ausbeutung Europas.



Bald erlag auch das wirtschaftlich immer noch kräftigere gutgegliederte Deutschland diesem jeder Vernunft hohnsprechenden Raubzug. Sein Geldstand, das äußere Zeichen der Einschätzung eines Landes in der Welt war noch tiefer als der Österreichs. Der Anarchie innerlich verfallen, nicht des geringsten Kredites für fähig gehalten, schien es auseinander zu fallen. Der Anschlußwille, in den Herzen der Deutschen Österreichs trotz aller Verbote weiter gepflegt, verblaßte nun mehr und mehr angesichts dieser erschreckenden Tatsachen. Durch winzige Zugeständnisse, kleine Anleihen, Stabilisierung der Währung, Reparationserleichterung usw. hoffte eine geschickte Politik der Westmächte ihn endgültig zu vernichten. Maßgebende österreichische Politiker rückten ab von Deutschland und gingen in den Völkerbund, jener Institution der Sieger zur Unterdrückung Deutschlands. Sie nahmen dadurch äußerlich teil an dem letzten Triumph der verfallenen, unwahren westlerischen Kultur Europas. Der vordringende fertig geformte Geist des Westens schien die Herzen der Österreicher zu erobern. Der deutsche Gedanke, weil noch nicht greifbar, ungegoren, weil noch im Werden, konnte ihm nichts konkretes entgegensetzen. Die Hoffnung, daß der deutsche Geist noch etwas der Welt zu sagen habe, was innerlich in uns brennt und aus der Zerrissenheit der allumfassenden alles verstehenden deutschen Seele noch geboren werden wird, schwand dahin. Ein Teil der Presse gab sich sicher nicht aus uneigennützigen Gründen dazu her, dem Ziel der Westmächte und ihrer Vasallen Vorspann zu leisten und den Anschlußgedanken zu diskreditieren. Daß aber das Land allein auf sich gestellt, lebensunfähig ist, konnte man bei den fortdauernden Krisen nicht länger verheimlichen. Dies sahen ja auch schon längst die Urheber dieses Zustandes, die Westmächte, ein. Da aber die einzige Rettung, der Anschluß an das bereits wieder innerlich wie äußerlich stabilisierte Deutschland nicht im Sinne der Westmächte und der Nachfolgestaaten lag, ja von ihnen aufs heftigste bekämpft wurde, köderte man Österreich mit dem Gedanken einer Donauföderation mit den Nachfolgestaaten auf wirtschaftlicher Basis. Selbstverständlich leidet auch die Wirtschaft der Nachfolgestaaten unter der willkürlichen Zerschneidung der geographischen und wirtschaftlichen Bindungen. Aber sie besitzen genügend Land, Rohstoffe und staatliche Unabhängigkeit, um unter dem schützenden Schleier von Schutzzöllen die nötigen verarbeitenden Industrien und Verkehrswege erstehen zu lassen und durch Wirtschaftsverträge den Handel in die gewünschten Bahnen zu lenken. Im Verband mit solch wirtschaftlich starken Kontrahenten, dem Österreich entscheidend nichts bündnisfähiges entgegenstellen kann, es sei denn die unterlegene Stellung des Konsumenten, würden die Deutschen im Gegensatz zum alten Österreich nun jeglicher politischer Macht beraubt, völlig aufgesaugt werden. Nicht einmal das Schicksal der Deutschschweizer, vom großdeutschen

Standpunkt gesehen traurig genug, wäre ihnen vergönnt. Für das Zuckerbrot kleiner wirtschaftlicher Verbesserungen, die sowieso kommen werden, würden sie das Recht auf ihre ureigenste deutsche Entwicklung preisgeben und ihre Zukunft verbauen. So kann nur ein dekadentes Volk handeln. Um aber trotz dieser vorhandenen Aussichten den Gedanken der Donaukonföderation populär zu machen wird seit einiger Zeit von einer gefügigen Presse Deutsch-Österreichs unter dem Schutz der westlichen Scheindemokratien jene altösterreichische bis zur Selbstverleugnung tolerante Gesinnung der Vorkriegszeit propagiert, deren Folgen wir erlebten. Aber die Welt ist seit 1918 einen Schritt vorwärts. Ereignisse lassen sich nicht zurückschrauben und die entscheidende Frage, ob die wirtschaftlich geographischen Bindungen stärker sind, als die politischen nationalen Trennungen muß nach den gegebenen Tatsachen mit nein beantwortet werden. Denn jede Politik ist stets folgerichtige Weiterentwicklung der Wirtschaft mit anderen Mitteln. Also der Wirtschaft als etwas höheres übergeordnet. So scheinen bei der noch hinzukommenden völligen Mißachtung der alten Traditionen eines gemeinsamen großen Staates, die vielleicht noch etwas Bindendes hätten, die neuaufgerichteten Grenzen, soweit sie nationale sind, trotz ihrer Zerschneidung des Wirtschaftskörpers haltbar zu sein. Die neuen Grenzen aber fordern Bildung eines sudetendeutschen Bundesstaates und Rückverlegung der tschechischen und italienischen Grenzen gegen Österreich bis zur Sprachengrenze. Diese Fragen können aber erst dann diskutiert werden, wenn sie im Deutschen Reich einen Rückhalt finden. Die Orientierung Österreichs auf dem Wege — Donaukonföderation oder Anschluß an das Deutsche Reich — muß selbst bei nüchternster realpolitischer Betrachtung zugunsten des letzteren fallen. Sagt ja selbst Lloyd George in seiner diesjährigen Oxforder Rede Ende Mai: „Der Anschluß Österreichs an Deutschland ist national berechtigter als die Zugehörigkeit der Schotten zum britischen Inselreich. Die Gegengründe sind internationaler Art. Man hat durch den Versailler Vertrag den Anschluß auf Jahre aber nicht für ewig unmöglich gemacht. Was nach dem Versailler Frieden international notwendig gewesen sei, kann schon in wenigen Jahren anderen und höheren Interessen weichen müssen.“ Es scheint, daß diese höheren Interessen, für England natürlich außereuropäische Fragen, bereits jetzt schon akut werden. China und Marokko werfen ihre Schatten voraus. Um aber den unliebsamen französischen Kolonialgegner zu schwächen wird die Wiederherstellung des alten Gleichgewichts in Europa notwendige Voraussetzung englischer Politik. Hat ja England erst jetzt wieder ausdrücklich erklärt, die heutigen Grenzen im Osten Europas nicht garantieren zu können. Je schwieriger die Weltlage wird, desto eher braucht England ein durch den Anschluß Österreichs gestärktes Deutschland.



In der Anschlußfrage dürften wir also zu mindestens mit einer englischen Neutralität rechnen können. Die endgültige Entscheidung liegt letzten Endes aber am unentwegten allen Hindernissen zum Trotz unbeugsamen Willen der Deutschen rechts und links der Donau. Daß er sich erhalte und weiter stärke ist unsere Forderung und Hoffnung.

HEINRICH BLOCK:
BESSARABIEN

Nach dem Mißerfolg der Wiener russisch-rumänischen Konferenz im März und April vorigen Jahres ist es klar, daß die beßarabische Frage eine der offenen europäischen Fragen ist. Die Ansprüche Rußlands und Rumäniens ließen sich nicht vereinen, und die Differenz in dieser Angelegenheit wird vielleicht noch vor ein internationales Forum gebracht werden müssen, um nicht den Anlaß zu kriegerischen Verwicklungen im europäischen Südosten zu geben.

I.

Land und Leute. — Einige Gelehrte betrachten Beßarabien als den südöstlichen Ausläufer der Karpathen, andere bezeichnen es als den Abschluß der südrussischen Steppenebene. Beide Richtungen haben Recht: Beßarabien ist der Übergang von der Steppe zum Berggelände. Der Budshak im Süden ist die direkte Fortsetzung der Steppe von Chersson, die „Kodren", die Waldhügellandschaft, die im Norden der Provinz bis zu 465 Meter über dem Meeresspiegel emporsteigt, gehört schon zu den Karpathen. Der Übergang ist sehr sachte, so daß Beßarabien auch keine erheblichen Klimaunterschiede aufweist. Das Jahresmedium beträgt im Norden 10 Grad Celsius, im Süden 13 und in Kischinew 12,1 Grad. Das Winterminimum sinkt selten unter —12 Grad und Fröste von 20 Grad sind hohe Ausnahmen. Die Unterschiede in den Niederschlägen sind schon erheblicher. Das Jahresmittel beträgt: im Norden 613, in der Mitte 470 und im Süden 258 Millimeter. Sehr oft ist Beßarabien den ausdörrenden Ostwinden ausgesetzt. Übrigens sind Wind und Wetter in Beßarabien überaus unbeständig, was von den Launen des großen ebenen Druckgebietes im Osten abhängt. Die Wirkung des Schwarzen Meeres ist sogar auf der unmittelbaren Küstenstrecke unbedeutend.

Flora und Fauna sind noch immer nicht genügend erforscht und beschrieben worden. Am schönsten ist der Wald von Chotin, wo es reine Buchenwälder gibt, und über malerische Hohlwege hinweg bunte Waldteppiche von Mischarten: Ahorn, Linde, Rüster, Ulme, Wildkirsche, Esche, Espe, Birke und verschiedene Eichen. Nadelwälder besitzt Beßarabien nicht.

Reine unbetretene Steppen gibt es beinahe nicht mehr. Ihre Flora ist arm, sie weist kaum 600 Arten auf, darunter einige, die der östlichen Steppe fehlen, aber schon in Rumänien zu finden sind. Zwischen den Seen und Limanen liegt wilder toter Salpeterboden, der nur Wermuth hervorbringt.



Die Mannigfaltigkeit des topographischen Bildes, günstiges Klima und Verschiedenheit des Bodens bestimmten Beßarabien, ein Agrarland zu sein. 85 % der Bevölkerung leben von Getreide- und Gartenbau, Viehzucht und landwirtschaftlicher Industrie. Und das Land ist ergiebig und der Himmel ist gütig: sie leben mit wenig Mühe davon, in althergebrachten Anbaumethoden.

Die Gesamtfläche Beßarabiens beträgt 4 468 000 Hektar, davon sind 266 000 Hektar Wälder, 125 000 Gärten und Weinberge, 30 000 Gemüsegärten, 74 000 Hektar liegen unter Dörfern und Städten, 5 000 unter Eisenbahnen, 41 000 unter Limanen und Seen, etwa 100 000 sind unbrauchbar, die übrigen 3 800 000 Hektar dienen dem Landbau. Vor der Agrarreform war der Boden folgendermaßen aufgeteilt:

Großgrundbesitzer	1 391 295	Hektar
Kirchen und Klöster	167 267	"
Staat, Gemeinden und Banken . .	33 518	"
Bauern und Kolonisten	2 535 822	"
Verschiedene	40 204	"

Überhaupt gab es 5 507 Großwirtschaften, auf die im Mittel je 344 Hektar kamen, und 284 636 Kleinwirte mit je 9 Hektar im Durchschnitt. Landhunger war nicht vorhanden, wohl aber tat eine gerechtere Aufteilung des Bodens not. Das geschah durch die Argrarreform. Durch sie sind 1 098 045 Hektar an 357 016 Beteiligte übergegangen.

Die Bevölkerung Beßarabiens ist ethnisch überaus bunt. Über die einzelnen Nationalitäten sprechen wir weiter. Vorläufig, um im Bilde zu sein, die Ziffern. Eine absolut zuverlässige Schätzung gibt es noch nicht, weil mehrere Zählungen politische Tönung haben. Wir bringen die am meisten unparteiische Schätzung von Eberhardt. Danach hatte Beßarabien im Jahre 1922/23 folgende Einwohner:

Moldawanen (Rumänen) . .	1 270 000	Seelen	oder	47,5 %
Russen	742 200	"	"	27,8 %
Juden	314 800	"	"	11,7 %
Bulgaren	142 300	"	"	5,3 %
Deutsche	83 000	"	"	3,1 %
Polen	16 000	"		
Zigeuner	12 000	"		
Aemener	2 900	"		
Griechen	3 800	"		
Diverse	85 000	"		
insgesamt	2 670 000	Seelen		

(Zum Vergleich: Beßarabien kommt an Fläche beinahe Estland gleich: 44 422 Quadratkilometer gegen 47 550, und übertrifft an Bevölkerungszahl Lettland: 2 670 000 Einwohner gegenüber 2 552 000 im Jahre 1922.)

In guten Jahren lieferte Beßarabien im Durchschnitt 250 000 Waggons Getreide, wovon die Hälfte ausgeführt werden konnte. Ein weiterer Reichtum sind die jährlichen 10 Millionen Deka Wein und 1500 Waggons exportfreies Obst, schon zu schweigen von den Viehbeständen, die bereits wieder den Vorkriegsstand erreichten und zusammen 4 Millionen, also anderthalb Stück auf den Kopf der Bevölkerung ausmachten. Dieses reiche Land war wohl wert, daß man darum einige militärische und diplomatische Lanzen brach. Und wenn es einmal beginnt, rationelle Wirtschaft zu treiben, wird es doppelt so reich sein. Für den Besitz Beßarabiens waren aber auch andere Momente maßgebend. Weiter werden wir sehen, daß Beßarabien und die Moldau die meisten „Barbaren" aufgehalten haben. Wenn sie ermüdet die russische (sarmathische) Ebene überwunden hatten, konnte ihnen zwischen Dnjestr und den Karpathen der letzte Stoß gegeben werden. Tatsächlich sind nur die Goten und die Ungarn über die Karpaten hinausgekommen und haben sich im Westen behauptet. Die Horden der Avaren, Hunnen, Polowzen, Petschenegen und Tataren prallten hier immer zurück. Andrerseits sind auch die balkanischen Mysier, später die Römer und schließlich die Türken nicht über den Dnjestr nach Nordosten hinweggekommen, was von nicht zu unterschätzender geschichtlicher Bedeutung ist. Der berühmte Wall Trajans, der mit seinem Ostende in Beßarabien mündet, beweist, wie richtig diese Scheidegrenze schon im Altertum gewertet wurde. Eine Theorie lehrt, Kaiser Trajan habe ihn zur Abwehr gegen die Barbaren aufwerfen lassen, eine andere sagt, daß der Wall eine Leistung der Barbaren ist, gegen das römische Reich gerichtet. Auf jeden Fall bedeutet er eine Scheidegrenze zwischen der absterbenden Antike und den jungen Barbaren. Beßarabien ist der öftestgenannte kriegerische Tummelplatz dieser zwei gegeneinandergeprallten Welten.

In der neuen Geschichte, als wirtschaftspolitische Momente maßgebend für die Völkerschicksale wurden, gewann Beßarabien besondere Bedeutung. Erst war es der Puffer zwischen Rußland und der Türkei, später ist es der einstweilen glücklicherweise unblutige Streitapfel zwischen Rußland und Rumänien geworden . . . Geschichtlich läßt es sich nicht nachweisen, daß Rußland je die Donau als Landesgrenze beanspruchte. Als zur Zeit Katharinas II. die russischen Armeen bis zum Balkangebirge vorgedrungen waren, hätte diese Grenze möglich werden können, aber die Kaiserin wollte den Puffer bestehen lassen und hatte im Sinn, einen selbständigen Staat „Dazien" zu gründen, ungefähr in den Grenzen Rumäniens vor dem letzten Kriege. Der Streit konnte sich nur um Beßarabien drehen. Für Rußland bedeutet es den Zugang zur Donau, der wichtigsten europäischen Verkehrsader der Zukunft. Jedoch nicht weniger lebenswichtig sind die Ansprüche Rumäniens. Ist Beßarabien für Rußland der Zugang zum Schlüssel der Donau, so ist es für Rumänien die



Deckung dieses Schlüssels. Das ist der Kern des Streites. Genau so, wie einst in Beßarabien und in der Moldau der Kampf zwischen zwei Kulturwelten ausgefochten wurde, nicht weil die eine oder die andere ein Recht auf diese schönen Länder hatte, sondern weil sie just hier (aus geographischen Gründen) zusammenprallten, so ist auch jetzt Beßarabien der Streitapfel nicht um etwaiger heiliger Rechte, sondern weil beide Streitenden es brauchen...

II.

Geschichtliches. — Den griechischen Schriftstellern war der Süden Rußlands bekannt. Ihnen verdanken wir die ziemlich genaue Kenntnis über seine scythische Bevölkerung, die sich bis zum 4. Jahrhundert vor Christi Geburt behauptete, dann durch die Kriege Alexanders des Großen, Lysimachs und Mithridates geschwächt wurde und später in zwei neuen Völkerwellen aufging: den Sarmaten, die aus dem Osten kamen, und den Heten, die vom Balkan hervordrangen. Aus dem Gemisch dieser drei Völker bildete sich zwischen den Karpathen und dem Djnepr ein großes Reich unter Führung der Heten (bei den Römern „Dazier"), deren König Beberist die Gesetze des Landes schuf (um 50 v. Chr.). Die Erstarkung dieses Reiches beunruhigte Rom, und schon Julius Cäsar plante einen Feldzug gegen die Heto-Dazier. Er kam unter Augustus zustande. Elius Kattus schlug die Heten und führte 50 000 Gefangene nach Mysien, im Süden von der Donau, weitere 100 000 wurden von Tiberius Sylvanus übergesiedelt. Aber die Heten ergaben sich nicht und griffen oft selbst römische Besitzungen an, besonders unter dem kriegerischen Decebal (86—105 n. Cr.). Unter seiner Regierung kamen die ersten Juden, nach der Zerstörung Jerusalems, ins Land und viele Christen, die im römischen Reich verfolgt wurden. Um das Jahr 50 soll hier der Apostel Andreas gepredigt haben.

Im Jahre 87 überschritt Decebal die Donau und eroberte Thrazien. Er brachte es soweit, daß Rom ihm 12 Jahre hindurch Tribut zahlen mußte. Inzwischen bildete er sein Heer aus, baute Festungen, rüstete zu einem entscheidenden Kampf. Kaiser Trajan unterschätzte diese Vorbereitungen keineswegs und beschloß, den Daziern zuvorzukommen. Er schlug eine Steinbrücke über die Donau, erbaute als Stützpunkt die Festung Turn-Severin und überschritt (105) mit einem ausgewählten Heer von 60 000 Kriegern die Donau. Decebal wurde geschlagen und entleibte sich. Seinem Beispiel folgten alle seine Feldherren. Trajan unterwarf das ganze Land und nannte es Dazien. Die Siegessäule, die in Rom errichtet wurde, zeigt die besiegten Völkerschaften. Sie erinnern an den slawischen Typ. Gleich nach der Unterwerfung schickte Trajan an den Senat die Forderung, aus allen Teilen des römischen Reiches Kolonisten nach Dazien zu schicken. Im heutigen Beßarabien wurden folgende



römische Festungen erbaut: Palada (Bolgrad), Arbium (Reni), Cartal (Kahul), Briscia (Briceni), Smornis (Ismail) und einige kleinere. Die römische Sprache wurde Umgangssprache des Landes.

Im Jahre 216 erschienen die Goten in Beßarabien, 271 waren sie soweit, daß Kaiser Aurelian die Donau als Grenze zwischen ihnen und dem römischen Reich anerkannte. Damals wanderten viele Römer und Dazier nach Mysien aus. Die Goten bildeten zwei Reiche: das ostgotische (zwischen Don und Djnestr) und das westgotische (zwischen Dnjestr und Donau). Mit dem letzteren hatte Rom ein Einvernehmen abgeschlossen: den Goten wurde die Donaugrenze gesichert, wofür sie die neuen Barbarenstämme abzuwehren hatten. Die Ostgoten führten Kriege im großen Radius. Sie sind bis an die mittlere und obere Wolga, bis an das Baltische Meer vorgedrungen (unter Hermanerich). Sie hatten auch den Stamm der Veneten unterworfen, die mutmaßlichen Vorfahren der Ostslawen.

Um 374 erschienen die Hunnen in Europa, drangen durch die russischen Steppen und eroberten Dazien. Sie gingen bis Pannonien vor und vernichteten 446 zwei oströmische Armeen, zerstörten in Thrazien und Mazedonien 70 Städte und nötigten Kaiser Theodosius einen Jahreszins von 2000 goldenen Pfund ab. 451 drang Attila nach Gallien vor, wurde aber von Ätius geschlagen und starb 453. Sein Reich zerfiel. Um jene Zeit drangen aus dem Nordosten des heutigen Rußlands zwei neue Völker vor: die slawischen Anten und die turkofinnischen Bulgaren (Wolgaren, von der Wolga). Die Westgoten retteten sich über Pannonien und Südmysien nach Italien (Theodorich um 488). Beßarabien scheint aber vorübergehend wieder oströmische Provinz gewesen zu sein. Nach einem Zeugnis Prokops hat Kaiser Justinian 545 das Gebiet nördlich von der Donau an die Anten abgetreten mit der Stadt Turis (Tiras-Akkerman). Die Anten nannten die Stadt Belgorod . . . weiße Stadt (türk. wörtlich Ak-Kerman, rumänisch Cetatea-Alba.

Um 560 drangen die Avaren (türkischen Stammes) gen Westen vor. Sie unterjochten die Slawen und drangen bis an die Grenzen des fränkischen Reiches vor. Erst Karl der Große machte ihrer Herrschaft 803 ein Ende. Die Avaren haben sich so restlos aufgelöst, daß später der russische Annalist Nestor das Bild gebraucht: „Verschwunden wie die Avaren". Die Slawen im ehemaligen dazischen Reich waren avarische Vasallen und hatten durch beständige Beunruhigung der byzantinischen Besitzungen die Südgrenze zu sichern. 593 schickte Kaiser Mauricius seinen Feldherrn Priscus über die Donau, damit er die nördlichen Nachbarn beruhige. Er schlug sie und nahm ihren König Mushen (der Name hat slawischen Klang), der in Buzäu regierte, gefangen. Die Avaren kümmerten sich weiter nicht um diese ihre Vasallenländer und 668 wurden sie von dem Bulgarenfürsten Asparuch eingenommen. Er

gründete im Winkel von Donau und Schwarzmeerküste ein Reich, das die slawischen Uglitschi (von „ugol", Winkel, türkisch Budshak, die heutige Benennung Südbeßarabiens) bewohnten. Aus der Mischung von Siegern und Besiegten sind die heutigen Bulgaren entstanden. Synchronisch fällt in jene Zeit die Gründung der anderen slawischen Reiche: 830 begründete Mojmir Mähren, 860 Pjast Polen und 862 Rjurik Rußland.

Im XI. und XII. Jahrhundert wurden die Steppen vom Don bis zur Donau von den Komanen (Polowzen) erobert. 1148 drangen sie sogar bis an das Balkangebirge vor. 1223 erschienen in Beßarabien zum ersten Mal die Tataren. 1241 verheerte Batyj Beßarabien, die Moldau, Walachei, Siebenbürgen und Ungarn. Die Bevölkerung floh in die wilden Berge. Die Tataren vermischten sich mit den Komanen. Ihr Regierungssitz befand sich in dem erwähnten Belgorod. Sie gestatteten Griechen und Genuesen den Handel in ihren Ländern, und noch heute findet man in Beßarabien die Reste von Türmen, welche die Genuesen auf ihren Faktoreien errichteten.

In die Zeit der Tatarenherrschaft fällt die Gründung des walachischen Gospodarentums durch Radu-Negru Basarab (1241, nach dem rumänischen Historiker Xenopol 1290), dem Fürsten der Apanage Vacaresti (spr. Wakareschtj) in Siebenbürgen. Bald darauf vereinigte sich die Walachei mit dem Banat (Fürstentum) von Krajowa, im Besitz von Mateu Basarab, der von den Rittern des Johanniterordens bedroht war. Später stellte sich auch der Ban Michai Basarab unter Radu. Um jene Zeit erwähnt der Byzantiner Chalkondylos die Walachei als einen souveränen Staat. — Der Fürst Mircea (1386—1418) verlegte seinen Sitz von Arges (spr. Arshesch) nach Bukarest, um die von Türken und Komanen verwüstete Walachei zu beleben. Während die Türken schon Bulgarien und Serbien unterjochten (die Schlacht auf dem Amselfelde, 1389), dehnte Mircea seine Macht auch über die Dobrudscha aus. Er führte den Titel „König von Bosnien und der beiden Walacheien, Herzog von Vakarama, und Omlasch, Ban von Severin, Despot der Dobrudscha, Herr von Silistrien und aller Städte und Dörfer bis Adrianopel". Aber sein Vordringen gegen Süden reizte die Türken, welche den Balkan für sich beanspruchten. Er wurde über die Donau zurückgedrängt und mußte 1393 den schmählichen Frieden von Nikopol unterschreiben, der den Anfang der Unterjochung bedeutet. 1460 wurd Vlad IV., genannt Dracul, endgültig Vasall der Türken, die nach der Eroberung Konstantinopels den Höhepunkt ihrer Macht erreicht hatten.

Etwas später als die Walachei wurde das Gospodarentum Moldau durch zwei siebenbürgisch-rumänische Fürsten aus der Apanage Maramoresch: Dragosch (1288) und Bogdan (1348) gebildet. Nachdem Ludwig von Ungarn die Tataro-Komanen geschlagen hatte, ließen sich diese beiden Fürsten auf



den entvölkerten Ländereien am Sereth und am Pruth nieder. — Bis zum XV. Jahrhundert war Beßarabien kein Teil der Moldau. Erst 1392 nennt sich der moldauische Woiwode Roman „Beherrscher des Meeres", also der beßarabischen Küste. Unter Alexander dem Guten gehörte ganz Beßarabien zum moldauischen Reich. — Die türkische Gefahr forderte eine Vereinigung der beiden Fürstentümer. Besonders wurde diese Idee von Stefan dem Großen (Moldau, 1454—1504) und von Michael dem Tapferen (Walachei, 1593—1601) verfochten. Trotz einiger gemeinsamer Siege über die Türken kam die Vereinigung nicht zustande. Die Türken setzten sich immer mehr fest und schritten an die Absonderung Beßarabiens, indem sie dort selbständige Vilajets errichteten: 1485 Akkermann, 1540 Kiliá, 1592 Bender (rum. Tighina). Als letztes fiel ihnen Chotin in die Hände (1712). Beßarabien litt unsäglich unter den zahlreichen Kriegen. Besonders wild gebärdete sich die tatarische Reiterei in türkischen Diensten. Bei jedem Rückzug äscherte sie Städte und Dörfer ein. So wurde Kischinew 1788 total niedergebrannt. Sehr schlecht ging es den Gospodaren und deren Beamten, die in ständiger Berührung mit den türkischen Paschas standen. Allmählich begannen sich gerade in dieser (adligen) Schicht nationale Empfindungen zu regen, wie rumänische so auch russische. Die ersteren erhielten ihre Anregungen aus Siebenbürgen, die zweiten aus Kijew, das um jene Zeit hohe kulturelle Bedeutung erlangt hatte. Die Türken aber waren sehr schlaue Politiker: sie wollten keine nationalen Strömungen groß werden lassen, andrerseits aber wollten sie gerade in der Moldau nicht als religiöse Unterdrücker angesehen werden, weil dieses die orthodoxen russischen Nachbarn gereizt hätte. So kamen sie auf die Idee, die führenden Beamtenposten in der Moldau an Griechen zu vergeben. Die waren ebenfalls orthodox und konnten bei Gelegenheit türkischer als der Sultan sein. Sie trieben bereits Handel an der unteren Donau und lieferten die Geistlichen für die moldauischen Fürstentümer. Aus ihrer Mitte wurden die Fanarioten ernannt (nach Fanar, Laterne, wie das Griechenviertel in Stambul hieß), über deren Wirtschaft einige Worte gesagt werden müssen.

Das Fanariotenjoch lastete über 100 Jahre auf Beßarabien. Zur Charakteristik ihrer Wirtschaft nur die Aufzählung einiger Steuern, die die beßarabische Bevölkerung zu entrichten hatte. Man zahlte für den Gospodaren, für seine Gemahlin, für die Bojaren und für das Schatzamt. Es gab Seelensteuer, Herdsteuer, den Zehnten, Hofsteuer, Prozeßsteuer (für Gewinn wie für Verlust), Zollsteuer, Stiefelsteuer (für das Fußzeug der Steuereintreiber). Außerdem gab es noch Naturalleistungen, wie 12 Tage Arbeit auf dem Lande des Gospodaren, Bewachung von Wäldern, Zechenfahrten usw. Trotzdem waren die Säckel der Gospodaren in der Regel leer, denn es wurde ganz unheimlich



gestohlen. 1769 wurden 1 368 000 Piaster verausgabt, davon nur 116 000 für Beamte und öffentliche Einrichtungen.

* * *

Die Bevölkerung stöhnte unter der türkisch-griechischen Doppelwalze, und es ist natürlich, daß sich aller Augen auf den orthodoxen Osten wandten. Rußland seinerseits verfolgte mit großer Spannung die Erstarkung der Türkei und nach der Abwälzung des Tatarenjoches (1480) richtete sich seine außenpolitische Aktivität gegen die Türken. Und hier begegneten sich die Erwartungen der moldauischen Bevölkerung mit der politischen Berechnung Rußlands (die übrigens auch religiöse Tönung hatte: den Kampf gegen den Islam).

Im Jahre 1482 heiratete ein Sohn Iwans III. eine Tochter des moldauischen Fürsten Stefans des Großen. 1499 kam eine Gesandtschaft des Moskauer Zaren nach Suczawa, um mit Stefan ein Bündnis gegen die Türken abzuschließen. Enger gestalteten sich die Beziehungen aber erst dann, als nach der Angliederung der Ukraine an Rußland (1654) dieses mit der Moldau eine gemeinsame Grenze erhielt. 1656 bat der moldauische Fürst Stefan Georgitza den Zaren, die Moldau unter seinen hohen Schutz zu nehmen, worauf eine Absage erfolgte, begründet durch die guten Beziehungen zur Hohen Pforte.

Die größten Hoffnungen setzte die Moldau auf Peter den Großen, besonders nach dessen zwei glücklichen Feldzügen gegen die Krimtataren und über Karl von Schweden, der nach der Niederlage von Poltawa (1709) nach Bender floh. Peter sah darin einen Anlaß, rumänischen Boden zu betreten, der unter türkischer Oberhoheit stand. Dies geschah im Einvernehmen mit den rumänischen Fürsten Cantemir (Moldau) und Brancovan (Walachei). Der Feldzug war für Peter unglücklich. Um ein Haar wäre er in türkische Gefangenschaft geraten. Damals sind etwa 1000 moldauische Familien nach Rußland emigriert. — Unter Anna Ioannowna kam der zweite Befreiungskrieg zustande (1735—1739). Die Russen zogen in Jassy ein und Anna wurde zur moldauischen Kaiserin ausgerufen. Der glänzend begonnene Krieg wurde durch die Diplomaten unterbrochen. Rußland erhielt den Landstrich zwischen Dnjestr und Bug, wo einige hunderttausend Serben aus Thessalien und Österreich angesiedelt wurden.

Somit war die südwestliche Expansion Rußlands tatsächlich eingeleitet worden. Unter Katharina II. kam der dritte Befreiungskrieg zustande (1769—1774). Bukarest wurde eingenommen, man prägte Münzen mit dem Wappen der rumänischen Fürstentümer. Als die Russen bis an die Donau vorgedrungen waren, baten die Türken um Frieden, den sie aber selbst vereitelten, da sie um keinen Preis die Unabhängkeit der Fürstentümer zugeben wollten.

Suworow und Kamenskij gingen über die Donau und brachten den Türken mehrere vernichtende Niederlagen bei. Die Bedingungen des dann unterschriebenen Friedens entsprachen auch dieses Mal nicht den militärischen Erfolgen: die Türken blieben Herren über die Länder bis zum Dnjestr, verpflichteten sich aber, den Fürstentümern innere Autonomie zu gewähren und alle diejenigen zu amnestieren, die sich gegen die Türken erhoben hatten. Rußlands Mäßigung erklärt sich wohl zum Teil dadurch, daß es damals in Polen interessiert war: um dort mehr zu gewinnen, zeigte es im Südwesten große Nachgiebigkeit. — 1783 nahmen die Russen die Krim ein, die von der Türkei abhing. Diese wollte aber nicht auf die nördliche Schwarzmeerküste verzichten, und so kam es zu einem neuen Krieg (1787—1791), dessen Schauplatz wiederum die rumänischen Fürstentümer wurden. Nach dem Frieden von Jassy verzichtete die Türkei endgültig auf die Krim und auf Otschakow, aber die rumänischen Fürstentümer, und somit auch Beßarabien, blieben unter türkischer Herrschaft. Bald wurden die Türken vertragsbrüchig. 1806 entsetzte Selim II. die Gospodaren Moruzzi und Ypsilanti ohne Wissen der russischen Regierung, was den fünften Befreiungskrieg entfesselte (1806—1812). Die Türken erlitten bei Rustschuk eine entscheidende Niederlage. Am 16. Mai 1812 wurde in Bukarest der Frieden unterschrieben, demzufolge Rußland Beßarabien mit dem Pruth als Westgrenze erhielt.

* * *

Um 1812 herrschten in Beßarabien äußerst anarchistische Zustände. Die Regierung war von oben bis unten despotisch, wie im Aufbau der Administration, so auch im Gebrauch der Macht. Dem Gospodaren stand ein permanenter Rat („Diwan") zur Seite, der in Departements für Verwaltung, Justiz, geistliche Angelegenheiten, Militär und äußere Angelegenheiten zerfiel. Archive wurden nicht geführt, ebensowenig gab es ein für alle Mal gültige Verordnungen, was zu Willkür und eigenmächtigen Entscheidungen in Verwaltung und Justiz führen mußte. Bei dieser Ordnung war auch kein Überwachungsdienst möglich. Der Parcalab (Bezirkshauptmann) regierte ohne Statut und war zugleich Verwalter, Richter, Prokuror, Polizei- und Kerkermeister und Vertreter der fiskalen Gewalt. — Das Land war öde. Ganz Beßarabien zählte 240 000 Einwohner. Die Städte wie Kischinew, Soroki und Bieltzy waren damals unbedeutende Marktflecken mit kaum 2000 Einwohnern. Schulen gab es nicht, die Geistlichen waren unwissend und unterschieden sich wenig von den Bauern. Im Zustande der Leibeigenschaft befanden sich aber nur die Zigeuner.

Die russischen Militärstellen hatten die meisten Tataren und Türken aus Beßarabien noch im Jahre 1808 nach der Krim abgeschafft. Auf den freige-



wordenen Ländereien siedelten Bulgaren an, und 1814 wurde die erste deutsche Kolonie (Tarutino) gegründet. An Deutsche und Tataren sind im Laufe der Zeit 800 000 Desjatinen Land für Siedlungszwecke übergeben worden.

An der inneren Organisation Beßarabiens haben die Russen anfänglich nicht gerüttelt. Die Bevölkerung wurde auf drei Jahre von allen Steuern befreit und auf unbestimmte Zeit von der Rekrutierung. Alle Angelegenheiten in Gericht, Verwaltung und Polizei wurden amtlich in beiden Sprachen erledigt. Zum Zivilgouverneur wurde der moldauische Bojare Scarlat Sturdza ernannt. Die kleineren Beamten wurden aus dem örtlichen Adel genommen. Damit waren die alten anarchistischen Zustände, sogar der alte Bojarenzwist in die neue Ordnung hinübergerettet worden. Bald wurde Sturdza entsetzt und an seiner Stelle der russische Admiral Tschitschagow ernannt, der an die Reorganisierung der Provinz schritt. 1818 wurde das „Beßarabische Statut" veröffentlicht, das die Verwaltung des Landes nach dem Muster der anderen russischen Gubernien regelte. Die eigentliche Unifikation kam aber erst unter dem energischen Gouverneur Feodorow (seit 1834) zustande, der sich viel an der Hebung der Provinz gelegen sein ließ. Nach ihm hatte Beßarabien bereits eine Million Einwohner (1855). Der russische Kodex wurde erst nach der großen Gerichtsreform von 1864 auf Beßarabien ausgedehnt, aber neben ihm bestand und besteht auch heute noch das Gewohnheitsrecht, wie es 1814 von Donitsch zusammengestellt wurde nach einem alten Kodex von Harmenopulo und nach dem Statut des Gospodaren Mavrocordato aus dem Jahre 1785.

* * *

Die neuesten Ereignisse sind in Erinnerung: am 2. Dezember 1917 proklamierte der Landesrat (Sfatul Tzerii) die Autonomie Beßarabiens im Staatsgefüge der russischen Föderation. Darauf folgte am 24. Januar 1918 die Unabhängigkeitserklärung, am 27. März (9. April) und am 27. November die Angliederung an Rumänien. Am 28. Oktober 1920 billigte der Oberste Rat diese Angliederung (im sogenannten beßarabischen Protokoll), von Rumänien wurde sie im April 1922, von England im April 1923 und von Frankreich im März 1924 ratifiziert.

III.

Ethnisches. — I. Rumänen oder „Moldavanen". Sie bilden das rumänische Gross der Bevölkerung. In Sprache, Typ, Charakter, Brauch und Folklore sind sie vielleicht der Übergang vom Romanen zum Slawen. Sie sind ruhig, gesetzt, ihre Lieder sind meistens traurig. Bravour, aber auch draufgängerischer Geist sind ihnen fremd. Sie sind verschlossen, aber, was bei diesem Charakterschlag in der Regel der Fall ist, zum Jähzorn und zur Rache ge-

neigt. Durchweg aber ist der Moldavane gut und mitleidig. Slawisches Mischblut hat ihrem äußeren südlichen Typ etwas vom Kolorit genommen. In der Regel sind sie mittelgroß, sehnig und muskulös, schwarzhaarig mit ausdrucksvollem Gesicht. Bärte werden fast gar nicht getragen, — vielleicht eine historische Reminiscenz: früher durften nur die Bojaren Bärte haben. Die Weiber sind schlank, brünett, tiefäugig, mit herabgehenden Schultern und Brüsten. Der Gesichtstyp ist unregelmäßig, aber sanft, die Gesamterscheinung ist graziös und reizvoll. In ihrem Seelenleben ist die Moldavanin mehr Südländer als der Mann und auch unstetiger als er. In der Regel aber fügt sie sich in ihr einstweilen noch recht patriarchalisches Frauenschicksal. — 2. (Ruthenen. — Russinen, auch Rußnaken.) Das ist ein Splitter jenes großen Volkes, das im russischen Mittelalter die heutige Ukraina und Galizien innehatte. Als Fürst Dragosch die Moldau begründete, waren sie schon seit langem im heutigen Nordbeßarabien ansässig. Sie haben den slawischen Typ erhalten, aber die rumänische Tracht übernommen. Heute heißen sie schlechthin „Ukrainer", wie auch die Kleinrussen im Akkermaner Bezirk, die sich zu verschiedenen Zeiten, aber erst nach 1806 dort niedergelassen haben. — 3. Großrussen. Sie sind verschiedenen Ursprungs. Ein Teil sind die Nachkommen der meuterischen Strelitzen, die vor Peters I. Zorn in die Steppe flohen. Andere stammen von den religiösen Schizmatikern ab („Lipowanen", verstümmelt aus Pelipionen) oder von den donischen Kosaken, die nach dem Bulawinschen Aufstand hierher flüchteten. Ebenso hat Beßarabien dank seiner Sonderstellung vielen andern Sektierern und flüchtigen Leibeigenen ein Asyl geboten. — 4. Polen. Meistens waren es verarmte Edelleute, die in den 40er Jahren des vorigen Jahrhunderts herüberkamen und hauptsächlich Grundbesitzer, Pächter und Beamte wurden. Gegenwärtig gibt es in Beßarabien 16000 Polen. — 5. Griechen. Griechen gab es in Beßarabien schon zur Zeit der Athenischen Republik, aber jene Kolonisten verschwanden spurlos, und von ihren Denkmälern sind nur Trümmer zurückgeblieben. Über ihr zweites Auftauchen in Beßarabien ist schon berichtet worden. Die Nachfahren der Fanarioten waren bis zur Bodenreform steinreiche Gutsbesitzer. Die Masse der Griechen lag dem Handel ob. Gegenwärtig zählt Beßarabien etwa 4000 Griechen. — 6. Deutsche. Die Vorfahren unsrer heutigen deutschen Kolonisten sind hauptsächlich aus Württemberg und aus dem Herzogtum Warschau hereingekommen. Im Jahre 1814 kamen 1443 Familien an und gründeten 7 Kolonien: Borodino, Tarutino, Kulm, Malojaroslawetz, Kraßna, Leipzig und Klöstitz. (Alle Namen erinnern an die Schlachten mit Napoleon.) 1816 entstanden: Ferechempenoise, Brienne, Paris und Arzys. 1817: Teplitz. 1833: Gnadental. 1834: Lichtental und Friedental. 1836: Dennewitz. 1839: Plotzk. 1842: Hoffnungstal. Ein russisches Zeugnis über diese Deutschen:

„... die deutschen Ansiedler sind besonders arbeitsam, geduldig, ehrlich und akkurat. Sie sind positiv, aber zugleich schüchtern und langsam. Dem Charakter nach sind sie still, fügen sich den Bestimmungen von Gemeinde und Obrigkeit, meiden jeden Konflikt mit ihr. Den Russen nähern sie sich überhaupt nicht an. Sie sind ausdauernde Arbeiter, ausgezeichnete Landwirte und Viehzüchter, leben in Reinlichkeit und Überfluß. Die Übersiedlung auf den Budshak hat nichts an ihren patriarchalischen Sitten geändert. Der deutsche Ansiedler sieht selten über sein Gehege hinaus, daher pflanzt sich sein Fleiß und sein Können nicht auf die einheimische Bevölkerung über." — 7. Franzosen. Die ersten fünf Familien schweizerischer Franzosen kamen 1824 nach Beßarabien. Der Initiator dieser Siedlung Karl Tardent schrieb an seine Heimatgenossen, sie möchten „ihr Glück nicht in unbekannten Wüsten und Einöden Nordamerikas suchen, und auf den fruchtbaren Boden Neurußlands (so hieß der Süden) eilen, wo Weinrebe, Pfirsiche und Maulbeere früh und sehr ergiebig reifen". Die schweizerischen Franzosen gründeten die Kolonie Schabo bei Akkerman. — 8. Bulgaren. Die ersten bulgarischen Kolonisten kamen noch vor 1812 während des letzten Befreiungskrieges nach Beßarabien. Die Bulgaren sind tüchtige arbeitsame Landwirte, nüchtern und ordnungsliebend, wennschon sie behördliche Bevormundung schwer ertragen. Der Bulgare ist ein kerngesunder und hübscher Typ. Die beßarabischen Bulgaren sprechen zweierlei Sprache. Die Ansiedler, die aus Mazedonien und Rumelien einwanderten, sprechen bulgarisch, die Kolonisten aus der Dobrudscha (1830 nach dem Erhebungskrieg gegen die Türken) türkisch. Unter den Bulgaren leben zerstreut Serben, Arnauten und Gagausen (letztere sind nach der örtlichen Überlieferung die Nachfahren der Bastarde von Türken und Bulgarinnen). — 9. Armenier. Die ersten Armenier kamen unter Alexander dem Guten nach Beßarabien. Jetzt sind es etwa 3000 Seelen, die ihr eigenes armeno-gregorianisches Bistum bilden. Unter den moldauischen Gospodaren durften die Armenier nur Handel und Gewerbe betreiben, keine Ämter bekleiden. Unter russischer Herrschaft haben viele von ihnen den Dienstadel erworben. — 10. Juden. Die Juden machen in Beßarabien 12 % der Gesamtbevölkerung aus, in einigen Flecken und Städten steigt dieser Prozentsatz bis 60—70 % hinauf (z. B. in Kischinew). Fast der gesamte Handel und die Banken sind in ihren Händen. Die beßarabischen Juden sind spanischer und deutsch-polnischer Herkunft. 1816 waren es erst 5000 Familien. Die russische Regierung hat wiederholt versucht, die Juden auf dem Lande ansässig zu machen. Zu verschiedenen Zeiten wurden 16 Kolonien gegründet, welche aber verkümmerten, weil die Juden die Feldarbeit nicht zu leisten vermochten. — 11. Zigeuner. Deren gibt es ungefähr 1200. Die meisten von ihnen sind bereits ansässig.

MICHAEL HALTENBERGER: DIE KARTOGRAPHISCHE DARSTELLUNG DER TERRITORIALEN ENTWICKLUNG DER BALKANSTAATEN

Seit dem Weltkrieg wird auf die Länderkunde ein größeres Gewicht gelegt, da kein Zweifel mehr darüber besteht, — „daß sie das Kerngebiet der Geographie ist" — wie Gustav Braun[1]) sich ausgedrückt hat. So hoffe ich, daß dieses Thema eventuell größeres Interesse wird erwecken können. Erscheinen doch die Staaten in der Kjellén'schen[2]) Auffassung als lebende Organismen, deren Lebensäußerungen zu erkennen geographisch und auch soziologisch sehr wichtig ist. Die Staaten als Individuen beanspruchen also eine viel größere Achtung, als sie ihnen bis jetzt, in dem geomorphologischen Zeitalter der Geographie erwiesen wurde. A. Supan[3]) verfährt auch deswegen rein analytisch und untersucht die Staaten nach ihrer physischen, völkischen und wirtschaftlichen Struktur, wonach wir das Leben eines Staates doch richtiger erfassen können, als es früher geschehen ist. O. Maull[4]) unterscheidet bei der Behandlung des griechischen Staates als Raumorganismus sogar sechs Strukturen, indem er einmal seine morphologische, Verkehrs- und Siedlungsstruktur bespricht, und einmal die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Struktur untersucht. Meines Erachtens wäre es zweckmäßiger, die drei Strukturen von Supan beizubehalten, mit der Bemerkung aber, daß wir auch der Siedlungs- und der Staatsstruktur Aufmerksamkeit widmen sollten.

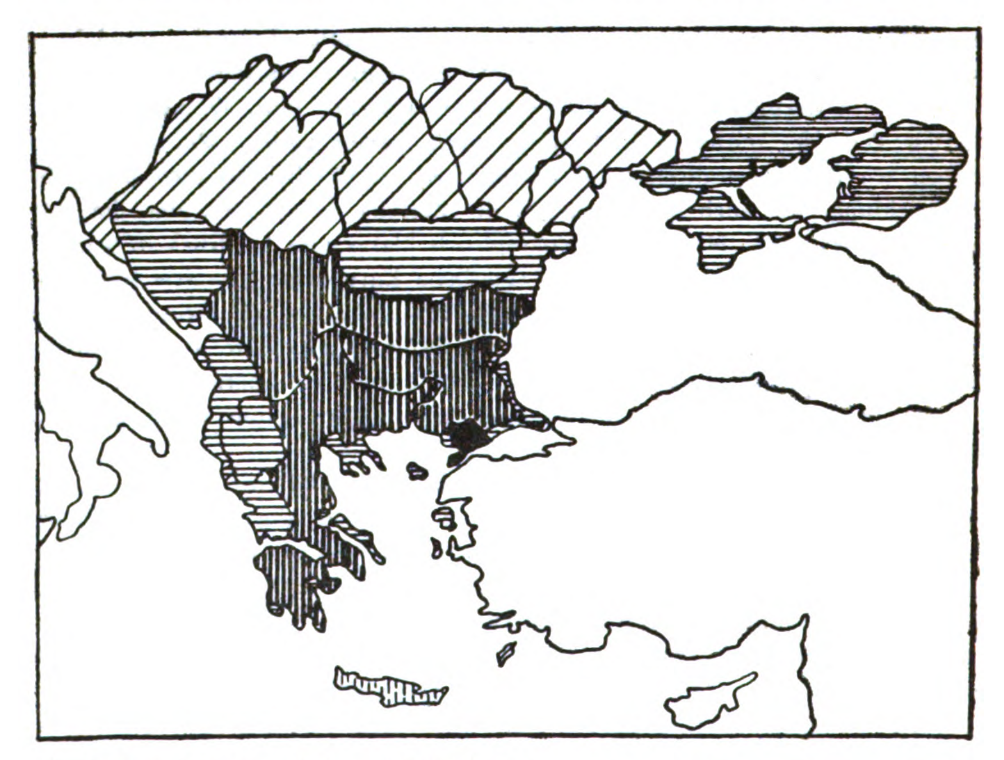
An dieser Stelle käme es lediglich auf die Besprechung der Staatsstruktur an. Wir haben hier zwei Fragen zu beantworten: einmal die territoriale Entwicklung des Staatsgebietes und ferner die oszillierende Bewegung der Staatsmacht, die ich als geopolitisches Steigen und Sinken der Staatsmacht bezeichnen möchte. In diesem Aufsatz wollen wir uns aber nur mit der ersten Frage beschäftigen.

Die territoriale Entwicklung des Staatsgebietes kann auf zwei Arten dargestellt werden. Glockemeier[5]) bediente sich einer Kurvendarstellung, wofür ich, unabhängig von ihm, in meinen Vorlesungen schon seit Jahren eingetreten bin. In dieser Arbeit will ich aber eine kartographische Darstellung, etwa in der Weise von W. Vogel[6]), besprechen. — Zur Untersuchung dieser Fragen eignet sich die Balkanhalbinsel in besonderem Maße. — Ihre Staatengebilde — die Türkei, Griechenland, Bulgarien und Jugoslawien — repräsentieren alle verschiedene Staatstypen mit verschiedenen Lebensäußerungen. — Die

Türkei ist eine untergegangene Welt in Europa. Im XIII. Jahrhundert in Thrazien beginnend, entwickelte sie sich bis zum Ende des XVII. Jahrhunderts zu einer Großmacht, die in Europa über etwa eine Million Quadratkilometer Land verfügte. Zu ihrer Blütezeit beherrschte sie alle drei Außenseiten der Balkanhalbinsel, einen Besitz, in den sich nun die in Frage stehenden drei Balkanstaaten nebst Albanien und Rumänien teilen. Griechenland verkörpert also einen ägäischen Staat, Bulgarien einen Schwarzmeerstaat und Jugoslawien einen adriatischen. Die hier nicht mehr in Frage kommenden Staaten Albanien und Rumänien repräsentieren einen zweiten adriatischen, beziehungsweise Schwarzmeerstaat, mit der Bemerkung aber, daß es sich im Falle von Bulgarien mehr um einen halb süd- und halb osteuropäischen, also nicht mehr um einen Balkanstaat handelt, dessen Interessengemeinschaften ihn mit Mitteleuropa verbinden. Wir haben also in Folgendem die territoriale Entwicklung der Türkei, Griechenlands, Bulgariens und Jugoslawiens kartographisch darzustellen. Methodisch verfahren wir folgendermaßen: das Kerngebiet des Staates erscheint schwarz und die neu angegliederten Teile der zeitlichen Reihenfolge nach immer heller. Bei der Türkei haben wir eine Generalisierung durchzuführen, sowohl bei der Darstellung der Entwicklung, wie auch bei derjenigen des Zerfalls des Staates, um die geographisch wichtigen Momente kartographisch klarer zum Ausdruck zu bringen. Bei der Türkei verfolgen wir ihre staatliche Entwicklung — wie schon gesagt — vom XIII. Jahrhundert, genauer von 1231 bis auf heute, bei den anderen Staaten seit ihrer neuzeitlichen Selbständigkeit, bzw. seit ihrem der Türkei tributpflichtigen selbständigeren administrativen Charakter, d. h. was Griechenland anbelangt, vom Jahre 1826, bei Bulgarien vom Jahre 1878 und bei Jugoslawien vom Jahre 1870 an.

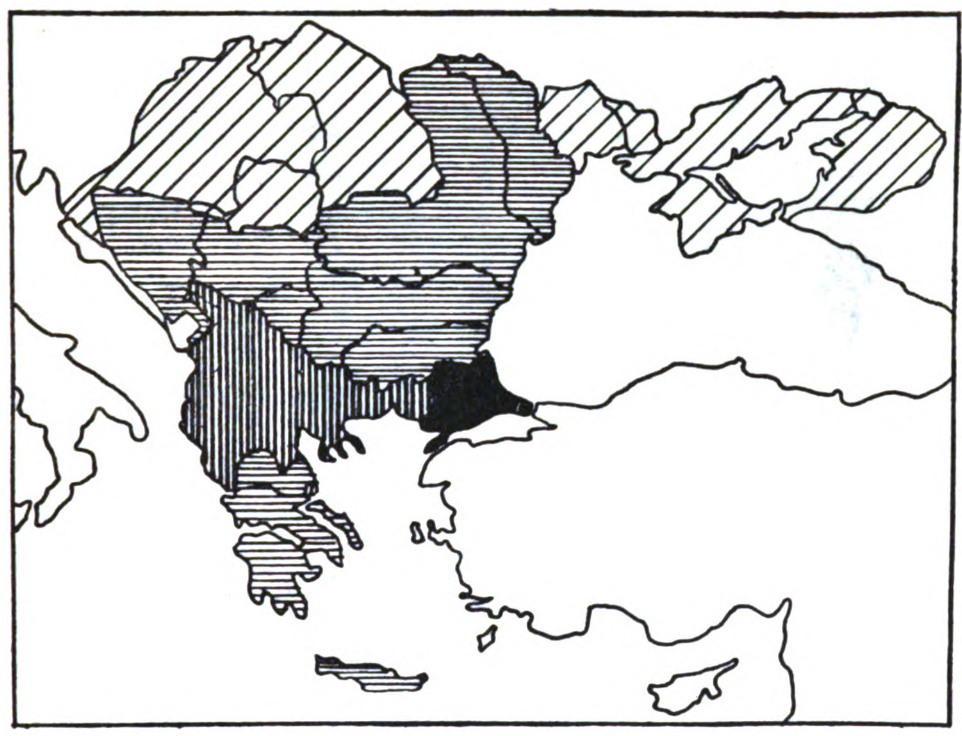
1. Die territoriale Entwicklung der Türkei[7]) wollen wir in drei Phasen darstellen. Im XIII.—XIV. Jahrhundert dehnte sich die osmanische Macht über die östliche Hälfte der Balkanhalbinsel aus und als deren Kerngebiet ist die Gallipoli-Gegend Thraziens anzusehen. Im XV. Jahrhundert schloß sich ihm die westliche Hälfte der Balkanhalbinsel an, von Bosnien bis Morea inbegriffen, und im Nordosten die Walachei mit der Dobrudscha. Zu dieser Zeit (1453) kam die Türkei in den Besitz Konstantinopels, dieses wichtigsten Punktes zwischen Europa und Asien. Die dritte Phase ihrer territorialen Entwicklung sicherte der Türkei im XVI. Jahrhundert den mitteleuropäischen Anteil als Abschluß ihres Balkanbesitzes gegen Norden. Ungarn mit Siebenbürgen, Moldau und Beßarabien waren die letzten Erwerbungen in Europa. — Mit dem Frieden zu Karlowitz im Jahre 1699, also etwa 150 Jahre nach ihrer größten Machtentfaltung, gerade am Jahrhundertwechsel beginnt der osmanische Halbmond zu erblassen und von nun an schrumpft das mächtige

Osmanenreich in Europa bis auf sein altes Kerngebiet zusammen, zu welchem außer der Gallipoli-Gegend noch Konstantinopel und Adrianopel gehören (27 200 qkm). Dieser Zerfall weist wiederum drei Phasen auf. Nach 1699 verliert die Türkei im XVIII. Jahrhundert den am spätesten gewonnenen europäischen Anteil, im XIX. Jahrhunderte ihre Balkananteile im Norden und Süden, angefangen mit dem Verlust von Serbien und mit demjenigen Griechenlands. Den mittleren Streifen der Balkanhalbinsel (170 000 qkm) behauptet sie bis zum Balkankrieg im XX. Jahrhundert, in welchem sie, die thrazische Isthmuslandschaft ausgenommen, ihres ganzen europäischen Besitzes verlustig ging. Die Ergebnisse des Weltkrieges und des ihm folgenden griechisch-türkischen Krieges sind auf der Karte in der Weise dargestellt, daß innerhalb des heutigen Gebietes der Europäischen Türkei die Bosporuslandschaft, welche



Kerngebiet im XIII. Jahrhundert.
Zuwachs „ XIII.—XIV. „ I. Phase.
„ „ XV. „ II. „
„ „ XVI. „ III. „

Abb. 1. Karte der territorialen Entwicklung der Türkei in Europa.



Verlust im XVIII. Jahrhundert. I. Phase.
„ „ XIX. „ II. „
„ „ XX. „ III. „
Das heutige Gebiet (1923).

Abb. 2. Karte des Zerfalls der Türkei in Europa.

der Türkei im Frieden zu Sévres als letzter europäischer Besitz zugesprochen wurde, durch eine weiße Linie abgetrennt erscheint. — Aus dem Wachstum und der Zertrümmerung der Europäischen Türkei ist also zu erkennen, daß sowohl die Expansion, wie auch die Zusammenschrumpfung des Reiches stets nach geographischen Bedingtheiten vor sich ging. Der politische Staatskern verliert immer erst die peripherischen Landschaften, diejenigen also, wo die politische Zentripetalkraft des Kernlandes der politischen Zentrifugalkraft der peripheren Gebiete am wenigsten entgegenzuwirken imstande ist.

2. Der Staatskern Griechenlands liegt im Süden in der Halbinsel Morea oder Peloponnes. Die Expansion vollzog sich hauptsächlich in nördlicher und östlicher Richtung. In der ersten Phase seiner territorialen Entwicklung vollzog sich seine Gebietserweiterung in nördlicher und östlicher

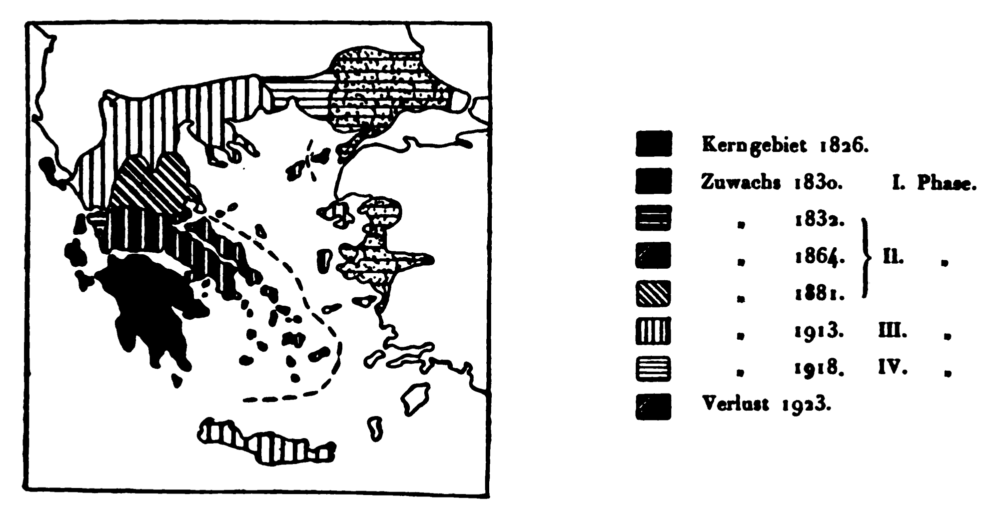
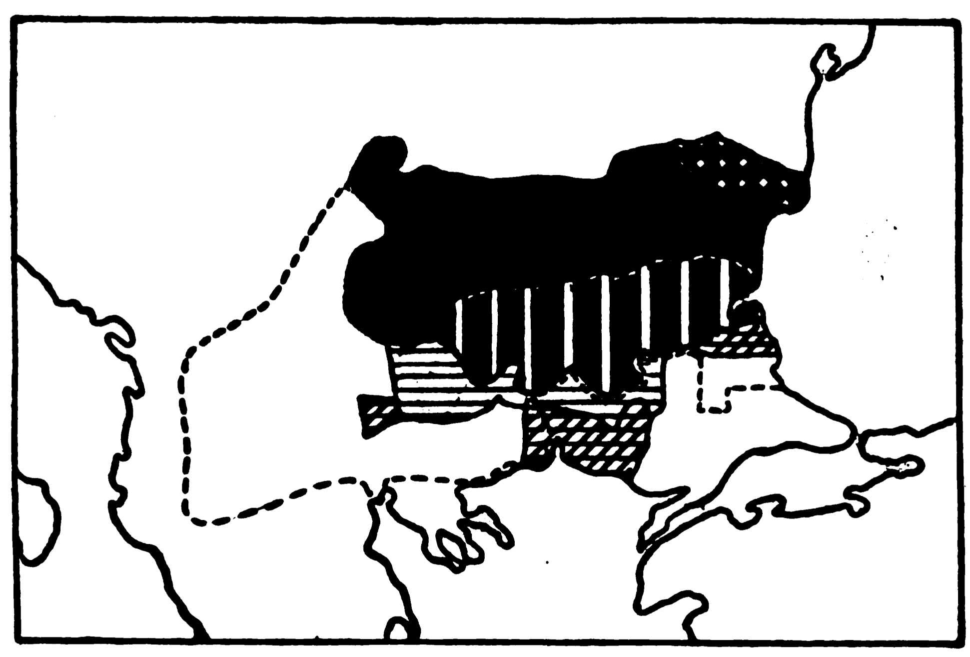


Abb. 3. Karte der territorialen Entwicklung Griechenlands.

Richtung, in der zweiten Phase in nördlicher und westlicher Richtung, in der dritten Phase in drei Richtungen, und zwar in der N-, O- und S-Richtung, und der vierten Phase vollzog sie sich noch einmal in den zwei Hauptexpansionsrichtungen (N und O), aber ohne daß diese Expansion von Dauer gewesen wäre, denn Griechenland verlor die thrazische Isthmuslandschaft und seine kleinasiatischen Erwerbungen in dem Frieden zu Lausanne zu Gunsten der Türkei. Als ägäischer Staat verfügt Griechenland also über ein Gebiet, das etwa sechsmal so groß ist, als der Staatkern Morea, 127 000 qkm gegen 22 000 qkm und es ist im Laufe eines Jahrhunderts zu seinem heutigen Umfange angewachsen.

3. Die Expansionsrichtungen Bulgariens sind denen Griechenlands entgegengesetzt. Aus seinem Kerngebiet, Donau-Bulgarien, hervorgewachsen, hat es als junges Staatsgebilde nur zwei Phasen aufzuweisen. In der ersten wurde das bis 1885 autonome Ost-Rumelien ans Kerngebiet Donau-Bulgarien angegliedert, und der zweiten Phase versuchte es sein Staatsgebiet im Süden und Westen zu vergrößern, um einerseits die freie ägäische Küste zu erreichen, andrerseits seiner Hauptstadt ein schützendes Vorland im Westen zu gewinnen. Im Weltkrieg ist Bulgarien aber vom Ägäischen Meere zurückgedrängt worden, wie auf der Karte schraffiert angegebcn ist. Dieser junge Schwarzmeerstaat wuchs nach dem Balkankrieg von einem 62 000 qkm[8]) großen Kerngebiet zu einem Areal von 96 000 qkm, und dann zu einem solchen von 114 000 qkm an. Nach den Verlusten im Weltkrieg besitzt er jetzt ein Gebiet von 103 000 qkm. Die gestrichelte Linie auf der Karte zeigt Bulgarien nach den Bestimmungen des Friedens von San Stefano, nach wel-



Grenze laut dem Frieden von San Stefano, 1878.
Kerngebiet 1878.
Zuwachs 1885. I. Phase.
" 1913. II. "
Verlust 1913.
" 1918.

Abb. 4. Karte der territorialen Entwicklung Bulgariens.

chem es über ein Gebiet von 175000 qkm hätte verfügen können. Auf dem Berliner Kongreß aber wurde sein Besitz auf Donau-Bulgarien beschränkt. In seiner territorialen Entwicklung wurde Bulgurien noch einmal gehemmt: Laut dem Londoner Frieden[9]) nach dem ersten Balkankrieg hoffte es einen Gebietszuwachs von 85000 qkm zu erhalten, mußte sich aber zum Bukarester Frieden mit einem kleinen Zuwachs in Mazedonien und Thrazien begnügen und einen Teil der Dobrudscha an Rumänien abtreten.

4. Jugoslawiens Hauptexpansionsrichtung war von Anfang an nach Westen gerichtet. Es glückte ihm aber erst nach dem Weltkrieg, das Adriatische Meer zu erreichen. Aus dem Morawagebiet als Staatskern hervorgewachsen, erhielt es in der ersten Phase seiner territorialen Entwicklung im Süden das Nischgebiet und später (1913) das sog. Altserbien. In der zweiten Phase erhielt es (1918) die großen Gebietserweiterungen im Westen und

Norden samt einer kleinen Grenzberichtigung gegen Bulgarien im Süden. Jugoslawien bzw. Serbien hatte also erst eine südliche und nachher eine westliche und nördliche Expansionsrichtung. Der adriatische Staat Jugoslawien, der jetzt ein mittelgroßer Staat Europas mit 249 000 qkm ist, vergrößerte sein Kerngebiet innerhalb eines Jahrhunderts etwa ums sechsfache. Das Morawagebiet hatte nur noch 43 600 qkm[10]), nach dem Berliner Kongreß war Serbiens Besitz auf 48 300 qkm angewachsen und nach dem Balkankriege betrug er schon 87 300 qkm.

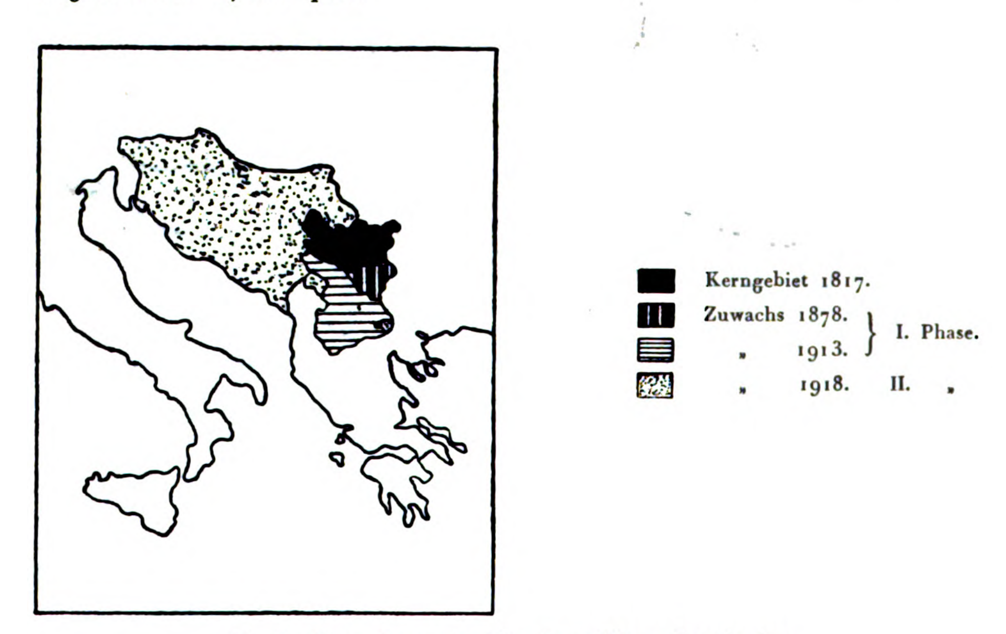


Abb. 5. Karte der territorialen Entwicklung Jugoslawiens.

Die kartographische Darstellung der territorialen Entwicklung der Staaten hat also den Vorteil, daß sie die Gebietsveränderungen flächenhaft zum Ausdruck bringt und geographisch entschieden ein anschaulicheres Bild bietet als Glockemeiers Kurvendarstellung.

Anmerkungen:

[1]) Gustav Braun, Die nordischen Staaten. Eine soziologische Länderkunde. Breslau 1924. S. 6.

[2]) R. Kjellén, Der Staat als Lebensform. Leipzig 1917, jetzt Berlin 1924.

[3]) A. Supan, Leitlinien der allgemeinen politischen Geographie. 2. Aufl. Berlin-Leipzig 1922.

[4]) O. Maull, Griechisches Mittelmeergebiet. Breslau 1922.

[5]) G. Glockemeier, Werden und Vergehen von Staaten. Berlin 1923.

[6]) W. Vogel, Politische Geographie. (Aus Natur und Geisteswelt.) Leipzig-Berlin 1922. Seite 82.

[7]) G. Droysens, Allgemeiner historischer Handatlas. Bielefeld-Leipzig 1886.

[8]) A. Isirkoff, Bulgarien. Leipzig 1916.

[9]) A. Isirkoff, a. a. O.

[10]) Behm und Wagner, Die Bevölkerung der Erde. Peterm. Mitteil. Ergänzungsheft 35, Gotha 1874. S. 32—33.

K. WINTERNITZ:
DIE AMERIKANISCHE DURCHDRINGUNG CUBAS.

Der 20. Mai, der Tag der Unabhängigkeits-Erklärung Cuba's hat sich zum 23. Mal gejährt, und das amerikanische Experiment, gegen dessen Gelingen sich seinerzeit so viele Bedenken geltend gemacht hatten, ein Land, das Jahrhunderte hindurch in Unfreiheit gehalten, tief auf wirtschaftlicher Entwicklungsstufe stand, nach kaum zweijähriger Organisationsarbeit auf eigene Füße zu stellen, ist vollkommen gelungen. Cuba ist heute ein politischer und wirtschaftlicher Faktor von hoher Bedeutung und die Entwicklungskurve dieses kleinen, aber so reichen Landes dürfte unter dem neuen Regime des liberalen Präsidenten Machado stetig nach aufwärts führen. Gelingt es General Machado, dessen Persönlichkeit auch seinen Gegnern Achtung abzwingt, die Reinheit seiner Grundsätze im politischen und wirtschaftlichen Leben des Landes durchzusetzen, dann dürften Ruhe und Prosperität der Insel auf Jahre hinaus gesichert sein.

Als Cuba nach dreijährigem, verwüstendem Guerillakrieg finanziell zugrunde gerichtet, auf tiefer wirtschaftlicher Entwicklungsstufe, ohne politische Erfahrung als unabhängiger Staat ins Leben trat, schien seine Zukunft zweifelhaft, und Amerika sicherte sich durch das „Platt Amendement", das ihm unter gewissen Voraussetzungen das Recht zur Intervention einräumt, in Verbindung mit militärischen Vorkehrungen gegen ein evtl. Fehlschlagen des Experimentes der Gründung der cubanischen Republik.

Wenn man die Entwicklung betrachtet, die das Land in kaum einem Vierteljahrhundert genommen hat und bedenkt, daß die natürlichen Hilfsquellen, vor allem der Reichtum an Edelhölzern und Metallen, zum geringsten Teil erschlossen sind, so muß man zu der Überzeugung kommen, daß Cuba noch eines ungeheuren Aufschwunges fähig ist, und daß die Vereinigten Staaten immer mehr danach streben werden, ihre heutige wirtschaftliche und politische Vormachtstellung in Cuba weiter zu befestigen.

Dieses kleine Land mit einer Bevölkerungszahl von nicht viel mehr als 3 Millionen importiert heute Waren im Werte von über 300 000 000 Dollar, von denen etwa 200 Millionen allein aus den Vereinigten Staaten kommen. Hauptsächlich sind es die Produkte der Konservenindustrie, Fett und Mehl, ferner elektrische Artikel, Maschinen, Autos, Eisenbahnmaterial, Zement, Papier und Bekleidungsmittel aller Art, die von Amerika kommen, und immer mehr stoßen amerikanische Exporteure und Fabrikanten in die Gebiete vor, die früher von europäischen Industrien monopolisiert wurden. Cuba hat als

Folge seines natürlichen Reichtums eine Aufnahmefähigkeit, die der eines europäischen Landes von fünf- bis sechsfacher Bevölkerungszahl gleichkommt und in Erkenntnis der enormen Absatz-Chancen stellen sich die Vereinigten Staaten immer mehr auf die Bedürfnisse dieses Marktes ein, den sie gänzlich erobern wollen. Es kommen ihnen dabei die speziellen Zollbegünstigungen zustatten, die es ihnen ermöglichen, um 20 bis 40 Prozent billiger einzuführen als alle anderen Länder, vor allem aber begünstigt sie die geographische Lage, deren Vorteile sie voll ausgenutzt haben. Kurze direkte Verbindung über Key West bei günstigen Durchfrachtraten, direkte Telephonverbindungen, rascher Post- und billiger Kabeldienst haben der Herstellung immer engerer Beziehungen zwischen Cuba und den Vereinigten Staaten den größten Nutzen geleistet. Auch das amerikanische Kapital hat sich in den Dienst dieser Durchdringungsarbeit gestellt und ist heute mit über einer Milliarde Dollar am Wirtschaftsleben des Landes beteiligt. Dementsprechend hat Cuba heute auch die stärkste amerikanische Kolonie von allen lateinamerikanischen Ländern und ein Großteil seiner Hauptreichtumsquellen, die Zuckerplantagen und -Fabriken, sind in amerikanischen Händen. Welch' enorme Fortschritte diese Schlüsselindustrie gemacht hat, geht daraus hervor, daß Cuba im Jahre 1912 kaum 1 Million Tonnen produzierte, während die letzte Ernte auf über 4 Millionen Tonnen geschätzt wird und damit mehr als 25 % der Weltzuckerproduktion erreicht. Dank seiner riesigen natürlichen Reichtümer, die eine stetige Zunahme der Exporte in Rohzucker, Molasse, Tabak, Kupfer- und Manganerzen, Früchten und Gemüsen gewährleisten, hat Cuba eine stark aktive Handelsbilanz, und wenn auch Wirkungen des Weltkrieges an Cuba nicht spurlos vorbeigegangen sind, und die wirtschaftliche Krisis von 1920/21 den Ruin vieler blühender Unternehmen herbeigeführt hat, so hat sich Cuba doch infolge seiner natürlichen Hilfsquellen, seiner glücklichen geographischen Lage und der Anziehungskraft, die es auf den Reiseverkehr ausübt, rasch wieder erholt und ist heute der vielleicht am heißesten umstrittene Boden für die Industrien aller Länder.

Wie lange es noch dauern wird, bis — mit Ausnahme gewisser Artikel, in denen Amerika nicht konkurrieren kann — die Vereinigten Staaten den europäischen Wettbewerb ganz geschlagen haben werden, läßt sich schwer voraussagen. Daß aber mit der Zeit Amerika das Feld behaupten wird, daran ist, wenn es in dem eingeschlagenen Tempo und mit der aufgewendeten Zähigkeit fortfährt, kaum zu zweifeln; denn die langfristigen Kredite, die viele amerikanische Häuser einräumen, im Verein mit den durch die zahlreichen und raschen Verschiffungslinien ermöglichten kurzen Lieferzeiten sind allein schon Vorteile, gegen die Europa, sofern es sich nicht um Waren handelt, in denen Amerika noch nicht auf derselben qualitativen Höhe ist, nur durch

starke Preisunterbietung ankämpfen kann, eine Notwendigkeit, der auch die deutsche Industrie immer weniger zu entsprechen in der Lage scheint.

Wenn trotzdem Amerika heute noch weit davon entfernt ist, den cubanischen Markt monopolisiert zu haben, so ist ein Hauptgrund darin zu suchen, daß die Cubaner, wenngleich sie den Vereinigten Staaten ihre Freiheit und ihre wirtschaftlichen Fortschritte verdanken, nur offiziell mit ihnen sympathisieren. Das Volk selbst mißtraut nicht nur ihren Absichten, sondern steht auch innerlich dem Amerikaner vielfach fremd, verständnislos, wenn nicht mit ausgesprochener Abneigung gegenüber. Wer einmal den Jubel gehört hat, der losbricht, wenn irgendwo das bekannte mexikanische Spottlied auf die amerikanische Expedition gegen General Villa gesungen wird, kann sich dem Eindruck nicht verschließen, daß Amerika innerlich bei den Cubanern keine Eroberung gemacht hat. Rein äußerlich wird alles Praktische von den Amerikanern übernommen, der lateinische Charakter aber bleibt unberührt, und die früher so verhaßten Spanier, von deren Gewalttaten noch so manches Denkmal spricht, sind heute die unbestrittenen Lieblinge der cubanischen Nation, deren vorherrschende Sympathie wieder ganz ihnen und dem spanischen Mutterland gehört.

ERNST SAMHABER:
DER SCHIEDSSPRUCH ÜBER TACNA UND ARICA UND DIE CHILENISCHEN VERHÄLTNISSE

Die Art und Weise, wie sich im September vorigen Jahres die Übernahme der Staatsgewalt durch das Militär in Chile vollzog und die Ruhe, mit der die Republik diese Umwälzung hinnahm, schienen eine ruhige Entwicklung zu gewährleisten. Es kam aber in der Folgezeit zu größeren Reibungen, die ihren Höhepunkt in dem Staatsstreich vom 23. Januar dieses Jahres fanden.

Die ersten Reibungen traten ein zwischen den beiden Körperschaften, die nach dem Umsturz die Macht in den Händen hatten, der „junta militar", die vor allem aus den jüngeren Offizieren bestand, und der „junta de gobierno", bestehend aus den drei ältesten Offizieren des Heeres und der Flotte. Es kam zu einer Umgestaltung des aus Zivilisten bestehenden Ministeriums und zu einer Auflösung der junta militar; die junta del gobierno errang also scheinbar einen vollen Sieg. Das Ergebnis war ein stärkeres Hervortreten der konservativen Partei, die bisher an den Ereignissen nicht aktiv teilgenommen hatte, obwohl sie die Bewegung warm begrüßte.

Sie gedachte nun den halben Erfolg gründlich auszunutzen, vor allem hoffte sie, in den angekündigten Wahlen für die neue Präsidentschaft wie für eine „Constituyente" einen vollen Sieg zu erringen. In dieser Hoffnung stellte sie einen der eifrigsten Vorkämpfer der „Union", Errazuriz, ein Mitglied einer der ältesten und angesehensten Familien, als Präsidentschaftskandidaten auf.

Die Schwäche der Linksparteien war offenbar. Belastet durch die Mißwirtschaft vor dem Septemberumschwung, ihres Führers beraubt, der im Ausland weilte, ohne einen „zugkräftigen" Präsidentschaftskandidaten, konnte die Alianza liberal kaum auf einen Sieg in den Wahlen hoffen.

Da trat am 23. Januar ein vollständiger Umschwung ein, die Regimenter der Garnison in Santiago, geführt von den jüngeren Offizieren, rückten mit Waffengewalt vor die Regierungsgebäude und setzten die bisherige Regierung gefangen.

Die jungen Offiziere erklärten, die hohen Generäle, denen sie die Regierung anvertraut hatten, hätten das Programm der Septemberrevolution nicht erfüllt, statt der Mißwirtschaft ein Ende zu machen, hätten sie nur als Wegbahner der konservativen Partei gedient, jetzt wolle die Jugend des Offizierskorps das Programm selbst durchführen, und als der einzige Weg müßte so

schnell wie möglich der verfassungsmäßige Zustand wieder hergestellt werden, mit andern Worten, der Präsident wieder zurückgerufen werden.

Gegen diese Forderung wandte sich vor allem die Kriegsflotte, die mit bewaffnetem Widerstand gegen die gewaltsame Umwälzung drohte. Es gelang aber, dem Lande den Schrecken eines Bürgerkrieges zu ersparen, der Präsident Alessandri erklärte sich telegraphisch von Rom aus bereit, die Regierung unter der Bedingung zu übernehmen, daß das Militär zu seiner Pflicht zurückkehre und sich jeder Politik enthalte.

Den tieferen Grund, daß es zu dieser bewegten Fortentwicklung kam, sehe ich vor allem darin, daß die aufstrebenden — und auseinanderstrebenden Kräfte, die ich in einem früheren Artikel zu schildern suchte, stärker waren als die beharrenden. Die innere Stärke dieser neuen Kräfte zeigte sich auch darin, wie weit sie im Offizierskorps Fuß gefaßt hatten. Vor allem die jüngeren und die emporstrebenden Offiziere der Luftflotte stellten sich auf den Boden einer fortschrittlichen Entwicklung des Staatslebens.

Daneben aber muß man die Schärfe des Parteikampfes als eine der wichtigsten Ursachen der Wirren bezeichnen. Durch ganz Chile geht der Zwiespalt zwischen den beiden großen Parteien, der Union und der Alianza. Je weiter man sich nun von der Hauptstadt entfernt, desto erbitterter wird die Gegnerschaft. In jedem Orte fast besteht ein radikaler und ein konservativer Klub als die Zentren und die Hochburgen der beiden Parteien, die sich mit allen Kräften zu bekämpfen suchen, die andererseits bei einem Siege so eilig wie möglich alle Staatsposten durch Gesinnungsgenossen zu besetzen suchen.

Das ist eine Erscheinung, die, so weit ich beurteilen kann, durch das ganze lateinische Amerika geht, und sie ist geopolitisch so wichtig, daß ich doch auf ihre Ursachen eingehen will. Ihre Wurzeln sehe ich in der ungesunden Zentralisierung, weniger auf politischem als auf kulturellem Gebiet.

Wir dürfen nicht vergessen, daß Südamerika Kolonialland ist, ohne Geschichte, vor allem ohne kulturelle Geschichte. Es gibt hier keine alten Kulturzentren, die noch immer die alte Anziehung ausüben, wenn die Entwicklung über sie hinweggeschritten ist zu den einzelnen großen Zentren, den Millionenstädten. So findet die Zusammenballung in einzelnen Städten, wie sie durch die Industrieentwicklung und den Handel gefördert wird, keine Hemmung, Städte wie Buenos Aires und Santiago ziehen alle beweglichen Geister in ihren Bereich, nicht nur die wirtschaftlichen Elemente, auch die geistigen, seien es nun die politischen, seien es die wissenschaftlichen, seien es auch nur die Vergnügungen.

In Buenos Aires ist die Entwicklung weiter fortgeschritten als in Santiago, leben doch heute von fünf Argentiniern fast einer in der Hauptstadt, aber auch Chile befindet sich auf diesem Wege. Die Hauptstadt entwickelt sich,



die Provinz steht still oder geht sogar zurück. Ohne kulturelle Zentren ist sie nicht in der Lage, die reichgewordenen Söhne an sich zu fesseln, sie streben in die Hauptstadt, um dort ihr Geld zu verzehren. Die Folge ist ein empfindlicher Kapitalmangel, der es verhindert, daß dort Anlagen geschaffen werden, die mit der Zeit die Provinz entwickeln, der auch durch das Fortbleiben des Konsums, vor allem des Luxuskonsums die wirtschaftliche Entwicklung lahmlegt. Die natürliche Folge ist wiederum ein Abwandern der arbeitsamen Jugend, vor allem der männlichen Jugend in die wenigen großen Städte, und da immer wieder vor allem in die Hauptstadt. So finden wir vor allem in den entlegeneren Provinzen, z. B. in Chiloe ein ganz unglaubliches Zahlenverhältnis zwischen der männlichen und weiblichen Bevölkerung mit allen seinen ungesunden Folgen. Die Zurückbleibenden aber finden ihre geistige Beschäftigung in ihrer politischen Tätigkeit, die so Ausmaße annimmt, die sonst nicht erklärlich wären.

Gewiß spielen die sozialen Gegensätze und die traurige wirtschaftliche Lage weiter Bevölkerungskreise eine große Rolle im politischen Leben Chiles, aber wenn man näher zusieht, sind doch die schärfsten politischen Gegner oft Personen gleicher sozialer Stellung. Die Gegnerschaft ist weniger eine Folge der verschiedenen wirtschaftlichen Verhältnisse als der „Weltanschauung", d. h. der Parteizugehörigkeit.

Das sollte sich bald nach der Rückkehr Alessandris zeigen.

Zunächst diente seine Wiedereinsetzung dazu, die inneren Gegensätze für den Augenblick zu überbrücken. Die Verhältnisse nahmen nach den Januartagen, in denen nur mit Mühe ein Bürgerkrieg vermieden wurde, beängstigende Formen an. Die allgemeine Unruhe führte einerseits auf Seiten der Arbeiterschaft zu übertriebenen sozialen Forderungen, nicht nur daß der Achtstundentag durchgeführt wurde, die Mieten sollten auf die Hälfte herabgesetzt werden usw. Andererseits kam es zu Unruhen im Heere bei den Unteroffizieren, die Machenschaften der Konservativen zugeschrieben wurden. Die einzige Möglichkeit, einem Chaos zu entgehen, war die Rückkehr zur Verfassung, des Präsidenten Alessandri zu seiner verfassungsmäßigen Stellung.

So konnte dieser inmitten tosenden Jubels in die Hauptstadt einziehen, aus der er vor einem halben Jahre als politischer Flüchtling hatte weichen müssen. Dazu, daß so weite Kreise ihm zujubelten, trug vor allem die Tatsache bei, daß kurz zuvor der Präsident Coolidge seinen Schiedsspruch in der Frage von Tacna und Arica veröffentlicht hatte, der für Chile sehr günstig ausgefallen war. Alessandri kann mit Recht für sich in Anspruch nehmen, daß er die Lösung dieser alten Streitfrage auf friedlichem Wege angestrebt und gegen den Widerstand sehr mächtiger Kreise durchgesetzt hatte.

Der pazifische Krieg zwischen Chile einerseits und Peru und Bolivien

andererseits hatte dazu geführt, daß Chile die Salpetergebiete im Norden in Besitz nahm. Auch die Provinzen Tacna und Arica besetzte es, doch sollte hier nach zehn Jahren die Bevölkerung entscheiden, welchem Staate diese Provinzen angehören sollten. Es kam aber zu keiner Abstimmung, und seit 1892 betrachten die Peruaner die Besetzung durch Chile als ungesetzlich und rechtswidrig.

Die Bedeutung der Gebiete ergibt schon ein Blick auf die Karte. Durch sie wird Bolivien vom Weltmeer abgeschnitten, die Eisenbahn, auf der Boliviens Zusammenhang mit der Welt beruht, endet in Arica auf chilenischem Gebiet.

Andererseits bedeuten diese Provinzen eine militärische Notwendigkeit für Chile, denn südlich von ihnen liegen die reichen Salpeterländer, von denen die Republik finanziell lebt. Diese Gebiete mit ihrem Wüstencharakter sind nicht in der Lage, ein Heer zu ernähren, eine Verteidigung müßte also diesseits oder jenseits von ihnen ihren Stand haben. Arica ist nun in der Lage, eine Armee von sich aus zu beköstigen, ohne auf die Zufuhr zur See aus dem Süden angewiesen zu sein. Dazu kommt, daß Arica der einzige wichtige Hafen im Norden Chiles ist, ganz unentbehrlich für die Flotte, die die Salpetergebiete schützen sollte.

Wirtschaftlich ist das Land im Aufblühen, sowohl durch den Handel nach Bolivien wie durch den sich hoffnungsvoll entwickelnden Anbau von Baumwolle, Reis, Gartenbau.

Die Bevölkerung war vor 30 Jahren noch überwiegend peruanisch, heute leben dort sehr viele Chilenen und auch die eingewanderten Ausländer, vor allem die Chinesen, sind ganz chilenisch gesinnt, selbst die Peruaner zweifeln nicht daran, daß eine Abstimmung zugunsten Chiles ausfallen würde.

Deswegen vertrat Peru den Standpunkt, daß eine Abstimmung heute eine „Farce“ wäre, durch die chilenische Bevölkerungspolitik unmöglich geworden, daß einfach die Gebiete zu Peru gehörten.

In seinem Schiedsspruch hat nun Coolidge (oder vielmehr richtiger der bisherige Staatssekretär Hughes) den chilenischen Standpunkt eingenommen, daß auch heute noch eine Abstimmung der Bevölkerung über die künftige Staatszugehörigkeit entscheiden soll. Nur das kleine und unbedeutende Gebiet von Tarata soll ohne Verzug an Peru zurückgegeben werden.

Wenn damit auch noch der Ausfall der Wahlen abgewartet werden muß, so kann man wohl ohne Gefahr eines Irrtums behaupten, daß sich die Bevölkerung ganz überwältigend für Chile aussprechen wird. In dieser Voraussicht haben auch die Peruaner den nordamerikanischen Präsidenten scharf angegriffen, während die Bekanntgabe des Schiedsspruches in Chile hellen Jubel hervorrief. Ein Widerschein dieses Jubels klang dann dem Präsidenten ent-



gegen, dem Chile heute die friedliche und glückliche Lösung des alten Streites verdankt.

Noch hat aber Alessandri zwei schwierige Probleme zu lösen, die glückliche Durchführung der Abstimmung und die Wiederherstellung des verfassungsmäßigen Zustandes in Chile, die er durch die Einberufung einer „Constituyente" durchzuführen gedenkt.

Über den Kampf um diese Constituyente wird besser ein gesonderter Aufsatz später handeln, wenn die Wahlen hinter uns liegen und wir klarer sehen, wie sich dieser eigenartige Versuch einer rein chilenischen Verfassung, wie sie angestrebt wird, auswirkt.

HUGO FRHR. V. LAMEZAN: PROBLEME DES FERNEN OSTENS UND EUROPAS. INSELREICH UND FESTLANDSMACHT.

Erst nach dem Kriege rücken die Probleme des fernen Ostens näher in den Gedankenkreis breiterer Schichten des deutschen Volkes. Und wie vor dem Kriege der Balkan der Wetterwinkel Europas, der Bosporus der Brennpunkt der europäischen Politik war, so sind heute unsere Blicke nach dem Osten Asiens gerichtet, wo wir die Entscheidung der Geschicke der heutigen Weltmächte erwarten. Die Hauptinteressen des mächtigsten Staates der westlichen alten Welt, des Britischen Reiches, und der neuen Welt, der Vereinigten Staaten von Nordamerika, treffen sich im Stillen Ozean im Kampfe um den chinesischen Markt und in der Verteidigung ihres asiatischen Besitzes. Und zwischen den Interessenssphähren dieser beiden Staaten steht die dritte Macht: Japan. Obwohl der kleinste und wirtschaftlich schwächste der Konkurrenzstaaten, ist Japan doch wirtschafts- und machtpolitisch am günstigsten zum Brennpunkt kommender politischer Ereignisse gelegen. Es sucht durch Anschluß an Rußland seine Basis zu vergrößern, und die Rassenverwandtschaft mit China erleichtert Japan das wirtschaftliche Vorgehen auf dem ostasiatischen Festlande und dadurch den Konkurrenzkampf gegen seine kapitalkräftigeren angelsächsischen Gegner.

Wenn wir den möglichen Einfluß der bestehenden Verhältnisse im fernen Osten auf die Zukunft der europäischen Politik betrachten wollen, so müssen wir zunächst in unser Gedächtnis die Einwirkungen zurückrufen, die vor dem Kriege Ostasien auf Europa hatte. Abgesehen vom wirtschaftlichen Kampf der Weltmächte der Vorkriegszeit um die Märkte Ostasiens, war die rein machtpolitische Tätigkeit der europäischen Staaten im fernen Osten von ausschlaggebender Bedeutung für die Mächtekonstellation im Weltkriege.

War doch in der nachbismarckschen Zeit der erste deutsche Schritt von weltpolitischer Bedeutung die Stellungnahme zum Frieden von Schimonoseki. Auf der Fahne Deutschlands unter Kaiser Wilhelm II. stand die Orientpolitik, dadurch kreuzten sich deutsche und russische Interessen am Bosporus. Deutschland unterstützte mit Erfolg mit Frankreich zusammen die russischen Bestrebungen im Frieden von Schimonoseki gegen Japan. Die führenden Staatsleute Deutschlands hofften mit diesem Schritte „dem Drahte nach Rußland wieder Strom zuzuführen“ und andererseits die Interessen russischer Politik vom nahen Orient nach dem fernen Osten abzuleiten. Tatsächlich wurden

die Expansionsbestrebungen Rußlands durch den Frieden von Schimonoseki nach seinen asiatischen Grenzen abgelenkt, und die russische Politik gegen Japan im fernen Osten gebunden. Da sich aber auch englische Expansionswege mit den russischen auf asiatischem Boden kreuzten, und anderseits Deutschland als Bundesgenosse Englands gegen das Zarenreich nicht mehr in Frage kam, muß man das englisch-japanische Bündnis vom Jahre 1902 als Folge des deutschen Verhaltens im Frieden von Schimonoseki ansehen. Das Bündnis mit England ermöglichte Japan seinen Krieg gegen Rußland; und den 1905 erneuerten Vertrag mit dem siegreichen Japan benutzte England, um seinen Einfluß auf Rußland auszuüben, seine Gegensätze in Persien mit dem Zarenreiche auszugleichen und russische Politik wieder auf den Balkan und auf die deutschen und österreichischen Grenzen zu konzentrieren. Die englische Politik wurde durch Erfolg gekrönt: Rußland trat endgültig in den Kreis der deutschfeindlichen Mächte. Das englisch-japanische Bündnis wurde so tatsächlich zur Grundlage der Einkreisungspolitik Englands gegen Deutschland.

Und wie sich vor dem Kriege die europäischen Festlandstaaten dem Einfluß der Politik im fernen Osten nicht entziehen konnten, um so weniger heute, wo bis auf England die europäischen Großmächte der Vorkriegszeit ihre Weltgeltung verloren haben, und nur drei Mächte die Geschicke der Welt in Händen halten. Denn Deutschland und Österreich sind als die Besiegten von jeder aktiven Politik ausgeschaltet; Frankreich, im Glauben die Vorherrschaft über die Kontinentalstaaten inne zu haben, hat aber im Westen und Norden England und seine Flotte, im Süden Spanien und Italien, die mit Großbritannien gleiche Interessen gegen Frankreich haben, und es ist kein Geheimnis, daß die Briten nur Deutschland die Waffe in die Hand zu drücken brauchen um französische Heere am Rhein zu binden. So wird auch Frankreich bei seiner Lage in Europa gut tun, sich von aktiver Weltpolitik fernzuhalten. Auch Rußland wird sich voraussichtlich vorläufig noch nicht an der Weltpolitik aktiv beteiligen können, wenn auch die Sowjetrepublik für den indischen Besitz Englands dieselbe Gefahr bedeuten wird wie vor dem Kriege das Zarenreich. Trotzdem wird Rußland im Bunde mit Japan heute schon ein wesentlicher Faktor sein, mit dem die angelsächsischen Reiche rechnen müssen.

In Betrachtung der Lage in Ostasien nach dem letzten Kriege ist die Lösung des englisch-japanischen Bündnisses am bemerkenswertesten. England schloß den Bund, wie schon erwähnt wurde, gegen Rußland und Deutschland. Während nach dem Kriege das Bündnis gegen Deutschland zwecklos wurde, hätte England das Interesse am Zusammenarbeiten mit Japan gegen Sowjetrußland nicht verlieren dürfen. Und wenn auch England in Japan einen

durch den Krieg stark gewordenen Nebenbuhler auf dem ostasiatischen Markt bekommen hat, der vielleicht auch eine gewisse Gefahr für seine indischen und australischen Besitzungen bildet, so dürfen wir doch nicht annehmen, daß England freiwillig das Bündnis gekündigt hat. Es ist anzunehmen, daß sich England bei der Erneuerung seines Bündnisses mit Japan im Jahre 1911 die Befreiung seiner Bündnispflichten im Falle eines japanisch-amerikanischen Konfliktes sicherte, um seinerseits auf die wohlwollende Neutralität der Vereinigten Staaten im Kriegsfall gegen Deutschland rechnen zu können. Wie vor dem Kriege England mit Rücksicht auf Amerika seine Bündnispflichten einschränken mußte, so mußte England nach dem Kriege auf den Druck von Amerika hin, sein Bündnis mit Japan lösen. Es bleibt nur die Frage, ob mit der offiziellen Kündigung des Vertrages auch alle geheimen Abmachungen als erledigt gelten können. Aber auf jeden Fall bleibt Japan der natürliche Bundesgenosse Englands gegen Rußland, und für Japan bleibt England eine Rückendeckung gegen die Vereinigten Staaten von Nordamerika.

Es hat allerdings heute den Anschein, als ob sich die beiden angelsächsischen Großmächte gegen Japan vereinigten wollten. Aber der Grund für die Nachgiebigkeit Großbritanniens Amerika gegenüber, in ostasiatischen Fragen, ist nicht die Gemeinsamkeit gleichlaufender Interessen, sondern die absolute machtpolitische Ohnmacht der britischen Insel gegen den amerikanischen Festlandstaat. Während in den letzten Jahrzehnten und Jahrhunderten vor dem Kriege die Insellage eines Landes ein Vorteil war, so verloren die Inselreiche durch die Entwicklung der Landverkehrswege an Bedeutung. Dazu kam, daß die starken Flotten der Inselreiche die Festlandstaaten zur Schaffung gleichwertiger Seestreitkräfte zwangen, um sich die Freiheit der Meere zu sichern.

Und so mußte England während des Weltkrieges die Erfahrung machen, daß durch Eingreifen der deutschen Unterseeboote die Schiffahrtsstraßen, seine Lebensnerven, bedroht wurden. Die Versorgung des englischen Mutterlandes mit Rohstoffen und Nahrungsmitteln geriet durch Angriff von Teilen einer feindlichen Flotte, die nur ein Bruchteil ihrer eigenen war, ins Stocken. Würde heute aber England mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika die Waffen kreuzen, so wäre der Untergang des englischen Mutterlandes, und damit des Imperiums, unabwendbar. Das Kräfteverhältnis der amerikanischen und englischen Seemacht ist heute beinahe gleich. England kann sich nur kurze Zeit ohne Zufuhr von Übersee halten, seine Schiffahrtstraßen gehen über den atlantischen Ozean und sind hier dem Angriff der amerikanischen Seestreitkräfte ausgesetzt. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika dagegen sind ein geschlossenes Wirtschaftssystem, das für seine Rüstungsindustrie und zur Lebensunterhaltung seiner Bevölkerung im Kriegsfall unabhängig von Über-



seezufuhr ist. Amerika könnte seine gesamten Kreuzerstreitkräfte auf den Angriff feindlicher Handelsschiffe lenken und über seine Flotte frei verfügen, während die britischen gesamten Seestreitkräfte durch die Verteidigung ihrer Schiffahrtstraßen gebunden wären.

Auf Grund dieser Erfahrung ist es zu verstehen, daß es englischer Politik daran gelegen ist, alle Reibungsflächen mit den Amerikanern wenigstens für den Augenblick zu glätten, bis im Britischen Reiche der alten Welt ein gleichwertiger machtpolitischer Gegner den Vereinigten Staaten von Nordamerika entsteht. Ob England allerdings in der Zeit dieser militärischen Ohnmacht so weit gehen wird, mit den Amerikanern gegen Japan Waffenbrüderschaft zu schließen, muß zweifelhaft erscheinen. Es ist nicht anzunehmen, daß Japan als Insel dem Wirtschaftskrieg Amerikas und seiner Seemacht standhalten kann, noch weniger natürlich, wenn sich England dem Waffengange der Vereinigten Staaten anschließen würde. Ein vernichtetes oder geschwächtes Japan würde aber die Interessengegensätze Amerikas und des Britischen Reiches noch schärfer hervortreten lassen und im angenommenen Falle würde England seines Einflusses auf Rußland über Japan verlustig gehen und der natürliche Feind Britisch-Indiens der willkommene Bundesgenosse der Vereinigten Staaten von Nordamerika werden. So muß es das Streben englischer Politik sein, vorläufig kriegerische Konflikte in Ostasien zu vermeiden helfen, denn nur ein starkes Japan ist für England bündnisfähig, auf der andern Seite muß es aber seine ganzen politischen Kräfte darauf konzentrieren, seine Handlungsfreiheit gegenüber Amerika wieder zu gewinnen.

Das englische Mutterland muß sich im Kriegsfall unabhängig machen von seinen Schiffahrtstraßen auf dem Atlantischen Ozean, es muß über den Kanal die kontinentale Verbindung zu seinem Reiche am Indischen Ozean suchen. Wie die englische Flotte vor dem Kriege maßgebend war für den Ausbau der Seestreitkräfte der Festlandstaaten, die auf Weltgeltung Anspruch machten, wie jede Heeresvermehrung eines Staates den Nachbarn zwang, gleiches zu tun, so zwingt das wirtschaftliche Rüstzeug der Vereinigten Staaten von Nordamerika, sein sich selbst genügendes Rohstoffgebiet und Wirtschaftssystem zu gleichen Maßnahmen die Staaten, die unabhängig von amerikanischer Oberhoheit sein wollen.

Ist doch schon der Eintritt Amerikas in den Weltkrieg in erster Linie darauf zurückzuführen, daß es als Folge eines siegreichen Deutschlands einen kontinentalen Staatenbund in Europa mit Anschluß an Vorderasien voraussah, der unabhängig von Überseezufuhr seinem eigenen Wirtschaftssystem ein Gegenspieler werden könnte. Dieses Mitteleuropa, die Verwirklichung des deutschen Problems Berlin—Bagdad hätte auch den Bestand des Britischen Reiches bedroht, und der Schnittpunkt unseres Südost-Expansionsweges mit

dem englischen Probleme Kairo—Kolombo ist zur eigentlichen Ursache und zum Anlaß für den Ausbruch des Weltkrieges geworden. England hat der Ausgang des Krieges die Verwirklichung seiner Probleme Kap—Kairo und Kairo—Kolombo gebracht, und alle Länder am Indischen Ozean stehen mit nur geringen Ausnahmen unter englischer Oberhoheit. Aber dieses mächtige Staatsgebilde wird in einem Kriegsfall mit Amerika dem englischen Mutterlande keine Rettung bringen können, wenn es dem Britischen Reiche nicht gelingt, Produkte und Truppen trockenen Weges von und nach allen Punkten seines Festlandstaates am Indischen Ozean zu bringen, ohne die gefährdeten Schiffahrtsstraßen des Atlantischen Ozeans benutzen zu müssen. Nur dann wird auch England den Absonderungsbestrebungen einzelne seiner Kolonien der alten Welt wirksam entgegentreten und dem sowjetrussischen Einfluß auf die Grenzgebiete seines asiatischen Reiches Einhalt bieten können. Durch die Gründung sich selbst genügender Wirtschaftsgebiete und die Entwicklung der modernen Seestreitkräfte ist endgültig die Zeit vorbei, wo Kolonialreiche auf einer Seemacht ruhen, oder der Druck der Kriegsschiffe einer Inselmacht auf einen Festlandstaat genügt, um wirksame Politik zu treiben.

Um ein geschlossenes, sich selbst genügendes Wirtschaftsgebiet zu gründen, muß England die Vorherrschaft auf Europa anstreben. Es muß das deutsche Vorkriegsproblem Berlin—Bagdad erweitern zu dem Problem London—Berlin—Bagdad und muß versuchen, aus dem Mittelmeer ein englisches Meer zu machen, das im Kriegsfall feindlichen Schiffen verschlossen bleibt. Und wenn heute England Frankreich gewähren läßt, Deutschland immer mehr zu zerstören, so ist das nicht der Unverstand englischer Staatsleute oder Angst vor Frankreichs Macht, sondern der bewußte Wille der Briten, die deutsche Kraft durch Frankreich brechen zu lassen, um die Sympathie auf dem Kontinent nicht zu verlieren und im entscheidenden Augenblick seine Macht in Deutschland, dem Schlüsselpunkt Mitteleuropas, zu errichten. Naturgemäß hat England in erster Linie das Interesse, die deutschen Verkehrswege in seine Hand zu bekommen, die Flußläufe und Eisenbahnlinien in der Südost-Nordwest-Richtung, die über die Oststaaten und Balkanländer zum nahen Orient und dem Indiameerreich führen.

Die erfolgreiche Einkreisungspolitik Englands gegen Frankreich wurde schon oben erwähnt und sie wird dafür sorgen, daß die Pläne der Franzosen gegen den Willen Albions nicht in den Himmel wachsen werden. Spanien und Italien sind aber nicht nur die stillen Verbündeten Englands gegen Frankreich, sondern sie wissen ihre Interessen in Südamerika gegen die Vereinigten Staaten von Nordamerika mit England besser gewahrt als allein oder im Bunde mit einem andern Staate. So ist heute schon der Einfluß Englands auf die Großstaaten des europäischen Kontinents so bedeutend, daß es mit



der bewußten und unbewußten Mitarbeit deutscher und französischer Politiker bald am Ziele seiner Wünsche sein wird.

Die Balkanländer und der nahe Orient, soweit sie noch nicht unter englischem Einfluß stehen, werden sich dem britischen Machtgebiet einfügen müssen, und damit wäre ein Wirtschaftsgebiet geschaffen, viel mächtiger als das augenblicklich bestehende amerikanische. Dann erst hat England wieder volle politische Handlungsfreiheit.

Es wurde schon erwähnt, daß der Zusammenschluß der angelsächsischen Mächte gegen Japan nicht angenommen werden kann, so muß doch als Gefahrmoment für diese noch der panasiatischen Union gedacht werden: des Zieles Sowjetrußlands, mit China und Japan eine wirtschaftliche und militärische Macht zu bilden. Zweifellos wäre dieses Machtgebiet für das Angelsachsentum von ungeheurer Gefahr, aber wir müssen in Betracht ziehen, daß Sowjetrußland sein Ziel mit dem Kommunismus erreichen will, der nach den heutigen Erfahrungen den wirtschaftlichen Aufbau eines Landes oder eines Gebietes nicht fördert; dazu kommt der Mangel an Zivilisation und moderner Kultur der breiten Schichten der asiatischen Bevölkerung. So werden nach menschlicher Voraussicht bis zur Verwirklichung des panasiatischen Uniongedankens Zeiträume vergehen, in denen die Würfel zwischen den angelsächsischen Machtgebieten schon gefallen sein werden. Gerade die Märkte Chinas und später, wenn der Kommunismus eine dem fremden Kapital dienende Form angenommen hat, auch Rußlands werden in der Hauptsache die Reibungsflächen zwischen dem britischen und amerikanischen Reiche sein; es ist der Kampf um die Beteiligung der Kapitalien zum wirtschaftlichen Aufbau — der panasiatischen Union.

Trotz modernster Landverbindungen, trotz sich selbst genügender kontinentaler Wirtschaftsgebiete, wird sich der Handel der Mächte auf den Meeren abspielen, und die Seestreitkräfte werden in einem Kriege wie früher die Aufgabe haben, die feindliche Handelsschiffahrt zu stören oder zu verhindern und die Alleinherrschaft der Meere oder wichtiger Meeresteile zu gewinnen suchen. Die chinesische Südsee ist die Seefront zwischen den beiden angelsächsischen Reichen. Auf der einen Seite der vorgeschobenste Posten Amerikas, die Philippinen mit der starken Seefestung Manila, und auf der englischen Seite neben Hongkong Singapore, dessen Ausbau als stärkster Flottenstützpunkt im Mittelpunkt britischer Innenpolitik steht. Der Kampf um die Herrschaft der chinesischen Südsee, wird auch den Wirtschaftskrieg um den chinesischen Markt entscheiden; und ein Sieg der Seestreitkräfte Britanniens im chinesischen Meer würde nicht nur seinem Handel mit China die Schiffahrtsstraßen freigeben, sondern auch den Besitz Australiens und Neuseelands sichern, wie umgekehrt bei einem Sieg Amerikas sich das Britische Reich auf sein kontinentales Wirtschaftsgebiet beschränken müßte.

Es sind Probleme, Ansichten, die hier zur Erörterung stehen, deren Richtigkeit nur die Zukunft beweisen kann. Wir werden aber gut tun, unsere Gedanken öfters von den politischen Tagesfragen unseres Vaterlandes zu lösen, unsern Blick auf andere Länder, andere Erdteile zu richten und deren verschiedensten Entwicklungsmöglichkeiten in Betracht zu ziehen. Nur dann werden wir für unser Deutschland den richtigen Weg finden und es vor völliger Versklavung oder Untergang bewahren können.

ROBERT SIEGER:
DIE GRENZE IN DER POLITISCHEN GEOGRAPHIE.

Ratzel hat die Lehre von der politischen Grenze aus den Zusammenhängen, in denen sie vorher in wenig fruchtbarer Weise gepflegt worden war, herausgehoben und in den Rahmen einer allgemeinen geographischen, von ihm großzügig biologisch aufgefaßten Grenzlehre gestellt. Wenn sie auch grundsätzlich alle Grenzen umfaßt — sowohl Bewegungsgrenzen im engeren Sinn, als Eigenschafts- und Raumgrenzen, die sich doch auch als Grenzen der Verbreitung auffassen lassen — alle Grenzen, die sich in Natur und Menschenwelt der Beobachtung darbieten, so sind doch manche Teilgebiete noch wenig ausgebaut. Auch im Bereich der politischen Geographie, die alle Grenzen politischer Räume und politischer Körper zu beachten hat, ist den Staatsgrenzen fast allein das Augenmerk zugewendet worden. Die inneren Grenzen, in denen Supan bloße Verwaltungsgrenzen sehen wollte, während doch Gemeinden, Gaue, Provinzen und Länder als Keimzellen und Organe der Staaten oft hervorragende Bedeutung für deren Werden und Bestand haben, die Besitzgrenzen, die Grenzen verschiedener politischer Körper, selbst der Völker und Nationen, haben nur ungleichmäßige Behandlung, oft recht nebenher gefunden. Und selbst die Staatsgrenze erscheint vielen als ein weniger wichtiges Objekt der politischen Geographie. Wenn die Engländer den Kernpunkt dieser Wissenschaft in der Grenzlehre sehen und ihre politisch-geographische Literatur sich wesentlich mit den Fragen beschäftigt, wie politische Grenzen als geographische Tatsachen „sind und gewesen sind" (Fawcett, Frontiers 1921, S. 3), aber auch wie sie geworden sind und wie sie zweckmäßig gezogen werden, so sollte man meinen, daß unser deutsches Volk, das tagtäglich unter den ihm aufgezwungenen Grenzen leidet, sich solchen Studien mit besonderem Eifer hingäbe. Aber wer sich mit der Erforschung der politischen Grenze beschäftigt — und es ist da eine nicht ganz geringe Zahl von Geographen zu nennen — der weiß auch, wie wenig Widerhall die Ergebnisse seiner Untersuchungen finden, wie wenig sie politisch verwertet werden. Man stößt vielfach geradezu auf Ablehnung, wenn man diesen Ergebnissen einen Wert für Wissenschaft und Praxis zuschreibt. In fachwissenschaftlichen Kreisen heißt es, nicht auf die Grenzen, die Berührungslinien zwischen den politischen Räumen komme es an, sondern auf diese Räume selbst, ihre Art, Form und Größe und ihre Erfüllung. Bei Politikern aber herrscht entweder die Ansicht, Grenzen seien etwas reinpolitisches, der Ausdruck der jeweiligen Machtverhältnisse, deren Dynamik sich unabhängig von der Natur vollziehe — oder aber, man lebt in



einer veralteten Doktrin von der idealen, der „natürlichen" Grenze und glaubt mit deren schematischer Anwendung alle weiteren Fragen erledigt zu haben.

Die politische Geographie findet ohne Zweifel ihr Kerngebiet in der Betrachtung der politischer Räume. Diese selbst, aber auch ihre Beziehung zu den politischen Körpern — also das Verhältnis zwischen den politischen Teilen der Erdoberfläche und den politischen Teilen der Menschheit [1]) — ferner das Verhältnis der politischen Räume und der politischen Körper zu den natürlichen Räumen sind Hauptgegenstände unseres Fachs. Aber wie wir an sie herantreten, stoßen wir auf die Grenzen und ihre Probleme. Vielfach ist die Grenze der einfachste Ausdruck, der Index, ja das Inlegral der in ihrer Mannigfaltigkeit oft verwirrenden Beziehungen, das beste Hilfsmittel der Vergleichung. Aber an der Berührungslinie oder Übergangszone treten auch die Eigenschaften des Begrenzten und Begrenzenden am deutlichsten hervor, erhellt und verschärft durch den Gegensatz. Und an der Berührung ist auch die gegenseitige Beeinflussung, in Verbindung und Abwehr, am stärksten. Ratzel nennt die Grenze ein „peripherisches Organ", dem als solchem eine erhebliche Selbständigkeit zukommt. Als peripherisches Gebiet kann sie so starke Eigenart und solche Größe erreichen, daß sie eine Sonderstellung erlangt und je nach dem Maßstab der Betrachtung als Grenzgürtel oder als eigene Einheit niedriger Ordnung erscheinen mag. Das spiegelt sich auch in dem Wechsel der politischen Zugehörigkeit gewisser Grenzländer, wie Polen, Burgund, Elsaß-Lothringen, Schonen. All diese Tatsachen lehren uns, daß man die Grenze ebensowenig in völliger Loslösung von dem umschlossenen Raum betrachten darf, wie diesen ohne Rücksicht auf jene. Aber sie lassen auch die Bedeutung der Grenzgeographie nicht gering erscheinen.

Ebenso wenig verliert sie dadurch an Wichtigkeit, daß die Grenzsetzung ein menschlicher Willensakt und dieser durch die jeweiligen Machtverhältnisse bedingt ist. Ob nun in Übereinstimmung aller Beteiligten gezogen oder einem Teil von ihnen aufgezwungen, kann sich die politische Grenze an die Landesnatur mehr oder weniger anlehnen oder sich von ihr entfernen; sie kann den Grenzen natürlicher Räume entsprechen oder widersprechen. Je nachdem dies oder jenes der Fall ist, wird sich eine Grenzlegung leichter und dauernder behaupten oder künstlicher Verstärkung und kräftigen Schutzes bedürfen. Je nach den verschiedenen Zwecken, die den Völkern und Staatsmännern bewußt und unbewußt bei der Grenzlegung vorschwebten, strebten sie bestimmte, in der Natur gegebene Zonen und Linien, die Ränder natürlicher Landschaften, und Gebiete mit bestimmten Wesenszügen an. So sind die natürlichen Eigenschaften der Grenzgebiete vielfach maßgebend geworden für die Bestimmung des Grenzverlaufs und für die Wirkungen der Grenze. Umso weniger darf die politische Geographie sie vernachlässigen.



Sie würde es sich aber sträflich bequem machen, wenn sie schematisieren und ein einziges als allgemein giltig vorausgesetztes Kriterium für die Güte und Zweckmäßigkeit politischer Grenzen aufstellen wollte. Das geschieht, wie erwähnt, sehr häufig von den Politikern. Wasserscheiden im Gebirge, Flüsse in der Ebene, mit mehr Recht die Meeresküsten bezeichnet man kurzweg als die natürlichen Grenzen oder die Naturgrenzen. So hat Italien die Hauptwasserscheide der Alpen als die gottgewollte Grenze beansprucht und als solche bekommen. Kjellén lehrte, von Ratzels Erkenntnissen in die Anschauungsweise früherer Zeiten zurückfallend, daß die Wasserscheide, die Grenze der Stromgebiete, die natürliche sei. Wasserscheidegrenzen gäben dem Staat die Individualität, wie die nationale Einheit ihm die Persönlichkeit gebe. Erst allmählich hat er diese Lehre etwas eingeschränkt. Frankreich sieht in dem Rheingraben und Rheinlauf seine natürliche Grenze; sobald es sie aber erreicht hatte, warf es jedesmal den Blick auf das Stromgebiet der Ebene und sah die natürliche Grenze in der Wasserscheide, die dieses umrahmt. Auch Italien hat die gottgewollte Grenze an allen wichtigen Berg- und Talpässen überschritten. Das zeigt uns, daß die Wasserscheide doch nicht überall und allen Zwecken der Grenzsetzung Genüge leistet, sondern vielmehr ein oft nur vorläufiges Ziel imperalistischer Eroberungsabsichten darstellt. Sie ist ja auch ihrem Ursprung nach eine Grenze gewesen, die man in noch unbeherrschtes oder ungeteiltes, vielfach unbekanntes Land legte. Das Mittelalter konnte nicht wie die neuzeitliche Abgrenzung von Kolonien und Interessensphären sich der Meridiane und Parallelkreise bedienen. Der Verlauf von Bächen oder die Mitte des Waldes, die nicht zu bestimmen war, erwiesen sich als wenig zweckmäßig. Die Wasserscheide aber ließ sich im erst zu erschließenden Rodungsland gut zur Abgrenzung verwenden. Sie war leicht zu finden und im Ganzen deutlich. So wurde sie die gewöhnliche Grenze bei Teilungen und Schenkungen aller Art. In der Neuzeit kam der eingelebten Gewohnheit der Irrtum von Buache und seinen Nachfolgern zu gute, die die Hauptwasserscheiden für die höchsten Erhebungen der Erde hielten, was z. B. gerade der Himalaya widerlegt. Wo aber eine Grenze im Gebirge naturwüchsig, aus der Ausdehnung der Siedlung und dem Zusammentreffen der Anrainer mit oder ohne Streit geschichtlich erwachsen, mehr „geworden", als „gesetzt" ist, da treten die Wasserscheiden an ihr sehr zurück: Flußdurchbrüche, Paßhöhen, Schluchten, Nebenwasserscheiden boten die meistbenutzten natürlichen Anhaltspunkte. Das habe ich für die Alpen seit vielen Jahren eingehend erwiesen[2]) — es trifft aber überall zu. Das Dogma von den Flußgrenzen in den Ebenen steht auf ebenso schwachen Füßen. Verkehrsreiche schiffbare Flüsse können nur Naturvölker trennen. Moderne Staaten werden durch sie namentlich wirtschaftlich eng verbunden

und streben daher über Flußgrenzen hinaus. Und selbst das Meer ist an Stellen, wo es mehr verknüpft, als abschreckt, von langdauernden Staatenbildungen überschritten worden; das Römerreich, das britische „Vereinigte Königreich", die Verbindung Norwegens und Südschwedens mit Dänemark genügen als Beispiele.

Versagen also die von Staatsrechtlern noch heute gern vertretenen Anschauungen über Wasserscheiden und Flüsse vor der historischen Kritik, so halten sie der geographischen noch weniger Stand. Nicht auf die Wasserscheide kommt es an, sondern auf die Erhebung, die Ungangbarkeit, die Menschenleere und andere begrenzende Eigenschaften, nicht auf den Fluß, sondern auf seine Breite, sein Gefäll, seine Unschiffbarkeit und Unüberschreitbarkeit usw., es handelt sich also um die Verkehrsschranken, die gern als Grenzen aufgesucht werden. Diese aber liegen vielfach in anderen Gebieten und an anderen Stellen, z. B. an Engpässen, wie jene, die den Himalaya durchbrechen. Es wäre nun aber ebenso einseitig, zu sagen: „Die natürlichen Verkehrshindernisse sind die natürlichen Grenzen." Denn die verschiedenen Zwecke der Grenzsetzung, die sich nach den Völkern, ihrer Kultur und ihrer geschichtlich-politischen Einstellung ungleich stark geltend machen, können auch andere ebenso wertvolle Anhaltspunkte für die Grenzlegung empfehlenswert erscheinen lassen. Es ist überhaupt unzulässig, zu sagen: „ein Staat hat seine natürlichen Grenzen erreicht oder nicht" und „hier ist die (erreichte oder angestrebte) natürliche Grenze dieses Staats." Denn die Natur schreibt nicht vor, sie verbietet, erschwert, begünstigt eine Grenzführung, zwingt sie aber nicht auf. Die menschliche Zwecksetzung entscheidet vielmehr; wenn sie sich natürlicher Vorteile versichern will, wählt sie zwischen den verschiedenortigen und verschiedenartigen natürlichen Begünstigungen. In diesem Sinne, aber nur in diesem, haben jene Historiker Recht, welche sagen: „es gibt keine natürlichen Grenzen." Es gibt eben so gut wie nirgends eine einzigmögliche, sondern überall der Art nach verschiedene. Deren Wert für die Grenzführung zu kennzeichnen, ist eine oft schwere, aber lohnende Aufgabe der politischen Geographie.

Die Erörterung der Einwände, die gegen eine intensive Pflege der politischen Grenzgeographie erhoben werden, zeigt uns somit, daß im Gegenteil hier ein Komplex wichtiger Fragen vorliegt. Sie zeigt aber auch, daß uns noch eine Vorbedingung zu ungestörter Arbeit großenteils fehlt, eine klare, einteilige Terminologie. Eine solche ist aber nur zu gewinnen, wenn wir alle Ansprüche, die nur ganz allgemein eine Beziehung zur Natur enthalten, ausschließlich in dieser allgemeinen Bedeutung verwenden und darauf verzichten, ihnen besondere aufzulegen. In diesem Sinne habe ich natürliche, naturgemäße, naturgegebene, zuletzt auch Naturgrenze, Ausdrücke, denen auch ich



z. T. engere Bedeutungen gegeben hatte, von solchen befreit und bitte sie fortan ohne solche, die ja nicht jeder Leser gegenwärtig hat, zu verwenden.[3]) An ihrer Stelle stehen uns einzelne scharfumschriebene, schon durch ihren Wortlaut eindeutige Bezeichnungen zu Gebote, aber auch eine große Zahl von Wendungen und Umschreibungen, die den jeweiligen Sachverhalt unzweideutig darstellen. Ich will hier nur die wichtigsten, von mir und anderen vertretenen Termini erklären und verwenden.

Wenden wir uns dem Inhalt der Grenzlehre zu, so stoßen wir auf Ratzels grundlegende Unterscheidung zwischen Grenzsaum und Grenzlinie, der im Ganzen der Gebrauch von Frontier und Boundary bei den politischen Geographen englischer Zunge entspricht. Ihre Außerachtlassung kann zu großer Verwirrung führen und es ist besser, sie wird übertrieben, als sie wird verschleiert. Der Grenzsaum ist nach Ratzel das Wirkliche, die Grenzlinie die Abstraktion davon. Das gilt in der Natur fast ausnahmslos; natürlich ist Saum und Linie relativ zu nehmen, Säume wie ein Wald oder Sumpf oder verwildeter Fluß u. dgl. können sich streckenweise linienhaft verschmälern, hier und da haben wir auch im kleinen scharfe Grenzen in der Natur, etwa an Waldrainen und anderen Grenzen von Vegetationsformationen, bei sogenannten „geomorphologischen"[4]), aber die Regel gilt. Im besonderen steht die politische Grenzlinie als Abstraktion, noch dazu als rechtliche und rechtsverbindliche Festlegung, der veränderlicheren und gürtelhaften Form der in der Natur vorhandenen Grenzen scharf gegenüber. Die menschliche Zwecksetzung hat fast immer eine solche natürliche Zone im Auge, die Grenzen der Naturvölker und primitiven Staaten und Gürtel. Die Grenzlinie ist bisweilen in ihnen geschichtlich erwachsen, dann vom Rechtsstaat festgelegt worden; bisweilen ist sie im Saum von den Staatsmächten gezogen worden, ehe noch die beiderseitige Siedlung in ihm zusammenwuchs; in vielen Fällen ist sie innerhalb des Saumes verschoben worden Sich ausdehnende oder sich vergleichende Staaten können sie mit Bedacht in einen naturgegebenen, erstrebenswert erscheinenden Saum gelegt haben. Sie kann auch ohne Rücksicht auf solche gezogen sein, nicht blos, wo natürliche Grenzsäume fehlten, sondern auch über sie hinaus, z. B. in einem sog. „Glacis" vor dem natürlichen Saum. Es ist also zunächst ein ursprünglicher politische Grenzsaum vorhanden, wenn auch nicht überall. Ausnahmsweise sind solche später geschaffen worden, in Form von halb unabhängigen Zwischengebieten, oder wie Penck dartat, durch die Verwüstung der Grenzgebiete von Ludwig XIV. Damit ist auf eine von Ratzel klargelegte Gewohnheit der Naturvölker zurückgegriffen worden, die durch Siedlungsverbot (oft mit Marktverkehr im Grenzsaum verbunden) oder durch Verwüstung natürliche Grenzsäume verstärken oder fehlende künstlich ersetzen. Eine andere Art politischen Grenz-

saums, den man als sekundären bezeichnen muß, habe ich aus der Funktion des Grenzgebiets als peripherischem Organ abgeleitet und als bestehend erwiesen. Es ist das die gegenseitige politische, wirtschaftliche, kulturelle Beeinflussungs- und Durchdringungszone, die sich überall beiderseits der Grenzlinie entwickelt und selbst von der Verwaltung in gewissen Beziehungen z. B. als zoll-, monopol-, verkehrsrechtliches Grenzgebiet anerkannt werden kann. Ist der Einfluß von beiden Seiten her nicht gleich stark, so kann sich dieser sekundäre politische Grenzsaum ungleich weit auf der einen und der anderen Seite erstrecken; das ist z. B. dort der Fall, wo die Staatsgrenze sich nicht mit der nationalen deckt und eine starke Irredentabewegung auf eine schwache Staatsgewalt stößt. Dann kann er geradezu einseitig werden und spätere Verschiebungen der Staatsgrenze vorbereiten. Man denke an die italienische Irredenta. Das Studium solcher Beeinflussungszonen fesselt vor allem dem Geopolitiker im engeren Wortsinne, ist aber auch ein bisher übersehener Gegenstand der politischen Geographie.

Weit umfangreicher sind die Probleme, die sich an das Verhältnis der politischen Grenzlinie zu den natürlichen Grenzsäumen knüpfen. Wir können diese mit Sölch als Erdraumgrenzen bezeichnen und haben damit schon gesagt, daß hier Raum- und Grenzbetrachtung eng verbunden sind. Für die Grenzgeographie lautet die Fragestellung: Verläuft die politische Grenzlinie in einer naturgegebenen Grenzzone? Wir können die Erdoberfläche nach den verschiedensten Gesichtspunkten: Gliederung, Klima, Flora, Bodenart und vielen anderen, in Erdräume teilen, die als solche deutlich begrenzt und erkennbar sind. Das Verhältnis der Grenzlinie zu allen diesen ist Gegenstand der politisch-geographischen Länderkunde. Gewisse Arten treten aber besonders hervor. Und zwar sind drei Arten herauszuheben. Einmal finden wir oft, daß von den zahlreichen Grenzgürteln, die sich der länderkundlichen Untersuchung ergeben, viele sich auf engem Raum zusammendrängen, d. h. einander nahelaufen oder sich kreuzen. Dann können wir ihre Anhäufungszone als eine Landschaftsgrenze bezeichnen. Sie umschließt einen Erdraum, in dem viele geographische Faktoren anders sind als außerhalb. Vogel nennt ihn Charakterlandschaft, Sidaritsch Landschaftseinheit, Sölch Chore. Dieser spricht von Geochoren, die sowohl nach physischen wie nach anthropogeographischen Faktoren scharf ausgeprägt sind, neben bloßen Physio- und Kultur- oder Anthropochoren. Ich habe sie als gleichartige oder auch einheitliche Naturgebiete bezeichnet und halte das nach wie vor für die unzweideutigste und gemeinverständlichste Bezeichnung. Maull hat die natürliche Begründung der heutigen Grenzen Griechenlands in dem Zusammenfallen eines Bündels von Grenzzonen auf engem Raum gesehen. Eine zweite Art von Erdraumgrenzen, die sich der politischen Grenzführung bieten und



von ihr oft benutzt worden sind, haben wir bei der Kritik der Wasserscheiden als Grenze schon kennen gelernt. Es sind die Naturschranken oder Verkehrs- und Bewegungshindernisse, welche natürliche Bewegungsgebiete, also anthropogeographisch gefaßt, natürliche Verkehrsgebiete umhegen. Eine dritte Art sind die Grenzen harmonischer Naturgebiete, das sind solche Erdräume, in denen sich in einer bezeichnenden, sie von der Umgebung unterscheidenden Eigenart gewisse tragende Typen begegnen und durchdringen oder aber allmählich mit einer gewissen Regelmäßigkeit in einander übergehen. Ersteres ist z. B. der Fall in Park- oder Inselberglandschaften, letzteres in Gebirgsländern, deren Höhenregionen einen solchen Übergang nach oben ohne scharfe Absätze darstellen, oder in Becken-, Insel-, Küstenländern, wenn ein ebenso allmählicher Übergang von außen nach innen erfolgt. Die natürlichen Verkehrsgebiete und die harmonischen Naturgebiete hat Sidaritsch als „Lebensräume" den „Landschaftseinheiten", Vogel als „Zwecklandschaften" den „Charakterlandschaften" gegenübergestellt.

Das leitet uns über zu dem Verhältnis, das zwischen den natürlichen Grenzzonen und den von ihnen umschlossenen Erdräumen auf der einen, den Zwecken und Zielen des Menschen bei der Grenzlegung auf der andern Seite besteht. Diese sind verschieden nach Ort, Zeit, kultureller Entwicklung, Anlage und Denkart der Völker. Insbesondere kommen in Betracht: deutliche Scheidung der staatlichen Herrschaftsgebiete, Sicherung gegen Feinde, wirtschaftliche Gemeinsamkeit oder völkische Einheit innerhalb des Staatsgebiets, leichte Zugänge zur Nachbarschaft (also ungehemmter Außenverkehr), leichte Überwachung und Regelung des Außenverkehrs. Ihre Anforderungen widersprechen einander zum Teil; bald steht der eine, bald der andere im Vordergrund. Daher erscheinen dem Staate auch nicht immer die gleichen Erdräume als Staatsboden erwünscht, ganz abgesehen vom Wachstum der Staaten, das von Erdräumen niedriger zu solchen höherer Ordnung hinstrebt. Gewöhnlich stellt man einander „Schutzgrenzen" und „Verkehrsgrenzen" gegenüber. Jene erleichtern die Verteidigung, erschweren aber, ja unterbinden den Verkehr. Sie lehnen sich an natürliche Verkehrsschranken an, also Gebirge, Urwald, Wüste, Sumpf, in gewissem Sinne das Meer usw. Verkehrs grenzen in ihrer schärfsten Ausprägung erlauben allseitig freie Bewegung, sind aber offen und ungeschützt. Sie werden daher nur ausnahmsweise angestrebt und sie haben auch nur wenig Beziehungen zu Erdraumgrenzen, etwa solchen von Räumen mit bestimmten, von denen der Umwelt verschiedenen natürlichen Produktionen. In der Regel aber liegen sie innerhalb einheitlicher Landschaften, sind also keine Landschaftsgrenzen, wie die Grenzen gleichartiger Naturgebiete es sind. Ihre Schutzlosigkeit beeinträchtigt ihren Wert selbst dann, wenn die Kraft des Staats starke Befestigung und militärische

Beherrschung ermöglicht, wobei allerdings die freie Verkehrsbewegung leidet. Auch die Zersplitterung des Verkehrs über allseits offene Grenzen wird leicht nachteilig. Ebenso stellen die natürlichen Verkehrsschranken an sich keine Landschaftsgrenzen dar, obwohl sie (und das vermehrt dann ihren Wert) oft mit solchen ganz oder nahe zusammenfallen. Sie sind Bewegungsgrenzen für alle Organismen oder viele davon, bisweilen auch für Luftströmungen, und auch das verstärkt ihre Bedeutung als Grenzen menschlicher Lebensräume. Vielfach sind sie auch in ihrem Kern unbewohnbar oder nur schwach besiedelbar. Dieser Zug ist sogar für die meisten zonalen Verkehrsschranken bezeichnend. Vor allem aber bieten sie dem Staat in ausgedehntem Maße Schutz gegen Überfälle und leichte Möglichkeit der Verteidigung. Diesem Wert steht als Negativposten die Absperrung vom Verkehr, die wirtschaftliche Isolierung, die kulturellen Nachteile der Absonderung usw. gegenüber. Instinktiv hat daher die Politik höher stehender Völker sich von solchen Verkehrsschranken als Grenzen abgewendet, die als Schutzgrenzen die besten sind, den absperrenden. Man sieht eine Zwischenform zwischen ihnen und den reinen, offenen Verkehrsgrenzen als die beste oder doch als sehr gute Grenze an. Aber die Bezeichnungen, die ich vorgeschlagen habe, sind noch nicht Gemeingut. Neben die verkehrhemmende reine Schutzgrenze mit ihrer Absperrung und die verkehrzersplitternde ungeschützte reine Verkehrsgrenze stelle ich die verkehrvermittelnde. Auch sie ist an Verkehrsschranken gebunden, aber nicht an abschließende; zwischen den Mauern sind breite, geschützte und gut überwachbare, aber nicht allzuzahlreiche Pforten, deren jede daher erhebliche relative und auch absolute Bedeutung hat. Dazu kommt die Anforderung, daß innerhalb des umschlossenen natürlichen Verkehrsgebiets der Innenverkehr nicht durch innere Verkehrshindernisse beeinträchtigt wird. Im Gegensatz zu einer unzugänglichen Küste, einer Gebirgsmauer nach Art des zentralen Himalaya, aber auch zu einer allzu hafenreichen Küste, die ihren einzelnen Häfen kein genügendes Hinterland bietet und einer allseits gleich zugänglichen Flachlandschaft ist verkehrsvermittelnd in diesem Sinne eine Gebirgsküste mit wenigen, aber von weither zugänglichen Häfen und ein Hochgebirge mit guten Talaus- und Paßübergängen. Verkehrshemmend sind z. B. die Pyrenäen, verkehrsvermittelnd die Alpen. Wenn Vogel von strategisch-kommerziellen Zwecklandschaften spricht, so trifft dieser Ausdruck nicht so sehr die natürlichen Verkehrsgebiete im Ganzen, als jene mit vermittelnden Grenzen. Sie sind wohl diejenigen, an die sich die politische Abgrenzung am liebsten anlehnt.

Stehen wirtschaftliche Zwecksetzungen im Vordergrund, so mag man nach gleichartigen Naturgebieten ausschauen, die ja auch eine gleichartige Lebensweise der ganzen Bevölkerung ermöglichen, also z. B. für aus-



gesprochene Ackerbau- oder Viehzuchtländer günstige Grundlagen geben. Aber der großzügigen Einheitlichkeit des Wirtschaftslebens steht die große Gefahr gegenüber, die in der Verlockung zur „Monokultur" liegt. Je höher man die wirtschaftliche Autarkie einschätzt, destomehr wird man nach harmonischen Naturgebieten streben. Ihr Hauptvorteil ist ja das zumeist erreichbare hohe Maß von Autarkie. Vogel nennt sie deshalb „wirtschaftsharmonische Zwecklandschaften." Aber in ihrem Begriff liegt dieses wirtschaftliche Moment nicht notwendig; die vereinigten „tragenden Naturtypen", von denen Kjellén sprach, brauchen nicht durchaus wirtschaftsförderlich zu sein.

Völkische Einheit als Zweck der politischen Grenzziehung tritt heute wenigstens theoretisch sehr hervor. Dabei handelt es sich aber nicht mehr um das Verhältnis der politischen Grenzlinie zu natürlichen Grenzzonen, sondern um den gegenwärtig wichtigsten Einzelfall aus der Problemgruppe, die ihr Verhältnis zu den politischen Körpern und deren Grenzen umfaßt. In diese gehört auch das Verhältnis zu konfessionellen Grenzen und anderen heute im Hintergrund stehenden. Ich kann an dieser Stelle hierüber auf meine Ausführungen im vorigen Jahrgang dieser Zeitschrift[5]) verweisen.

Sehr umfassend sind die Probleme der Morphologie der politischen Grenze. Zunächst ist der Verlauf der Grenzlinie im Grenzsaum und zu ihm zu beachten. In ihm kann sie seine bezeichnenden Eigenschaften, insbesondere seine trennende Kraft, stärker hervorheben oder abschwächen. Läuft sie z. B. auf dem Hauptkamm eines Gebirges oder am Hange, über die schlechtesten oder offensten Durchgänge, teilt sie den Grenzsaum gleichmäßig oder ungleichmäßig auf die Anrainer auf, weist sie dem einen oder anderen die bequemere und sicherere Anstiegsseite zu, zerschneidet sie Siedlungen oder doch deren engere Marktgebiete oder gleicht sie sich den örtlichen Bedürfnissen an u. dgl., so wird sie den Zwecken der Nachbarn in sehr verschiedenem Maße gerecht werden. Sie kann auch am Rande des natürlichen Grenzsaums oder abseits von ihm verlaufen. So bieten sich vielseitige Beziehungen, die für die Bewertung der Grenze nicht belanglos sind.

Noch weniger sind dies die Eigenschaften der Grenzlinie an sich. Ihr Verlauf entscheidet vor allem darüber, ob der rechtliche Zweck der Grenzsetzung, die deutliche Sonderung der Hoheitsgebiete, als mehr oder weniger erreicht gelten kann. Eine deutliche und immer wieder leicht erkennbare Grenze ist vor allem dort vorhanden, wo sie sich an unverrückbare Anhaltspunkte in der Natur — Punkte, Linien, kleine Flächen — die sich gut herausheben, anlehnt, wo sie also naturentlehnt ist. Das gilt auch dort, wo sie keiner natürlichen Grenzzone folgt, also keine Erdräume von bestimmter Eigenart trennt. Naturentlehnte Grenzen sind entweder morphologische, etwa

Gipfel, Kämme, Gräben, Runsen im Gebirg, Rinnen und Bäche, Mulden, Furchen, Hügel und Hügelreihen im Flachland, oder Formationsränder, wie ein Waldrain. Geht die Grenze ohne solche natürlichen Anhalte durchs Land, so kann sie sehr verschieden gezogen sein, sich an astronomische Linien, Mauern, Besitzgrenzen halten oder nicht, auf große Strecken gerade oder vielfach geknickt verlaufen. Je nachdem, namentlich auch je nach der Eigenart ihrer streckenweisen Träger, hat sie verschiedene Eigenschaften, insbesondere auch eine ungleiche Gliederung, und wirkt verschieden auf die abgegrenzten Gebiete. Auch die Art, wie sie ersichtlich gemacht, bezeichnet, versteint, befestigt und sonstwie künstlich geschützt wurde, ist eine Tatsache der Erdoberfläche, die geographisch festzulegen und in ihren politischen Wirkungen zu verfolgen ist.

Weniger als die für manche Gebiete gut durchgearbeitete Morphologie der Grenzlinie ist diejenige des Grenzsaums gepflegt worden. Auch er hat verschiedene Eigenschaften und Gliederungswerte, je nach seinem Träger, seiner Erhebung, seiner Breite, inneren Gliederung u. dgl. m. Insbesondere ist auf die anökumenischen Gebiete im Grenzsaum geachtet worden, zuerst eingehender von Maull in seiner Darstellung der bayerischen Alpengrenze[6]); sehr eigenartig hat kürzlich Paschinger[7]) den Grenzsaum Kärntens behandelt. Anökumenische Gebiete beginnt man endlich, wie früher in Volksdichtkarten, so auch in politischen und Sprachenkarten sorgsam auszuscheiden.

Hervorheben will ich in dieser nicht lückenlosen Zusammenfassung endlich auch die sogenannte Grenzgliederung. Die mannigfachen Vorteile, die ein einfacher Grenzverlauf an sich hat, wie die Nachteile eines vielgewundenen oder gezackten bis zur Auflockerung in Enklaven oder Exklaven bedürfen keiner Hervorhebung. Sie werden selbstverständlich oft durch die Wirkungen der Lageverhältnisse, etwa der Anlehnung an eine natürliche Grenzzone aufgewogen. Ich halte für den zweckmäßigsten Ausdruck der Grenzgliederung die von mir in der Penck-Festschrift zuerst aufgestellte „Grenzverlängerung". Für den Gesamtumfang eines politischen Gebiets bezeichnet sie die Differenz zwischen der Grenzlinie und dem Umfang des flächengleichen Kreises, die man auch in Prozent des letzteren ausdrücken kann. Für einzelne Grenzstrecken ist sie die Differenz der Grenzlinie gegen die Luftlinie zwischen den Endpunkten. Ihr Wert liegt besonders darin, daß sie sich teilen läßt. Man kann die Verlängerung der Grenze durch einzelne Vor- oder Einsprünge herausheben. Man kann die Grenzverlängerung durch die Biegungen des Saumes (also seiner Symmetrale) von jener durch die dazukommenden Windungen der Grenzlinie sondern. Man kann die Grenzverlängerung durch verschieden große Glieder unterscheiden. Man kann ermitteln, welche Verlängerungen der Linie innerhalb eines Saums durch ihre wechselnden Träger, welche Verlängerungen



des Saums durch die verschiedene Beschaffenheit seiner Teilstrecken bedingt werden und somit vielerlei Vergleiche anstellen, die auch das Wesen der Grenze erhellen. Man kann ermitteln, welche Verlängerungen in Saum und Linie und im ganzen einzelne Kriege und Verträge bewirkten, wenn die Endpunkte der betreffenden Strecke unverändert blieben usw. Neben der Grenzverlängerung ist auch das Verhältnis der Grenzlinie zum Areal des Gebiets bei entsprechender Vorsicht der Auswertung ein lehrreicher Wert.

So bietet die raumwissenschaftliche Behandlung der Grenzen vielerlei Aufschluß für die politische Geographie und für die Geopolitik und verdient nicht die Geringzschätzung, auf die sie vielfach, namentlich bei Politikern stößt.

Anmerkungen

[1]) So habe ich mich in einem Vortrag auf dem Deutschen Geographentag zu Breslau 1925 ausgedrückt, der in diesen Verhandlungen erscheinen soll.

[2]) Literatur bei Sieger, Die neuen Grenzen in den Alpen, Zeitschr. d. D. u. Ö. Alpenvereins 1923.

[3]) Von der umfassenden terminologischen Literatur seien nur erwähnt: Penck, Die österreichische Alpengrenze, Stuttgart 1916; Penck, Über politische Grenzen, Rektorsrede, Berlin 1917; Vogel, Politische Geographie; Sölch, Die Auffassung der natürlichen Grenzen in der wissenschaftlichen Geographie, Innsbruck 1924; Sidaritsch, Pet. Mitt. 1923, 256 ff.; Sieger, Zeitschr. Ges. f. Erdk., Berlin 1917 und 1918; Pet. Mitt. 1923, 252 ff., 1925, 57 ff., nun auch Maull, Politische Geographie.

[4]) Scharfetter in der Festschrift „Zur Geographie der deutschen Alpen“, Wien 1924, 54 ff.

[5]) I 101 f., 202 (wichtige Druckfehlerberichtigung).

[6]) Maull, Die bayerische Alpengrenze, Diss. Marburg 1910, und Pet. Mitt. 1910 II, Seite 294 ff. u. Tafel 47.

[7]) Paschinger, Die Kärntner Grenze in Diagrammen Kartographische Zeitschrift 1922, 72 f.

GEOPOLITISCHE STATISTIK DES „WIRTSCHAFTSDIENST" HAMBURG

Produktion und Verteilung der Edelmetalle in der Welt

1. Die Goldproduktion der Welt[1])

in Unzen zu je 31,10 gr

	1924	1923	1922	1921	1920	1913
Südafrikanische Union .	9 597 634	9 149 073	7 009 858	8 128 722	8 158 455	8 798 700
Vereinigte Staaten . . .	2 511 243	2 502 632	2 363 075	2 422 006	2 476 166	4 299 800
Kanada	1 516 360	1 233 341	1 263 364	926 329	765 007	803 000
Mexiko	792 401	776 808	748 291	684 634	735 078	829 800
Australien	699 910	724 396	767 614	767 571	971 403	2 225 700
Rhodesia	629 000	649 082	655 296	586 908	553 067	690 500
Brit. Indien	433 750	422 307	438 015	432 723	499 068	589 100
Rußland und Sibirien .	350 000[2])	250 673	146 700	43 177	57 225	1 282 300
Kolumbien	.	275 738	275 737	290 250	280 575	143 800
Japan	250 000[2])	255 460	241 993	237 106	248 181	174 800
Brit. Westafrika	200 500[2])	200 565	213 395	203 606	230 948	384 900
Neu-Seeland	133 000	155 000	144 117	135 720	124 375	343 600
Brasilien	.	144 675	146 668	134 482	125 775	109 100
Peru	.	120 372	81 436	77 385	62 757	23 800
Korea	122 000[2])	121 433	127 892	130 893	76 000	173 300
China	100 000[2])	100 000	100 000	100 000	125 000	177 000
Niederl. Indien	100 000[2])	110 885	104 295	94 168	90 920	163 900
Belgisch Kongo	91 300[2])	91 306	68 351	65 715	96 804	44 300
Chile	.	64 397	79 828	45 139	43 538	8 500
Französ. Guiana	.	44 624	48 772	48 375	43 538	—
Ecuador	.	42 000[2])	42 456	36 259	36 281	19 700
Rumänien	42 290	48 225	42 984	41 409	.	—
Brit. Malaienstaaten . .	29 000[2])	29 025	29 025	24 188	29 025	65 400
Formosa	22 000[2])	21 958[2])	21 958	28 455	13 500	39 400
Venezuela	.	17 361[2])	17 361	30 253	18 839	21 500
Frankreich	.	16 943	16 493	8 906	900	102 900
Madagaskar	16 000[2])	16 139	18 582	14 660	16 686	60 800
Niederl. Guiana	.	12 731	11 992	11 285	12 506	—
Brit. Guiana	.	6 173	10 876	12 828	9 675	—
Tschechoslowakei	.	4 822	8 294	11 413	87 61	.
Österreich	.	739	546	161	—	105 400

2. Die Goldproduktion nach Erdteilen[1])

in Unzen

	1924	1923	1922	1921	1920	1913
Europa	410 000[2])	331 531	224 761	113 297	76 034	1 515 800
Nordamerika	4 820 004	4 512 781	4 374 730	4 032 969	3 976 351	5 932 500
Mittelamerika	100 000[2])	96 750	120 937	120 937	145 125	131 700
Südamerika	750 000[2])	733 142	719 500	690 513	638 584	563 700
Asien	1 076 750	1 077 847	1 084 102	1 078 170	1 111 060	1 407 500
Afrika	10 584 434	10 155 025	8 009 069	9 044 595	9 082 865	10 024 800
Australien und Ozeanien	832 910	879 396	911 731	903 291	1 095 778	2 569 300
Weltproduktion	18 574 098	17 786 472	15 444 830	15 983 772	16 128 698	22 145 300
dito in kg	577 654,4	553 159,2	480 334,2	497 095,3	501 509,1	688 797
„ in Mill. $	383,9	365,2	319,6	330,2	336,9	457,8

3. Die Silberproduktion der Welt[1])

in Unzen zu je 31,10 gr

	1924	1923	1922	1921	1920	1913
Mexiko	91 437 944	90 810 855	81 076 899	64 465 347	66 516 354	55 486 400
Vereinigte Staaten	64 221 655	66 163 338	56 240 048	53 052 441	55 361 573	66 801 500
Kanada	20 243 846	18 601 744	18 626 439	13 543 198	13 330 357	31 524 700
Peru	18 800 000	18 654 362	13 169 765	9 853 910	9 196 282	9 617 100
Australien	10 422 000	13 291 210	11 108 734	4 908 680	1 710 854	16 081 900
Bolivien und Chile	9 000 000	8 550 317	8 082 700	5 000 000	4 828 086	3 932 600
Indien	5 800 000	4 863 066	4 244 304	3 587 587	2 906 397	125 200
Deutschland (einschließlich Oberschlesien)	.	3 667 447	3 615 525	3 387 420	3 305 020	6 182 400
Japan	3 534 943	3 554 750	3 886 301	4 185 504	4 889 540	4 700 400
Spanien und Portugal		2 842 060	2 778 210	2 679 349	2 956 546	4 237 200
Niederl. Indien	1 500 000[2])	1 408 973	1 109 657	1 021 994	1 027 956	466 000
Südafrikanische Union	1 399 526	1 373 930	1 115 676	830 329	892 593	952 900
Tschecho-Slowakai	.	900 200	875 187	703 056	680 069	—
Neuseeland	578 090	514 655	376 000	454 000	454 000	
Italien	.	306 582	215 405	219 392	297 452	423 900
Norwegen	.	297 934	205 760	202 115	323 172	300 600
Frankreich	.	213 025	347 220	392 873	321 500	1 005 300
Rußland	.	192 900	150 000	40 000	50 000	.
Rhodesia	166 675	161 492	179 399	161 383	164 865	121 500
Algier	.	.	.	.	150 000	.
China	100 000[2])	100 000	1 00 000	40 000	50 000	.
Ecuador	75 000[2])	75 000	75 000	75 000	35 000	.

	1924	1923	1922	1921	1920	1913
Rumänien	.	64 300	62 821	94 450	.	.
Korea	40 000 2)	39 281	10 835	2 958	1 200	15 000
Groß-Britannien	33 700	34 625	29 885	12 229	76 344	128 000
Argentinien	30 000 2)	30 000	25 000	25 000	30 000	35 300
Brasilien	30 000	26 613	25 700	33 000	30 000	28 400
Serbien	.	24 526	26 813	15 946	15 000	28 800
Schweden	.	15 046	9 645	13 342	22 569	33 300
Österreich	.	14 178	8 583	15 000	13 985	2 104 100
Belgisch-Kongo	9 000 2)	8 745	6 559	5 819	10 674	1 500
Türkei	.	8 037	8 073	100 000	100 000	1 509 100
Columbien	3 000 2)	3 150	3 150	500 000	480 000	587 700

4. Die Silberproduktion nach Erdteilen 1)

in Unzen

	1924	1923	1922	1921	1920	1913
Europa	10 000 000 2)	8 780 896	8 517 214	8 070 072	8 382 592	16 757 100
Nordamerika	175 903 445	175 575 937	155 943 386	131 060 986	135 208 284	153 812 600
Mittelamerika	3 500 000	3 000 000	2 500 000	2 000 000	2 700 000	2 135 600
Südamerika	27 952 000	27 354 642	21 398 185	15 500 610	14 611 368	14 274 800
Asien	10 999 943	9 989 507	9 374 987	8 868 005	8 900 272	5 358 400
Afrika	1 580 301	1 545 167	1 314 996	1 010 893	1 233 248	1 075 900
Australien und Ozeanien	11 000 000	13 805 865	11 484 734	5 362 680	2 164 854	17 057 500
Weltproduktion	240 935 689	240 052 014	210 533 502	171 873 246	173 200 618	210 472 000
dito in kg	7 493 099	7 465 617	6 547 591	5 345 257	5 386 539	6 546 000

5. Die Silberprägung der Welt 3)

	Münzeinheit	1923		1922	
		Wert in Münzeinheiten	Silberverbrauch in Unzen	Wert in Münzeinheiten	Silberverbrauch in Unzen
China	Dollar	127 850 796	96 861 585	148 255 131	100 928 641
Vereinigte Staaten	"	66 283 000	50 781 282	84 325 031	65 217 584
Mexiko	Peso	35 280 000	13 611 024	12 970 595	33 620 000
Großbritannien	Pfund	6 331 618	11 512 040	6 318 281	11 487 790
Schweiz	Franken	50 000 000	7 233 792	1 600 000	214 762
Indien	Rupie	7 770 500	2 464 859	5 336 281	1 834 347
Frz. Indochina	Piaster	3 539 000	2 089 440	11 970 811	8 702 718

	Münzeinheit	1923 Wert in Münzeinheiten	1923 Silberverbrauch in Unzen	1922 Wert in Münzeinheiten	1922 Silberverbrauch in Unzen
Niederlande	Gulden	8 050 000	1 863 414	15 170 000	3 511 551
Danzig	Gulden	10 000 000	1 205 625	—	—
Peru	Pfund	236 900	952 042	23 201	93 241
Südafrik. Union . . .	„	265 422	772 172	—	—
Lettland	Lat	5 000 000	671 146	—	—
Costa Rica	Colon	696 923	403 268	—	—
Ägypten	Pfund	100 000	375 092	—	—
Österreich	Krone	495 900	372 895	27 400	20 596
Siam	Tical	954 000	299 043	—	—
Columbien	Peso	379 735	274 695	2 099 000	1 518 364
Kenya	Schilling	4 370 000	198 637	41 846 549	3 923 114
Schweden	Krone	746 277	143 956	403 642	77 862
Dänemark	„	406 714	78 455	—	—
Ceylon	Rupie	351 000	72 394	500 000	103 125
Japan	Yen	—	—	38 160 000	11 925 667
Persien	Kran	—	—	12 883 101	1 715 868
Australien	Pfund	—	—	396 400	1 333 346
Ital. Somaliland	Rupie	—	—	2 000 000	687 500
Venezuela	Bolivar	—	—	3 200 000	429 524
Chile	Peso	—	—	2 717 716	393 185
Brasilien	Milreis	—	—	719 140	83 233
Abessinien	Dollar	—	—	49 438	37 261
Tunis	Franc	1 811	153	1 811	243
Brit. Guiana	Pfund	200	673	—	—
Gesamtprägung			192 237 682		227 210 117
Silberverbrauch zu Prägungszwecken in % der Silberproduktion des betreffenden Jahres . .			80,1 %		108 %

6. Die Verteilung des Weltgoldschatzes[4])

Die Goldreserven der Zentralnotenbanken einzelner Länder umgerechnet in Millionen Dollar

	1924	1919	1913
Vereinigte Staaten	4 547,4	2 787,7	1 924,3
Großbritannien	757,0	583,2	170,2
Frankreich	710,4	694,8	678,8
Japan[8])	585,7	349,9	64,9
Spanien	489,3	472,0	92,5
Argentinien[7])	435,8	299,1	224,9
Italien[5])	218,3	203,4	288,1
Niederlande	202,8	256,2	60,9
Kanada[6])	192,5	192,2	142,5
Deutschland	180,9	259,5	278,6
Australien	121,2	116,7	21,8
Indien	108,6	96,2	72,7
Schweiz	97,6	99,7	32,8
Rußland	73,0	?	786,8
Schweden	63,5	75,3	27,3
Dänemark	56,1	60,8	19,6
Brasilien	53,7	15,5	53,2
Belgien	52,5	51,4	59,1
Norwegen	39,4	39,5	12,8
Tschechoslowakei	31,7	4,0	—
Rumänien	26,0	0,2	29,2
Polen	19,9	1,6	—
Ägypten	16,5	16,3	10,4
Finnland	8,3	8,3	6,9
Bulgarien	7,7	7,1	10,6
Österreich	1,5	45,1	251,4

7. Die Platinproduktion der Welt in Unzen

	1924	1923	1922	1921	1913	1912
Rußland	40 000	38 000	22 000	6 500	250 000	300 000
Kolumbien	45 000	42 000	40 000	32 000	15 000	12 000
Australien	.	.	.	2 000	1 704	1 389
Vereinigte Staaten	.	609	1 008	977	483	721
Kanada	.	1 217	469	292	50	30
Japan	.	.	.	231	.	.
Brit. Indien	—	—	—	—	58	57
Niederl. Indien	.	.	.	.	183	200
Weltproduktion	88 000[2])	84 000[2])	65 000[2])	42 000	267 478	314 397
dito in kg	2 736	2 612	2 022	1 306	8 320	9 779

Anmerkungen

[1]) Zusammengestellt nach „Year Book of the American Bureau of Metal Statistics", „Bulletin mensuel de l'Institut Internationale de Statistique", „Der Edelmetallhandel im Jahre 1923" von Jacob & Scheidt A. G. Berlin und „Annual Bullion Letter" von Samuel Montagu & Co., London.

[2]) Geschätzt auf Grund der Vorjahrsproduktion und den Nachrichten über Veränderung der Produktionsverhältnisse.

[3]) Zusammengestellt nach dem amtl. Bericht des U. S. Direktor of the Mint. Der Weltsilberverbrauch zu Prägungszwecken schwankte in den letzten 10 Jahren zwischen 155 und 298 Mill. Unzen.

[4]) Zusammengestellt nach Annual Bullion Letter, Bulletin mensuel de statistique, The Economist, Federal Reserve Bulletin.

[5]) Einschließlich nationaler Reserve.

[6]) Minister of finance and chartered banks.

[7]) Regierungskonversionsfond.

[8]) Einschließlich Regierungsreserve.

ERICH OBST:
BERICHTERSTATTUNG AUS EUROPA UND AFRIKA

Der 1. Oktober 1925 könnte ein Festtag für Kontinentaleuropa sein, denn an diesem Tage wird der Damm des Rove-Tunnels gesprengt und damit die direkte Verbindung von Marseille nach den Welthäfen an der Nordsee hergestellt. Die Schiffe laufen von Marseille durch den 8 km langen unterirdischen Rove-Kanal in den Etang de Berre und setzen von hier aus ihren Weg in dem alten, jetzt erweiterten Kanal von Martigues bzw. Port de Bouc nach Arles an der Rhône fort. Das unstete, für die Schiffahrt so ungünstige Rhône-Delta ist damit endgültig überwunden, die abseits der Mündung gelegene Metropole des westlichen Mittelmeeres, Marseille, durch Rhône—Doubs—Rhein mit der Nordsee verbunden. Was die Natur vorgezeichnet, ist dank menschlicher Arbeit jetzt zur Tat geworden: Europa verfügt nunmehr über eine brauchbare meridionale Wasserstraße, die den gesamten Kontinent durchquert. — Mit seiner Höhe von 14½ m ist der unterirdische Kanal von Rove der größte (nicht der längste) Tunnel der Welt. Während beim Gotthard-Tunnel 1 Million Kubikmeter Erdreich fortgeschafft werden mußten, beim Simplon 1,6 Millionen Kubikmeter, machte der Rove-Tunnel eine Erdbewegung von 2,3 Millionen Kubikmeter nötig.

In anderen Kontinenten würden alle Teilgebiete des Großraumes die Vollendung eines solchen Werkes feiern in der Gewißheit, daß der Verkehr des Gesamtgebietes dadurch erheblich befruchtet wird. In dem unglückseligen Europa ist davon keine Rede. Für absehbare Zeit wird Marseille nicht die mediterrane Ausfallspforte des mitteleuropäischen Handelsverkehrs werden, weil Neid und Haß die Völker mehr denn je trennt und die Staatsgrenzen jetzt erst recht zu zyklopenhaften Zollmauern ausgestaltet werden.

Bei dem völligen Fehlen eines Gemeinschaftsgeistes, der allseitigen bewußten Betonung nationalegoistischer Ziele versteht es sich von selbst, daß der Kampf um die „Vereinigten Staaten von Europa" ein verzweifelt harter sein wird und in dieser Generation schwerlich mehr entschieden werden kann. Die Not ist immer noch nicht groß genug, um der Masse der Völker und ihren augenblicklichen Machthabern die Augen zu öffnen. Gerade die Nation, die den Rove-Kanal schuf, beraubt diesen durch engstirnigen Chauvinismus seiner eigentlichen paneuropäischen Bedeutung, indem sie auch unter Painlevé-Briand kein anderes Ziel verfolgt, als Deutschland niederzuhalten und nach der Herrschaft über ganz Europa zu streben. Jämmerliche Angst selbst vor dem völlig entwaffneten Deutschland führte der stärksten Militärmacht der Welt die Hand, als es galt, der deutschen Luftschiffahrt neue, unerträgliche Sklavenketten anzulegen. Wirtschaftliche Mißgunst führte zu der Einfuhrsperre für deutsche Kohle. Völkischer Haß und schlechtes Gewissen bewirkten die Entfernung der deutschen Sprache im Religionsunterricht der evangelischen Volksschulen des Elsaß. Die Verhandlungen über den Sicherheitspakt kommen auf den toten Punkt, nicht zum wenigsten, weil Frankreich auf eigene Sanktionen, auf Durchmarschrecht usw. nicht verzichten will und den Pakt, wie vorauszusehen, lediglich als ein Mittel betrachtet, die Torheiten von Versailles zu vermehren und zu verewigen. Was besagt es gegenüber allen diesen Tatsachen, daß Frankreich seinem Versprechen gemäß und lediglich im Interesse seines internationalen Prestiges endlich das

„Sanktionsgebiet" geräumt hat? Wir sind gewiß in Punkto Worthalten seitens der Entente nicht verwöhnt; aber wir haben wirklich keinen Grund, der Grande Nation für Liquidierung ihres unerhörten, mittelalterlich anmutenden Räuberunternehmens etwa noch dankbar zu sein.

Indem wir das scharf betonen, erklären wir zugleich, daß wir frei von jeglichem Haß gegen das französische Volk sind und jederzeit für eine deutsche Belange wahrende Verständigungspolitik eintreten. Schmerz erfüllt uns, wenn wir sehen, daß die beiden großen festländischen Mächte den Weg zueinander nicht finden können, obwohl sie politisch, wirtschaftlich und kulturell das gegebene Mittelstück für die „Vereinigten Staaten von Europa" darstellen. Mit Gefühlen aber treibt man keine Politik. Die deutschen Belange erheischen nachgerade, daß wir, selbstverständlich ohne mit dem zerbrochenen Säbel zu rasseln, klar und bündig erklären: Wenn die Westmächte unser berechtigtes Verlangen nach Freiheit und Gleichberechtigung immer und immer wieder unerfüllt lassen, wenn sie uns nach wie vor zu der Rolle einer Sklavennation degradieren wollen, dann machen wir eben einen Strich unter die gesamte, auf den Westen hoffende Politik, unter Völkerbunds- und Paktpolitik und versuchen, durch innige Zusammenarbeit mit dem Osten unsere Zukunft zu sichern. Niemand weiß besser als ich, daß dieser Weg auch recht dornenvoll sein wird. Der Fluch unserer geopolitischen Mittellage aber ist es, daß wir alles daran setzen müssen, um nicht zwischen Ost und West zerrieben zu werden. Wir können und wollen nicht dem Westen solange nachlaufen, bis schließlich der Osten erklärt, nun habe er für uns kein Interesse mehr. Vergessen wir in unserer Politik niemals, daß mindestens in wirtschaftlicher Beziehung unsere Zukunft im Osten, nicht im Westen liegt! Überhören wir auch nicht die Warnung, die für uns in dem Telegramm des gewiß nicht prodeutschen General Smuths liegt: „Der Pakt läuft genau wie das Genfer Protokoll darauf hinaus, die Versailler „Neuordnung" Europas zu verewigen und die friedliche Reform unerträglicher Bestimmungen unmöglich zu machen."

Einer östlichen Orientierung Deutschlands stehen, wir sprachen es schon oben aus, gewiß nicht geringe Hindernisse im Weg. Wir erwähnen als erstes die leidige Zerrissenheit des deutschen Volkes und den empörenden Tiefstand der persönlichen und sozialen Ethik. Man kann zu der Frage des Hochschutzzolles stehen wie man will; die Art und Weise, wie die Gesetze zustande kamen und die Szenen, die sich hierbei im Reichstage abspielten, bleiben in jedem Falle tief beschämend. Wie soll das Ausland Vertrauen zu uns haben, wie soll ein deutscher Staatsmann eine zukunftsbeständige Außenpolitik einschlagen, wenn im Innern jeder gegen jeden kämpft, wenn die verschiedenen Gruppen des Volkes sich nicht nur wegen der Staatsform, sondern sogar wegen der Reichsfarben im wahrsten Sinne des Wortes den Krieg bis aufs Messer erklären, wenn der Arbeiter im Studenten, der Student im Arbeiter seinen Todfeind sieht, wenn veraltete Dogmen erstarrter Parteien über die Belange des Vaterlandes gestellt werden und politischer Mord in den Augen vieler Deutschen keineswegs als verabscheuungswürdig gilt? Wir wünschten dringend, daß sich der Reichsinnenminister als verantwortlicher Hüter einer nach allen Seiten gleich strengen Ordnung energischer betätigte als bisher. — Im Interesse einer inneren Einheit bleibt weiter zu wünschen, daß die Unterschiede in der Lebenshaltung der einzelnen Volksschichten auf ein geringeres Maß zurückgeführt werden und dem Luxus auf der ganzen Linie der Kampf erklärt wird. Wir sind ein armes Volk geworden, können aber eine Nation nur bleiben, wenn alle gleichermaßen diese Volksnot tragen. Außenpolitik und Innenpolitik sind viel enger miteinander verbunden, als es die deutschen

Staatslenker anscheinend wahrhaben wollen. Gerechtigkeit, Bescheidenheit, Anstand und Menschlichkeit im Innern tun not, wenn wir mit sittlichem Recht dasselbe für uns vom Ausland verlangen wollen.

Das zweite Hindernis einer Ostorientierung erblicken wir in der Tatsache, daß die mitteldeutsche Braunkohle ihre volle Anziehungskraft noch nicht ausgeübt hat und der industrielle Schwerpunkt des deutschen Wirtschaftslebens einstweilen noch immer im Westen liegt. Dadurch ergeben sich mannigfache Bindungen zwischen Westdeutschland, Lothringen, Luxemburg, Frankreich und Belgien, die ohne schwere Störung des gesamten deutschen Wirtschaftsorganismus nicht zerrissen werden dürfen. Aufgabe der deutschen Staatslenker wird es infolgedessen sein, auch im Falle einer Ostorientierung mit den westlichen Nachbarn zu ähnlichen Vereinbarungen zu gelangen, wie sie in dem glücklich am 11. Juli unterzeichneten deutsch-französischen Abkommen über die Saar enthalten sind. Daß dies möglich ist, kann bei dem in der Tat vorliegenden gegenseitigen Interesse kaum bezweifelt werden. Überdies läßt sich im Augenblick gar nicht absehen, welch einschneidende Veränderungen der Wirtschaftsstruktur die neuen chemischen Entdeckungen einer Umwandlung von Kohle in Öl zeitigen werden.

Ein Zusammengehen mit der führenden Macht Osteuropas wird weiterhin durch die Tatsache erschwert, daß Deutschland und Rußland nicht mehr unmittelbar aneinander grenzen, sondern durch einen Gürtel mehr oder minder ententefreundlicher Pufferstaaten getrennt sind. Dieser unzweifelhafte Nachteil spielt im Zeitalter des Luftverkehrs gewiß nicht mehr die Rolle wie ehedem und ließe sich durch Ausgestaltung des Ostsee-Verkehrs bis zu einem gewissen Grade wett machen; in jedem Falle aber ist hier ein Minus nicht zu übersehen. Indessen die Sache hat auch ihre guten Seiten. Bei der Verschiedenartigkeit der Kultur, der sozialpolitischen Einstellung usw. der beiden Partner, ist es mindestens für den Anfang nicht schädlich, wenn das Zusammengehen nicht gar zu stürmisch erfolgt und eine Überflutung Deutschlands durch russische Emissäre infolge der Pufferstaaten etwas gehemmt wird. Im übrigen besteht wohl Einigkeit hierüber: auf die Dauer sind die Pufferstaaten in ihrer jetzigen Form nicht lebensfähig. Sie haben nur die Wahl, entweder in eine zwischeneuropäische bzw. paneuropäische Union mit kulturautonomen, völkischen Gliedstaaten aufzugehen oder zwischen Rußland und Deutschland zerrieben zu werden. — Diese Warnung richten wir erneut und vor allem an Polen und Litauen. Gewiß ist es schwer zu tadeln, daß unsere Reichsregierung nichts getan hat, um die schändliche Wiener Konvention vom 30. August 1924 über die Regelung der Optanten abzuändern oder außer Kraft zu setzen; sicherlich verdient unsere Reichsregierung weiterhin schwere Vorwürfe, daß sie von Menschlichkeit und polnischer Nächstenliebe geträumt hat, statt die denkbar beste Aufnahme der deutschen Optanten rechtzeitig und genügend vorzubereiten. Aber die Verantwortung dafür, daß überhaupt in unserer Zeit Tausende und Abertausende von Menschen lediglich um ihres völkischen Bekenntnisses willen von Haus und Hof vertrieben wurden, trägt trotz allem allein Polen, dieser buntscheckige Nationalitätenstaat, dessen wirtschaftlicher und sozialer Verfall durch die Annahme des minderheitenfeindlichen Agrargesetzes, durch das Einfuhrverbot nun auch für österreichische Waren u. a. m. nicht aufgehalten, sondern umgekehrt beschleunigt werden wird. — Mit Litauen droht uns die im Memelland betriebene Politik früher oder später in schwere Konflikte zu bringen. Das Verbot der Einreise deutscher Richter, die Verfügung, daß man sich eher mit einheimischen Rechtshilfen zu begnügen habe, auch wenn diese nicht akademisch geschult sind (!), die Vergewaltigung der Deutschen hin-

sichtlich der Stationsbezeichnungen, des Telefon-Adreßbuches usw., all diese sture und vertragswidrige Litauisierung stellt eine Tyrannei dar, die wir im Augenblick zwar hinnehmen müssen, die uns aber im Hinblick auf die Zukunft gewiß nicht für Litauen einnehmen kann. Selbstbestimmung für alle Völker, sofern — es nicht Deutsche sind! Wo bleibt der ehrenwerte Völkerbund?

Das letzte Hindernis endlich, daß ein Zusammengehen Deutschlands mit Rußland erschwert, ist in der politischen Ideologie und politischen Praxis der Sowjet-Union begründet. So wie die Dinge jetzt liegen, sind die Partner gar zu verschieden, um sich ehrlich die Hand reichen zu können. Gewiß, von dem einstigen Radikal-Kommunismus bröckelt ständig mehr ab: die Staatsbetriebe werden nach streng privatwirtschaftlichen Grundsätzen organisiert, Privathandel ist wieder in größerem Umfange zugelassen, das Konzessionsgeschäft blüht, sogar die kapitalistischste aller kapitalistischen Unsitten, die Lotterie, ist im Sowjetreich wieder eingeführt. Aber dennoch! In Deutschland bewegen sich die geriebensten Kaufleute der Sowjets im Schutze der Exterritorialität frei und ungehindert, kaufen und verkaufen nach Herzenslust, während der deutsche Kaufmann nur in seltenen Ausnahmefällen überhaupt die Einreiseerlaubnis nach Rußland erhält und, wenn ihm das wirklich geglückt ist, in Rußland alles andere denn frei ist, ja jeden Augenblick fürchten muß, wegen „Wirtschaftsspionage" festgesetzt zu werden. Soll das hochindustrielle Deutschland im Herzen Europas mit der überwiegend agrarischen Sowjet-Union im Osten zusammenarbeiten, so muß gerade bezüglich des Handels in irgend einer Form Gleichberechtigung geschaffen werden. — Des weiteren müssen sich die russische Regierung und der Komintern darüber klar sein, daß ein Zusammengehen niemals eine Sowjetisierung Deutschlands bedeuten darf und bedeuten wird. Eines schickt sich nicht für alle! Rußland soll Rußland bleiben und seinen Idealen nachgehen. Wir aber sind wir und richten uns unser Haus nach den Idealen unserer Kultur, gemäß den Gesetzen unseres Lebensraumes und unserer Geschichte ein. — Ich zweifle im Ernst nicht daran, daß Rußland auf derartige Bedingungen eingehen und sie (vergl. Japan) im Großen und Ganzen loyal erfüllen würde. Alles Spielen der Sowjets mit dem Gedanken der Autarkie und der freiwilligen splendid isolation täuscht uns nicht darüber hinweg, daß Sowjet-Rußland ohne innige Zusammenarbeit wenigstens mit einem Teil des industriellen Westens auf die Dauer nicht auskommen kann. Wer aber steht dann dem russischen Staate näher als Deutschland? Von allen Völkern versteht das deutsche die russische Seele am besten; durch lange Jahrhunderte waren die beiden Nationen aufrichtige Freunde; in ihrer Wirtschaftsstruktur ergänzen sich beide Staaten in der glücklichsten Weise, und beide können sich mit dem ehrlichen Wunsch begegnen, sich gegenseitig Freiheit und Gleichberechtigung zu garantieren. Folgen wir drum dem Beispiel Japans, suchen wir durch freundschaftliche Zusammenarbeit mit dem Osten das zu erreichen, was uns der Westen nicht gewähren will: Freiheit, Arbeit und Fortschritt. Ein solcher Zusammenschluß von Deutschland und Rußland wird sich selbstverständlich frei von jeder Spitze gegen den Westen zu halten haben. Wir wollen den westeuropäischen Staaten nur solange den Rücken kehren, wie ihre Völker willig das Joch des Chauvinismus und europäischen Partikularismus tragen. In dem Maße, wie sie zur Vernunft kommen und bei aller Liebe zur Heimat europäisch denken lernen, sollen sie uns willkommen sein als neue nationale Zellen des übernationalen Großorganismus Europa.

Wenn wir unser Berichtsgebiet weiterhin überblicken, um geopolitisch bedeutsame Ereignisse zu suchen, so stellen wir die Aufhebung des Paßzwanges im Verkehr zwischen dem Deutschen

Reich und seiner im Augenblick zwangsweise ferngehaltenen Südostmark voran. Heil Dir, österreichisches Bruderland! Längst zwar hätte der Paßzwang fallen sollen; aber freuen wir uns heute, daß wir nun endlich wieder einen Schritt nähergekommen sind. Wir wollen auf beiden Seiten nicht locker lassen, bis schließlich der Erfolg unser ist. Und wenn die Welt voll Teufel wär', das Recht muß uns doch bleiben! Wir wollen den Staat aller Deutschen, den großdeutschen Volksstaat.

So sehr wir uns von jeher bemüht haben und weiterhin bemühen werden, Parteipolitik und konfessionellen Hader von dieser Zeitschrift fernzuhalten, so notwendig ist es leider, heute einmal auf die deutsche Belange seltsam vernachlässigende Politik der Kurie einzugehen. Der Papst muß wissen, mit welch fanatischem und unchristlichem Haß die Polen das Deutschtum verfolgen. Um so befremdlicher wirkt es, daß er dem Schlußsatz von Artikel 3 des polnischen Konkordats zugestimmt hat: „Die Machtbefugnisse des apostolischen Nuntius in Polen werden sich auch auf das Gebiet der Freien Stadt Danzig erstrecken". In einer großen Katholikenversammlung in Danzig ist deshalb mit Recht beschlossen worden, unverzüglich eine Eingabe an den Papst zu richten und ihn zu bitten, das Gebiet der Freien Stadt zu einem eigenen Bistum zu erheben und „dieses Bistum jetzt und in Zukunft mit einem Priester als Oberhirten zu besetzen, welcher der nationalen Eigenheit der katholischen Mehrheit in jeder Weise und zu jeder Zeit Rechnung trägt".

Die Kurie sollte doch allmählich einsehen, daß sie im eigenen Interesse in der Behandlung völkisch-nationaler Belange etwas vorsichtiger als bisher sein muß. Am 6. Juli, dem Tage, an dem vor 510 Jahren Magister Huß in Konstanz als Ketzer verbrannt wurde, ist auf den tschechischen Regierungsgebäuden, aber auch auf vielen katholischen Kirchen der Tschechei die Hussitenflagge aufgezogen worden. Der Papst verfügte daraufhin die Abreise des Nuntius aus der Tschechoslowakei, und die Prager Regierung berief ihren Gesandten aus Rom zurück. Erfolg: Die tschechischen Nationalsozialisten peitschten das Volk gegen Rom auf und agitierten derartig zum Eintritt in die tschechoslowakische Nationalkirche, daß diese in den letzten Wochen einen Zuzug von mehreren Zehntausenden aufzuweisen hatte. — Der ungemein geschickte Präsident Masaryk wird zweifellos auch hier wieder einen Ausweg finden. Aber der Probleme gibt es in diesem Musterstaat völkischer Selbstbestimmung immer mehr. Ob man den Widerstand der völkischen Minderheiten mit der neuen, die Rechte der Minoritäten noch mehr knebelnden Wahlordnung endgültig wird brechen können? Ob man Deutschland wirklich dahin bringt, den durch das Versailler Diktat erzwungenen tschechischen Freihafenzonen in Hamburg und Stettin staatliche Souveränitätsrechte zuzuerkennen?

Im skandinavischen Norden herrscht, nachdem man von der Sorge um das Schicksal Amundsens glücklich befreit ist, wieder behagliche Ruhe. Am 14. August wurde in Longyearcity in der Advent Bai die Einverleibung Spitzbergens und der Bäreninsel in das Königreich Norwegen feierlich proklamiert. Spitzbergen trägt von nun ab den alten norwegischen Namen Svalbard.

In England verdunkeln schwere Wolken noch immer den politischen Horizont. Das über die ganze Welt verteilte Reich zusammenzuhalten, begegnet stetig größeren Schwierigkeiten, vor allem weil die Dominions und Indien ganz und gar nicht mehr gewillt sind, nach der Londoner Pfeife zu tanzen (Einspruch gegen das Genfer Protokoll, Widerstand gegen den Pakt usw.). Überdies verschlingt die maritime Rüstung derartige Riesensummen, daß selbst die Konservativen sich dazu entschließen mußten, die Flottenbaupläne der Admiralität

etwas zu beschneiden (sieben Ersatzkreuzer für die nächsten zwei Jahre). Die enormen Kosten der Empire-Politik wären schließlich noch zu ertragen, wenn nicht die Wirtschaft und namentlich der Kohlenbergbau so arg daniederliegen würden. Fast schien es, als sei die große Aussperrung der Bergarbeiter und infolgedessen der Streik der Eisenbahner und Transportarbeiter nicht mehr zu vermeiden, da griff die Regierung mit einer Subvention ein. Man will Zeit gewinnen, den Betrieb und die Organisation verbessern usw. Ob dem Übel damit auf die Dauer zu steuern sein wird? Wie heißt es doch in der Denkschrift des Essener Zechenverbandes an die Reichsregierung: „Der Weltkohlenmarkt befindet sich in einer Dauerkrise, deren Ende nicht abzusehen ist. In fast allen Kohlenländern ist die Leistungsfähigkeit des Kohlenbergbaues außerordentlich gewachsen, während gleichzeitig die Aufnahmefähigkeit für Kohle zurückgegangen ist, und zwar nicht nur vorübergehend infolge des allgemeinen Daniederliegens der Industrie in allen Ländern, sondern auch dauernd, infolge der zunehmenden Verwendung von Öl für Schiffs- und andere Zwecke und wegen der allgemeinen sorgfältigeren Ausnutzung aller Kraftquellen, wobei nicht nur an die Nutzbarmachung der Wasserkräfte und die fortschreitende Elektrifizierung, sondern auch an die kohlensparende Brennstoffwirtschaft gedacht ist." In der Tat, wie die gesamte Industrie namentlich Europas leidet auch der Kohlenbergbau an Überproduktion. Wir werden wohl oder übel abbauen müssen, reduzieren oder gar ausmerzen vor allem diejenigen Betriebe, die in der Hochkonjunktur des Krieges oder der Inflation ihre Riesenverdienste ziellos in Erweiterungsbauten angelegt haben und nun, wo der Hochbedarf vorüber, mehr als gut produzieren.

Selbstverständlich spielt auch der Rückgang der Kohlenfeuerung im Schiffsverkehr wesentlich mit. Es wird gut sein, sich die folgenden Angaben einzuprägen, die die bedeutsame Umstellung ziffernmäßig belegen (Wirtschaftsdienst 1925, Heft 29, S. 1116).

In % der Welthandelsflotte machten aus

	1914	1924	1925
Schiffe mit Segelantrieb	8,06	3,92	3,50
Motorantrieb	0,45	3,09	4,20
Ölfeuerung	2,65	26,79	27,54
Kohlenfeuerung	88,84	66,20	64,76

Neben diesem allen empfängt England in der gegenwärtigen Kohlenkrisis schließlich nur die Quittung für seine kurzsichtige Kriegspolitik. Es ist viel zu wenig bekannt, daß über 80 % der englischen Kohlenausfuhr nach europäischen Ländern gehen.

Kohlenausfuhr Englands 1924 nach verschiedenen Ländern (t)

Deutschland	6 934 000
Frankreich	14 768 000
Italien	6 814 000
Schweden	3 607 000
Dänemark	3 608 000
andere europäische Länder	16 100 000
zusammen	51 831 000
Amerika	4 858 000
Asien	275 000
Afrika	3 543 000
andere Länder	2 133 000
insgesamt	62 640 000

(ohne Koks und Briketts).

England hat also durch den Weltkrieg seine besten Kohlenkunden ruiniert, und da es Deutschland zu Reparationslieferungen zwang, statt den Ausfall der nordfranzösischen Gruben durch eigene Lieferungen wettzumachen, so trägt es selbst die Hauptschuld daran, daß ihm die Abnehmer für seine Kohlen fehlen. Der Wahnsinn von Versailles rächt sich an den eigenen Vätern dieses „Friedensvertrages".

Äußert sich die große europäische Krisis in England hauptsächlich in einer schweren Erschütterung seiner Wirtschaft, so spielen für Frankreich vor allem die politischen Nöte

die Hauptrolle. Der „Spaziergang nach dem Rif" artet immer mehr in einen ebenso blutigen wie finanziell kostspieligen Kolonialkrieg aus. Die nächsten Wochen werden nun die lang vorbereitete französische Generaloffensive bringen. Ob es indessen gelingt, Abd el Krim mit einem Schlage niederzuringen und damit die Rif-Frage aus der Welt zu schaffen, kann billig bezweifelt werden. — Inzwischen sind auch in Syrien ernste Unruhen entbrannt. Die Franzosen geben zu, daß sie die Kämpfe mit den Drusen bisher 800 Tote, Vermißte und Gefangene gekostet haben und daß umfangreiches Kriegsgerät in die Hände der Aufständischen gefallen ist. Die von den Drusen belagerte Festung Sweida ist bis heute noch nicht entsetzt. General Sarrail berichtet übrigens, daß auf die Eingeborenen-Regimenter wenig Verlaß sei und auch die aus Madagaskar herbeigeführten Kolonialsoldaten den Gehorsam verweigert hätten. Beginnt die Krisis allmählich auf alle Teile des französischen Kolonialreiches überzugreifen? Es wäre kein Wunder, denn die beiden Mächte, die uns Deutschen die Fähigkeit zum Kolonisieren abgesprochen haben, betreiben die „Erziehung primitiver Völkerstämme" mit einer „Menschlichkeit", die nachgerade zum Himmel schreit und mit Naturnotwendigkeit zu Aufständen führen muß.

Auf der Septembertagung des Völkerbundsrates wird u. a. die Beschwerde der Türkei gegen die Maßnahmen der britischen Mandatsregierung im Irak, speziell das Vorgehen im Gebiet von Mossul verhandelt werden. Der Völkerbund hat bekanntlich eine Kommission nach Mossul entsandt, bestehend aus dem Schweden v. Wiersen, dem Ungarn Teleki und dem Belgier Paulis. Die Kommission sollte die geographischen, ethnischen, historischen, wirtschaftlichen, strategischen und politischen Verhältnisse des Mossul-Gebietes untersuchen, um dem Völkerbund einwandfreies Material für die Entscheidung über die Zukunft des Mossul-Gebietes zu liefern. Als die drei Herren nun ihre Arbeiten an Ort und Stelle begannen, bestürmten sie eine Reihe von Stämmen mit der Bitte, das Land der Türkei zuzuweisen. Einige Wochen nach Abreise der Kommission erschienen dann mehrere britische Flugzeuge, bombardierten die Dörfer jener Stämme und töteten eine große Anzahl der Eingeborenen. Die Überlebenden wurden hinterher verhaftet, nach Mossul und Bagdad abgeführt und ins Gefängnis geworfen. — Die englische Antwort auf die türkische Anklage gibt „Luftdemonstrationen" und „Repressiv-Maßregeln" gegen unbotmäßige Stämme zu. Eine feine Sache das, „Luftdemonstrationen". Über Australien, Tasmanien, Neuseeland usw. verhängte man einst in der Wirkung ähnliche „Landdemonstrationen". Man hat also Übung in diesem Geschäft! Und in Mossul handelt es sich um wichtige Ölfelder, die „selbstverständlich" lieber menschenleer sein, als an die Türkei verloren gehen können.

Eine solche Saat muß aufgehen und furchtbare Früchte tragen. Wehe Europa!

K. HAUSHOFER:
BERICHTERSTATTUNG AUS DEM INDO-PAZIFISCHEN RAUM

Gleich lehrreich für die geopolitische Aufmachung heikler Fragen wie für die Lokalbehandlung einer gefährlichen Sturmecke des indopazifischen Raumes ist die Abrechnung mit einem vom französischen Kolonialstandpunkt meisterhaft geschriebenen Aufsatz im „Temps" (11. 7. 1925), in dem sich der französische Gesandte in Siam Fernand Pila mit den neuen Übereinkommen Frankreichs und Siams beschäftigt.



Es ist vorbildlich, wie dieser elegant geschriebene Aufsatz sogar sehr unangenehme Wahrheiten für das französisch-siamesische Verhältnis zuzugeben weiß, und dennoch so, daß die Interessen seines Landes gewahrt bleiben, scheinbar sogar, daß nicht einmal im französischen Leser seine Vorstellung von Prestige gestört wird und dennoch eine Auffassungsänderung der hinterindischen Gesamtverhältnisse suggeriert ist. Es wird den Franzosen nichts weniger nahegelegt, als das Vollnehmen eines wichtigen hinterindischen Nachbarn, den man im Grunde bis vor kurzem mißhandelt hatte, dem man den größten Teil seines Gebietes, seinen Zusammenhang mit dem chinesischen Kulturreich entriß, dem gegenüber man erst — gezwungen durch das Vorgehen Japans und der Vereinigten Staaten — widerwillig genug eine haßerweckende Vorzugsbehandlung (Exterritorialität) der eigenen Landsleute in einem zehnjährigen Übergangsstadium aufgab. An einzelnen Stellen nur kommt die wahre Seelenstimmung des Kolonial-Franzosen zum Ausdruck, so, wenn gleich zu Beginn von der „agression rifaine" gesprochen wird, die enthüllte, „wie an den Grenzen unserer wertvollsten Kolonien große Gefahren aufsteigen könnten". Als ob sich nicht wirklich die Franzosen von 1830 bis heute unausgesetzt in „agression" den wirklich nichts von ihnen wollenden Riffkabylen genähert hätten! Eine Warnung vor der Phraseologie französischer Geopolitik steht hier, wie sie nicht deutlicher sein kann. Auch der Freundschaftsvertrag, Handels- und Schiffahrtsvertrag Frankreichs mit Siam selbst — wirklich ein großer Erfolg klugen Einlenkens in letzter Stunde — ist sehr geeignet, uns zu denken zu geben; und natürlich werden die vierzehn französischen Juristen, die augenblicklich Siams Gesetzgebung „europäisieren", damit es in zehn Jahren auch die Jurisdiction über Franzosen ausüben könne, Rechtsanschauung und Rechtsapparat der hinterindischen Macht so zu durchdringen wissen, daß sie ihr auf lange Zeit den Stempel aufdrücken. Die bescheidene Erhöhung seiner ad valorem-Zölle, die man dem rohstoffreichen, nach Fertigwaren hungrigen Gebiet mit seinen über zehn Millionen Verbrauchern zugestanden hat, noch dazu an die Zustimmung aller anderen Fremdmächte geknüpft, ist nur eine bescheidene Gegenleistung. Wie treffend spricht Fernand Pila von dem „Gefühl der Unsicherheit", das noch nicht ganz verschwunden sei, nach den Beraubungen, die Siam 1907 und 1909 durch beide Westmächte erfuhr; wie deutlich zeigt er, daß dieses Land auf einer Grenzstrecke von mehr als 2400 km von dem indochinesischen Machtraum Frankreichs „eingekastelt" (emboité) sei, und deshalb gute Beziehungen Frankreichs zu Siam ein Leitziel beider angesichts der großen Unsicherheit sein müßte, die mehr und mehr sich jenes Teiles der Welt bemächtige. Da schaffe denn die Geographie beiden Ländern die glücklichsten Bedingungen zur Ergänzung. „Die Regierungen von Bangkok und Hanoi sind natürliche Verbündete und ihre Allianz kann sich wirksam innerhalb und außerhalb ihrer Grenzen betätigen." So wird eine zum Teil bereits geglückte, zum Teil durch diese Fanfare weitergetriebene Annäherung angekündigt, und es entspricht in der ganzen Einstellung der herrschenden siamesischen Kreise tatsächlich vieles einer Umstellung auf Frankreich, nicht zuletzt die größere Furcht vor den beiden Inselreichen, dem anglo-indischen wie dem japanischen, von der ich manche wunderliche Ausstrahlung schon im Jahre 1908—1910 bemerken konnte. Vieles an französischer Art nimmt den Siamesen an, und die klug versteckte Drohung im Aufsatz des Gesandten mit dem Drittel Chinesen unter der Einwohnerzahl von Bangkok, den vier Millionen Chinesen, bei wachsender Einwanderzahl, in fast allen kleinen und mittleren Betrieben unter den zehn Millionen Siams i. G tut sicher auch ihre Schuldigkeit.

Wir haben diese Verhältnisse schon im Juni

Bericht, S. 445, vom englischen Standpunkt (Nunn) beleuchtet. Nun haben sie sich weiter entwickelt und zu Vorabschlüssen von großer Tragweite geführt. Indochina mit Siam zusammen ist ein ganz anderer Machtfaktor im fernen Südosten, als das isoliert fast wehrlose französisch-pazifische Kolonialreich vorher war, aber auch der letzte hinterindische noch freie Reststaat. Wie gern würden wir ähnliche Aufsätze deutscher Gesandter über ihre Arbeitsgebiete begrüßen, wie gern sie noch viel vorteilhafter und förderlicher kommentieren, als wir dieses kleine Meisterstück französischer Überseepolitik beleuchten, auf daß man es besser sehe.

Auch an anderer Stelle lenkt ein freundlicher Zufallsfund Licht auf dunkle Wege.

Die Abwehrreaktion des japanischen Nationalismus gegen die Industriealisirung ist stark stimmungsmäßig beeinflußt, deshalb in ihrem geopolitischen Gewicht schwer faßbar und doch sehr wichtig für die Zukunft des Reiches angesichts der Zersplitterung der augenblicklichen Parlamentsmehrheit, der Unsicherheit aller leitenden Kreise und der völligen Unberechenbarkeit der Wirkung des allgemeinen Wahlrechts bei der nächsten Wahl.

Diese nationale Reaktion ist selbstverständlich im Weltnachrichtenspiegel derselben ungünstigen Behandlung und Verständnislosigkeit ausgesetzt wie alles, was der Internationalisierung Gegengewichte schafft, z. B. der Fascismus in Italien, der neben allem Internationalismus doch auch vorhandene großslawische und imperialistische Zug in den Sowjets oder die vaterländischen Bestrebungen in Deutschland und Österreich.

Angesichts dieser Lage ist es besonders nützlich, wenn ein auf transpazifischen Ausgleich, auf übervölkische und zwischenstaatliche Demokratie eingestelltes Blatt wie der „Transpacific“ (Tokio, 30. 5. 25) Licht- und Schattenseiten der im Wesentlichen die nationale Reaktion tragenden Verbände zusammenstellt. Der Vorkämpfer der Industrialisierung und Kosmopolitisierung Japans prüfte in seinem Spektrum die zwei Hauptgruppen: die vor dem Weltkriege bereits bestehenden alt-imperialistischen Kreise und die erst durch die überstürzte Industrialisierung während des Weltkrieges auf den Plan gerufenen Kräfte der Beharrung, wenn er auch beide Gruppen als „anachronistisch“ ablehnen muß, da sie gemeinsam durch die Silbenzeichen für die beiden wichtigsten altjapanischen Staatstugenden verbunden seien: „Chiu-Ko“ (Vaterlandstreue und Familienpietät).

Es ist ein Zeichen für die ungeheure innere Strukturveränderung Japans, für das Durchdringen der sogenannten „Horizontalbewegung“, daß ein Blatt, das sich doch im allgemeinen müht, Jungjapan nach dem Sinn zu schreiben, gegen den Kern der altjapanischen Staatsphilosophie, Staatsleitung und Volkstreue solche Töne für zeitgemäß hält. In dieser Weise werden als Vorkriegsverbände (hauptsächlich zur Verstützung einer nationalen Regierungspolitik gegründet) hingestellt: Kokuryu Kwai (Schwarzdrachen-Gesellschaft) v. 1901 und Kokusuikwai (vaterlandsliebende Heimatwehr-Gesellschaft), dann Roninkwai (v. 1908) und die scheinbar verschwundene Genyo-Sha. Mehr aus der Abneigung gegen die japanische Linke, die sozialistische und Arbeiterbewegung, die Überindustrialisierung hervorgegangen seien die Nachkriegsbildungen: Kokufukwai (Gesellschaft für Heimat-Gebräuche), die Taikakwai (Großer National-Kultur-Verband), Taikosha (Großer Taten-Bund), Sekkaboshidan (Roth-Abwehr-Kreis) und Hakko-Sha. Vom westlichen Hauptquartier der Kokusui-Kwai wird völlige Abhängigkeit von der Seyu-Honto, der Spaltungsgründung der früheren Mehrheitspartei der Seyukai behauptet, wie denn die Polizei selber dem Frager zugab, daß gegen 30 Verbände „politisch reaktionärer oder gewalttätiger Natur“ bestünden, die vielfach untereinander verfilzt und natürlich auch poli-

tische Werkzeuge einflußreicher und bemittelter Kreise seien.

Daß die betreffenden Vereine ausgerechnet dem bezahlten Vertreter eines von amerikanischem Geld in Tokio unterhaltenen Blattes gegenüber zurückhaltend waren, wird wohl nur ihm selbst verwunderlich sein. Dennoch ist gerade das Gute, was ein solcher Beobachter an ihnen lassen muß, das Wesentliche, weil es uns doch einen Fingerzeig darüber gibt, wie stark und gefürchtet die Kräfte sind, die hinter ihnen stehen, und auf welche Überraschungen auch der flache Optimismus jung-japanischer Überlieferungs-Flucht bei der jähen Vergrößerung der Wählerzahl gefaßt sein muß. Gleichmäßige Abneigung gegen die augenblicklich verbrauchten Parteien der Rechten und Linken, begreifliche Scheu, ihren Gegnern ihre wirklichen Absichten auf die Nase zu binden, leidenschaftliches Bekenntnis zum nationalen Gedanken, Abstoßung einseitiger sozialistischer wie kapitalistischer Einflüsse zu Gunsten eines mittleren Weges ausgleichender Gerechtigkeit, Hochhaltung der Grundlagen des alten japanischen Staatsgefühls — das sind alles eher sympathische, als unerfreuliche Züge, gerade wenn sie vom Gegner berichtet werden.

„Obwohl wir 20 000 Kameraden (d. Taika-Kwai) über das Land verteilt haben, sind wir hier im Hauptquartier nur etwa 70; wir verlassen uns allerdings mehr auf solche Truppe glänzend trainierter junger Leute mit einem eisernen Willen, als auf große Zahlen. Wir fühlen uns allerdings der fascistischen Bewegung in Italien innerlich verwandt." „Dai Nihon Shugi" (Großjapanischer Geist) und „Taisho Ishin" (Rechtserneuerung) kehren als Schlagworte wiederholt wieder. Jedenfalls zeigt sich klar, daß der Bewegung zu übertriebener Industrialisierung und Überfremdung auch andere Kräfte des immer noch gesunden Rassen- und Volkskörpers gegenüberstehen, wenn er nun den Sprung ins Dunkle zum allgemeinen Wahlrecht macht, genau 70 Jahre nach seinem Sprung aus völlig abgeschlossenem Mittelalter in die Welt des frühen Industriezeitalters vor der Gründung des Bismarckschen Reiches.

„Wer ist der wahre Feind von China?" fragt in einer seiner jüngsten Nummern der North China Herald, und stellt vier allerdings dem Sowjetbunde peinliche Tatsachen auf, an denen Jungchina heute gern vorübersieht:

1. Die immer noch von den Sowjets stillschweigend anerkannte mongolische Autonomie, und den Vorgang, daß seit Murawiew Amurski die weiten Landstriche am Amur den Chinesen abrang, keine Nation den Diebstahl eines gleich großen Landstrichs mehr vollführt habe (ausgenommen Angloindien in Tibet, wäre viel leicht hinzuzufügen).

2. In seinem Protest gegen die Daonan—Tsitsiker Eisenbahn hat Genosse Karachan die ganze Frage der Einflußsphären wieder aufgerissen, die China so mühsam einzuschläfern suchte. Rußland poche auf seinen Machtbereich in der Nordmandschurei, in dem China keine andre Bahn bauen dürfe, und habe so die ganze Konzessionsjägerei und Hemmung natürlichen Fortschritts des Vorkrieges wachgerufen. Nur das Hineinhetzen Chinas in den Weltkrieg scheint nach Reinsch, Russell und Reid vor andern Türen zu liegen, und sicherm Vernehmen nach besitzt Frankreich noch Kwantschuawan, wie England am Yangtse noch manches Restchen seiner Einflußsphäre?

3. In der Geschäftsführung der Ostchinesischen Bahn hat Rußland entgültig sein Abkommen mit China gebrochen, daß 50 % der Beamten Chinesen sein sollten, und benützt die Bahn als Kampfmittel gegen die chinesischen Zollhäfen und Zutreiber für die russischen, zum Nutzen Rußlands, nicht Chinas.

An dem Vorwurf ist Wahres. Die Vereinigten Staaten von Amerika, England und Frankreich haben immer nur zum Nutzen Chinas, nicht zum eigenen gearbeitet, — wenn man sie hört.

4. Rußland wolle nicht mit China weiter verhandeln, obwohl es allen andern Vertragsrevisionen nahelege.

„Wenn Rußland Erfolg in Asien hat, welchen Preis wird China dafür zu zahlen haben?" Zwischen Teufel und Tiefsee ist nie lustige und leichte Wahl, das könnte der Brite aus dem eignen Sprichwort wissen, aber manchmal scheint der Teufel wahrhaftig barmherziger (wenigstens sind die Asiaten langsam zu dieser Erkenntnis durch manches Fegfeuer gekommen).

Der Moskau—Peking-Flug ist ein Erfolg gewesen. Von den vier in Peking gelandeten russischen Flugzeugen sind zwei nach Japan weitergeflogen, und werden sich dann in Peking dem rückkehrenden Geschwader anschließen.

Ein Gegenflug Japan—Moskau wird vom japanischen Asahi-Konzern geplant.

O. MAULL:
BERICHTERSTATTUNG AUS DER AMERIKANISCHEN WELT

Fast wichtiger als die einfache Verfolgung des Weges geopolitischer Entwicklung von Etappe zu Etappe ist die Aufzeigung der großen Entwicklungstendenzen, gleichgültig ob das Ziel, das sie sich stecken, erreicht wird oder nicht. Denn in ihnen künden sich die Entwicklungskräfte an, deren einzelne naturgemäß sich nicht frei entfalten kann, sondern schon bei der ersten Regung in Wettbewerb mit andersgerichteten Energieäußerungen treten muß. Die Entwicklung selbst kann darum immer nur die Resultierende im Parallelogramm sich bekämpfender Kräfte sein. Während Europa noch hofft, die Vereinigten Staaten von Amerika zum Beitritt zu dem geplanten Sicherheitspakt bewegen zu können, um diesem eine möglichst breite Basis und eine stärkere Konsolidierung zu geben, betont Amerika immer wieder, bei allem angeblichen Interesse für die politische Entwicklung Europas, nicht von seiner traditionellen Politik der Nichteinmischung in europäische Angelegenheiten abweichen zu können. In Wirklichkeit ist diese Politik nicht so sehr in der Tradition verankert, wie Amerika vorgibt. In der Zeit seines jungaufsteigenden Imperialismus hatte es sie aufgegeben, um den deutschen Konkurrenten mit niederringen zu helfen, um auch das übrige Europa in seinem politischen Prestige zu schwächen, und um Gesamteuropa als wirtschaftliche Position zu erobern. Ein beachtenswerter Teilsieg war das Ergebnis. Allein gerade in dieser letzten Tatsache ist die Erklärung für Amerikas Verhalten seit dem Ende des Weltkrieges zu sehen. Wenn heute die offiziellen Vertreter der Vereinigten Staaten, Coolidge selbst, ferner William Casile, der Direktor der westeuropäischen Abteilung des Staatsdepartements, und andere erklären, daß Amerika nicht die Verpflichtung eingehen könne, mit Waffengewalt die Grenzen der europäischen Völker zu verteidigen und sich lediglich darauf beschränken müsse, deren Abmachungen unter dem Gesichtspunkte der nationalan Rechte zu kritisieren, ihnen zuzustimmen oder sie zu verwerfen, so drückt sich darin viel Halbheit aus, kein voller Verzicht auf die errungene politische Position und anderweitig doch eine vorsichtige Zurückhaltung gegenüber allen regionalen Fragen Europas. Und tatsächlich werden mit solchen Äußerungen die Beweggründe für die Grundrichtung des Verhaltens der Vereinigten Staaten gegenüber Europa, die durchaus auf dieser Linie zu suchen sind, nur zum allerkleinsten Teile aufgedeckt. Die vorgeschützte Politik des Desinteressements gegenüber diesen angeblich für Amerika untergeordneten innereuropäischen Fragen ist in Wirklichkeit eine Politik der Vorsicht und Zu

rückhaltung gegenüber ungleich Größerem. Schon am Ende des Weltkrieges und besonders nach der kurzen Folgezeit erwies sich das zunächst durch deutsche Waffen niedergerungene und dann durch die Ententekoalition dank amerikanischer Hilfe zertrümmerte Europa garnicht als ein solches hoffnungsloses Chaos, wie es im ersten Augenblick schien: im Osten gebärdete sich, einen osteuropäisch-asiatischen Riesenraum zusammenschließend, der Bolschewismus nicht weniger imperialistisch als das Zarentum; im Westen stieg Frankreichs Militärmacht auf, und Englands Klammerstellung vor dem kontinentalen Europa war nur noch verstärkt worden und hatte ihren altbritischen Rückhalt nicht eingebüßt. Und selbst die Besiegten zeigten sich, je mehr Zeit verstrich, nicht so kraftlos, wie zunächst irrigerweise weltweit angenommen wurde. Der allgemeine Zustand in Europa ist aber seit dem Weltkriege der: eine verhängnisvolle Umlagerung der potentiellen Energie hat stattgefunden; neue Reservoire potentieller politischer Energie haben sich gebildet, aber keinerlei Niveauausgleich ist bisher erfolgt. Die politische Energie droht dort überall sich in kinetische umzuwandeln und verheerend überzufließen in die mit dem Weltkrieg entstandenen Depressionen politischer Kraft. Erst jetzt ist die europäische Menschheit dabei, mit Sicherheitspakten das gefährdete Land einzudeichen und zugleich auch die Kraftreservoire fest zu umwallen, ohne daß heute schon zu übersehen ist, ob Erfolg diese schwere Arbeit krönen wird. Europa ist ein Chaos und nicht dem Untergange geweiht, den manche glaubten prophezeien zu müssen; allein es ist noch in der ersten Phase des Wiederaufbaus, und leider fehlt bei dieser Arbeit der einheitiche Bauplan. Das Baumaterial liegt ungefügt nebeneinander, und es ist ungleichartig, denn Altes und Neues muß bei dem Bau verwendet werden. Der Baugrund wird durchzogen von Bebenrissen eines aktiven politischen Bebenherdes. Europa ist eine politische Schnitterzone ersten Ranges. Es ist eine Zone von Gefahren, deren Größe kaum zu überblicken ist. Diesen vielfältigen Gefahren suchen die Ver einigten Staaten fernzubleiben, indem sie Europa sich selbst überlassen und dort ihren Einfluß lediglich von der Höhe ihrer Finanzposition aus geltend machen.

In gewissem Grade parallel zu dieser Tendenz politischer Selbstbescheidung im Vergleich zur regionalen Expansion während der ausgesprochen imperialistischen Phase der Union geht die Kurve der politischen Aktivität des einzelnen Staatsangehörigen, die in der Wahlbeteiligung ihren treffenden Ausdruck findet. Während noch vor 40 Jahren die Union mit einer Wahlbeteiligung von 80 % fast an der Spitze aller anderen Länder stand, und während auch heute in den meisten anderen Staaten noch 70 bis 80 % und mehr erreicht werden, haben in diesem Jahr nur 50 % der Vereinsstaatler gewählt. Fast nur Südamerika zeigt ähnlich geringe Prozentsätze, die aber vielfach in der Schwerüberwindbarkeit der Entfernungen und in dem Analphabetentum ihren Grund haben.

Dieser Verzicht auf weiteren Einfluß in Europa wird begünstigt durch die weltinsulare Lageposition der Vereinigten Staaten. Amerikas Rückzug ist ein Akt der Selbbesinnung und des Kräftesammelns, der Konzentrierung, gewisser zeitlicher Selbstbescheidung; und er ist ein Vorgang, der ähnlichen Prozessen anderer Inselstaaten, besonders Englands und Japans, gleichzusetzen ist. Gefordert wird er durch die Weltsorgen der Vereinigten Staaten, deren Interessensphären viel weniger im Westteil der Alten Welt als im pazifischen Raum und auf seinem pazifischen Gegengestade zu suchen sind. Und um der scharfen Konkurrenz der gleichfalls am pazifischen Raum interessierten großen Mächte widerstehen zu können, gilt es zunächst, jede politische Zersplitterung zu vermeiden und kräftigste Konsolidierung in Amerika selbst vorzunehmen. „Panamerika“ ist hierfür das

politische Rezept. Panamerika ist nicht etwa gleichzusetzen mit einem Imperialismus der Union, sondern es bedeutet die Einigung der beiden Amerika unter der Führung der Vereinigten Staaten. Panamerika steht damit z. T. in schroffem Gegensatz zu einem vereinsstaatlichen Imperialismus, der sich um die Wende des Jahrhunderts tatsächlich zu entfalten begann; und es läßt sich verfolgen, wie die Vereinigten Staaten zugunsten der Überwindung dieses Imperialismus in Amerika selbst mehrere geschickte Schritte getan haben. Dahin ist der Verzicht auf mehrere wichtige Positionen im Raume des amerikanischen Mittelmeergebiets zu rechnen, die das Verhältnis der Union zu Lateinamerika so günstig gestaltet hat, als es der Gegensatz der Rasse, Kultur, Lebensauffassungen zwischen dem germanischen und romanischen Amerika zuläßt. So ist, wenn auch sehr spät, vor kürzerer Zeit der „Isla dos Pinos"-Vertrag ratifiziert und die Pinieninsel an Cuba zurückgegeben worden, das schon lange vorher selbständig geworden war. Vor vier Jahren erhielt ebenso Columbia für die durch Roosevelt inszenierte Loßreißung Panamas eine finanzielle Entschädigung. Eine ähnliche Bedeutung kommt der Zurücknahme der vereinsstaatlichen Truppen aus Nicaragua und San Domingo zu. Eine Revision des Vertrags der Union mit der Republik Panama, nach dem sie bisher berechtigt war, zur Verteidigung der Kanalzone das gesamte Gebiet der Republik zu besetzen, steht bevor.

Allein auch die Organisation Panamerikas selbst, die bisher im wesentlichen in der Veranstaltung gemeinsamer Kongresse, von denen der letzte in diesem Juni in Panama stattfand, und in dem Ausbau der panamerikanischen Bahn bestand, erfreut sich weiterer Ausgestaltung. Dahin gehört die Errichtung einer panamerikanischen Universität in Miami, einer Vorstadt von Buenos Aires, deren Aufgabe sein soll, die Beziehungen zwischen Nord- und Südamerika zu studieren und zu verstärken; und noch in diesem Sommer soll eine aus den Vertretern aller amerikanischen Staaten zusammengesetzte Juristenkommission in Rio de Janeiro zusammentreten, um die Vorarbeiten für ein amerikanisches Völkerrecht zu leisten und damit die rechtliche Basis für einen panamerikanischen Völkerbund zu schaffen, derart, daß Krieg zwischen den einzelnen amerikanischen Staaten in Zukunft unmöglich sein soll. Innerhalb dieser Organisation spielt der „Pan-American Court of Justice" die entscheidende Rolle eines Schiedsgerichts, das die zwischen den einzelnen Mitgliedern des Völkerbundes abgeschlossenen Verträge zu interpretieren und alle Beschwerden, die bei ihm vorgebracht werden, zu untersuchen hat. Alle regionale Entwicklung in Amerika hemmend, wäre die gegenseitige Garantie der Territorien, die jeden künftigen Landerwerb und jede Eroberung ausgeschlossen erscheinen läßt. Für die Vereinigten Staaten bedeutete damit der Beitritt zum panamerikanischen Völkerbund den Verzicht auf jeden sich regional auswirkenden Imperialismus in Amerika selbst.

Kaum würde dagegen der Wirtschaftsimperialismus der Union davon berührt, der aber zugleich die wichtigsten Grundfesten für einen panamerikanischen Bau bietet. So ist doch fast die Hälfte (44,4 %) des in ausländischen Werten angelegten Kapitals, das mit Ausnahme der den fremden Regierungen gewährten Anleihen auf etwa 9,1 Milliarden Dollar berechnet wird, in Zentral- und Südamerika investiert. Weitere 27,1 % entfallen auf Kanada; auf Europa dagegen kommen nur 20,9 %, auf Asien und Ozeanien lediglich 7,6 %.

Trotz des augenblicklich vorherrschenden Grundzugs regionaler Selbstbescheidung regen sich doch auch in Amerika expansive Kräfte, die z. T. recht merkwürdiger Natur sind. So hat Kanada geglaubt, zu einer Annektion des Nordpols schreiten zu müssen, denn gemäß eines Antrags der Regierung, den das kanadische Unterhaus annahm, beansprucht

Kanada alles Land bis zum Nordpol, gleichgültig ob es entdeckt sei oder nicht; und nur mit der Erlaubnis der kanadischen Regierung werden künftighin Forschungsreisende in diese Gebiete vorstoßen können. Ganz ohne Zweifel haben die inzwischen durchgeführten (Amundsen) und geplanten (Mc Milland u. a.) Reisen und das große Interesse, das die Welt der Flugstraße über den Nordpol als einer sowohl entfernungsmäßig — die Fahrtdauer von Westeuropa nach Ostasien wird auf 5 bis 6 Tage berechnet — wie klimatisch (im Hinblick auf den geringen Gasverlust) günstigen Route entgegenbringt, diese Schritte veranlaßt. Allein auch theoretische Erwägungen, wie die Berechnung eines hypothetischen Landes im Nordwesten des kanadischen Archipels durch Harris, haben sicher dazu gedrängt. Es ist ein typischer Fall, wie politische Eventualgrenzen gezogen werden, die der empirischen Erkenntnis in vielleicht nicht gerade günstiger Weise vorgreifen. Sollte die noch zu entschleiernde Verteilung von Land und Meer um den Pol die Erwartungen und Maßnahmen Kanadas rechtfertigen und damit auch nur der Anspruch auf eine kanadische Position geschaffen werden, so wäre das im Interesse der politischen Gestaltung der Welt in hohen Breiten höchst bedauerlich. Denn kein Raum eignet sich bei dem völligen Mangel aller wirtschaftlichen und Siedlungsinteressen in diesen Gebieten so sehr zur Absteckung einer internationalen Zone, die dem Verkehr zwischen den Staaten rückhaltlos freizugeben wäre, wie diese. Ein Anspruch Kanadas müßte dagegen eine solche Entwicklung stören; und es ist nicht recht zu verstehen, warum nicht andere Staaten inzwischen für die Internationalisierung der Arktis eingetreten sind.

Friede im Inneren, doch vermehrter Schutz nach außen! Das ist ein weiterer sich wiederholender Grundzug im Amerika des Augenblickes. Immer noch gilt es, strittige Grenzen aus der Welt zu schaffen. Ein in La Paz zwischen Argentinien und Bolivien geschlossener Vertrag hat solche Grenzstreitigkeiten zwischen den beiden Staaten beendigt. Die Regelung zwischen Chile und Peru wegen Tacna und Arica steht, nachdem auch Peru der Volksabstimmung zugestimmt hat, nahe bevor. Nach außen suchen sowohl Mexiko wie Argentinien durch Ausbau ihrer Flotte ihrer immer größeren Weltverknüpfung Rechnung zu tragen und sich auch entsprechende Weltgeltung zur See zu verschaffen. Mexiko will seine Golfflotte um fünf Kriegsschiffe vermehren; Argentinien plant den Ankauf von vier bis sechs Unterseebooten und einigen Spezialschiffen. Der wirtschaftlichen Verknüpfung dient die Errichtung des Freihafens Colonia in Uruguay, neben dem die argentinische Regierung eine Freihafenzone in Buenos Aires plant.

Vom mexikanischen wie vom deutschen Standpunkt aus ist das ehrliche Mühen der beiden Staaten um ein gutes fruchtbares Einvernehmen, Besuch des Kreuzers „Berlin", Mexikoreisen deutscher Wissenschaftler, Kaufleute und Industrieller, deutsche Mustermesse in Mexiko, Studium der mexikanischen Rechtspflege durch deutsche Juristen, andauernde deutsche Einwanderung und die ernste Arbeit Mexikos an der Festigung und dem weiteren Ausbau, Errichtung einer Staatsbank (Banco Unico), Neuordnung der Handelsvertretungen im Ausland, die jeweils einen Handelsvertreter den Gesandtschaften attachiert, straffe Organisation der mexikanischen Exporteure, seines bis vor kurzem noch schwer erschütterten Staatsgebäudes in hohem Grade beachtens- und begrüßenswert. Mit Recht ist der Staat auf die Einheit des Staatswillens bedacht, er führt darum die Aufteilung nordamerikanischer Latifundien weiter, verweist Geistliche, die sich in der Ausübung ihres Berufes im Gegensatz zum Staate stellen, des Landes und sperrt seine Grenzen gegen kommunistische Einwanderung. Die Wirtschaftslage wird im allgemeinen als normal und z. T. als durchaus günstig bezeichnet.

Auch Paraguay plant wie Mexiko die Errichtung einer Staatsbank, die sich die europäischen Zentralbanken zum Vorbild nimmt.

Der Umsturz in Ecuador entpuppt sich als eine schwere innere Krise, für die die allgemeine schlechte Wirtschaftslage — niedrige Kakaopreise, Verluste der Pflanzer durch das verheerende Auftreten des Schädlings Escoba de la Bruja und schwere Regenfälle, Entwertung des Suare — den Resonanzboden abgegeben, bei dem aber die Politik Ecuadors in der Frage des Ankaufs der lebenswichtigen Bahnlinie Guayaquil-Quito die Hauptrolle gespielt hat. Diese Route war infolge einer von Ecuador in ungünstigster Weise vergebenen Staatskonzession so fest in die Hand einer nordamerikanischen Gesellschaft geraten, daß der Einfluß des Staates keine praktische Geltung mehr hatte. Als darum in der ersten Hälfte dieses Jahres 100 km der Bahn durch Regengüsse zerstört waren und die Gesellschaft erklärte, daß sie keine Mittel zur Wiederherstellung besäße, waren die Verkehrszustände unhaltbar geworden; denn der Hafen Guayaquil war vom Hinterland abgeschnitten und die Hauptstadt einer raschen Verbindung mit der Küste beraubt. Die Reise, streckenweise zu Maultier, dauerte nun von der Küste zur Hauptstadt sechs Tage. Der Ausweg konnte nur durch den Ankauf der Aktien gefunden werden. Die Mißbilligung dieses Ankaufs durch den Präsidenten Córdova hat eine heftige Diskussion und Kritik des ausländischen Einflusses ausgelöst und zu dem Umsturz geführt.

Chile plant, den Anregungen des Präsidenten Alessandri folgend, eine Dezentralisation der Verwaltung, die vornehmlich in der Schaffung von Provinzialtagen bestehen soll. Es ist eine Reform, die außerordentlich heilsam zu wirken vermag in einem Lande, dessen einzelne Landschaften so gar verschiedene Lebensinteressen äußern.

Columbias Importstruktur ist charakteristisch für den Fall aller lateinamerikanischen Länder. Während kurz nach dem Krieg Nordamerika den Markt fast vollkommen beherrschte, traten sehr bald wieder England und Deutschland mit ihm in Wettbewerb, so daß im Jahre 1924 die Rangordnung der Einfuhrländer — Vereinigte Staaten, England, Deutschland, Frankreich — wohl noch die Spitzenstellung der Union, aber nicht mehr deren unbedingte Vorherrschaft zeigt.

K. HAUSHOFER:
LITERATURBERICHT AUS DER INDO-PAZIFISCHEN WELT

Unter den geopolitischen Neuerscheinungen des indopazifischen Lebensraums stehen diesmal einige Arbeiten von Indern und Japanern sowie das große Unternehmen von Krause's Geschichte Ostasiens (Göttingen, Vandenhoek & Ruprecht, 1925) beherrschend im Vordergrund. Indem wir uns einen Hinweis auf die geopolitische Bedeutung der zusammenfassenden Darstellung von Krause — einer langjährigen Forderung deutscher Ostasienpolitik — für den Abschluß dieses Literaturberichts vorbehalten, greifen wir zunächst aus dem einheimischen Schrifttum eine höchst konzentrierte Arbeit heraus:

Dr. Taraknath Das (Verfasser von „Is Japan a menace to Asia?"): „India in World Politics", New York, B. W. Huebsch 1923.

Ihr Leitzug geht schon aus der Widmung hervor: „Der Sache des Weltfriedens in Gerechtigkeit und Freiheit für alle Völker." Es ist ein außerordentlich fesselnder Versuch, die Vergewaltigung des indischen Selbstbestimmungs-

rechts in Zusammenhang mit allen größeren Erschütterungen des Weltfriedens seit dem Eindringen britischer Macht in Indien und mit den andern Kraftfeldern des Planeten zu bringen, an vielen Stellen von überzeugender Kraft, mit schönem Aufbau aus geopolitischer Logik heraus geschaffen. Zunächst werden nach einer geschichtlichen Einleitung, auf geschichtlichem Wege die einzelnen geographischen Sturmfelder isoliert: das anglo-französische, das anglo-russische, das anglo-deutsche und anglo-türkische, soweit sie entscheidende Antriebe und Wendungen aus der anglo-indischen Reichspolitik erfahren. Dann folgt eine Untersuchung der Westzugänge zum indischen Lebensraum und ihrer Geopolitik, des Verhältnisses der indischen Fragen zu den asiatischen Mächten, zu Amerika, und endlich ein zwingender Schluß auf Indiens Rolle, falls es sich zu einer Weltmacht erheben kann.

Das Ganze ist aus einer umfassenden, von innen her erwachsenen und nachher in den Angelsachsenländern nachgeprüften Kenntnis der Verhältnisse, wie aller in der Selbstbestimmungsbewegung stehenden Menschen geschrieben und könnte für Inder wohl geradezu ein Handbuch für ihr eigenes Hineinwachsen in weiträumige weltpolitische Betrachtungsweise sein. Für deutsche Leser — denen es hoffentlich baldmöglichst in Übersetzung zugänglich gemacht wird — bringt es eine Zusammenfassung gerade der Unterlagen für die außenpolitische Wirkungsmöglichkeit einer großindischen Aufrichtungsbewegung, deren Kenntnis ihnen in der Regel völlig fehlt, so daß sie indische Fragen, die doch sehr gegenwärtig und gegenständlich sind, wie durch Schleier sehen — aus Philologie und Philosophie gewoben. Es ist kein Märchenbuch, kein Dichtertraum und keine Phantasterei, wie sie leider über Indien noch am ehesten auf dem deutschen Büchermarkt Leser finden, aber es ist das Buch eines hellsehenden praktischen Staatsmannes. Hier haben wir einen der Männer von der Art, die jetzt Gandhi langsam das Steuer aus den Händen winden, um in zäh angebahnten Kompromissen auf dem Weg durch tätige Mitarbeit und inneren Aufbau zur Unabhängigkeit zu kommen, die sie durch rein passive „Noncooperation" nie erlangen würden. Denn der passive Widerstand kann immer nur ein Mittel zur Erlangung der Selbstbestimmung in einzelnen ganz bestimmt begrenzten Zeitabschnitten sein, niemals kann eine dauernde fakirmäßige Einstellung zur freien Entfaltung der Völkerpersönlichkeit in ihren Lebensraum führen. Daß die Gesamtmenschheit, gerade auch mit ihrem echten Friedensbedürfnis, ihre Rechnung bei solcher Entfaltungsmöglichkeit für ihre großen Völker finden könnte, beweist ihr der Inder Das überzeugend.

Brij Narain: „The Population of India", Rama Krishna und Sons Anarkali-Lahore 1925 (Auslieferung durch R. L. Prager, Berlin NW 7, Mittelstr. 21). Rp. 4: M. 6.

Eine vergleichende Studie nennt der Wirtschaftslehrer des Sanatana Dharma College in Lahore zu bescheiden seine ganz ausgezeichnete Untersuchung über die Einflüsse auf die Bevölkerungsbewegung in Indien, mit ihrer geradezu furchtbaren Kinder- und Alterssterblichkeit, der Früherntе und der Nachlese, womit der Tod einem allzu dichten Wachstum begegnet. Immer drohender fragt der Inder von heute, warum die durchschnittliche Lebensdauer in seinem einst als Paradies der Erde betrachteten Lande geringer ist, als in jedem europäischen (27:43:), warum das durchschnittliche Lebensrecht in den europäischen Ländern zunimmt und in seinem Lebensraum abnimmt.

Furchtbarer als irgendwo sonst in weiten Lebensräumen ist die Dezimierung durch endemische und pandemische Seuchen in Indien, trotz allgemeiner Frühehe und einer hohen Geburtenzahl. Wie erklärt sich diese Tatsache, abgesehen von den Gefahren des Klimas, der hygienischen Unberatenheit weiter Volkskreise,

der mangelnden öffentlichen Gesundheitspflege in Dorf und Stadt? Ist Indien wirklich übervölkert, im Ganzen oder in Teilen? Auf alle diese Fragen sucht Brij Narain die Antwort, und gibt dabei allerdings auf 212 Seiten konzentrierte Darstellungen des indischen Leides, verhalten und würdig, wie es der Mann der Wissenschaft soll. Dennoch ist es ein erschütterndes Buch, und wer furchtbaren Möglichkeiten in's Gesicht sehen kann, der betrachte vergleichend, was aus Indien ward, und was aus Mitteleuropa noch werden kann. Hinter einem scheinbar rein bevölkerungswissenschaftlichen Thema birgt sich ein Buch von bedeutendem geopolitischem Wurf; wie es denn überhaupt zur Eigenart der politischen indischen Literatur von heute gehört, daß sie sich in sehr einfachen Ausgabenformen, fast künstlich in schlichtem Faltenwurf bergen muß.

Von tiefem Eindruck wird namentlich auf jeden Bevölkerungspolitiker der Abschnitt über die sprungweise Bevölkerungsbewegung (I) mit seinen Nachweisen über die verheerenden Eingriffe von Hungersnot, Dürren, Pest, Cholera, Influenza sein, sowie der große regionale Unterschied, nach dem sich ohne Eingriffe die Bevölkerung in Bengalen in 86, die in den Nordwestprovinzen aber erst in 200 Jahren verdoppeln würde. Die Zeit von 1881—1891 ist für ganz Indien eine Erholungsperiode ohne größeren Rückschlag gewesen; ihr entsprach relative politische Ruhe. Dann machte sich der Zusammenhang zwischen Dürren, Niederschlagsschwankungen und politischer Unruhe wieder geltend. 1918 und 19 machten zwei ausgebliebene Monsune und die Influenza zusammen den Bevölkerungszuwachs von 7 Jahren zunichte! Der Weltkrieg selbst hatte Indien nur unerhebliche Verluste gebracht (58 238), während doch im ganzen 480 000 Inder unter Waffen oder in militärischen Arbeitsverhältnissen standen. Auf Rechnung der Influenzaepidemie kamen in der unterernährten Bevölkerung 8½ Millionen Tote, die statistisch erfaßt werden konnten, in Wirklichkeit — da über ein Viertel der Bevölkerung unerfaßt blieb — wahrscheinlich noch viel mehr: 12—13 Millionen! Also mehr, als die blutigen Verluste der kriegführenden Mächte Europas, mehr als der Geburtenausfall dieser Mächte von 1914—1918, abgesehen von Rußland.

Daraus erhellt, mit welcher elementaren Gewalt Klimaschwankungen in rein landwirtschaftlichen Volksverdichtungen das Übermaß regulieren!

Das geopolitisch Wertvolle an Brij Narains Darstellung ist, daß er die Einstellung des Inders zu diesen anthropogeographischen Tatsachen, wenn auch verhalten, so doch ungeschminkt gibt und auf diese Weise namentlich allen unseren staatswissenschaftlichen, geographischen und soziologischen Instituten ein Erkennungsmittel schafft, an dem sie nicht vorübergehen sollten, und eine Möglichkeit, indische Zahlen auf ihren geopolitischen Brauchbarkeitsgehalt und ihren „Imponderabilien"-Wert zu prüfen.

Auch die Erforschung der Frage des gegenseitigen Verhältnisses der Menschenzahl auf den Einzelhaushalt ist sehr lehrreich; fast fünf Köpfe treffen auf ihn in Indien; sehr hoch ist die Kopfstärke des Durchschnitts-Haushalts in den beiden Uralataier-Staaten: Bulgarien (5,69) und Japan (5,36); in den slavischen: Serbien mit 6,15, Rußland mit 5,70; am niedersten in Frankreich mit 3,5; Deutschland hat noch 4,5, ähnlich den meisten seiner germanischen Nachbarn. Die verstädterte Bevölkerung Indiens verhält sich zur ländlichen wie etwa 9 zu 91, was den Unterschied in der europäischen und indischen Bevölkerungsstruktur zeigt. Natürlich kann im engen Rahmen dieser Besprechung nur ein Streiflicht auf den hohen Erkenntniswert gerade dieses Buches geworfen werden — das nirgends fehlen dürfte, wo wissenschaftliche Politik getrieben wird.

Gleichfalls von einem Inder stammt:

Mohammad Barakatullah (Bhopal, Indien): „The Kilafat", London 1924, in Zürich gedruckt.

Der Verfasser untersucht die Geschichte, die Gründe für den Verfall und die geistigen Wiederaufrichtungsmöglichkeiten des Kalifats, dessen Fragen in der indischen Islamwelt vielleicht ein viel tieferes Echo wecken, als in der nah-östlichen, in der sie weit mehr mit weltlichen Machtfragen verquickt und deshalb vergänglich wie diese erscheinen. Er gipfelt in dem Verlangen nach einer rein geistigen Spitzenorganisation des Islam, den Forderungen, die an sie zu stellen seien. Sein Buch ist — etwa noch zusammengehalten mit Lothrop Stoddards „New World of Islam" — ein vortrefflicher Schlüssel zu der Beurteilung der wichtigen Frage, wie viel wirkliches Leben noch hinter panislamischen Bewegungen und den Verjüngungsmöglichkeiten der Hauptreligion des nahen und mittleren Ostens steckt; es ist auch deshalb wertvoll, weil es Zahlen und Raumanschauungen der neuen Islamforschung zusammenstellt, die sonst für geopolitischen Gebrauch nur mühsam zusammenzufinden sind.

Kishio Satomi: „Ein neues Licht aus Osten: Der Nichirenismus." Übersetzt von Käthe Franke. Berlin 1923.

Ein religionsgeographisch interessanter Versuch, den Nichirenismus aus dem buddhistischen Gesamtgefüge herausgehoben darzustellen. Leider zeigt gerade diese Form des Buddhismus nicht die schöne Toleranz und Weitherzigkeit, wie die andern Weltanschauungsformen des ostasiatischen Erdraums, sondern behauptet mehr, als sie beweist, daß sie den einzigen zuverlässigen Weg zur Erlösung gepachtet hat — worin sie sich gerade als Raumerscheinung unvorteilhaft vom Gesamtgepräge ihres Lebensraums unterscheidet.

K. Ogata (Professor der Handelshochschule Tokio): Die Genossenschaftsbewegung in Japan. Mit Vorrede von Sidney Webb. Berlin 1925, R. L. Prager.

Die erste zusammenfassende, dem Europäer zugängliche Arbeit über das japanische Genossenschaftswesen mußte schon deshalb von großer Bedeutung für uns sein, weil wir in Ostasien vielleicht den am meisten unmittelbaren Übergang eines sehr früh entwickelten Genossenschaftswesens in die heutigen Formen, ohne Abreißen der Überlieferung vor uns sehen. Der stärker entwickelte gemeinwirtschaftliche Sinn der ostasiatischen staatlichen Lebensformen, auskristallisiert in der China und Japan sehr stark beeinflussenden chinesischen Staatsphilosophie, mag der Hauptgrund dafür sein. Gewiß aber sind diese vom Westen doch recht verschiedenen evolutionären Entwicklungsformen genossenschaftlicher Landnützung und Seenützung, gemeinschaftlichen Besitzes überhaupt an die Eigenart des ostasiatischen Landbaus gebunden — also vielfach der Reiskultur in den Monsunländern, einer höher entwickelten gemeinsamen Wasserwirtschaft, der vorwiegenden Meerernährung — und auf diese Weise geopolitischer Betrachtungsweise ganz besonders zugänglich. Ist doch z. B. der Typ des russischen „Mir" und der ostasiatischen Gemeinwirtschaftsform so grundverschieden in seinen Ausstrahlungen, wie etwa die blutige Umwälzung der Sowjets von der Evolution des japanischen Kaiserstaates. Es ist auch an dem Werk von Ogata besonders wohltuend, wie sorgfältig er an die Geschichte der „musin", der japanischen älteren Genossenschaften anknüpft, deren es heute noch 1 600 098 gibt, und daß er nicht mit der Flachheit vieler moderner japanischer Wirtschafter dem Sozialgefüge der eigenen Vergangenheit verständnislos gegenübersteht.

Tatsächlich ist denn auch die Betrachtung auf Seite 3 und 4 über die Gründe, warum die wurzelechten Ansätze zur Genossenschaftsbildung gegenüber den aus der Fremde eingeführten von den japanischen Gesetzgebern vernachlässigt worden sind — eine der Stellen, die am meisten nachzudenken geben. Ist es denn mit dem Parlamentarismus der Westmächte in Deutschland oder mit dem westlichen Marxismus in Rußland anders gegangen?

Gerade die uralten Fischereigenossenschaften mit ihren mehr als 450 000 Mitgliedern und

die Seeerzeugnisgilden mit fast 350 000 sind geopolitisch zweifellos der interessanteste Teil der japanischen Gilden- und Genossenschaftsentwicklung, wenn man von den landwirtschaftlichen absieht, die auf Reisbau, gemeinsame Waldwirtschaft und Wasserbau gegründet sind. Nicht das, was aus dem internationalen gemeinsamen Brei wieder in die Einzelschüsseln mühsam destilliert und abgeleitet wird, sondern was die einzelnen Lebensräume an Originalbeiträgen zur gemeinsamen Brühe stiften, das ist das ursprünglich Wertvolle; aus ihm wird Neues und für den Gesamtfortschritt Wesentliches gewonnen. Das andere ist vielfach Breittreten schon verarbeiteten Quarks. Ein „bemerkenswerter Zug" des japanischen Genossenschaftswesens (S. 79) ist, daß ihm alle weltanschauungsmäßigen Spaltungen fehlen, was mit der größeren Toleranz Ostasiens im Vergleich zu Europa zusammenhängt (man stelle nur die verwandten Bewegungen in Belgien und Italien, aber auch Deutschland gegenüber)!

Im ganzen bedeutet das Buch von Ogata weit mehr, als eine Darstellung der Genossenschaftsbewegung in Japan: es ist nicht eine vergleichende Darstellung der Einfügung der japanischen in die der übrigen Welt, sondern bringt darüber hinaus Einblicke von größtem Wert in die japanische Wirtschaftspsychologie, Bevölkerungsstruktur und Volksseele, die sonst nicht in deutscher Sprache zu finden sind.

L. F. Rushbrook Williams: „India in 1923—24", Calcutta 1924

zeigt einen unter den augenblicklichen Verhältnissen sehr schwierigen und nur mit vollendetem Takt durchführbaren Versuch, in sachlicher Haltung, unter Benutzung von sprechend und klar angeordneten Diagrammen, eine Aufstellung des indischen äußeren und inneren Fragenkomplexes für das Parlament nach Sect. 26 der Government of India Acte zu geben. Der Erfolg ist ein Ehrenmal für die wissenschaftliche Leistung wie die geopolitische Darstellungsfähigkeit des anglo-indischen Zentral-Veröffentlichungsdienstes in Calcutta. Es wird noch sehr lange dauern, bis eine weiter fortschreitende Indisierung etwa dieses Dienstzweiges den wichtigen Lebensraum annähernd mit gleicher Sachtreue wird bedienen können, mit der Indien weit über alle andern Selbstkontrollversuche asiatischer Mächte hervorragt. Es wird auch von Japan nur sehr stellenweise erreicht und von ganz wenigen Ämtern in Europa und Amerika übertroffen, die mit ganz anders unbeschränkten Mitteln arbeiten, wie z. B. Washington, oder aber in kleineren, leichter überschaubaren Räumen.

Die Riesenleistung des im Grunde gar nicht zahlenstarken anglo-indischen Beamtenkörpers tritt dem Wissenden auf fast jeder Seite des Handbuches entgegen, das so frei als möglich von Zweckbestimmung und Voraussetzung abgefaßt ist und eine vorzügliche geopolitische Übersicht bietet.

J. M. Martin: Le shintoisme religion nationale; Hongkong 1924, 1 Bd.

versucht, die zahlreichen Theorien und Einzelforschungen über den Ursprung und Werdegang der japanischen Rasse in Zusammenhang zu bringen und hat deshalb geopolitische Bedeutung, weil der Streit über den Prozentsatz südlichen und nordischen Blutes in der Zusammensetzung der Inselrasse (die ja zweifellos eine ähnliche Neubildung ist, wie die englische, und etwa von gleichem Alter wie die deutsche) mit der Verbreiterung des Wahlrechts erneute Bedeutung gewinnt. Niemand kann voraussagen, wie die große Erweiterung der Wählerzahl die künftige Haltung Japans bestimmen wird, wie weit das Gleichgewicht, das jetzt zugunsten der südwestlichen Klane und Stämme gehalten wurde, sich wieder verschiebt; und deshalb sind alle Anhaltspunkte, die sich aus der Zusammensetzung der Rasse wenigstens ahnen lassen, so bedeutungsvoll.

Mit tiefem Bedauern kann auch hier nur wieder gesagt werden, wie schade es ist, daß der wissenschaftliche Nachlaß von Baelz

immer noch nicht gesammelt wurde, und wie verdienstvoll es wäre, wenn das deutsche Auslandinstitut, wie verlautet, diese Pietätspflicht gegen einen der hervorragendsten Auslandsdeutschen des 19. Jahrhunderts erfüllen würde. Man könnte dann sehen, wie weit er mit seinen Beobachtungen — die der angesehene Leibarzt des Meiji-Kaisers und Freund der führenden Genro allerdings leichter machen konnte, als andere — seiner Zeit voraus war und welchen Wert seine japanische Landeskenntnis für eine verständnisvolle deutsche Ostasienpolitik hätte haben können.

F. E. A. Krause: Geschichte Ostasiens, I. Bd. Vandenhoek & Ruprecht, Göttingen 1925

gibt endlich den seit langem schmerzlich entbehrten Aufbau einer Geschichte Ostasiens aus den Grundlagen heraus, so zusammengedrängt, daß auch der nicht fachwissenschaftlich vorbereitete Leser sie erfassen kann und doch so genügend begründet, daß neben aller temperamentvollen Eigenwilligkeit der Darstellung und einer stark persönlichen Auffassung in allen wesentlichen Zügen Unanfechtbares hingestellt wird. Welcher Mut dazu gehörte, das schildert der Verfasser sehr treffend in der Einleitung. Daß der Geograph schmerzlich einen ähnlichen geographischen Unterbau vermißt, wie ihn Nachod seiner leider Torso gebliebenen Geschichte von Japan unterlegt hat, wird begreiflich scheinen, und ein Hinweis auf diesen verdienstvollen deutschen Vorgänger hätte nicht geschadet. Richtig ist, daß die Beschäftigung mit der chinesischen Geschichte weit mehr zu einem panasiatischen Universalismus der Anlage zwingt, als die leichter örtlich zusammenzubauende japanische. Geopolitisch am meisten fesselnd ist die Art, wie sich eine starke und temperamentvolle Persönlichkeit ordnend mit dem ungefügen Riesenstoff der chinesischen Geschichte und ihren von Mythen und Hypothesen umwucherten Anfängen herumschlägt und sich ihren Richtweg schafft, vielleicht nicht den allein gehbaren, aber doch einen, auf dem sich gut folgen läßt, und längs dessen eine Ordnung gelingt. Eine solche einmal geschaffen zu haben, ist ein Hauptverdienst des Werkes, mit dem man natürlich um Einzelheiten rechten kann, aber erst, wenn man es ehrlich durchgearbeitet hat. Diese Durcharbeitung ist eine Voraussetzung für jeden, der ernsthaft ostasiatische Politik treiben will. Es gibt weder an Franke noch an Krause einen Weg vorbei, sondern nur durch ihre Arbeit hindurch; nur, wer ihren Kampf mitgekämpft hat und einen ähnlichen, der um die Geschichte Indiens mit einheimischen und reichsbritischen Quellen geführt werden muß — von Gandhi und Sarkar, wie Das bis zu Lord Curzon, Gwynn und Carthill — der kann von Weltpolitik reden, die ohne die Monsunländer und ihre darin gestapelten mindestens zwei Fünftel der Menschheit nicht ernsthaft getrieben werden kann. Wir sind also weit über den Rahmen der Historiker und Sinologen hinaus Krause zu Dank verpflichtet, daß er diesen längst notwendigen Versuch gewagt hat, der einen ähnlichen Wert hat, wie das Schlagen einer durchgehenden Richtlinie durch einen Urwald an einer für den Zukunftsverkehr entscheidend wichtigen Stelle. Es ist leichter, nachher Eisenbahnen und Kanäle daran entlang zu bauen, als die erste Linie richtig zu ziehen. Krause schildert mit herber, klarer Pinselführung, wie folgerichtig die geschichtliche Bewegung Ostasiens von heute aus einer viertausendjährigen Kulturgeschichte hervorgeht; und der Versuch, sie etwa erst von der fühlbaren Einwirkung westlicher Einflüsse ab der Betrachtung wert zu halten, wäre absurd. Mit größter Spannung sehen wir nach diesem Unterbau im ersten nunmehr dem zweiten Band, der Entwicklung des Ostasien von heute entgegen und behalten uns nach seinem Erscheinen eine zusammenfassende geopolitische Würdigung vor.

ERICH OBST: LITERATURBERICHT AUS EUROPA UND AFRIKA

Deutschland und der deutsche Rhein

(vergl. hierzu den Literaturbericht im März-Heft 1925, S. 214 f.)

Paul Göhre: Deutschlands weltpolititische Zukunft. Verlag Kurt Vowinckel, Berlin-Grunewald 1925, 176 Seiten.

Der bekannte sozialdemokratische Politiker will durch die vorliegende, vollkommen überparteilich gehaltene Schrift dazu beitragen, den Glauben an eine neue Zukunft unseres Volkes zu stärken, den Willen zu einer neuen und neuartigen Entwicklung zu beleben. Er erblickt das Leitmotiv der Weltpolitik in der „Zusammenballung und Fortbildung ganzer Völkerkonglomerate zu neuen, großen Lebenseinheiten". Im Rahmen dieser Entwicklung ist es nach Göhre die Mission Deutschlands, Kontinentaleuropa zu schaffen. Trotz aller nicht zu übersehenden Schwierigkeiten sollten die Vorbereitung und der Aufbau des neuen Großerdraumorganismus von nun ab Ziel und Inhalt der ganzen künftigen Außenpolitik Deutschlands sein, der Leitgedanke alles politischen Denkens und Handelns des deutschen Volkes. Nur als Bahnbrecher uud Wegbereiter dieser neuen Entwicklung kann Deutschland wieder Weltgeltung gewinnen. „Deutschland wird das Zentrum der Welt sein, denn es liegt im Herzen Europas; Europa aber ist der künftige Mittelpunkt aller Großraumreiche des Erdballs."

Das in glänzendem Stil gehaltene Buch Göhres ergänzt vielfach die Schriften Coudenhoves und wird zweifellos dazu beitragen, die Diskussion über das Problem Paneuropa zu beleben und zu vertiefen. Auch wer die Schlußgedanken Göhres ablehnt, sollte das interessante Buch gründlich durcharbeiten; die Probleme sind so zukunftswichtig, daß jeder ernsthafte Mensch sich mit ihnen auseinandersetzen muß.

August Schmidt: Das neue Deutschland in der Weltpolitik und Weltwirtschaft. Verlag Reimar Hobbing, Berlin 1925. 429 Seiten.

Auch dieses hervorragende Buch ist keiner Parteirichtung dienstbar, sondern untersucht, frei von jeder Voreingenommenheit, in vorbildlicher Gründlichkeit die drei Kardinalfragen der deutschen und europäischen Politik: Wie wird Deutschland wieder frei? Wie eine Nation und wie wieder ein Staat? Wie baut es seine Wirtschaft wieder auf?

Geopolitisch besonders wichtig ist der vom Verfasser gelieferte Nachweis, daß nur ein irgendwie gearteter Zusammenschluß zu den „Vereinigten Staaten von Europa" imstande ist, die schwere Krisis der abendländischen Menschheit und der Welt zu beheben. Schmidt zeigt, wie sehr dieser Verschmelzungsprozeß im Wirtschaftsleben tatsächlich bereits im Gange ist. Er behandelt die europäische Schwerindustrie, die chemische Industrie u. a. m., er weist auf die Interessenverflechtung zwischen dem industriellen Westeuropa und dem agrarischen Osten hin und spricht die Hoffnung aus, daß wirtschaftliche Notwendigkeiten früher oder später zu dem Zusammenschluß ganz Kontinentaleuropas einschließlich Rußlands führen werden.

Es ist hier leider nicht der Raum, dem außerordentlich gedankenreichen, tiefschürfenden und im besten Sinn realpolitischen Buche in allen Einzelheiten gerecht zu werden. Jeder, der sich mit dem Problem Europa ernsthaft beschäftigen will, muß dieses vorzügliche Werk unbedingt zu Rate ziehen. Den Führern des deutschen Staates und allen Parlamentariern aber sei Schmidts Buch besonders an Herz ge-



legt. Es führt sie aus der Enge und Öde des Parteigezänks auf eine hohe Warte, von der aus allein die Zukunft unseres Volkes entschieden werden sollte.

Max Lenz: Deutschland im Kreis der Großmächte 1871—1914. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin 1925. X und 90 Seiten.

Eine kurze, aber ungemein gehaltvolle Gegenüberstellung der Bismarckschen Politik mit der Wilhelms II. Beide grundsätzlich friedensfreundlich, Bismarck aus wohlüberlegten politischen Gründen im Interesse einer Erstarkung des Reiches, Wilhelm II. eher ideologisch, ohne klare Erkenntnis und Würdigung der tatsächlichen Weltlage. Der Übergang von der Kontinental- zur Weltpolitik an sich eine innere Notwendigkeit, dem allgemeinen Zeitgeist der ganzen Welt entsprechend, in der Ausführung jedoch eine Halbheit, weil man meinte, den Krieg trotzdem unter allen Umständen vermeiden zu können. Der Weltkrieg keine Folge der Weltpolitik und der wirtschaftlichen Expansion, sondern kontinentaleuropäisch begründet: der einstweilige Abschluß der seit Jahrhunderten tobenden Kämpfe um die Vormachtstellung in Europa.

Max Hildebert Boehm: Die deutschen Grenzlande. Verlag von Reimar Hobbing, Berlin 1925. 294 Seiten, 6 Karten, 48 Abbildungen.

Im Januarheft 1925 dieser Zeitschrift zeigten wir M. H. Boehms „Europa Irredenta" an. Mit gleicher Freude machen wir die Leser heute mit dem neuen Werk des Verfassers bekannt, in dem er sich an einen wesentlich breiteren Kreis wendet. Boehm beschert uns hierin einen vortrefflichen Führer durch die deutschen Grenzlande und schildert eingehend die politische, wirtschaftliche, ethnische und soziale Struktur von Luxemburg, Elsaß, Lothringen, Saargebiet, Eupen-Malmedy, Rhein und Ruhr, Schleswig, Kärnten, Steiermark, Südtirol, Burgenland, Sudetenlande, Posen und Westpreußen, Hultschin, Oberschlesien, Danzig, Memelland, Insel-Ostpreußen.

Die mannigfachen und wichtigen Einzelheiten des allseitigen Grenzkampfes werden in den folgenden Abschnitten unter großen geopolitischen Gesichtspunkten zusammengefaßt. Boehm schildert den Kampf in den Grenzlanden als Glied der großdeutschen Bewegung und darüber hinaus als Auftakt zu einer Gemeinschaft der auf Selbstbestimmung und Selbstverwaltung gegründeten mitteleuropäischen Nationen und Staaten. Eingeklemmt zwischen den russisch-asiatischen und westeuropäisch-amerikanischen Staatenverbänden ist Mitteleuropa unweigerlich zum Untergang verurteilt, „wenn es nicht in letzter Stunde gelingt, aus großdeutschem Wollen heraus eine Erneuerung mitteleuropäischen Eigenstolzes gegen Ost und West durchzusetzen und zu politisch-geschichtlicher Erscheinung zu bringen".

K. C. v. Loesch und A. H. Ziegfeld: Volk unter Völkern. Bücher des Deutschtums. Herausgegeben für den Deutschen Schutzbund, Band 1. Verlag von Ferdinand Hirt in Breslau, 1925. 453 Seiten, 11 Textkarten und Diagramme, 2 Kartenbeilagen.

Das bedeutsame Werk stellt die erste Auswertung der Ergebnisse des Kampfes dar, den der deutsche Schutzbund seit fünf Jahren führt mit dem Ziel, Reichsdeutschtum und Außendeutschtum zu einer Gefühls- und Willenseinheit zu verbinden, das deutsche Volkstum allenthalben in seinem Ringen um Selbstbehauptung zu stärken. In Ergänzung der Tagungen des Deutschen Schutzbundes sollen die Bücher des Deutschtums einen freieren Querschnitt der Geistigkeit dieser tatfreudigen Gemeinschaft geben.

Nach einer gehaltvollen Darstellung von Zweck und Ziel des Deutschen Schutzbundes ergreifen in diesem Werk in bunter Folge Geographen, Soziologen, Volkswirtschaftler, Historiker und Politiker das Wort, um, jeder

von seinem Standpunkt aus, in die Ideenwelt der deutschen Schutzbundarbeit einzuführen. Die Leser dieser Zeitschrift werden besonderes Interesse den folgenden Aufsätzen entgegenbringen: A. Penck, Deutscher Volks- und Kulturboden; F. Jaeger, Die Siebenbürger Sachsen; K. Haushofer, Die geopolitische Betrachtung grenzdeutscher Probleme; W. Vogel, Deutsche und entdeutschte Städte in Ost- und Südosteuropa; Axel de Vries, Die Nationalitätenpolitik Sowjetrußlands und die Fehler der westeuropäischen Staaten.

Manfred Laubert: Nationalität und Volkswille im preußischen Osten. Verlag von Ferdinand Hirt in Breslau, 1925. 72 Seiten, 2 Karten.

Hätten wir während des Weltkrieges weitschauende Staatmänner in Regierung und Parlament gehabt, so hätten sie Gelehrte wie Laubert u. a. vor Versailles gebeten, das Problem „Ostdeutschland" mit gleicher Gründlichkeit zu studieren, wie es Laubert jetzt getan. Wir hätten mit diesem wissenschaftlich-unantastbaren Material die Welt überschwemmen müssen und hätten sicher sein können, daß dann die Grenzziehung im Osten anders ausgefallen wäre!

Die Schrift von Laubert dürfen wir als das Beste bezeichnen, was bisher über die ostdeutsche Frage veröffentlicht worden ist. Gerade die ruhige, sachliche Art, mit der der Verfasser das geschichtliche, kulturelle und wirtschaftliche Moment, die politischen, militärischen und etnographischen Belange behandelt, wirkt so überzeugend, daß selbst Entente-Politiker und Amerikaner gepackt werden müssen. Die Überlegenheit der deutschen Kulturträger ist weit größer, als es ihrer Zahl entspricht. Die bisherige auf der Feststellung der Muttersprache beruhende Nationalitätenstatistik gibt ein völlig schiefes Bild (in drei Gemeinden des Hultschiner Ländchens z. B. mit 161 Deutschen, 326 Polen und 3681 Mähren wurden 99 % der Stimmen für Deutschland abgegeben, und dieser Fall steht nicht vereinzelt!). Die Grenzziehung ist ein bloßer Willkürakt, bei dem jeweils nur das für Deutschland ungünstige Moment zur Entscheidung herangezogen wurde. Ohne eine freie, unbeeinflußte Entscheidung des Volkswillens kann und wird die Wunde im deutschen Osten nicht verheilen.

Wir wünschen der Schrift Lauberts die denkbar weiteste Verbreitung. Sie sollte in allen Sprachen übersetzt und in Millionen von Exemplaren verteilt werden, um die Welt von dem uns im Osten zugefügten Unrecht zu überzeugen.

W. Volz: Des westdeutsche Volksboden. Verlag von Ferdinand Hirt in Breslau, 1925. 240 Seiten.

Geographen, Historiker, Wirtschaftswissenschaftler und Politiker haben sich in diesem empfehlenswerten Buche zusammengefunden, um die Komplexheit des Kampfes um westdeutschen Volksboden zu schildern. Die einzelnen Aufsätze stellen jeder ein geschlossenes Ganzes für sich dar: Hettner, die geographischen Grundlagen der französischen Kultur und Politik; Metz, Die Oberrheinische Ebene und das Elsaß; Wolfram, Der Rhein als natürliche Grenze und die Keltenfrage (sehr wichtige Feststellungen!); Köpp, Die Bevölkerung der Rheinlande im Altertum; König, Vom alten deutschen Reichs- und Volksland im Westen; Platzhoff, Der tausendjährige Kampf um die Westgrenze; Wechsler, Die französische Nation im Mittelalter, Neuzeit und Gegenwart; Kaden, Französische Kulturpropaganda am Rhein; Spahn, Rheinländertum und Preußentum; Kapp, Staatlichkeit und Volkstum auf westdeutschem Volksboden; Wiedenfeld, Deutsches und französisches Unternehmertum; Kapp, Das Elsaß von heute.

Paul Wentzcke, Rheinkampf. Verlag Kurt Vowinckel, Berlin-Grunewald, 1925. Bd. I. Tausend Jahre deutscher Schicksalsgemeinschaft. X und 387 Seiten, 14 Karten, 1 Zeittafel. Bd. II. Im Kampf um

Rhein und Ruhr, 1919/24. 266 Seiten. 7 Karten.

Wentzckes „Rheinkampf" reiht sich würdig Stegemanns „Kampf um den Rhein" an. Betonte Stegemann in der Hauptsache die militärisch-strategischen Probleme, so beschäftigt sich Wentzcke überdies auch ausführlich mit den kulturellen Belangen, die neben den physiogeographischen, strategischen und wirtschaftlichen die Einheit des Rheingebietes begründen.

Im ersten Band behandelt der Verfasser in einem grandiosen historischen Gemälde die Wechselbeziehungen zwischen Rhein und Reich. In jedem Abschnitt spüren wir immer von neuem die uralte Problematik der Rheinlande, die untrennbare Verbundenheit des deutschen Schicksals mit dem deutschen Rhein. Politisches, wirtschaftliches und künstlerisches Leben blühte am Rhein durch all die Jahrhunderte nur dann, wenn der Rhein Deutschlands Strom, nicht Deutschlands Grenze war.

Der zweite Band enthält eine Reihe von Aufsätzen, die im Kampf um Rhein und Ruhr seit Kriegsende entstanden: Die geschichtliche Einheit des Rheintals, Die tausendjährige Jubelfeier des Deutschen Reiches, Die Einheitlichkeit der französischen Außenpolitik (besonders lesenswert!), Die Rheinpolitik der dritten Republik, Zur Naturgeschichte der Rheinischen Republik, Rheinische Republik und Reichsverfassung, Tagesfragen aus fünf Kampfjahren.

Es ist ein schönes Zeichen für die Wiedererstarkung des nationalen Selbstvertrauens und Stolzes, daß neben dem Stegemannschen Buch ein Werk wie Wentzckes „Reinkampf" erscheinen konnte. Möge auch dieses seinen Weg zu recht vielen deutschen Familien finden!

Otto Brues: Der Rhein in Vergangenheit und Gegenwart. Eine Schilderung des Rheinstromes und seines Gebietes von den Quellen bis zur Mündung, mit besonderer Berücksichtigung von Land und Leuten, Geschichte, Geistesleben und Kunst, Landwirtschaft und Industrie. Union Deutsche Verlagsgesellschaft Stuttgart-Berlin-Leipzig, 1925. XII und 378 Seiten, 8 mehrfarbige Kunstbeilagen, zahlreiche Abbildungen und Kartenskizzen.

Dieses in Gemeinschaft mit A. Hoff, O. Meynen, H. Sarnetzki und F. Steinbach von Otto Brues herausgegebene Prachtwerk ist der deutschen Familien- und Schülerbücherei wärmstens zu empfehlen. Welch plastisches Bild weiß Otto Brues von rheinischem Land und von rheinischen Menschen zu entwerfen, wie klar und eindringlich versteht Steinbach die Schicksalsfragen der rheinischen Geschichte zu skizzieren, wie prächtig fügen sich bei Sarnetzki und Hoff Wort und Bild zusammen, um einen Begriff von rheinischer Dichtkunst, Malerei und Plastik zu geben, wie wuchtig ist die Schilderung von rheinischer Landwirtschaft und Industrie aus der Feder von Meynen.

Die Anerkennung, die wir dem hervorragend ausgestatteten Werk als Ganzes zollen, soll nicht herabgemindert werden durch die Feststellung, daß wir im Steinbachschen Abschnitt oftmals anderer Meinung sind. Der Verfasser vertritt einen etwas einseitigen Standpunkt, wenn er mit einem Seitenhieb auf „geopolitische Rheinromantiker" seine Anschauung folgendermaßen formuliert: „Nicht weil der Rhein geographisch, wirtschaftlich, strategisch von überragender Bedeutung und das Rheintal eine unteilbare Einheit ist, auch nicht, weil der Rhein für Deutschland eine Lebensnotwendigkeit, für Frankreich nur ein Mittel zur Herrschaft und Vormachtsellung ist, hat Deutschland unveräußerlichen Anspruch auf die ganzen Rheinlande, sondern weil deutsches Volkstum unversehrt bis weit über das Rheintal hinaus sich geschlossen erstreckt." Warum dieses schroffe Entweder-Oder? Wäre nicht hier ein Sowohl-als-auch mehr am Platze? Geopolitische Einseitigkeiten verurteilen selbstverständlich auch wir; aber man darf andererseits doch nicht das Kind mit dem Bade ausschütten und die geographischen, strategischen und wirt-

schaftlichen Momente gegenüber den völkischen für nahezu belanglos erklären.

Josef Ponten: Der Rhein. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart-Berlin-Leipzig, 1925. 52 Seiten.

Zwei bereits früher erschienene Aufsätze Pontens sind in diesem Büchlein vereint; „Der Rhein, eine geographisch-historische Betrachtung“ und „Rheinstrom Weltstrom“. Schildert die erste Abhandlung den Rhein als den deutschen Lebensstrom, so zeigt die zweite, daß kein anderer Strom der Welt eine derartige internationale Bedeutung hat als eben der Rhein. Und wir stehen, meint Ponten, gewißlich noch nicht am Ende der Entwicklung. Was der Rhein sein kann, wird er erst zeigen, wenn ein übernationaler Einheitsstaat Europa zur Tat geworden sein wird.

Mit dieser dürftigen Inhaltsangabe ist der Pontenschen Schrift selbstverständlich noch nicht Genüge getan. Aber Ponten braucht kaum eine weitere Empfehlung, der Name sagt genug. Gedankenreich und formvollendet wie alle Schriften Pontens wird auch das neue Büchlein sicherlich viele, viele Freunde finden.

Alfons Paquet: Der Rhein, eine Reise. Frankfurter Societäts-Druckerei, Frankfurt a. M., 1923. 183 Seiten.

Ein recht warmherziges, flott geschriebenes Büchlein über eine Rheinreise vom Gotthard bis zum Hoek van Holland, mehr künstlerisch als wissenschaftlich, aber voll von interessanten Skizzen über die Beziehungen zwischen Fluß, Landschaft und Mensch. Beim Oberrhein werden vorwiegend geschichtliche und politische Fragen gestreift (Deutschland, Schweiz, Frankreich; Großschiffahrt), am Mittelrhein stehen kunstgeschichtliche Betrachtungen im Vordergrund, die Städte des Unterrheins laden zu städtebaulichen und wirtschaftlichen Erörterungen ein.

Hans Spethmann: Die Großwirtschaft an der Ruhr. Verlag von Ferdinand Hirt in Breslau, 1925. 283 Seiten, 27 Karten und Diagramme.

Das deutsche Volk schuldet Spethmann großen Dank für diese musterhafte Monographie des hervorragendsten Industriereviers unseres Vaterlandes. Wir lernen zunächst die verschiedenen Wirtschafts- und Siedlungszentren kennen, die allmählich zu einer einzigen riesenhaften Ruhrstadt verwachsen. Mit großer Sachkenntnis führt uns Spethmann sodann in die Fragen der Rohstoffbasis ein und schildert den Kampf zwischen deutscher und englischer Steinkohle. Bei der Erörterung der Verkehrsprobleme werden die Duisburg-Ruhrorter Häfen, der Rhein—Herne-Kanal, der Dortmund—Ems-Kanal, Ruhr und Lippe, der Mittellandkanal, Hansakanal usw. ebenso eingehend behandelt, wie das einzigartig dichte Eisenbahnnetz. Fragen rein wirtschaftlicher Natur füllen den zweiten Teil des Buches aus, wo wir von dem Werden der einzelnen Großwerke, der Ausgestaltung der Konzerne, vom Wesen der Führer der Ruhrindustrie u. a. m. hören. Ein geschlossenes Bild des Ruhrreviers entsteht so vor unseren Augen, wir gewinnen einen tiefgründigen Einblick in die Eigenart jenes Bezirkes, der ist und für absehbare Zeit bleiben wird das stärkste Kraftfeld im Wirtschaftsleben Deutschlands.

Friedrich Metz: Die Oberrheinlande. Verlag von Ferdinand Hirt in Breslau, 1925. 284 Seiten mit 45 Karten und Diagrammen im Text.

Es wurde in der Tat höchste Zeit, daß den pseudo-wissenschaftlichen Tendenzschriften französischer Geographen (Vidal de la Blache, Jean Brunhes u. a. m.) einmal in ruhiger, aber fester deutscher Darstellung begegnet und der einheitliche deutsche Charakter der Oberrheinlande einschließlich des Elsaß nachgewiesen wurde. Daß Metz bei aller glühenden Heimats- und Vaterlandsliebe streng sachlich geblieben ist, erhöht den Wert dieser vorzüglichen Schrift.

Die volle Symmetrie der beiden Stromseiten, die gleichartige Entwicklung von Wirtschaft und Kultur, die starken und innigen Wechselbeziehungen zwischen beiden Flanken treten in



jedem Kapitel so überzeugend hervor, daß sich die Einheit der Oberrheinlande dem Leser unvergeßlich einprägt. Es gibt in der Tat nur einen Unterschied, und das ist die Verwendung der Esel als Zugtiere auf den steilen Weinberghalden des linksrheinischen Gebietes; doch „dürften auch die 1000 Esel nicht ausreichen, um das Elsaß zu einer französischen Landschaft zu stempeln".

Mit feinem Takt behandelt Metz Elsaß-Lothringen als „Grenzmark"; rücksichtslos geißelt er die Fehler innerdeutscher Grenzziehung, die die unglückselige politische Zersplitterung der Oberrheinlande bewirkte. „Deswegen hat sich das Schicksal so rasch und furchtbar erfüllt, weil man das Herz des elsässischen Landes, Straßburg, nicht auch zum politischen, geistigen und wirtschaftlichen Mittelpunkt der Ebene gemacht hat, daß man es nicht in den größeren oberrheinischen Lebensraum mitten hineingestellt hat. Wir wissen, daß es der Deutschesten einer, Großherzog Friedrich I. von Baden, so gewollt hat. Der größte politische Gedanke, der am Oberrhein gefaßt worden war, scheiterte an dem Widerstand partikularer Gewalten."

R. Kuczynski: Deutschland und Frankreich, ihre Wirtschaft und ihre Politik 1923/24. Neue Folge. Verlag von R. L. Prager, Berlin 1925. 266 Seiten.

Eine größere Anzahl deutscher und französischer Schriftsteller kommt in diesem Buche der deutsch-französischen Wirtschaftskorrespondenz zu Worte. Ihnen allen gemeinsam ist die Überzeugung, daß der Haß zwischen Deutschland und Frankreich die Hauptursache für die Friedlosigkeit Europas ist, und daß es nur einer objektiven Aufklärung bedürfe, um eine wahrhafte Verständigung zwischen den beiden Völkern herbeizuführen. Bei den Aufsätzen handelt es sich in der Hauptsache um wirtschaftliche und wirtschaftspolitische Probleme. Besonderer Nachdruck wird auf die Bildung der nationalen Wirtschaftsräte gelegt und auf die Schaffung eines internationalen Wirtschaftsrates, „der eine Ausgleichsstelle der wirtschaftlichen Interessen der Welt zum Wohle der ganzen Menschheit darstellen würde."

Das nüchterne rational-materialistisch eingestellte Buch läßt vieles vermissen, was zur Klärung des Problems Deutschland-Frankreich von Wichtigkeit ist. Auf der anderen Seite gehören derartige Ausfälle gegen Andersdenkende wie auf S. 214, 221, 226, 239 u. a m. weder zur Sache, noch nützen sie ihr.

F. v. Hake; Frankreich im Rheinland; der Versailler Vertrag ein Fetzen Papier. Verlag: „Der Deutschenspiegel", Berlin, 1925. 122 Seiten.

Ein furchtbares, aber dennoch wohl notwendiges Buch. Mit rücksichtsloser Deutlichkeit wird das wahre Ziel der französischen Politik am Rhein enthüllt, werden all die vielen Vertragsbrüche, Vergewaltigungen, Roheiten der französischen Besatzung geschildert. Nitti, Keynes, Mac Donald, Lloyd George nnd vor allem Wilson kommen zu Wort, um die Abscheulichkeit der französischen Rheinpolitik zu geißeln. Von Wilson stammt übrigens der Untertitel dieses Buches, denn am Jahrestage des Waffenstillstandes, am 11. November 1923, erklärte der Vater des Versailler Friedens: „Frankreich und Belgien sind dahin gekommen, den Versailler Vertrag als einen Fetzen Papier zu betrachten."

Wir müssen dem Verfasser Recht geben: mit den nach mittelalterlichen Methoden regierenden, lediglich auf die Schwächung Deutschlands bedachten Frankreich der Gegenwart ist ein „ewiger" Friede, geschweige denn aufrichtige Verständigung schlechterdings leider unmöglich.

Rheinische Schicksalsfragen. Eine Schriftenfolge, herausgegeben in Verbindung mit dem West-Ausschuß für Rhein, Saar, Ruhr und Pfalz von Prof. Dr. Rühlmann. Verlag von Reimar Hobbing, Berlin, 1925.

Es ist gut so und ein günstiges Zeichen für die Zukunft, daß die Rheinliteratur derartig

angeschwollen. Wir Deutsche können uns in der Tat garnicht genug mit dem Rheinproblem beschäftigen, womit selbstverständlich nicht einer einseitigen politischen Orientierung nach Westen das Wort geredet sein soll.

Im Gegensatz zu Stegemann, Wentzcke u. a. m. versucht die Rühlmannsche Schriftenfolge durch eine Reihe gesonderter Darstellungen das Problem auszuschöpfen. Männer und Frauen, Menschen aus den verschiedenartigsten sozialen und politischen Schichten, ergreifen hier das Wort, um immer wieder eine neue Seite des deutschen Westproblems zu beleuchten. Freiherr von Solemacher schildert im ersten Doppelheft Wert und Bedeutung des besetzten Westens (Tatsachen und Zahlen). In Heft 3 stellt Linnebach deutsche und französische Okkupationsmethoden (1870—1873, 1920—?) gegenüber. Fittbogen behandelt in Heft 4 unter Zuhilfenahme umfangreicher Statistiken die französischen Schulen im Saargebiet. In der Schrift 5/6 bietet Pechel einen Auszug aus dem Rheinland-Tagebuch des ehemaligen amerikanischen Oberbefehlshabers Henry T. Allen. Das Heft 7/9 endlich enthüllt dokumentarisches Material zur Sicherheitsfrage mit Einleitungen und Schlußwort von Graf Max Montgelas. — Die Schriftenreihe wird fortgesetzt.

Es ist schwer, die verschiedenen Veröffentlichungen zu werten. Jedes der Hefte enthält so viele wichtige Tatsachen, jedes bemüht sich so ehrlich, gerechte deutsche Empörung mit strenger Sachlichkeit zu verbinden, daß man alle Glieder dieser Schriftenfolge warm empfehlen muß. Wenn trotzdem eines hervorgehoben werden soll, so ist es Schrift 5/6 mit dem Auszug des Rheinland-Tagebuches von Allen. Was dieser vornehme und gerechte Amerikaner seinem Tagebuch anvertraut, sollte jeder Deutsche wenigstens in dem vorliegendem Auszug lesen. Möge die Schrift auch im Ausland weite Verbreitung finden und im Verein mit den übrigen Heften an ihrem Teile mithelfen, daß der Rhein einst wieder frei fließe vom Fels zum Meer.

Verantwortlich sind: Dr. F. Hesse, Berlin-Grunewald, Hohenzollerndamm 83 / Prof. Dr. K. Haushofer, München, Arcisstraße 30 / Prof. Dr. E. Obst, Hannover, Geibelstraße 24 / Studienrat Dr. H. Lautensach, Hannover, Freiligrathstr. 9 / Professor Dr. Maull, Frankfurt/Main, Franz Rückerstraße 23 / Verlag: Kurt Vowinckel Verlag, Berlin-Grunewald, Hohenzollerndamm 83 / Druck: Saladruck Zieger & Steinkopf, Berlin SO 16, Köpenicker Str. 11.

WALTHER KAYSER: DIE STAATLICHE MACHTBILDUNG IN DEUTSCHLAND UND DIE SELBSTBESTIMMUNG MITTELEUROPAS.[1])

(Eine raumpolitische Studie.)

Der Kampf um die staatliche Machtbildung auf deutschem Volksboden war stets zugleich ein Kampf um die Selbstbestimmung des mitteleuropäischen Erdraumes. Der große Krieg in Deutschland, der 30 Jahre währte, war der entscheidende Einschnitt in diesem geschichtlichen Ringen, das im 17., 18. und 19. Jahrhundert in sechs geschichtlichen Gestalten sinnbildlich geworden ist. In dem Kampf, der über dem Glaubensstreit der Deutschen und dem Weltgegensatz der großen Mächte Frankreich und Spanien entbrannt war, wurde noch einmal das Schicksal jenes alten Reiches deutscher Nation zur Entscheidung gestellt, das im Mittelalter die Machtzusammenfassung des deutschen Volksbodens und des mitteleuropäischen Lebensraumes gewesen war. Aus dem Gewirr außerdeutscher Großmachtgegensätze und konfessionellen Bruderkampfes ragte einsam die Gestalt des Böhmen Albrecht von Wallenstein hervor, der an das Reichserbe Karls V. und der großen Kaiser des Mittelalters anknüpfen wollte und unablässig das Ziel der deutschen und mitteleuropäischen Machtbildung verfolgte. Während seines ersten Oberbefehls 1625—1630 suchte Wallenstein der kaiserlichen Majestät des Habsburgers das Reich als einheitliche Großmacht und absoluten Staat dienstbar zu machen. Er schuf das Machtmittel eines von den Kurfürsten unabhängigen Reichsheeres und sicherte den südöstlichen Grenzsaum Mitteleuropas und die Grundlagen des österreichischen Donaustaates durch die Befreiung der Erblande und die Sicherung der böhmischen Schlüsselstellung, die Befriedung Ungarns und die Zurückweisung des Siebenbürgers Bethlen Gabor. Es trieb ihn weiter, die staatsbildenden Kräfte der norddeutschen Tiefebene für seinen Reichsgedanken zu gewinnen und an der Küste der Ostsee den Zugang zum Weltmeer zu erreichen. Er brachte Elbe und Weser und das Hinterland der Ostseeküste in seine Gewalt und streckte die Hand nach dem Erbe der deutschen Hanse aus. Er wollte, auf die Beherrschung der Südküste der Ostsee gestützt, eine eigene Reichsflotte schaffen, um das den mitteleuropäischen Raum von der Adria bis zur Ostsee zusammenfassende Reich in die Reihe der See- und Weltmächte hineinzustellen. Er plante nach dem Ausbau der norddeutschen

---

[1]) Aus der ungedruckten Freiburger Dissertation „Die Staatsanschauung Ludwigs von der Marwitz."

Stellung einen neuen Feldzug im Südosten, der das ganze Ungarn dem Donaustaat wiedergewinnen und die Macht des Reiches auf die Balkanhalbinsel vortragen sollte. Aber der Habsburger, der seinen Reichsgedanken nicht begriff, ließ ihn fallen, als der Gegenspieler Richelieu die Fronde der Kurfürsten beider Konfessionen gegen den gefährlichen Mann aufstachelte, der aus dem mitteleuropäischen Vakuum ein Kraftfeld zu machen drohte. Während seines zweiten Oberbefehls von 1631—1634 suchte Wallenstein das Reich auf die Vereinigung der Reichsfürsten und den Willen der Landesherren zu gründen und durch die Versöhnung der Konfessionen zu festigen. Er wollte ebenso gegen Spanien wie gegen Schweden und Frankreich unabhängig sein und die fremden Bundesgenossen beider Parteien dem Boden des Reiches fernhalten. Er erwog in Oberitalien und im Elsaß, an Po und Rhein, den westlichen Grenzsaum Mitteleuropas gegen das sich vorarbeitende Frankreich zu verteidigen. Er verhandelte mit den beiden norddeutschen Mächten an Elbe und Oder, Sachsen und Brandenburg, über Zusammenschluß der beiderseitigen Armeen und Gleichberechtigung der Konfessionen und gedachte den Kaiser zu solchem Frieden zu zwingen. Wie 1630 die Entlassung, rief 1634 die Ermordung ihn aus seinen Plänen. Als der große Krieg 14 Jahre später sich-leer-lief, besiegelte der Westfälische Friede von 1648 — der das deutsche Reich völkerrechtlich in selbständige Territorialstaaten auflöste, den Franzosen das Einfalltor im Elsaß preisgab und die Schweden an den Mündungen von Oder, Elbe und Weser einnistete — den Sieg der landesherrlichen Fronde über das Reich, den Sieg der benachbarten Großmächte über das machtleere Mitteleuropa, den Sieg des toten Richelieu über den toten Wallenstein. Die von Wallenstein gewollte mitteleuropäische Reichserneuerung war gescheitert, aber zugleich ungewollt der Grund zur österreichischen Donaugroßmacht gelegt.

Sechs Jahre nach dem Tode Wallensteins trat 1640 der junge Kurfürst Friedrich Wilhelm die landesherrliche Regierung des brandenburgischen Territorialstaates an, dessen Lage an jene Kraftlinien der norddeutschen Tiefebene und des Ostseehinterlandes geknüpft war, die Wallenstein so unwiderstehlich angezogen hatten. Der Hohenzoller schuf durch seine Staatsführung aus dem kleinen, machtlosen Oderstaat einen zweiten Machtkern auf dem ostdeutschen Siedlungsboden und im mitteleuropäischen Raum neben dem Donaustaat der Habsburger. Der Kurfürst erstrebte 1648 einen doppelten Raumausbau seiner mitteleuropäischen Flügelstellung, an der Ostseeküste durch Gewinnung ganz Pommerns und der Odermündung, im Rheinstromgebiet durch Hinzufügung des jülichschen Landstückes zwischen Niederrhein und Maas zu seinen zusammenhanglosen klevischen und märkischen Gebietsstücken am Niederrhein und im Ruhrgebiet. Im nordischen Krieg 1655 bis



1660 lenkte er seinen Staat unter wechselnden Stellungen durch die Gegensätze der kämpfenden Mächte hindurch, um durch die Beseitigung der polnischen Lehnshoheit über den alten Ordensstaat Preußen und durch die Vertreibung der Schweden aus Pommern Deutschland und Mitteleuropa den nordöstlichen Grenzsaum zwischen Weichsel und Memel und an der Ostseeküste zurückzugewinnen. Er erreichte die Selbständigkeit Ostpreußens, Pommern aber mußte er wieder aus der Hand geben, da das übermächtige Frankreich die schwedische Vorstellung an Ostsee und Odermündung zur Niederhaltung Deutschlands und Einschließung Mitteleuropas brauchte, und da das habsburgische Österreich sich der lebensnotwendigen Stärkung der brandenburgisch-preußischen Macht verschloß. Als 1669 mit der Möglichkeit des Aussterbens der Habsburger gerechnet wurde, plante der Kurfürst die Erwerbung Schlesiens, das die Raumgrundlage seines Oderstaates festigen sollte. Der Aufstieg Frankreichs zur Festlandherrschaft und Weltmacht unter Ludwig XIV. zwang den Kurfürsten, die Selbständigkeit und Bewegungsfreiheit seines Staates im Wechsel von Gegnerschaft und Anschluß zu behaupten. 1667 warnte er vor den Gefahren der französischen Eroberungspolitik im Rheinstromgebiet und trieb zu einem allgemeinen Bündnis gegen Ludwig XIV. Da die holländischen Generalstaaten nicht auf ihn hörten, verständigte er sich mit Frankreich und setzte als Preis des Ausgleichs wenigstens den Verzicht Frankreichs auf seinen Kandidaten für den polnischen Königsthron durch, der durch Einbeziehung Polens in den französischen Herrschaftsbereich die Einkreisung Mitteleuropas vollendet hätte. 1672 kämpfte er gegen Frankreichs Übergewicht an der Weser und drängte die Bundesgenossen vergeblich auf Aufrollung der Rheinfront. 1674 führte er seine Truppen zum Kampf um den Rhein vor Straßburg, als der von Frankreich hervorgerufene Schwedeneinfall ihn vom Oberrhein an Elbe, Oder und Weichsel zurückrief. Die Befreiung Pommerns fiel wiederum dem Machtwort Frankreichs und dem Versagen holländischer und österreichischer Hilfe zum Opfer. Der Kurfürst suchte nun durch Anlehnung an Frankreich in den Besitz von Pommern zu gelangen. Durch diese Fesselung seiner mitteleuropäischen Politik gezwungen, den Raub Straßburgs und die französische Reunionspolitik widerstandslos mitanzusehen — mit der Frankreich an den Alpenpässen, am Rhein, an der Mosel und in Flandern sich in Mitteleuropa festsetzte — und der Verteidigung Wiens gegen die Türken fernzubleiben — die über das Schicksal Mitteleuropas im Südosten entschied — lenkte er seine Kräfte nach Übersee, schuf an der Ostsee eine eigene brandenburgische Flotte, gründete brandenburgische Kolonien in Afrika und zeigte die brandenburgische Flagge auf dem Weltmeer. Erst 1684 konnte er die langsame Loslösung von Frankreich wagen. Er war zu der Überzeugung gekommen, daß die Belange Brandenburgs an die Lebensfragen

Mitteleuropas geknüpft seien, und daß Pommern am Rhein erobert werden müsse. Er verbündete sich mit Österreich und Holland und verglich sich mit Schweden. Mitten aus der Wirksamkeit für ein allgemeines europäisches Bündnis gegen das Übergewicht Frankreichs riß ihn 1688 der Tod. Er hatte im Nordosten dem mitteleuropäischen Lebensraum die Selbstbestimmung gegenüber Schweden und Polen zurückgewonnen und zugleich den ersten Grund zur eigengesetzlichen preußischen Odergroßmacht gelegt.

Der Pendelschlag der deutschen Geschichte schlug nun wieder nach dem Süden aus. Ein Jahr nach dem Tode des großen Kurfürsten von Brandenburg begann 1689 in Österreich der Mann seine militärische Laufbahn, unter dem der Donaustaat der Habsburger die Führung Mitteleuropas im Kampfe gegen Ludwig XIV. und das französische Übergewicht übernahm, der Savoyer Prinz Eugen. Neun Jahre nach dem Tode des großen Kurfürsten wurde er an die Spitze der in Ungarn kämpfenden Truppen gerufen, mit denen er 1697 durch den Sieg von Zenta der Bedrohung Mitteleuropas durch die Türken für immer ein Ende machte und im Frieden von Carlowitz Ungarn und die untere Donau den Habsburgern wiedergewann. Die Verwirklichung des schon von Wallenstein geplanten Vorstoßes nach Ungarn brachte die Geburtsstunde der durch Wallensteins Leistungen vorbereiteten habsburgischen Donaugroßmacht, der geschichtlichen österreichisch-ungarischen Monarchie. Der Kampf um Mitteleuropas Selbstbestimmung ließ den Prinzen Eugen an der unteren Donau nicht ruhen. Eugen zog über die Alpen an die Etsch und zum Po und von hier wieder an die obere Donau, wo in dem süddeutschen Raum zwischen Schwarzwald und Böhmerwald die Entscheidung über den westlichen Grenzsaum und den Rhein fallen sollte. Der Sieg von Höchstädt und Blindheim 1704 vertrieb die Franzosen aus dem inneren Deutschland und warf sie an den Rhein zurück. Zwei Jahre später vertrieb der Sieg von Turin die Franzosen aus Italien und sicherte dem mitteleuropäischen Raum die alte Postellung. Und wieder zwei Jahre später vertrieb der Sieg von Oudenaarde die Franzosen aus Flandern und den Niederlanden und gab Mitteleuropa die Maasstellung zurück. Prinz Eugen rückte durch die Scheldepforte vor und wandte sich südwärts, um in das Herz Frankreichs vorzustoßen. Da ließ die Politik des Habsburgers seinen um Mitteleuropa kämpfenden Feldherrn im Stich, wieder wie einst zu Wallensteins Zeit siegte die spanische Seele Habsburgs über seine deutsche und mitteleuropäische. Prinz Eugen wollte Sizilien gegen Straßburg eintauschen, verlangte Elsaß und Lothringen zurück und warnte, daß selbst der beste Friede mit Frankreich nur ein stummer Krieg sei. Aber dem Kaiser ging es nicht um die Befreiung des Rheinstromgebietes als des westlichen Grenzsaums Mitteleuropas zur Sicherung gegen Frankreich, ihm ging es um



das spanische Erbe des Hauses Habsburg. Gegen den Willen des Prinzen Eugen verhinderte er die Ausnutzung der Siege durch die unmögliche Forderung französischer Waffenhilfe gegen Spanien, vereinzelte er sich von England und seinen Bundesgenossen, die wohl für die Befreiung Mitteleuropas vom französischen Übergewicht, nicht aber für die Wiederherstellung einer spanisch-österreichischen Weltmacht kämpfen wollten. Prinz Eugen mußte 1714 schweren Herzens den Frieden, der Frankreich in der Pfalz, im Elsaß und in Flandern ließ, unterschreiben und wurde von der politischen Staatsführung durch die spanische Umgebung des Habsburgers ausgeschaltet. Da brauchte ihn 1716 Mitteleuropa wieder an der Donau. Eugen besiegte die Türken an der unteren Donau bei Peterwardein, fügte dem 1697 wiedergewonnenen Ungarn sein letztes Stück, das Banat mit Temeswar, hinzu, eroberte Belgrad und schlug der Donaumacht die Pforte zur Balkanhalbinsel auf. In den letzten Jahren seines Lebens erwog er sorgenvoll die mitteleuropäische Verbundenheit, die die österreichische Donaumacht und den preußischen Oderstaat aufeinander anwies, und die Gefährlichkeit eines ungesättigten Preußen, dessen unbefriedigter Lebensdrang es zum Gegner Österreichs machen müsse. Zwei Jahre, nachdem er im kampflosen Feldzug am Rhein dem Erben der preußischen Königskrone ins Auge geschaut, endete 1736 sein Leben. Seine Gedanken hatten noch der Vorstellung des deutschen und mitteleuropäischen Reiches gehört, seine Handlungen aber schon nicht mehr dem Reich, sondern der selbständigen Großmacht Österreich-Ungarn, deren eigentlicher und entscheidender Begründer er war. Sein Rat hatte einen größeren Anteil am deutschen Volksboden als Lebensnotwendigkeit für Österreich bezeichnet und durch die Einverleibung Bayerns für Österreich eine Raumgrundlage im inneren Deutschland angestrebt, seine Tat hatte Österreich das wiedergewonnene Ungarn als bestimmenden Bestandteil hinterlassen und es vom inneren Deutschland nach Südosteuropa hingelenkt.

Vier Jahre nach dem Tode des Prinzen Eugen wurde 1740 der junge Kronprinz Friedrich, auf dessen Persönlichkeit der alternde Prinz Eugen vorahnend aufmerksam gemacht hatte, König von Preußen. Friedrich hatte schon als Kronprinz 1738 in seinen Betrachtungen über den gegenwärtigen Zustand Europas das Gleichgewicht des Festlandes und die Freiheit Deutschlands ebenso durch das Streben des durch Pyrrhenäen, Alpen und Meer eingeschlossenen Frankreich nach dem mitteleuropäischen Rheinstromgebiet — in dem es mit Straßburg und dem Elsaß schon „Deutschlands Thermopylen" und mit Metz und Lothringen schon „Deutschlands Phocis" in den Händen habe — gefährdet gesehen, wie durch den Anspruch des an außerdeutschen Boden gebundenen habsburgischen Österreich auf alleinige Vorherrschaft in Deutschland. Zur Macht gekommen, griff der Hohenzoller 1740 mit der

militärischen Selbsthilfe gegen den Bischof von Lüttich und dem diplomatischen Erkundungsvorstoß nach dem Herzogtum Berg zuerst nach dem Westen der norddeutschen Tiefebene und nach Ruhr und Rhein, ehe der plötzliche Tod des letzten Habsburgers ihm im Südosten an der oberen Oder eine Stelle geringeren Widerstandes und größeren Gewinnes verhieß. Er dachte dabei ernsthaft noch an eine mitteleuropäische Bundesgenossenschaft mit Österreich und gemeinsamen Kampf um den Rhein, wenn ihm als Gegenleistung der Besitz des schlesischen Oderlandes und der Verzicht auf die österreichische Unterdrückungspolitik gegenüber Preußen gewährt worden wäre. Er schlug 1742 Österreich nur soweit zu Boden, wie es sein eigener Vorteil erforderte, und erhielt es bewußt durch seine Mäßigung nach gewonnener Schlacht als mitteleuropäische Macht und Gegengewicht zu Frankreich, wie er auch einen zu großen Machtzuwachs Frankreichs auf mitteleuropäischem Boden zu vermeiden suchte. Durch die Eroberung und Behauptung des schon vom großen Kurfürsten erstrebten Schlesien gewann er die strategische Verbindungslinie von der mährischen Senke zur vorgelagerten Küste, befestigte damit die Raumgrundlagen des preußischen Oderstaates zwischen Ostsee und Mittelgebirge und sicherte ihm zugleich das zur mitteleuropäischen Großmachtstellung notwendige Bodengewicht. Er wußte, daß Preußen die neue Machtstellung noch einmal gegen Österreich verteidigen mußte und trug sich 1743 mit dem Plan eines militärischen Zusammenschlusses der deutschen Staaten unter Preußens Führung, durch den er die Auseinandersetzung mit Österreich austragen wollte, ohne fremde Mächte in die Gegensätze Mitteleuropas hineinzuziehen. Die 1744 kurz vor Ausbruch des zweiten schlesischen Krieges an ihn gefallene Erbschaft von Ostfriesland, die ihm die Herrschaft über die Emsmündung und den Zugang zur Nordsee verschaffte, nutzte er in den Friedensjahren zur Gründung einer eigenen Handelsflotte auf dem Weltmeer und eines eigenen überseeischen Verkehrs mit Südostasien aus, die die Bildung einer eigenen Seemacht für die fernere Zukunft, wenn erst einmal Danzig preußisch sei, im Auge behielt. Er schlug im siebenjährigen Krieg den Vorstoß Frankreichs in das innere Deutschland durch den Sieg von Roßbach 1757 zurück, der Norddeutschland der Bedrohung entrückte und die Saalelinie sicherte. Und er verknüpfte sein Schicksal mit dem Weltkampfe Englands, indem er durch seine Siege den Aufstieg der englischen Weltmacht über die französische Festlandmacht mitentschied. Die Selbstbehauptung gegen die einkreisende Übermacht des siebenjährigen Krieges erhob Preußen zur selbständigen mitteleuropäischen Großmacht. Mit der Erwerbung Westpreußens und Danzigs 1772 gewann Friedrich die Weichselmündung und die langersehnte Landverbindung zur ostpreußischen Insel, bezog er die vom großen Kurfürsten befreite Grenzmark und ihre Memel-



mündung endgültig in den mitteleuropäischen Lebensraum ein. In den letzten Friedensjahren stellte Friedrich die neue russische Großmacht, die im siebenjährigen Kriege zum ersten Mal ihr Gewicht in die Wagschale der mitteleuropäischen Entscheidungen geworfen hatte, und die Polen und Schweden in der östlichen Flügelbedrohung Mitteleuropas ablöste, in seine Rechnung ein. Er schuf sich 1764 durch das bis 1780 festgehaltene Verteidigungsbündnis mit Rußland eine Rückversicherung gegen den Albdruck der Bündnisse und die Gefahr der mitteleuropäischen Einkreisung. Und er suchte zugleich 1768—1770 mit der mitteleuropäischen Großmacht Österreich zu einem Ausgleich und zu einem festeren Zusammenschluß zu kommen. Er tat schließlich 1785 mit der Gründung des deutschen Fürstenbundes einen ersten tastenden Schritt zur Vorherrschaft Preußens in Norddeutschland und zur erweiterten rein-deutschen Machtbildung im machtleeren mitteleuropäischen Raum. Ein Jahr darauf schloß Friedrich der Große die Augen. Er hatte vollendet, was der große Kurfürst begonnen, die Schaffung einer zweiten mitteleuropäischen Großmacht am Stromgebiet der Oder, im Hinterland der Ostsee, in der Tiefebene Norddeutschlands — die zugleich eine rein-deutsche Großmacht war.

Neun Jahre nach dem Tode Friedrichs des Großen trat 1795 der Mann in den Lebenskreis der Wiener Aristokratie und Diplomatie ein, unter dessen Leitung wieder Wien zum bestimmenden Mittelpunkt der deutschen und mitteleuropäischen Politik wurde, der Rheinländer Clemens von Metternich. Vierzehn weitere Jahre vergingen, bis 1809 nach dem Zusammenbruch des Staates Metternich die Geschicke Österreichs anvertraut wurden. Er war schon 1801 für eine Koalition der beiden mitteleuropäischen Großmächte Österreich und Preußen mit Rußland und England gegen das Übergewicht des napoleonischen Frankreich eingetreten und hatte vor dem mangelnden Gemeingefühl Mitteleuropas gewarnt. Er war einer der Väter des verlorenen Krieges von 1809, in dem Österreich zum letzten Mal unter Einsatz seines Lebens für Deutschland und Mitteleuropa eintrat. Metternichs verschlungene Politik zwischen 1809 und 1812 hatte zum Hauptziel die Sprengung des Mitteleuropa umklammernden französisch-russischen Bündnisses und die Wiedergewinnung der Selbstbestimmung Mitteleuropas unter österreichischer Führung als der Grundlage des europäischen Gleichgewichts. 1813 gelang es ihm, in vorsichtigem Übergang von friedlicher Neutralität über bewaffnete Vermittlung zu kriegerischem Eingreifen Österreich die Schiedsrichterwage in die Hände zu spielen, den militärisch schwächsten zum politisch führenden Staat der Koalition zu machen. Während des Befreiungskrieges und bei den folgenden Friedensverhandlungen sah er in Rußland kaum weniger seinen Gegner als in Frankreich, war er sogar bereit, den westlichen Grenzsaum

Mitteleuropas preiszugeben, um Frankreich als Gegenmacht gegen Rußland zu erhalten, sah er in Frankreichs Einbruchsstelle am Rhein ein nützliches Gegengewicht gegen Rußlands Einbruchsstelle an der Weichsel. Er wollte Preußen eine Stärkung seiner norddeutschen Stellung durch die Erwerbung Sachsens zugestehen, wenn es Österreichs Bemühungen um raschen Ausgleich mit Frankreich und Österreichs Widerstand gegen Rußlands Polenpolitik unterstütze. Er sann auf dem Wiener Kongreß über einen mitteleuropäischen Staatenbund nach, der außer Österreich, Preußen und dem übrigen Deutschland auch Oberitalien, Dänemark, die Schweiz und die Niederlande umfassen, sich an das Mittelmeer wie an die Nord- und Ostsee anlehnen und von England Rückendeckung erhalten sollte. Für Österreich selbst erstrebte er Gebietsabrundung durch Aufgabe der abgelegenen Stellung am Oberrhein und des abgelegenen niederrheinischen Vorfeldes an Maas und Schelde und Ausbau der alten Stellung im Südosten Mitteleuropas am Mittellauf der Donau, mit ihrem Vorfeld am Po. Er ließ das Elsaß bei Frankreich und tauschte gegen Belgien und den Breisgau die Lombardei und Venetien ein. Er zwang die Italiener in den Donaustaat hinein, wie die Tschechen und Ungarn von Wallenstein und Prinz Eugen hineingezwungen worden waren, er stand am Abschluß jener Zeitspanne unbedingter Vorherrschaft Habsburgs über die einzelnen Volkstümer seines gemischten Staates, die ihren Anfang im dreißigjährigen Kriege hatte. Aber indem er seinem Staat die politische Führung in Deutschland und Mitteleuropa durch diplomatische Überlegenheit zu gewinnen wußte, verlor er doch gleichzeitig die räumlichen Grundlagen einer solchen Stellung unter den Füßen. Schicksalhaft wuchs der Staat der Habsburger von Jahrhundert zu Jahrhundert aus Deutschland hinaus, wie der Staat der Hohenzollern von Jahrhundert zu Jahrhundert nach Deutschland hineinwuchs. Der Schwerpunkt des Metternichschen Österreich lag schon nicht mehr im inneren Deutschland, sondern in Ungarn und auf dem Balkan, in Oberitalien und an der Adria. Preußen dagegen erweiterte von dem Kernland zwischen Oder und Elbe her seine norddeutsche Flügelstellung nach Osten und Westen so, daß es am Rhein und an der Weichsel für Deutschland und Mitteleuropa Grenzwacht hielt. Daß seine Raumgestalt dabei immer noch unfertig blieb, zwang es erst recht zu weiterem Wachstum. Lange Jahre, in denen sich das Schwergewicht der europäischen Politik vom Westen und dem Rhein nach dem Südosten und den Meerengen verschob, gelang es Metternich, den mühsam errungenen europäischen Ruhezustand aufrechtzuerhalten und Österreich die politische Führerstellung zu behaupten, während England gelassen sein überseeisches Weltreich ausbaute. Da zerbrach zwischen 1821 und 1829 am Orient Metternichs europäische Friedenspolitik. Und die mitteleuropäische Revolution von 1848 vertrieb Metternich aus Amt und



Land. 1851 aus der Verbannung zurückgekehrt, forderte Metternich warnend das mitteleuropäische Zusammenstehen von Österreich und Preußen und prägte das verstehende Wort vom noch nicht gesättigten Preußen. Acht Jahre nachdem er auf seinem Alterssitz Johannisberg am Rhein dem jungen Bismarck seine Sorgen um das Verhältnis von Österreich und Preußen und um die Zukunft Deutschlands und Mitteleuropas anvertraut hatte, atmete er 1859 sein Leben aus.

Drei Jahre nach Metternichs Tode nahm 1862 Otto von Bismarck die Zügel der preußischen Staatsführung in die Hand, um den Kampf um die staatliche Machtbildung auf deutschem Volksboden und um die Selbstbestimmung des mitteleuropäischen Erdraumes zu einem vorläufigen Abschluß zu bringen, indem er das Werk des großen Kurfürsten und Friedrichs des Großen weiterführte. Er hatte 1854 zu einer Annäherung Preußens an Frankreich geraten, um die gefährlichere Anlehnung Österreichs und der deutschen Mittelstaaten an Frankreich zu verhindern, er war im Krimkrieg 1854 bis 1856 gegen den Anschluß an das System der Westmächte und für die Neutralität Preußens eingetreten, um Mitteleuropa aus dem Kampf zwischen dem Westen und dem Osten herauszuhalten, und er war im italienischen Krieg 1859 ebenso für die Neutralität Preußens eingetreten, um ihm die volle Bewegungsfreiheit zu erhalten. Er hatte als Frankfurter Bundestagsgesandter ein engeres Zusammergehen von Preußen und Österreich erstrebt, aber bald den unerbittlichen Gegensatz der beiden Großmächte empfunden und den deutschen Volksboden als den Exerzierplatz der preußischen Großmachtpolitik erkannt. Für die unvermeidbare Entscheidung über die Vorherrschaft in Deutschland und Mitteleuropa suchte er sich an Rhein und Weichsel die Flügel zu decken, Frankreich wie Rußland von einer Einmischung fernzuhalten. Um dem drohenden russisch-französischen Block zuvorzukommen, leistete er 1863 Rußland Waffenhilfe gegen Polen. Ein engeres Bündnis mit Rußland dagegen lehnte er ab, da Rußland dabei am längeren Hebelarm sitzen würde. Von 1864—1866 bemühte er sich um Annäherung an Frankreich, um dem drohenden französisch-österreichischen Bündnis zuvorzukommen und sich die Gewinnung Italiens als Bundesgenossen gegen Österreich zu erleichtern. Eine Preisgabe deutschen und mitteleuropäischen Bodens an Frankreich aber verweigerte er. Als die schleswig-holsteinische Frage auftauchte, griff er zu, um Preußen den Kieler Kriegshafen und die freie Verbindung von Nordsee und Ostsee zu sichern. Er gewann — in ähnlichem schwierigen Spiel wie der große Kurfürst im nordischen Krieg bei der Erringung Ostpreußens — die Nordmark des Reiches Deutschland und dem mitteleuropäischen Lebensraum zurück. 1866 war er, wie Friedrich der Große 1740, zur mitteleuropäischen Bundesgenossenschaft mit Österreich und gemeinsamem Kampf

um den Rhein bereit, wenn Österreich sich aus Italien zurückzöge, sein Schwergewicht nach Süddeutschland und an den Oberrhein verlege und Preußen Norddeutschland von dem Belt bis an den Main überlasse. Nach errungenem Siege schonte er, wie Friedrich der Große 1742, das geschlagene Österreich, um es als mitteleuropäische Großmacht und Gegengewicht zu Frankreich zu erhalten. Frankreichs Einmischungsversuche wies er ab. Zum ersten Mal seit dem Ende des mittelalterlichen Reiches war ein Machtkampf in Mitteleuropa ohne Einmischung der benachbarten großen Mächte entschieden worden. Preußen war durch den Raumzuwachs von Schleswig-Holstein, Hannover und Kurhessen gesättigt, aus dem Oderstaat endgültig zur norddeutschen Vormacht geworden. Der norddeutsche Bund erfüllte das von Friedrich dem Großen angedeutete Ziel erweiterter reindeutscher Machtbildung und strebte der Einigung des gesamtdeutschen Volksbodens zu. Österreich war durch die Niederlagen in Böhmen und Italien wieder ganz der Südost-Richtung zugekehrt. Bismarck wußte, daß er vor der abschließenden Machtzusammenfassung Deutschlands Frankreichs Widerstand zu überwinden habe. Seine Sorge galt dem Bestreben, auch diese Auseinandersetzung aus eigener Kraft zu bestehen und die fremden Mächte aus dem Spiel zu halten. Der Krieg von 1870/71 brachte die Krönung des Werkes. Ohne die Einmischung der anderen großen Mächte schlug das im Kampf geeinte Deutschland Frankreich zu Boden und beseitigte die französische Einbruchsstelle am Rhein, in Elsaß und Lothringen, durch die Frankreich noch immer die Hand auf das linke Rheinufer wie auf das süddeutsche Ländereviereck hatte legen können. Es war das bestimmende Ereignis für die Weltverhältnisse des 19. Jahrhunderts, daß mit der Wiedergewinnung der alten Reichslande am Rhein und der Errichtung des neuen Reiches im mitteleuropäischen Lebensraum sich eine selbständige Machtbildung in die Reihe der älteren Mächte hineinstellte, ohne die Bundesgenossenschaft eines fremden Staates oder auch nur die vertragsmäßige Mitbestimmung der anderen Großmächte. Erst diese Reichserneuerung auf deutschem Volksboden gab dem mitteleuropäischen Erdraum seine politische Selbstbestimmnng zurück. Nach der Reichsgründung verfolgte Bismarck im kunstvollen System seiner europäischen Friedenspolitik das dreifache Ziel: 1. das Mitteleuropa umklammernde Bündnis der Flügelmächte Rußland und Frankreich durch eigene freundschaftliche Beziehungen zu Rußland zu verhüten, wie Friedrich der Große 1864—1780; 2. der Bedrohung Mitteleuropas ein verstärktes Mitteleuropa entgegenzustellen und Österreich-Ungarn der Versuchung einer Wiederholung der Koalition des siebenjährigen Krieges zu entziehen, wie Friedrich der Große 1768—1770; 3. die vom Festland zurückgezogene Weltmacht England als notwendige Gegenkraft in das Kräftespiel der europäischen Mächte einzu-



schalten. Dem ersten Ziele diente der schon seit 1863 angeknüpfte, 1872, 1881, 1885 und 1887 stets von neuem gesicherte Draht nach Rußland. Dem zweiten Ziele dienten daß das Werk von 1866 und 1870/71 erst vollendende mitteleuropäische Bündnis mit Österreich-Ungarn von 1879 und die Einbeziehung Rumäniens und Italiens in das mitteleuropäische Schutzgefüge 1882/83. Dem dritten Ziele dienten die Begünstigung des Balkan-Dreibundes England-Österreich-Italien 1887 und die wiederholten Bündnisfühler an England von 1877/78, 1879, 1887 und 1889. Auf der Grundlage der staatlichen Machtbildung auf deutschem Volksboden und der Selbstbestimmung des mitteleuropäischen Lebensraumes tat Bismarck mit der Bildung einer Reichsflotte 1871 und der Erwerbung von Reichskolonien 1884/85 die ersten tastenden Schritte von der reinen Festlandpolitik zur überseeischen Weltpolitik und von der reinen Volkswirtschaft in die größere Weltwirtschaft hinein, auch hier an Ansätze des großen Kurfürsten und Friedrich des Großen anknüpfend. Bei allem aber verfolgten der Albdruck feindlicher Bündnisse, die Besorgnis eines eingekreisten Mitteleuropa und die Vorahnung eines kommenden Weltkrieges den Schöpfer des Reiches als handelnden und — in verstärktem Maße noch — als gestürzten Staatsmann, quälte die Frage der Behauptung seines Werkes ihn bis in die letzten Fieberphantasien seiner Sterbestunde, als er 1898 sein Volk verließ.

FRIEDRICH DEML:
DIE BEWÄLTIGUNG DER AFRIKANISCHEN MASSE I

Verkehr und Raum und dessen Werteinhalt sind unzertrennlich verbunden, ein geschautes, beziehungsvolles Ganzes von Dynamik und Statik. Eine begriffliche und absolute Betrachtung des Verkehrs als dynamischen Vorgang, als einer zweckvollen Verlagerung, eines Austausches von Materie und geistiger Form, als einer Wechseleinheit von Erzeugung, Bedürfnis, Verarbeitung, Verbrauch, des Verkehrs als einer Willensäußerung von staatenbildender und ausweitender, oft staatenzersetzender Kraft, eine solche Betrachtung wird sich methodisch zwar bewähren, aber praktisch immer von der Relativität und den inneren und äußeren Möglichkeiten des Raumes abhängen, auf dem er sich abspielt. Der Verkehr ist als Bewegung von Menschen, Gütern, Nachrichten, Ideen, ein lebendiges Glied der Landschaft, ihrer Durchdringung, Fassungs- und Absorptionsmöglichkeit und kann als solches niemals abgewurzelt werden von seinen Naturbedingungen, von der Erdstelle, die ihn trägt, die ihn aktiv schafft und modelliert oder passiv durch ihr bloßes Dasein ableitend ihn beeinflußt.

Eine solche, hauptsächlich passive Einflußnahme auf den Verkehr zwischen freundlichen Verkehrspolen, zwischen wandernden Verkehrszyklonen des Westens und Ostens der Alten Welt übte bis in die jüngste Zeit Afrika aus, als unüberbrücktes Hindernis zwischen intensiven Tauschwelten.

Breit, massig, einförmig gelagert, ungastlich verschlossen, und träge in seinen Lebensäußerungen, galt es bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts als der „Schwarze Erdteil", ein Block im Wege der Erdbewältigung. Er war es, der die Entfernungen, deren möglichst reibungslose, schnelle Überwindung die Tendenz des Handels und Verkehrs sein muß, vergrößerte durch sein bloßes grobes Dasein. Wohl gehörte Afrika in seinen mittelmeerischen Teilen zur Alten Welt. An seiner Nordküste siedelten alte Kultur- und Handelsvölker, wie Ägypter und Karthager, und diese befuhren schon unter Hanno die Westküste Afrikas bis über die Wüstenplatte und den Gleicher hinaus. Necho durchstach den zähen Rest des Sinai; sein Admiral umfuhr ganz Afrika. Inder, Araber und Phönizier handelten an seinen Ostgestaden und mit dem goldreichen Ophir. Aber die küstenfernen Gebiete blieben unbekannt und gescheut. Der Gesichtskreis der Antike und des, in seinen geographischen Anschauungen von ihr abhängigen Mittelalters, drang nicht allzuweit über die Nubische Schwelle hinaus; die Sahara trennte zwei Welten; Schnellen und heiße Wüstenplatten, Schilf und Sumpf verriegelten der ältesten Kultur der



Welt den einzigen feuchten Naturweg ins Innere zu dem sagenhaften Mondgebirge und den Quellen des Nil. Mit Ende der mittelmeerischen Orbis, und dem mählichen Übergang intensiv kultivierter und bevölkerter Regionen in Ruinenlandschaften, zerfielen wohl kaum allzu wichtige Verbindungen nach Süden. Die Verkehrsbrücke „Orient" lagerte im Mittelalter wohl mit einem Hauptpfeiler auch auf dem Arabischen Afrika; doch erst die Zeit Heinrichs des Seefahrers und die Entdeckungen der Portugiesen, von denen Bartolomeo Diaz endlich das Kap der Guten Hoffnung umsegelte, legten die Küstenumrisse Afrikas ungefähr fest. Handels- und Machtstützpunkte wurden von Portugiesen und Holländern längs der Segelstraße und an der Gegenküste Indiens angeklammert, Wachstumsspitzen und Sklavenzwinger bildeten sich, Negervölker wurden dezimiert, aber das Innere blieb unberührt und wertlos gescholten. Die Ruinen, Reststellungen und Rückbildungen dieser historisch-geographischen Vorgänge stehen längs der Segelroute heute noch, von der Insel der Kanaren um das Kap bis Mombassa; und Portugal, Spanien, England, Frankreich sind deren Besitzer, während das einst so wichtige Holland politisch ausschied, völkisch dauerte.

Welches waren nun die Ursachen einer solchen Vernachlässigung und ärgerlichen Geringschätzung? Sie liegen, abgesehen von zeitlich bedingten psychologischen Momenten (Zuwendung des Interesses nach dem reichen Amerika und Ostasien) wohl vor allem in dem unwirtlichen Bau des Erdteils, seiner Sterilität. Diese spricht sich ja auch in der geringen Stammzeugung wichtigster Kultur- und Wirtschaftspflanzen aus, von denen nur der Kaffee ein Geschenk Afrikas (Kaffa) ist. Sie liegen in seiner physischen und anthropogeographischen Struktur.

Man kann die schicksalvolle Naturverbindung zwischen Verkehr und Raum nicht verstehen, wenn man nicht Geburt, Geschichte, Quantität und Qualität des Raumes untersucht hat (Stoff- und Massenverteilung als Grundlage des Verkehrs: Ratzel). Werden und Gestalt, Alter und Gegenwart, bedingen äußerlich und innerlich wiederum den Verkehr und seinen bewußten Anreger, Vermittler und Bedürfer, den Menschen. Der Mensch sei in Afrika deshalb hervorgehoben, weil die Frage auftauchen muß, warum der afrikanische Mensch nicht aus sich heraus einen Großverkehr entwickeln, den Strom in ein Bett leiten, und an sich ziehen konnte, sondern passiv und von fremden Menschen angetrieben, zwar regionaler Händler und Wirtschafter, in der Hauptsache aber nur Verkehrsmittel, nicht Organisator werden konnte. Diese Erscheinung einer Lebensstufe und Rasse([1]) liegt aber mitverankert in den Bedingungen der mütterlichen Erdrinde, in der spröden Haltung des Wachstumsraumes, die sich in einer Isochronenkarte erschreckend ausprägen würde. (Der innere Sudan als das kontinentalste, meerfremdeste Gebiet.)

Zunächst, rein kartographisch betrachtet, drückt sich diese Haltung Afrikas aus im Lagenverhältnis zu anderen Erdteilen, in seinem geographischen Lagenwert, den sein bisher erschlossener Raumwert nie wettmachen konnte. (Lagenwert trächtiger als Raumwert.) Wir finden, daß er als einer der Südkontinente umgrenzt ist von Ozeanen, die verkehrsreiche Entwicklungen mitgemacht haben, daß er zwar nicht die ideale Verkehrsmitte Europas auf dem Globus aufweist, aber auch nicht die winkelhafte Abgelegenheit Australiens. Dennoch spülte der alte und neue Weltverkehr nur an seinen Ufern vorüber, ohne seine ganze Masse und seine Möglichkeiten durchgliedernd in den Fluß der Entwicklung zu ziehen. Nur die östliche Gegenküste Indiens und Arabiens mit ihrer — für afrikanische Verhältnisse — günstigen Differenzierung oszillierte leise mit der Produktions- und Austauschbewegung der Welt.

Schon die Größe Afrikas, 29 Milionen km², erschien als Hindernis; entscheidend aber blieb seine Gliederung, seine äußere und innere Form. Plump, indifferent, ohne schmale Überquerungslinien und Verkehrstransgressionen, Sandwüste und Gebirgssteilrand oft unmittelbar an die Küste verschleppend, liegt er zwischen den aufgeschlosseneren Nachbarn. Sein Umriß ist klotzig; Buchten und Halbinseln sind selten und dabei wenig durchgeknetet. Streckenweise, besonders an der Guineaküste, hemmen Haffe und die Brandungsmauer der Kalema, ebenso der amphibische Mangrovegürtel mit seinen Krankheitskeimen die Annäherung. Südwestafrikas Strand ist niedrig, sandig, und von kühlen, nebelbildenden Meeren bespült, hafenlos; weite Küstenränder sind ohne wertvolles Hinterland. Tektonische Wölbungslinien zerreißen nur in klimatisch-meteorologisch ungünstiger Stellung am Nord- und Südrand diese Starrheit, ohne deswegen eine wesentliche Auflockerung der Küstenscholle herbeizuführen. Einzig der vulkanische Kamerunknick biegt eine tiefere Bucht in den Westwall. Überschauen wir die Ursachen dieser Umrißerscheinungen, so erkennen wir im Aufbau die Bestimmungen zu dieser Unform.

Afrika, ein Teil der kristallinen Gondwana-Scholle, zeigt ein greisenhaftes Stadium. Es ist zu einem abgetragenen Hochland verflacht, von 600 m mittlerer Höhe, das von Südost nach Südwest abschwingt. Mit Ausnahme des frischgefalteten Atlas, der deshalb schärfer geformt und geschartet ist, und der schon älteren, stark mitgenommenen Kapgebirge, fehlen ausgeprägte Faltungen. Der stufenförmig abgebrochene Horizontalismus gibt Afrika den Charakter. Auch die typisch meeroffene Tiefebene ist, außer am quartären Nil- und Nigerdelta, nicht vertreten. Das Kongobecken ist verriegelt; die Küstenebene, ein Produkt der Zerwitterung des alten Erdteils, schmal. Das altkristalline gefaltete Grundgebirge wird überlagert von Schichtgesteinen, die seit dem Paläozoikum keine Aufschrumpfung mehr erlebt haben. Im Norden liegt noch eine Decke mariner Ablagerungen aus Kreide und Tertiär. Ver-



hängnisvoll für die Erschließung dieses Rumpfes sind vor allem die Aufwulstungen der Ränder, der Parallelismus von Küstenlinien und Orographie, die Plateaustufen mit ihrer hindernisvollen Hydrographie, und die Steilabfälle der Fluß- und Bruchränder. Die anstehenden Felsbänke und Inselstöcke, Gebirgsriffe, Spitzkopjes, Tafelberge, Trümmerkuppen, die tückischen Wadis, Trockenbetten, Windschliffe des Wüstenreliefs mit seinen Depressionsoasen: alles charakteristisch für das Restergebnis der langen Verwitterung und der klimatischen Arbeitsweise. Der schildförmige Charakter des Erdteils wäre noch verschärft, wenn nicht energische Dislokationen den Bau zerrissen und senkrecht aufgeklüftet hätten. Dies sind die Gräben und Seenlinien Ostafrikas, die in Verbindung mit vulkanischen Übergüssen die Plastik in die Hand genommen haben, Hochgebirgsmassen aufquellen ließen, Tafelländer und Senkungen in bewegtem Wechsel geschaffen haben. Kurzum, wenn wir die Neigungslinien des Kontinents gegen die Handelspforte des Meeres überblicken, oder nach einer geographisch-wirtschafts-, verkehrs- und menschenintensivierten Zentrallandschaft ausblicken, wie sie das tropische Regenwaldbecken des Kongo nicht darstellen kann, so finden wir nirgends eine eindeutige Aus- und Einstrahlung. Die Flußoase des Nil, Ägypten, beschränkt sich auf sich selbst. Wir finden keine trichterförmige Aufschlitzung, keine Konsequenz, sondern Zersplitterung und Abschließung. Diese Tatsache kommt vor allem im Verlaufe der Flußsysteme zum Ausdruck.

Die Flüsse sind sonst der früheste Hauptvermittler des Verkehrs zwischen Küste und Innerem. Ein Vergleich zwischen Südamerika und seinem Nachbarn Afrika zeigt die denkbar größten Gegensätze. Dort Sammlung und Bestimmtheit der Wasserwege, breite Schwemmlandebenen mit ruhiger Strömung, die tief und hindernislos ihr Nährgebiet aufspreiten; hier hallt der Donner der Katarakte in Küstennähe, knicken Gefällsbrüche den Lauf, sperrten die Schnellen eines der ältesten Schiffahrtsströme der Erde, des barkenschweren Nil, sein eigenes Quell- und Speisungsgebiet, unnahbar und geheimnisvoll, für Jahrtausende ab. Dazu bedingen Oberflächengestalt und Klima die Bewässerungsverhältnisse nicht günstig. Der Rythmus von Regen- und Trockenzeit spricht sich schroff aus. Jähe Wasserfülle verstopft und schafft Sandbarren, reißt im Trockenbett wandernde Karawanen und Wagenzüge weg; Dürre läßt die Schiffahrtsrinne einschrumpfen. Nur die Äquatorflüsse sind beharrlich in der Wasserführung. Viele der Adern versickern im Sand der Passatwüsten und versalzen die Dünen; nur die größten, Nil und Niger, erreichen unter Verlust das Meer — ersterer, indem er sich einen Spalt in der Erdrinde parallel dem Roten Meer zunutze macht.

Das Klima als entscheidender Faktor für die Wirtschafts- und Verkehrszukunft eines Landes, die Komponente aus mathematischer Lage und der

Verteilung physikalisch ineinander wirkender Kraftstoffe begünstigt Afrika wenig. Die Extreme der Subtropen, die im Verein mit den atmosphärischen und Windgesetzen im Norden ein Unland von der Größe Europas, im Süden im Verein mit Mangel oder ungünstiger Stellung der Kondensatoren und kalten Küstenauftriebwassern, besonders im Westen, kahle Halbwüsten und Buschsteppen schaffen, die scharfen Extreme der Subtrupen finden in der erschlaffenden Gleichförmigkeit und Überwucherung der Tropen ihren gleich verhängnisvollen Gegensatz und Mitarbeiter.

Daß die kosmischen Einflüsse, die Tag- und Nachtlänge, nicht nur den Arbeitsgang und die Konstitution der Arbeitenden (Engwärmigkeit der Tropenneger) bestimmen, sondern ihre Wirkung auch auf Verkehr und Verkehrsbasis, sei es nur in der Beleuchtung durch Mond und Sterne in Wald und Savanne, sei es nur im Einfluß der Gezeiten auf die Flußmündungen, sich geltend machen, daran sei nur erinnert.

Ebenso an die endemischen Krankheiten und Krankheitsträger, von der Tse-Tse-Fliege bis zur Mangrovewindtrift. Hervorgehoben sei die Wichtigkeit der Bevölkerungsverteilung für die Verkehrsführung im allgemeinen, für den afrikanischen Trägertransport und das Plantagenarbeiterbedürfnis im besonderen, der Zusammenhang von Dichte, Aufnahmefähigkeit, Schaffenslust, aktivem Verkehrswillen, kurz Qualität und Quantität der Einwohnermassen mit der Erdbewältigung. Daß neben klimatischen und zoologischen Verhältnissen (Elfenbeinträger, tierische Edelware) neben den Anbau- und Raubbaumöglichkeiten, die geologischen als Faktoren der Bevölkerungs- und Verkehrsverdichtung, der Menschen- und Güterfluktuation hauptsächlich in Frage kommen, sei an dieser Stelle hervorgehoben.

Es wird angemessener sein für Zwecke der immanenten Verkehrsgeographie den afrikanischen Kontinent nicht in seine natürlichen geographischen Landschaften, sondern vielmehr in seine natürlichen Verkehrslandschaften zu gliedern, wobei weniger die geographischen inneren Strukturmomente, als vielmehr der Oberflächencharakter und die Klimaverhältnisse, welche die Operationsbasis des Verkehrs modellieren, maßgebend erscheinen. So ergeben, roh eingeteilt, die Region

1. des Wüstenklimas,
2. des Savannen- und Steppenklimas,
3. des feuchtwarmen Urwaldklimas,
4. des warmen, sommertrockenen Klimas (Mittelmeerklima)

in Afrika je eine Verkehrseinheit.(2) Die mannigfaltigen Verzahnungen und Übergänge lassen auch die Verkehrsarten ineinander überfließen, z. B. am Rand von Wüste, Wüstensteppe und Grasland im Sudan. Allerdings fällt diese Einteilung sachgemäß größtenteils mit der geographischen zusammen.



kann aber zentripetal oder zentrifugal sich anders auswirken, weil eben das Zufällige und Flüchtige der Oberfläche, oder sagen wir besser das bewegliche Klimakleid, der Vegetationsteppich, der ebenfalls ausgewirtschaftet (Ruinenlandschaft) oder ausgewechselt werden kann (Überführung der natürlichen Vegetationslandschaft in Kultursteppe), die Naturereignisse, aber auch anthropologisch-politische Vorgänge hier eine entscheidende Rolle spielen, in stärkerem Maße als bei der organischen Landschaftsbetrachtung. So kann, verkehrsgeographisch besehen, der größte Teil der unruhigen ostafrikanischen Region als Teilgebiet des überwiegenden alten Trägerverkehrs zusammenfallen mit dem flacheren, schildförmigen, muldendurchsetzten Savannengürtel des Sudan, der sich als lichtere Zone und günstigere Verkehrsbasis um die Wälderwüste des Kongobeckens schlingt.

Bevor wir aber Landschaft und Verkehr, Oberfläche und Bewegung, Stoff und Kraft einheitlich zusammenschweißen und ineinander begründen, wollen wir die Verkehrsarten-, mittel und -wege reinlich scheiden und dann anwendend verflechten mit ihrer Grundlage, den Bodenverhältnissen, der Vegetation, der Klima- und Meereshöhe, dem Lagenwert, der menschlichen, wirtschaftlichen und politischen Raumerfüllung, welche bei Afrika meistens von dem Rauminteresse fremder Mächte abhängt.

Man hat unterschieden: schreitenden, gleitenden, rollenden Verkehr. Dazu kommt in jüngster Zeit der Luftverkehr, der für Afrika im allgemeinen und für das flächenhaft bestimmte Raumgesicht einzelner Teile Afrikas im besonderen eine Rolle zu spielen berufen ist. Jede dieser Bewegungsarten wird gebunden sein an ein Feld. Je nach der Natur der Verkehrsmittel werden verschiedene Ansprüche an die Beschaffenheit des Feldes gestellt werden. Im entwickelteren Stadium wird der Verkehr an einen Verfolg gewisser Richtungen längs der physischen Erdoberfläche geknüpft sein, an ein Verkehrsbett, sei es nun Weg, Wasser oder Schiene, natürlich vorhanden oder künstlich gebaut, sei es nur eine Kette von Richtungspunkten. Das alles zusammen kann dann einen Verkehrswirbel ausmachen, der sich in einer bestimmten Direktion und um bestimmte Produktions- und Austauschkerne dreht. Wir wollen hier keine Begriffsmethoden der allgemeinen Verkehrsgeographie festlegen und darum gleich die Anwendung auf afrikanische Verhältnisse machen.

Afrikanischer Handel und Verkehr wird geschnürt sein an gewisse Routen, freundliche Zonen, tektonische Linien, ausdauernde Flußstrecken (hydrographische Einkerbungen mit periodischer Wasserführung stellen mehr Hindernisse dar, vor allem bei Überquerung), wird Oasen, Quellen, Furten, Ruhepunkte, Handelsknoten, Tauschmittelpunkte, Gewerbe und Menschenmärkte, Kreuzungsstellen, Stapelplätze, Ergänzungspunkte schwerfällig immer wieder aufsuchen müssen, wird den Nahrungsstoffen der Maschinen und Karawanen

nachgehen müssen, oder wird zentrisch verankert sein in Stützpunkten (Seriben). Bestimmte politische Voraussetzungen und Zustände, Kultur- und Stammesverhältnisse, Vertragsgarantien, Machtinstanzen, welche die natürlich vorgezeichneten Wegrichtungen stabilisieren und dirigieren, werden wichtig sein.

Der Rythmus der Jahreszeiten, Zustand der Wege und des Untergrundes (vgl. „Schwämme" des ostafrikanischen durchregneten Laterits) betonen die Abhängigkeit von Relief und Bodenfestigkeit. Der Kostenaufwand der Beförderung, Zeitaufwand, Wert und Sicherheit des Beförderten, die Dauerhaftigkeit der Ware werden für die Richtung und Intensivierung des Verkehrs eine Rolle spielen. Vor allem aber wird der Wertinhalt der Landschaft, ihre Siedlungsmöglichkeit und ihre Produktionskraft bestimmend sein; wobei gerade in Afrika dieser Punkt kein a priori sein darf, ja sogar meistens ein a posteriori war und ist.

Primitiver Verkehr wird geneigt sein zu momentanem Wechsel bei Verlagerung wirtschaftlicher und politischer Kraftfelder, bei feindlicher Widersetzlichkeit, bei Naturereignissen, Epidemien und Seuchengefahr, aber er wird andererseits auch leicht zu dem Altgewohnten zurückkehren.

Die großen natürlichen Verkehrszonen und ihre immanenten Verkehrsmöglichkeiten; Statik und Dynamik der einzelnen Räume, und Afrikas historische und gewachsene Verkehrsmittel

Wir teilen, von der Verkehrsgattung ausgehend, am besten den ganzen Kontinent in vier große und zwei Nebenzonen.

Von Nord nach Süd:

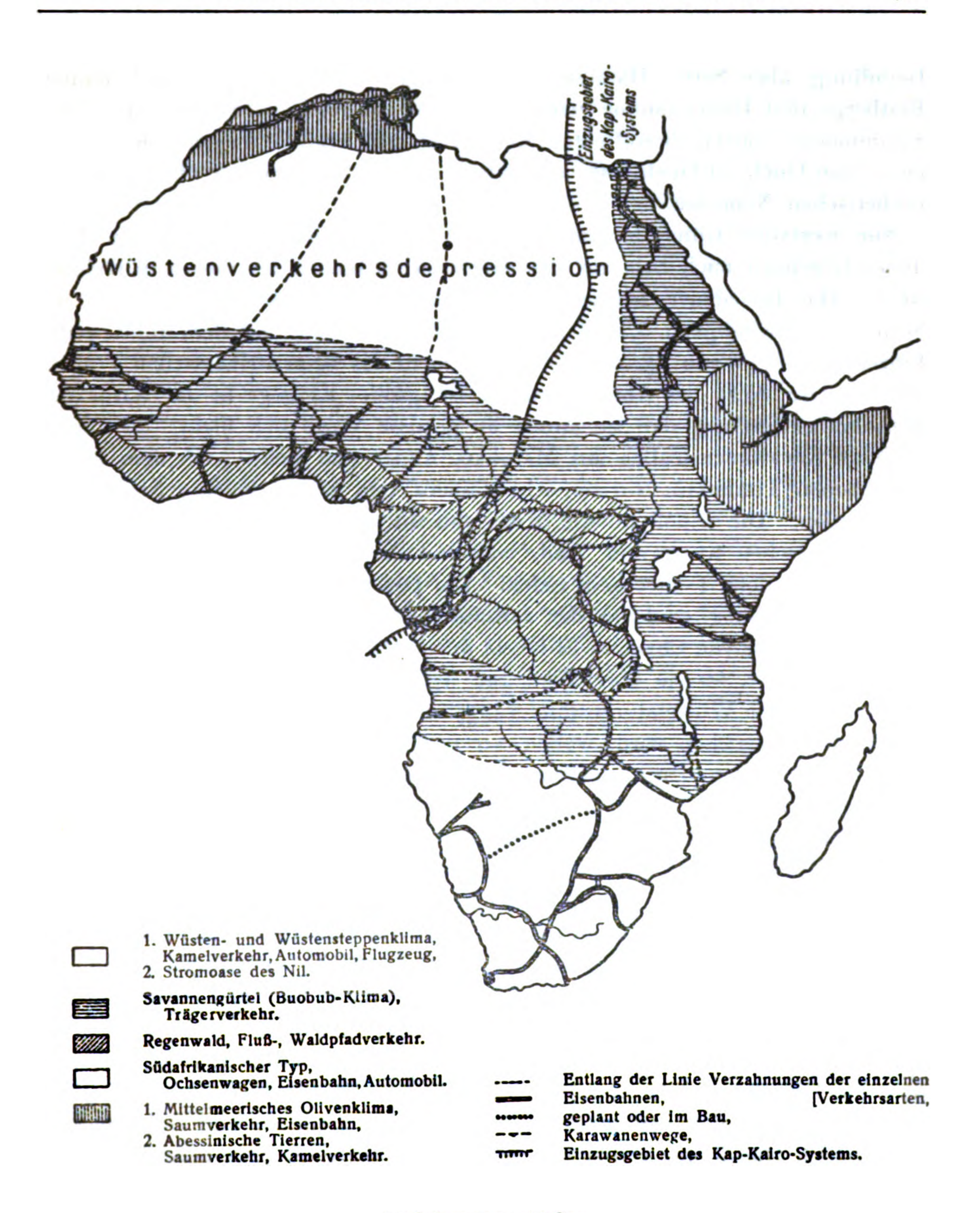
1. das saharische Afrika,
2. der Savannengürtel (Sudan, Ostafrika),
3. die Hyläa,
4. südafrikanischer Typ

und als Nebenzonen:

5. das mittelmeerische Faltungsland des Atlas,
6. der isolierte abessinische Gebirgsstock (mit seinen Höhenstufen, ähnlich den mexikanischen Tierren).

1. Die saharische Platte, eine riesige Verkehrsdepression. Das Gebiet des schreitenden Kamelverkehrs. Es ist ausgespannt zwischen dem alten, mediterranen Kulturland und dem reichen Sudan, der aber sein Gesicht nach Süden wendet, als ein Arbeitsraum der stärksten Temperaturextreme, ein ungeheueres Ruinenland der mechanisch-äolischen Zerstörung und Deflation. Ein Wunder, daß trotdem Handel und Verkehr schon in alter Zeit den Menschen allen Gefahren der Wüste trotzen ließen. Brüche zerlegen die Starrheit der horizontalen und deswegen montanschätzearmen Tafel; Senken





Verkehrszonen Afrikas

und Kessel schaffen Oasen, die den Quellhorizont der Seitenwände anzapfen. Geradlinig über Serir, Hammada und Areg, durch die Trockenschluchten, Restberge und Dünenkämme winden sich die zahlreich zu Schutz und Trutz zusammengescharten, bewaffneten Karawanen auf uralten Wegen von Oase zu Oase, von Quell zu Quell, oft verdurstend unterm Samum, oft überfallen von räuberischen Nomaden.([3])

Nur wertvolle Güter lohnen die Art des Transportes, worunter z. B. in diesen Gegenden auch Salz aus den Salzoasen im Innern der Sahara zu rechnen ist.([4]) Die Reisedauer beträgt Monate; die Tagesstrecke 30—50 km; die Stundengeschwindigkeit 3,5—4 km; die Transportmasse auf dem Rücken des Einzeltieres 150—200 kg, d. i. 5—6 mal mehr als beim afrikanischen Trägerdienst. Der Wert des Absatzgewinnes ist groß. Es liegt in der Natur der Wüstenüberwindung, daß sie immer an gewisse Wege sich flicht. So führen wichtige Karawanenstraßen aus Marokko, Algier und Tunis nach dem sagenumwobenen Timbuktu, wo sie sich bündeln und an die feuchte Nigerstraße anschließen. Die tripolitanische Mitte tauscht durch das dattelreiche Fessan Schätze zwischen Küste und Tsad, während Barka und Ägypten über Kufra, Borku nach dem Tsadbecken zielen. Die Ost-Westlinien kommen nach der ganzen geographischen Lage der Austauschgebiete wenig in Betracht, außer einer Fährte, die von Chartum El-Obeid durch Darfur und Wadai nach Sonnenuntergang führt, bis sie über Tsad und Agades Anschluß an den Nigerbogen findet. Wie die Wüstendurchwanderung, im Gegensatz zur hier gewachsenen Art, modern aussehen wird, wollen wir in einem späteren Kapitel vornehmen, wenn wir Afrika und die modernen Raumüberwinder betrachten. Es ist klar, daß einerseits größere Unabhängigkeit von den Oasenrastorten und vom Wasserhaushalt bei schnellerer Durchquerung eintreten wird, andererseits wird doch die alte Anziehungskraft der Palmeninseln im Sandmeer erhalten bleiben.([5])

Während man das Saharische Afrika nicht nur kulturell und landschaftlich, sondern auch verkehrsgeographisch zur Welt des Orients rechnen muß, wird der afrikanische Typus vor allem vertreten durch den gewaltigen Savannengürtel, der sich völker- und gütertauschend um die regungslose grüne Urwaldmauer schließt. Auf diesem, auch von einer einheimischen Fauna erfüllten Streifen, der eine stärkste Rassen- und Kulturleitungsfähigkeit zeigt, schoben sich die Hirten- und Herrenvölker des Nordens in das Ackerbaudasein der Bantus; hier brodelt der große Mischkrater von Hamiten und Bantunegern, hier stießen Massai und Fulbe vor, pulst die eigenartige, gewerbereiche Kultur des Sudan([6]) mit volkreichen Städten (Weberstadt Kano) und wandernden Handelsstämmen (Haussa); der Islam arbeitet vom Norden und Osten her besonders einflußreich. Hier wuchs das schwarze Elfenbein, hier sind die schier unerschöpflichen Wildkammern Afrikas, das Zukunftsland der Baum-



wolle, des Reisbaues in der Sumpfmulde des Tsad und Ghasal. Kurzum, hier stoßen zwei Welten, feindlich und freundlich zusammen, und zeugen eine wildbewegte dritte Welt, die ihre Wellen bis über den Zambesi schlägt. Hier, von der monsungetragenen Küste aus machte der Inder, Araber und Europäer zuerst seine Macht im Guten wie im Bösen geltend. Sklavenhandelsstaaten der Küste schlossen sich an die Sklavenjägerstaaten des Innern. Trotzdem dieses Gebiet als ein ungeheures Herdenland erscheint, wird der Mensch sein eigenes kostspieliges Lasttier, das sich mit 25—35 kg pro Träger und 20—22 km pro Tag Leistung begnügen muß. Ein wandernder Staat mit Weiber und Kindern zieht sich kilometerlang, beladen, durch die Herrschaften tributfordernder Sultane oder Dorfhäuptlinge; man feilscht, man tauscht unterwegs die Lebensbedürfnisse gegen Kattun, Kaurimuscheln, Glasperlen, veraltete Münzen, Europa- und Indienware umständlich ein, oft gewaltsam sich geltend machend. Das Menschenmaterial macht Schwierigkeiten, es gibt Desertionen, Zeitverluste. Doch kommt wenigstens im Westen die größere Bevölkerungsdichte der Billigkeit des Transportes zustatten. Die Siedlungsform, sei es städtisch geballt, sei es ländlich intensiviert, wird als Verkehrsanreger und -förderer von größter Wichtigkeit. (Kosten des Tonnenkilometers in Togo 167 Pfennig, in Ostafrika, weil dünner besiedelt, 230 Pf.) Man ist dem periodischen Wechsel von Regen- und Trockenzeit unterworfen, der besonders auf die Brauchbarkeit der Wasseradern drückt. Das Bodenrelief, die Bodenfestigkeit und die Vegetationsdecke beeinflussen aufs stärkste Schnelligkeit und Wegrichtung. Die beste Reisezeit ist die Trockenzeit, wenn das schwüle, übermannshohe Gras zwischen schütterem Baum- und Strauchbestand weggebrannt ist. Auch in den Furten und Querpassagen macht sich die scharfe Akzentuierung der beiden Jahreszeitperioden bemerkbar. Den Zutritt zur Küste hemmt die heranstreichende Regenwaldkulisse, deren Durchbrechung mit modernen Straßen ebenso kostspielig, wie nutzbringend und zeitsparend sich gestaltet.([7]) Hauptsächlich Schuld an dieser umständlichen Art Verkehr, der auch nur transportlohnende Waren, wie z. B. Elfenbein umfassen konnte, getragen von einer mannigfaltigen Basis, ist ein Insekt, die Tse-Tse-Fliege, welche die Verwendung eines geduldigeren Lasttieres als der nackte Neger es darstellt, über die gesunden Hochflächen hinaus unmöglich macht. Schlafkrankheit, Malaria schleppen sich aus Wald, Sumpf und Mangrovedickung in die freiere Busch-, Baum- und Grassteppe. Panik, Laune der Menschen, Seuchen und sonstiges Risiko machen die Züge unsicher, deren Wege ungebahnt und breit wechselnd, doch wieder an die großen Binnenmärkte und Tauschplätze traditionell geknüpft oder sogar von gewinnverständigen Machthabern gezwungen sind. Im großen und ganzen gesehen, ist aber die lichtere Savanne die verkehrsfreundlichste Zone Afrikas, die auch den modernen Ver-

kehrsmitteln nach Überwindung der Küstenränder, der Plateaustufen, der steilwandigen, trockenen Riesengräben weniger bodenplastische und Vegetationsschwierigkeiten entgegenstellt, besonders wegen der starken Monotonie der Meereshöhen im Innern.

Ganz anders die Verhältnisse in der Hyläa. Der überreiche Regen (über 1000 mm) und die üppige Vegetation haben, von der Guineaküste breit anströmend und im Kongobecken gewaltig ausladend, eine fast zusammenhängende Urwaldwüste geschaffen, deren dunkelblauer Schatten noch heute schwer über dem Lande lastet. Die naturgegebene Einbreschung dieser lebenden Mauer stellen eigentlich die Wasserläufe dar; eigentlich: denn das amazonische Beispiel läuft bei Afrikas's Aufbau fehl. Unruhig, von Schnellen, Katarakten unterbrochen bei anstehendem Restgestein und Härtlingen im Bett, müssen die Flüsse die Gefällstufen, Abbruchlinien und Gebirgsskelette überwinden. Dazu ist dieser Wald versumpft und von Fieber geschüttelt; die Inwohner meist spärlich, primitiv, unter sich und gegenüber Fremden feindlich. Die anhaltende Feuchtigkeit, die Gefräßigkeit der Termiten und Ameisen, wirkt auf die Zusammensetzung und Brauchbarkeit europäischen Materials oft genug verhängnisvoll; Wege und Telephonlinien werden überwuchert bei lässiger Pflege. Der drahtlose Verkehr, in der Trommelsprache der Eingeborenen vorgebildet, muß für den Nachrichtendienst einspringen. Im ganzen besehen ist dieser Äquatorial- und Monsunwald, der auch einen schmalen Streifen längs des ostafrikanischen Küstengebietes bis zum Rufidji, längs der warmen Mozambiqueströmung, einnimmt, der unzugänglichste und wirtschaftlich noch indifferenteste Teil Afrikas. Seine pflanzlichen Reichtümer an Nahrungs-, Nutz- und Edelhölzern, Harzen und Rodungserde liegen größtenteils noch brach; nur die Gummiausbeutung hat sich im Raubbaustiele breit gemacht. Vor der eigentlichen Europäerherrschaft ist die Handelsgier der Araber vom Osten her auf der Jagd nach schwarzem Elfenbein sogar bis in diese natürliche Vegetationsfestung eingedrungen. Es ist klar, daß dieser siedlungsträgste Teil Afrikas, der bisher nur dem schmalen Waldpfad und hindernisreichem Flußverkehr zugänglich war, auch dem modernen Bahnbau die größten Schwierigkeiten und Kosten und geringsten Lohnaussichten entgegenbringt, was letzten Endes in Klima und Pflanzenwuchs begründet ist. Gilt der Satz: „Ein Land ist soviel wert, als es Feuchtigkeit empfängt“, so erstickt man hier am zuviel des Guten. Trotzdem schneidet, wie wir sehen werden, das großartige konstante Wassernetz des Kongosystems breite, zentralmündende Wege ins Land.

Die vierte große Verkehrszone stellt der südafrikanische Typ dar. Kalte, westliche Küstengewässer, im Süden und Südosten Randgebirge vorgelagert; weite Durstflächen, gefällstarke kraftspendende Flüsse, die Berieselungsflecken



speisen und die landwirtschaftliche Siedlungsstruktur beeinflussen, abflußlose durchsalzte Becken, versteppte Hochländer, Tafelberge, Geröllschluchten und Trockentäler, die Karroostufen, die Rumpfberge, scharf akzentuierter Wechsel zwischen Regen- und Trockenzeit, Tages- und Nachttemperatur kennzeichnen diesen hauptsächlich mesothermen, physisch und biogeographisch einheitlichen Typ. Hierher wurde einst die Urbevölkerung von den Bantus zurückgedrängt, von dieser Küste aus nahm die Europäersiedlung (Urbanismus der Weißen) und damit die europäische Verkehrserschließung ihren Ausgang. Trotz seiner scharfen Gegensätze, die sich vom feuchten Natal gegen Nordwesten zuspitzen, birgt dies Land bis heute höhere Handelswerte in sich als das ganze tropische Afrika zusammen (Ausfuhr der südafrikanischen Union 1923: 61 % Bergbauerzeugnisse, 37 % Ackerbau und Viehzucht, 2 % Industrieerzeugnisse). Sein Lagenwert, der allerdings durch den Suezkanal stark gemindert wurde, sein gesundes Klima, seine Schätze an Metallen und Herden ([8]) und vor allem sein starker Prozentsatz weißer, sässiger Bevölkerung lassen diese geographische Provinz ihrerseits bis ins tropische Afrika hinein aktiv werden und zur Selbstbestimmung in Politik und Wirtschaftsausgestaltung drängen. Hier, auf der Nahrungsfläche des kräftigen Steppenrindes konnte der schwerfällige, starke Ochsenwagen der Buren die Rolle des Transporteurs übernehmen; unbehindert durch üppige Vegetatioı shindernisse, auf ungebahnten steilen Wegen, durch Runsen und Hohlräume, die im Gegensatz zu den Erhebungen die größeren Schwierigkeiten verursachen (negative Pässe) wurde rücksichtslos „getreckt"; bei einer Tagesleistung von 20—25 km und einer Belastung von 1500 bis 2000 bis 3000 kg war nur eine geringe Bedienungsmannschaft erforderlich. Die Kosten des Tonnenkilometers betrugen vor dem Witboikriege 80 Pfennig. Menschen bedienten sich beim Reisen natürlich des Pferdes. Da in diesem Gebiete die wirtschaftliche Wandlung zuerst einsetzte, läßt sich denken, daß hier auch zuerst die altmethodische Methode des Reisens im Postkarren sich gründlich änderte, der Last- und Reitverkehr zuerst vom Rücken des Tieres auf die Maschine abgeladen wurde, und Südafrika zu einem Land des Automobilismus wurde. Trotz der bodenplastischen Hindernisse für den Eisenbahnbau (gewaltige, alpenähnliche Steigungsverhältnisse) kann man in Südafrika von einem energisch betriebenen, zentralisierenden Netzwerk sprechen. Daß die Großräumigkeit und Sichtigkeit der Landschaft als Anreger des Automobil- und Luftverkehrs, ebenso wie der subtropische, saharische Norden, wirken muß, liegt zutage.

Die Feuchtigkeitsinsel des Atlas mit ihren immergrünen Gewächsen und Berieselungsflecken zeigt auch in ihren Verkehrsbedingungen und -mitteln stärkste Ähnlichkeiten mit dem genetisch dazugehörigen gesamtmittelmeerischen Faltungsland; heute im weitesten Maße dem modernen Einfluß zugänglich,

wirtschaftlich das europäische Mutterland Frankreich ergänzend, spielte hier einst, wie in Spanien, Italien und Südfrankreich der Saumverkehr: Maultier, Pferd, Esel, kurzum die üblichen Gebirgs-, Last- und Reittiere, neben dem flächenüberwindenden Kamel auf dem Hochland der Schotts, eine Rolle. (Der Sahararücken des Gebirges ist verkehrstot, weil kein Hinterland.)

Ebenso, wie im natürlichen Bergwall Abessiniens, mit seinen zerbrochenen Massiven, zerfressenen Tafelrändern, Inselstöcken (Ambas) und Erosionsschluchten: einem starren Horst, eine Fortsetzung des ostafrikanischen Seenhochlandes, vulkanisch aufgegossen; ohne Schiffahrtswert seiner raschen Cañonflüsse, gerade wie die unregulierten des Atlasgebietes; Esel, Maultier und Kamel vermitteln auf heruntergekommenen Karawanenpfaden den geringen Austausch.

Anmerkungen:

1) Keine Inselbesiedlung seitens rumpfafrikanischer Völker.

2) Vergl. Köppens 11 Klimate der Erde in „Klimalehre".

3) Rund 20% der Sahara ist Steppe, 96% der Saharatafel nicht seßhaft bewohnt.

4) Vergl. auch den „Wirtschaftspendelaustausch" zwischen Oasenbauern und Nomaden (E. Banse).

5) Banses Hauptkarawanenstraßen:
   a) Mogador—Timbuktu 50—55 Tage.
   b) Tripolis—Radames—Tichikelt—Timbuktu 65—70 Tage.
   c) Radames—Rat—Sinder 70—75 Tage.
   d) Tripolis—Sokna—Mursuk—Kuka 65 Tage.
   e) Tripolis—Mursuk über Tibesti und Borku nach Wadai 70—75 Tage.
   f) Benghasi—Kufra—Wadai 55—60 Tage.
   Durchgehende Ostwestlinien spielten keine Rolle.

6) Weberei, Goldschmiede Togos, Bootsbau der Krus.

7) Man vergleiche die Wirkung des Dreimeterstraßenbaues in Kamerun in Zeitersparnis gegen frühere Verhältnisse mit Waldpfaden von 30 cm Breite.

8) Neben der Vieh- und Schafzucht die Straußenzucht besonders heimisch.

L. HAMILTON:
DEUTSCH-KANADISCHE HANDELSBEZIEHUNGEN

Die deutsch-kanadischen Handelsbeziehungen reichen bis in die Zeit vor der Gründung des Deutschen Reiches zurück. Sie waren natürlich im Vergleich zu heute undedeutend, wie zum Beispiel aus den Zahlen hervorgeht, die das Dominium im Jahre 1868 veröffentlichte. Damals exportierte Deutschland Waren im Werte von 485 943 Dollar nach Kanada und importierte solche im Werte von 44 943 Dollar aus diesem Lande (Gesamtwert 530 886 Dollar). Von dieser Zeit bis zum Ausbruch des Krieges hat der Export Deutschlands immer den Kanadas um ein Bedeutendes überstiegen. Wenn wir den Zeitraum von heute rückwärts bis 1868 überschauen (eine Periode von mehr als 50 Jahren), so finden wir, daß sich die deutsch-kanadischen Handelsbeziehungen in fünf Abschnitte teilen lassen: 1. Die Periode von 1868 bis 1903, wo sie sich in normalen Bahnen bewegten, die deutschen Ausfuhrzahlen aber immer viele hundert Prozent höher sind als die kanadischen; 2. die Periode des deutsch-kanadischen Zollkrieges; 3. die Periode, die wir die Einstellung der Feindlichkeiten nennen können, wobei eine zeitweilige Zollübereinkunft erzielt wurde, die bis zum Ausbruch des großen Krieges dauerte; 4. die Kriegsperiode, während welcher alle Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern aufhörten, und 5. die Nachkriegsperiode, in welcher Deutschland infolge des Versailler Vertrages Kanada als einem der unterzeichneten Siegerstaaten vom Zeitpunkt der Unterzeichnung an bis zum 10. Januar 1925 Meistbegünstigung gewären mußte. Nach Ablauf dieser Zeit trat die provisorische Abmachung vom 15. Februar 1910 wieder in Kraft und wird voraussichtlich fortbestehen, bis ein neuer deutsch-kanadischer Zollvertrag unterzeichnet ist. Betrachten wir diese fünf Perioden in ihrer chronologischen Reihenfolge.

Erste Periode, 1868 bis 1903.

Diese 35 Jahre zeichnen sich durch vollständig normale Handelsbeziehungen aus, obgleich Deutschland die größeren Ausfuhrzahlen aufweist. Dieser Zustand blieb beinahe über ein halbes Jahrhundert, bis 1914, bestehen. Wir haben gesehen, daß im Jahre 1868 der ganze Handel zwischen Deutschland und Kanada einen Wert von 530 886 Dollar hatte. Selbst in damaliger Zeit exportierte Deutschland hauptsächlich Maschinen und Fertigfabrikate.

Die Handelsbeziehungen wachsen sehr langsam. In dem Zeitraum von 1868 bis 1882 übersteigen die deutschen Ausfuhren nach Kanada nur einmal (1873)

den Wert von 1 Million Dollar. Es ist auffallend, daß der deutsch-französische Krieg 1870/71 keinen Einfluß auf den deutschen Export nach Kanada hatte, während die kanadische Ausfuhr nach Deutschland von 61 486 Dollar (1869) auf 15 155 Dollar (1870) fiel; 1871 betrug sie 16 235 Dollar, um 1872 auf 36 282 Dollar zu steigen. Vom Jahre 1882 ab, als die Zahlen für die deutschen Ausfuhren nach Kanada die Summe von $1^1/_2$ Million Dollar erreichten, stiegen diese allmählich bis 1903, wo die höchsten Zahlen erreicht waren (12,2 Millionen Dollar). Bis zu demselben Jahre hatten sich die kanadischen Ausfuhren nach Deutschland nur auf 1,6 Millionen Dollar erhöht. Von 1897 bis 1903 hielten sie sich fast gleichmäßig auf rund 1,5 Millionen Dollar. Nebenbei bemerkt, dauerte es tatsächlich bis 1910, ehe die kanadischen Zahlen auf 2 Millionen Dollar stiegen. Aus obigen Bemerkungen ist ersichtlich, daß Deutschland in der Vergangenheit kein nennenswertes Absatzgebiet für kanadische Waren war. Jedoch darf nicht vergessen werden, daß aber Kanada doch eine gewisse Kompensation trotz seiner kleinen Ausfuhrzahlen dadurch hatte, daß es ja durch die große Mengen importierter deutscher Waren sehr bedeutende Zolleinkünfte hatte. Denn es ergibt sich für die unter einem bestimmten Zolltarif miteinander handelnden Länder immer die zweifache Einnahme aus Ausfuhr und Zoll auf Einfuhr. Für Kanada übertrafen diese Zolleinnahmen fast immer den Wert des Exports nach Deutschland. Die Zahlen von 1900 bis 1903 werden zur Illustration genügen:

	Deutsche Ausfuhr nach Kanada (Dollar)	Kanadische Ausfuhr nach Deutschland (Dollar)	Zolleinnahme von deutschen Waren (Dollar)
1900 . . .	8 383 498	1 108 163	2 189 798
1901 . . .	7 021 405	1 374 716	1 811 975
1902 . . .	10 823 169	1 298 654	2 741 263
1903 . . .	12 282 637	1 618 517	3 255 191

Während der Periode von 1868 bis 1903 ist diese Zolleinnahme nur in den Jahren 1878, 1880, 1892 und 1898 kleiner als der Wert der Ausfuhr nach Deutschland gewesen, in den meisten übrigen Fällen dagegen größer; meist betrug sie das Dreifache (so durchschnittlich bis 1892).

Zweite Periode: Deutsch-kanadischer Zollkrieg, 1903—1910.

1903 entstand eine neue Situation zwischen Deutschland und Kanada, als die Handelsbeziehungen die normalen Bahnen verließen. Die Saat zu dem deutsch-kanadischen Zollkrieg war bereits zwischen 1897 und 1900 gesät worden, als Kanada seinen Tarif zugunsten der britischen Waren soweit herabgesetzt hatte, daß auf sie nur $^2/_3$ des Zolls gelegt wurde, der auf den aus



nicht britischen Ländern kommenden Waren lag. Dieser britische Präferentialtarif blieb bis 1904 in voller Kraft, von wo an die britischen Einfuhren nach Kanada zum Teil ihre Begünstigungen wieder einbüßten. Dies nur nebenbei. Wichtig war nun, daß Deutschland glaubte, der Meistbegünstigungstarif, den es auf seine Waren von England erhielt, fände auch eo ipso auf die englischen Kolonien Anwendung, einschließlich Kanada. Kanada jedoch stellte sich auf einen andern Standpunkt, ja betrachtete diesen Anspruch Deutschlands, von den englischen Kolonien wie vom Mutterlande gleichmäßige Zollbehandlung erfahren zu wollen, als Eingriff in die innerpolitischen Angelegenheiten des britischen Reiches. Die Folge war, daß Deutschland auf kanadische Waren im Jahre 1898 Höchsttarif legte. Bis dahin waren die deutsch-kanadischen Zollverhältnisse durch das zwischen Deutschland und Groß-Britannien 1865 abgeschlossene Zollabkommen geregelt worden. In diesem Abkommen war nun freilich gesagt, daß auf deutsche Waren innerhalb des britischen Reiches kein höherer Zoll gelegt werden sollte als auf die, die in Groß-Britannien eingeführt würden. Als Kanada den britischen Waren Präferenzialtarif zugestand (1897), hob Groß-Britannien den Vertrag mit Deutschland auf. — Dem deutschen Vorgehen antwortete Kanada 1903 mit einem Strafzoll, der ein Drittel über den Zoll hinausging, welcher im Generaltarif bezeichnet war. Kanada wollte im besten Fall Deutschland Meistbegünstigung gewähren. Deutschland bestand darauf, wie Groß-Britannien behandelt zu werden (vgl. „House of Commons Debates", 14. 12. 1907). So kam es zu offener Feindschaft, und das Resultat kann man am besten aus den untenstehenden Handelszahlen der beiden Länder ersehen. Wie oben bemerkt, betrugen die deutschen Ausfuhrzahlen nach Kanada 1903 12 282 137 Dollar und die von Kanada nach Deutschland 1 618 517 Dollar. Infolge des Zollkrieges gingen die deutschen Ausfuhren nach Kanada im Jahre 1904 um über 4 Millionen Dollar zurück. In der nachstehenden Tabelle zeigt sich deutlich, wie sehr der deutsche Handel nach Kanada abnahm:

	Deutsche Ausfuhr nach Kanada (Millionen Dollar)	Kanadische Ausfuhr nach Deutschland (Millionen Dollar)
1904 . . .	8,1	1,3
1905 . . .	6,6	1,1
1906 . . .	6,9	1,6
1907*) . .	5,4	0,7
1908 . . .	8,1	1,9
1909 . . .	6	1,4
1910 . . .	7.9	2

*) 9 Monate.

Merkwürdigerweise berührte der Zollkrieg die kanadische Ausfuhr nicht in bemerkenswertem Maße: sie blieb fast dieselbe. Im Jahre 1910 waren die deutschen Zahlen niedriger als 1904, sogar niedriger als die von 1900 (8,3 Millionen Dollar). Andrerseits nahm Kanada infolge des Überzolls („surtax") praktisch dieselbe Summe ein wie zu der Zeit, als die deutschen Ausfuhrzahlen viel höher waren.

Dritte Periode, 1910 bis 1914: Provisorisches Abkommen zwischen Deutschland und Kanada bis zum Ausbruch des großen Krieges.

Nach einem beträchtlichen Zeitabschnitt stellte es sich heraus, wie unbefriedigend für beide Teile dieser Zollkrieg war, so daß es am 15. Februar 1910 zu einer Konvention kam. Es hieß darin wörtlich:

I. Die Kaiserlich Deutsche Regierung soll den in Kanada erzeugten oder verfertigten Artikeln (die im Anhang aufgezählt sind) bei der Einfuhr in Deutschland am oder nach dem 1. März 1910 die Konventionaltarifsätze gewähren.

II. Der Generalgouverneur von Kanada soll, ermächtigt durch Sektion 7 des kanadischen Parlamentsakts „der Zolltarif", den Überzoll, der vom Gouverneur am 28. November 1903 festgesetzt war, bei den in Deutschland erzeugten und verfertigten und in Kanada eingeführten Artikeln am oder nach dem 1. März 1910 aufheben, und weiterhin sollen während der Dauer dieses Abkommens in Deutschland erzeugte und verfertigte Artikel bei der Einfuhr in Kanada am oder nach dem 1. März 1910 zu den Zollsätzen zugelassen werden, die durch den Generaltarif festgesetzt werden.

III. Dieses Abkommen ist provisorisch, und die Frage einer Generalkonvention für die Regulierung der Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Kanada soll für eine spätere Zeit in Betracht gezogen werden, die beiderseitig geeignet dafür erscheint.

IV: Wenn nach einer angemessenen Zeit kein solches Handelsabkommen, wie im vorigen Abschnitt in Betracht gezogen, abgeschlossen ist, kann jede der hierin genannten Parteien, sofern es wünschenswert erscheint, die gegenseitigen Zugeständnisse aufheben oder annullieren und zwar nach vorangegangener zweimonatlicher Kündigungsfrist."

Der Anhang, der in § 1 oben erwähnt ist, umschloß 25 Artikel kanadischer Produkte, von denen die wesentlichen waren: Mehl, Fette, Leder, Fleisch, Konserven, kondensierte Milch, Pferde, Schafe, Fische, Obst, Getreide, Holzbrei, Holzalkohol, Samen, Holz und Calcium Carbid.

Der Erfolg dieses provisorischen Abkommens ist sofort aus den Handelszahlen ersichtlich:

	Deutsche Ausfuhr nach Kanada (Millionen Dollar)	Kanadische Ausfuhr nach Deutschland (Millionen Dollar)
1911 . . .	10	2
1912 . . .	11	3
1913 . . .	14	3
1914 . . .	14	4

Vierte Periode, 1914 bis 1918.

Der Ausbruch des großen Krieges hatte natürlich sofort den deutsch-kanadischen Handel unterbunden. Wenn die kanadischen Statistiken die deutschen Einfuhren in Kanada für 1915 mit 5 086 986 und die kanadischen Ausfuhren nach Deutschland mit 1 447 391 angeben, so liegt es daran, daß das kanadische fiskalische Jahr vom 31. März (1914) bis 1. April (1915) zählt.

Fünfte (gegenwärtige) Periode, beginnend 1918.

Das Jahr 1918 zeigt, daß die deutsche Ausfuhr nach Kanada nur 27 181 Dollar betrug; Kanada aber exportierte garnichts während dieses Zeitraums nach Deutschland. Die deutschen Zahlen für 1919 sind 75 Dollar!, die kanadischen 0! Jedoch von diesem Zeitraum an wendet sich das Blatt vollständig. Die Einfuhren aus Kanada übersteigen die deutschen Ausfuhren dorthin um ein Beträchtliches:

	Deutsche Ausfuhr nach Kanada (Millionen Dollar)	Kanadische Ausfuhr nach Deutschland (Millionen Dollar)
1920 . . .	0,044 255	0,610 528
1921 . . .	1,5	8,2
1922 . . .	2	4,5
1923 . . .	2,5	9,9
1924 . . .	5,3	16,1
1925 . . .	6	36

Innerhalb der genannten Periode (seit 1918) muß man sich zwei wichtige Faktoren vor Augen halten: nämlich erstens, daß seit der Unterzeichnung des Versailler Vertrags bis zum 10. Januar dieses Jahres Deutschland Kanada Meistbegünstigung gewährte, und zweitens, daß Deutschland seither die Freiheit hat, ein neues Handelsabkommen mit Kanada abzuschließen, und zwar so, wie es ihm praktisch erscheint. Ein solches deutsch-kanadisches Abkommen ist noch nicht abgeschlossen. Vorläufig sind beide Länder automatisch zu der provisorischen Konvention vom 15. Februar 1910 zurückgekehrt. —

Während aller dieser fünf verschiedenen Tarifperioden ist die Art der Waren, die von beiden Ländern exportiert worden sind, im allgemeinen dieselbe

geblieben: von Kanada landwirtschaftliche Produkte, von Deutschland hauptsächlich Fabrikate wie Drogen, Chemikalien, Galanteriewaren, Metallwaren, Seide, Musikinstrumente, Töpferwaren und bestimmte Arten von Wollwaren. So stellen z. B. 1924 die hauptsächlichsten deutschen Ausfuhrartikel folgende Werte dar: Verschiedene Gebrauchsgegenstände 1,1 Million Dollar; Chemikalien 1 Million; nichtmetallische Mineralien 667 000; andre Metalle außer Eisen 503 000 Dollar; Eisen und Eisenprodukte 665 000 Dollar; Fasern und Textilien 642 000 Dollar, während von den Produkten im Werte von 16,1 Millionen Dollar, die Kanada nach Deutschland exportierte, die landwirtschaftlichen Produkte allein einen Wert von 13 Millionen Dollar hatten und Metalle und Mineralien einen solchen von 1½ Million Dollar.

Die Erklärung für die große Zunahme von Kanadas Export nach Deutschland liegt in verschiedenen Gründen; einmal hat Deutschland einen großen Teil seines ertragreichsten Gebietes durch den Versailler Vertrag verloren; außerdem haben die Zufuhren aus Rußland aufgehört; ferner waren durch den Krieg alle Vorräte aufgebraucht, die nun wieder aufgefüllt werden mußten; dazu kam eine verringerte landwirtschaftliche Produktion in Deutschland selbst, während des Krieges und nachher, und schließlich, was vielleicht einer der ausschlaggebendsten Gründe ist, hatte Deutschland, wie oben bemerkt, infolge des Friedensvertrags Kanada bis zum Anfang dieses Jahres Meistbegünstigung zu gewähren. — Unter den Hauptursachen für den Rückgang der deutschen Ausfuhr nach Kanada sind folgende: Verlust an Schiffsraum; verringerte Produktion infolge der Revolution und der Streiks unmittelbar nach dem Kriege; ferner quantitative und qualitative Verringerung der Produktion durch den beklagenswerten körperlichen und moralischen Zustand der Arbeiter infolge der Hungerblockade und der Inflation. Höhere Löhne, Einfuhrbeschränkung von Rohmaterial und Halbfertigfabrikaten taten das übrige. Aber alle diese Faktoren haben nur vorübergehend gewirkt. Die meisten sind für die Zukunft nicht mehr mitzurechnen. Natürlich ist es unmöglich, die Entwicklung der deutsch-kanadischen Handelsbeziehungen für die Zukunft vorauszusagen. Aber wir wissen, daß Deutschland sehr hohe Zölle auf landwirtschaftliche Produkte gelegt hat. Und das allein wird die kanadischen Ausfuhren empfindlich treffen. Ja, Kanada rechnet damit, daß diese neuen deutschen Schutzzölle Kanadas Ausfuhr nach Deutschland völlig unterbinden werden. Es wird auf beiden Seiten große Geschicklichkeit und großes Entgegenkommen nötig sein, um zu einem ersprießlichen Resultat zu kommen. Das Entgegenkommen von Seiten Deutschlands wird sich auf landwirtschaftliche Produkte erstrecken müssen, das von Seiten Kanadas auf Fertigfabrikate.

THEA WEILER:
DER INDIANER IN DER NORDAMERIKANISCHEN LITERATUR.

Es gibt nicht viele Naturvölker, die unter dem skrupellosen und unaufhaltsamen Vordringen einer fremdartigen Kultur mehr gelitten und Erfahrungen bitterster Art dabei gesammelt haben als die Ureinwohner der neuen Welt, kein Naturvolk zugleich, das wie sie das Interesse der Allgemeinheit und der Wissenschaft bis zum heutigen Tage wachgehalten hätte. Von geheimnisvollem Dunkel, das wohl nie ganz gelichtet werden wird, ist die Urgeschichte des Indianers umflossen und wenig zahlreich sind ihre erhaltenen Spuren. Der Vernichtungskampf der weißen gegen die rote Rasse hat begonnen bald nach dem Tag, da zum erstenmal ein europäischer Fuß den neuen Erdteil betrat, und zieht sich, was seine nördliche Hälfte betrifft, durch die Geschichte der jungen Siedlungen des englischen Kolonialreiches und des selbständigen Staatenbundes bis herauf in unsere Zeit, in der er beendigt scheint. Es ist unabweisbar, daß der nordamerikanische Wilde, zuerst als Freund, bald aber als gefürchtetster Gegner dem Weißen gegenübertretend, später gesucht und geschätzt als Träger von Handelsbeziehungen und kriegerischer Verbündeter im Kampf gegen den der eigenen Rasse des Eroberers entstammenden Nebenbuhler auf dem Boden des neuentdeckten Erdteils, zuletzt zum brauchbaren Mitglied eines modernen Staates geworden, eng mit der Geschichte seines Landes verbunden ist, so eng, daß sein Geschick von ihr nicht getrennt werden kann, ohne sie eines wesentlichen Bestandteils zu berauben. Die Weltgeschichte hat sich der Gestalt des amerikanischen Eingeborenen bemächtigt und ihm nicht nur in ihren Blättern ein treues Gedenken bewahrt, sondern ihn weitergegeben in die künstlerisch vollendende Hand der Dichtung. In dem ganzen jungen Schriftwesen Nordamerikas spiegelt sich das Bild seiner Urbewohner, ihr Leben und Denken, ihre Tapferkeit, ihre Grausamkeit und ihre überquellende Freiheits- und Heimatliebe. Diese Spuren in den Erzeugnissen der nordamerikanischen Literatur zu verfolgen und zu würdigen ist hier unsere Aufgabe.

Stark hat die literarische Auffassung indianischen Wesens im Lauf von drei Jahrhunderten gewechselt. Von grober Verzerrung führt der Weg zum Idealbild, das mit dem Aufgehen der Eingeborenen Nordamerikas in dem modernen Staat der Union erreicht wird. In diesem Augenblick läßt die Literatur den lange bearbeiteten Stoff endgültig fallen; der Indianer und sein Wesen gehört der Vergangenheit an.



Die ersten literarischen Würdigungen des Indianers auf dem neuentdeckten Kontinent zeigen ihn als den Herrn eines paradiesischen Landes, der die eingewanderten Europäer neidlos an seinem Glück teilnehmen läßt.

Ein Jahrhundert (1700) später hat sich dieses friedliche Bild gründlich geändert. Mit den Puritanern ist die Unduldsamkeit über das Meer gekommen. Am reinsten spiegelt sich diese geistige Einstellung in den „Magnalia Christi Americana" des Bostoner Geistlichen Cotton Mather. Die Unerbittlichkeit, mit der der Gelehrte und Puritaner dem Andersdenkenden entgegentrat, mußte sich bei den Indianern besonders kräftig auswirken. Alles weist darauf hin, daß Mather die vielgeschmähten Eingeborenen Nordamerikas gar nicht aus eigener Anschauung gekannt hat, sondern den Berichten von Zeitgenossen bedingungslos Glauben schenkt. Seine Schilderung des Pequot War und des King Philip's War überrascht durch die Kritiklosigkeit, die Gehörtes als wahr weitergibt, und die Kaltherzigkeit, mit der die unbarmherzige Kampfesweise der Engländer gegen die Rothäute, die „Söhne des Satans", gepriesen wird.

Anders stellt Jonathan Carver, der sie selbst kennen gelernt hat, die Indianer dar. Auf langen Reisen in indianischen Territorien (1766—1768) hat er den Charakter der Eingeborenen gründlich studiert und er verschließt die Augen nicht, wo es sich darum handelt, auch edle Seiten ihres Wesens anzuerkennen.

In ähnlicher Weise wie Carver haben sich die Reisenden Lewis und Clark auf ihren Fahrten unter den Rothäuten (um 1805) umgesehen, diese aber freilich nicht mehr in einem Leben ungezügelter Freiheit, sondern bereits in Abhängigkeit von Zivilisation und Staat angetroffen. Die Indianer haben sich zu diesem Zeitpunkt schon über den Mississippi zurückgezogen und kommen mit den Europäern fast nur durch ihre Gesandschaften an die englische Regierung in Berührung. Um die Psyche des Indianers kümmert sich Lewis, der Verfasser des 1811 erschienenen Tagebuchs der Expedition, bei seinen Beobachtungen nicht; für ihn sind die Rothäute der Überrest einer im Erlöschen begriffenen Rasse, der er als Gelehrter lediglich Vergangenheitswert zuerkennt.

Ganz anders die den Indianern gewidmete Skizze des Staatsmanns Benjamin Franklin (1706—1790). Von Rousseauschen Ideen durchsetzt bringt sie den Grundsatz von dem in und mit der Natur lebenden „unverdorbenen Menschen" den Indianern gegenüber zur Anwendung. Die Anspruchslosigkeit der Rothäute, ihre einfachen Sitten und ihre Auflehnung gegen jeden äußeren Zwang lassen dem Verfasser einen Lebenszustand wie den ihren ungleich besser und wünschenswerter erscheinen als die durch die Gesellschaft geschaffene Lebensführung des Weißen.

Die Beschäftigung mit den alten Chroniken Neu-Englands hat Washington Irving (1783—1859) seine beiden feinsinnigen Skizzen über indianische

Charaktereigenschaften in die Feder diktiert. Er behandelt, wie Cotton Mather in seiner Kirchengeschichte, den Indianerkrieg (1688—1698), aber wie wandelt sich der gleiche Stoff in der Hand des modern denkenden, tiefschürfenden Künstlers! Die verfolgten Indianer sind bei ihm, wenn auch nicht äußerlich, so doch dem Innenleben nach, ihren weißen Feinden nicht nur gleich, sondern an edlen Eigenschaften sogar überlegen. Ein helles Licht fällt auf die guten Seiten des indianischen Charakters, ohne daß seine Fehler deshalb beschönigt oder übersehen werden.

H. Hunts Erzählung „Ramona" wendet sich mit scharfer Tendenz gegen die gewissenlose Art, mit der die Besitzergreifung Kaliforniens durch die Amerikaner in der Mitte des 19. Jahrhunderts erfolgte. Der fruchtlose Kampf der Indianer gegen die Eindringlinge wird in seiner tiefen Tragik geschildert. Die Verfasserin steht mit ganzem Herzen auf der Seite der Unterdrückten und diese Einstellung mag Schuld daran tragen, daß ihre indianischen Gestalten fast ausnahmslos einen Zug ins Lebensunwahre, Ideale tragen.

J. G. Whittiers (1807—1892) locker gefügtes Jugendwerk, das Epos „Mogg Megone", ist in seinen drei Teilen zu zersplittert, als daß eine volle dichterische Wirkung erreicht werden könnte. Die Figur des Hauptbelden entbehrt der nötigen Tiefe und läßt infolgedessen kalt.

Noch mehr als bei Whittier fragt es sich bei W. L. Bryants (1794—1878) Indianergedichten, ob sich Leben und Charakter der amerikanischen Rasse überhaupt zu einer poetischen Darstellung eignen. Wenn die rein lyrischen Stücke der Gruppe zu neuzeitlich sentimental anmuten, so sind die Figuren der erzählenden Gedichte, z. B. der „Legend of the Delawares" und der „Indian Story", deren Umrisse etwas schärfer gezogen sind, trotzdem zu einem Schattendasein verdammt.

Es bleiben noch die beiden größten Darsteller indianischer Menschen auf amerikanischem Boden: H. W. Longfellow (1807—1882) und J. F. Cooper (1789—1851).

Um Longfellows „Lied von Hiawatha" richtig einschätzen zu können, darf nicht übersehen werden, in welcher Absicht es geschrieben ist. Die vielfach entstellenden Schilderungen indianischen Charakters in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts haben Longfellow veranlaßt, den landläufigen Anschauungen entgegenzutreten und die Rothäute vor dem Geschick zu bewahren, aus Mangel an eigener Rechtfertigungsmöglichkeit für alle Zukunft als Schreckgespenster im Schriftwesen Nordamerikas weiterzuleben. Der Held des Epos ist der Kulturheros der Algonkingruppe; bei allen Stämmen dieser Familie lebt sein Andenken fort als das eines Messias, der, von den Göttern auf die Erde gesandt, nach der Erfüllung seiner Mission zu ihnen zurückgekehrt ist. In der Person Hiawathas vereinigen sich alle körperlichen und

geistigen Vorzüge, die dem Indianer begehrenswert erscheinen. In erster Linie ist Hiawatha geschildert als Mann des Friedens; aber trotz dieser friedlichen Sendung wandelt er sich im Kampf gegen die Dämonen und bösen Geister zum tapferen listenreichen Krieger. Er ist der weise Häuptling und Redner am Beratungsfeuer, der geschickte Jäger und Fischer, der zauberkundige Medizinmann. Die Freude der Indianer an Spiel und Tanz, Gesang und Märchen zeichnet Longfellow in den Gestalten von Pau-Puk-Keewis, Jagoo und Chibiabos. Tiere und Pflanzen führen ein indianischen Anschauungen entsprechendes Leben.

Dem Epos Longfellows kann der Ruhm einer guten Darstellung indianischer Verhältnisse nicht abgesprochen werden. Es ist indes verständlich, daß bei der ganzen Einstellung des Werkes die Gefahr utopische Bilder zu schaffen nicht zu vermeiden war. Die zu hohe Bewertung der Kulturstufe der Stämme hat manche Unrichtigkeit zur Folge. Desgleichen scheint die freundliche Aufnahme der Weißen durch Hiawatha, der das kommende Unglück seines Volkes voraussieht, sowie die bereitwillige Annahme des Christentums durch seine Stammesgenossen zu unwahrscheinlich. Die Figur eines Kulturheros an sich mit ihrer bei allen Völkern vertretenen übermenschlichen Auffassung mußte die lebensechte Darbietung des Stoffes von Anfang an erschweren, ja unmöglich machen.

Frei von dieser im Vorwurf liegenden Fessel konnte sich J. F. Cooper in seinen Indianerromanen betätigen. Im Gegensatz zu seinem Vorgänger arbeitet er ohne Quellen. Von Kindheit an hat er in den zusammengeschmolzenen Resten der in seinem Heimatstaat New York wohnenden Indianerstämme den Charakter der roten Rasse mit Aufmerksamkeit und Eifer erforscht. Das, was sich dem sehenden Auge des Knaben bot, hat Cooper, unterstützt durch dichterische Phantasie, als reifer Mann in seinen weltbekannten Erzählungen verwertet. Für ihn ist der Indianer weder eine Idealgestalt noch eine Bestie. Er sucht den Mittelweg zu finden, indem er ausgeht von dem Zwiespalt im Charakter der Rothäute selbst, deren im Frieden bekannte Harmlosigkeit und Großmut sich im Krieg in Hinterlist und Grausamkeit verwandeln. Die Mischung dieser Gegensätze entspricht der Wirklichkeit und findet sich gerade in Coopers besten Gestalten wieder. Rivenoak (in „Wildtöter"), Magua (in „Der letzte Mohikaner") und Mahtoree (in „Wildsteller") sind ihre Vertreter, am schärfsten vielleicht ausgeprägt Magua, dessen häßliche und abstoßende Charaktereigenschaften dennoch den machtvollen Eindruck seiner Persönlichkeit nicht zerstören können, zumal Cooper die Wurzeln seiner Verkommenheit als durch die Verhätnisse, die das Eindringen der Weißen mit sich brachte, bedingt aufzeigt.

In den Figuren von Chingachgook[1]), Uncas[1]), Hard-Heart[2]) und Conanchet[3])



hat Cooper dem Ideal Zugeständnisse gemacht; er gibt indes selbst an, daß er diese Gestalten als Ausnahmen betrachtet wissen wolle. Zudem ein anderes: Uncas, Hard-Heart und Conanchet lernt der Leser nur in jugendlichem Alter kennen. Es ist möglich, daß Cooper es sich im Interesse der Lebensechtheit absichtlich erspart hat, die Wandlung und Entwicklung späterer Jahre zeigen zu müssen. Durchgeführt ist allein Chingachgook und bei ihm herrschen neben edlen Eigenschaften stets die angeborenen Schwächen. Andererseits hat Cooper seine Indianer nie zu Zerbildern verunstaltet. Ihre Vorliebe für Kampf und Krieg konnte nicht genug betont werden, denn beides ist ihnen Lebensbedürfnis und zum großen Teil Lebensinhalt.

Trotz heftiger Anfeindung hat der Schriftsteller seine Anschauung über seine roten Landsleute nie geändert, sondern sie sein ganzes Leben hindurch aufrecht erhalten. Seine Ansichten werden durch die neuesten Forschungen auf dem Gebiete der Ethnologie bestatigt, so daß ihm der Preis für die beste Schilderung indianischer Menschen wohl mit Recht zugesprochen werden kann.

Seit der Mitte des letzten Jahrhunderts erfreut sich der Indianer nur noch wissenschaftlichen Interesses. Die letzten Überbleibsel der roten Rasse stehen seit dem Ende der Indianerkriege unter staatlichem Schutz und sind in verschiedenen Reservationen gesammelt, wo sie ein Dasein führen, das trotz aller getroffenen Vorsorge nur der Schatten des Einst ist. Ein großer Teil der Urbewohner Nordamerikas hat die weiße Kultur völlig in sich aufgenommen, lebt und arbeitet im Dienst des Handwerks oder selbst der Wissenschaft und unterscheidet sich in nichts mehr von seiner weißen Umgebung. Die Rasse hat ihr Eigenleben aufgegeben und ist damit dem Bereich der Dichtung entglitten, die einen romantischen Stoff an den Alltag abtreten mußte.

Der Überblick über die hervorragendsten Werke der nordamerikanischen Literatur, die sich mit den Indianern befassen, zeigt, wie sich die Auffassung indianischen Wesens in drei Jahrhunderten gewandelt hat. Er tut gleicherweise dar, daß die Schilderung des Charakters der Eingeborenen in den selteneren Fällen nach der schlechten Seite neigt, daß im Gegenteil die Mehrzahl der Schriftsteller Nordamerikas und unter diesen die feinsinnigsten Köpfe die edlen Seeleneigenschaften des Indianers stets anerkannt und in ihren Werken betont haben.

Anmerkungen

[1]) „Der letzte Mohikaner."

[2]) „Der Wildsteller."

[3]) „Die Grenzleute."

Dieser Aufsatz geht auf meine eingehende Untersuchung „Der Indianer in der nordamerikanischen Literatur", Dissertation, München 1924, zurück.

Literaturangaben

J. Adair. The History of the American Indians. London 1775.

Baldwin. Encyclopedia Britanica, 11th Edition.

G. Bancroft. History of the Colonization of the United States of North-America.

R. Baumgartner S. J. Longfellows Dichtungen. Freiburg i. B. 1887.

D. G. Brinton. The American Race. New York 1891.

J. Carver. Of the Origin, Manners, Customs, Religion, and Language of the Indians. Londow 1781.

P. Darmstädter. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika.

H. Dengler. Indianer. Stuttgart 1923.

L. Farrand. Basis of American History. New York und London 1914.

E. Flügel. Die nordamerikanische Literatur. Leipzig und Wien 1907.

G. B. Grinell. The North-American Indians of To-Day. London 1900.

A. W. Grube. Geographische Charakterbilder, 2. Teil. Leipzig 1923.

H. F. Helmolt. Weltgeschichte, Band 1, Amerika. Leipzig und Wien 1905.

K. Knortz. Longfellow. Hamburg 1897.

K. Knortz. Geschichte der nordamerikanischen Literatur Berlin 189 .

Th. H. Lounsbury. J. F. Cooper. Boston 1895.

W. Mackenzie. The National Enzyclopedia v. VII. London, Edinburg, Glasgow.

A. Pfister. Die amerikanische Revolution 1775 bis 1783. Stuttgart und Berlin 1904.

O. S. Reuter. Das Rätsel der Edda, Band 1. Sontra i. H. 1922.

H. R. Schoolcraft. Information respecting the History Condition and Prospects of the Indian Tribes of the United States 6 vs. Philadelphia 1851.

H. R. Schoolcraft. The Hiawatha Legends. Philadelphia und London 1856.

W. Sievers. Amerika. Leipzig, Wien 1897.

C. A. Smith. Die amerikanische Literatur. Berlin 1912.

K. Weule. Leitfaden der Völkerkunde. Leipzig, Wien 1912.

K. Weule. Der Krieg in den Tiefen der Menschheit. Stuttgart 1916.

F. W. MOHR:
SINGAPORE

Wenn England heute in Singapore, an einer der wichtigsten der wenigen Großhandelsstraßen der Welt, einen handels- und marinepolitischen Stützpunkt besitzt, der im 20. Jahrhundert mehr genannt werden und für das britische Weltreich größere Bedeutung besitzen wird als beispielsweise Gibraltar im 19. Jahrhundert, so verdankt es den Besitz dieses Platzes nicht der Initiative und Weitsicht des heimischen Kolonial-, Marine- oder Kriegsamts. Wäre es vor hundert Jahren nach dem Willen und den Anweisungen der maßgebenden Herren in London gegangen, so wäre Singapore heute nicht englicher Besitz, sondern wahrscheinlich Bestandteil des holländischen Kolonialreichs im Sunda-Archipel. Der kühne Wagemut und das entschlossene Zugreifen eines weitsichtigen Kolonialpioniers, der bei dem Vizekönig in Kalkutta Verständnis und Zustimmung fand, waren es, die Singapore im letztmöglichen Moment für England erwarben. Am 6. Februar 1819 hißte Sir Stamford Raffels auf der öden, nur wenige Einwohner zählenden kleinen Insel die britische Flagge. 1805, noch nicht 24jährig, zum Sekretär bei der Verwaltung in Penang ernannt, erkannte er alsbald dank seiner großen politischen Veranlagung die Möglichkeit und günstige Gelegenheit, die Straits- und Spice-Inseln der Kontrolle Hollands zu entziehen und England nutzbar zu machen, als Holland durch den Machtspruch Napoleons Bestandteil des französischen Reiches geworden und damit auch der holländische Kolonialbesitz gewissermaßen unter französische Herrschaft geraten war. Da Raffels bei den Londoner Zentralbehörden keine Unterstützung fand, ging er 1809 nach Kalkutta, wo er, kaum 29jährig, innerhalb weniger Wochen den damaligen Vizekönig Lord Minto für seine Pläne und Auffassungen gewann, die zunächst die Eroberung Javas im Auge hatten. Der Besitz dieser Insel sollte die Vorherrschaft Englands in jenem Teile der Welt ein für alle Mal festlegen und das Sprungbrett für weitere Unternehmungen nach China—Japan ablegen. Selbst mit der Durchführung seiner Pläne betraut brachte er seine Expedition, die größte, die bis dahin jemals die indische Küste verlassen hatte, unbekümmert um die Einwendungen und den Spott der beteiligten Marineoffiziere auf der besten, aber bis dahin unbekannten und unbefahrenen Route sicher nach Batavia und erledigte hier seine Aufgabe mit seltener Klugheit und Tatkraft. Fünf Jahre stand er dann als Gouverneur an der Spitze der Verwaltung von Java, bis der Wiener Kongreß zu seiner großen Enttäuschung die Rückgabe der Insel an Holland beschloß und damit die großzügigen Pläne

Raffels zum Scheitern brachte. 1818 wurde er nach zweijährigem Aufenthalt in England zum Gouverneur des Forts Marlborough, des heutigen Bengkoelen, an der Südwestküste Sumatras ernannt. Es war eine ausgesprochene Kaltstellung dieses energischen Mannes, die ihm durch die Beschränkung seiner Tätigkeit auf die Westküste Sumatras die Gelegenheit nehmen sollte, die maßgebenden Stellen in Indien und London mit neuen Plänen und Absichten im holländischen Archipel zu beunruhigen und so die Ruhe ihrer Tage zu stören. Das war zu jener Zeit, als Holland nach der Abschüttelung der napoleonischen Herrschaft eine außerordentliche Regsamkeit entfaltete, um den ganzen Sunda-Archipel unter seine Herrschaft zu bringen. Nachdem die Castlereagh Konvention den Holländern Malacca und Java zurückgegeben hatte, besetzten sie alsbald die Billiton- und Bangka-Inseln, nahmen die Jurisdiktion über Palembang auf der Ostküste Sumatras für sich in Anspruch und hißten dann ihre Flagge auf dem Riou-Archipel, der großen Inselgruppe an der Südspitze der Malacca-Halbinsel, in unmittelbarer Nähe von Singapore. Es hätte vermutlich nur noch kurze Zeit gedauert, bis auch das Sultanat Johore und damit auch Singapore in holländischen Besitz übergegangen und so die holländische Vorherrschaft auch in diesem Gebiet gesichert gewesen wäre.

In diesem für England so kritischen Zeitpunkt, März 1818, traf Raffels in Bengkoelen ein. Er übersah sofort die ganze Lage. Auf Grund eines ausführlichen Berichts über dieselbe erhielt er dann von dem damaligen Vizekönig Lord Hastings eine Einladung nach Kalkutta zu persönlicher Aussprache, in der er nicht nur das Vertrauen Lord Hastings gewann, sondern auch dessen ausdrückliche Ermächtigung erhielt, den weiteren territorialen Absichten Hollands entgegenzutreten und durch die Besetzung von Acheen und der Riou-Inseln, die inzwischen indes schon von Holland in Besitz genommen waren, den britischen Einfluß in dieser Gegend sicherzustellen. In den Anweisungen vom 28. November und 5. Dezember 1818, die ihn nach Malacca entsandten, hieß es, daß das Vorgehen der holländischen Behörden keinen Zweifel lasse, daß sie die Vorherrschaft über den ganzen Archipel erstrebten und daß deshalb, und um den Schäden vorzubeugen, die dem britischen Handel durch eine solche Politik entstehen könnten, die Errichtung einer Station jenseits Malacca ins Auge zu fassen sei, die gleichzeitig die Straße von Malacca und Singapore beherrsche. Aber diese Anweisungen fanden nicht die Billigung der Herren vom grünen Tisch in London, die auf einen diesbezüglichen Bericht Hastings in einer unwilligen Order die Verwendung Raffels für diesen Zweck verboten, weil die Unbeherrschtheit Raffels in Auftreten und Sprache zu Differenzen mit den Holländern führen würde. Lord Hastings befahl darauf Raffels am 20. Februar 1819, die beabsichtigte Gründung einer Station aufzugeben und nach Bengkoelen zurückzukehren. Aber der Befehl Lord Hastings



kam zu spät. Am 6. Februar hatte Raffels nach einer Besichtigung der Karimon-Inseln, die sich für den beabsichtigten Zweck als ungeeignet erwiesen, nach Abschluß eines entsprechenden Vertrages mit dem Sultan von Johore die Insel Singapore wegen der guten Lage, des guten Hafens und der guten Verteidigungsmöglichkeit besetzt und die britische Flagge auf ihr gehißt. Er hat den günstigsten Platz des ganzen Gebietes gewählt, den er auf Grund seiner langjährigen Studien bereits lange vorher für diesen Zweck ins Auge gefaßt hatte. Die Besetzung von Singapore war damit durch das entschlossene Zugreifen dieses weitsichtigen Kolonialpolitikers mit der großen Militärkourage vollendete Tatsache geworden, die Lord Hasting deckte, an der alle papierenen Proteste Hollands abprallten, weil die entsprechende Macht fehlte.

II.

Die ersten Äußerungen Raffels unmittelbar nach der Besitzergreifung lassen erkennen, welchen Wert Raffels dem neuen von ihm erwählten Stützpunkte beilegte. „Die neue Station besitzt jeden Vorzug geographischer Lage und lokaler Natur, den wir nur wünschen können: einen vorzüglichen Hafen, unmittelbar an der Straße nach China gelegen, mit allen Eigenschaften, die den Schutz der Schiffahrt erleichtern. Jedes Schiff, das die Straße durchfährt, muß weniger als eine halbe Meile vom Ufer unsere Flagge passieren.“ Fünf Monate nach der Besetzung, im Juni 1819, schrieb er: „Sie können mein Wort darauf nehmen, daß dieser Platz bei weitem die wichtigste Station im Osten ist. Vom marine- und handelspolitischen Gesichtspunkt aus betrachtet ist dieser Platz von viel größerem Wert als ganze Kontinente (as far as naval superiority and commercial interests are concerned, of much higher value than whole continents of territory).“ Diese günstige Einschätzung Singapores war kein Eigenlob, sie war auch keine phantastische Prophezeiung. Sie war die logische Folgerung aus den Anschauungen, die Raffels auf Grund seiner langen Studien und jahrelanger Beobachtungen in richtiger Einschätzung der zukünftigen Entwicklungsmöglichkeiten der fernöstlichen Gebiete und dieses Platzes gewonnen hatte.

Hundert Jahre sind seit diesem Werturteil Raffels über Singapore dahingegangen. Hundert Jahre Geschichte haben die Bedeutung Singapores als Stützpunkt für Handel und Schiffahrt erwiesen und seine politische, militärische und marinepolitische Bedeutung für England und das britische Weltreich wird in unserer Zeit, wird im 20. Jahrhundert in vollem Umfang zur Geltung kommen. Die Flotten Europas beanspruchen nach der Vernichtung der deutschen Flotte längst nicht mehr in demselben Ausmaß wie früher das Interesse der britischen Admiralität. Andererseits brachte der Weltkrieg und seine Auswirkungen, insbesondern die Washingtoner Konferenz mit ihren ver-

schiedenen Abkommen und dem Ende des englisch-japanischen Bündnisses, im Fernen Osten und im Pazific Veränderungen der ganzen Lage mit sich, die zeitweise Japan in besorgniserregender Weise in den Vordergrund schoben und dadurch in Australien und Neuseeland unbehagliches Alpdrücken verursachten. Nach den maßgeblichen Anschauungen der britischen Admiralität und wohl auch der politischen Führung in London hat sich darum das Gefahrenzentrum für England und das britische Weltreich von der Nordsee und Europa nach dem Fernen Osten, nach dem Pazific verschoben, so daß ihnen eine entsprechende Umstellung der britischen Seemacht unumgänglich notwendig erscheint. Als Rückgrat, als rocher de bronze der britischen Stellung im Fernen Osten und im Pazific ist Singapore gedacht, dessen ungeheure, von Raffels richtig eingeschätzte Bedeutung für den britischen Handel und die britische Seegeltung damit voll in Erscheinung tritt. Hält England zur Wahrung seiner Stellung in diesen Teilen der Welt eine erstklassige Flottenstation für notwendig, so kann dafür in der Tat nur Singapore in Frage kommen. Sie kann bei der gegenwärtigen Lage der Dinge nur gegen Japan gerichtet sein.

III.

Die marinepolitisch nach dem Stillen Ozean gerichtete Frontstellung Japans verläuft von der Südspitze Formosas (22 Gr. n. Br.) über diese Insel, über die in der Straße von Formosa gelegenen Pescadoresinseln, die Loocho- oder Riukiu-Gruppe, die japanischen Hauptinseln einschließlich Hokkaido bis nach Sachalin, wo sie auf russisches Gebiet stößt, und über die Kurilen bis zu den amerikanischen Aleuten. Nach Löschung der Leuchtfeuer, Beseitigung der Seefahrtszeichen und Auslegung von Minen und U-Bootssperren ist diese Linie im Angriff und in der Verteidigung schier undurchdringlich. Als vorgeschobene Posten liegen im Ozean, etwa 600 Meilen südöstlich von Yokohama-Tokio, die Bonininseln, während auf dem asiatischen Festland Korea und die Mandchurei die entsprechende Rückendeckung liefern. Das im Rücken dieser nach dem Ozean gerichteten Front gelegene deutsche Tsingtau, das in fremder Hand zur modernen Festung ausgebaut, zu einer erheblichen Bedrohung im Rücken hätte werden können, konnte im Weltkrieg endgültig beseitigt und der Sicherungsgürtel im Ozean durch den Erwerb der deutschen Südseeinseln bis zum Äquator vorgeschoben werden. Wenn auch der Charakter als Mandatsgebiet die Anlage von Befestigungen daselbst verbietet, so bieten diese Inselgruppen der japanischen Flotte im Angriff und in der Verteidigung gleichwohl außerordentliche Hilfsmittel, Erleichterungen und Schlupfwinkel. Daß Japan sie im Kriegsfall entsprechend benutzen wird, kann als selbstverständlich angenommen werden. Dafür spricht auch schon die Tatsache, daß fremden Schiffen das Anlaufen bestimmter Zonen, wie z. B. der 40 Seemeilen



langen und 12 Seemeilen breiten Jaluitlagune verboten ist. Von den Bonin- und Riukiu-Inseln, Formosa und den ehemals deutschen Palau-, Karolinen-, Marschall- und Mariannen-Inseln nach Amerika hin abgeschlossen liegen die Philippinen, über denen jetzt noch das Sternenbanner weht, sowie das amerikanische Guam. In diesem Gebiet liegt auch der wichtige Kabelknotenpunkt Jap, um dessen Besitz in und nach Versailles zwischen Amerika und Japan heftig gerungen wurde. Der nächste Punkt, von dem Guam und den Philippinen von Amerika her Hilfe kommen kann, ist Pearl Harbour auf Honolulu, das 4840 Seemeilen von Manila entfernt liegt, weil der amerikanische Kongreß die vom Marineamt wiederholt verlangten Mittel für die Befestigung von Guam, das für die Verteidigung der Philippinen immerhin von erheblichem Wert hätte sein können, sowie der Midway-Inseln und der Philippinen selbst stets ablehnte. Für Guam wurden 1920 insgesamt $2^1/_2$ Millionen Dollar bewilligt. Die Festungswerke bei Manila sollen heute ebenso veraltet sein, wie sie zur Zeit des spanisch-amerikanischen Krieges waren. Der nächstgelegene feste Platz in englischem Besitz in diesem ineinander verwobenen Interessensphären ist die Insel Hongkong an der südchinesischen Küste, dessen Wert als Seefestung infolge der neuzeitlichen Entwicklung der Kriegstechnik ebenfalls stark gesunken ist.

IV.

Die Washingtoner Abrüstungskonferenz von 1921/22 brachte mit ihren verschiedenen Abkommen zweifellos eine sichtliche Beruhigung der politischen Atmosphäre im und am Stillen Ozean, die aus den verschiedensten, aus der Kriegszeit herrührenden Ursachen in den ersten Nachkriegsjahren außerordentlich stark geladen war. Das Neun-Mächte-Abkommen über China trug berechtigten Wünschen dieses Landes wenigstens zu einem Teil Rechnung. Die Vereinbarungen zwischen China und Japan über die Tsingtau-Schantungfrage beseitigte einen schweren Konfliktstoff, der die Beziehungen Japans zu verschiedenen Staaten, insbesondere zu Amerika, stark belastete. Das Vier-Mächte-Abkommen zwischen Japan, Amerika, England und Frankreich über etwaige Streitfragen im Stillen Ozean machte bei Differenzen zwischen einzelnen Kontrahenten die freundschaftliche Vermittlung der nichtbeteiligten Mächte obligatorisch und trägt so zur friedlichen Lösung auftauchender Gegensätze bei. Der Fünf-Mächte-Vertrag vom 6. Februar 1922 zwischen Amerika, England, Japan, Frankreich und Italien über die Rüstungsbeschränkungen zur See, das zuerst von Amerika, im Juli 1922 von England und bald darauf von den britischen Dominions, im August 1922 von Japan und erst am 8. Juli 1923 von Frankreich ratifiziert wurde, macht wenigstens den Anfang einer Abrüstung, indem es für einen bestimmten Zeitraum für die Zahl der Großschiffe dieser Staaten das bekannte Verhältnis von 5 : 5 : 3 : 1,75 : 1,75 fest-

setzte. Wichtiger als diese Bestimmungen des Abkommens vom 6. Februar erscheint mir für den allgemeinen Frieden und besonders für die künftige Entwicklung der politischen Verhältnisse im Stillen Ozean der in der europäischen Öffentlichkeit viel zu wenig beachtete Artikel 19 desselben Abkommens, der die Befestigungen im Stillen Ozean betrifft und nur die Vereinigten Staaten, England und Japan berührt.

Dieser Artikel 19 lautet:

„Die Vereinigten Staaten von Amerika, das Britische Reich und Japan sind sich darüber einig, daß der status quo der Festungswerke und Flottenstationen, wie er zur Zeit der Zeichnung dieses Vertrages besteht, in den ihnen gehörigen, nachstehend im einzelnen aufgeführten Gebietsteilen (territories and possessions) aufrecht erhalten werden soll:

1. auf den Inselbesitzungen, die die Vereinigten Staaten in Pazific jetzt besitzen oder in Zukunft erwerben, mit Ausnahme

a) der Inseln an der Küste der Vereinigten Staaten, von Alaska und der Panama-Kanalzone. Anter diese Ausnahme fallen nicht die Aleuten,

b) der Hawaii-Inseln;

2. auf der Insel Hongkong und den Inselbezitzungen, die das Britische Reich im Pazific östlich des 110. Längengrades jetzt besitzen oder in Zukunft erwerben wird. Nicht hierunter fallen

a) die Inseln an der Küste von Kanada,

b) Australien und seine Gebiete (territories),

c) Neuseeland;

3. auf den folgenden Inselgebieten und Inselbesitzungen, die Japan zur Zeit im Pazific besitzt, nämlich den Kurilen, den Bonin-Inseln, auf Amami-Oshima, den Loochoo(Riukiu)-Inseln, auf Formosa, den Pescadores-Inseln sowie auf allen zukünftigen Neuerwerbungen im Stillen Ozean.

Die Aufrechterhaltung des status quo im Sinne der vorstehenden Bestimmungen bedeutet, daß in den genannten Gebieten keine neuen Befestigungen errichtet, daß keine Maßnahmen getroffen werden dürfen, um die vorhandenen Anlagen für die Ausbesserung und Inbetriebhaltung der Seestreitkräfte zu vermehren und daß neue Küstenverteidigungsanlagen nicht angelegt werden dürfen. Unter diese Beschränkung fällt dagegen nicht die Ausbesserung und Auswechslung von abgenutzten Waffen und Ausrüstungsgegenständen, wie sie in Friedenszeiten bei militärischen und Marine-Anlagen üblich sind."

Artikel 19 macht ein Wettrüsten der drei beteiligten Mächte in bezug auf Flottenstationen, befestigte Stützpunkte, Küstenverteidigungsanlagen und dergleichen im Stillen Ozean östlich des 110. Längengrades für die Dauer von zehn Jahren unmöglich. Die Beschränkungen, die die Vereinigten Staaten damit auf sich nehmen, sind außerordentlich weitgehend. Sie bedeuten nicht

mehr und nicht weniger als die Preisgabe jeder ernsten Verteidigungsmöglichkeit seiner vorgeschobenen Besitzungen Manila und Guam. Denn bei einem Aktionsradius von etwa 2000 bis 2500 Seemeilen für Großkampfschiffe ist eine Verteidigung der genannten Besitzungen von dem 4762 Seemeilen entfernten Flottenstützpunkt Hawaii aus kaum denkbar, während anderseits die Befestigung aller im Artikel 19 genannten Inselgebiete, also der Aleuten (Dutch Harbour), der Midway-Inseln, Guams und Manilas diese Gebiete nicht nur gegen etwaige Angriffe anderer Mächte, sondern auch den maßgeblich mitbestimmenden Einfluß der Vereinigten Staaten in allen Teilen des Stillen Ozeans über alle Zweifel sichergestellt hätten. Deutlicher als alle Ausführungen sprechen die Entfernungen der einzelnen amerikanischen Besitzungen von dem alleinigen Flottenstützpunkt Hawaii einerseits und den wichtigsten Punkten im westlichen Pazific anderseits. Es betragen die Entfernungen in Seemeilen

von Honolulu

nach Gum	3330	nach Kobe	3658	nach Hongkong	4860
„ Dutch Harbour	2036	„ Formosa (Takau)	4538	„ Jap	3748
„ Manila	4762	„ Bonin-Inseln ca.	3300	„ Jaluit	2100
„ Panama	4685	„ Schanghai	4324	„ Torresstr.	4178
„ Yokohama-Tokio	3390				

von Guam

nach Schanghai	2575	nach Jap	452	nach Kobe	1355
„ Hongkong	1800	„ Torresstr.	2170	„ Yokohama	1510
„ Manila	1498	„ Formosa	1510	„ Bonininseln	810

von Manila

nach Schanghai	1130	nach Sydney	3967	nach Panama	9355
„ Hongkong	630	„ Formosa	544	„ Batavia	1550
„ Jap	1158	„ Sasebo	1310	„ Singapore	1370
„ Torresstr.	2164	„ Yokohama	1756	„ Port Darwin	1880

Diele Zahlen sprechen für sich selbst. Sie redeten auch zu den amerikanischen Marinesachverständigen, die Guam vielfach den Schlüssel zum Stillen Ozean nannten, dieselbe klare und unerbittliche Sprache. Wenn die Vereinigten Staaten trotzdem dem Artikel 19 des Abrüstungsabkommens zustimmten, so geschah es nicht lediglich, um durch schwere Opfer ihrerseits das Abkommen überhaupt unter Dach und Fach zu bringen und der von ihnen angeregten Konferenz zu einem Erfolg zu verhelfen, die Zustimmung der Vereinigten Staaten zu diesem weitgehenden Verzicht auf eine militärische Sicherung ihrer vorgeschobenen Positionen kann nur als ein Zeichen selbstbewußter Stärke und als unzweideutige Betonung eines ernsten Friedenswillens gewertet werden. Diese Deutung ist um so berechtigter, wenn man in Erwägung zieht, daß die

Vereinigten Staaten die einzige Macht waren, die nach dem Kriege finanziell in der Lage war, die Mittel bereitzustellen, die eine großzügige Befestigung ihrer Besitzungen im Stillen Ozean erfordert hätte. Um so unverständlicher mußte nach dieser Bekundung seiner friedlichen Absichten im Stillen Ozean die schroffe Haltung sein, die Amerika später Japan gegenüber in der Einwanderungsfrage einnahm, die ihrer ganzen Form nach die berechtigten Ehrgefühle eines ganzen Volkes in unnötiger Weise scharf verletzen mußte.

VI.

Als der eigentliche Sieger der Washingtoner Konferenz muß Japan bezeichnet werden, eine Tatsache, die nur selten richtig erkannt und entsprechend gewürdigt worden ist. Das englisch-japanische Bündnis, das auch bei seinem Fortbestehen England niemals zu einem Eingreifen auf Seiten Japans gegen die Vereinigten Staaten veranlaßt haben würde, war für Japan nicht mehr zu retten. Darüber war man sich in Tokio längst im Klaren. Die Idee eines Vier-Mächte-Abkommens über den Stillen Ozean wurde darum, wenn sie nicht von Japan selbst ausgegangen ist, von Japan auf das lebhafteste unterstützt. In dem dann in Washington tatsächlich abgeschlossenen Abkommen verpflichteten sich die Vereinigten Staaten, England, Frankreich und Japan für die Dauer von zehn Jahren bei Streitfällen untereinander die freundschaftliche Vermittlung der anderen nicht beteiligten Mächte anzurufen. Bei einer einigermaßen geschickten Politik, die ohne Ablassen von gesteckten Zielen notfalls im richtigen Moment einmal einen Schritt rückwärts tut, sicherte dieses Abkommen Japan für zehn Jahre unbedingte Sicherheit und Ruhe, die benutzt werden konnten und benuzt werden mußten, die militärische Rüstung Japans den veränderten Zeitverhältnissen anzupassen. Auf den Schlachtfeldern Europas und bei der gemeinsamen Expedition nach Sibirien hatten die japanischen Militärmissionen und Expeditionsführer alsbald erkannt, wie rückständig besonders in technischer Hinsicht die Ausrüstung der japanischen Armee und die vorhandenen Verteidigungsanlagen waren. Ihnen war zu Bewußtsein gekommen, daß mit der bisherigen Ausrüstung und den bisherigen Methoden gegen die technische Kriegsmaschine der auf den Schlachtfeldern Europas geschulten Armeen nicht aufzukommen sei. Mit Kriegsende setzte darum in Japan eine fieberhafte Tätigkeit ein, die in Europa gesammelten Erfahrungen für die japanische Wehrmacht zu Wasser und zu Lande sowie die Küstenverteidigung besonders nach der technischen Seite hin nutzbar zu machen, eine Aufgabe, für die das Vier-Mächte-Abkommen für zehn Jahre die erwünschte diplomatisch-politische Rückendeckung brachte. Dabei versetzte das Abrüstungsabkommen durch die Ausschaltung eines kostspieligen Wettrüstens auf den Inselbesitzungen Japan in die Lage, seine im Vergleich zu Amerika



sehr beschränkten Mittel für die große Hauptaufgabe, die Modernisierung der Armee, Marine und der heimatlichen Verteidigungsanlagen zu verwenden. Das war für Japan um so wertvoller, als die Rüstungsbeschränkungen, die Artikel 19 des Abkommens den drei beteiligten Mächten östlich des 110. Längegrades auferlegt und die die englisch-amerikanischen Besitzungen daselbst für die nächsten zehn Jahre fast schutz- und verteidigungslos läßt, für Japan keine Beeinträchtigung seiner militärischen Schlagfertigkeit bedeutet. In Erkenntnis ihrer Wichtigkeit für die Verteidigung hatte man nach Kriegsende mit der Modernisierung der Befestigungsanlagen auf den wichtigten Außenbesitzungen zuerst begonnen. In Erwartung der Abrüstungskonferenz und in Vorahnung ihres Verlaufs waren die Arbeiten auf den vorgeschobenen Bonin-Inseln, auf Amami-Oshima, unmittelbar nördlich der Loochoo-Inseln, sowie anderen Inseln unter Aufbietung aller Kräfte so beschleunigt worden, daß der status quo des Abrüstungsabkommens die Befestigungsanlagen daselbst in einer Verfassung sah, wie sie unter den gegebenen Umständen kaum moderner gedacht werden konnten. Die zehnjährige Abrüstung bedeutet also für Japan keine Beeinträchtigung seiner Angriffs- und Verteidigungsmöglichkeiten, wenigstens soweit diese Inselbesitzungen in Frage kommen, zumal das Mandatsgebiet der deutschen Südseeinseln für Japan zu einem äußerst wichtigen Schutzgürtel geworden ist, der seiner Marine wesentliche Erleichterungen bietet, die Anfahrt der amerikanischen Flotte aber zu den amerikanischen Besitzungen Guam und Manila in kritischen Zeiten fast unmöglich macht.

Diese günstige Stellung Japans wird weiter verstärkt durch die größere Nähe der heimatlichen Basis und der wichtigsten Außenstationen zu dem mutmaßlichen Operationsgebiet im Stillen Ozean. Es beträgt die Entfernung in Seemeilen von

Yokohama		den Bonin-Inseln		Formosa (Takau)	
nach Manila	1756	nach Hawaii	ca. 3300	nach Hongkong	342
„ Guam	1510	„ Guam	„ 810	„ Manila	544
„ Hongkong	1585	„ Jap	„ 1020	„ Guam	1510
„ Jap	1355	„ Manila	1500	„ Jap	1310
„ Honolulu	3390				

In nie geahntem Maße wirken sich die in Washington getroffenen Abkommen günstig für Japan aus nach der verhängnisvollen Erdbebenkatastrophe vom 12. September 1923, das durch die Zerstörung Tokios, Yokohamas, der Marinestation Yokosuka, die Verluste der Marine und sonstigen schweren Schäden die machtpolitische Stellung Japans für einige Zeit ernstlich erschütterte und an die Finanzen des japanischen Staates Anforderungen stellte und noch stellt, die die größte Sparsamkeit auch für militärische Zwecke

dringend notwendig machen. Bei der realpolitischen Einstellung, mit der man in Japan den Wert der Wehrmacht zu Wasser und zu Lande einschätzt, wird aber trotz aller gebotenen Sparsamkeit gerade auf diesem Gebiete keine Ausgabe unterbleiben, die im Interesse der Landesverteidigung einmal für notwendig erkannt worden ist, mögen die Mittel hierfür auch nur gewonnen werden können durch eine planmäßige Verringerung der Armee, die seit Kriegsende um vier Divisionen vermindert worden ist, weil man bei dem Fehlen etwaiger Gegner zu Lande zu der Erkenntnis gekommen ist, daß die nächste Entscheidung um die Zukunft des Landes auf dem Wasser, auf dem Stillen Ozean, fallen wird.

VII.

Für England und das britische Weltreich bedeutet Artikel 19 des Abrüstungsabkommens tatsächlich ein Verzicht auf alle Flottenstützpunkte im Stillen Ozean und damit auf jede Basis zur ernsthaften Verteidigung seiner großen wirtschaftlichen und politischen Interessen im Fernen Osten, in Südostasien und im Stillen Ozean. Denn Hongkong, der vorgeschobenste Flottenstützpunkt im Fernen Osten, liegt auf dem 114. Grad östl. Länge, fällt also in das Gebiet, in dem der status quo der damaligen Befestigungsanlagen aufrechtzuerhalten ist, die bei der neuzeitlichen Entwicklung der Kriegsmittel jetzt also nahezu wertlos geworden sind. Durch seine Lage in unmittelbarer Nähe der oben wiederholt genannten Gebiete könnte Hongkong, wenn es erst zu einem modernen Kriegshafen ausgebaut würde, zu einer großen Rolle in den künftigen Auseinandersetzungen im Stillen Ozean berufen sein.

Es beträgt nämlich die Entfernung Hongkongs

nach Singapore	1438	nach Jap	ca. 1500	nach Yokohama	1585
„ Batavia	525	„ Guam	1800	„ Torresstr.	2505
„ Manila	630	„ Formosa	1342		

Mit der Einbeziehung Hongkongs in die Abrüstungszone und der darin liegenden Zurückverschiebung der englischen Operationsbasis um rund 1400 Seemeilen nach Singapore hat sich England bei dem Fehlen anderweitiger Stützpunkte in weitestem Maße der Möglichkeit begeben, bei der weiteren Entwicklung der Ereignisse im Stillen Ozean das Gewicht seiner Flottenmacht so in die Wagschale zu werfen, wie es ihm zur Wahrung seiner Interessen notwendig erscheinen mag. Es ist verständlich, wenn das Prekäre dieser Lage, in die das Abrüstungsabkommen England in dieser Hinsicht versetzt hat, in England mehr und mehr erkannt worden ist, als die erste Begeisterung über die in Washington erreichte Annäherung an die Vereinigten Staaten abebbte und die kühle Kritik wieder stärker einsetzte. Die Erkenntnis, daß zur Wahrung und Sicherung der britischen Interessen im Stillen Ozean etwas Durchgreifendes



geschehen müsse, wurde nachdrücklich gefördert durch die Hilferufe und Vorstellungen aus Australien und Neuseeland, die von Jahr zu Jahr dringlicher wurden. Seitdem Japan seinen Machtberich durch den Erwerb der deutschen Südseeinseln bis an den Äquator ausgedehnt hat und so unmittelbar Nachbar von Australien und Neuseeland geworden ist, herrscht in Australien und Neuseeland eine fast panikartige Furcht vor Japan, die durch die starke wirtschaftliche Expansion Japans während des Weltkrieges weiter vertieft wurde. Man fühlte hier immer deutlicher den instinktiven, während des Krieges von Schriftstellern offen propagierten Drang der japanischen Rasse nach den Siedlungsplätzen in der warmen Zone. Man sah Japan bereits auf dem Vormarsch nach dem Süden, um hier für seine überschüssige Bevölkerung Raum und Siedlungsmöglichkeiten zu suchen und, wenn nötig, zu erkämpfen, die Australien und Neuseeland aus Furcht vor einer Überflutung durch die gelbe Rasse mit all ihren politischen und wirtschaftlichen Begleiterscheinungen bisher hartnäckig verweigert haben und weiter verweigern werden. Trotz der guten Beziehungen zu dem großen angelsächsischen Bruder auf den anderen Seite des Pazific fühlte man angesichts der ungeschwächten Wehrmacht Japans nur zu deutlich die eigene Schwäche. Man sucht darum immer nachdrücklicher Hilfe beim Mutterland. Die verschiedensten Vorschläge, wie die Errichtung einer starken Flottenbasis in Sydney, die Schaffung einer eigenen australischen Flotte, die Stationierung eines Teiles der heimatlichen großen Flotte im Pazific u. a. wurden gemacht und hin und her erwogen, wie man Australien und Neuseeland am besten gegen den gefürchteten, aber bei der ganzen politischen Konstellation gänzlich unmöglichen Angriff Japans am besten verteidigen könne. Lord Jellicoe machte zum Studium dieser Frage 1921 mit einem Kreuzergeschwader eine ausgedehnte Kreuzfahrt nach Singapore und Australien. Nach eingehender Prüfung aller Vorschläge durch die maßgebenden Stellen beschloß die britische Regierung mit Zustimmung der Dominions, Singapore zu einer erstklassigen Flottenstation auszubauen, die den Schutz der gesamten britischen Interessen im Fernen Osten, im Stillen Ozean und den Schutz Australiens und Neuseelands übernehmen sollte. Nach Lage der Verhältnisse war diese Entscheidung die einzig mögliche, weil sie die umfassendste und darum beste ist.

VIII.

Die kleine Insel Singapore, die rund 560 qkm Land mit etwa 400000 Einwohnern umfaßt, also etwa die Größe unseres ehemaligen Schutzgebiets Kiautschou hat, liegt 80 Seemeilen nördlich des Äquator an der Südspitze der Halbinsel Malacca und der nach dieser benannten Straße, die durch Singapore hermetisch abgeschlossen wird. Zieht man um Singapore als Mittelpunkt mit einem Radius von 2000 Seemeilen einen Kreis, so umschließt das so erfaßte

Gebiet Länder und Inseln, die für die Weltwirtschaft im allgemeinen, für den britischen Handel sowie die Machtstellung des britischen Weltreichs im besonderen von größter, ja ausschlaggebender Bedeutung sind. Man betrachte nur einmal die Entfernungen Singapores von den wichtigsten Plätzen jener Weltteile, deren politisch-militärisch-wirtschaftliche Bedeutung geläufig ist, und man wird ohne weiteres erkennen, wie zentral Singapore für die Verteidigung politisch-wirtschaftlicher Interessen gelegen ist. Die Entfernung Singapores beträgt in Seemeilen

1. nach Plätzen des englischen Weltreichs

Sansibar	4000	Calcutta	1650	Britisch Borneo	700
Aden	3625	Rangoon	1118	Torresstr.	2505
Bombay	2435	Sarawak (Borneo)	420	Sydney	4380
Colombo	1568	Hongkong	1438	Port Darwin	ca. 1900

2. nach den Besitzungen anderer Kolonialmächte

a) Hollands		b) Frankreichs		c) Vereinigte Staaten	
Batavia	525	Saigon	645	Manila	1330
Ostspitze Celebes	1200	Hanoi	1360	Guam	2575

3. nach Siam		4. nach China		5. nach Japan	
Bangkok	800	Schanghai	2188	Formosa	1625
				Jap	2178
				Yokohama	2890

Was die durch diese Namen repräsentierten Gebiete wirtschaftlich überhaupt und für das britische Reich bedeuten, bedarf in dieser skizzenhaften Behandlung der Singapore-Frage keiner ausführlichen Beschreibung. Wir wollen hier nur kurz erwähnen, daß nicht weniger als 50 große Schiffahrtslinien diese Gebiete berühren und Singapore in regelmäßiger Fahrt anlaufen, daß Singapore der Mittelpunkt für zahlreiche Küstenlinien ist, die als Warenverteiler und Zubringer für die großen Weltlinien dienen, daß die Seen, in deren Mittelpunkt Singapore liegt, alljährlich britische Ladung tragen, deren Wert jetzt schon eine Milliarde Pfund Sterling beträgt, und daß Tag für Tag in diesen Gewässern hunderttausende Tonnen britischer Schiffsraum wichtige Rohstoffe für die britische Industrie transportieren. Aus diesen Tatsachen erklären sich auch die schweren Verluste, die der ruhmreiche Kreuzer Emden England bei Kriegsbeginn in so kurzer Zeit zufügen konnte und die nicht nur in englischen Schiffahrtskreisen so große Bestürzung hervorriefen. In diesem Gebiet liegt Indien, der holländische Kolonialbesitz, Burma, Siam und Französisch-Indochina, liegt Hongkong, das nach Schiffszahl und Tonnage der anlaufenden Schiffe der größte Hafen der Welt ist, große Teile des chinesischen Wirtschaftsgebiets, die Philippinen und ein großer Teil der ozeanischen Insel-

welt. Zu beachten ist ferner, daß über Singapore der direkte Weg zu dem außerordentlichen wichtigen ostasiatischen Wirtschaftgebiet führt, in dem England eine führende Rolle spielt. Zum Schutz dieser großen Wirtschaftsinteressen entsprechende Maßnahmen zu treffen, hat deshalb schon seine Berechtigung und innere Begründung. Daß Singapore für solche Sicherungsmaßnahmen der gegebene Mittelpunkt ist, zeigt die Lage Singapores und die oben angeführte Entfernungstabelle.[1])

Zu der wirtschaftlichen Seite tritt die enorme politisch-marinestrategische Bedeutung einer erstklassigen Flottenstation in Singapore. In britisch-holländischen Kreisen rechnet man damit, daß im Falle eines japanisch-amerikanischen Krieges Japan versuchen wird, sich durch Besetzung eines Teiles Niederländisch-Indiens in den Besitz der dortigen Ölfelder zu setzen, weil diese für die Ölversorgung der japanischen Marine, wenn auch nicht unentbehrlich, so doch äußerst wichtig seien. Derartige Absichten sind, wenn sie bestehen sollten, unausführbar, wenn in dem zur erstklassigen Flottenbasis ausgebauten Singapore entsprechend starke Seestreitkräfte liegen, die für Amerika Partei ergreifen. Daß in diesem Falle auch japanische Operationen gegen Manila eine außerordentliche Erschwerung erfahren, wenn nicht unmöglich gemacht werden, ist ohne weiteres klar. Nach australischen und neuseeländischen Auffassungen wird sich der gefürchtete japanische Vormarsch nach dem Süden über die Philippinen, die früher oder später an Japan fallen oder nach erlangter Selbständigkeit sich an Japan anschließen würden, oder über die neu erworbenen Mandatsgebiete vollziehen. Ein derartiger Zug nach dem Süden läßt sich militärisch aber nicht verhindern oder auch nur ernstlich gefährden von einem Stützpunkt in Australien, von Sydney aus, das für diesen Zweck vorgeschlagen war, selbst wenn dieser Stützpunkt von der gesamten Armee Australiens verteidigt werden kann. Eine Verhinderung oder aber nachdrückliche Störungen eines solchen, von Norden kommenden Eroberungszuges, der unter den gegebenen Umständen nur in der Phantasie politisch-militärischer Laien möglich ist, werden leichter möglich sein und mit größerer Aussicht auf Erfolg versucht werden können von einer günstig gelegenen Flankenstellung wie Singapore aus als von dem über 2000 Meilen weiter südlich gelegenen Sydney, dem mutmaßlichen Zielpunkt der japanischen Eroberung. Mit anderen Worten:

Singapore ist nicht nur der einzige Engpaß, durch den aller Verkehr von Ost nach West und von West nach Ost geht, der Riegel, der für Ostasien den Weg nach dem Westen sperren wird. Singapore deckt auch das ängstlich umhütete Indien gegen Überraschungen zur See von Osten her und unter den Kanonen von Singapore liegen gewissermaßen Siam, Französisch-Indochina, der holländische Kolonialbesitz, Hongkong und Manila. Singapore be-

deutet endlich die stärkste Bedrohung aller etwaigen von Norden nach dem ferneren Süden gerichteten Absichten irgend einer ostasiatischen Macht und darum Schutz und Schirm für das um seine Zukunft besorgte Australien und Neuseeland. Der politische Einfluß, der aus dieser Tatsache für England auf alle Kolonialmächte im fernen Osten und im Stillen Ozean erwächst, ist enorm. Er kann je nach der Richtung, in die er eingesetzt wird, entscheidend werden für das künftige Herrschaftsverhältnis über die verschiedenen Kolonialgebiete. Einen derartigen militärisch-politischen Einfluß schafft kein Stützpunkt in Sydney, gewinnt keine selbständige Pazifikflotte, kann auch die öftere Entsendung selbst des modernsten Groß-Kreuzergeschwaders nach dem Stillen Ozean nicht erzielen, weil es ohne entsprechende Basis nur für kurze Zeit verwendungsfähig und darum für längere Operationen wertlos ist, zumal bei den augenblicklichen Dockverhältnissen Großschiffe für Reparaturen auf das 7—8000 Seemeilen entfernte Malta angewiesen wären.

Die wirtschaftlichen, politischen und strategischen Gesichtspunkte, die für die Wahl von Singapore sprachen, wurden des ferneren unterstützt durch die Tatsache, daß Singapore auch alle natürlichen Vorbedingungen erfüllt, die für eine Flottenstation geplanter Art erforderlich sind. Der Keppel-Harbour bietet Schutz gegen jedes Unwetter und Ankermöglichkeiten für die größten Schiffe. Die vorhandenen Docks sind für Großschiffe zu klein, so daß der Bau entsprechender Docks eine der Hauptaufgaben sein wird. Reiche Ölfelder, wie die Mirifelder in Sarawak, die täglich 1000 Tonnen Öl liefern können, liegen nur 400 Seemeilen abseits. Leicht erreichbar sind auch die Ölvorkommen in Niederländisch-Indien, zur Verfügung stehen auch die allerdings entfernteren Ölfelder von Basra, während Öltanks in Rangoon, Kalkutta und Aden als Reserven dienen können. Kohlen liefern Indien, die Malayenstaaten und die britischen Besitzungen auf Borneo. Die Verwaltung der Straits Settlements hat für die Marineanlagen 2250 und für die Anlagen der Luftstreitkräfte 597, also zusammen 2847 acres oder 1134,8 Hektar Land zur Verfügung gestellt, sodaß die neue Flottenstation an Größe die heimatliche Station Rosyth nicht unerheblich übertrifft.

Die Kosten für die Marineanlagen sind auf 10 500 000 Pfund Sterling veranschlagt, von denen Australien und Neuseeland einen Teil übernehmen werden. Dazu kommen dann noch die Ausgaben für die Land- und Luftstreitkräfte, über deren Höhe bisher noch nichts verlautet hat. Die Bauzeit ist auf 10 Jahre berechnet. Mit Ablauf der 10 jährigen Frist, für die zunächst das Vier-Mächte-Abkommen über den Stillen Ozean geschlossen ist, sowie der im Abrüstungsabkommen vorgesehenen Frist von 10 Jahren wird England also an der Tür zum fernen Osten und zum Stillen Ozean über eine Flottenbasis verfügen, die Rosyth an Bedeutung nicht nachsteht und die



Englands Stimme bei der weiteren Entwicklung der politischen Verhältnisse daselbst in gewünschter Weise Gehör verschaffen wird, besonders wenn Singapore eine weitere Seitendeckung in Port Darwin an der Nordwestecke Australiens erhält, dessen Befestigung von der Konferenz der britischen Stationschefs ebenfalls gefordert worden ist.

IX.

Der Bau einer Flottenstation in Singapore hat naturgemäß in England ein lebhaftes Echo und in der Öffentlichkeit wie auch im Parlament eine gewisse Opposition gefunden. Man kann nicht gerade behaupten, daß die Argumente der Opposition überzeugend waren. Sie waren sogar angesichts der großen Bedeutung der ganzen Frage recht schwach. Einige schreckten vor den hohen Kosten zurück, die man je nach der Einstellung des Einzelnen besser für soziale Zwecke oder zur Verstärkung der heimischen Luftstreitkräfte zum Schutz der Hauptstadt verwenden könnte. Singapore und seine Umgebung sei ein ungesunder Platz und für die dauernde Stationierung von Land- und Seestreitkräften ungeeignet. Träger einer starken, ideologischen Opposition war indes die Arbeiterpartei, die besondere Bedeutung gewann, als die Arbeiterpartei unter Mac Donald die Regierung übernahm. In ihren Kreisen herrschte die Auffassung, daß der Ausbau von Singapore unmittelbar nach Lösung des englisch-japanischen Bündnisses eine Provokation Japans bedeute, ein neues Wettrüsten veranlasse, so den Weltfrieden gefährde und darum die Friedensmission des Völkerbundes zu stören geeignet sei. Mac Donald glaubte dem Weltversöhnungsgedanken, dem Weltfrieden und den britischen Interessen besser zu dienen durch eine große, den Friedenswillen Englands bekundende moralische Geste als durch ein Festhalten an der alten Politik der Flottenstützpunkte und dergl. Trotz der Billigung, die das Singaporeprojekt bei den verschiedenen voraufgegangenen Regierungen, auf den Reichskonferenzen von 1921 und 1923 und bei den Dominions gefunden hatte, trotz des Drängens von Seiten Australiens und Neuseelands beschloß die Arbeiterregierung darum März/April 1924 die Aufgabe des ganzen Projekts.

Moralische Gesten dieser Art haben zweifellos auch in der Politik ihren Wert. Sie wären in diesem Falle auch vom Standpunkt der britischen Interessen aus unbedenklich gewesen, wenn die Abkehr von den Methoden der alten Abrüstungspolitik bereits leitender Grundsatz aller Völker und nach Durchführung der allgemeinen Völkerabrüstung der Völkerbund in Wahrheit ein Instrument des Friedens geworden wäre, das als Hüter der Gerechtigkeit und Wahrheit auf den friedlichen Ausgleich der gegensätzlichen Weltinteressen auch unter den Großmächten entscheidenden Einfluß besäße. Aber solange

der Völkerbund nur ein Instrument für die Verteidigung der im Versailler Diktat niedergelegten Raub- und Erpresserpolitik der Siegerstaaten ist, die trotz Völkerbund in einer möglichst vollkommenen Rüstung ihre Interessen am besten gewahrt sehen, solange bleiben derartige moralische Gesten wirklichkeitsfremde Illusionen, die bisher im allgemeinen die britische Politik nicht zu beherrschen pflegten, nicht britischer Art entsprechen. Sie sieht in militärischen Stützpunkten, in Schiffsgeschützen und einer die Welt beeinflussenden Propaganda das bessere Mittel zum Schutz ihrer Interessen. Für jeden politisch denkenden Europäer, der ein Verständnis für die fernöstlichen Fragen besitz, war es darum klar, daß die Stellungnahme der Arbeiterregierung in der Singaporefrage nur eine Episode von kurzer Dauer sein würde, die bei dem nächsten Regierungswechsel schon wieder verschwinden würde. Die konservative Regierung Baldwin hat sich aus dem Reich der Illusionen ihrer Vorgängerin sehr schnell wieder auf den Boden britischer Realpolitik zurückgefunden. Sie hat die Ausführung des Singapore-Projektes wieder aufgenommen und schon im diesjährigen Etat die ersten Mittel für diesen Zweck angefordert, die trotz der Höhe der benötigten Endsumme allgemein als eine notwendige Versicherungsprämie gewertet wird, die angesichts der Größe der britischen Interessen in jenen Weltteilen nur als eine mäßige Last empfunden wird.

Es wäre falsch zu behaupten, daß der Ausbau von Singapore etwa englischen Angriffsabsichten auf Japan entspringe. In dieser Hinsicht ist das 2890 Seemeilen von Tokio-Yokohama entfernte Singapore kaum als eine Bedrohung Japans aufzufassen. Es ist auch nicht richtig, daß die Befestigung von Singapore dem Washingtoner Abkommen wiederspreche, da ja Singapore außerhalb des Abrüstungsgebietes liegt und der 110. Grad östlicher Länge sicherlich unter Berücksichtigung der Lage Singapores als Grenzlinie dieses Gebiets gewählt worden ist. Man wird bei dem früher geschilderten Umfang der britischen Interessen auch zugeben müssen, daß ausreichende Maßnahmen zu ihrem Schutz schon ihre Berechtigung haben, um auf alle Eventualitäten gefaßt zu sein. Denn schließlich kann auch England einmal, ohne der Provokateur zu sein, in jenen Gegenden in Verwicklungen hineingezogen werden, die England eine Verteidigungsstellung aufzwingen. Das sind auch die Gründe, weshalb Japan, das die Entwicklung der Singaporefrage naturgemäß mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt, dem ganzen Projekt, wenigstens äußerlich, gelassen gegenübersteht. Zwar verriet die japanische öffentliche Meinung zu wiederholten Malen starke Erregung über dieses Vorgehen Englands, aber die japanische Regierung, die ihrerseits ja selbst genügend Verständnis hat für weltpolitische Realitäten, hat amtlich erklärt, daß sie nicht die Absicht habe, die Singaporefrage beim Völkerbund oder auf der nächsten Abrüstungs-



konferenz irgendwie aufzurollen. Dazu fehlt ihr auch bei dem britischen Vorgehen jede Handhabe.

X.

Gleichwohl ist der Geist, aus dem das Projekt Singapore geboren ist, gegen Japan, gegen den Frieden im Stillen Ozean gerichtet, mögen auch noch soviele gewichtige Gründe für die sachliche Berechtigung der geplanten Flottenstation angeführt werden. Das Problem, daß die politische Entwicklung in den kommenden Jahren im Stillen Ozean am stärksten, ja ausschlaggebend beeinflussen wird, ist das Bevölkerungsproblem Japans. Auf einem Inselgebiet von 382415 qkm, von denen nur etwa 15—20 % landwirtschaftlich nutzbar sind, beherbergt Japan 57 Millionen Menschen, deren Zahl Jahr für Jahr um einen Bevölkerungsüberschuß von 650000 bis 700000 Seelen steigt Auch bei weiterer Entwicklung seiner Industrie wird Japan kaum in der Lage sein, diese ständige Bevölkerungszahl in seinem eigenen Lande zu ernähren. Wie Deutschland besonders in den letzten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts und jetzt wieder nach dem Kriege so ist auch Japan gezwungen, Menschen zu exportieren. Die eigenen Kolonien sind zur Aufnahme des Bevölkerungsüberschusses nicht geeignet. Formosa (35974 qkm, 4 Millionen Einwohner) und Korea (217826 qkm und 18 Millionen) sind von Chinesen und Koreanern stark bevölkert und lassen keinen Raum für eine nennenswerte Einwanderung. Der Hokkaido und Sachalin sowie die chinesische Mandschurei bieten an und für sich noch Siedlungsmöglichkeiten für einige Millionen, aber die klimatischen Verhältnisse, insbesondere die kalten Winter, sagen dem japanischen Volkscharakter nicht zu, der von seinem malaischen Einschlag her nach Sonne und Wärme verlangt. Die ihm zusagenden Siedlungsgebiete sind ihm verschlossen. Die Vereinigten Staaten haben erst kürzlich durch die bekannte Einwanderungsgesetzgebung die Einwanderung von Japanern unmöglich gemacht, Canada läßt sie nicht zu. Australien und Neuseeland, deren Bevölkerung auf rund 8000000 qkm Bodenfläche kleiner ist als die Einwohnerzahl Londons, halten die Tür dicht geschlossen, hauptsächlich, um durch den genügsamen, fleißigen Japaner den Lebensstandard der dortigen Arbeiterklasse nicht herabdrücken zu lassen. So gibt es rund um den Stillen Ozean schon Siedlungsmöglichkeiten, die dem japanischen Volkscharakter zusagen würden. Aber sie sind ihm verschlossen. Überall begegnet der Japaner verletzender Ablehnung. Nicht Rüstungen, nur eine vernünftige und gerechte Klärung dieser Frage beseitigt einen gefährlichen Konfliktsstoff im Stillen Ozean, der früher oder später friedlich oder gewaltsam zur Lösung drängt. Die Zeit wird kommen, wo eine japanische Regierung unter dem Druck dieses Bevölkerungsproblems von den genannten Staaten, besonders von Australien, Raum für seine überschüssige Bevölkerung verlangen muß,

wenn es diese nicht verkümmern lassen will. Dann wird eine geschickte Propaganda, wie wir sie am eigenen Leibe erfahren haben, Japan als den Weltstörenfried hinzustellen wissen, gegen den sich das Angelsachsentum am Stillen Ozean zusammenfinden wird.

Für diese Eventualität, die nach menschlicher Voraussicht unvermeidlich ist, wenn die angelsächsischen Staaten ihre Haltung der japanischen Einwanderung gegenüber nicht ändern, ist Singapore gedacht, wird die Flottenbasis in Singapore gebaut. In diesem Sinne ist Singapore gegen Japan, gegen den Geist des Friedens gerichtet, weil man Japan in dieser für dieses Land so wichtigen Frage auf friedlichem Wege jede Verständigung verweigert. Bei der realpolitischen Art seiner Staatsmänner wird Japan rüsten, wird Japan sich, wie Mac Donald bei den letzten Debatten im Unterhaus über die Singaporefrage treffend bemerkte, nach neuen Kombinationen umsehen, um im gegebenen Zeitpunkt gewappnet zu sein, damit ihm und seinem Volke ein Schicksal erspart bleibt, das dem deutschen Volke nicht erspart bleiben konnte, weil es trotz der offensichtlichen Einkreisungspolitik nicht alle Rüstungsmöglichkeiten erschöpfte, weil ihm und insbesondere seinen verantwortlichen Führerschichten in kritischer Zeit der kühle realpolitische Sinn fehlte für die richtige Einschätzung der gegebenen Machtverhältnisse, für die verheerende Wirkung britischer Propaganda, für die in Jahrhunderten britischer Geschichte immer wieder bewiesene Rücksichtslosigkeit und Zähigkeit der britischen Rasse im Aufbau und erst recht in der Verteidigung ihres Weltreichs, die eine Unterschätzung des Angelsachsentums, an der man in Japan indes nicht krankt, gefährlich werden lassen.

Anmerkung

[1]) Der Schutz dieser wichtigen Wirtschaftsinteressen war bisher den Geschwadern der China-, ostindischen und Australien-Station anvertraut, die indes bei der Riesenausdehnung dieser Ozeane mit ihren ausgedehnten Inselgebieten sowie der zahlenmäßigen Schwäche und geringeren Gefechtskraft der ihnen zugeteilten Schiffe einen effektiven Schutz kaum gewähren können. Auch diese Geschwader und Stationen haben ihren natürlichen Mittelpunkt in Singapore, wo sich die Chefs dieser Stationen und Geschwader alle zwei Jahre zu vertraulicher Aussprache über die schwebenden politischen und marinestrategischen Fragen schon bisher zu treffen pflegten.

GEORG HASENKAMP:
ZUR GEOPOLITIK DER ARKTIS

Keinen Raum unserer Erde dürfen wir in der Gegenwart mehr als geopolitisch wertlos ansehen. Mag er heute wirtschaftlich noch so steril erscheinen, ja der Anökumene angehören — wer kann seine morgige Bedeutung voraussehen? Politik auf lange Sicht wird sich also auch derartige Räume schon heute zu sichern streben. Konnte man diese Entwicklung vor nicht allzu langer Zeit am antarktischen Landraum beobachten, so ist sie zur Zeit in der Arktis akut geworden.

Die Zeiten, da ein kühner Forscher am erreichten Ziel oder doch dem Punkt seines äußersten Vordringens seine Nationalflagge aufpflanzte nur zum Zeichen, daß auch seine Nation ehrenvoll an der Forschertätigkeit beteiligt sei, sind heute vom Streben nach politischer Besitznahme auch des unwirtlichsten Landes um den Nordpol abgelöst worden. Und es mutet wie eine Erinnerung aus dem Zeitalter der Entdeckungen an, wenn man auch auf erst möglicherweise zu entdeckendes Land bereits die Ansprüche politischer Herrschaft anmelden hört. Amundsens geplanter Nordpolflug war das auslösende Ereignis, das diesmal gleich zwei Rivalen auf den Plan brachte: Kanada und die nordamerikanische Union.

Kanada stützt — ich folge im Nachstehenden betr. des Tatsächlichen den Pressenachrichten der letzten Zeit — seine Ansprüche darauf, daß ihm 1880 von Großbritannien das Eigentum am arktischen Archipel übertragen worden sei. Die kanadische Regierung beabsichtigt unter Leitung Mackenzies eine Expedition in diese Gegenden zu entsenden und von allem gefundenen Land offiziell Besitz ergreifen zu lassen. Darüber hinaus ist aber im kanadischen Unterhaus unter den Auspizien des Außenministers Stewart bereits ein Antrag angenommen worden, nach dem Kanada alles Land bis zum Nordpol für sich beansprucht, gleichgültig, ob es bereits entdeckt ist oder nicht, und der die kanadische Regierung ermächtigt, von Entdeckungsreisenden zu verlangen, daß sie vor Antritt ihrer Fahrten die Genehmigung der kanadischen Regierung einholen. Ausdrücklich hatte der kanadische Außenminister nicht nur die Expedition Amundsens, die gleichfalls bevollmächtigt war, etwaiges Land für Norwegen zu annektieren, sondern auch die union-amerikanische Max Millans im Auge. Die kanadische Regierung will in diesen Fragen mit der Union Verhandlungen einleiten, da in Washington diese Dinge nicht unbeachtet geblieben sind und man von einem beabsichtigten Protest der Union spricht.

Inzwischen ist Max Millan (U. S. A.) bereits zu seiner Expedition aufge-

brochen mit der ausdrücklichen Ermächtigung des Staates Maine, alles entdeckte Land für diesen Staat in Besitz zu nehmen und dessen Flagge zu hissen. Der Bundesregierung soll es dann überlassen bleiben, zu entscheiden, ob sie die Rechte des Staates anerkennen und schützen will. Das sieht wie ein die Entscheidung verschiebendes Manöver aus, denn man sieht nicht recht ein, was eigentlich den Staat Maine im arktischen Archipel zu Besitzergreifungen berechtigen soll? — Ja, man muß die Frage auch für die Gesamt-Union aufwerfen. Vermutlich wird sie sich auf die Tätigkeit union-amerikanischer Polarforscher und angeblicher oder wirklicher Erreicher des Pols (Cook, Peary) stützen wollen.

Die wirkliche Triebfeder zu diesem plötzlichen politischen Wettstreit in der Arktis liegt natürlich tiefer, als diese juristischen Besitztitel anzeigen. Eine kurze Betrachtung des Problems auf breiterer Grundlage erscheint daher angebracht.

Als Anlieger um das nördliche Eismeer, das polare Mittelmeer, gruppieren sich in gewaltiger Ausdehnung Rußland und Kanada. Erst seit das Zarenreich den Schritt vom amerikanischen Kontinent zurück tat (1857), schob sich in Alaska die Union mit geringerem Anteil zwischen beide. Für Rußland ist es selbstverständlich, die seinem Abschnitt vorgelagerten Inseln, an deren Entdeckung und Erforschung ja auch Russen ihren nennenswerten Anteil haben, als politisch ihm zugehörig zu betrachten. Kanada hat die entsprechende Auffassung. Alaska vorgelagerte größere Inseln sind nicht bekannt.

Man muß zugeben, daß ein Anspruch auf Besitz an dem, dem Küstenanteil der Festländer entsprechenden Sektor der Polarkalotte, soweit er Land enthält, nicht unbillig erscheint. Im atlantischen Abschnitt komplizieren sich die Dinge allerdings auf Grund älterer europäischer Geschichtsentwicklung etwas. Hier ist zunächst Norwegen Anlieger und außerdem mit seinen — früher gleichfalls norwegischen — Kolonialländern Dänemark. Finnland erreicht mit einem korridorähnlichen Zipfel das Eismeer. Norwegen erhielt 1919 Spitzbergen zugesprochen, an dem — neben anderen — auch Schweden Interesse gezeigt, dessen Annexionsgelüsten aber Rußland Widerstand entgegengesetzt hatte. Auch diese Regelung entspricht dem Prinzip der vorgelagerten Sektoren. Erzielte Norwegen so einen Gewinn im Anschluß an die großen Veränderungen der europäischen Karte, so hatte Dänemark, wenigstens auf kolonialem Gebiet, gewisse Verluste. Der unter mehr oder minder sanftem Druck 1917 erfolgte Verkauf seiner letzten tropischen Besitzungen, der Jungferninseln, an die Union gehört nicht in diesen Zusammenhang; wohl aber die nicht ohne Englands Zutun erfolgte Loslösung Islands, dieser uralten normannischen Kolonie, vom Mutterland, dem es seit 1918 nur noch durch das lockere Band einer Personalunion verbunden ist. Auch in Grönland ist die



dänische Stellung nicht allzu gesichert gegenüber Begehrlichkeiten Kanadas oder der Union, denn Dänemark hatte früher stets nur die tatsächlichen Niederlassungen als seine Kolonien betrachtet und diese allerdings sich recht fest angegliedert; die weiten gänzlich unbewohnten Gebiete der Küsten wie des Innern hat es politisch erst in jüngster Zeit für sich zu beanspruchen versucht, wobei es aber auf den Widerstand Norwegens stieß. Hier könnte also der Hebel angesetzt werden.

Warum nun aber der Wettbewerb um scheinbar wertlose Polarländer? Man beachte: Amundsens Expedition stellte nach den bekannten unzulänglichen früheren Unternehmungen den ersten ernsthaften Versuch dar, das Nordpolargebiet mit dem Flugzeug zu erobern, und auch Max Millans Expedition ist eine solche mit Flugzeugen. Sie spricht von Untersuchungen auf Mineralien, Kohle und Petroleum, die auf etwa entdecktem Lande vorzunehmen wären. Diese Dinge sind zweifellos begehrenswert, und gerade dem anliegenden Kanada mögen derartige Möglichkeiten den Besitz tatsächlich erstrebenswert erscheinen lassen, neben dem Gedanken, keinen fremden Eindringling dort zu dulden. Für die Union aber hätte die erfolgreiche Erschließung des Polargebietes durch die Luftfahrt eine tiefere geopolitische Verkehrsbedeutung: der kürzeste Weg nach Ostasien, die Luftlinie New York—Tokio oder Yokohama führt quer über das Polargebiet. Von diesem Gesichtspunkt aus kann ein Landstützpunkt in diesem Gebiet schwieriger atmosphärischer Verhältnisse von entscheidender Bedeutung werden.

Man sieht also: eine neue, geopolitisch in Zukunft vielleicht bedeutsame, vorläufig bloße Verkehrsmöglichkeit löst heute schon einen scharfen Wettbewerb um Länder aus, die noch vor kurzem für eine politische Betrachtungsweise überhaupt nicht in Frage kamen.

Daß Deutschland seinen alten Plan der Erschließung des Polargebiets mittels Zeppelin-Luftschiffen wieder aufnehmen will, ist erfreulich; daß es dabei mit Norwegen, das in Spitzbergen einen günstigen Landstützpunkt für diese Bestrebungen besitzt, zusammengehen will und muß, zeigt die Bedeutung derartiger Stützpunkte für die Erreichung des erstrebten Ziels. Auch in diesem Fall hofft man, die wissenschaftliche Erforschung für die Einrichtung von Verkehrslinien verwerten zu können, die über das Polargebiet nach Yokohama und San Franzisko führen sollen. Vom Nordatlantik (auch von England) weisen die kürzesten Wege zum Pazifik eben über die Arktis.

ALOIS FISCHER:
ZUR FRAGE DER TRAGFÄHIGKEIT DES LEBENSRAUMES

1. Teil:
Die Erdbevölkerung in ihrer bisherigen Entwicklung

Berechnungen der Erdbevölkerung wurden wiederholt und fast immer nach der gleichen Methode angestellt: man summierte die Ergebnisse der in den Jahren mit Endziffer 0 oder 1 stattgefundenen Zählungen und die sich darauf oder auf wenig entfernte Zeitpunkte beziehenden Schätzungen und setzte zur Endsumme das entsprechende Jahr mit 0. Der Bevölkerungsstand in den zwischen zwei Jahrzehntwenden gelegenen Zeitpunkten wurde, wenn überhaupt, nur mit Hilfe der mittleren jährlichen Zunahme in dem betreffenden Jahrzehnt ermittelt. Das so gekennzeichnete Verfahren ist zwar verhältnismäßig einfach, vergrößert aber schon bei Anwendung auf Zeiten gleichmäßiger Bevölkerungsentwicklung die durch die Ungleichwertigkeit und Lückenhaftigkeit des verarbeiteten Materials ohnehin entstehenden Fehler um ein Bedeutendes; denn es ist zu beachten, daß sich selbst die um Jahrzehntwenden gruppierten Hauptzählabschnitte meist über einen Zeitraum von zwei Jahren erstrecken. Der letzte Hauptzählabschnitt begann mit der deutschen Zählung vom 8. Oktober 1919 und schloß mit der italienischen vom 1. Dezember 1921. Dazu kommen nicht selten noch Vorläufer (wie bei der letzten Jahrhundertwende die russische Zählung von 1897) und Nachzügler. Setzt man nun, was fast immer geschehen ist, die russischen Ergebnisse von 1897 schlechtweg für 1900 ein, so entsteht dadurch allein schon ein Fehler von fast 6 Millionen. Geradezu lächerlich wirkt es aber, wenn man solchen Berechnungen durch Anführung der Tausender oder gar der Einer in den Endsummen den Anstrich von ganz besonderer Genauigkeit geben will.

Zu vollständigen Versagern führt die angefochtene Berechnungsweise natürlich bei der jüngsten Vergangenheit. So bringt ein im Vorjahr in seiner 67. Ausgabe erschienenes angesehenes Sammelwerk bei Europa von 1910 bis 1920 einen Zuwachs von 19 Millionen und bei Afrika eine Abnahme um 5 Millionen heraus. Bei näherem Zusehen macht man die Entdeckung, daß in der Berechnung Länder vergessen wurden, daß sich irgendwo infolge eines Schreibfehlers 27 Millionen in 21 verwandelten und der Fehler weitergeschleppt wurde, daß bei nicht zensusmäßig erfaßten Ländern spätere Andersschätzungen nicht rückwirkend verwendet wurden und Ähnliches. Dagegen wurde sehr sorgfältig auf die Tausender in den Endsummen geachtet. Recht sonderbar



sind auch die Angaben über den Stand der Erdbevölkerung von Reymond Pearl, Professor der Johns Hopkins University in einem im Jahrgang 1922 der New Yorker „Geographical Review" erschienenen Aufsatz „The Population Problem".

Will man die Fehler bei einer Berechnung der Erdbevölkerung auf das kleinste, das ist das durch die Mängel und Lücken des Materials gegebene Maß reduzieren, muß man sich der Berechnungsweise nach Staaten und Jahren bedienen. Auf diese Weise ist die später folgende Aufstellung entstanden. Angelpunkte der Berechnung bilden die Zensusergebnisse, beziehungsweise bei Ländern mit nicht zensusmäßig aufgenommener Bevölkerung die entsprechenden Schätzungen. Die zwischen zwei Zählungen gelegenen Bevölkerungsstände werden unter jeweiliger Beziehung auf den Jahresanfang (bei 1800 und 1850 ist wegen Unmöglichkeit noch größerer Genauigkeit nur das Jahr angegeben) mit Hilfe der vier Elemente der Bevölkerungsbewegung (Geburten, Sterbefälle, Einwanderung, Auswanderung) errechnet. Wichtig ist wegen der auch dann noch viel zu großen Unverläßlichkeit immer die Abrundung. Wo entsprechende Angaben fehlten, wurde die zahlenmäßige Entwicklung parallel zu den Ländern mit rassenmäßig ähnlicher Bevölkerung, aber unter Berücksichtigung der jeweiligen sanitären und wirtschaftlichen Verhältnisse konstruiert.

Was die Mängel und Lücken des Quellenmaterials betrifft, so steht unter den Erdteilen wegen der bekannten Schwierigkeiten bei China Asien im Vordergrunde. Die letzten sich auf den Bevölkerungsstand des Reiches der Mitte (jeweils ohne Tibet gerechnet) beziehenden Angaben besagen: Board of Interior Census 1910 331 188 000, China Continuation Committee 1918 440 925 000, Post Office Census 1920 427 679 000 und Census of the Chinese Maritime Customs 1922 443 428 000. Nachdem man in neuerer Zeit wieder eher den größeren Zahlen den Vorzug gibt, wurde als Ausgangspunkt für unsere Berechnung der Post Office Census gewählt. Für 1920 sind darum (zuzüglich $2^1/_2$ Millionen für Tibet) 430 Millionen eingesetzt. Um auch die Bewegung der Bevölkerung anzudeuten, wurde eine durchschnittliche jährliche Zunahme von 2 Millionen (was fast 5 ‰ gleichkommt und vermutlich in der Nähe der Tatsachen liegt) angenommen. Die Bevölkerungsbewegung in den Grippejahren 1918 und 1919 wurde so konstruiert, daß sie perzentuell einen Mittelfall zwischen der Bewegung der Bevölkerung Britisch-Indiens und Japans in diesen beiden Jahren darstellt. Außer China entbehren noch verschiedene andere Länder die zensusmäßige Behandlung, darunter vor allem Persien, Afganistan, Nepal, die Mongolei, die arabischen Staaten, Abessinien, Liberia, Peru, Paraguay, dann aber auch noch eine Reihe kolonialer Gebiete. Die nicht zensusmäßig erfaßte Bevölkerung kann man noch immer auf ein schwaches Drittel der Gesamtmenschheit



schätzen. Daneben ist aber auch in einer Reihe von Ländern mit regelmäßigen Bevölkerungsaufnahmen das Zensusverfahren von dem entsprechenden Begriff in westeuropäischem Sinne weit entfernt; ein Teil der Bevölkerung (in der Regel allerdings der größere) wird gezählt, der andere „errechnet". Zu dieser Gruppe von Ländern gehören die meisten afrikanischen Kolonien, aber auch die in der Sowjetunion vereinigten Staaten und wohl auch mehrere kleinere lateinamerikanische Republiken. Auf Grund des so gekennzeichneten Quellenmaterials ergeben sich folgende Verläßlichkeitsgrade für die Endsummen: bei Europa und Amerika lassen sich Stand und Bewegung der Bevölkerung jährlich ungefähr auf die Million genau errechnen, bei Australien (wegen deren Kleinheit) sogar auf die Hunderttausender. Etwas weniger, aber noch genug Glauben ist den errechneten Ziffern über Afrika zu schenken. Ziemlich im Argen liegen dafür, wie schon gesagt, die Dinge bei Asien. Dagegen kann die Bevölkerungsbewegung (im Gegensatz zum Stand) auch bei den beiden letztgenannten Erdteilen mit einer noch immer brauchbaren Genauigkeit angedeutet werden. Was von Asien gesagt wurde, gilt natürlich auch für die Erdbevölkerung.

Es folgt auf den Seiten 4 bis 12 des Aufsatzes in einem reichlichen Auszug aus der Originalaufstellung eine Übersicht über die Entwicklung des Bevölkerungsstandes der Erde, ihrer Teile und der wichtigsten Länder seit 1800 und je eine solche über die natürliche Bevölkerungsbewegung und die Wanderbewegung der bemerkenswertesten Länder in der jüngsten Vergangenheit.

Unsere Berechnung ermittelt für 1800 — es ist dies wohl der früheste Zeitpunkt, für den sich eine einigermaßen brauchbare Aufstellung machen läßt — eine Erdbevölkerung von 775 Millionen. Über die Entwicklung vorher kann man sich nur in vagen Vermutungen ergehen. Die paar Zahlen, die über das Altertum und Mittelalter bekannt sind, reichen jedenfalls nicht aus, um sich daraus auch nur auf Hunderte von Millionen abgerundete Zahlen für die Jahrhunderte konstruieren zu können. Als sicher geht daraus nur hervor, daß die Erdbevölkerung in unregelmäßiger, von kürzeren bis jahrhundertelangen Rückschlägen unterbrochener Aufwärtsbewegung zu dem oben errechneten Stand gelangt ist. Zu Bevölkerungsrückgängen kam es wohl am häufigsten im Gefolge kriegerischer Verwicklungen, wobei aber stets die Verluste durch die Kampfhandlungen gegenüber den Einbußen durch die Folgeerscheinungen, vor allem durch Seuchen und Hungersnot, zahlenmäßig in den Hintergrund treten. Führen die beschriebenen Ursachen zu relativ bedeutenden, jedoch nur akuten Bevölkerungseinbußen, so kommt es bei physischer, aber auch schon bei sittlicher Entartung ganzer Völker (bei letzterem durch den sinkenden Vermehrungswillen) zu Rückgängen, die sich über Jahrhunderte



erstrecken und letzten Endes den Untergang des betreffenden Volkes herbeiführen können. So schmolz die Bevölkerung Italiens von einem Höchststand von wahrscheinlich 20 Millionen im 2. vorchristlichen Jahrhundert auf etwa 5 Millionen bei Beginn der Völkerwanderung zusammen, aber selbst diese waren schon zu kraftlos, um einem Germanenstamm von wahrscheinlich 15 000 bis 20 000 Köpfen Trotz zu bieten. Ebenso waren auch die anderen vom Schauplatz der Geschichte verschwundenen Kulturvölker längst durch jahrhundertelangen Geburtenrückgang dezimiert, ehe sie dauernd unterlagen und sich schließlich mit dem Eroberervolk vermischten. Die Beispiele dafür beschränken sich nicht einmal auf die alte Welt. Die Eroberung des einst mächtigen Aztekenreiches durch eine lächerlich geringe Zahl von Spaniern gehört wohl auch in dieses Kapitel. Dagegen darf der Einfluß von Elementarkatastrophen auf die Bevölkerungsentwicklung, zumindestens, was die historische Zeit betrifft, nicht überschätzt werden. Selbst die Totenziffer des großen Bebens von Tokio und Yokohama vom 1. September 1923 (140 000), das schließlich eines der dichtest besiedelten Gebiete der Erde betraf, beträgt nur ein Fünftel des jährlichen Geburtenüberschusses Japans in der letzten Zeit.

In keinem früheren Zeitabschnitt scheint das relative Wachstum der Erdbevölkerung ein annähernd so großes gewesen zu sein wie im 19. oder noch vielmehr in den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts. Während sich die Bevölkerung in den ersten 1800 Jahren unserer Zeitrechnung anscheinend nur vervierfacht hat, ist es nachher im Verlaufe eines einzigen Jahrhunderts zu einer vollständigen Verdoppelung gekommen. In Rußland, auf Java und in Ägypten läßt sich sogar am Ende des Jahrhunderts, ohne daß in die betreffenden Länder eine größere Einwanderung stattgefunden hätte, ein viermal größerer Bevölkerungsstand feststellen als an seinem Anfang. Unter den drei großen westarischen Völkergruppen haben sich im Laufe des 19. Jahrhunderts die Romanen verdoppelt, während die germanische und die slawische Völkergruppe sogar je auf $3^1/_3$ ihres Ausgangsstandes anwuchs. Nach 1900 übertrifft die relative Vermehrung der Slawen die der Germanen. Die jährliche Zuwachsrate der Erdbevölkerung zeigt vom Anfang bis zum Ende des 19. Jahrhunderts eine nur einigemal mäßig gestörte stetige Aufwärtsentwicklung. Sie setzt bei seinem Beginn mit 5 ‰ ein und erreicht an seinem Ausgang einen Stand von über 10 ‰. Die Steigerung setzt sich dann noch bis zum Jahre 1905 fort, in dem es zu einer Zunahme von 11 ‰ kommt. Das Verdienst, diese in den früheren Abschnitten der Geschichte nie erreichte Entwicklung herbeigeführt zu haben, wird, zumindest zu seinem überwiegenden Teile, gern für den technischen Fortschritt in Anspruch genommen. Bei näherer Untersuchung stellt sich dies als Irrtum heraus. Der technische Fortschritt schuf zwar ständig neue Lebensbedingungen, er schuf aber ständig

Übersicht 1: Entwicklung des Bevölke-

Anmerkung: Der Begriff „Europa" wird entsprechend der gegenwärtig häufigsten Kirgisenrepublik und im Südosten

	1800	1850	Anfang 1900	Anfang 1910	Mitte 1914	Anfang 1915	Anfang 1916	Anfang 1917
					Staatsgebiete 1914			
I. Europa . . .	**174 000**	**263 000**	**403 000**	**451 000**	**471 000**	**473 000**	**472 000**	**469 000**
Davon								
Rußland	30 000	60 000	120 000	141 000	149 000	150 000	148 000	146 000
Deutsches Reich .	23 000	35 200	55 700	64 100	67 800	68 000	67 900	67 600
Österreich-Ungarn	25 000	33 000	46 400	51 000	52 800	52 900	52 600	52 100
Großbritannien u. Irland . . .	15 600	27 800	41 000	44 700	46 400	46 600	46 800	46 600
Frankreich	27 300	35 500	38 900	39 600	39 800	39 500	39 000	38 500
Italien	18 000	24 000	32 100	34 200	35 800	36 100	37 000	37 200
Spanien . . . . . . (ohne Kanar. Inseln)	11 000	14 200	18 000	19 350	20 000	20 100	20 300	20 500
Rumänien	2 500	3 750	6 300	7 100	7 700	7 800	7 900	8 000
Belgien	3 500	4 500	6 600	7 400	7 650	7 550	7 500	7 450
Niederlande	2 200	3 300	5 100	5 860	6 300	6 350	6 450	6 540
Schweden	2 350	3 450	5 100	5 500	5 650	5 670	5 710	5 760
Portugal . . . . . . (ohne Azoren und Madeira)	2 500	3 500	5 100	5 500	5 550	5 570	5 620	5 660
Bulgarien	1 500	2 250	4 100	4 700	5 070	5 130	5 220	5 220
Serbien	1 800	2 500	3 800	4 400	4 600	4 500	4 200	4 000
Griechenland . . .	1 500	2 000	3 900	4 300	4 500	4 550	4 600	4 650
Schweiz	1 750	2 300	3 300	3 750	3 800	3 810	3 830	3 850
Dänemark . . . . . (mit Faröer)	925	1 450	2 400	2 750	2 880	2 900	2 940	2 980
Norwegen	880	1 400	2 230	2 350	2 460	2 475	2 500	2 525
II. Asien	**520 000**	**675 000**	**896 000**	**965 000**	**994 000**	**998 000**	**1 005 000**	**1 012 000**
Davon:								
China	250 000	320 000	405 000	423 000	430 000	431 000	433 000	435 000
Britischer Besitz .	190 000	240 000	303 000	326 000	336 000	337 500	340 000	342 500
Japan	20 000	30 000	45 500	51 000	53 400	53 700	54 300	54 800

rungsstandes seit 1800 in Tausenden

Auffassung im Osten bis zur Westgrenze des Gouvernements Tjumen und der bis zum Kaukasus angenommen.

Anfang 1918	Anfang 1919		Staatsgebiete 1925 Anfang 1920	Anfang 1921	Anfang 1922	Anfang 1923	Anfang 1924	Anfang 1925	Mitte 1925
463 000	**456 000**	**I. Europa . . .**	**450 000**	**452 000**	**456 000**	**460 000**	**465 000**	**469 000**	**471 000**
		Davon:							
143 000	138 000	Union d. Sowjetrep.	106 000	104 000	105 000	106 000	107 500	109 000	
67 100	66 400	Deutsches Reich . (mit Saargebiet)	60 000	61 000	61 800	62 300	62 600	63 050	63 300
51 500	50 700								
46 900	46 800	Großbritannien u. Irland . . .	46 900	47 300	47 650	47 950	48 200	48 450	
38 100	37 500	Frankreich	39 100	39 400	39 600	39 750	40 000	40 300	
37 200	36 700	Italien	38 250	38 500	38 800	39 000	39 150	39 400	
		Polen	27 500	27 300	27 400	28 000	28 480	28 750	
20 600	20 600	Spanien . . . . . . (ohne Kanar. Inseln)	20 700	20 860	21 050	21 150	21 250	21 350	
7 900	7 700	Rumänien	16 200	16 350	16 600	16 850	17 100	17 300	
		Tschecho-Slowakei	13 500	13 600	13 730	13 850	14 000	14 150	
		Jugoslawien	11 800	12 000	12 150	12 310	12 480	12 650	
		Ungarn	7 920	7 980	8 040	8 100	8 160	8 220	
7 400	7 330	Belgien	7 400	7 460	7 530	7 600	7 665	7 745	
6 625	6 675	Niederlande	6 750	6 865	6 980	7 085	7 215	7 310	7 345
		Österreich	6 425	6 460	6 500	6 530	6 560	6 600	6 620
5 800	5 815	Schweden	5 850	5 905	5 955	5 990	6 005	6 025	
		Griechenland . . . (ohne Lesbos, Chios u. Samos)	4 750	4 770	4 800	4 800	5 800	5 900	
5 700	5 620	Portugal . . . . . . (ohne Azoren und Madeira)	5 600	5 620	5 640	5 660	5 680	5 700	
5 200	5 150	Bulgarien	4 800	4 860	4 910	4 960	5 010	5 075	
3 900	3 800								
4 650	4 600								
3 860	3 850	Schweiz	3 860	3 880	3 890	3 900	3 915	3 930	
		Finnland	3 335	3 365	3 400	3 435	3 460	3 480	
3 010	3 040	Dänemark . . . . . (mit Faröer)	3 250	3 290	3 330	3 360	3 390	3 415	
2 560	2 580	Norwegen	2 605	2 635	2 675	2 710	2 730	2 755	
		Litauen	2 100	2 110	2 130	2 150	2 175	2 200	
		Lettland	1 550	1 700	1 865	1 885	1 910	1 925	
		Estland	1 050	1 070	1 100	1 110	1 120	1 125	
1 018 000	**1 004 000**	**II. Asien . . .**	**1 000 000**	**1 002 000**	**1 005 000**	**1 010 000**	**1 014 000**	**1 019 000**	**1 022 000**
		Davon:							
437 000	431 000	China	430 000	430 000	431 000	433 000	435 000	437 000	
344 500	336 500	Britischer Besitz .	339 000	339 500	340 000	340 500	341 000	342 000	
55 300	55 500	Japan	55 800	56 200	56 900	57 700	58 200	58 800	

			Staatsgebiete 1914					
	1800	1850	Anfang 1900	Anfang 1910	Mitte 1914	Anfang 1915	Anfang 1916	Anfang 1917
Niederländ. Besitz	9 000	16 000	34 000	42 000	46 000	46 300	47 000	47 600
Russischer Besitz .	3 000	6 000	22 000	27 000	28 800	29 000	29 000	28 900
Japanische Nebenländer . . .	8 000	12 000	16 500	18 500	19 700	20 100	20 700	21 200
Französisch. Besitz	7 000	10 000	15 000	17 000	18 200	18 300	18 500	18 700
Asiatische Türkei .	12 000	16 000	20 000	21 500	22 100	22 200	22 400	22 500
Besitz der Verein. Staat. v Amerika	2 000	3 000	7 000	8 000	8 500	8 700	9 200	9 600
III. Afrika . . .	**55 000**	**80 000**	**113 000**	**125 000**	**129 000**	**129 000**	**130 000**	**130 000**
Davon:								
Britischer Besitz .	20 000	28 000	37 000	41 200	42 600	42 800	43 100	43 400
Französisch. Besitz	17 000	22 000	29 000	32 000	32 350	32 400	32 450	32 500
Ägypten	2 500	4 500	10 000	11 600	12 300	12 400	12 550	12 650
IV. Amerika .	**25 000**	**56 000**	**146 000**	**181 000**	**198 000**	**200 000**	**202 000**	**204 000**
Davon:								
Vereinigte Staaten von Amerika . .	5 500	23 400	76 000	91 970	100 000	100 900	102 000	103 200
Brasilien	2 000	4 500	17 000	25 000	28 800	29 000	29 400	29 800
Mexiko	6 000	7 500	13 000	15 000	14 800	14 800	14 700	14 600
Britischer Besitz .	1 000	2 500	7 300	9 200	10 500	10 600	10 800	10 900
Argentinien	500	1 000	4 700	6 800	7 890	8 000	8 100	8 200
Kolumbien	2 500	3 500	4 000	5 300	5 600	5 650	5 720	5 780
Peru	1 800	2 500	4 700	5 000	5 270	5 300	5 350	5 400
Chile	750	1 500	3 200	3 350	3 580	3 600	3 630	3 665
Kuba	500	1 000	1 800	2 200	2 470	2 500	2 560	2 650
Bolivien	500	1 000	1 800	2 500	2 890	2 900	2 925	2 950
Venezuela	750	1 500	2 000	2 200	2 320	2 330	2 350	2 370
Ecuador	500	1 000	1 700	1 900	2 000	2 000	2 025	2 050
Guatemala	750	1 000	1 600	1 750	1 820	1 840	1 860	1 885
Uruguay	50	150	820	1 100	1 315	1 340	1 370	1 400
Salvador	500	700	1 000	1 300	1 390	1 405	1 420	1 425
V. Australien und Ozeanien	**1 000**	**1 400**	**5 700**	**7 100**	**7 600**	**7 600**	**7 700**	**7 700**
Davon:								
Britischer Besitz .	600	850	5 000	6 200	6 650	6 700	6 750	6 750
Erdbevölkerung . .	**775 000**	**1 075 000**	**1 564 000**	**1 729 000**	**1 800 000**	**1 808 000**	**1 817 000**	**1 823 000**



Anfang 1918	Anfang 1919		Staatsgebiete 1925 Anfang 1920	Anfang 1921	Anfang 1922	Anfang 1923	Anfang 1924	Anfang 1925	Mitte 1925
48 200	48 300	Niederländ. Besitz	48 700	49 200	49 700	50 100	50 500	51 000	
28 700	28 400	Besitz d. Union d. Sowjetrepubliken	28 000	28 000	28 200	28 500	28 800	29 000	
21 600	21 700	Japanische Nebenländer	21 900	22 100	22 400	22 800	23 000	23 200	
18 900	18 800	Französisch. Besitz	21 500	21 700	21 800	21 900	22 000	22 100	
22 500	22 200	Asiatische Türkei.	13 000	13 000	13 000	12 900	12 150	12 200	
10 000	10 200	Besitz der Verein. Staat. v. Amerika	10 500	10 700	10 900	11 100	11 250	11 400	
131 000	**131 000**	**III. Afrika** . . .	**132 000**	**132 000**	**133 000**	**133 000**	**134 000**	**135 000**	**135 000**
		Davon:							
43 700	43 600	Britischer Besitz .	49 300	49 600	49 900	50 250	50 600	50 900	
32 550	32 500	Französisch. Besitz	35 670	35 700	35 740	35 770	35 800	35 850	
12 850	12 850	Ägypten	13 000	13 200	13 350	13 550	13 750	13 950	
206 000	**207 000**	**IV. Amerika** . .	**209 000**	**212 000**	**215 000**	**218 000**	**221 000**	**224 000**	**225 000**
		Davon:							
104 300	104 900	Vereinigte Staaten von Amerika . .	105 830	107 300	109 300	110 900	112 800	114 300	
30 200	30 500	Brasilien.	30 800	31 200	31 600	32 000	32 400	32 800	
14 500	14 300	Mexiko	14 200	14 200	14 200	14 200	14 200	14 200	
11 000	11 050	Britischer Besitz .	11 100	11 200	11 350	11 500	11 650	11 800	
8 300	8 400	Argentinien	8 500	8 700	8 900	9 200	9 550	9 900	
5 850	5 900	Kolumbien	5 960	6 020	6 080	6 140	6 200	6 250	
5 450	5 480	Peru	5 500	5 550	5 600	5 650	5 700	5 750	
3 695	3 720	Chile	3 725	3 755	3 780	3 820	3 860	3 900	
2 740	2 800	Kuba	2 900	3 030	3 080	3 120	3 150	3 200	
2 975	2 990	Bolivien	3 000	3 025	3 050	3 075	3 100	3 125	
2 390	2 400	Venezuela	2 410	2 440	2 470	2 490	2 530	2 560	
2 075	2 090	Ecuador	2 100	2 125	2 150	2 175	2 200	2 225	
1 910	1 920	Guatemala	1 925	1 975	2 025	2 075	2 110	2 150	
1 430	1 450	Uruguay.	1 470	1 500	1 530	1 565	1 600	1 635	
1 440	1 455	Salvador	1 475	1 500	1 525	1 550	1 570	1 600	
7 800	**7 900**	**V. Australien und Ozeanien**	**8 100**	**8 300**	**8 400**	**8 500**	**8 700**	**8 800**	**8 900**
		Davon:							
6 850	6 950	Britischer Besitz .	7 450	7 600	7 720	7 830	7 950	8 075	
1 826 000	**1 806 000**	**Erdbevölkerung** . .	**1 799 000**	**1 806 000**	**1 817 000**	**1 830 000**	**1 843 000**	**1 856 000**	**1 862 000**

Anhang zu Übersicht 1: Mittlere jährliche Zunahme in Promille, errechnet nach der Formel

$$\log\left(\frac{1000 + x}{1000}\right) = \frac{\log b - \log a}{n}$$

(*a* ist der Bevölkerungsstand, von dem, *b* der Bevölkerungsstand, zu dem eine Bevölkerung *x* in *n* Jahren gelangt)

	1800 bis 1850	1850 bis 1900	Anfang 1900 bis Mitte 1914	Mitte 1914 bis Anfang 1921	Anfang 1921 bis Anfang 1925
Europa	8,3	8,6	11,6	— 6,4	9,3
Asien	5,2	5,7	7,7	1,2	4,2
Afrika	7,5	6,9	9,9	3,6	5,6
Amerika	16,3	19,3	22,8	10,6	13,9
Australien	6,7	28,5	21,3	13,7	14,7
Erdbevölkerung	6,5	7,6	10,5	0,5	6,8

Übersicht 2: Natürliche Bevölkerungsbewegung

Anmerkung: Die Promillsätze sind nach der jeweiligen mittleren jährlichen Bevölkerung auf dem Gebiete, auf das sich die Angaben beziehen, errechnet. Bei den mit * versehenen Ländern beziehen sich die Daten für die Nachkriegszeit auf ein anderes Gebiet als die für die Vorkriegszeit

	In Tausenden			In Promille der Bevölkerung		
	Geburten	Sterbefälle	Geburten-überschuß	Geburten	Sterbefälle	Geburten-überschuß
Guatemala *(1913)*	*78*	*39*	*39*	*43,5*	*21,6*	*21,9*
„ (1922)	85	37	48	41,5	18,3	23,2
Hawaii (1923)	11,3	4,7	6,6	37,8	15,5	22,3
Ägypten *(1913)*	*507*	*309*	*198*	*41,9*	*25,5*	*16,4*
„ (1922)	583	339	244	43,5	25,3	18,3
Kanada (1922)	253	102	151	28,1	11,3	16,8
Argentinien *(1913)*	*286*	*122*	*164*	*38,2*	*16,3*	*21,9*
„ (1921)	271	129	142	30,8	14,7	16,1
Bulgarien* *(1910)*	*180*	*100*	*80*	*41,4*	*23,2*	*18,2*
„ (1923)	183	104	79	36,7	20,8	15,9
Niederlande *(1913)*	*174*	*76*	*94*	*28*	*12,2*	*15,8*
„ (1924)	180	69	111	24,9	9,6	15,3
Rumänien* *(1913)*	*310*	*192*	*118*	*42,1*	*26,1*	*16*
„ (1922)	614	376	238	36,8	22,6	14,2
Neu-Seeland *(1913)*	*28*	*10*	*18*	*26,1*	*9,5*	*16,6*
„ (1922)	29	11	18	22,9	8,8	14,1
Uruguay *(1913)*	*40*	*15*	*25*	*32,2*	*12,3*	*19,9*
„ (1923)	39	17	22	24,6	10,6	14
Serbien (1912)	*112*	*64*	*48*	*39*	*22,4*	*16,6*
Jugoslawien (1923)	ca. 420	ca. 250	ca. 170	34	20	14



	In Tausenden			In Promille der Bevölkerung		
	Geburten	Sterbefälle	Geburtenüberschuß	Geburten	Sterbefälle	Geburtenüberschuß
Australien *(1913)*	136	52	84	28,3	10,8	17,5
„ (1923)	135	56	79	23,8	9,9	13,9
Staat São Paulo *(1913)*	128	69	59	38	20	18
„ (1919)	143	82	61	31,7	18,2	13,5
Italien* *(1913)*	1 122	664	458	31,7	18,7	13
„ (1923)	1 107	626	481	28,3	16	12,3
Tschecho-Slowakei (1923)	379	209	170	27,2	15	12,2
Portugal *(1913)*	200	125	75	33,8	21,1	12,7
„ (1921)	199	126	73	33	20,9	12,1
Rußland *(1912)*	5 238	3 186	2 052	42,2	25,7	16,5
Union der Sowjetrepubliken (1923)	ca. 3 750	ca. 2 450	ca. 1 300	35	23	12
Japan *(1913)*	1 757	1 027	730	33,2	19,4	13,8
„ (1922)	1 969	1 287	682	34,4	22,5	11,9
Ver. Staaten v. Amerika, Birth Registration Area *(1915)*	776	437	339	25,1	14,1	11
Ver. Staaten v. Amerika* (1924)	2 645	1 333	1 312	23,3	11,7	11,6
Dänemark* *(1913)*	72	35	37	25,6	12,5	13,1
„ (1923)	74	38	36	22,2	11,3	10,9
Norwegen *(1913)*	62	32	30	25,2	13,1	12,1
„ (1924)	60	31	29	21,7	11,1	10,6
Polen (1923)	ca. 850	ca. 550	ca. 300	30	20	10
Spanien *(1913)*	618	449	169	30,4	22,1	8,3
„ (1923)	661	449	212	30,5	20,7	9,8
Lettland (1922)	40	22	18	21,4	11,8	9,6
Litauen (1922)	54	35	19	26,9	17,3	9,6
Ungarn* *(1913)*	736	501	235	34,5	23,5	11
„ (1923)	230	156	74	28,3	19,2	9,1
Finnland *(1913)*	87	52	35	27,1	16,1	11
„ (1922)	80	49	31	23,4	14,4	9
Schweiz *(1913)*	90	55	35	23,2	14,3	8,9
„ (1923)	76	46	30	19,3	11,7	7,6
Griechenland (1921)	118	76	42	21,4	13,8	7,6
Schweden *(1913)*	130	77	53	23,2	13,6	9,6
„ (1923)	113	68	45	18,8	11,4	7,4
Belgien *(1913)*	171	111	60	22,4	14,6	7,8
„ (1923)	155	100	55	20,4	13,1	7,3
Südafrika, weiße Bevölkerung *(1913)*	102	64	38	16,5	10,4	6,1
Südafrika, weiße Bevölkerung (1922)	117	68	49	16,8	9,7	7,1
Deutsches Reich* *(1913)*	1 839	1 005	834	27,5	15,1	12,4
„ [ohne Saargebiet] (1923)	1 292	859	433	20,9	13,9	7

	In Tausenden			In Promille der Bevölkerung		
	Geburten	Sterbefälle	Geburten-überschuß	Geburten	Sterbefälle	Geburten-überschuß
Österreich* *(1913)*	*865*	*590*	*275*	*29,7*	*20,3*	*9,4*
„ (1923)	146	100	46	22,3	15,3	7
Großbritannien *(1913)*. . .	*1 002*	*578*	*424*	*24,2*	*14*	*10,2*
„ (1924). . .	837	544	293	19,2	12,5	6,7
Albanien (1922)	13,3	8,6	4,7	16,7	10,8	5,9
Chile *(1913)*	*141*	*107*	*34*	*40,1*	*30,4*	*9,7*
„ (1923)	153	133	20	39,8	34,7	5,1
China (1923)	ca. 14 000	ca. 12 000	ca. 2 000	33	28	5
Estland (1922)	21	18	3	19,4	16,4	3
Frankreich* *(1913)*	*746*	*702*	*44*	*18,8*	*17,7*	*1,1*
„ (1924)	752	680	72	18,7	16,9	1,8
Brit.-Indien, Provinzen *(1913)*	*9 383*	*6 845*	*2 538*	*39,4*	*28,7*	*10,7*
„ „ (1921)	7 728	7 344	384	31,4	29,9	1,5
Straits Settlements *(1913)* .	*20*	*26*	*— 6*	*26,3*	*34,2*	*— 7,9*
„ „ (1921) .	29	28	1	32,4	31,6	0,8
Mexiko (1922)	425	455	— 30	30	32	— 2

Anhang zu Übersicht 2: Veränderungen der natürlichen Bevölkerungsbewegung seit der Vorkriegszeit

Anmerkung: Angaben, die sich auf stark verschiedene Staatsgebiete beziehen, konnten nicht verglichen werden

1. Veränderungen in Promille der Bevölkerung

Veränderung der Geburtenhäufigkeit	Veränderung der Sterbehäufigkeit	Veränderung der natürlichen Vermehrung
Straits Settlements (1921 gegen 1913) + 6,1	Chile (1923 gegen 1913) + 4,3	Straits Settlements (1921 gegen 1913) + 8,7
Ägypten (1922 geg. 1913) + 1,6	Japan (1922 gegen 1913) + 3,1	Ägypten (1923 geg. 1913) + 1,8
Japan (1922 gegen 1913) + 1,2	Britisch-Indien (1921 geg. 1913) + 1,2	Spanien (1923 geg. 1913) + 1,5
Südafrika (1922 geg. 1913) + 0,3	Portugal (1921 geg. 1913) — 0,2	Guatemala (1922 gegen 1913) + 1,3
Spanien (1923 geg. 1913) + 0,1	Ägypten (1922 geg. 1913) — 0,2	Südafrika (1922 geg. 1913) + 1
Frankreich (1924 gegen 1913) — 0,1	Frankreich (1924 gegen 1913) — 0,8	Frankreich (1924 gegen 1913) + 0,7
Chile (1923 gegen 1913) — 0,3	Südafrika (1922 geg. 1913) — 0,7	Ver. Staaten von Amerika (1924 gegen 1915) + 0,6
Portugal (1921 geg. 1913) — 0,8	Neu-Seeland (1922 gegen 1913) — 0,7	Niederlande (1924 gegen 1913) — 0,2
Ver. Staaten von Amerika (1924 gegen 1915) — 1,8	Australien (1923 geg. 1913) — 0,9	Belgien (1923 geg. 1913) — 0,5
Belgien (1923 geg. 1913) — 2	Dänemark (1923 geg. 1913) — 1,2	Portugal (1921 geg. 1913) — 0,6
Guatemala (1922 gegen 1913 — 2	Deutsches Reich (1923 gegen 1913) — 1,2	

Veränderung der Geburtenhäufigkeit	Veränderung der Sterbehäufigkeit	Veränderung der natürlichen Vermehrung
Niederlande (1924 gegen 1913) —3,1	Spanien (1923 geg. 1913) —1,4	Italien (1923 gegen 1913) —0,7
Neu-Seeland (1922 gegen 1913) —3,2	Belgien (1923 geg. 1913) —1,5	Schweiz (1923 geg. 1913) —1,3
Italien (1923 gegen 1913) —3,4	Großbritannien (1924 gegen 1913) —1,5	Norwegen (1924 geg. 1913) —1,5
Norwegen (1924 geg. 1913) —3,5	Argentinien (1921 gegen 1913) —1,6	Japan (1922 gegen 1913) —1,9
Dänemark (1923 geg. 1913) —3,5	Finnland (1922 geg. 1913) —1,7	Finnland (1922 geg. 1913) —2
Finnland (1922 geg. 1913) —3,7	Norwegen (1924 geg. 1913) —2	Schweden (1923 geg. 1913) —2,2
Schweiz (1923 geg. 1913) —3,9	Schweden (1923 geg. 1913) —2,2	Dänemark (1923 geg. 1913) —2,2
Schweden (1923 geg. 1913) —4,4	Ver. Staaten von Amerika (1924 gegen 1915) —2,4	Neu-Seeland (1922 gegen 1913) —2,5
Australien (1923 geg. 1913) —4,5	Schweiz (1923 geg. 1913) —2,6	Großbritannien (1924 gegen 1913) —3,5
Großbritannien (1924 gegen 1913) —5	Straits Settlements (1921 gegen 1913) —2,6	Australien (1923 geg. 1913) —3,6
Deutsches Reich (1923 gegen 1913) —6,6	Niederlande (1924 gegen 1913) —2,6	Rußland (1923 geg. 1912) —4
Rußland (1923 geg. 1912) —7	Italien (1923 gegen 1913) —2,7	Chile (1923 gegen 1913) —4,6
Argentinien (1921 gegen 1913) —7,4	Rußland (1923 geg. 1912) —3	Deutsches Reich (1923 gegen 1913) —5,4
Britisch-Indien (1921 gegen 1913) —8	Guatemala (1922 gegen 1913) —3,3	Argentinien (1921 gegen 1913) —5,8
		Britisch-Indien (1921 gegen 1913) —9,2

2. Veränderungen in Prozenten des Ausgangspromillsatzes

Veränderung der Geburtenhäufigkeit	Veränderung der Sterbehäufigkeit	Veränderung der natürlichen Vermehrung
Straits Settlements (1921 gegen 1913) +23	Japan (1922 gegen 1913) +16	Straits Settlements (1921 gegen 1913)*)
Ägypten (1922 geg. 1913) +3,8	Chile (1923 gegen 1913) +14	Frankreich (1924 gegen 1913) +64
Japan (1922 gegen 1913) +3,6	Britisch-Indien (1921 gegen 1913) +4,2	Spanien (1923 geg. 1913) +18
Südafrika (1922 geg. 1913) +1,8	Ägypten (1922 geg. 1913) —0,8	Südafrika (1921 gegen 1913) +16
Spanien (1923 geg. 1913) +0,3	Portugal (1921 geg. 1913) —1	Ägypten (1922 geg. 1913) +11
Frankreich (1924 gegen 1913) —0,5	Frankreich (1924 gegen 1913) —4,5	Ver. Staaten v. Amerika (1924 gegen 1915) +5,5
Chile (1923 gegen 1913) —0,7	Spanien (1923 geg. 1913) —6,3	Guatemala (1922 gegen 1913) +5,1
Portugal (1921 geg. 1913) —2,4	Südafrika (1922 gegen 1913) —6,7	Niederlande (1924 gegen 1913) —1,3
Guatemala (1922 gegen 1913) —4,6	Neu-Seeland (1922 gegen 1913) —7,4	Portugal (1921 geg. 1913) —4,7
Ver. Staaten von Amerika (1924 gegen 1915) —7,2	Straits Settlements (1921 gegen 1913) —7,6	
Belgien (1923 geg. 1913) —8,9		

*) Statt 7,9 ‰ Abnahme (1913) 0,8 ‰ Zunahme (1921).

Veränderung der Geburtenhäufigkeit		Veränderung der Sterbehäufigkeit		Veränderung der natürlichen Vermehrung	
Niederlande (1924 gegen 1913)	— 11	Deutsches Reich (1923 gegen 1913)	— 7,9	Italien (1923 geg. 1913)	— 5,4
Italien (1923 gegen 1913)	— 11	Australien (1922 gegen 1913)	— 8,3	Belgien (1923 geg. 1913)	— 6,4
Norwegen (1924 gegen 1913)	— 14	Dänemark (1923 gegen 1913)	— 9,6	Norwegen (1924 gegen 1913)	— 12
Dänemark (1923 gegen 1913)	— 14	Argentinien (1921 gegen 1913)	— 9,8	Japan (1922 geg. 1913)	— 14
Finnland (1922 geg. 1913)	— 14	Belgien (1923 geg. 1913)	— 10	Schweiz (1923 geg. 1913)	— 15
Australien (1923 geg. 1913)	— 16	Großbritannien (1924 gegen 1913)	— 11	Neu-Seeland (1922 gegen 1913)	— 15
Neu-Seeland (1922 gegen 1913)	— 16	Finnland (1922 geg. 1913)	— 11	Dänemark (1923 gegen 1913)	— 17
Schweiz (1923 geg. 1913)	— 17	Rußland (1923 geg. 1912)	— 12	Finnland (1922 geg. 1913)	— 18
Rußland (1923 geg. 1912)	— 17	Italien (1923 geg. 1913)	— 14	Australien (1923 gegen 1913)	— 21
Schweden (1923 geg. 1913)	— 19	Norwegen (1924 gegen 1913)	— 15	Schweden (1923 geg. 1913)	— 23
Argentinien (1921 gegen 1913)	— 19	Guatemala (1922 gegen 1913)	— 15	Rußland (1923 geg. 1912)	— 24
Britisch-Indien (1921 geg. 1913)	— 20	Schweden (1923 geg. 1913)	— 16	Argentinien (1921 gegen 1913	— 26
Großbritannien (1924 gegen 1913)	— 21	Ver. Staaten von Amerika 1924 gegen 1915)	— 17	Großbritannien (1924 gegen 1913)	— 34
Deutsches Reich (1923 gegen 1913)	— 24	Schweiz (1923 geg. 1913)	— 18	Deutsches Reich (1923 gegen 1913)	— 44
		Niederlande (1924 gegen 1913)	— 21	Chile (1923 gegen 1913)	— 47
				Britisch-Indien (1921 gegen 1913)	— 86

Übersicht 3: Wanderbewegung

Auswanderung:			Einwanderung		
Italien (1924)	402 000		Vereinigte Staaten von Amerika (1924)	315 000	
davon nach Frankreich .	231 000		Frankreich (1924)	239 000	(Wiederauswanderung . 48 000)
„ „ Uebersee . .	151 000		Argentinien (1924) . . .	165 000	
Großbritannien (1923) .	256 000	nach Uebersee	Kanada (1923/24)	149 000	
Polen (1923)	123 000	„ „	Brasilien (1924)	98 000	
Spanien (1923)	93 000	„ „	Australien (1924)	45 000	Zuwanderungsüberschuss
Deutsches Reich (1924) .	59 000	„ „	Cuba (1923/24)	44 000	
Portugal (1923)	30 000	„ „	Mexiko (1923)	43 000	
Schweden (1923)	22 000	„ „	Neu-Seeland (1922) . . .	35 000	
Tschecho-Slowakei (1923)	15 800	„ „	Südafrika (1922)	33 000	
Finnland (1923)	13 800	„ „	Uruguay (1922)	15 400	Zuwanderungsüberschuss
Rumänien (1923)	12 700	„ „			
Jugoslawien (1923) . . .	9 400	„ „			
Norwegen (1924)	8 500	„ „			
Dänemark (1923)	7 600	„ „			
Niederlande (1923) . . .	6 900	„ „			
Schweiz (1924)	4 140	„ „			
Österreich (1924)	2 650	„ „			

damit auch neue Lebensansprüche, welche die Menschen nicht allein für sich, sondern ebenso für ihre Nachkommenschaft stellten. Daraus allein erklärt sich neben der physischen Dekadenz eines vorläufig zahlenmäßig doch noch nicht zu stark ins Gewicht fallenden Teiles der Großstadtbevölkerungen die noch immer ebenso an regionaler Ausdehnung wie an Intensität um sich greifende Erscheinung des Geburtenrückganges, deren Anfänge sich in Frankreich bis ins 18. Jahrhundert zurückverfolgen lassen, die aber seit den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts auch bei den anderen führenden Kulturvölkern deutlich wahrnehmbar einsetzt. Daß die jährliche Zuwachsrate trotzdem noch bis 1905 stieg, ist darum vornehmlich dem medizinischen Fortschritt zu danken, dem bis zu diesem Zeitpunkt durch beständige Herabdrückung der Sterblichkeitsrate nicht nur eine Einholung, sondern sogar eine Überholung des Geburtenrückgangtempos gelang. (Daß der technische Fortschritt dem medizinischen eine Reihe wertvoller Unterlagen lieferte und ihn auch in seiner Anwendung und Verbreitung unterstützte, soll damit nicht bestritten werden.) Von 1905 an setzt die umgekehrte Entwicklung ein, wenn auch zunächst in sehr milder Form. Es gelingt auch weiterhin, die Wirkung des Geburtenrückganges durch fortgesetzte Herabminderung der Sterblichkeit abzuschwächen, der Geburtenrückgang eilt jedoch im Tempo voraus. Die Zuwachsrate der Erdbevölkerung beträgt 1913 nur noch 9 ‰.

Um Mitte 1914 setzt die große durch den Weltkrieg hervorgerufene Störungsphase der Bevölkerungsentwicklung ein, die im allgemeinen bis Ende 1920, in ihren letzten lokalen Wirkungsausläufern (besonders in Osteuropa) sogar bis ins Jahr 1923 hinein andauert. Die Bevölkerung Frankreichs, Belgiens und Serbiens beginnt schon 1914 zu sinken, die Bevölkerung des Deutschen Reiches, Österreich-Ungarns, Rußlands und Gesamt-Europas erst 1915. Dagegen stagniert der Bevölkerungsstand von Großbritannien und Italien noch 1917 (in die beiden Länder fand allerdings bei und nach Kriegsausbruch eine starke Rückwanderung statt). Nachdem inzwischen die Bevölkerung Außereuropas (mit Ausnahme der schwächeren Einwanderung nach Amerika und Australien) so ziemlich unbeeinflußt weitergestiegen ist, haben wir Anfang 1918 trotz des schon $3^1/_2$ Jahre andauernden Weltkrieges noch einen um 26 Millionen höheren Bevölkerungsstand als Mitte 1914. Erst das Grippejahr 1918 bringt die Erdbevölkerung zum Sinken, und zwar wegen Übertragung der Seuche auch in die sanitär rückständigsten Gebiete Asiens (insbesondere nach Britisch-Indien) gleich um den gewaltigen Betrag von 20 Millionen. Inzwischen haben auch die katastrophalen Bevölkerungsverluste Rußlands eingesetzt, die zusammen mit der Fortdauer der Grippe im Jahre 1919 einen weiteren Rückgang der Erdbevölkerung, und zwar um 7 Millionen, bewirken. Durch die ungeheure Militärsterblichkeit von 13 Millionen, gleich $^1/_{140}$ der

Gesamtmenschheit, scheint der Weltkrieg alle größeren Kriege der Vergangenheit nicht nur absolut, sondern sogar relativ zu übertreffen (die direkten Kriegsverluste in allen Kriegen des 19. Jahrhunderts zusammengenommen betragen nur 4 Millionen), hinsichtlich seiner mittelbaren Einwirkung auf die Bevölkerungsentwicklung tritt er jedoch (und das ist wieder dem medizinischen Fortschritt zu danken) hinter den Dreißigjährigen Krieg und wahrscheinlich noch hinter eine Reihe anderer Kriege zurück.

Im Jahre 1920 steigt zum ersten Mal die Bevölkerung aller Erdteile wieder, und zwar nimmt Europa um 2 und die Erdbevölkerung um 7 Millionen zu. Im Jahre 1921 erhöht sich die Zunahme der Erdbevölkerung auf 11 Millionen und stabilisiert sich von 1922 an bei 13 Millionen = rund 7 ‰ (die Europas bei 4 Millionen = rund $8^1/_2$ ‰). In den letzten Vorkriegsjahren betrug dagegen zum Vergleich das Jahreswachstum der Erdbevölkerung 16 Millionen = rund 9 ‰ und das Europas 6 Millionen = rund 13 ‰. Während die Erdbevölkerung nach unserer Aufstellung um Mitte 1925 um 62 Millionen größer ist als um Mitte 1914, hat Europa jetzt erst gerade seinen damaligen Bevölkerungsstand wieder erreicht. Die Verteilung ist allerdings eine andere. In der Sowjetunion ist die Bevölkerung noch um 9 Millionen, in Frankreich heutigen Umfanges um $1^1/_8$ Millionen, in Polen um eine Dreiviertel Million, in Lettland um 600 000, im jetzigen Österreich um 300 000, in Litauen um 200 000 und in Estland um 100 000 kleiner als Mitte 1914. Sonst ist sie dagegen überall größer, und zwar davon im Deutschen Reich gegenwärtigen Umfanges und in Großbritannien um je über 2 Millionen, in Italien heutigen Umfanges um rund 2 Millionen und in den Niederlanden (nur natürliche Vermehrung!) und in Griechenland (Rückwanderung aus Kleinasien!) um je 1 Million.

Bei Betrachtung der Bevölkerungsentwicklung der Nachkriegszeit fällt zunächst ein starkes Ansteigen der Geburtenziffern in den am Krieg beteiligt gewesenen Staaten in den Jahren 1920 bis 1922 auf. In einigen Ländern, darunter Großbritannien und Frankreich, wird dabei die Rate des Jahres 1913 überschritten, in anderen, darunter dem Deutschen Reich, jedoch nicht voll erreicht. Nachdem die Sterbeziffern der genannten Jahre meistens niedriger waren als die von 1913, wurde somit einem größeren Bevölkerungszuwachs für erwähnte Zeit auch noch von dieser, also der negativen Seite her, vorgearbeitet. Die Publizistik, insbesondere die stärker auf Schlagworte als auf Tatsachen eingestellte, knüpfte damals an diese Entwicklung allzu optimistische Betrachtungen und übersah dabei vollständig, daß die Ehehäufigkeit in den Weltkriegsstaaten in der Zeit 1919 bis 1921 infolge Nachholung vieler wegen des Krieges unterbliebener Eheschließungen im allgemeinen um 50 bis 100 % höher war als 1913. Das Anschwellen der Geburtenziffern in den je darauf



folgenden Jahren ist darum nur als verspätete statistische Korrektur der Bevölkerungsentwicklung in den Kriegsjahren (insbesondere den beiden letzten) aufzufassen. Die Bevölkerungsentwicklung der Nachkriegszeit zeigt in den Kriegsstaaten erst 1923 und 1924 ihr wahres Gesicht, es ist dieses jedoch, insbesondere was die Veränderungen seit den letzten Vorkriegsjahren betrifft (der Stand der Geburtenüberschüsse an sich geht noch an) sowohl für die europäischen Völker im allgemeinen und besonders für die germanischen ein recht wenig freundliches. Dagegen erweisen allerneuestens die drei südromanischen Länder Italien, Spanien und Portugal eine bemerkenswerte Widerstandsfähigkeit ihrer Geburtenziffern. Durch einseitige Herabdrückung der Sterbeziffer wurde in Spanien sogar eine bedeutende und selbst in Frankreich eine immerhin bemerkenswerte Verbesserung der jährlichen Zuwachsrate erzielt. Betreffs Frankreichs ist überhaupt zu bemerken, daß seine ungünstige Bevölkerungsentwicklung zumindest ebenso auf die für einen Staat seines kulturellen Niveaus ungewöhnlich hohe Sterblichkeit zurückzuführen ist wie auf seine niedrigen Geburtenziffern. Von den germanischen Ländern hatte 1924 England (in ganz Großbritannien ist die Rate wegen Schottlands eine Kleinigkeit höher) und sogar schon 1923 Schweden keine höheren Geburtenziffern mehr als Frankreich, infolge der geringen Sterblichkeit ergaben sich jedoch noch recht beachtenswerte Geburtenüberschüsse; aber auch die Zuwachsrate des Deutschen Reiches, die 1923 7 ‰ betrug und sich für 1924 wohl wieder auf 8 ‰ stellen dürfte (zur Zeit der Abfassung dieses Aufsatzes waren erst die Daten über die ersten drei Vierteljahre bekannt), würde sich, wenn die Sterblichkeit so hoch wäre wie im heutigen Frankreich, auf 4 ‰ reduzieren; denn die deutsche Geburtenrate ist nur noch um 2 ‰ pro Gesamtbevölkerung höher als die französische. Als das bevölkerungspolitisch gesündeste Land Europas erweisen sich seit nun schon über einem Jahrzehnt die Niederlande. Es gelang dort bisher, die Geburtenziffer auf dem in keinem Land des gleichen zivilisatorischen Niveaus mehr vorkommenden Stand von 25 ‰ zu erhalten, dabei aber die Sterblichkeit auf unter 10 ‰ herabzudrücken. Im Jahre 1923 wurde sogar der bei einer Bevölkerung mit gleichmäßigem Altersaufbau noch nie vorgekommene Stand von 8,9 ‰ erreicht (selbst das Einwandererland mit dem gesündesten Klima, Neu-Seeland, hat eine nur unbedeutend geringere Sterblichkeit). 1924 ließ sich dieser Stand allerdings nicht halten. Die Rate stieg wieder auf 9,6 ‰. Die höchsten Geburtenziffern finden wir im heutigen Europa genau wie in dem der Vorkriegszeit in den slawischen Ländern und in Rumänien, doch sind auch diese Gebiete vom Geburtenrückgang nicht verschont geblieben und zeigen alle, nachdem eine Herabminderung der Sterblichkeit im gleichen Ausmaß nicht gelang, gegenüber damals verschlechterte natürliche Bevölkerungsbilanzen. Die Ver-

schlechterung ist jedoch überall kleiner als in den germanischen Ländern. Die Vereinigten Staaten von Amerika, über die kürzlich an Stelle des bisherigen Birth Registration Area zum ersten Mal eine das ganze Staatsgebiet betreffende Statistik der Bevölkerungsbewegung veröffentlicht wurde, zeigen relativ günstige Verhältnisse: 23,3 ‰ Geburten, 11,7 ‰ Sterbefälle, 11,6 ‰ Geburtenüberschuß. Gegenüber der Vorkriegszeit scheint eine mäßige Verschlechterung der Geburtenrate und eine mäßige Besserung der Sterberate eingetreten zu sein. Unter den asiatischen Ländern vermehrt sich seit der Vorkriegszeit Japan und allem Anschein nach auch China ziemlich gleichmäßig. Die Geburtenrate hält in Japan (und wahrscheinlich auch in China) die in der Nachkriegszeit nur noch in den slawischen Ländern vorkommende Höhe, ebenso hoch wie dort ist aber auch die Sterblichkeit (in China vermutlich noch höher). Sehr ungünstig steht es auch nach Ablauf der Grippeepidemie mit der Bevölkerungsentwicklung Britisch-Indiens. Es hat sich dort ganz plötzlich ein Geburtenrückgang entwickelt, dem keine Verringerung der Sterblichkeit gegenübersteht. Das letzte Jahr, über das genaue Zahlen vorliegen, 1921, zeigt darum in den Provinzen an Stelle von $2^1/_2$ Millionen = 10,7 ‰ Zuwachs im Jahre 1913 nur einen solchen von 384 000 = 1,5 ‰. Diese Entwicklung soll sich seither nur mäßig gebessert haben; genaue Daten stehen noch aus. Dagegen gelang es, in den Straits Settlements die vor dem Kriege negative natürliche Bevölkerungsbilanz in eine positive zu verwandeln. Die höchste statistisch nachgewiesene Geburtenrate der jüngsten Zeit hatte 1922 Ägypten (43,5 ‰), die niedrigste (wenn sich die Daten tatsächlich auf das ganze Staatsgebiet beziehen) ebenfalls 1922 Albanien (16,7 ‰). Die höchste Sterberate der letzten Zeit hatte 1923 Chile (34,7 ‰), die kleinste unter den Staaten überhaupt 1922 Neu-Seeland (8,8 ‰), unter den Ländern mit inbezug auf die Altersklassen gleichmäßig aufgebauter Bevölkerung, wie schon erwähnt, gleichfalls 1923 die Niederlande (8,9 ‰). Den relativ größten Geburtenüberschuß der jüngsten Zeit verzeichnete 1923 Guatemala (23,2 ‰), während das benachbarte und von einer rassisch ähnlichen Bevölkerung bewohnte Mexiko derzeit (von einigen kleineren Kolonialgebieten, wie Französisch-Guayana oder Mauritius, abgesehen) gegenwärtig das einzige Land der Erde mit negativer natürlicher Bevölkerungsbilanz ist. Die Staaten mit mehr als 15 ‰ Geburtenüberschuß, deren es vor dem Kriege selbst in Europa noch mehrere gab, sind in der Nachkriegszeit recht spärlich geworden: Guatemala, Hawaii, Costa Rica, Salvador, Argentinien, Kanada, Ägypten und in Europa nur noch die Niederlande und Bulgarien.

Über die Wanderbewegung in unseren Tagen ist vor allem zu sagen, daß sie einerseits durch die allgemeine Verarmung, in deren Folge es vielen Auswanderungslustigen nicht möglich ist, sich das zur Auswanderung nötige



Kapital zu beschaffen, anderseits durch die Absperrungsmaßnahmen der Vereinigten Staaten von Amerika gegenüber der Vorkriegszeit an Umfang bedeutend eingebüßt hat. Als bedeutsame Veränderung zum Kapitel „Auswanderungsziele" sei der Eintritt Frankreichs in die Reihe der Einwandererländer erwähnt.

* * *

(Es folgt ein zweiter Teil: Die Tragfähigkeit des Lebensraumes und ihre geopolitischen Auswirkungen.)

ERICH OBST:
BERICHTERSTATTUNG AUS EUROPA UND AFRIKA

Das Morden in Nord-Afrika nimmt seinen Fortgang. Im Zeitalter des Völkerbundes und des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen werden die Rifkabylen niederkartätscht, weil sie es wagen, als Freie im freien Lande leben zu wollen. Es war augenscheinlich beabsichtigt, die Rifleute in die Zange zu nehmen und ihren Widerstand durch einen gleichzeitigen Angriff von Norden und Süden zu brechen: die Spanier sollten in der Bucht von Alhucemas landen und auf die Hauptstadt des Rifgebietes, Aidir, marschieren, die Franzosen in derselben Zeit von Süden her gegen das Bergland anrücken. Unter dem Schutz der französisch-spanischen Marineartillerie ist die spanische Landung in der Tat geglückt; der Vormarsch auf Aidir kam dann vorübergehend ins Stocken, da die Kabylen einen heftigen Flankenangriff bei Tetuan unternahmen. Die letzten Telegramme melden nun aber, daß die ersten Häuser von Aidir bereits im Besitz der spanischen Truppen sind und daß es den Franzosen gelungen sei, den Gebirgsstock von Bibane zu erstürmen. Wenn das den Tatsachen entspricht, hat man Abd el Krim zweifellos strategisch sehr wichtige Stützpunkte genommen. Trotzdem ist nicht abzusehen, wann und wie die Kämpfe in Marokko zu Ende gehen werden. Die inzwischen eingesetzten schweren Herbstregen dürften die militärischen Operationen in jedem Falle erheblich beeinflussen.

Inzwischen jagt in Europa ein Kongreß den andern, und überall wird von Frieden und Freiheit gesprochen. Wie wenig bisher allen diesen Worten die Tat gefolgt ist, wird unser Bericht an verschiedenen Stellen aufzuweisen haben.

Daß der politischen und wirtschaftlichen Krisis des Abendlandes eine solche religiöser Natur parallel geht, zeigen die zahlreichen kirchlichen Kongresse der letzten Zeit. Ihnen allen gemeinsam ist die Erkenntnis, daß mit einer überwiegend auf das Jenseits gerichteten Heilsarbeit das Christentum in unserer Zeit seine Stellung nicht mehr behaupten kann. Wir brauchen eine Religion, die dem Kaiser nicht nur gibt, was des Kaisers ist, sondern mit ihrer Ethik das tagtägliche Leben durchdringt und so zur Grundlage des einzelpersönlichen, sozialen und politischen Lebens wird. Derartige Ziele vor allem schwebten der Weltkirchenkonferenz von Stockholm vor, die deswegen in einer geopolitischen Berichterstattung nicht übergangen werden darf. Es ist in der Tat ein höchst wichtiges Ereignis, daß sich in Stockholm 700 Vertreter der verschiedenen christlichen Kirchen der Welt, Abgeordnete von 300 Millionen Christen, treffen konnten, um sich über die brennenden Fragen praktischen Christentums auszusprechen. Hätte die Sowjetregierung nicht auch hier auf ihrer Religionsfeindlichkeit bestanden, so würden sich die Zahlen noch um ein bedeutendes erhöht haben. Söderblom, der Erzbischof von Upsala, wies mit Stolz darauf hin, daß sich Paulus und Johannes gefunden hätten und bedauerte nur, daß der dritte Jünger, Petrus (die katholische Kirche), noch fehlt und abseits steht. — Zu den Ergebnissen der Stockholmer Weltkirchenkonferenz mit ihren vier Sektionen (Kontinentaleuropa, Britisches Reich, Amerika und Orient) kann man verschieden stehen. Es ist gewiß anzuerkennen, wenn die Kirche nunmehr offen die Fehler zugibt, die sie sich insbesondere der arbeitenden

Klasse gegenüber zuschulden kommen ließ. Sehr feine Worte wurden über die sozialen Probleme und den Kampf gegen einen überspannten Individualismus gesprochen. Auch die in der Botschaft der Weltkirchenkonferenz enthaltenen Prinzipien des christlichen Internationalismus und die klare Stellungnahme gegen den Krieg sind höchst beachtenswert. Ob alle diese hehren Gedanken in absehbarer Zeit feste Gestalt annehmen werden? Wie dem auch sei, in jedem Falle ist der Anlauf dazu, das gegenwärtige Christentum von Grund auf zu reformieren und die mittlere Linie einer evangelischen Katholizität zu finden, auch politisch von Belang, und dies umsomehr, als sich die Weltkirchenkonferenz bemühen wird, in irgendeiner Form Beziehungen zum Völkerbund aufzunehmen. — Daß die deutsche Abordnung sich keine führende Stellung zu sichern wußte, ist sehr zu bedauern. Selbst deutschfreundliche Ausländer hatten den Eindruck, daß die Folgen des landesherrlich gebundenen Staatskirchentums gerade bei der deutschen Delegation noch stark zu spüren sind und infolgedessen bei ihr die sonst allenthalben aufflammende Begeisterung für das christliche und allmenschliche Ideal nicht recht zum Durchbruch kam.

Einen wesentlich anderen Geist atmete die Allgemeine Lutherische Konferenz zu Oslo. Trotz der ausgezeichneten Leitung durch den feinsinnigen Landesbischof von Sachsen, D. Ihmels, machten sich hier öfter als wünschenswert dogmatische Streitereien breit, und das Niveau erreichte im ganzen nicht annähernd die Höhe des Stockholmer Konzils. Es scheint jedoch, daß das Aufeinanderfolgen der beiden kirchlichen Tagungen insofern bedeutungsvoll werden kann, als der gerade in den Kreisen der Lutheraner bislang sehr starke Widerstand gegen den Gedanken einer Allgemeinen Weltkirchenkonferenz erheblich abgeschwächt wurde.

Ausgesprochen politisch orientiert war der II. Kongreß der Sozialistischen Internationale. Er tagte Ende August in Marseille und erhielt sein Gepräge durch Breitscheid und Hilferding (Deutschland), Bauer (Österreich), Henderson (England), Blum (Frankreich), Vandervelde (Belgien), Turati (Italien) u. a. m. Geopolitisch ist vor allem die Tatsache, daß der Kongreß die Gefahr eines englisch-russischen Konfliktes klar erkannte. Für die revolutionären Bewegungen in China, Indien und den mohammedanischen Ländern ist nach der Meinung der Sozialisten die agressive Politik Englands ebenso verantwortlich wie die Treibereien der Sowjets. Beide Staaten werden ernstlich daran gemahnt, daß ihre Politik notwendig zu einem neuen Weltkrieg führen muß. — In einer weiteren Resolution wird gegen die kriegerischen Ereignisse in Marokko protestiert. Der Kongreß fordert, daß der Frieden so bald wie möglich unter Anerkennung der vollen Unabhängigkeit des Rifs geschlossen werde; er hält eine Grenzberichtigung für notwendig, um die wirtschaftliche Selbständigkeit des Rifs zu garantieren. Alle militärischen Operationen sollen sofort eingestellt werden. — Auch für Deutschland fiel ein Pflästerchen ab. Henderson (England) verlangte, daß eine neue internationale Ordnung auf wirklicher Gerechtigkeit aufgebaut werde und auch die letzten Spuren der Gewaltherrschaft beseitigt würden. Zu diesem Zwecke sei vor allem die Inkraftsetzung des Art. 19 des Völkerbundpaktes, der die Revision der Verträge vorsieht, notwendig. — An das russische Volk richtete der Sozialistenkongreß den Appell, die volle politische und gewerkschaftliche Freiheit wieder herzustellen und sich jeder agressiven Politik der eigenen Regierung sowie deren Einmischung in innere Angelegenheiten anderer Länder zu widersetzen. — Die Harmonie des Kongresses wurde durch die Ausführungen des Amerikaners Hilquil nicht unerheblich gestört. Er gab der Besorgnis Ausdruck, daß aller Internationalismus doch nur Tünche sei und die Sozialisten im Ernstfalle genau wie 1914 notfalls mit den Waffen zu ihren Völkern halten

würden. Überdies gestand er den Genossen der Alten Welt zu ihrer Überraschung ganz offen, daß die amerikanischen Ausnahmegesetze gegen die Einwanderung aus dem Fernen Osten von den amerikanischen Arbeitern gutgeheißen wurden, um sich so billige Konkurrenzkräfte vom Leibe zu halten! Von sozialistischer Brüderlichkeit und proletarischer Internationalität ist hier also wirklich nicht irgendwie die Rede.

Auf den Sozialistenkongreß folgte der 24. Internationale Friedenskongreß, der Anfang September in Paris zusammentrat. Nachdem der durch die unerwartete Verhinderung von Herriot hervorgerufene Zwischenfall Herriot-Löbe beigelegt worden war, widmete sich dieser Kongreß unter dem Vorsitz des französischen Unterrichtsministers de Monzie in tagelangen Sitzungen der ausführlichen Erörterung seiner pazifistischen Ziele. Von den 1250 Delegierten, die mehr als 20 Ländern angehörten, kamen Norman Angell, Ferdinand Buisson, Professor Quidde u. a. m. zu Worte. Man sprach, wie üblich, gegen den Krieg, gegen den Kolonialimperialismus, über internationale Wirtschaftsorganisation usw. Es soll gern festgestellt werden, daß der Wille zur Verständigung bei allen Mitgliedern des Kongresses ehrlich und tief war. Ob die Regierungen der verschiedenen Staaten sich die Grundsätze des Internationalen Friedenskongresses zu eigen machen werden, ist eine andere Frage. — Um der evtl. Zukunftsbedeutung willen sei die Ansprache des französischen Kultusministers de Monzie besonders hervorgehoben. „Die Friedensbewegung", so führte er nach der Frankfurter Zeitung aus, „sei aus ihrem Anfangsstadium der Propaganda für die Idee in das der technischen Verwirklichung des heute allgemein bestehenden Friedenswillens getreten. Wenn auch die Sicherung des Friedens noch als eine rein okzidentale Angelegenheit erscheine, so würden doch die wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten der ganzen Welt, die immer stärker in Erscheinung tretende gegenseitige Abhängigkeit der Produktion der verschiedenen Länder, der kosmopolitische Charakter, den jeder Wettbewerb mehr und mehr annähme, bald allen Völkern den Willen zur Ausschaltung der Kriegsmöglichkeit auferlegen. Die Grundvoraussetzung aber für die Sicherung des Friedens sei die Gesinnung, und die Umgestaltung der bisherigen Denkweise über andere Nationen und ihr Verhältnis zueinander müsse in der Schule beginnen. Daran müsse sich dann der Austausch von Studenten und Professoren anschließen. Die Herstellung eines möglichst ausgedehnten Kontakts der Völker untereinander sei ein realerer Schritt zur Sicherung des Friedens als alle platonischen Freundschaftskundgebungen. In diesem Zusammenhang erwähnte der französische Unterrichtsminister, daß bereits vor fünf Wochen das erste Abkommen über einen Austausch von Akademikern zwischen Frankreich und Deutschland abgeschlossen sei." — Herr de Monzie und seine Ministerkollegen würden uns eine große Freude bereiten, wenn sie diesen Worten recht schnell die Tat folgen ließen. Wir empfehlen gerade dem Unterrichtsminister Herrn de Monzie eine sorgfältige Durchsicht der Geographie- und Geschichtsbücher der französischen Schulen. Wir legen der französischen Regierung u. a. nahe, im deutschen Saargebiet die Folgerungen aus den Worten des Herrn de Monzie zu ziehen. Sie wird genau wie wir den freimütigen Aufsatz „Fair Play in the Saar" gelesen haben, den der Manchester Guardian jüngst brachte: „It is enough to say that the League of Nations was responsible, in the only corner of Europe put alltogether under its rule, for a flagrantly one-sided administration. .... A Frenchman who does not speak german, he had been at the head of what should be a strictly neutral government holding the balance between France and Germany. .... The district is purely german and it was only detached in the heat of the peace discussions. .... The expected withdrawel

of French troops has, apparently, not taken place. Elsewhere it has also come to light that, while the Saarlanders were prevented from following there own wishes over the Rhineland Millenary celebrations, M. Rault and two other of the five Commissioners attended the July 14 parade of French troops which, most improperly one would have thought, was held in the Saar territory."

Einen treffenden Beleg für die oben angeführte Befürchtung der Sozialisten hinsichtlich eines englisch-russischen Zusammenstoßes bot der englische Gewerkschaftskongress vom September 1925. Wer den Verhandlungen aufmerksam gefolgt ist, muß zugeben, daß ein englisch-russischer Konflikt nicht nur möglich ist, sondern sich bereits in vollem Gange befindet. Die Russen beschränken sich in ihrem Angriff auf England nicht nur darauf, ganz Asien gegen Großbritannien aufzuwiegeln, sondern sie unterhöhlen die Widerstandskraft ihres Gegners, indem sie das englische Proletariat auf ihre Seite hinüberziehen. Das ist tatsächlich das geopolitisch Bedeutsame an dieser Tagung. Selbstverständlich wetterte man auch gegen die kapitalistische Ausbeutung und den Imperialismus; der Kongreß trat sogar dafür ein, allen Völkern innerhalb des britischen Empire volle Selbstbestimmung einzuräumen einschließlich der Freiheit, sich evtl. vollständig vom Empire zu trennen. Ungleich wichtiger aber ist die Tatsache, daß die Führung der englischen Gewerkschaftsbewegung den Männern der Labour-Party endgültig aus den Händen geglitten ist und die Gewerkschaften mit vollen Segeln in das Fahrwasser des Kommunismus steuern. Die Forderung einer gemeinsamen kommunistischen Front gegen den Kapitalismus, die sehr wahrscheinlich noch in diesem Winter erfolgende Trennung der Büros der Gewerkschaften von denen der politischen Labour-Party — das alles sind ernste Symptome einer Entwicklung, die nicht nur für die Zukunft Großbritanniens, sondern für die ganz Europas, ja der gesamten Welt von entscheidender Wichtigkeit werden kann.

Ein Problem von geringerer Bedeutung, aber doch erheblichem Interesse, namentlich im Hinblick auf die britische Politik, behandelte der diesjährige Zionistenkongreß in Wien. Auch hier bereiteten die Radikalen der gemäßigten Richtung und dem alten Führer Dr. Weizmann außerordentliche Schwierigkeiten. Die Masseneinwanderung nach Palästina, so sagte die Opposition, sei kein Beweis für eine gute zionistische Tätigkeit, sondern lediglich eine Folge der wirtschaftlichen und politischen Veränderungen in Osteuropa sowie des Versperrtseins von Rußland und Amerika. Wenn man so weiter arbeite wie bisher, werde man vielleicht Städte mit großer jüdischer Bevölkerung in Palästina bekommen, aber kein jüdisches Land, keine jüdische Arbeit, keine hebräischen Schulen. Dazu die Araberfrage, deren Bedeutung doch nicht nur in dem Vorhandensein der palästinensischen Araber beruht, sondern in dem Bestehen einer großen panarabischen Bewegung! Die ganze Zukunft hängt letzten Endes von der britischen Politik ab, und hier wurde den Engländern die Meinung in aller Deutlichkeit gesagt. Den Briten wurde vorgeworfen, daß sie die Einwanderung nicht um des Judentumes willen fördern, sondern wegen der damit verbundenen Einnahmequelle. Sie verwandeln Palästina nicht in ein jüdisches Eigenheim, sondern in eine englische Kolonie. Aus allen diesen Gründen müsse der Kongreß zu einer Protestversammlung gegen England werden und das Gewissen der ganzen Welt anrufen, um Palästina vor dem britischen Imperialismus zu retten. — Man sieht, reine Freude wird Großbritannien an der Balfourschen Deklaration nicht erleben.

Neben und über den bisher erwähnten Kongressen steht die große Tagung des Völkerbundes in Genf. Das Hauptinteresse nimmt hier natürlich der von Deutschland angebotene deutsch-französische Sicherheitspakt in Anspruch,

von dessen Abschluß man sich eine allgemeine Entspannung der politischen Lage verspricht. Wir haben zu diesem Problem in früheren Heften dieser Zeitschrift so ausführlich Stellung genommen, daß sich eine abermalige Erörterung erübrigt. So sehr wir von ganzem Herzen für Frieden, Verständigung und allgemeine Abrüstung eintreten, so sehr hoffen und wünschen wir, daß unser Vaterland nicht auf Gnade und Ungnade den Westmächten überantwortet werde und sich damit jede Entwicklungsmöglichkeit nach dem Osten verbaue. Mit dem greisen Graf Apponyi, der in Genf die Interessen Ungarns mit der Frische und Leidenschaftlichkeit eines Jünglings vertrat, fragen auch wir: welche Sicherheit und welche Vorteile bietet man u n s? Und mit Luxemburg erklären wir, daß die geographische Lage auch unseres Landes eine bedingungslose Unterwerfung unter die Satzung des Völkerbundes keinesfalls zuläßt. — Es kann überhaupt die Frage aufgeworfen werden, ob der vom Völkerbund vorgesehene Weg der Regionalabkommen zweckmäßig ist. Eine allgemeine europäische Übereinkunft hätte jedenfalls den Vorzug der Schnelligkeit und Gleichmäßigkeit, und an beiden ist den Völkern unseres Erdteils außerordentlich viel gelegen. Allerdings müßte sich dann der Völkerbund wesentliche Umgestaltungen gefallen lassen etwa in der Art, wie sie die von Coudenhove-Kalergi dem Völkerbund unterbreitete Denkschrift vorsieht: Schaffung kontinentaler Sektionen des Völkerbundes, Anerkennung des Prinzips politischer Kontinente, Übertragung aller rein-europäischen Probleme auf die europäische Völkerbundgruppe. — Neben dem Versuch einer deutsch-französischen Aussöhnung beschäftigt auch die diesjährige Völkerbundstagung die Frage des Minderheitenrechtes in hohem Maße. In allen Ländern der Alten Welt bis hin nach Vorderasien und Afrika ist in der Tat dieses Problem lebendig und verlangt kategorisch eine endgültige Lösung. Der Litauer Galvanauskas hat in Genf den Mut aufgebracht, ein alle Staaten gleichermaßen verpflichtendes Minoritätengesetz zu fordern. Man hat die Resolution einer Kommission überwiesen und weiß schon heute, daß sie an dem Widerstand der Großmächte, nicht zuletzt Italiens, scheitern wird. Ob dieses Schicksal durch die für den 15. Oktober vorgesehene T a g u n g d e s I n t e r n a t i o n a l e n V e r b a n d e s a l l e r o r g a n i s i e r t e n n a t i o n a l e n M i n d e r h e i t s g r u p p e n Europas abgewendet werden kann, ist zum mindesten zweifelhaft. Inzwischen dehnt Polen seine Postoberhoheit über fast ganz Danzig aus, das Deutschtum wird in Italien, Polen und der Tschechei weiter abgedrosselt (Vertschechung Marienbads!), die Rumänen vergewaltigen weiter die deutschen und ungarischen Minderheiten ihres Staates usw. usw. — Auch sonst ist von Freiheit und Gleichberechtigung nichts zu spüren. Österreich bleibt noch mindestens drei Jahre lang unter Völkerbundskontrolle, obwohl die einst hierfür geltend gemachten Gründe längst hinfällig geworden sind und die Österreicher sich in all und jedem bemühen, den Völkerbundsgewaltigen zu Gefallen zu sein. Es wird ihnen allerdings nunmehr gnädigst gestattet, den Überschuß der Völkerbundsanleihe zur Elektrifizierung der Bundesbahnen zu verwenden.

Viel zu wenig Beachtung hat in unserem Vaterland die Reichstagsdebatte über die Handelsverträge mit B e l g i e n und E n g l a n d gefunden. Wir verzeichnen es hier in tiefster Empörung, daß uns Deutschen das allgemeine Niederlassungsrecht nicht einmal für die Gebiete der ehemaligen d e u t s c h e n K o l o n i e n erwirkt werden konnte und daß Belgien sich erdreistete, das ihm als Mandat anvertraute Gebiet von Ruanda in bezug auf Verwaltung, Gesetzgebung und alles andere mit seiner Kongokolonie zu vereinigen! Schon derartige Tatsachen allein sollten ausreichen, um den Deutschen die Augen zu öffnen und sie davon zu überzeugen, daß uns der Eintritt in d i e s e n Völkerbund keinen Segen bringen kann.

K. HAUSHOFER:
BERICHT AUS DER INDO-PAZIFISCHEN WELT

Worte wirklicher Weisheit, aus gründlicher Kenntnis der Rassenfragen und ihrer Tragweite für das Verhältnis von Ost und West entsprungen, die der König von Siam an die siamesischen Studenten in England gerichtet hat, und die Erläuterung, die China Express and Telegraph (London, 27. 8. 1925) daran knüpft, verdienen hier an erster Stelle zu stehen:

„Nehmt unter keinen Umständen eine Europäerin zur Frau. Es sind verschiedene solche Fälle vorgekommen, aber wir haben nicht gesehen, daß sie zu dauerndem Glück geführt hätten. Die Verhältnisse in unserem Land sind nicht die gleichen, wie in Europa, und das an einen Siamesen verheiratete europäische Mädchen sehnt sich oft nach ihrem Heimatland zurück. Verachtet niemals Euer eigenes Volk und denkt daran, daß weder der Siamese, noch der Europäer Achtung vor denjenigen hat, die Angehörige einer anderen Rasse heiraten. Es gibt Gute und Schlechte in allen Rassen, und der Siamese hat ebenso viel wertvolle Eigenschaften, wie jede andere Rasse . . .“

Unsere Leser wissen längst, daß wir die Rassenfrage in erster Linie als eine große und ernste Verpflichtung für jeden einzelnen rassenstolzen Menschen auffassen; erst der Erfüllung der Verpflichtung mag der Anspruch folgen! Der König von Siam, der elf Jahre, zuerst als Student in Oxford, dann als Offizier im englischen Heere, „seine Augen gut aufgemacht hat“, steht auf demselben Boden und wünscht sichtlich die Mischheiraten zwischen seinem lebensfrohen Ostvolk mit dem ausgesprochen südlichen Temperament und den nordischen Rassen möglichst einzuschränken.

Der britische Rassenstandpunkt begrüßt diese Absicht: „Heirat mit einem Orientalen scheint einen Schimmer von Romantik für junge Weiblichkeit zu haben, aber keiner weiß es besser, als wer wirklich im Fernen Osten gelebt hat, welcher schauerliche Fluch daraus für beide Teile in der Regel wird, wenn der junge Mann in sein eigenes Land zurückkehrt. Entweder die Braut bleibt, schnell vergessen, daheim, oder sie zieht aus in ein Leben der Sklaverei, als Gegenstand der Verachtung für alle seine Verwandten, und ausgestoßen aus der Gesellschaft ihres eigenen Blutes.“ So der China Express and Telegraph.

Es muß nicht so kommen (wir kennen gesegnete Ausnahmefälle); aber in den meisten Fällen kommt es so, namentlich dort, wo die angelsächsische und nicht die französische oder portugiesische Gesellschaftssitte den Ton angibt.

„Heirat zwischen so grundverschiedenen Rassen hat niemals die Probe der Zeit bestanden: abweichende Ideale und abweichende Gewohnheiten werfen ein schweres Gewicht in die Wagschale und instinktives Rassenvorurteil ein noch schwereres. Elend entspringt unweigerlich daraus, und nicht nur für die zwei unmittelbar Beteiligten. Die Wege des Westens sind, wie der König von Siam wahrhaftig sagt, nicht die Wege des Ostens, und gerade der Osten hat uns die Wahrheit dieses Worts oft genug gelehrt. . . .“

Es ist selten, daß man in einer Zeit außerordentlicher Unwahrhaftigkeit in Rassenfragen — nicht zuletzt dank der Völkerbunds-Phraseologie — von beiden Seiten, von Ost und West, aus berufenem Munde die wirklichen Meinungen starker Rassen und Völker unge-

schminkt ausgesprochen findet und anführen kann, ohne selbst Töpfe zerschlagen zu müssen; denn die geopolitische Bedeutung des Vorhandenseins solcher Anschauungen liegt auf der Hand, namentlich wenn sie einerseits vom König von Siam, andrerseits von einem der besten angelsächsischen Beobachter im Fernen Osten so unumwunden geformt werden.

Wie weit muß es — bei einem solchen Auseinanderklaffen der Meinungen in den Fragen



„Wer es mit Aufhebung der Fremdrechte ehrlich meint — hebe die Hand auf!"

der Kernzelle der Gesellschaft! — noch bis zu einem wirklichen Verständnis sein in Welt-Arbeitsfragen und im Welt-Arbeitsrecht oder Familienrecht, in Fragen des Selbstbestimmungsrechts, der Möglichkeit dauernden Rassen-Völker- und Wirtschaftsfriedens auf der Erde — auch dann — wenn Einzelne unter Vermittlung von fremden in ihrem Geiste kaum verstandenen Sprachen auf Kongressen mehr aneinander vorbei, als miteinander reden!

Aneinander vorbei geredet wird denn auch in diesem Sommer in den wichtigsten indopazifischen Fragen: Der chinesischen, der indischen und der amerikanisch-japanischen, während die zwei japanischen Flugzeuge, die den Verbrüderungsflug der Sowjets in Moskau erwidern sollten, dort am 23. 8., von zehn russischen Flugzeugen begleitet und festlich begrüßt, eingetroffen sind, um — nach Paris weiterzufahren.

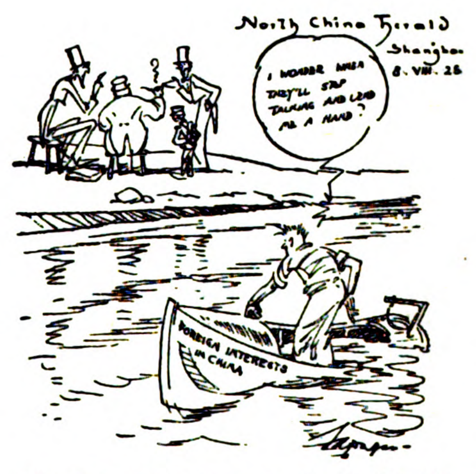
Die letzten inneren Gründe, warum die Neun-Mächte-Verständigung über das Eingreifen in China wahrscheinlich immer wieder zu spät kommt, um wirksam zu werden, enthüllen am besten amerikanische Spottzeichnungen, wie die beigefügte des Brooklyn Citizen vom 15. 7. 25. Trotz aller gebotenen Rücksicht auf die Vereinigten Staaten ermüdet diese Art amerikanischer Diplomatie die andern Beteiligten, und sie weisen mit Recht darauf hin, daß der erste Einbruch in die chinesische Justizhoheit eigentlich im Artikel XXI des amerikanisch-chinesischen Vertrags vom 3. 7. 1844, unterzeichnet von Caleb Cushing und Kiying zu finden sei.

Dieser Artikel über die Consular-Gerichtsbarkeit der Fremden für in China verübte Rechtsverstöße sei dann im gleichen Jahr von Frankreich, 1847 von Norwegen und Schweden, 1858 von Großbritannien usw. gleichlautend übernommen worden, so daß also — wie beim Aufbrechen des verschlossenen Alt-Japan 1854 — auch hier die Vereinigten Staaten vergessen hätten, daß sie den ruhenden Osten aufgestört haben. Durch Zitate der bitterbösen japanischen Pressestimmen über Seemanöver in Hawai, die Fahrt der amerikanischen Übungsflotte nach Australien, und die Befestigungs-Erweiterung von Pearl Harbour (Osaka Mainichi, Hochi, Yomiuri) werden die Vereinigten Staaten daran erinnert, daß jenseits des Großen Ozeans mehr Groll und Mißtrauen gegen sie wach ist, als sie in pazifistischen Anwandlungen Wort haben wollen. Und eine Äußerung, wie die von Butler, dem Vorsitzenden des U. S. Naval Committee, er würde in der Gesetzgebung darauf drängen, aus

Hawai die stärkste militärische Stellung der Welt zu machen, ist natürlich nicht geeignet, das transpazifische Mißtrauen zu beseitigen.

Inzwischen hat das sehr regelmäßige und starke Einsetzen der Monsun-Niederschläge im ganzen indischen Bereich dazu beigetragen, die durch allerlei aufreizende Naturereignisse, wie das schwere Erdbeben von Talifu in Yünnan vom 15. und 16. 3., das westjapanische Beben und die Überschwemmungen in Mittel-Korea gespannten Nerven Südost-Asiens zu beruhigen. Denn man kennt dort aus Erfahrung die Zusammenhänge zwischen Klima-Excessen und Notständen, Wirren und Unruhen nur zu gut, und verbindet mit pünktlichem Einsetzen der Monsune in China und Indien Hoffnungen auf evolutionären, also nicht katastrophalen Verlauf auch der Politik. Aber der Fremdhandel, der zur Zeit allein in Hongkong täglich durch Streik und Handelsablenkung etwa $4^1/_2$—5 Millionen Mark verliert, nennt das Warten auf automatische Besserung endgültig „a policy of drift“ (Spottzeichnung 2). Zweifellos bedeutet die Vereinigungsbewegung der mittleren Yangtse-Provinzen in China unter Wiederauftauchen von Marschall Wu Pei Fu — mit Front sowohl gegen die Anfu-Regierung in Peking, und Chang Tso Lin, den Herrn der Mandschurei und Schantungs, wie gegen die rote Kuo Ming Tang-Regierung in Kanton, mit Wiederannäherung des christlichen Generals Feng Yu Hsiang an die Mittelgruppe — sowohl einen Versuch, der chinesischen Mitte wieder Macht gegenüber den radikalen Nord- und Südleuten zu verleihen, als auch einen sehr gewandten britischen Schachzug, um die am meisten englandfeindlichen Macht-Richtungen in China durch innere chinesische Kräfte zu binden und mattzusetzen.

Bei der Chikungshan-Konferenz trafen sich zwar nicht Wu Pei Fu oder Feng Yu Hsiang selbst, wohl aber militärische Vertrauensleute von beiden, die starke Streitkräfte vertraten, mit den Führern von Szechuan, Hunan, Fukien, Chekiang, Hupe, Shensi, Honan, Kueichow und Kuangsi; es fehlten also nur der äußerste Süden und der ganze Nordosten. Auch der sogenannte weiße Flügel der Kuo Ming Tang hat gegen den roten Flügel, der in Kanton herrscht, und den Anfu-Club, der in Peking sitzt, die Fühlung mit der neuen Machtgruppe mittlerer Richtung aufgenommen, wenn auch hier ein scharfer Gegensatz zwischen militärischer und bürgerlicher Gewalt die Beziehungen überschattet.



„Bin doch gespannt, wann sie das Schwätzen aufhören, und mir eine Hand zur Hilfe reichen werden?“

Zwischen den bolschewistischen Machtzielen in Mittel- und Ostasien und dem panasiatischen Ideal Feng Yu Hsiangs scheint es zu einer Spaltung gekommen zu sein, während eine Annäherung an panasiatische japanische Gedankengänge stattgefunden hat. Vielleicht hat auch der christliche General erkennen müssen, daß die zwischen weltanschauungsmäßigen Propaganda-Zielen und praktischer Außenpolitik hin und her gerissenen Sowjetvertreter es mit der Vertragstreue so wenig genau nehmen, wie er selbst, und daß man nicht gleichzeitig eine Macht von innen unter-

minieren und mit ihr zusammen wirkungsvolle Außenpolitik treiben kann.

Japan manövriert nach wie vor mit höchster Vorsicht in so unsichtigen Gewässern und wird bis zur ersten Wahl nach dem verbreiterten Wahlrecht keine feste Hand am Steuer haben; Baron Kato hat sich die nationale Geschlossenheit vom vorigen Jahre nicht zu erhalten vermocht, und Baron Tanaka nicht die notwendige Mehrheit in den verbrauchten Koterieen erlangen können.

Abgesehen von der geradezu trostlosen Arbeitslage (zwei Millionen Arbeitslose wurden für das ganze japanische Reich in düsterer Stunde genannt!) ist die Frage der Wiedererholung der Pfortenlandschaft um die Tokiobucht vom Erdbeben 1923 noch keineswegs endgültig gelöst. Die natürlich geschichtlich und geographisch, also geopolitisch vorbestimmte Vermittlungslandschaft des Reiches ist eben der Binnenwinkel der Inlandsee in der Gegend von Osaka und Kobe: hier findet sich ein mehr natürliches, an der Bucht von Tokio ein mehr gewaltsames künstliches Aufblühen der Verkehrslage, bei übersteigerter Bevölkerungsverdichtung in den beiden Räumen, die zu ungesunden Entwicklungen drängt.

Dreizehn Vereine und Klubs aus Yokohama haben sich mit dem guten Grund veranlaßt gesehen, im China Express and Telegraph eine geharnischte Erklärung zu veröffentlichen, „daß sie mit größtem Vertrauen dem Wiederaufbau von Yokohama entgegensehen — (das noch einen sehr tristen Eindruck macht!) —, und einstweilen ihre Klubplätze in besten Stand gesetzt haben. Sie weisen auch darauf hin, daß — während viele andere wichtige Firmen, namentlich der Einfuhr dienende, nach Kobe, Osaka und Tokio verzogen sind — das Seidengeschäft doch nach Yokohama zurückgezogen (-- oder gezwungen? —) worden sei, und allein 1924 für 1200 Mill. Goldmark Ausfuhr getätigt habe. Die Fremdenkolonie zähle ca. 800 Köpfe, davon ein Viertel Frauen und Kinder." Es sind kühne Leute, und ihr Mut verdient alle Achtung. — An sich haben wir schon früher an anderer Stelle davon gesprochen, daß es gerade keine Handlung geopolitischer Weisheit ist, die zentralisierten Schätze eines im Augenblick eher über-zentralisierten Reiches an einem seiner meistgefährdeten Schütterherde aufzuhäufen — und das bleibt die Bucht von Yokohama und die von Tokio. In Tokio hat die vielgeschäftige Wiederaufbau-Tätigkeit doch wenigstens bei allen neueren Beobachtern den Eindruck großer Anspannung hervorgerufen, wenn auch die Stadt mehr einer Baustelle, als der glatt arbeitenden Kraftzentrale eines großen Reiches ähnelt; immerhin spürt man beides in ihr.

Yokohama dagegen ist nach allen Eindrücken, die wir verzeichnen, die immer noch verwüstete Baustelle eines Mannes, der sich oft hinter den Ohren kratzt und fragt, ob er das Hexenhaus wirklich wieder am gleichen Platz aufrichten und viel Geld hineinstecken soll. Daran ändern auch große Hafenbauten, tapfere Erklärungen von Klubs und starrsinnige Organisationen bestimmter hochwertiger Wirtschaftsgüter, wie die der Seidenleute, nichts.

Für Japan selbst bedeutet — im Gegensatz zu der mehr als dreihundertjährigen Machtüberlieferung von Tokio, dessen Vorhafen Yokohama (— das in den letzten Jahren weit hinter der kooperierenden Städtegruppe um Kobe zurückgeblieben ist —) keine stolze Handels- und Wirtschaftsüberlieferung, wie Osaka, sondern die Erinnerung an eine aufgezwungene Fremdgründung, von außen her gewaltsam aufgedrängt, gegen die bessere Einsicht und Warnung der damaligen japanischen Regierung, im Alter von wenig mehr als siebzig Jahren. Das ist die geopolitische Wahrheit im „Falle Yokohama".

Der Sommer 1925 stand in Japan überhaupt unter düsteren Vorzeichen: Der Erdstoß vom 23. 5. 25, der diesmal die westliche Kernlandschaft des Reichs, zum Glück in voller Schwere nur in ihrem schwachbesiedelten nördlichen Teile getroffen hatte (Kleinstadt Tottori

mit 3000 Häusern und 20 000 Einwohnern, Kurort Konosaki mit 670 Häusern bis auf 5 zerstört, im ganzen ca. 70 Mill. Y. Schaden, 278 Tote, 400 Verwundete, 50 Vermißte, 1424 Häuser zerstört, 2095 verbrannt, bei einer unmittelbaren Schütterzone von nur 25 Quadratmeilen mit etwa 78 000 Einwohnern) ging doch auch sehr auf die Nerven von Osaka und Kobe, deren Wolkenkratzer den Stößen gut standgehalten hatten, und erschütterte auch im Westen das Sicherheitsgefühl.

Freilich wurde die Ordnung nirgends gestört; Truppen und drei Torpedojäger von Maizuru, sechs von Sasebo waren schnell zur Hilfe zur Stelle, und auch diesmal zeigte sich, wie sehr das hoch-innervierte Inselreich auf solche schlagartige Wirkungen eingestellt ist. Weit schlimmer war in dem engräumigen Lande die Fortdauer der schleichenden anthropogeographischen Bevölkerungskrise, mit im ganzen etwa zwei Millionen anderweitig verräumten Arbeitslosen, und dem beständigen Krieg zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Dazu kam die Zersetzung des Parteienspiels gerade vor der Wahlrechts-Erweiterung von etwa 3 Millionen Wählern auf mehr als 12, und die latente Spannung nicht nur an der Südseereibungsfläche und der transozeanischen mit den angelsächsischen Mächten, sondern auch die wiederaufgelebte Reibung an der mandschurisch-koreanischen Grenze, die gerade jetzt, wo das chinesische Sturmfeld mehr als je einströmende Winde herbeizieht, gar nicht so leicht genommen werden dürfen.

Dabei verdient, wie Dr. Taraknath Das mit Recht hervorhebt, die Nachricht der New York Times vom 17. 7. 1925 über die wirtschaftliche Verdichtung der Beziehungen zwischen Australien und Nordamerika höchste Aufmerksamkeit. Die Ausgabe von 75 Mill. $ australischer Staatsanleihen in New-York durch Wallstreet — zu etwas teurerem Zins als in London! — zeigt gewiß, wie sehr der Wunsch nach politischer Anlehnung an die Vereinigten Staaten sogar das wirtschaftliche Augenblicksinteresse überwiegt. Nach Kanada, in dem der amerikanische Finanzanteil mit etwa drei Billionen Dollars längst den reichsbritischen überwiegt, schürzt sich also auch das Band zur zweiten großen pazifischen Dominion von Wallstreet aus enger, mit einer deutlichen politischen Front gegen Ostasien und Indien, von wo die Einwanderung in Australien wie Amerika verboten ist.

Die Geschichte der Lösung der englisch-japanischen Allianz aus Entgegenkommen gegenüber den Vereinigten Staaten, der Übergang in das nichtssagende Viermächte-Bündnis (Großbritannien, Vereinigte Staaten, Frankreich und Japan!) zur Aufrechterhaltung des Friedens im Pazifik, den eigentlich nur die Vereinigten Staaten bedrohen, die Einfügung der pazifischen Dominien in das Wirtschaftssystem der Vereinigten Staaten, die gesamt-angelsächsische Begrüßung des Flotten- und Luftstützpunkts in Singapur, die Bewillkommnung der vereinsstaatlichen Flotte in Australien „als eine Beschützerin des Kontinents“, die Rassenpolitik der Vereinigten Staaten, das alles schließt sich zu einer geopolitisch durchaus logischen Reihe, einer „weißen pazifischen Front“. Ihr stehen auf der andern Seite gleichfalls ganz große beginnende „farbige“, wie panasiatische, eurasische Zusammenschlüsse gegenüber, die wir für Indien und Ostasien in den beiden nächsten Berichten mit den im Sommer angehäuften Einzelheiten zu belegen haben werden.

Sicher ist, daß großräumige Zusammenschlüsse in weiten Gebieten der Erde immer Symptome dafür sind, daß sich auch große Auseinandersetzungen mit positiven Zielen darin vorbereiten, nicht Zersetzungserscheinungen, wie leider in Europa. Aus dieser allgemeinen geopolitischen Erfahrung glauben wir in dem Kräfteaufmarsch in Osteurasien, im indopazifischen Gebiet so viel sicherere Anzeichen für positive Zukunftsbildungen zu erkennen, als im eurasischen Westen.

O. MAULL:
BERICHTERSTATTUNG AUS DER AMERIKANISCHEN WELT

Immer wieder wird der von Europa ausgehende Blick die Vereinigten Staaten suchen, um sich an ihrem Verhalten zu orientieren und sie als den augenblicklich maßgebendsten weltpolitischen Gradmesser zu benutzen. Ihre seit dem Weltkriege errungene Macht befähigt sie ebenso dazu wie ihre in hohem Grade neutrale Lage zu den derzeitigen politischen Erregungszentren, die ganz zweifellos in Europa und im fernen Orient zu suchen sind. „Neutrale" Lage bedeutet bei den Vereinigten Staaten lediglich die Möglichkeit einer gewissen Neutralität, denn ein absolutes Desinteressement ist einem Riesenstaatsorganismus wie der Union, einer Weltmacht, seitdem es Weltverkehr, Weltwirtschaft und Weltpolitik gibt, aber vornehmlich in der jetzigen Phase der politischen Entwicklung nicht mehr möglich; eine wirkliche interessenlose Neutralität kann heute nur von einem wesentlich kleineren unbedeutenderen Staat durchgeführt werden. Immer werden die Vereinigten Staaten den großen politischen Prozessen nicht etwa nur als objektiver Beobachter folgen, sondern dazu aktive Stellung einnehmen und sie im Hinblick auf ihre gegenwärtige oder zukünftige politische Bedeutung zu bewerten suchen — freilich ganz nach der politischen Befähigung ihrer beobachtenden und handelnden Staatsmänner und auch unter einem gewissen Zwange der Vergangenheit.

Wie schon in dem letzten Bericht betont wurde, ist das Verhältnis der nordamerikanischen Union zu Europa und zu Ostasien ein grundverschiedenes. In Europa basiert es auf der Finanzwirtschaft, nach Ostasien hin laufen sehr viel mannigfaltigere Fäden, die die Vereinigten Staaten ungleich konkreter mit dem ostasiatischen Gegengestade verbinden als mit Europa. Europa westlich des russisch-asiatischen Raumes ist trotz aller politischen Zersplitterung, trotz aller ungelösten territorialen Fragen und trotz des wirtschaftlichen Zusammenbruchs, der fast auf allen Nationen, wenn auch nicht in gleich starkem Maße, lastet, ein doch kulturlich in sich geschlossenes Staatenkonglomerat, dessen einzelne Glieder innig aufeinander angewiesen sind und sich auch immer wieder der Notwendigkeit dieser Verbindung bewußt werden, auch wenn sie auf Zeit auseinander zu streben und Klüfte zwischen sich zu konstruieren versuchen. Europa ist eine durch alle Geschichte hindurch erprobte Lebensgemeinschaft, in deren langem Bestehen es natürlich an inneren schweren Zwisten nicht gefehlt hat. Allein keine wirklich objektive Betrachtung wird leugnen können, daß steter Aufbau und konsequente Entfaltung, folgerichtiger Aufstieg von Kulturstufe zu Kulturstufe, Nationen- und Großstaatenbildung aus politischer Zersplitterung und Nationenlosigkeit heraus und schließlich politische Beherrschung und noch mehr wirkliche kulturelle Befruchtung der Welt die unerschütterlichen Aktivposten in einer großzügig aufgestellten Kulturbilanz Europas sind. Wirrnis und zeitweilige Zerstörung, selbst Gefährdung des mühsam Errichteten bedeuten demgegenüber als Passiva recht wenig, und nur derjenige, der die Rückschläge in einer Entwicklung und all die einzelnen Phasen, in denen sie ins Stocken geraten wollte, mehr beachtet als den schließlichen Erfolg und über den Kämpfen, die ein Lebensprozeß notwendiger Weise einschließt, den Sinn des Lebens selbst vergißt, der wird Europa absprechen können, daß es seine natureigene Aufgabe gelöst hat; und ebenso wird nur der, der von den augen-

blicklichen Hemmungen der Entwicklung so beengt ist, daß er keine Möglichkeiten für weitere Entfaltung mehr sieht, in die Unkenrufe von einem Untergang Europas oder von einem Europa am Abgrund einzustimmen vermögen. Europa wirkt wie eine durch unendliche Tradition reiche Altwelt, die im Augenblicke allerdings auf die Höhe ihres erreichten Erfolges zurückblickt und nicht leicht die Umstellung findet, um neue Bahnen der Entwicklung einzuschlagen und damit dem unvermutet mächtiger gewordenen Konkurrenten, Amerika, begegnen zu können. Es ist aber in eine Phase der Entwicklung eingetreten, die wirklich nicht Stagnation oder gar Rückgang sondern lediglich Selbstbesinnung, Ruhepause, Wiederkräftigung bedeutet nach einem schweren inneren Kampfe, der keinem der Hauptkontrahenten, sondern nur dem spät dazu gekommenen Amerika das Übergewicht verliehen hat. Nicht ist Europa seiner Kulturkräfte bar, mit der es einstmals die Welt bezwang, und mit der es noch heute die Welt befruchtet. Freilich, heute ist es nicht mehr im alleinigen Besitz dieser Kräfte. Nichts läßt sich weniger monopolisieren als geistiges Gut; Kultur, die die Welt erobert, schafft sekundäre Zentren, die bei reicheren Naturgegebenheiten zu primären zu werden vermögen. Und in Amerika hat die europäische Kultur an einem ungleich längeren Hebelarm zu wirken und Kraftäußerungen eines jungfräulichen Kontinents auszulösen vermocht. Allein vieles deutet darauf hin, daß dort doch die Kultur nur mehr in die Breite gegangen ist, daß sie nur durch ihre gewaltigen Massenwirkungen zur Zeit jede Konkurrenz erstickt, daß sie aber keine eigene Höherentwicklung erfahren hat. Was bedeutet es anderes, wenn es erst jüngst von einsichtsreicher Stelle gelegentlich des Unglücks der „Shenandoah“ geäußert worden ist, daß nur Europa, die Deutschen hier in dem speziellen Fall, sich auf eine wirklich sieghafte Technik in der Überwindung des Luftozeans verstünden? Der amerikanische Jubel, mit dem die glücklich durchgeführte Zeppelinfahrt über das Weltmeer begrüßt wurde, galt letzten Endes dem Kulturvorrang Europas; und ebenso bestätigt die rege, ja führende Mitarbeit der europäischen Nationen an der Erschließung der Arktis, an der Durchforschung fremder Länder, die ungebrochene führende Stellung in Technik und Wissenschaft und ihrer praktischen Auswertung diese kaum erschütterte Kulturposition des alten Erdteils.

Seitdem die auch zu praktischer Beherrschung fähige geistige Führung der Welt von dem alten Orient und dem antiken Mittelmeergebiet auf das moderne Europa übergegangen ist, ruhte Europas ureigenste Kraft immer in der Entwicklung von Ideen, die oft in den Köpfen angeblich weltabgewandter Denker ihren Ursprung hatten, sich nur langsam durchrangen und ihre Daseinsberechtigung erwiesen, um schließlich weltbeherrschend aufzutreten. Amerika hat nie solche Ideen geboren, es hat lediglich solche von Europa entlehnt. Die Idee der Freiheit und der Menschenrechte, in der die amerikanischen Freistaaten die sittliche Berechtigung ihrer Verselbständigung sahen, ist europäisches Gut; und die politische Forderung vom Selbstbestimmungsrecht der Nationen kreiste schon ein Jahrhundert vorher durch Europa, bevor sie neuerdings in verhängnisvollster Weise wieder von Amerika propagandiert wurde.

Europas eigene und Weltmission ist nicht erledigt, und seine Kraft dazu ist keineswegs erschöpft; es arbeitet auf allen Gebieten weiter, und es sucht neuerdings weit energischer als noch vor kurzer Zeit Richtwege in die politischen Wirrnisse zu schlagen, um schließlich eine lang stockende Weiterentwicklung zu ermöglichen. In dem Sinne treten neben angebahnte Verständigungen der Regierungen Maßnahmen der Wirtschaftskreise, von zielbewußter Propaganda getragene geistige Bewegungen, von denen die auf ein Paneuropa hinzielende

zweifellos die bedeutendste ist. Nicht die Möglichkeit oder Unmöglichkeit eines Paneuropa an sich interessiert hier, sondern lediglich die ihm zugedachte Stellung zu Amerika. Paneuropa ist schon der Wortbildung nach einer Nachbildung des ebenfalls nur in der Idee und in der sich für sie einsetzenden Bewegung bestehenden Panamerika, eine Schutzmaßregel und eine Abwehr gegenüber Panamerika ebenso wie gegenüber Ostasien und der Sowjet-Union. „Die Paneuropäische Union bezweckt die Schaffung einer Schwesterorganisation zur Panamerikanischen Union", sagt das Programm darüber selbst aus. Auch der dortige Hinweis, daß der Zusammenschluß zur Sicherung „des Friedens, der Gleichberechtigung und der Zollunion" geschehen und in engem Einvernehmen mit Panamerika, dem Britischen Reich, Rußland und Ostasien erfolgen solle, darf nicht den Glauben aufkommen lassen, daß es sich bei Paneuropa um ein pazifistisches Gebilde handeln könne. An anderer Stelle habe ich eindringlich darauf hingewiesen, daß alle solche Lebensgemeinschaften von Staaten, gleichgültig, mögen sie kleinere Länderkomplexe oder Kontinente umspannen wollen und können, schließlich doch nichts anderes sind als „Machtgemeinschaften"; und die nachdrückliche Betonung im Programm der Paneuropäischen Union, daß Paneuropa die „Gleichberechtigung" mit den anderen großen, gleichfalls noch zu schaffenden Schwesterorganisationen erstrebe, stellt dieses Machtstreben ganz klar heraus. Paneuropa ist der Idee nach kein neues Programm; seit Jahrzehnten genießt sie schon in gewissen Kreisen eine bestimmte Bewertung, und im Grunde sind solche überstaatlichen Gebilde sehr viel älter und nicht etwa erst eine Frucht des „Denkens in Kontinenten". Allein praktische Bedeutung sucht Paneuropa erst in allerjüngster Zeit zu gewinnen; und den Anlaß zu dieser Wertung Paneuropas in seiner Geltung für Amerika gibt die Überreichung der Denkschrift durch den Führer der Paneuropa-Bewegung, Coudenhove-Kalergi an den Generalsekretär des Völkerbundes, in der jener engere Verbindung der Paneuropabewegung mit der des Völkerbundes fordert. Gleichgültig, ob der Völkerbund seine Interessen mit denen Paneuropas zu verquicken gedenkt, die Paneuropa-Bewegung ist damit aus der Sphäre lediglich theoretischer Überlegungen in die der praktischen Politik eingetreten und gewinnt in ihrer Abwehrstellung gegenüber Amerika, ebenso auch in der gegenüber anderen künftig möglichen Großorganisationen, entsprechende Bedeutung.

Ganz ohne Zweifel vermag die Bildung eines Paneuropa die ganze europäische Politik der Vereinigten Staaten in Frage zu stellen. Zwar ruht diese Politik ja auf dem anscheinend vollkommen zuverlässigen System der sich in allerjüngster Zeit immer mehr ausbreitenden Kreditwirtschaft der größten Gläubigernation der Welt, die heute nach den Veröffentlichungen des Schatzamts über 12 Milliarden Dollar an ausländische Regierungen geliehen hat. Die Beziehungen der einzelnen europäischen Staaten sind dabei recht verschiedene. Während Frankreich und Belgien schon Verständigungen über Kriegsschulden erstreben oder selbst schon herbeigeführt haben, muß Deutschland in der Form von Agrarkrediten neue schwere Belastungen und Verpflichtungen gegenüber Amerika auf sich nehmen. Ein Zusammenschluß Europas würde selbstverständlich, ohne natürlich die finanziellen Verpflichtungen der Einzelstaaten aufzuheben, die Einzelabhängigkeit weitgehendst mildern und damit der heute anscheinend uneingeschränkten Schuldherrschaft empfindlichen Abbruch tun. Die Vereinigten Staaten werden sich darum die Frage vorlegen müssen, ob sie die Propaganda für Paneuropa für einen schwerwiegenden Faktor in der augenblicklichen politischen Rechnung, d. h. Paneuropa für ein politisches Gebilde naher Zukunft erachten.

Besonders vom politisch-geographischen Stand-

punkt aus muß „globales" Denken, Denken in Kontinenten nur begrüßt werden. Dabei dürfen aber geographische Begriffe niemals lediglich in der Form von Schlagworten ohne dauernd neue begriffliche Fundierung ihrer eigenen Werte verwendet werden. Schon gegenüber dem Postulat Panamerika erwachsen bei einer Prüfung auf seinen realen Zukunftswert die schwerwiegendsten Bedenken; allein die Tatsache, daß es sich bei Gesamt-Amerika um zwei gesonderte Kontinente mit einem unter sich gar verschiedenen Leben handelt (Kontinentgrenzen und Lebensraumgrenzen decken sich dabei aber nicht!) gibt Anlaß zu einem ganzen Komplex nicht gerade einfach zu beantwortender Fragen. Paneuropa in der im Paneuropa-Programm versuchten Umgrenzung ist dagegen abgesehen von all den inneren Schwierigkeiten, die sich seinem Zusammenschluß entgegenstellen, bei einer nur relativ lockeren Bindung mit dem Britischen Reich ein Unding. Nicht durch Rückzug auf den Kontinent und Anlehnung an eine einzige Macht, die in großem Stile in der Welt tätig ist, sondern nur durch eine aktive Weltmission kann sich Europa wieder Geltung und auch Gleichberechtigung gegenüber Amerika verschaffen. Kultur hat noch immer eigene Arbeit vorausgesetzt; und auch die wahre Weltstellung eines Staates oder einer Staatengruppe ist noch immer die Ausdrucksform einer entsprechenden Kultur und einer ebensolchen Arbeitssumme gewesen.

ERICH OBST:
LITERATURBERICHT AUS EUROPA UND AFRIKA
(Rußland)

W. Kliutschewskij: Geschichte Rußlands, Band II. Herausgegeben von Prof. Dr. Friedrich Braun und Reinhold von Walter. Deutsche Verlags-Anstalt Stuttgart, Leipzig und Berlin, Obelisk-Verlag, Berlin 1925. VI und 421 Seiten, 1 Karte.

Der jetzt vorliegende zweite Band dieses Meisterwerkes (vgl. Heft 4/1925 Seite 287 dieser Zeitschrift) umfaßt den Zeitabschnitt von Moskaus Anfängen bis zum Tode Iwans des Schrecklichen und stellt somit die Entstehung des eigentlichen russischen Staates dar.

Die hervorragende Bedeutung Kliutschewskijs als des maßgebenden Historikers des russischen Reiches rechtfertigt es an sich schon, wenn wir auch diesen zweiten Band ausführlich anzeigen. Dazu gesellt sich noch ein zweites Moment: in deutscher Sprache sind letzthin zwei Abhandlungen erschienen, die sich beide mit dem Moskauer Raum als der Keimzelle des russischen Staates beschäftigen. (E. Obst: „Die politischen Leitlinien des europäischen Rußland", Zeitschrift für Geopolitik 1924; S. Passarge und R. Salomon: „Politisch-geographische Betrachtungen über die Entstehung des Großfürstentums Moskau", Petermanns Mitteilungen 1925.) Beide Darstellungen weichen in wesentlichen Punkten voneinander ab. Kliutschewskijs zweiter Band ist daher besonders willkommen, um die Dinge zu klären.

Schon im ersten Kapitel erhält man ein anschauliches Bild der Ursachen, die gerade den Moskauer Raum zu der Rolle prädestinierten, die er später spielen sollte. „Dank der geographischen Lage strömten die Volksmassen aus allen Gebieten Rußlands, die von auswärtigen Feinden bedroht waren, nach Moskau wie in ein zentrales Wasserreservoir" (S. 6). „Dank seiner zentralen Lage war Moskau nach allen Seiten hin vor auswärtigen

Feinden geschützt ... Dank seiner geschützten Lage wurde der Moskauer Bezirk zum Zufluchtsort für die russische Grenzbevölkerung, die allerorts unter den von außen andrängenden Feinden zu leiden hatte. Nach der Tatareninvasion bis zu Olgerd's erstem Überfall im Jahre 1368 war das Moskauer Land über ein Jahrhundert lang wohl das einzige Gebiet Nordrußlands, das über feindliche Verheerungen gar nicht oder fast gar nicht zu klagen hatte" (S. 7). „Aus der geographischen Lage Moskaus erhellt noch ein anderer Umstand, welcher der frühen Entwicklung jeglichen Gewerbes förderlich war ... In alten Zeiten hatte dieser Fluß (die Moskwa) eine nicht zu unterschätzende Bedeutung für den Handel, ... er ist gleichsam die verbindende Sehne, die die beiden Enden des großen Straßenbogens, der von den beiden wichtigsten Handelsstraßen des Zwischenstromgebiets gebildet wird, zusammenzieht" (S. 8). „Diese geographische Lage Moskaus im Schnittpunkt zweier einander kreuzenden Bewegungen, der Auswanderung in der Richtung nach Nordost und des Transithandels in der Richtung nach Südost, verschaffte dem Fürsten von Moskau bedeutsame wirtschaftliche Vorteile. Die Dichte der Bevölkerung seines Udels vermehrte die Zahl der direkten Steuerzahler. Die Entwicklung des Handelsverkehrs auf der Moskwa belebte die Industrie des Landes, zog es mit in den Handel herein und bereicherte die Staatskasse des Fürsten durch Handelssteuern" (S. 9). Das großrussische Volkstum wurde somit „groß unter drohenden Gefahren von auswärts und unter schweren inneren Krisen, ... daher fühlte es auch das Bedürfnis, seine nicht organisierten Kräfte in einer festen staatlichen Ordnung politisch zu sammeln, um dem Udelchaos und dem Tatarenjoch zu entgehen. Dieses Bedürfnis war ein latenter aber schwerwiegender Grund mehr für die Erfolge des Großfürsten von Moskau, ein Grund der sich den primären und grundlegenden Ursachen zugesellte, als da waren: wirtschaftliche Vorteile, die sich aus der geographischen Lage der Stadt Moskau und des Fürstentums Moskau ergaben, die kirchliche Bedeutung, zu der Moskau unter Einwirkung derselben Ursache gelangt war und das den Zeitumständen angepaßte Verhalten der Fürsten von Moskau, das sich aus ihrer genealogischen Rangordnung ergab."

Von diesen Tatsachen ausgehend, zeigt Kliutschewskij nach einer Betrachtung des anderen bedeutenden Staatsgebildes, das im Norden unter der Herrschaft der Freien Stadt Nowgorod entstand, die Entwicklung vom Udelfürstentum zum politischen Zusammenschluß Großrußlands, den er als das wichtigste Faktum dieser dritten Periode der russischen Geschichte kennzeichnet. Er legt dar, wie die Ansichten über Thronfolge, Staatsaufgaben usw. sich in dieser Zeit namentlich unter dem Einfluß der Territorialerwerbungen Moskaus, die wiederum auf dessen günstiger Lage und deren Auswirkungen beruhten, wandeln und sich die Idee eines russischen Volksstaates herauskristallisiert. Mit aller Gründlichkeit werden die Elemente der Gesellschaft, ihr Verhältnis zueinander, zum Staat und Herrscher und ihre Wandlungen im Laufe des XV. und XVI. Jahrhunderts herausgearbeitet. Insonderheit ist es die Landfrage — Ausbildung des Pomestje- und Klosterbesitzes — und die Bauernfrage — Übergang von der Freizügigkeit zu den Vorstufen der Leibeigenschaft, — denen der Verfasser eine ganze Reihe von Kapiteln widmet. Nachdem noch ein Einblick in die Verwaltung und ihre Reform gewährt wird, stellt Kliutschewskij auf knapp einer Seite das damalige Rußland Westeuropa gegenüber: „Das Schicksal eines Volkes bildet sich aus der Gesamtheit der äußeren Bedingungen, in deren Rahmen es leben uud wirken muß. Die Bestimmung eines Volkes kommt darin zum Ausdruck, wie es diese Bedingungen zu nutzen weiß, und was es für sein Leben und Wirken daraus zu ziehen versteht. Das Schicksal hatte unser

Volk an das Osttor Europas gestellt, wo es das herandrängende nomadische, räuberische Asien abzuwehren hatte. Jahrhundertelang bot es alle seine Kräfte auf, um dem Ansturm dieser Asiaten standzuhalten; es schlug die einen zurück, und seine und jener Gebeine moderten in den weiten Don- und Wolgasteppen; andere wiederum führte es durch das Tor der christlichen Kirche, auf friedlichem Wege, in die europäische Welt ein. Inzwischen hatte sieh Westeuropa, nachdem es sich vom Druck der Mohammedaner befreit hatte, der neuen Welt, jenseits des Ozeans, zugewendet, wo es ein weites und dankbares Feld für seine Arbeit und für seinen Verstand fand, indem es dessen noch unberührte Reichtümer hob. Dieses Europa nun, das sein Antlitz dem Westen zugekehrt hatte und an die kolonialen Schätze, an seinen Zimt und an seine Nelken dachte, fühlte recht wohl, daß ihm im Rücken, vom uralaltaischen Osten her keine Gefahr drohe; und es bemerkte kaum, daß dort ein hartnäckiger Kampf tobte, daß das Hauptquartier dieses Kampfes, nach Aufgabe der beiden ersten Stabsquartiere am Dnjepr und an der Kliasma an die Ufer der Moskwa verlegt worden war, und daß sich hier im XVI. Jahrhundert das Zentrum eines Reiches gebildet hatte, das endlich imstande war, aus der Defensive zur Offensive gegen die asiatischen Raubnester überzugehen und auf diese Weise die europäische Kultur vor den Schlägen der Tataren zu retten. So sind wir gegenüber Europa ins Hintertreffen geraten und haben der europäischen Zivilisation den Rücken decken müssen. Doch Wachtdienst ist überall ein undankbarer Dienst und wird bald vergessen, besonders wenn er gut versehen wurde: je wachsamer der Schutzposten, desto ruhiger schläft der Bewachte, und desto weniger ist er geneigt, die Opfer, die seine Ruhe erforderte, gerecht einzuschätzen. Dies war die europäische Stellung des Moskowiterreichs zu Ende des XVI. Jahrhunderts."

Hans Mühlestein: Rußland und die Psychomachie Europas. Versuch über den Zusammenhang der religiösen und der politischen Weltkrise. C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung, München 1925.

Selten hat mich in den letzten Jahren ein Buch derartig in seinen Bann gezwungen wie das hier zu besprechende von Mühlestein. Ein Mann, einsam offenbar und doch stark und zielsicher zugleich, kennzeichnet die Religiosität bzw. Irreligiosität der abendländischen Welt und arbeitet in meisterhafter Klarheit die Zusammenhänge zwischen der religiösen und der politischen Weltkrisis heraus. Vielleicht wird man nicht mit allem einverstanden sein, was Mühlestein schreibt, vielleicht wird man manches Problem, das er berührt, anders deuten wollen. Auf jeden Fall aber wird niemand das Buch in die Hand nehmen, ohne aufs tiefste davon ergriffen zu sein.

Es ist schwer, ja fast unmöglich, in dem hier zur Verfügung stehenden Raum eine auch nur leidlich erschöpfende Darstellung des Inhaltes zu bieten. Dazu ist das Buch Mühlesteins, trotz seines mäßigen Umfanges, viel zu gedankenreich, viel zu tiefschürfend. Man wird aber immerhin einen Begriff von den hier behandelten Problemen bekommen, wenn man sich die Titel der einzelnen Teile vergegenwärtigt: Bolschewismus und Chiliasmus in Rußland; das Ende der Welt oder das Ende des Christentums?; Religion und Politik in Westeuropa (Christentum, Sozialismus und Weltkrise); vom Glaubensaufgang im Glaubensniedergang; über die universalpolitischen Folgen der evangelischen Glaubensspaltung; über die Rolle des Utopismus im Sozialismus, Anarchismus und Kommunismus der neueren Zeit.

An dieser Stelle interessiert vor allem der erste Hauptabschnitt. Das Grundmotiv, das die russische Literatur im Gegensatz zur westeuropäischen bei aller Mannigfaltigkeit der Talente und Temperamente so imponierend einheitlich und so universell wirksam macht, —

das ist das Christentum. — Die Quelle der ungeheuren Kraft der Suggestion, die von den großen Russen ausgeht, beruht darin, daß sie dem ganzen russischen Volke die Menschheitsmission geben wollen, die Tat Christi zu erneuern und die künftige Auferstehung Aller vorzubereiten. Diese chiliastische Lehre ist aber auch die Quelle ihrer unheilbaren Schwäche in der Beherrschung der Wirklichkeit, in der realen, geschichtlichen Gestaltung der gewaltigen, von ihnen erweckten Seelenkraft. Denn ihr Ethos ist ein Ethos, das von dem Diesseits weg in ein Jenseits weist und die Kraft des Menschen abzieht von der schöpferischen Bewältigung des realen Lebens. Die Durchdringung dieser östlichen Religiosität mit westlicher Philosophie (Hegel, Marx) schuf die spezifisch russische Geistigkeit. Darum entstand der Bolschewismus gerade in Rußland. Denn dieser ist nicht einfach das Produkt aus westlichem Marxismus und russischer Kriegsnot; vielmehr hat er in Rußland selbst eine ganz spezifisch russische, intellektuelle und seelische Vorgeschichte von fast einem Jahrhundert hinter sich, die tiefer als alle ökonomischen Theorien und entscheidender als alle wirtschaftliche Not sein Wesen und seine Erscheinung bestimmt hat. Der Bolschewismus ist, kurz gesagt, das psychologisch naturgesetzliche und geistesgeschichtlich notwendige Ergebnis einer Rußland einzig eigentümlichen Gemütsmischung, die erzeugt ward durch das Ineinanderfluten der östlichen und westlichen Geistesströme des 19. Jahrhunderts: des naiv-elementaren Glaubensbedürfnisses des Ostens und der intellektuellen Überzivilisation Westeuropas. Lenin fand in Rußland nicht nur den Kraftstrom des Erlösungsdranges im Volke schon vor, den er auf seine Zwecke lenken konnte, sondern ebenso auch die entsprechende intellektuelle Maschinerie, die, bisher fortwährend in zweckloser Übung erhalten, nur von etlichem Staub und Flitter befreit zu werden brauchte, um durch die Schwere der von ihm hineingeworfenen, gewichtigen materiellen Dinge in sausenden Schwung gebracht werden zu können.

Wir versuchten in obigen Zeilen, im wesentlichen mit den Worten Mühlesteins selbst, zu zeigen, wie der Verfasser den Zusammenhang der religiösen und der politischen Krisis in Rußland erfaßt. Noch einmal sei es zum Schluß ausgesprochen: dieses hervorragende Buch kann durch irgendwelche Auszüge nicht nähergebracht werden; man muß es lesen. Und niemand wird es bereuen, des bin ich sicher, einige Stunden der Auseinandersetzung mit Mühlestein gewidmet zu haben.

Manfred Langhans: Vom Absolutismus zum Rätefreistaat. Die wichtigsten Züge des Staatsrechts im Verlauf seiner Entwicklung. Mit einem Anhang: Überblick über Bürgerkrieg und staatsrechtliche Entwicklung in Rußland seit 1918; die russische Bundesverfassung vom 6. Juli 1923. Verlag von C. L. Hirschfeld in Leipzig, 1925. 160 Seiten.

Die Arbeit von Langhans füllt erfreulicherweise eine oft schmerzlich empfundene Lücke aus, indem sie die bislang viel zu wenig beachtete Verfassung der Sowjet-Union von 1923 in den Mittelpunkt der Erörterung stellt.

Um das Gewordene besser zu verstehen, wird zunächst in einem ersten Abschnitt (S. 17—39) das Verfassungsleben des Alten Rußland skizziert: die unumschränkte Einherrschaft (1689—1906), die beschränkte Einherrschaft (1906—1917), der Volksfreistaat 1917.

Der zweite und wichtigste Teil des Buches (S. 40—125) behandelt sodann den Rätefreistaat. Knapp aber klar werden die allgemeinen Grundlagen der Räteverfassung geschildert und alsdann die Beziehungen zwischen Bund und Gliedstaaten erörtert. Hieran schließt sich ein besonders inhaltreiches Kapitel über den Aufbau der Bundesgewalt an. Die beiden Schlußkapitel behandeln die Verfassungsgrundlagen der Gliedstaaten und der sog. Schutzstaaten.

Daß Langhans seinem Buche eine Übersetzung

des vollen Textes der sowjetrussischen Verfassung vom 6. Juli 1923 anfügt, verleiht der fleißigen und gründlichen Arbeit einen besonderen Wert.

Oberst Max Bauer, Dr. phil. h. c.: Das Land der roten Zaren, Eindrücke und Erlebnisse. Drachen-Verlag, Hamburg 1925. 132 Seiten.

Daß ein wegen Hochverrat verfolgter rechtsradikaler deutscher Offizier von der Sowjetregierung zu einer Studienreise nach Rußland eingeladen wird, entbehrt nicht eines gewissen Reizes. Les extrêmes se touchent! Und das Ziel der Bolschewisten wurde erreicht: Bauer, der in seinem Buch „Der große Krieg in Feld und Heimat" die russische Revolution aufs schärfte verurteilte, überzeugte sich im Winter 1923/24 an Ort und Stelle, daß die russischen Führer von ihrem Standpunkt aus kaum anders handeln konnten und daß manches europäische Urteil über Sowjetrußland auf Voreingenommenheit und Übertreibung beruht:

Es ist nicht daran zu zweifeln, daß Bauer bei der Niederschrift seiner Eindrücke von dem ehrlichen Willen zur Objektivität geleitet wurde. Indessen war er doch wohl zu wenig vorbereitet, um bei der ihm eigenen impulsiven Art in jedem Falle der Regiekunst der Sowjets zu widerstehen und, völlig unbeeinflußt, die Dinge zu sehen, wie sie wirklich sind. Zu bedauern ist auch, daß Bauer keine Gelegenheit fand, das russische Land und den russischen Bauern zu studieren; gerade in Rußland vermitteln die großen Städte nicht immer einen wahren Begriff von der tatsächlichen Struktur der Gesellschaft. Wer aber den russischen Menschen, die seelische Eigenart des russischen Bauern nicht erfaßt, dringt bis zum Kern des Problems nicht durch, sondern haftet naturnotwendig mehr oder weniger an der Oberfläche.

Trotz allem besitzt das Buch seinen Wert. Was Bauer über einige Sowjet-Führer (Lenin, Trotzki, Dsershinski, Tschitscherin, Radek), was er über die Rote Armee, die Eisenbahnen, die verhängnisvolle Abhängigkeit des Mannes vom Weib („Pangynismus") usw. schreibt, verdient durchaus ernste Beachtung.

J. G. Borissow: Wirtschaftsgeographie der Union der Sowjet-Republiken, 8. Auflage. Verlag „Ossnowa". Iwanowo-Wosnessensk 1925. 276 Seiten (russisch).

Nach einer knappen Einführung über Ziel und Inhalt der Wirtschaftsgeographie als Wissenschaft behandelt Borissow in getrennten Abschnitten die geographische Lage — insbesondere das Problem der Rayonierung, dem eine Charakteristik der vom Gosplan festgelegten Wirtschaftsgebiete der Union folgt —, Bevölkerung, Landwirtschaft, Industrie und Hausindustrie, Verkehr, Binnen- und Welthandel, schließlich das Problem der Elektrifizierung. Jeder Wirtschaftszweig des heutigen Rußland wird in seiner Entwicklung in der Vorkriegszeit und nach der Revolution und seiner Stellung in der russischen Volkswirtschaft und Weltwirtschaft durch reichliches Zahlenmaterial scharf umrissen. Trotzdem dürfte dem Werk wohl kaum der Titel einer Wirtschaftsgeographie zukommen, weicht doch der Verfasser von der im Vorwort gegebenen Definition erheblich ab. Als gänzlich unzureichend sind in diesem Sinne die Kapitel der Grundlagen der Wirtschaft — Natur und Mensch — anzusprechen. Die Beziehung Mensch-Wirtschaft ist nicht herausgearbeitet. Die natürlichen Grundlagen — Klima, Boden — werden nebenher unter Landwirtschaft behandelt. Weder die Oberflächengestaltung noch die Geologie Rußlands und ihr Einfluß auf Besiedelung und Standorte der Industrie finden Berücksichtigung. Trotzdem der Verfasser auf die Bedeutung der Wirtschaftsgebiete hinweist, faßt er diese zu großen Zonen zusammen, die in ihrer Wirtschaftsstruktur keineswegs einheitlich sind. Dagegen wird viel Raum allgemeinen technischen Einzelheiten, deren Kenntnis eigentlich vorauszusetzen ist, zugeteilt. Auch der übliche Abschluß einer jeden sowjetrussischen Abhandlung mit dem Hinweis auf die großen Fortschritte dank der Errungenschaften der bolsche-

wistischen Revolution ist mehr propagandistisch als wissenschaftlich. Es ist doch z. B. gewagt, daraus, daß die Stahlproduktion 1922/23 13,9 % des Standes von 1913 erreicht hat (wobei der Süden, auf den es ja in erster Linie ankommt, nur 7 % der Friedenszeit produziert), den Schluß zu ziehen, daß „die schwere Krise der letzten Jahre vorübergeht und wir dem Wiederaufbau dieses wichtigen Wirtschaftszweiges entgegengehen". Bedauerlich ist auch, daß die Quellenangabe des statistischen Materials nicht überall durchgeführt ist.

Trotz aller dieser Mängel kann das Buch eben infolge seines reichen Zahlenmaterials zur Orientierung oder als Nachschlagewerk empfohlen werden. H. Backe.

S. P. Schwezow: Wirtschaftsgeographie der Landwirtschaft der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken, 2. Auflage. Verlag „Myslj", Leningrad 1925. 112 Seiten (russisch).

„Die Wirtschaftsgeographie ist die Disziplin, welche die Wirtschaftsformen in ihrer geographischen Ausbreitung erforscht, und die Gesetze, die diese Ausbreitung bedingen, ihre Ursachen und Folgen klarlegt. Vor allen Dingen beschäftigt sich die Wirtschaftsgeographie mit der Untersuchung der Abgrenzung von Wirtschaftsgebieten und deren Beziehungen zueinander vom Standpunkt der Volks- und der Weltwirtschaft. Im Besonderen stellt die Wirtschaftsgeographie der Landwirtschaft die landwirtschaftlichen Wirtschaftsgebiete fest, die dort herrschenden Betriebsformen und ihre Bedeutung im Rahmen der Volks- und Weltwirtschaft."

Dieser letztgenannten Aufgabe bemüht sich der Verfasser im vorliegenden Werk gerecht zu werden. Davon ausgehend, daß die Naturalwirtschaft durch den Druck des natürlichen Bevölkerungszuwachses, der die Arbeitsteilung bedingt, in höhere Formen der Verkehrswirtschaft übergeht, deren Grundlage der Markt und deren Hilfsmittel der Verkehr ist, stellt der Verfasser fest, daß Wirtschaftsgebiete nur unter Zugrundelegung von wirtschaftlichen Kennzeichen, d. s. Austausch und Verkehr, umgrenzt werden können, da sie ja nichts Feststehendes sind, sondern sich mit diesen ändern, entwickeln. Die natürlichen und geschichtlichen Grundlagen aber, die bisher bei der Rayonierung in erster Linie Berücksichtigung fanden, dienen nur dazu, die wirtschaftlich umgrenzte Einheit zu charakterisieren. Deshalb wird der Abschnitt „Land und Bevölkerung" vom Gesichtspunkt der Bevölkerungsdichte nach Rayons und das Verkehrswesen vom Standpunkt der Erschließung der Wirtschaftsgebiete betrachtet. Auf dieser Grundlage baut Schwezow die Landwirtschaft, Fischerei und Forstwirtschaft der Union auf, behandelt dabei aber im wesentlichen nur die Getreidewirtschaft. Trotz der glänzenden Einführung und der klar erkannten Grundlagen der russischen Landwirtschaft bleibt das Buch hinter dem, was es verspricht, zurück. Auch hier viel statistisches Material, Herausarbeitung der Rolle der Landwirtschaft Rußlands in der Volks- und Weltwirtschaft, aber die Erklärung der landwirtschaftlichen Struktur der einzelnen Rayons aus ihrer Lage zum Markt und ihrer Entwicklungstendenz bleibt der Verfasser schuldig. So ist das Werk trotz großer Vorzüge unklar im Aufbau, was umsomehr erstaunt, als der Verfasser eine Fülle von Rohmaterial zu eben diesen Fragen in dem Werk Knipowitschs „Die wichtigsten Charakterzüge der landwirtschaftlichen Evolution des europäischen Rußland 1916—1921" hätte finden können. Die Entwicklung 1916—1921 (für weitere Jahre sind keine Angaben mehr gemacht!), die nur unter dem Gesichtspunkt des Zusammenbruchs der Verkehrswirtschaft und des Übergangs zur Naturalwirtschaft verständlich ist, hat der Verfasser nicht erkannt, wenn er die eindeutigen Zahlen als weitere Intensivierung auffaßt. In der Frage der Viehwirtschaft, die sehr knapp behandelt wird, schließt

sich Schwezow der Ansicht Liskuns an und zitiert dessen Berechnungen, um wieviel es rentabler für Rußland wäre, sein Getreide in veredeltem Zustande als Fleisch oder Milch zu verwerten, statt es billig zu exportieren. Dieser Schluß kommt etwas unerwartet, oder glaubt Schwezow, daß Rußland tatsächlich einen Außenmarkt für sein Fleisch und seine Milch erobern, oder daß es bei Selbstverbrauch dieser Erzeugnisse ohne aktive Handelsbilanz auskommen könnte? H. Backe.

P. J. Fomin: Ukraine, eine wirtschaftliche Charakteristik. Verlag „Nautschnaja Myslj", Charkow 1923. 178 Seiten und 1 Karte (russisch).

Im Vorwort nennt der Verfasser sein Werk „einen Versuch, die ukrainische Volkswirtschaft als Ganzes beschreibend und theoretisch-analytisch zu charakterisieren". Er behandelt daher im ersten Teil kurz den „wirtschaftlichen status praesens der Ukraine" (1921). Da aber dieses eine Jahr „die organischen Momente der ukrainischen Volkswirtschaft nicht immer richtig widerspiegelt", so bringt Fomin im dritten Teil eine ergänzende Charakteristik der ukrainischen Wirtschaft nach ihren einzelnen Zweigen, ohne diese in den Rahmen der Weltwirtschaft zu spannen. Hier findet man ergiebiges Material über die Entwicklung der Landwirtschaft von dem extensivsten Ackerbau und der Weidewirtschaft zu den heute herrschenden höheren Betriebsformen. Insbesondere aber wird der Bergbau und die Schwerindustrie nicht nur in ihrer historischen Entwicklung, sondern auch sehr eingehend in ihrem inneren Aufbau dargestellt. Der zweite Teil will „die Grundmomente der ukrainischen Wirtschaft in geographischem Querschnitt fixieren". Dieses ist der wertvollste Teil der Arbeit. Nach einer Kritik der bisher unternommenen Aufteilungsversuche Rußlands in Wirtschaftsgebiete, umreißt und kennzeichnet der Verfasser die drei ukrainischen Rayons: das südliche Bergbaugebiet, das südliche Getreidehandelsgebiet und das südwestliche landwirtschaftlich-industrielle Gebiet, die Einteilung des 1900 erschienenen Werkes: „Handel und Industrie im europäischen Rußland nach Rayons" zugrundelegend. Veraltet in seinem Zahlenmaterial stellt das Buch trotzdem einen wertvollen Beitrag zu dem in Rußland äußerst interessierenden Rayonierungsproblem dar. H. Backe.

A. A. Suchow: Wirtschaftsgeographie der Ukraine. Dritte umgearbeitete und vervollständigte Auflage. Staatsverlag der Ukraine, Odessa 1924. 220 Seiten (russisch).

Auch ohne die vier Seiten Literaturverzeichnis am Schluß merkt man es dem Werke an, daß der Verfasser reichhaltiges Material benutzt, alle Quellen erschöpft hat, um seiner nicht leichten Aufgabe gerecht zu werden. Vielleicht ist es ihm deshalb nicht ganz gelungen, einen einheitlichen Guß zu schaffen, die Abhängigkeit der Vorkriegswirtschaft von den natürlichen Bedingungen, von der Lage zu Westeuropa und zum übrigen Rußland, vom Menschen und schließlich von dem durch jene stark bedingten geschichtlichen Geschehen (Besiedlung!) voll herauszuschälen. Dieses ist nur für die einzelnen Wirtschaftszweige durchgeführt, hier aber, namentlich bei der Landwirtschaft, in vortrefflicher Weise: Gegenüberstellung der drei am spätesten besiedelten, dafür aber am günstigsten zum Weltmarkt gelegenen Steppengouvernements, den sechs Waldsteppenprovinzen mit alter und dichter Besiedlung, woraus sich dort die einseitige Getreidewirtschaft, hier das Vordringen intensiver Kulturen erklärt, was der ganzen ukrainischen Landwirtschaft ihren Stempel aufdrückt (Getreide- und Zuckerausfuhr). Sehr gut ist das Emporkommen und riesige Wachsen der südrussischen Schwerindustrie geschildert und die Bedeutung der Donezkohle für die gesamte Industrie. Eine Fülle von Tabellen, die meist bis zum Jahre 1923 durchgeführt sind, zeigt die Entwicklung der einzelnen Wirtschaftszweige, ihre Stellung in der ukrainischen und russischen Volkswirt-

schaft und in der Weltwirtschaft. In dem Kapitel „Außenhandel" tritt die Rolle der Ukraine im gesamtrussischen Wirtschaftsleben besonders deutlich hervor. Das sorgfältig ausgewählte, reichhaltige Material, stets mit Quellenangaben versehen, läßt das Werk zu einem tieferen Studium besonders geeignet erscheinen.

H. Backe.

Das Wolgagebiet, Natur, Leben, Wirtschaft. Ein Reiseführer längs der Wolga, Oka, Kama, Wjatka und Belaja. Schriftleiter Prof. W. P. Ssemjonow-Tjan-Schanskij unter Mitwirkung von Prof. B. A. Solotarjow und anderer. Herausgegeben von der Staatlichen Wolgaschifffahrtsgesellschaft, Leningred 1925. VIII und 636 Seiten mit 154 Abbildungen, 18 Karten und 8 Stadtplänen (russisch).

Ein Reiseführer im eigentlichen Sinne dieses Wortes ist das Buch erst in seinem dritten Teil (S. 329—577), in dem verschiedene Gelehrte die einzelnen Abschnitte des Wolgastromes und seiner Nebenflüsse behandeln. Im ersten Teil entwirft der bekannte Geograph Ssemjonow-Tjan-Schanskij ein kurzes und treffendes Bild des Wolgagebietes, seines allgemeinen Charakters und seiner geographischen Bedeutung. Im zweiten Teil (33—328) ergreifen bedeutende Geographen das Wort und schildern in einer Reihe von Monographien Natur, Bevölkerung und Wirtschaft der Wolgalande. Der letzte Abschnitt gibt dem Reisenden Auskunft über die Schiffahrt, Bahnverbindungen usw.

Der Name des Schriftleiters, der des öfteren in dem Werke zu Worte kommt, empfiehlt dieses weit über den Rahmen eines üblichen Reiseführers hinausgehende, mit Karten und Abbildungen gut ausgestattete Werk zur Genüge.

H. Backe.

OTTO MAULL:
LITERATURBERICHT AUS DER AMERIKANISCHEN WELT

Dieser Literaturbericht legt zunächst zwei Bücher vor, die die Kultur-, besonders die Wirtschaftsstrukturen zweier Einzelländer, Mexikos und Boliviens, darstellen, weiterhin daneben wirtschafts- und sozialpolitische Tabellen über die Vereinigten Staaten. Weitere Erscheinungen werden den fesseln, der auch die Verhältnisse der Vergangenheit neben den gegenwärtigen nicht vergißt. Etliche Publikationen sind der Frage der deutschen bezw. der nordischen Kolonisation in Amerika gewidmet. Mit dem Referat über eine Anzahl Reisebücher und Forschungsberichte verschiedenen Charakters schließt die Berichterstattung.

Schmidt, Geo A.: Mexiko. Zweite erweiterte Auflage. Mit 23 Bildern und 1 Karte. VIII und 170 Seiten. Berlin (Dietrich Reimer) 1925. Broschiert 8 M., gebunden 10 M.

Es ist ein Orientierungsbuch über die Natur- und Kulturverhältnisse des Landes, das ebenso dem Auswanderer wie den wirtschaftlichen Unternehmungen im Lande beratend dienen will. Naturgemäß werden darum die Kulturverhältnisse Mexikos weit eingehender behandelt als seine physische Struktur. Mehr skizzenhaft werden Notizen über die Geschichte, die geographischen Grundzüge im e. S., die politische und ethnographische Struktur geboten; das Verkehrswesen wird dagegen schon eingehender dargestellt. Der Hauptnachdruck liegt auf der Analyse der mexikanischen Wirtschaft. Kapitel über das Deutschtum in Mexiko und über Mexiko als Einwanderungsziel schließen das gut illustrierte

und von einer Karte begleitete Buch ab. Bei dieser neuen Bearbeitung hat der Verfasser seine als Mitglied der deutschen Gesandtschaft auf vielen Reisen gesammelten vierjährigen Erfahrungen verwertet und zugleich die statistischen Angaben, soweit es möglich war, bis 1924 ergänzt. Auch die für Einwanderer wichtigsten Verordnungen sind beigegeben. In seiner gedrängten Kürze bietet das Buch überreiches Material; und dank seiner klaren Gliederung ist es ein willkommenes modernes Nachschlagebuch, mit dessen Inhalt an tatsächlichem Material sich zugleich die wertvolle Erfahrung eines guten Landeskenners (im praktischen Sinne des Wortes) verbindet.

von Vacano, Max Josef: Boliviens Aufstieg. Aus seiner Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Mit 147 Abbildungen und 1 Karte. 247 Seiten. Berlin (Dietrich Reimer) 1925. Gebunden 14 M.

Im Grunde will das Buch Vacanos, das zur Hundertjahrfeier der Unabhängigkeit Boliviens erschienen ist, dasselbe wie das oben besprochene, dem Heimatmüden ein Wanderziel zeigen, dem Kaufmann, dem Industriellen und dem Kapitalisten einen Markt oder ein Arbeitsfeld nachweisen; und doch trägt diese neue Schrift von Vacanos, der seit zwanzig Jahren im Lande wirkt, einen ganz anderen Charakter als das vorgenannte. Der Verfasser bietet in ihm eine recht begrüßenswerte, gutgeschriebene Landeskunde, die sowohl dem praktischen wie dem theoretischen Interesse an dem Lande zu dienen vermag. Breit ist die Geschichte Boliviens dargestellt; eine viel kürzere geographische Einleitung führt dann zur topographischen Beschreibung der einzelnen Departements und zur eingehenden Erörterung der Wirtschaftsprodukte, die Vegetation, Tierwelt und Bodenschätze zur Entwicklung Boliviens beisteuern. Eine ausführliche Darstellung von Handel und Verkehr, Kapitel über Einwanderung und Kolonisation, Finanzen, Rechtspflege, Unterricht, Soziales, Heerwesen beschließt das gute, sehr reich und charakteristisch illustrierte Buch.

Goldschmidt, Bernhard: Wissenswertes aus der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Vereinigten Staaten. Schriften der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände. Heft 13. 44 Seiten. Berlin.

Eine an statistischem Material außerordentlich reiche kleine Schrift über die Wirtschaftsstellung der Vereinigten Staaten und ihre soziale Struktur.

Francisco Pizarro: Der Sturz des Inkareichs. Nach den Berichten des Garcilaso de la Vega und des Paters José de Acosta S. J., bearbeitet von H. G. Bonte. 158 Seiten. (Sammlung: Alte Reisen und Abenteuer 14). Leipzig (F. A. Brockhaus) 1925.

Zur Rekonstruktion des alten Perus vereinigt das Büchlein ausgewählte Abschnitte aus den „Comentarios reales“ des Garcilaso de la Vega, die Peru unter der Inkaherrschaft und die Eroberung Perus behandeln, mit dem fünften Buch der „Historia natural y moral de las Indias“ des Jesuiten José de Acosta. Der erste Teil ist zweifellos der bedeutendste; gilt zwar die Schrift des Garcilasos, der mütterlicherseits ein Inkaabkomme war, vielen als eine Tendenzschrift, so eröffnet sie doch gerade dank dieser Beziehungen zur Inkakultur die wertvollsten Einblicke. Diese wichtige Quelle ist nun bequem in der Sammlung „Alte Reisen und Abenteuer“ zugänglich.

Finckh, Ludwig: Bruder Deutscher. Ein Auslandbüchlein. 96 Seiten. Stuttgart, Berlin und Leipzig (Deutsche Verlagsanstalt) 1925. Geb. 2,25 M.

Es ist ein Mahnwort an die in der Heimat; es will das Verständnis für den Auslandsdeutschen wecken. Es ist auf den Ton abgestimmt: „Deutschland hört dort auf, wo der letzte Auslandsdeutsche wohnt“.

Cronau, Rudolf: Drei Jahrhunderte deutschen Lebens in Amerika. Ruhmesblätter der Deutschen in den Vereinigten Staaten. Zweite, neu bearbeitete Auflage. IX und 696 Seiten. Berlin (Dietrich Reimer) 1924. Geb. 36 M.

Die Anordnung der Neuauflage dieser prächtigen Monographie des Deutschtums in Amerika ist die gleiche wie die der ersten Auflage; nur im zweiten Teil sind die einzelnen Abschnitte bis zur Gegenwart heraufgeführt. Überzeugend weiß dieses Buch, indem es in schlichter, würdiger Sprache die Arbeit und die Schicksale der einzelnen führenden Deutschen und der Kolonien, in der Frühzeit ganz besonders auch der einzelnen Sekten, die hervorragende Teilnahme der Deutschen an dem Unabhängigkeitskrieg, für die spätere Zeit die Entwicklung der einzelnen Kulturzweige darlegt, den nicht hoch genug einzuschätzenden Anteil des deutschen Kulturelements am Aufbau der Union aufzuweisen. Das Buch verdient auch in diesem neuen Gewande weiteste Verbreitung. Ein ausführliches Verzeichnis der Personennamen wird allen erwünscht sein, die Familienforschung treiben.

Nordenskjöld, Otto: Geografiska betingelser för nordisk kolonisation i Sydamerika. Ymer 1925. Seite 35—50.

In einem beachtenswerten Aufsatz untersucht der bekannte schwedische Geograph und Polarforscher die Bedingungen der nordischen Kolonisation in Südamerika.

Preusse-Sperber, Otto: Unter Ansiedlern, Gauchos und Indianern. Erlebtes und Erlauschtes eines deutschen Auswanderers in Südamerika. Mit 12 Abbildungen und 1 Karte. 190 Seiten. Leipzig (Dieterich'sche Verlagsbuchhandlung) 1925. Geb. 5,50 M.

In frischer, lebendiger Erzählung schildert der Verfasser, der zwanzig Jahre auf dem amerikanischen Kontinent gelebt hat, seine Auswandererschicksale. Sie führten ihn durch Argentinien, Patagonien, Paraguay und Acre. Das Buch gibt eine gute Vorstellung vom Leben im Lande.

Bürger, Otto: Acht Lehr- und Wanderjahre in Chile. Zweite, wesentlich umgearbeitete und ergänzte Auflage. Mit 36 Vollbildern und 2 Abbildungen im Text. XV und 534 Seiten. Leipzig (Dieterich'sche Verlagsbuchhandlung) 1923.

Bürger, Otto: Reisen eines Naturforschers im tropischen Amerika (Fahrten in Columbien und Venezuela). Dritte, verbesserte und ergänzte Auflage. Zwei Bände mit je 16 Abbildungen und 2 Tabellen. 1. Band 224 Seiten. 2. Band 222 Seiten. Leipzig (Dieterich'sche Verlagsbuchhandlung) 1923.

Praesent, Hans: Otto Bürger und sein Werk. 16 Seiten. Leipzig (Dieterich-sche Verlagsbuchhandlung) 1925.

Zwei Neuauflagen längst bekannter und geschätzter Bücher Bürgers liegen vor; beide sind ergänzt und umgearbeitet. In dem über Chile, das zwar keine eigentliche Landeskunde ist, aber doch reiches Material für eine solche bietet und in anschaulicher, vielleicht manchmal zu realistischer, kritisch zerfasernder Weise mit dem Lande und seinem Leben bekannt macht, ist die Betrachtung der politischen und ökonomischen Betrachtungen im Hinblick auf des Verfassers Wirtschaftskunde Chiles, „Chile als Land der Verheißung und Erfüllung" gekürzt worden. Der gewonnene Raum ist der Schilderung des Landes und dem Kapitel über das geistige Leben zugute gekommen. Die wesentlichste Änderung des zweiten Werkes, das dem Norden Südamerikas gewidmet ist, besteht in der Zerlegung in zwei Bände, von denen der eine vornehmlich Columbien, der andere in der Hauptsache Venezuela behandelt, und in der Vermehrung des Bildschmuckes. Bürgers Reisen führen hier von der Nordküste bis zum Orinoko. Die streng wissenschaftliche Bedeutung der beiden Bücher ist in den Mit-

teilungen besonders über die Tier-, aber auch über die Pflanzenwelt der südamerikanischen Länder zu sehen. Allein wer eine Einfühlung in eines der drei Länder wünscht, der greift mit Vorteil zu Bürgers Darstellungen. Sie sind so reich, besonders an einzelnen Beobachtungen, die sich aber recht gut zu einem Gesamtbild zusammenfügen, das sich die Lektüre wohl lohnen wird. Es ist recht verdienstlich, daß Praesent anläßlich des sechzigsten Geburtstages des kenntnisreichen Verfassers über dessen umfangreiches Schrifttum und Wirken einen kurzen Überblick gegeben hat. Für die Erkenntnis der einzelnen südamerikanischen Länder ebenso für den Gesamtüberblick über den Kontinent ist diese Wirksamkeit eines und desselben Beobachters nicht zu unterschätzen.

Bolinder, Gustaf: Die Indianer der tropischen Schneegebirge. Forschungen im nördlichsten Südamerika. Mit 226 Abbildungen auf Tafeln. XI und 274 S. Stuttgart (Strecker und Schröder) 1925. Geh. 12 M., geb. 16 M.

Seler-Sachs, Caecilie: Auf alten Wegen in Mexiko und Guatemala. Zweite neubearbeitete Auflage. Mit 174 Abbildungen auf Tafel und im Text und 14 Plänen und Karten. XVI und 286 S. Stuttgart (Strecker und Schröder) 1925. Geh. 11 M., geb. 15 M.

Die beiden Bücher haben ethnographischen Inhalt. Der schwedische Forscher legt die Ergebnisse zweier Forschungsreisen in die nördlichen kolumbianisch-venezolanischen Grenzgebiete, in die wenig besuchten Gebiete der Sierra de Santa Marta und die Sierra de Perijá, zum Studium der Ijea- Bwsintana-, Kagaba- und Motilon-Indianer vor. Von ihnen haben sich die Motilon nahezu ihre Selbständigkeit in unmittelbarer Nachbarschaft der Kolonisation, freilich in einem charakteristischen Rückzugsgebiet, gewahrt. Caecilie Seler, die verständnisvolle Begleiterin und Mitarbeiterin ihres Mannes auf ausgedehnten Reisen durch Mexiko und Guatemala, die das Studium der altmexikanischen Kultur zum Zweck hatten, widmet diese Neuausgabe dem Andenken Eduard Selers. Wer diesen Reisen folgt, dem entsteht das Kulturgebilde des alten Aztekenreiches in seinen Handelsbeziehungen bis an ferne Küsten. Die großen Straßen, die heute Mexiko durchziehen, sind fast ausschließlich diejenigen, auf denen sich die Kaufleute und Händler im alten Mexiko bewegten und die der Staat durch Anlage von Militärstationen schützte. Allein auch der Kulturgrund der modernen Staaten entsteht in beiden Büchern ebenso wie das Land selbst, nicht zuletzt durch die überreiche und ebenso typische Ausstattung mit Natur- und Kulturbildern. Ethnographische Untersuchungen wie diese machen immer aufs beste vertraut mit den einzelnen Kulturelementen, auf denen der Staat ruht.

Seler-Sachs, Caecilie: Frauenleben im Reiche der Azteken. Ein Blatt aus der Kulturgeschichte Alt-Mexikos. Mit Zeichnungen. VIII und 106 S. Berlin Dieterich Reimer) 1919. Geh. 2 M.

Auch diese kleine reizvolle Schrift läßt ein gut Stück des Kulturgrundes erkennen, auf dem das Aztekenreich errichtet war.

Nordenskjöld, Otto: Explorations chez les Indiens Campas dans le Perou. Meddelande fran Geografiska Föreningen i Göteborg 1924. Mit Bildtafeln. 26 S.

Ein kurzer Bericht ethnographischen Inhalts über den peruanischen Teil der Südamerikaexpedition des Verfassers.

v. Riesemann, Oskar: Rund um Südamerika, Reisebriefe. Zweite Auflage. Mit 45 Abbildungen. 191 S. Berlin (Dietrich Reimer) 1921.

Die zweite Auflage ist gegenüber der ersten völlig unverändert. In der malerischen Schau, die einen Weltreisenden rund um den Kon-

tinent führt und den Leser auf schmalem Raum all das Gegensätzliche der so wesensverschiedenen Eindrücke nacherleben läßt, liegt der Reiz des Buches.

von Kiesling, Hans: Vorderasien, Rußland, Südamerika. Deutsche Auswanderungsgebiete der Zukunft. II und 172 S. Leipzig (Dieterich'sche Verlagsbuchhandlung) 1920. Geb. 4 M.

Von Südamerika werden nach einer Gesamtcharakteristik des Erdteils Brasilien, Argentinien, Bolivien und Chile, doch wohl etwas summarisch, als deutsche Auswanderungsziele betrachtet. Und warum gerade nur diese?

Verantwortlich sind: Dr. F. Hesse, Berlin-Grunewald, Hohenzollerndamm 83 / Prof. Dr. K. Haushofer, München, Arcisstraße 30 / Prof. Dr. E. Obst, Hannover, Geibelstraße 24 / Studienrat Dr. H. Lautensach, Hannover, Freiligrathstr. 9 / Professor Dr. Maull, Frankfurt/Main, Franz Rückerstraße 23 / Verlag: Kurt Vowinckel Verlag, Berlin Grunewald, Hohenzollerndamm 83 / Druck: Saladruck Zieger & Steinkopf, Berlin SO 16, Köpenicker Str. 114.

RICHARD v. KILIANI:
GEDANKEN ÜBER OST-ASIEN

Das ost-asiatische Problem rührt die Grundfragen unseres ganzen menschlichen Daseins auf dieser Erde in einer unerhörten Weise auf: Machtpolitik, Wirtschaftspolitik und Kulturpolitik. Das Ganze kompliziert durch Rassenprobleme. Die ost-asiatische Frage gehört nach all den doch bedeutenden Umwälzungen unserer eschatologischen Zeit, die wir schmerzlichst erlebt haben, zu den wichtigsten der Gegenwart und ist voll unheilschwangerer Keime für die Zukunft der Menschheits-Kultur und die Machtverteilung auf unserm Planeten.

Im Mittelpunkt: ein großer, ungeheuer reicher Erdteil — was wir die Provinzen eines Landes wie China zu nennen uns gewöhnt haben, sind große Reiche — mit 400 Millionen Menschen von einer außerordentlichen kulturellen Kohesion, einem unglaublich veralteten ethischen Unterbau — dem Familienkult, der den Gemein- und Staatssinn schwächt und dem Alten und Hergebrachten einen ungebührlich großen Spielraum einräumt —, ein ruhiges und höfliches Volk, das wahrscheinlich ganz glücklich war —, bis es in das westliche Räderwerk geriet, ein begabtes, aktivistisches Inselvolk als Nachbar und Kultur-Kreis-Genosse, Japan, das in unglaublich kurzer Zeit eine modernste westliche Rüstung sich schuf und anlegte, die es — politisch, militärisch und wirtschaftlich — mit einer erstaunlichen und gewissen grausamen Anmut trägt, und endlich ein weiterer und enorm reicher Erdteil, Rußland, mit 300 Millionen Menschen, die wenig administrative Begabung, aber ein labiles seelisches Gleichgewicht besitzen, eine neue chiliastische Weltordnung erfinden, sie mit der fanatischen Gewalttätigkeit und dem brutalen Eigensinn echter Barbaren aller Welt aufdrängen wollen und nun vielleicht die Führung in dieser Welt-Auseinandersetzung zwischen Westen und Osten gewinnen, die vor unsern Augen anhebt.

Es sind manche Anzeichen vorhanden, daß man in England das Endergebnis des Weltkrieges, der doch im Grunde mit Haut und Haaren ein englischer war, nun mit recht sauersüßer Miene zu betrachten beginnt. Daß man Ost-Asien in den Krieg hineinzog, Japan noch zum Gerichtsvollzieher in Tsingtau machte — um die alliierten Flotten, die das wohl auch fertiggebracht hätten, nicht zu bemühen — China mit der falschen Vorspiegelung eines Platzes am Verhandlungstisch in Versailles und eines künftigen Aufstieges in voller großmächtlicher Souveränität auf die Alliiertenseite zwang und damit endlich alle die Kugeln in Bewegung setzte, die heute über die weiten Flächen des Ostens



rollen — da müßte einem Engländer aber doch ob solcher kurzsichtigen Torheit eigentlich der Verstand stille stehen! Die sog. deutsche Gefahr — wie sehr ist sie zusammengeschrumpft neben dem asiatischen Riesengespenst! Die deutsche Flotte, den deutschen Wirtschafts-Wettbewerb — konnte man diese Fragen wirklich nicht einfacher ordnen als über den Umweg eines zerrütteten Europa, seiner zerstörten Weltwirtschaft und mit dem zwangsläufig sich ergebenden Endresultat des Aufruhrs in Asien? Oder war schon das englische Bündnis mit Japan der erste, große, blutschänderisch falsche Schachzug, der den weltbeherrschenden angelsächsischen Kapitalismus unaufhaltsam in den asiatischen Wirbel riß?

Jetzt scheint man freilich mehr auf die gemeinsame angelsächsische „Familien-Firma" abkommen zu wollen. Sie ist sehr reich, während weder Japan noch Rußland eigentlich Geld haben. Aber können die Würfel nicht schon lange entscheidend gefallen sein, bis der Geldmangel bei barbarischen Massen wirksam wird, deren Kriege sich viel mehr selbst ernähren als die unsrigen und für die Entbehrung und Tod nicht viel bedeutet?

Und zurückziehen kann man sich nicht aus einem solchen Welt-Wirrsal, wenn man die Welt beherrscht, sie beherrschen will und in gewissem Sinne — nach der Quantitäts-Theorie sozusagen — beherrschen muß! Auch nicht auf die Autarkie der angelsächsischen Welt kann man sich zurückziehen. Solche elegischen Töne hört man jetzt tatsächlich aus England. Die Länder englischer Zunge, die Weltteile unter angelsächsischer Herrschaft sind groß, zahlreich und fruchtbar an allen Schätzen der Erde: Amerika, Indien, die Dominions, Australien usw. Es sind aber doch in manchen recht wenig angelsächsische Menschen darin vorhanden (vergleichsweise auch ziemlich anspruchsvolle oder solche mit Erdteils- und Imperiumsgefühlen „on their own account" behaftet).

Dann gibt es auch doch noch so etwas wie eine Weltwirtschaft.

Wer China entwickeln — man braucht nicht einmal sagen: beherrschen — wird, dem fällt ein maßgebender Einfluß auf die Produktions- und Lohnverhältnisse aller größeren Ausfuhrländer in den Schoß. Eine weltwirtschaftliche Machtstellung, wie die Englands und seiner Währung, ist ohne den chinesischen Markt aber überhaupt nicht zu halten.

* * *

Unter diesem Gesichtswinkel wird die Hineinziehung Chinas und Ost-Asiens in den Krieg wirklich zu einem „Meisterstück" englischer Staatskunst, die, wie die Geschichte beweist, doch ganz seltene Chancen zu einer folgerichtigen Evolution hatte und die auch wahrlich nicht von schlechten Eltern ist. Wir haben heute so viele Veröffentlichungen japanischer und chinesischer

Staatsmänner und Gelehrten, so zahlreiche Bücher amerikanischer und englischer Philosophen und Missionare aufgeschlagen vor uns liegen, daß wir uns auch ohne die englischen Archive schon ein Bild davon machen können, wie diese Musterleistung englischer — im letzten Akt auch amerikanischer — Politik sich abgespielt hat.

Die englische Politik war doch schon lange derart, daß Japan die Leitung in China nicht nur als ein Gebot der Selbsterhaltung, nein, auch als ein Gebot der Selbstachtung empfand und beanspruchte. Ungestraft und umsonst läßt sich solch ein Volk nicht differenziieren, infamierenden Einwanderungs-„Testen" und -Beschränkungen unterwerfen*) und von den Küsten ausschließen, nach denen seine sich rasch vermehrenden Landeskinder aus dem immer unzulänglicher werdenden Vaterlande eben gerne ausgewandert wären. Verschloß man ihnen diese noch dazu zum Teil menschenleeren, reichen und entwicklungsfähigen Länder, die ohne farbige Einwanderung (nach Klima, Nachbarschaft und aus dem Grunde des Aussterbens des angelsächsischen „Pioniers") überhaupt nicht zu entwickeln sind — natürlich erhoben sie dann immer lauter den Anspruch: „Dann schon mindestens das ostasiatische Betätigungsfeld, China, für uns".

Und dieser politische und moralische Anspruch bekam mit der Industrialisierung Japans, der Voraussetzung seiner Großmachtstellung und damit seiner Bündnisfähigkeit, also seiner Brauchbarkeit für England, eine gewichtige und zwingende wirtschaftliche Fundierung: die japanische Industrie kann ohne die chinesischen Bodenschätze nicht leben (wenn sie die amerikanischen nicht zur Verfügung hat).

* * *

Für China hatte man die Politik der sog. offenen Tür proklamiert, d. h. jeder konnte kommen und nehmen, soviel er wollte, bzw. soviel ihm die chinesische Beamtenbestechlichkeit und der Neid der Mitbewerber erlaubte. Nachdem einige große Fetzen aus dem chinesischen Riesenleib gerissen waren — u. a. Birma von England, Anam von Frankreich — war man auf die famose Einrichtung der sog. „Interessen-Sphären" abgekommen. Sie waren schließlich von einem schier undurchdringlichen Dschungel von Verträgen, Sonderabkommen und Klauseln umwuchert, gewachsen auf dem giftigen Sumpfboden großmächtlichen Neides. Die solide Geschäftsbasis der „Entwicklung" Chinas war aber doch schließlich englisch. England hatte die unzweifelhafte Vormachtstellung vor allen Vertragsmächten in China. Alles in allem war es ein Tauschgeschäft: Anleihen gegen finanzpolitische Souveräni-

*) In Australien konnte jeder japanische Einwanderungslustige einem Sprachexamen („Test") in jeder x-beliebigen Sprache unterworfen werden!



täts-Teilrechte auf dem Gebiete der Zölle, Bergwerke und Bahnen. Man gab natürlich nicht Geld und konnte nicht Geld geben, wenn man der Zinsen nicht sicher war. Das war man nicht in China, das mit all seiner alten — und verehrungswürdigen — Kultur, die die Pyramiden der Pharaonen schon miterlebt hat, — keinen unbestechlichen und zuverlässigen Verwaltungsapparat auf die Beine brachte. Also „settlements" und Verwaltung der Pfänder oder ihre Kontrolle durch die Geldgeber. Das hat China auch nicht weiter groß geniert, — wenn man es auch — besonnener und kluger Weise — manchesmal hätte vielleicht besser in weniger demütigende Formen gekleidet hätte.

England hatte in jeder Richtung eine Sonderposition, einmal durch die englische Seezollverwaltung, ein ungeheures Machtinstrument, dann auch, weil es die größte weiße überseeische Machtorganisation der Welt ist, die auch tiefer als eine andere in der farbigen Welt verankert ist. Das britische Imperium hat den staunenden Erdenrund an eine Reihe von Ansprüchen gewöhnt, die es in dieser seiner „gottgegebenen" Funktion und Rolle auf der Weltbühne erheben zu müssen glaubte, z. B. an die Forderung der englischen sog. „Glacis-Politik", nach der in bestimmten, von England bestimmten — vor den Grenzen der zahlreichen und über die Erde verstreuten Teile des britischen Weltreiches liegenden möglichen Gefahrenzonen — Tibet, Afghanistan, Sudan pp. — die englischen Schildwachen spazieren gehen oder die englischen Richtkanoniere freies Visiergelände haben mußten.

Nun war dieser zerstreute britische Weltleib doch allgemach etwas groß geworden, wie wir alle wissen. So groß war seine Macht in China, daß sich in der englischen Publizistik, was wenigen bekannt ist, genug Wendungen finden wie diese: „Zu dem indischen Indien noch ein zweites chinesisches Indien? Das wäre wohl ganz logisch. Dazu langts aber nicht mehr." Man muß auf die Wellenkämme sehen, um dem Wogengang zu folgen.

Hat man aber einmal eine solche überragende Position, wie die Englands in China war, dann läuft man nicht ohne ganz zwingende Gründe die Gefahr, sie zu verlieren, und damit die Herrschaft überhaupt in dem ganz unentbehrlichen chinesischen Erdteil, und eine Situation dafür einzutauschen, die schlechterdings unübersehbar in ihren Folgen ist. Jeder Orientale ist ruhig, aber er läuft gelegentlich Amok. Man setzt also auch sich — und damit die ganze weiße Welt — nicht der ganz ungeheuren Gefahr aus, durch seine Politik den ganzen Osten Asiens in Brand zu stecken, auch nicht — natürlich nicht, möchte man sagen — wegen einer im Grunde europäischen kriegerischen Auseinandersetzung. Wäre die ganze englische und amerikanische Japan- und Chinapolitik unterblieben — der Krieg wäre als solcher nicht um ein Haar anders verlaufen.

* *



Heute, wo der Holzstoß im Osten in Flammen steht, zu dem die angelsächsische Politik tatsächlich die Scheiter herbeigeschleppt hat, lohnt es sich schon zu betrachten, wie die englische und amerikanische Politik China behandelt und in den Krieg gestoßen hat.

Schon die japanische Gerichtsvollzieher-Tätigkeit im englischen Auftrag in Tsingtau war ein Meisterstück „englischer voraussehender Staatskunst". Daß man erst den farbigen Bundesgenossen noch bitten mußte, zu tun, was er innerlich kaum abwarten konnte, war schon nicht sehr angenehm. Er hat dann, als er einmal angefangen hatte, tüchtig weiter exekutiert, so weit, daß der englische Auftraggeber Halt! rufen mußte, weil der japanische Gerichtsvollzieher auch in seine, die englischen Rechte und Konzessionen im Yangtse-Tal zu „vollstrecken" sich anschickte. Das Ganze geschah auf chinesischem neutralem Boden, angestiftet von der Schöpferin und Schutzpatronin des heutigen Völkerbundes, von der Hüterin des „Völkerrechts". Und was geschah, war nichts anderes — wie englische und amerikanische Autoren sagen —, als wenn „englische Truppen vor dem Eintritt Amerikas in den Krieg in New-York gelandet wären und z. B. sämtliche deutschen Geschäfte und Banken in den Vereinigten Staaten beschlagnahmt hätten". Es wäre auch absolut nichts anderes, wie dieses japanische Vorgehen in Kioutschau, Schantung und Tsinanfu, — wo die Japaner sich in ihrem eigenen chinesischen Lande zur Wehr setzende chinesische Beamte erschossen —, wenn in einem künftigen Kriege Japan in China liegende amerikanische Niederlassungen — es sind dort amerikanische Ölanlagen und Eisenbahnen — beschlagnahmen würden!

Dieser ganze Tsingtau-Fall hat vier Seiten: Einmal hat er Japan zu einer neuen politischen Machtstellung in China verholfen. Dann hat er China auf das Schwerste gedemütigt und beleidigt. Drittens hat England damit China das ganz überflüssige und gefährliche Schauspiel geliefert, zum erstenmal auf seinem Boden drei weiße Völker, Engländer, Franzosen und Russen, zusammen mit den japanischen Rassen- und Kulturgenossen gegen andere Weiße, Deutsche, die bisher dem Chinesen nur im freundschaftlichen, gesellschaftlichen und Handelsverkehr lebend bekannt geworden waren, kämpfen zu sehen. Endlich hat es das Vertrauen der Weltwirtschaft in die Sicherheit ausländischer Kapitalsanlagen auf das Schwerste erschüttert. Wie tief dieser Eindruck in China war, beweist die weitere geschichtliche Entwicklung und der Aufstand in China.

Denn das Hauptmotiv — wir schildern nach englischen und amerikanischen Quellen — für den endlichen Eintritt Chinas in den Weltkrieg war Rache an Japan und Furcht vor seinen weiteren Bedrohungen. Die genauen Schilderungen der Einzelheiten des Falls werden sich künftige Völkerrechtslehrer und Kulturhistoriker sicherlich nicht entgehen lassen.

* * *

Nach dieser ersten kalten japanischen Douche setzte nun die eigentliche Behandlung ein, die Wilson und der amerikanische Gesandte in Peking übernahmen.

Aus der Fülle der angelsächsischen Literatur hierüber bleiben folgende Haupteindrücke haften.

Einmal die Worte des japanischen Ultimatums an Deutschland vom 15. 8. 14. Japan erklärte damit:

„Maßnahmen zu ergreifen, um alle Ursachen einer Störung des Friedens im Fernen Osten zu beseitigen und das allgemeine Interesse zu wahren, das durch den Bündnisvertrag zwischen Japan und Großbritannien ins Auge gefaßt ist, um einen festen und dauernden Frieden in Ost-Asien zu sichern."

Diesen Worten irgend etwas vom politischen oder moralischen Standpunkt hinzuzufügen, hieße eine geradezu „vollendete" Leistung abschwächen: man kann nun mit dem Finger auf die Lage im Osten weisen.

Dann die Gründe, welche in China nach Monaten schwerster Erschütterungen, Revolutionen, Kabinettswechseln und wütenden Parteikämpfen schließlich die „mannhafte" Entscheidung brachten:

- die Hoffnung der Chinesen auf einen Sitz am Verhandlungstische von Versailles und damit Heilung all seiner Nöte und Gebrechen,
- die Hoffnung der Jung-Chinesen, den Einfluß der unfähigen regierenden „Alten" bei diesem historischen Anlasse zu brechen, ein sehr richtiges Motiv angesichts des chinesischen Familienkults, einer der Hauptgründe der Erstarrung und Versteinerung,
- die Hoffnung von den Schulden an die feindlichen Länder befreit zu werden (17 Mill. Dollar) und eine große Anleihe von ca. 200 Mill. Dollar zu erhalten, die sicher in Japan, wenn nicht in London, New-York und Paris aufgelegt werden sollte.

Endlich das Verhalten Amerikas und Englands, aus dessen tröstlichen und freundlichen Noten und Worten dieses wirklich hartgeprüfte China nichts anderes herauslesen konnte, als daß diese Mächte seine Leistung, den kriegerischen Anschluß, mit der Wiederherstellung der Souveränität Chinas und der wohlwollenden Prüfung seiner zahlreichen Leiden und Beschwerden „vor dem Gerichtshof der zivilisierten Welt" honorieren würden.

Ein Zwischenspiel ist — wegen der Ausblicke von ihm — würdig, in dem engen Rahmen dieses Zeitungsartikels erwähnt zu werden: die amerikanische Politik hat es fertiggebracht — in diesem langen, stets wechselnden Auf und Ab sich folgender Phasen von Intriguen und Einflüssen in Peking — Japan durch seine ruhmeswürdige Note vom 5. Juni 1917 tödlich zu beleidigen. China wird darin auf den Weg „der Wiedererlangung und Erhaltung seiner politischen Einheit" väterlich verwiesen, „zum Fortschreiten auf der Bahn



nationaler Entwicklung, auf der es schon zu einer so „deutlichen Blüte" gelangt sei und zu unverzüglicher Beilegung seiner parteipolitischen Streitigkeiten ermahnt." Da ein großer Teil dieser Parteipolitik japanischen Ursprungs war, empfand man das in Tokio als eine ungebührliche amerikanische Einmischung in chinesische Angelegenheiten.

* * *

Für einen Deutschen ist es eine gewisse grimmige Genugtuung, daß eigentlich alle die verschiedenen Teilnehmer an dem Konzern, der unsere Niederwerfung in Ost-Asien betrieb, von gegenseitigem Mißtrauen erfüllt waren. Das kam von der Raffgier. Auch müssen sie es doch in die chinesische Psyche mit Keulenschlägen eingehämmert haben, wie schwer ihnen diese Niederwerfung wurde, wenn sie sogar China dazu brauchten. Sun-Yat-Sen, der Führer der Demokraten, hat diesen Eindruck in seinem weltbekannten offenen Brief vom 7. 3. 17 an Lloyd George historisch fixiert und ihn als die schwerste Schädigung des englischen Prestiges im Osten bezeichnet.

Die englische Politik bekommt jetzt ihr Prüfungszeugnis. Sie hat nach englischen Zeugnissen nicht gut bestanden in Ost-Asien. Eine Vorrangs-Weltstellung, wie die Englands in Ost-Asien war, hat man schließlich, ob man will oder nicht, auch als Mandatar der Welt, zum mindesten der Weltwirtschaft. Wer vom Schicksal über Vieles gesetzt ist, ist der Menschheitsgeschichte auch für Vieles verantwortlich. Die Gefahren des Ostens waren schließlich keine Sache von Gestern oder Vorgestern. Die kannten alle europäischen Laien, die Jahre vor dem Krieg in der asiatischen Übersee lebten und die Augen offen hielten. Schon rein wirtschaftlich, da die Entwicklung Chinas, schon wegen der Auslandchinesen, den Pfeilern des ost-asiatischen Handels Europas, eigentlich das tägliche Gespräch war. Und Wirtschaft war immer auch Politik in Ost-Asien, viel mehr als in Europa: draußen ist eben alles grobschlächtiger, simpler, mehr über einen Leisten fundiert. Bei uns, als Europäern gesprochen, ist alles differenzierter und feiner gegründet. Den Osten — von einer höheren Warte gesehen — mußte eine kluge Staatskunst auf alle Fälle möglichst wenig in Unruhe bringen und daher aus dem Kriege heraushalten. Als der Schreiber dieses zu Kriegsanfang auf neutralem Schiffsboden über den Stillen Ozean nach Hause eilte, hat er mit einer Anzahl ebenfalls heimkehrender Engländer, die den ersten Familien des Landes angehörten und erste englische Posten innehatten, gelegentlich die Kriegsnachrichten, die die offenbar zahlreich und unsichtbar uns umgebenden englischen, japanischen und französischen Kriegsschiffe uns Tag und Nacht zufunkten, besprochen. Das war ganz lehrreich und am neutralen amerikanischen Mittagstisch manchmal unvermeidlich. Da fiel auch die Äußerung eines

Engländers: „Im Burenkrieg, den sie als eines weißen Mannes Krieg betrachteten, hätten sie keine farbigen Truppen verwendet." Auf den Einwand, ob er uns nicht auch für Weiße hielte, entfuhr ihm in höchster Erregung:

„Yes, but now it is life or death for us."

Aber auch die größte Kriegspsychose entschuldigt nicht die geradezu formidable Kurzsichtigkeit der englischen Ost-Asienpolitik, nimmt ihr auch, der der Friede der farbigen und die Würde der weißen Welt in die Hand gegeben war, nichts von ihrer ungeheuren Verantwortung vor der Geschichte. Heute segelt vielleicht die Bolschewisierung Chinas im Kielwasser dieser englischen Staatskunst.

Doch der Bolschewismus und seine Chancen in Ost-Asien — das ist ein Kapitel für sich und nur besonders zu behandeln.

GEORG A. LUKAS:
DIE SÜDOSTECKE DES DEUTSCHEN SPRACHGEBIETES

Das Viereck des geschlossenen deutschen Sprachgebietes in Mitteleuropa zeigt recht verschieden gestaltete Seiten: bestimmt gezogene, sprachinselfreie Völkerscheiden im Westen, allmähliche Auflockerung und Zerfaserung des deutschen Volksbodens im Osten, in welcher Richtung zahllose Inseln und Inselchen unseres Volkstums verstreut liegen; der breite und hohe Alpenwall im Süden mit slawisch-romanischen Anrainern, die schmale Wasserkante im Norden mit der kurzen dänischen Unterbrechung. Demzufolge stellen sich naturgemäß auch die vier Ecken des deutschen Trapezes: Ostfriesland und Ostpreußen, Wallis und Südsteiermark grundverschieden dar. Während am Dollart verwandtes niederdeutsches Volk und das Deutsche Meer die Nordwestecke einfassen, teilt die Südwestecke am Monte Rosa italienisches und französisches Sprachgebiet; mit beiden sind die Schweizer Deutschen in der Eidgenossenschaft zusammengeschlossen. Überhaupt haben Nordwest- und Südwestecke dies gemeinsam, daß sie sich an oder auf neutralem Boden befinden, wodurch Wirksamkeit und Gefährdung, das aktive wie das passive Moment der Ecklage abgeschwächt erscheinen. Nicht sie, sondern das belgisch-französische Mittelstück der Westgrenze bildet hier die Gefahrenzone für unser Volkstum.

Demgegenüber ist es um die Ostgrenze ganz anders bestellt.[1]) Ihr durchaus unfertiger Zustand, das Ineinandergreifen deutscher und slawisch-magyarischer Ein- und Ausbuchtungen, die nationale Verstreutheit (Diaspora), die beiderseits vorhanden, am stärksten aber doch von deutscher Seite aus entwickelt ist, was die Schlagworte „Deutschland nach Osten“, „deutscher Drang nach Osten“ u. a. erkennen lassen; die hier im Vergleich mit dem verschlossenen Westen immerhin noch da und dort bestehende Möglichkeit eines ostwärts gerichteten Wirkens in irgend einer Form, die trotz allem noch immer hier zu suchende „Linie des geringsten Widerstandes“, die Unentbehrlichkeit der deutschen Sprache, des deutschen Kaufmannes, Technikers, Gelehrten usw. — das alles verleiht unserer östlichen Volksgrenze gewissermaßen Leben und eröffnet manche Aussicht auf günstige Änderung, die gegenüber der endlosen Verlustliste, der Erstarrung oder dem völkischen Verzicht (Garantiepakt!) im Westen als Hoffnungsstrahl einer besseren Zukunft erscheint und das alte Wort wieder wahrmachen könnte: Ex oriente lux! Jedenfalls hätte das Deutsche Reich des sogenannten neuen Kurses seine Zukunft erst dann auf dem Wasser suchen sollen, wenn es



festländisch ausreichend verankert und namentlich auf der Morgenseite gedeckt war.

Diese nur skizzenhaft angedeuteten Erwägungen vermögen wohl unsere geschichtlich begründete Auffassung zu stützen, daß wir im Westen lediglich verloren, im Osten aber nicht so viel gewonnen oder festgehalten haben, als wir hätten gewinnen oder festhalten können. Dem unbedingten Minus der Abendseite steht also ein zwar bedingtes und eingeschränktes, aber doch ein Plus der Morgenseite gegenüber, sonst würden ja auch nicht Wien und Berlin im Bereich der deutschen Ostbesiedlung liegen. Sicher müßte es noch ganz anders aussehen, wenn die deutschen Kaiser statt ins „falsche Welschland" und auf Kreuzfahrten auszuziehen, dem brabantischen Auswandererlied des 12. Jahrhunderts Gehör geschenkt hätten, das da anhub: „Nach Ostland wollen wir reiten ..." Ebenso sicher wäre es dem Deutschtum zuträglicher gewesen, wenn auf dem Marchfelde 1278 nicht Premysl Ottokar Sieg und Leben gelassen hätte; denn wäre dieser gebürtige Tscheche selbst deutscher König geworden (was er ja anstrebte), so hätte sein Ehrgeiz die Eindeutschung Böhmens als eines Kernlandes des Reiches noch tatkräftiger betrieben, als es ja schon geschehen war, und es wäre dieses wichtige Stück Mitteleuropa statt einer Bedrohung Deutschlands in Wahrheit dessen Herz geworden. Noch Karl IV., der zu Prag Hof hielt und 1348 dort die erste deutsche Universität gründete, versuchte dies; aber es war schon zu spät, und der bald darauf einsetzende Hussitensturm besiegelte Böhmens nationale Zerklüftung.

Die Stelle, wo Süd- und Ostgrenze deutschen Sprachgebietes zusammenstoßen, wird durch die alte Grenzstadt Radkersburg an der Mur bezeichnet, Rategoysburch (die Burg des Rategoy), wie der Ort in den Urkunden des 13. Jahrhunderts heißt. 1265 bereits Stadt, war Radkersburg bis in die neueste Zeit stark befestigter Grenzposten gegen Ungarn und die dort gebietenden Machthaber; Türken- und Magyaren-, Franzosen- und Jugoslawenzeit ließen ihre deutlichen Spuren zurück. Noch heute erscheint das Städtchen als Festung, aber das Schloß Oberradkersburg auf bewaldetem Hügel am jenseitigen (rechten) Murufer ist samt den anschließenden Häuserzeilen slowenisch, und die Grenze zwischen Deutschösterreich und S H S verläuft mitten auf der Brücke der zum Grenzflusse gewordenen Mur. Auf dem Hauptplatze Radkersburgs bezeugt heute noch das umgestürzte Standbild Kaiser Josephs II., wes Geistes die letzterschienenen Bedränger der südsteirischen Deutschen waren. Wenigstens hier gelang die Abwehr und wurde deutscher Boden nach längerer feindlicher Besetzung gerettet. Warum dies sonst nicht möglich war und Steiermark trotz des wehrhaften Namens ungünstiger abschnitt als das Nachbarland Kärnten, habe ich an anderer Stelle zu zeigen versucht.[2])



Zwar ist die Flut fremden Volkstums, die das auch im neuen politischen Grenzzug schärfstens ausgeprägte „deutsche Eck“ von Radkersburg umspült, slawisch, doch unweit davon beginnt magyarisches Gebiet, wo zugleich ein seit dem „Großen Schwabenzug“ [3]) des 18. Jahrhunderts durch deutsche Arbeit erschlossenes, heute von mancherlei Stämmen in buntem Gemenge besiedeltes Neuland seinen Anfang nimmt, das zu den nicht allzu fernen Pforten des Orients hinleitet. Schwäbische Türkei (das deutsche Siedlungsgebiet im Drau-Donau-Eck), Batschka (heute Vojvodina), Banat, Sirmien und Siebenbürgen sind nur die auffallendsten Namen, die im östlichen und südöstlichen Umkreis auftauchen, wenn wir vom völkischen Kap Radkersburg aus die Welt mustern. Ist es ein Zufall, daß Mur, Drau und Donau in jene Richtung weisen, daß sich alle oststeirischen Täler von der Raab und ihren Nebenflüssen durchzogen, gen Morgen öffnen? Seit sich das Burgenland als langgedehnter Streifen von der Donau bis über die Raab hinaus vor Oststeier und das südliche Niederösterreich legt, hat die politische Grenze unseres Volks- und Sprachgebietes entschieden an Festigkeit gewonnen, obschon nicht einmal das geschlossen wohnende Deutschtum von ihr restlos erfaßt wird und das westöstliche Verkehrsnetz noch äußerst mangelhaft ist. Welche Bedeutung der aus Karolingerzeiten stammenden Ostmark unseres Nationalstaates zukam und zukommt, braucht wohl nicht dargelegt zu werden; doch sei nachdrücklich daran erinnert, weil der Reichsdeutsche unter „Ostmarken“ häufig nur die deutsch-polnischen Grenzlande versteht und ihm die noch wichtigere Wacht an der Donau meist ferner liegt.[4])

Das Radkersburger Kap ist aber nicht allein der südlichste Punkt der Ostgrenze, sondern auch der östlichste der Südgrenze, der Südmark; ein Name, der durch die Tätigkeit des auch im Reich wohlbekannten großen Schutzverbandes der österreichischen Deutschen allgemein geläufig wurde und vielfach mit Recht Deutschösterreich gleichgesetzt wird.[5]) Zwar hat dieser Staat auch gegen Tschechen und Magyaren eine Front zu bilden, aber als Hauptaufgabe gilt doch die Betreuung der völkischen Südgrenze, an der das Deutsche Reich ja gar keinen eigenen Anteil besitzt. Und da der Schweizer Abschnitt außer Betracht bleibt, so sammelt sich die ganze Aufmerksamkeit unseres Volkes (insofern es gegen diese Dinge nicht noch immer gleichgültig ist!) auf den Süden Tirols, Kärntens und Steiermarks, der eben von der deutsch-italienischen und der deutsch-slowenischen Scheidelinie durchzogen wird. Steiermarks besondere Bedeutung erhellt schon aus der wichtigen Rolle seiner Hauptstadt Graz, der größten Stadt Deutschösterreichs nach Wien und der volkreichsten Siedelung der eigentlichen Alpen überhaupt. Das alte Bayrisch-Grätz deckt Radkersburg in jeder Hinsicht den Rücken, mit ihm steht und fällt des Deutschtums Südostecke. Graz, das Haupt der Mark Steier, leitet



seinen eigenen Namen vom slawischen Gradec ab, d. h. Burg, womit wohl das steil aus der Ebene des Grazer Feldes aufragende Wahrzeichen der Stadt, der berühmte, niemals bezwungene Schloßberg gemeint ist. „Heute ist aus der slawischen Verschanzung der Vorzeit eine deutsche Festung geworden, eines der größten Bollwerke unserer Nation, wie Königsberg, Danzig, Breslau, deren Wachstum an Volkszahl, Wohlfahrtseinrichtungen und geistigem Vermögen die wehrhafte Stellung der Deutschen an ihren Ostgrenzen verstärkt. Ihre Ringmauern sind gefallen, das „landsfürstlich Haubtschloß" ist in einen Garten verwandelt, aber die Grazer sind streitbar geblieben, entschlossene Wahrer deutschen Wesens; in den Grazer Hochschulen und Bildungsanstalten, in seinen Museen, Bibliotheken, Theatern, Konzertsälen wird emsig geschmiedet und gefeilt an dem Rüstzeuge, mit dem die großen Nationen ihren Wert bezeugen und ihren Machtkreis erweitern. Je größer, reicher und anziehender Graz, desto stärker ist die deutsche Mark in den Ausläufern der Ostalpen". Diese Worte, die ein Grazer Historiker zu bedeutsamem nationalen Anlaß schrieb,[6]) gelten noch heute, noch immer ist Graz stolz darauf, die „deutscheste Stadt" Österreichs zu heißen und bemüht sich trotz der Ungunst der Zeiten, diesen Namen auch fernerhin zu verdienen.

Vorerst überwiegt freilich noch der schmerzliche Eindruck des Verlustes, den Steiermark durch Losreißung seines sonnigen Unterlandes erfuhr;[7]) daß dies entgegen dem Selbstbestimmungsrecht, ohne Volksbefragung, im Widerspruch zu den wirtschaftlichen und nationalen Interessen der aufeinander angewiesenen Landesbewohner geschah, daß dabei auch Betrug und Gewalttat angewendet wurde (wie bei dem Marburger Blutbad am 27. Januar 1919, während der festlich bewirteten amerikanischen Untersuchungskommission die überwältigende deutsche Kundgebung sorgfältig verborgen wurde) und daß der Verlust der Drau mit ihrer großen Wasserkraft, des Marburger Bahnhofes, der die Südostecke des innerösterreichischen Verkehrsdreiecks (Bruck a. M., Villach, Marburg) bildet, des ganzen für Deutschösterreich lebenswichtigen Gebietes — ganz abgesehen von den verlorenen treuen Volksgenossen — nicht zu vergessen ist, darf die Bedeutung der Ecklage Steiermarks, seiner Hauptstadt und des Radkersburger Kaps nicht schmälern. Im Gegenteil, alle Kräfte müssen angespannt werden, um diesen Posten zu behaupten und zu sichern; er bleibt doch die zukunftsreichste Ecke des deutschen Trapezes. Die „Eiserne Mark", die im Weltkrieg das „Eiserne Korps" stellte und im Frieden durch ihre Arbeit hervorragt, kann aber nur als Teil des größeren Deutschland ihre Aufgabe wirklich erfüllen; ihr ist die Heimkehr ins Reich ganz besonders ein Herzensbedürfnis und die Aufmerksamkeit aller deutschen Vaterlandsfreunde auf sich zu lenken, der lebhafteste Wunsch. Dem wollen auch diese Zeilen in erster Linie dienen.



Anmerkungen

1) Ausführlicher dargestellt in meiner Abhandlung: Die Ostgrenze des Deutschtums, Vergangenheit und Gegenwart, III, S. 269—289 (B. G. Teubner, Leipzig und Berlin, 1913); daselbst auch weitere Literaturangaben.

2) Kärnten und Steiermark; ein Beitrag zur Geographie der Heimatliebe. Geographische Zeitschrift, 27. Jahrg., S. 1—9 (B. G. Teubner, Leipzig u. Berlin, 1921).

3) Dies ist der Titel eines wertvollen geschichtlichen Romans von Adam Müller-Guttenbrunn, der, selbst ein Banater Schwabe, mehrfach die Verhältnisse in dem ehemaligen Bereich der Stephanskrone von den Zeiten Prinz Eugens bis zur Gegenwart anschaulich geschildert und so zum Verständnis der verworrenen Lage wesentlich beigetragen hat. Ich nenne die Bücher: Götzendämmerung, ein Kulturbild (Akademischer Verlag, Wien und Leipzig, 1908); Barmherziger Kaiser; Joseph der Deutsche; die Glocken der Heimat; Meister Jakob und seine Kinder (Verlag Staackmann, Leipzig); Deutscher Kampf; Erzählungen von Schwaben und Madjaren (Deutsche Dichter-Gedächtnis-Stiftung, Hamburg-Großborstel, 1913). Die wissenschaftliche Grundlage bildet R. F. Kaindls Geschichte der Deutschen in den Karpathenländern (Gotha, F. A. Perthes, 1911), besonders der zweite und dritte Band, daraus desselben Verfassers kleine Geschichte der Deutschen in Ungarn (Gotha 1912).

4) Die Hunnen-, Awaren-, Magyaren-, Türken- und Südslawenstürme wurden ganz oder größtenteils von unserer Ostmark aufgehalten, die den Boden des Deutschen Reiches als Vormauer deckte (Bollwerk Wien 1529 und 1683, Graz 1480 und 1532, Güns 1532). In einer engeren Verbindung der Donau mit dem Rhein, wie sie der Main-Donau-Kanal verwirklichen soll, sehen wir nicht bloß eine wirtschaftliche, sondern auch eine völkische Klammer zwischen dem Reich und seiner alten Ostmark, die ihm nicht hätte fremd werden sollen.

5) Die „Südmark" wurde 1889 zu Graz gegründet, um zunächst die mit den Slowenen ringenden Untersteirer, dann überhaupt die Grenzdeutschen der Ostalpenländer wirtschaftlich zu stützen. Nach dem Umsturz vereinigte sie sich mit einem niederösterreichischen und einem deutsch-ungarischen Schutzverein, 1925 mit dem 1880 aus der Südtiroler Abwehr erwachsenen Deutschen Schulverein. Ihr überparteiliches, rein völkisches Programm umfaßt nicht bloß wirtschaftliche, sondern auch Kulturbestrebungen aller Art und dient der nationalen Verteidigung ebenso wie dem Wiederaufbau.

6) Professor Hans von Zwiedineck-Südenhorst in dem Aufsatz: Die geschichtliche Stellung der Steiermark (Festschrift zum 6. deutschen Sängerbundesfeste in Graz, 1902).

7) Wichtigste Schriften hierzu: Robert Sieger, Das geographische Bild der Steiermark (Mitt. d. Ges. f. Erdkunde zu Leipzig; 1919 bis 1922, Verlag von F. Hirt und Sohn, Leipzig); Die Südgrenze der deutschen Steiermark (Denkschrift des akad. Senats der Universität Graz, 1919); Hans Pirchegger, Das steirische Draugebiet — ein Teil Deutschösterreichs (Graz 1919); Das steirische Draugebiet (Flugblätter für Deutschösterreichs Recht, Nr. 25, Wien, 1919); Richard v. Pfaundler, Die Staatsgrenze Deutschösterreichs in Steiermark (Flugblätter Nr. 2); Fred du Bois, Marburg und seine Umgebung (Flugblätter Nr. 23); Warum Pettau

und seine Umgebung zu Deutschösterreich gehören müssen (Flugblätter Nr. 30); Franz Kamniker, Das deutsche Murtal von Spielfeld bis Radkersburg und die Slowenen (Flugblätter Nr. 19); A. Luschin-Ebengreuth, Die Zerreißung der Steiermark (Graz, Moser, 1921); Mitteilungen der Südmark, seit 1. Mai 1925 „Grenzland", Graz. Das schöne Rebengelände Untersteiermarks, das heute von der neuen Grenze mitten entzwei geschnitten wird, die „Windischen Bühel", sowie Graz selbst erfahren in den Landschaftsromanen von Rudolf H. Bartsch (Das deutsche Leid, Elisabeth Kött, Zwölf aus der Steiermark u. a.) eine auch geographisch ansprechende Schilderung.

FRIEDRICH DEML:
DIE BEWÄLTIGUNG DER AFRIKANISCHEN MASSE II

Die afrikanischen, naturgegebenen Verkehrslinien

Indem wir von den großräumig betrachteten Verkehrszonen mit ihren altgewachsenen Verkehrsträgern übergehen zu den eindeutigen, gebundenen und in den Wuchs des Landes eingebetteten Linien, sind wir uns klar, daß es uns bei Zusammenfassung der Darstellung nicht darauf ankommen kann, eine abgetrennte Betrachtung der Flüsse und Seen, ihrer Systeme und ihrer Wirtschafts- und Verkehrsbrauchbarkeit zu versuchen, sondern, daß wir ungezwungen Verbindung nehmen müssen mit den modernen, künstlichen Verkehrslinien und Verkehrsverbesserern. Den Zusammenhang mit dem im nächsten Kapitel breiter Untersuchten werden wir hier schon zwanglos schlagen müssen. Wie Natur und Kunst sich bewußt kombinieren, aushelfen, ergänzen, handels- und machtimperialistisch gegeben oder projektiert zusammenarbeiten zur Bewältigung der afrikanischen Gesamtmasse, soll im Verfolg die synthetische Betrachtung alles Verkehrszusammenspiels lehren.

Das allgemeine Bild der afrikanischen Wasseradern, die für den mehr als regionalen Verkehr in Betracht kommen, ist, wie wir schon früher aufgezeigt, weder in bezug auf Konstanz, Strömungsglätte und Wirkungsmöglichkeit, noch in bezug auf Wirtschaftsuntergrund, das Ein- und Ausfuhrbedürfnis ihrer Gebiete ein allzu einladendes. Höchstens ein Land wie Ägypten, das mit allen seinen Lebenswurzeln an den Strom verhaftet ist, hat, abgesehen von seiner wirtschaftspolitischen Abhängigkeit in Erzeugungsmonokultur, Transportfähigkeit, Meeresausgang und Stromspielbeherrschung, ein verhältnismäßig großartiges und offenes Wogentor.

So sehr die afrikanischen Flüsse als Kraftquellen und Feuchtigkeitsspender in Betracht kommen — ihre kleineren Ästuarien auch als Notschutz —, so ungastlich erscheinen sie als geruhige, verbilligende Verkehrsträger. Häufiger Wechsel zwischen Woge und Schiene, Umgehungen, Umladungen, Zeitverlust, primitive Wasserscheidenüberwindung mit dem Boot auf dem Rücken verteuern und verzögern die Entwicklung. Dazu bilden die tief eingenagten, aber bei der Härte des Restgesteins unfertigen Betten mit starker Strömung auch bei bloßen Überquerungen durch Mensch und Verkehrsmaschinen ein ernstes Hemmnis.

Senegal und Gambia mit ihrem wertvollen Hinterland leiden unter extremer

Periodizität und an Mündungsverstopfung vor ihrer Nehrungsküste; doch winden sich durch ihre Schnellen bei Hochwasser französische und englische Flachdampfer. Des ersteren Schiffbarkeitsstrecke beträgt 800 km. Die Eisenbahn von Dakar nach Kayes nimmt dem Zwillingsstromsystem ansehnlich von Bedeutung weg, was sich auch in der Entwicklungskurve der Mündungsstadt St. Louis zu Gunsten Dakars bemerkbar macht. Ihre Fortsetzung und den Anschluß an das Nigersystem findet die Linie in der Strecke Kayes—Bamako—Kulikoro.

Der Niger, von starker Wasserfülle, mit reichem Hinterland, durch Lateritebene und dichtbevölkerte Kulturlandschaft strömend, der Nerv, an den die Sahara und ihre Karawanenstraßen fruchtbar streifen, an dem das Trockenheit liebende Kamel zugunsten des Trägers und der Woge entladen wird, mit gewerbereichen Städten und völkerversammelnden Märkten, krankt an dem eingewurzelten Übel aller afrikanischen Flüsse. Schnellenstrecken von oft 200 km nacheinander (Bussa) Verdunstungsstrecken, Abzapfung schwächen seine Transportkraft. Umgehungsbahnen, Stichbahnen und blinde Küstenbahnen müssen in seiner Rolle eingreifen. In dem Benue empfängt er einen ebenbürtigen Rivalen, der nach Osten bis zum Sehari und Tsad langt. Die ungünstigere, westliche Nigerhälfte blieb den Franzosen, die von hier aus stark östlich vordrangen, aber vor dem englischen Gegendruck (Thomson) Halt machen mußten. Rund 1000 km von seinem mangroveversumpften, üppigen Mündungsdelta an sind befahrbar; französische Kanonenboote benützen ihn in seiner ganzen Länge; die energisch betriebenen Eisenbahnen in Nigeria nehmen ihm aber den Hauptteil der Last ab.

Der Kongo: Der zukunftsreichste und wasserträchtigste aller afrikanischen Stromriesen mit mächtigem, äquatorfeuchtem Einzugsgebiet, der dem Kongostaat in der eisenbahnfeindlichsten Region ein rohes Eisenbahnnetz vorläufig erspart. Im ganzen stellt das System eine Binnenschiffahrtsmöglichkeit von 18 000 km dar, allerdings oft unterbrochen durch zeitraubende und verteuernde Umgehungsbahnen. Dem Kongo selbst sind 845 km unfruchtbarer Wasserstrecken eingeschaltet. Noch kurz vor der seeschiffbefahrenen Trichtermündung (bis Matadi) durchsägt er in gigantischen Schnellen das afrikanische Schiefergebirge. Im Innern staut und verästelt sich sein Lauf öfters an der Beckenumrahmung (Stanley Pool). Sein Adernetz reißt das innere Afrika auf, bohrt bis zu den großen Seen (Lukuga-Tanganjika) und verbindet in der Landschaft Katanga den eisenbahnstarken Süden mit der wasserstarken Mitte. Hunderte von Dampfern befahren sein System. Trotzdem erschweren die vielen Umladungen (Matadi—Leopoldville, Stanleyville—Ponthierville, Kindu—Buli—Lukagabahn [Spurweite 1 m]), Strömungsfährnisse und Regulierungsnotwendigkeiten, dazu das feuchtheiße Tropenklima und der verhältnismäßig



langsame wirtschaftliche Fortschritt die Bedeutung der prächtigen Wasserwelt. Doch werden wohl durch die jüngste Strombautechnik manche dieser Obstruktionen noch ausgemerzt.

Der Sambesi des Ostens zermürbt in Cañons und Katarakten, deren berühmtester der „Donnernde Dampf" der Viktoriafälle ist, den Felsgrund seines Mittellaufes und ist nur in seinem tieflandheißen, fieberversumpften Unterlauf für Schiffahrt mühsam brauchbar. Der Schire, den Njassa entwässernd und den Anschluß an den abgeschnürten Binnenwassersack herstellend, wird ebenso wie der Hauptstrom selbst, von flachen Heckraddampfern bis zu seinem Abstieg vom Njassahochland zum Sambesitiefland (Murchisonville) bemeistert. Die Engländer haben sich in der portugiesischen Deltaregion bei Chinde ein Konzessionsgebiet gesichert als Ausgang für den englischen montanschätzeschweren Binnenbesitz. Doch wird zur Bewältigung der Güterausfuhr aus dem britischen Hinterland vor allem die Anschlußbahn nach Beira und die nach Delagoa-Bai in Betracht kommen.

Der sagenalte Kultur- und Oasenstrom des Nil stellt den letzten großen natürlichen Wasserweg des Kontinents zum Meere dar. Allerdings einen vielfach verschütteten und zersplitterten Weg, dessen Verlauf lange Zeit überhaupt problematisch war. Im Seenhochland zusammenwachsend, strömt der Nil durch den tiefgelegenen Sudan langsam und schiffbar hin. Am überhöhten Rande der Wüstenplatte stagniert er, bildet gewaltige amphibische Reiche von Sumpf und See; Überschwemmungsgründe, Schilfweiden und Grasbarren verwachsen und verbauen sein Bett. Die nubische Wüstenplatte vollends besiegt er nur in Granitkatarakten, die für kleine Fahrzeuge bei Hochwasser überwindbar sind. Von rechts empfängt er bei Chartum den Blauen Überschwemmungsnil und schafft mit ihm das Baumwolle- und Reiszukunftsland der sudanischen Dschesireh (Riesenstaudämme südlich Chartum). Umgehungsbahnen (Nubischer Strang) versuchen die Unterbrechungen und Schlingen wett zu machen; erst sein Unterlauf von Assuan nordwärts stellt wieder eine wertvolle Straße dar. So erscheint der Nil überhaupt prototypisch für die Naturanlage aller afrikanischen Ströme.

Rovuma, Rufidji, Tana und sonstige Wasseradern geringeren Ranges wären nur bei Melioration in gewissem Ausmaße von regionaler Bedeutung. Die Binnenseen, deren — mit Ausnahme des Ukerewekessels — schlauchartige Gestalt und straßenartige Anordnung dem Osten des Erdteils die Starrheit nimmt, kommen vor allem landschaftlich und als Zuträger entscheidend in Betracht; ist doch die Tanganjikalänge = Hamburg—Bodensee = längster mitteleuropäischer Schiffahrtsweg. So haben auch vor dem Weltkriege die eisenbahnangeschlossenen Häfen des Viktoria-Sees ansehnliche Tonnenzahlen notiert (Entebe, Port Bell, Jinja je 200 000—300 000 Reg. Tons jährlich). Un-

günstig für die Zugänglichkeit und den Meeresanschluß wirkt der Küstenparallelismus dieser Bruchseen.

Die modernen Raumbewältiger, über die ursprüngliche Basis der altgewachsenen Verkehrsarten hinweggreifend.

„Der moderne Verkehr ist Kultursymptom und schafft Kultur" (Ratzel: Polit. Geographie). Wir würden bei der jetzigen Bedeutungsfestlegung „Kultur" für ein anderes Wesen, hier das spezifische „Zivilisation" einsetzen müssen, und würden die Wahrheit dieses Ratzelsatzes an Afrika sich unter unseren Augen auswirken sehen. Unvermittelt wurde der erdgebundene Rhythmus des alten Afrikaverkehrs in den Takt des Maschinenzeitalters hineingerissen, Entwicklungsstufen überspringend, wird dem „Schwarzen Erdteil" der verkehrspolitische Willenszug seiner weißen Besitzer aufgeprägt. Die eintypige Struktur der einzelnen afrikanischen Verkehrslandschaften mit ihrer gegenseitigen Trennungswirkung wird in eine mehrtypige gewandelt, deren Nebeneinander und Ineinander nach Vereinheitlichung und nach Ausgleich im modernen Fortschrittssinne strebt.

Allerdings ist dieser selbstherrliche Machtwille über den Raum letzten Endes doch abhängig von der Stoff- und Massenverteilung dieses Raumes als der Grundlage, zeitlich genommen, von der Aufgeschlossenheit, Rentabilität und Wichtigkeit der zu bepflügenden Brache. Oft aber muß der Staat den Unterschied zwischen Unkosten und Ertrag bei politisch wichtigen Zukunftsräumen aus- und angleichend aufwägen. Dies gilt besonders für Afrika, wo die Selbständigkeit des Verkehrs heute noch für weite Strecken zurücktritt gegenüber seiner politischen Funktion; es folgt dann hier die Blüte meistens der künstlichen Auflockerung einer Verkehrsbrache. Da der moderne Großverkehr hauptsächlich liniengebunden sich vollzieht, so bleibt der menschliche Bewältigungswille dennoch verankert an die immanente Leitungsfähigkeit und Linienbestimmtheit des Bodens. Vollends ist der moderne Lastautomobil- und Personenautomobiltransport an der Beschaffenheit der Oberfläche, an den Zügen der Landschaft interessiert. Ein glänzendes Feld ohne die Hindernisse unregulierter und brückenloser Flußeinschnitte stellen z. B. das Dünenmeer der Sahara, die Kalahari, und die kahle Hochfläche der Gebirgsstaffeln, Karoos, und der Weideländer dar, wo der Verkehr, ohne an bestimmte gepflegte Ruten gebunden zu sein, schnelle Richtungsfreiheit hat. Ebenso ist die festbödige lichte Savanne mit ihren seichten Stromfurten, die allerdings oft durch den Galeriewald verbaut werden, eine aussichtsreiche Plattform afrikanischen Kraftwagenverkehrs. Daß dem Flugverkehr nicht nur im durchsichtigen Gelände, sondern auch im dunklen Urwaldschleier als Wasserflugverkehr, zunächst bei der Forschung und Landaufnahme, eine Zukunftsrolle zufällt — neben seiner politisch-militärischen Hauptwirkung, die bei der



„Pazifizierung" der Wanderstämme der Wüste und der kahlen Gebirge sich besonders durchschlagend zeigte —, geht schon aus der Betrachtung der Raumbeschaffenheit und der Entwicklung dieses technischen Wunders hervor, das von kleinem Sprungbrett aus weiteste Räume zu bändigen vermag.

Was den Straßenbau in Afrika betrifft, so wird dieser naturgemäß hinter der Schienenlegung vorläufig zurücktreten, mehr für Querverbindung sorgen müssen, und in Zukunft wohl intensiver nur in den Hauptsiedlungs- und Wirtschaftsgebieten fortschreiten (Automobilstraßen in Belgisch-Kongo).

Wichtig als Anreger allen Verkehrs ist letzten Endes die Spannung und das Ergänzungsbedürfnis der zu erschließenden Landschaften untereinander (hie Rohstoffe — hie Fabrikate), ihre Lage zum Weltmarkt und ihre Bedeutung für ihn. Wichtig für seine Initiative ist auch die Rassenstruktur z. B. bei Südafrika.

Überhaupt stellt der Verkehr eine schöpferische Einheit zwischen Mensch und Landschaft, Formungskraft und -stoff, Wille und Bereitwilligkeit dar. Der zeugende Akt des Verkehrs liegt wohl beim Menschen, aber seine Farbe bei der Landschaft und ihren immanenten Verkehrsgesetzen. Eine Transsaharabahn z. B. würde bei der heutigen besseren und billigeren Dienstleistung eines Automobil- und Flugtransportes dem Gesetz dieser Landschaft anorganisch aufgepropft erscheinen, würde wirtschaftlich unrentabel sein, machtpolitisch den Herren dieser Landschaft auch keine größeren Vorteile bringen.

Betrachten wir die Verkehrsinitiative, den Bewältigungsdrang der einzelnen afrikanischen Besitzer, so können wir nicht ohne einen Ausfall auf die raumkurzsichtige, zögernde und nachhinkende Verkehrspolitik der Deutschen, die sich in allzu gründlichen Abhandlungen und Anträgen vor dem Forum einer verständnislosen Parteivertretung abmühten, übergehen zu der kühnerzogenen Rauminitiative Englands, das, wagnislustig und vorausschauend, nicht nur durch die Uganda-Bahn die fetten Erträge des Viktoriaseegebietes wegfischte, sondern auch dem Grundsatz folgend: Daß in Afrika das Exempel erst der Probe folgt, seinen Kap-Kairo-Gedanken rücksichtslos in zunächst unrentable Striche tief nördlich des Sambesi vortrieb. Daß es von Brokenhill noch nordwestlich in das Bergbaugebiet Belgisch Katanga's übergreifen konnte, ist doch nur seiner energischen Schnelligkeit zu danken. Die billigere und weniger zeitraubende Ausfuhr der Katanga-Schätze über Lobito-Bai oder Dar-es-Salam oder Njassa-Südostküste ließ auf sich warten; denn ihre Möglichkeit lag in den Händen anderer als angelsächsischer Regierungen und Gesellschaften.

Auch die französische Bau- und Projektenergie, den Nordwesten und die westliche Mitte vor allem imperialistisch zu durchdringen und zu verankern, wirkt anerkennenswert. Freilich ist der englische Raum homogener und zu-



kunftsträchtiger, in den einzelnen Teilen und ihrer Lage untereinander wirtschaftlich anregender, die englische Raumtendenz: den Westgürtel des Indiameeres zu einem Block zu verschweißen, einheitlicher durchgeführt, während der französische, westöstliche Stoß bei Faschoda gebrochen wurde. Dazu kommt, daß zwischen der Raumgröße des französischen Besitzes und der Notwendigkeit dieser Raumerfüllung und Nutzbarmachung eine Lücke klafft, die Frankreich bei unzureichender Menschenzahl und Wirtschaftskraft nur durch oberflächliche, sogar raubbauende Emsigkeit auszugleichen trachtet, die aber nicht ohne Einfluß auf die Machtdauer bleiben kann.

Wenn wir von einer Bewältigung der amerikanischen Masse sprechen, kann es uns nicht darauf ankommen, eine eigentliche afrikanische Verkehrs- und Linienstatistik zu geben, sondern wir müssen die großen Durchgestaltungsmöglichkeiten und schon festen Tatsächlichkeiten ins Auge fassen, eine gedrängte Schau, „Vision“, wie der Engländer sagt, versuchen, das Vereinzelte zurechtschleifen und miteinander verknüpfen. Wir werden deshalb nicht die für die Einzelkolonien wichtigen, auch als zukünftige Ansatzstrecken bemerkenswerten modernen Linien von lokaler und regionaler Bedeutung vornehmen, sondern sie nur berücksichtigen, insofern sie ein wichtiges, dienendes Glied der kontinentalen Massenbewältigung und -durchsetzung bilden; kurzum, wir werden sie zusammenschnüren mit den großen transkontinentalen Kräften, uns dabei auch nicht auf die Schiene allein beschränken können als das spezifisch moderne und ausgreifende afrikanische Bindungsmittel, sondern wir werden Schiene und Woge rüsten müssen zu einem modernen afrikanischen Verkehrsgerippe.

Afrikas Verkehrsnote aber wird in Zukunft nicht allein durch die Eisenbahnen bestimmt sein, wie es eine Zeit lang schien; dennoch werden sie an Bedeutung für den Massengüteraustausch weit voranstehen. Sie sind es vor allem, die den Erdteil im Ganzen zusammenspannen, politisch und wirtschaftlich Küste und Inneres rationell verschweißen und ihre Güter durch die Silos der Häfen vom Weltverkehr ansaugen lassen. Nicht, daß Afrikas Plastik und Untergrund der Schiene und ihrer Entwicklungsmöglichkeit eindeutig entspräche. Im Gegenteil: kein Erdteil stellt in seinen Oberflächenformen besonders der Erschließung von der Küste her solche Steigungsschwierigkeiten entgegen. Die Böschungen und Neigungswinkel der afrikanischen Horste und Randgebirge stellen ein außerordentlich hemmendes und verteuerndes Moment dar, das oft zu Anstiegen zwingt, die alpine Verhältnisse übertreffen, wie z. B. Swakopmund—Windhuk bei 63 Bahn-km 481 m Steigung aufweist, bei 121 Bahn-km 1076 m Steigung. Dazu kommt der Parallelismus der Küsten und der orographischen Grundlinien in der Anlage des Hochlandes, mit seiner antilitoralen Längserstreckung der Senken und Seenlinien, den Grabenbrüchen



als negativen Pässen bei Querüberschreitung. Die Talböden werden überhaupt möglichst von Eisenbahnen gemieden. Die tiefen Spalten und schluchtenartigen Flußtäler, das Vorkommen steiler Halbpässe auf den Plateaus, das Fehlen von Einschartungen und Pässen, wirtschaftliche Unreife, Bedürfnis- und Spannungslosigkeit mancher Aufschließungsgebiete machen den Eisenbahnbau zu einem erst spät früchtetragenden Unternehmen. Dennoch werden die Kosten des Schienentransportes immer nur ein Viertel bis ein Fünftel des Trägertransportes betragen. Die Zeitersparnis, die wirtschaftlichen Umwälzungen, die politischen und Siedlungsneubildungen oder Verlagerungen in seinem Gefolge aber sind auf die Dauer entscheidend.

Bei der Jugend des afrikanischen Bahnbaues und seinem unregelmäßigen Schienenmaß (viele Schmalspurbahnen), besonders aber durch dezentralisierte wirtschaftliche Interessen seiner Nutznießer, wuchs der Bahnbau natürlich nicht einheitlich nach einer großzügigen Schau, sondern flickte und stückelte sich mählich von einzelnen Teilen aus zusammen, zeigt aber noch immer starke Lücken, die behelfsweise mit den eingeborenen primitiven Verkehrsmethoden oder modernen Zwischenträgern, wie Lastautomobilen, gestopft werden müssen. In weiten Gebieten, besonders des Westsudans und des Kongozentralbeckens, dient der Bahnbau nur als Aushelfer der Woge. Von einem Dichtigkeitsnetz der afrikanischen Linien können wir natürlich überhaupt noch nicht sprechen. Afrika besaß 1917 eine Bahnlänge von 48 153 km = 4 % des Weltbahnnetzes. Während und nach dem Kriege hat sich dieser Anteil verbessert. Ein großer Nachteil des afrikanischen Längs- und Querverkehrs ist, wie schon erwähnt, die uneinheitliche Spurweite nicht nur der einzelnen Kolonien, sondern oft noch der einzelnen Strecken in einer Kolonie (Ägypten, Deutschsüdwest). Die Zukunft wird hier wohl der stabilisierenden Kap-Spur gehören (1,067 m), an welche auch die deutsch-südwestafrikanische Südbahn, zuerst nach dem Verhandlungswillen der Deutschen bei englischem Widerstreben, alsdann nach Eroberung der Kolonie aber englischerseits schnell angeschlossen wurde.

Von zwei Pfeilern aus hat der Europäer Bögen gebaut und Bresche gelegt in den starren Leib des Erdteils, nördlich vom französischen Mittelmeerbesitz, der sich aber an der Sahara totlief, und von der ägyptischen Stromfurche aus, südlich vom anglo-holländischen Siedlungsland. Das Hauptrückgrat des noch rohen gesamtafrikanischen Verkehrskörpers bildet der energisch geschaute, aber in Wirklichkeit zunächst noch nicht einheitlich durchkomponierte Raumgedanke Kap-Kairo. Cecil Rhodes, der angelsächsische Herrenmensch, hat diesen Plan zuerst zielbewußt aufgenommen; auf dem Boden Südafrikas mit seiner großen wirtschaftspolitischen Zukunft, seiner energischen Bevölkerung ist er erwachsen. Es ist äußerst lehrreich, die Netzführung dieser süd-

afrikanischen Linien zu beobachten, wie sie gewissermaßen wurzelfest hängen an den lokalen Wirtschaftsgrundlagen und Aussichten des Diamant-, Gold- und Kohlenvorkommens, an den Nährstoffen des Verkehrs, und nicht zuletzt spekulieren auf die Elektrizitätskraft des Viktoriafalls und die Anziehungskraft dieses Naturwunders für zukünftigen Reiseverkehr. Seitdem der Indische Ozean ein mare nostrum der Briten geworden ist, wird die Linie Kap-Kairo seine afrikanischen Ränder umspannen, verpflocken und wirtschaftlich auflockern, neben dem Seeweg auch einen Landweg zwischen Kap und Suez garantieren. Sie hat zugleich den Vorteil, einer von Natur gegebenen Linienführung des afrikanischen Baues folgen zu können, und dadurch wie ein Hauptstromsystem mit Nebenadern nach allen Seiten durch seine innere Wucht und Schwerkraft zu wirken.

Der Plan erlitt seit seinem Auftauchen und seiner Inangriffnahme mannigfache Abbiegungen und Umwege. Immerhin sind heute zwei Drittel der gewaltigen Überlandstrecke Tafelberg—Nildelta (5875 engl. Meilen) vollendet. Die fehlende Schiene wird ergänzt durch den feuchten Strang.

Das südliche Kap—Kairo-System uud seine Ausstrahlung zu den Ozeanen.

Den bestgegliederten und ausgeweitetsten Bestandteil des Kap—Kairo-Systems stellt das südafrikanische Netz mit seinen Bergwerksbrennpunkten dar. Die Verkehrsanreger: Kohle (Kimberley, Wankie), Diamanten und Gold (Johannesburg) bestimmen die Linienführung im südafrikanischen Dreieck. Nach Bündelung der regionalen Strecken werden die Viktoriafälle in einer wundervoll kühnen Brücke überschritten. Wagnislust und Voraussicht trieb die Strecke ohne die Stütze abgebauter Wirtschaftsgrundlagen und sicherer Rentabilität nördlich des Sambesi vor. Broken-Hill wird 1907 erreicht; von hier aus erfolgt die nordwestliche Abzweigung nach Katanga (Kambove), einem viel umlüsteten Gebiet, reich an Kupfer, Gold, Silber, Zinn, Kautschuk, Elfenbein (Ausbeutungskompagnie: „du Katanga"). 1917 wird Bukama am Oberlauf des schiffbaren Kongo erreicht. Im ganzen bewegt sich die Linie auf der Grenze zwischen feuchterer Ost- und trockenerer Westhälfte Südafrikas.

Die kontinental wichtigsten Ausstrahlungen dieses Hauptlaufes zweigen einerseits nach West zur Deutsch-südwestafrikanischen Lüderitz-Bahn, andererseits nach Ost zum portugiesischen Hafengebiet unter englischem Einfluß, nach Delagoa-Bai, Beira ab. Von den beiden näheren für die Ausfuhr und den Weltmarktswettbewerb der Katanga-Schätze rationelleren Wegen über Benguella oder Njassa-Deutschostafrikanische Küste ist erstere auf dem Hochland von Bihé stecken geblieben, letztere noch ungebaut. Ob in Zukunft



Betschuana, anstatt nach dem bewußt begünstigten umwegigen Kapstadt, Anschluß nach dem näheren Swakopmund findet (über Gobabis), steht noch aus.

Das mittlere Kap-Kairo-System.

Vorläufig bildet der feuchte Strang das Rückgrat. Vom Schnittpunkt Bukama aus bis zur Kongomündung besteht eine mehrmals durch Kataraktbahnen unterbrochene Schiffahrtsmöglichkeit. Nach Norden soll die Linie entweder zum Uelle mit seinem fruchtbaren Nährland und von hier nach Mahagi am Albertsee unter Zuhilfenahme der Nilquellseen zum schiffbaren Weißen Nil ab Redjaf gezogen werden (Dufile-Redjaf erfordert wegen Schnellen eine Zwischenbahn), oder unter Benutzung der Talbahn des Tanganjika-Abflusses Lukuga Anschluß an die südnördliche Seenfurche finden, wobei Trajekte und Zwischenbahnen die Lücken bis zum schiffbaren Nil ausfüllen müßten. Es erscheint also das Mittelstück des Kap-Kairo-Systems als eine Kombination von Woge und Schiene, deren Brauchbarkeit und Billigkeit durch die vielen Umladungen allerdings geschwächt wird. Vielleicht auch nehmen die Engländer den alten Linienzug Cecil Rhodes' wieder auf, der durch die deutsche Besitznahme Ostafrikas gestört wurde, und führen den Ast mehr im Osten des Tanganjika zum Viktoriasee nach Redjaf-Lado. Diese mittlere, hauptsächlich auf die Wasserbasis gestellte Teilstrecke, stellt zugleich das Rückgrat wichtigster Querstrahlungen zur Einzugspforte des Meeres dar. Auf der einen Seite greift von der Westküste her das Kongosystem tief in die tropische Mitte hinein, auf der anderen Seite schlägt die Lukugabahn zum Tanganjika und zur anschließenden wichtigen deutsch-ostafrikanischen Zentralbahn die Brücke nach den verhältnismäßig guten Osthäfen Afrikas; zugleich knüpft die englische Ugandabahn, verkoppelt mit der Usambarabahn (April 1916), unterstützt von begleitender Automobilstraße, zwischen dem Binnenmeer des Viktoria, zwischen Nil und Mombassa, ein reichgewebtes Wirtschafts- und Verkehrsband.

Das nördliche Kap-Kairo-System

Durch den ägyptischen Stromgraben läuft der Schienenweg bis Chartum im allgemeinen parallel dem Nil, Stromschleifen abschneidend. Doch ist die Linienführung keine durchgehende, sondern durch Schiffahrtsstrecken unterbrochen (Assuan—Wadi Halfa), auch ist die Spurweite nicht einheitlich.[1]) Von dieser Zentrallinie wachsen die Anlagen einerseits westlich nach Sennar-El Obeid, wo vom Tsad und der Guineabucht und indirekt vom System des Niger her vielleicht dereinst eine andere Transkontinentallinie sich anlötet, anderseits zweigen die Berberbahnen nordöstlich nach Port Sudan, dem aussichtsreichen Hafen des Sudangebietes am Roten Meer, ab. Neuestens wird sich

mit dieser und der Baumwollbahn Kassala—Chartum (1924 vollendet) eine abessinisch-französische Konzessionsbahn Djibuti—Addis Adebba in Kontakt setzen.

Von Chartum bis Redjaf nilaufwärts muß wiederum die feuchte Straße zu Hilfe genommen werden mit der vorhin schon erwähnten Unterbrechung einer Umgehungsbahn Dufilé—Redjaf.

Wir sehen also den Plan Kap—Kairo weder eindeutig festgelegt, noch aus einem Guß geformt. Er stellt im wesentlichen noch eine Kombination von Woge und Schiene dar mit mannigfaltigen Zwischenträgern, Zubringern und Führungsmöglichkeiten. Als geopolitisches Kraftsystem aber, als Sicherungsnerv, jeder randständigen Gefährdung entrückt, wirkt er tief. Festgelegt ist er in den Grundzügen durch den großen tektonisch-hydrographischen Ostgürtel Afrikas, der einerseits dem Nilgraben mit den Seengräben und dem Kongonetz verwachsen und das Ganze im montanstarken Rhodesien-Südafrika gipfeln läßt. Oase, Trocken- und Savannengebiet, Hochland und Äquatorialbecken schmilzt er zusammen, reißt sie mit ihren Spannungen an sich, gleicht sie aus. Sein wirtschaftlicher Hochwert tritt gegenüber dem politischen noch zurück, geschwächt auch durch den parallelen Seeweg.

Wie das britische Reich bemüht ist, den Osten und mehr und mehr auch die Kongomitte zusammenzufügen, so der französische Imperialismus den extrem uneinheitlichen Westen. Keine tektonische oder hydrographische Furche bindet die mittelmeerischen Besitzungen Frankreichs mit Senegal und Nigerland zusammen; die Sahara schob sich als die bisher verkehrsfeindlichste Barriere zwischen das Eisenbahnnetz Algiers, der damit verknüpften Marokkolinie, und zwischen dem dampferbefahrenen und durch Stückbahnen mit dem senegambischen Wirtschaftsgebiet verknüpften Nigersystem. Stichbahnen und Küstenbahnen stoßen von den einzelnen Kolonialstreifen ins Innere Guineas vor, am tiefsten im fruchtbaren und volkreichen Nigeria; aber von einem kontinentalen Gedanken in der Linienführung kann man nur mit Vorbehalt reden.

Wohl versuchte einst Frankreich, einen einheitlichen Block vom Atlantik bis zum Roten Meer (Wachstumsspitze Djibuti) zu erzwingen. Eine Querbahn vom Senegal, Niger zum Tsad nach Chartum und ans Rote Meer hätte den ganzen meerfernen und kontinental eingestellten Sudan aufgelockert, zwischen dem Suezkanalstreifen und der Senegalmündung seinen Projekten Nachdruck und Zusammenhang geben können. Seit Faschoda (1898) fand aber eine Rückbildung nach Westen statt; der Wettlauf um den ganzen Niger stromabwärts mißglückte ebenfalls, und Frankreich muß sich vorläufig darauf beschränken, seinen Besitz so organisch als es bei unorganischer Konstitution dieser Gebiete möglich ist, mit Verkehrsadern zu durchbluten. Die Verbin-



dung vom Senegal zum Niger ist im allgemeinen geschaffen. Eine Fortsetzung zum Zukunftsbaumwollbecken des sumpfigen Tsad scheint noch mit technischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten verknüpft. Der Benuë ist englisch. Diskussionspläne zielen teils von der Guineaküste her (Bingerville), teils von Französisch-Kongo (Kongo-Ubangi-Schari), teils, was das aussichtsreichste scheint, — und was sich Deutschland entgehen ließ —, durch eine Adamauabahn zum Tsad. Am besten würde der Tsad ja vom Mittelmeer her erreicht, bei bekanntem bahngeeignetem, flußlosem Gelände; Wasser wäre durch Bohrungen erhältlich; aber diesen technisch vorzüglichen Aussichten steht die völlige wirtschaftliche Aussichtslosigkeit gegenüber.

Allerdings tritt in neuester Zeit ein Moment entscheidend in Wirksamkeit, das geeignet ist, glückliche Wirklichkeit für alle einstigen Saharabahnträume einzutauschen: Das ist das Automobil- und Flugwesen, und anstatt des Telegraphendienstes der drahtlose Nachrichtendienst. Versuche, die Sahara mit einem besonders konstruierten Kraftwagentyp zu durchqueren, waren erfolgreich, und es ist zu erwarten, daß zwischen dem Mittelmeergebiet und dem Nigerland, mitten durch's schwarze französische Truppenreservoir eine imperialistische Verkehrseinheit hergestellt wird.

Auf die entscheidende Rolle, die dem Automobil- und Flugverkehr in der Sahara und der steinigen, lichteren Hochebene Südafrikas, wo der Kraftwagen den Ochsenwagen längst verdrängte, dem Wasserflugzeug im tropischen Stromadernetz zukommt, sei bei der Jugend und Entwicklungsfähigkeit dieser am meisten ungebundenen, universellsten und bodenschweifendsten Verkehrskräfte nur nochmals im Zusammenhang mit der schon geschilderten Geoplastik aufmerksam gemacht. Ebenso auf diejenige des drahtlosen Dienstes für Afrika im allgemeinen, im überwuchernden Urwald und in der endlosen Wüste im besonderen.

So können wir behaupten: daß die Masse des afrikanischen Kontinents dynamisch durch das Zusammenspiel aller Verkehrs- und Nachrichtenkräfte heute schon bewältigt wird. Wenn die allafrikanische Verkehrseinheit auch noch in erreichbarer Ferne liegt, weil verkehrspolitisch noch nicht notwendig, politisch nicht immer wünschenswert, wenn sie nur in Umrissen in Erscheinung tritt und sich vorläufig in eine englische und eine französische Verkehrszyklone spaltet, deren einstige Berührungszone noch labil bleibt, so kann man doch im ganzen von einer Durchdringung des Blockes Afrika sprechen. Es schieben sich natürlich tote und unbesiegte Flächen immer noch wie Inseln zwischen die belebten Verkehrsgebiete, vor allem im zähen, feuchttropischen Urwald. Auch ist ja mit der Behauptung von einer rohen Bewältigung der afrikanischen Masse noch nichts ausgesagt über ihre wirtschaftliche, politische und wissenschaftliche Bewältigung, die immer noch im Werden ist.

Anmerkung

1) Kairo—Luxor = 644 km; Spurweite 1,435 m. Luxor—Schellal = 241 km; Kapspur. Also Umladung in Luxor.

Literaturangaben

*K. Andree: Geogr. des Welthandels. Neu herausgeg. v. Heiderich).

Annales de Géographie: Les chemins de fer africains 1904.

*E. Banse: Geograph. Lexikon, Westermann, Braunschweig 1923.

A. Dix: Das Automobil in Afrika. D. Reimers Mitt. für Ansiedler. 1907. pag. 176—185.

*K. Dove: Die Eisenbahnen Afrikas. Reichstagsdenkschrift 1907.

*K. Dove: Grundzüge einer Wirtschaftsgeogr. Afrikas. Geogr. Zeitschrift 11 (1905).

E. Friedrich: Geogr. des Welthandels und Weltverkehrs. Leipzig 1909.

M. Geistleck: Der Weltverkehr. 2. Aufl. Freiburg 1895.

*Hahn: Afrika (Sievers' Allgem. Länderkunde). Leipzig 1901—1906.

F. G. Hahn: Die Eisenbahnen, ihre Entstehung und gegenwärtige Verbreitung (Natur und Geisteswelt, Bd. 71. Leipzig 1905).

*Kurt Hassert: Allgem. Verkehrsgeogr. Berlin-Leipzig, Göschen 1913.

*R. Hennig: Bahnen des Weltverkehrs. Leipzig 1909.

*R. Hennig: Der Neue Weltverkehr. 1919.

L. Hutschenreuter: Die Bedeutung der Transporttiere im außertrop. u. trop. Afrika. (Diss. Jena 1909).

*Köppen: Die Klimate der Erde. Berlin 1923.

D. Kürchhoff: Die Eisenbahnen in Afrika und ihre Bedeutung für den Handel. Geogr. Zeitschr. 7 (1901).

H. Meyer: Die Eisenbahnen im trop. Afrika. Leipzig 1902.

P. Mohr: Das trop. Afrika und seine Eisenbahnen. Export 24 (1902).

Ph. Paulitschke: Geograph. Verkehrslehre. 2. Aufl. Breslau 1892.

*F. Ratzel: Pol. Geogr. München 1923 (Hsg. v. Oberhummer.)

*F. v. Richthofen: Vorlesungen über Allg. Siedlungs- und Verkehrsgeogr. Berlin 1908.

*Sapper: Allg. Wirtschafts- u. Verkehrsgeogr. 1924.

*Sapper: Die Tropen.

*H. Wagner: Lehrb. der Geogr.

Ferner einzelne Artikel in „Zeitschrift für Weltverkehr u. Weltwirtschaft" und in „Hettners Geogr. Zeitschrift".

Die wichtigeren Werke, aus denen geschöpft wurde, sind mit * bezeichnet.

H. FEHLINGER:
DIE NATÜRLICHEN WIRTSCHAFTSGRUNDLAGEN BRITISCH-INDIENS

Das wirtschaftliche Schicksal eines jeden Landes hängt vor allem von seinem Klima und Boden ab. Das gilt für Britisch-Indien ganz besonders, weil hier die Landwirtschaft die Erwerbsquelle von drei Vierteln der Bevölkerung ist. Ihre überwiegende wirtschaftliche Bedeutung bringen folgende Zahlen zum Ausdruck: Von einer Bevölkerung von insgesamt 316 Millionen fanden ihren Lebensunterhalt in der Landwirtschaft 230,7 Millionen, im Bergbau 542 000, in den Erzeugungs- und Verkehrsgewerben 55,6 Millionen, in der öffentlichen Verwaltung und in den freien Berufen 9,8 Millionen, durch sonstige Erwerbstätigkeit 19,4 Millionen. Von den 231 Millionen landwirtschaftlicher Bevölkerung leben etwa 190 Millionen in dem durch günstige Niederschlagsverhältnisse und Bodengestaltung ausgezeichneten Landgürtel, der vom nördlichen Pandschab über das Gangestal zum Indischen Ozean nach Assam hinzieht, sowie in den küstennahen Gebieten und dem südlichen Binnenland der vorderindischen Halbinsel. Der Flächeninhalt dieser Gebiete kommt etwas mehr als einem Fünftel der Gesamtfläche gleich. Wo die natürlichen Bedingungen für die Landwirtschaft am besten sind, ist der durchschnittliche Umfang der landwirtschaftlichen Betriebe sehr klein; er beträgt z. B. in Agra-Oudh 2,5 Acker, in Assam 3, in Bengalen und Bihar-Orissa 3,1 Acker. Erheblich größer ist die auf einen Landwirt im Durchschnitt treffende bebaute Fläche im Norden und Westen, z. B. in Bombay 12,2, in der Nordwestgrenzprovinz 11,2 und im Pandschab 9,2 Acker. In weiten Räumen Indiens schwankt der Ertrag der Landwirtschaft von Jahr zu Jahr stark, entsprechend der Gunst oder Ungunst der Witterung. Durch Verspätung, Schwäche oder Ausbleiben einer Regenzeit entstehen Hungersnöte, besonders im Nordwesten und in Mittelindien, sowie im Dekan. Sie sind am schlimmsten, wenn der Regenmangel nicht örtlich ist, sondern weite Erdräume betrifft. Etwa 90 % der Niederschläge fallen in den Monaten Juni bis Oktober. Der Juli und August sind im allgemeinen am niederschlagreichsten. In den einzelnen Landesteilen sind jedoch Dauer und Ausgiebigkeit der Niederschläge recht ungleich. Im Westen, von Karatschi bis zum Narbadafluß, finden die feuchten Südwestwinde (Monsunwinde) keinen Widerstand an Bodenerhebungen. Sie streichen über das Industal und die Sandflächen von Sind und Radschputana, ohne abgekühlt zu werden und Feuchtigkeit abzugeben. Das geschieht erst an den Abhängen des Himalaya. Das Bergland von Belutschistan wird von Südwest-

monsun überhaupt nicht berührt. Südlich vom Narbadafluß zwingt die Kette der westlichen Ghats die Monsunwinde zum Aufsteigen in kühlere Luftschichten. Sie verlieren dadurch einen großen Teil ihrer Feuchtigkeit, ehe sie die Zentralprovinzen oder Madras erreichen. Daher kommt es, daß die durchschnittliche Regenmenge an der Malabarküste an 3 m heranreicht, im südlichen Dekkan aber bloß etwa 70 cm und in einigen Gegenden der Halbinsel noch viel weniger beträgt.

Wegen der unzureichenden Niederschläge sind sowohl das Industal, Mittelindien und der Dekkan wirtschaftlich ungünstig gestellt und nur schwach oder doch verhältnismäßig schwach bevölkert. Im nordwestlichen Trockengebiet Indiens ist Landwirtschaft überhaupt nur so weit möglich, als künstliche Bewässerung reicht, für die der Indus das nötige Wasser liefert. In den künstlich bewässerten Gegenden, besonders im Nordwesten, in Agra-Oudh und in Madras, sind die Ernteerträge am regelmäßigsten und diese Gebiete sind von der Hungergefahr am wenigsten bedroht. Nach dem Indian Yearbook für 1924 umfaßte die künstlich bewässerte Anbaufläche 1920—21 27 604 000 Acker; davon trafen auf das Pandschab 10,5, auf Madras 7,2, auf Sind 3,3, auf die Vereinigten Provinzen Agra-Oudh 2,7 Millionen Acker usw.

Neben dem Niederschlag spielt die Bodengestaltung für die Landwirtschaft eine große Rolle. Wo ebene Landschaften hinreichende Niederschläge erhalten, sind die besten Bedingungen für sie gegeben, so besonders im Gebiet zwischen Indus und Satledsch im Nordwesten, in der Gangesebene, im Brahmaputratal, im größten Teil der Zentralprovinzen, den Tälern des Godawari- und Kistnaflusses, der Landschaft Gudscharat und im angrenzenden Baroda. Am intensivsten ist die Landwirtschaft und am dichtesten ist die Bevölkerung in einigen ländlichen Bezirken des östlichen Bengalen, wo mehr als 400 Einwohner auf den Quadratkilometer treffen. Der Boden ist hier außerordentlich fruchtbar und Wasser ist reichlich vorhanden. Überdies herrschen günstige Abflußverhältnisse, so daß es keine stagnierenden Wasser gibt, die im westlichen Bengalen auf die Gesundheitsverhältnisse ungünstig einwirken und die Bewohn- und Bewirtschaftbarkeit beeinträchtigen.

Zwischen den Gegensätzen, wie sie einerseits das außerordentlich fruchtbare Ostbengalen und andererseits die Trockenländer Nordwestindiens darstellen, gibt es mannigfache Abstufungen. In den mittleren Teilen Indiens sind die Niederschläge gewöhnlich für das Gedeihen der Ernten hinreichend, aber sie treten nicht in allen Jahren mit gleicher Regelmäßigkeit ein, so daß, auch wenn der Monsun nicht ganz ausbleibt, stets mit örtlichen Mißernten und Hungersnöten zu rechnen ist.

Die Qualität des Bodens hat in Indien viel weniger Einfluß auf die landwirtschaftlichen Erträge als die Niederschlagsmenge und die Oberflächengestal-



tung. Die Unterschiede in der Bodenqualität sind allerdings groß, und sie kommen in den Ernteergebnissen zum Ausdruck, wenn die übrigen Bedingungen dieselben sind. Das ist aber verhältnismäßig selten der Fall. Wie gering die Bedeutung der Bodenqualität und wie groß jene der Niederschlagsmenge ist, ergibt sich aus einem Vergleich des Ganges- und des unteren Industales. Die Alluvialböden dieser beiden Täler stimmen in ihrer Zusammensetzung nahezu überein, aber im unteren Gangestal ist die Regenmenge ausgiebig, im Industal hingegen ist sie viel zu gering und die Bodenkultur ist hier viel weniger ausgebreitet und ertragreich als dort. Die Trappformationen des Dekkan bereiten der Landwirtschaft viel Schwierigkeiten, weil der Boden in der Regenzeit lehmig, in den trockenen Monaten aber zu hart wird. Während in der Indus-Ganges-Ebene der hölzerne Pflug gewöhnlich zur Bearbeitung des Bodens genügt, müssen im Süden häufig Hacken benutzt werden.

Große Teile von Assam und Birma weisen günstige Vorbedingungen der Bodenkultur auf, sind aber doch wirtschaftlich unentwickelt, was in erster Linie darauf zurückzuführen ist, daß dort bis in die jüngste Zeit die politischen Zustände unbeständig und die Sicherheit von Leben und Eigentum gering waren. Im Falle Birmas kommt auch noch die Abgelegenheit vom indischen Hauptlande und die geringe Verkehrserschließung in Betracht. Ebenso wurden die Zentralprovinzen erst spät dem Verkehr erschlossen und kolonisiert. Die Malariagefahr ist in verschiedenen Teilen Indiens ein bedeutendes Hemmnis der Besiedlung und Bewirtschaftung, besonders in den sumpfigen Hügellandschaften zwischen dem Himalaya und der Gangesebene, sowie in den Waldgebieten Mittel- und Südindiens.

Die Landwirtschaft Indiens dient vornehmlich der Eigenversorgung. Noch heute bildet die Dorfgemeinschaft in vielen Gegenden eine selbstversorgende Wirtschaftseinheit, die nichts von außen empfängt und nichts nach außen abgibt. Von allen 106 Millionen in der Landwirtschaft erwerbstätigen Personen treffen nur 1 003 000 auf Pflanzungen von Tee, Kaffee, Kautschuk, Indigo usw., deren Ertrag zu einem großen Teil für die Ausfuhr bestimmt ist.[1]) Tee wird gepflanzt im Hügelvorland des Himalaya, vornehmlich in Bengalen und Assam, und zwar in Höhenlagen bis zu 2000 Metern. In bedeutenderen Höhen ist der Ertrag der Teepflanzungen gering. Kaffeepflanzungen gibt es fast nur in den Hügellandschaften von Madras in mäßigen Höhen. Chinarinde gedeiht besonders gut in den Nilgiribergen und in anderen Landschaften des Südwestens.

Die Gewinnung mineralischer Bodenschätze und die weiter verarbeitende Industrie sind bisher noch nicht in dem Maße entwickelt, daß sie von wesentlichem Einfluß auf Indiens Wirtschaftsgestaltung sein würden. Nur in einzelnen Fällen haben sie zu bedeutenden Anhäufungen von Bevölkerung geführt. So hat die Nähe von Eisenerz und Kohle viel zum Aufschwung des

Industriegebiets von Calcutta beigetragen. Weitaus der größte Teil der Kohlenförderung (die 1917—1921 zwischen 18 und 23 Millionen Tonnen im Jahr schwankte) stammt aus den Gondwanaschichten von Bengalen, Bihar und Orissa. Etwa 150—200 englische Meilen westlich von Calcutta befinden sich die reichen Eisenerzlagerstätten von Orissa. Die Bezirke Chanda und Drug in den Zentralprovinzen, sowie einige Bezirke von Maisur, sind ebenfalls an Eisenerzen reich, doch hat deren Abbau kaum begonnen.

Die gewerbliche Entwickelung Indiens bietet ein eigenartiges Bild. In den Erzeugungsgewerben und im Verkehrswesen nimmt die Bevölkerung seit Jahrzehnten ab; das hat seinen Grund teils in der langsamen Verdrängung der indischen Hausindustrie durch Betriebe nach europäischem Vorbild, teils in der Einfuhr europäischer Waren. Die Zahl der Arbeitskräfte, welche die Ausbreitung der kapitalistischen Industrie erfordert, ist jedoch viel geringer als die Zahl der verdrängten Hausgewerbetreibenden. Der Überschuß sucht und findet seinen Lebensunterhalt in der Landwirtschaft. Der Umfang der fabrikmäßigen Gewerbe ist noch bescheiden. Im Jahre 1921 waren in allen Betrieben, die zehn oder mehr Personen beschäftigten, zusammen 1 556 000 Arbeiter und Angestellte tätig; auf die Textilgewerbe trafen davon etwa die Hälfte. Für den Standort der indischen Industrie gibt die Nähe von Rohmaterial mit den Ausschlag (Eisenindustrie der Umgebung von Calcutta, Baumwollindustrie von Bombay, Reismühlen von Rangun usw.); daneben kommt die günstige Verkehrslage in Betracht.

Die Landesnatur ist auch von Einfluß auf Richtung und Umfang der Binnenwanderungen. Der trockene Nordwesten Indiens ist dünn bevölkert und seine wirtschaftlichen Möglichkeiten gestatten nicht, Zuwanderer aufzunehmen. Der Erde kann hier kaum mehr abgerungen werden, als zur Ernährung einer spärlichen Bevölkerung erforderlich ist. Selbst wenn die künstliche Bewässerung in Zukunft noch mit Erfolg weiter ausgedehnt wird (obzwar ihr enge Grenzen gezogen sind), so kann die ungünstige Wirtschaftsgrundlage doch keine durchgreifende Wandlung erfahren, die zur Einwanderung Anlaß zu geben vermöchte. Aus der Statistik der innerindischen Wanderungen[2]) erhellt, daß die Provinzen Assam und Birma fast ausschließlich Zuwanderungsgebiete sind; die Abwanderung ist ganz unbedeutend. Im Assam befanden sich 1921 unter einer Bevölkerung von nicht ganz 8 Millionen über 1¼ Millionen indische Zuwanderer; die Anziehung wird ausgeübt von den Teegärten, die Arbeitskräfte brauchen, dann von den großen Strecken unbenutzten aber kultivierbaren Landes im Brahmaputratal. Die Masse der Einwanderer nach Birma besteht aus Arbeitern für die Pflanzungen und Industriebetriebe in Rangun und Umgebung. Eine Umfrage bei 62 500 Fremden ergab, daß 95 % die Absicht hatten, dauernd in Birma zu bleiben. Der innere Wanderungsüber-



schuß dieser Provinz war 1921 553 000, wozu noch 102 000 Chinesen kamen. In Bengalen ist der innere Wanderungsüberschuß größer als in Birma, er beträgt 1 132 000 und besteht in erster Linie aus Arbeitern, die in das Industriegebiet um Calcutta einwandern, ferner aus Arbeitern für Teegärten. Eine selbständige landwirtschaftliche Bevölkerung vermag Bengalen trotz der Gunst der Naturbedingungen nicht mehr aufzunehmen; die bäuerlichen Wirtschaften sind so klein, daß sie nur ein notdürftiges Auskommen ermöglichen.

Für die Anlage von Teegärten sind in gewissen Teilen von Assam, Bengalen und dem Südwesten der vorderindischen Halbinsel (Maisur, Kurg und Trawankur) die natürlichen Bedingungen besonders zusagend und sie gehören deshalb zu den wichtigsten Zentren der Bevölkerungsanhäufung. Nach den Teeproduktionsgebieten gibt auch Madras viele Wanderer ab, ebenso an die Industriebezirke Birmas. Hierher kommt Zuzug sogar aus dem Nordwesten, aus dem Pandschab und aus Radschputana.

Anmerkungen

[1]) Nach der besonderen Zählung der „organisierten Betriebe" waren auf Pflanzungen nur 821 000 Personen beschäftigt. Census of India, 1921, S. 246.

[2]) Census of India, 1921, Bd. 1, S. 82 u. f.

HEINZ v. BOMHARD:
DEUTSCHE EINWANDERUNG IN ARGENTINIEN

In den deutsch-argentinischen Beziehungen nimmt die Auswandererfrage breiten Raum ein; rund 10 % der gesamten deutschen Auswanderung richtet sich nach Buenos Aires. Die durch diese Tatsache allein schon begründete Notwendigkeit häufiger und sachgemäßer Aufklärung über die argentinischen Verhältnisse in ihren Wechselbeziehungen zu den Aussichten deutscher Einwanderer wird noch gesteigert durch den erstaunlichen Mangel an richtigen Informationen, der bei der Mehrzahl der Auswanderer festzustellen ist. Jeder, der sich auf ausreisenden Schiffen mit den Anschauungen und Plänen der Auswanderer eingehend beschäftigt hat oder in Buenos-Aires mit Eingewanderten häufig in Verbindung gekommen ist, wird die Beobachtung bestätigen können, daß in einer großen Anzahl von Fällen der Auswanderungsentschluß auf Grund lückenhafter oder unrichtiger Vorstellungen gefaßt wurde. Wenn auch die überschwenglichen Hoffnungen, die während der Inflationsjahre aus begreiflichen Gründen schon an die bloße Tatsache geknüpft wurden, Deutschland verlassen zu können, heute nicht mehr in gleichem Maße wie damals den Blick für die Wirklichkeit trüben, so herrscht trotzdem in erstaunlich zahlreichen Fällen schwerwiegender Mangel an Sachkenntnis, der zwangläufig zu bitteren Enttäuschungen, häufig zu Elend und Not führt, und dem daher nach Möglichkeit entgegengetreten werden muß.

Argentinien als hochkapitalistisch orientiertes Land kennt keinen Schutz der Arbeit in irgendwelcher Form. Damit muß sich der auswandernde Deutsche von vornherein vertraut machen. Gewöhnlich wird die Bedeutung dieser Tatsache in der Praxis des täglichen Lebens dem Einwanderer erst durch den Vergleich mit den entsprechenden Verhältnissen der Heimat in ihrer ganzen Schwere klar. Soziale Fürsorge, wie Arbeitslosenfürsorge, Alters- oder Krankenversicherung, ist unbekannt; der Gedanke, daß der Staat etwa nach deutschem Muster Verpflichtungen in dieser Beziehung haben könne, liegt dem Argentinier vollkommen fern. Wer nicht arbeiten kann oder will, könnte verhungern, ohne daß sich von amtswegen irgendjemand irgendwie darum bekümmerte. Die einzige Vergünstigung, die der argentinische Staat demjenigen Ankömmling (3. Klasse oder Zwischendeck) gewährt, der sich den Hafenbehörden gegenüber als „Einwanderer" bezeichnet, ist kostenlose Unterkunft und Verpflegung in dem dicht am Hafen gelegenen, 5000 Menschen in Massenquartieren fassenden Einwandererhotel während einer gesetzlich festgelegten Frist von fünf Tagen, die aber in der Praxis gelegentlich überschritten wird,



und weiterhin freie Beförderung mit der Bahn an jeden gewünschten Ort des Landes. Das Einwandererhotel hat seinen eigenen Arbeitsnachweis, ferner ein Wechselbüro, in dem der Ankömmling ohne die anderwärts häufig angebrachte Besorgnis vor Übervorteilung sein Geld wechseln lassen kann. Dolmetscher aller Sprachen sind vorhanden; die sanitären Einrichtungen sind gut. Die Fürsorge des Staates hilft somit dem Ankömmling über die ersten Tage hinweg; damit ist sie erschöpft. Jeder ist von nun an auf sich selbst angewiesen und muß sehen, wie er weiter kommt. Welche Aussichten bieten sich hierfür?

Bevor in nähere Darlegungen hierüber eingegangen wird, sei gestattet, einige Bemerkungen über die physiologischen und psychologischen Voraussetzungen des Erfolges einzufügen. Naturgemäß ist in einem Land, das zum großen Teil der heißen Zone angehört, eine erstklassige, Anstrengungen und Strapazen aller Art leicht überwindende, klimatischen Wechselfällen gewachsene Konstitution erforderlich, um den stets harten Anforderungen der körperlichen Arbeit gerecht werden zu können. Dementsprechend muß auch der Altersgrad derart sein, daß ungeschwächte körperliche und geistige Spannkraft garantiert ist. Krankheit ist ein Luxus, den sich der Einwanderer unter keinen Umständen leisten kann; Vollwertigkeit in gesundheitlicher Beziehung ist daher für ihn unbedingt erforderlich. — An Eigenschaften des Charakters und Intellektes ist in erster Linie Energie und zäher Optimismus zu nennen, jener Optimismus, der nicht durch Außerachtlassen oder Übersehen der vorhandenen Schwierigkeiten sie aus der Welt schaffen zu können glaubt, sondern der bei voller Erkenntnis und richtiger Einschätzung der Hindernisse den Glauben an ihre Überwindung nie verliert und damit sein Ziel schließlich mit großer Wahrscheinlichkeit erreicht. Weiterhin ist die Gabe rascher Anpassung an neue Verhältnisse und Situationen zu fordern; ferner Anspruchslosigkeit und weitgehende Arbeitsfreudigkeit. Nur unter diesen Vorbedingungen ist es ratsam, dem Gedanken an Auswanderung überhaupt näherzutreten.

Für die folgenden Betrachtungen ist es zweckmäßig, zwei Kategorien von Einwanderern zu unterscheiden; einmal solche, die ohne Rücksicht auf ihren früheren Beruf mit der Absicht gekommen sind, sich anzusiedeln, und weiterhin solche, die ihre in der Heimat erworbenen beruflichen Kenntnisse drüben zu verwerten gedenken, also eine der bisher ausgeübten gleiche oder ähnliche Beschäftigung zu finden hoffen. Berufslandwirte zählen sinngemäß zur ersten, ungelernte Arbeiter, die jede Arbeit annehmen wollen, zur zweiten Kategorie, deren Aussichten zunächst näher untersucht werden sollen. Was die geistigen Berufe anlangt, also Ärzte, Kaufleute, Ingenieure und Angehörige anderer wissenschaftlicher Berufe, so ist verallgemeinernd festzustellen, daß die Aussichten ausgesprochen schlecht sind. Fälle, in denen eine feste Anstellung der Grund der Abreise aus der Heimat war, scheiden naturgemäß hier aus;

wo eine dergestalt gesicherte Aussicht nicht besteht, wird es für die Angehörigen der vorerwähnten Berufe nur in seltenen Fällen möglich sein, eine ihrer Vorbildung auch nur einigermaßen entsprechende Stellung zu finden. In den besonderen Verhältnissen des Landes, deren Darlegung hier zu weit führen würde, liegt es begründet, daß die vorhandenen Stellen stets besetzt sind; darüber hinaus ist die Zahl der Anwärter und damit die Konkurrenz eine so große, daß Versuche in dieser Richtung von vornherein fast mit Sicherheit zur Aussichtslosigkeit verurteilt sind. Leider ist diese Erkenntnis noch viel zu wenig verbreitet; die Folge ist, daß eine beträchtliche Zahl geistiger Arbeiter immer noch unter falschen Voraussetzungen den Sprung ins Ungewisse wagt und schwere Enttäuschungen erlebt. Nach Ablauf einer je nach Höhe der vorhandenen Barmittel kürzeren oder längeren Wartezeit, die mit vergeblichen Bemühungen um eine entsprechende Beschäftigung ausgefüllt ist, zwingt dann die Not zu dem Entschluß, jede, auch die schwerste Arbeit anzunehmen. Was es für einen Intellektuellen dann bedeutet, als Arbeiter auf einem Neubau oder in der Landwirtschaft die Anstrengungen einer 10—12 stündigen, unter Umständen auch längeren Arbeitszeit bei gänzlich veränderten Lebensbedingungen in einem ungewohnten Klima auf sich nehmen zu müssen, braucht nicht im Einzelnen dargelegt zu werden.

In womöglich noch verstärktem Maße gilt die oben ausgesprochene Warnung für Künstler aller Zweige, die etwa die Absicht haben sollten, sich in Argentinien zur Begründung einer neuen Existenz für dauernd niederzulassen. Ihnen kann nur mit aller Entschiedenheit und bedingungslos von einer Realisierung solcher Pläne abgeraten werden. Zunächst kommt als Feld der Tätigkeit nur Buenos Aires selbst in Frage, das in ganz anderer Weise als etwa eine europäische Hauptstadt der allein maßgebende Mittelpunkt des Landes in wirtschaftlicher wie kultureller Beziehung ist. Von den 10 Millionen Einwohnern Argentiniens wohnen fast 2 Millionen in der Hauptstadt; die wenigen Städte der Provinz sind demgegenüber ohne Bedeutung. Die deutsche Kolonie ist als Wirkungskreis zu klein; auf sie allein sich zu stützen ist unmöglich. Im übrigen herrscht in der Musik unumschränkt der italienische Geschmack — die rasch aufgeflackerte Begeisterung für deutsche Musik der Jahre 1921/22 ist ebenso rasch wieder abgeflaut —, während in Literatur und bildender Kunst die Franzosen dominieren. Zudem ist die künstlerische Aufnahmefähigkeit im allgemeinen sehr gering; man will in Buenos Aires nicht genießen, sondern verdienen. Ein breites, künstlerisch geschultes Publikum wie bei uns gibt es dort nicht. Der herrschende Stand ist der des Kaufmannes, und geschäftliche Gesichtspunkte sind in vielen Dingen allein maßgebend. Demgemäß entspricht auch die gesellschaftliche Stellung des Künstlers in keiner Weise dem, was man in Deutschland im allgemeinen in dieser Beziehung gewohnt ist. — All diese hier



nur angedeuteten Schwierigkeiten, zu denen überdies noch andere kommen, machen dem Künstler einen Erfolg mit Sicherheit unmöglich; und schwerste Enttäuschungen sind auch den Trägern von Namen anerkannt guten Klanges nicht erspart geblieben. Demnach kann allen Künstlern, gleich welchen Zweiges, nur mit aller Entschiedenheit abgeraten werden, sich ernstlich mit Plänen dieser Art zu befassen.

Ist somit das Bild, das sich bei Betrachtung der Aussichten geistiger Arbeiter bietet, durchweg trübe und wenig ermunternd, so läßt sich ein gleiches für Handarbeiter verallgemeinernd nicht behaupten. Orientierungsgrundlage zur Beurteilung der Frage ist hier die Tatsache, daß Argentinien fast keine Industrie besitzt, dagegen ausgedehnte Landwirtschaft, und zwar meist in Form von Großgrundbesitz. Zeitlich betrachtet ergibt sich daraus, daß in den Sommer- und Erntemonaten Dezember bis März die Arbeitsgelegenheit in der Landwirtschaft reichlich, die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Arbeitern also rege ist, während in den übrigen Monaten der Arbeitsmarkt für diesen Zweig wesentlich stiller liegt. Dem Einfluß der Jahreszeiten wirkt ausgleichend der Umstand entgegen, daß die hohen Einwanderungszahlen der Sommermonate im Winter stark zurückgehen, während gleichzeitig die Rückwanderung nach Europa in verstärktem Maße einsetzt. Für die Erntearbeit sind besondere Vorkenntnisse nicht erforderlich; die Löhne sind gut, die Anforderungen entsprechend hoch; als Norm für die Lebensführung kann die einfache und äußerst anspruchslose Lebensweise der italienischen und spanischen Landarbeiter gelten. — Aus der gekennzeichneten Struktur der argentinischen Wirtschaft ergibt sich weiter für die Aussichten der einzelnen Berufsgruppen, daß industrielle Qualitätsarbeiter, namentlich soweit sie aus der in Argentinien fast vorständig fehlenden Eisenindustrie stammen, nicht damit rechnen können, entsprechende Beschäftigung zu finden. Auch nach Schlossern, Schmieden und Mechanikern besteht, wie dem Arbeitsausweise des Vereins zum Schutze germanischer Einwanderer zu entnehmen ist, geringe Nachfrage. Wesentlich besser sind dagegen, um noch einige Einzelheiten aufzuführen, die Aussichten für Tischler, Maurer, Zimmerleute, überhaupt für Bauarbeiter. Diener und weibliches Dienstpersonal können meist befriedigend untergebracht werden, auch Ehepaare, soweit sie kinderlos sind. Chauffeure haben mit scharfer Konkurrenz zu rechnen, müssen außerdem die Landessprache (Spanisch) beherrschen. Für Kellner ist Kenntnis des Spanischen Bedingung, des Englischen erwünscht; die Anstellungsmöglichkeiten sind im Sommer besser als im Winter, im ganzen mittelmäßig.

Wie schon erwähnt, haben nicht alle Einwanderer die Ausübung ihres gewohnten Berufes im neuen Land als Ziel; ein großer, keineswegs nur aus Berufslandwirten bestehender Teil betritt den Boden Argentiniens mit der Absicht,



sich anzusiedeln, d. h. Land zu erwerben, es als freier Bauer selbst zu bewirtschaften und so die Grundlage einer neuen Existenz zu legen. In früheren Zeiten war es üblich, zu diesem Zwecke sich ohne viel Umstände ein passendes Stück Staatsland anzueignen, die Arbeit darauf zu beginnen und den Besitz sich später von der Regierung bestätigen zu lassen. Heute ist dieses Verfahren nicht mehr in Übung; ohne Anweisung der zuständigen Behörde ist eine Ansiedlung auf Staatsland nicht mehr gestattet. Der Kolonist muß also vom Staat oder von privater Seite Land kaufen, wobei zwischen beiden Möglichkeiten, wie gleich erörtert werden soll, prinzipielle Unterschiede bestehen. Hat der Einwanderer das nötige Kapital nicht aus der Heimat mitgebracht, so muß er versuchen, es im Lande zu verdienen; meist wird er zu diesem Zwecke als landwirtschaftlicher Arbeiter (peon) auf eine Estanzia gehen und auf diese Weise monatlich 40—50 peso bei freier Station und Verpflegung erwerben, außerdem mit Sprache, Land und Leuten sowie den geographisch bedingten Besonderheiten seines Berufes vertraut werden, weshalb auch Landwirten, deren Mittel für sofortigen Landkauf ausreichen würden, eine derartige Lehrzeit anzuraten ist. Für Nichtlandwirte erscheint sie naturgemäß auf jeden Fall als notwendig, gibt hier außerdem Gelegenheit zu einer letzten Gewissenserforschung über Lust und Eignung zum neuen Beruf, die bei negativem Ergebnis eventuell noch rechtzeitig zur Aufgabe des ganzen Planes führen kann.

Nach Ablauf dieser Frist tritt an den Kolonisten die Entscheidung über den Ankauf von Staats- oder Privatland heran. Der wesentliche Unterschied zwischen beiden besteht darin, daß Staatsland im allgemeinen billiger ist als Privatland gleicher Qualität, und daß die Bezahlung des Staatslandes ratenweise während eines Zeitraumes von sechs Jahren erfolgen kann, wobei die erste Rate erst ein bis zwei Jahre nach Beginn der Bearbeitung entrichtet zu werden braucht. Nachteilig steht dem gegenüber, daß die Größe der vom Staate abgegebenen Lose beschränkt ist (50—100 ha pro Ansiedler), daß für den Käufer die Verpflichtung zu persönlicher Bearbeitung des Bodens besteht und daß das Eigentumsrecht zunächst nur ein beschränktes ist. Wer in seinen Mitteln nicht beschränkt ist, wird also gegebenenfalls den Kauf von Privatland vorziehen, das diesen Nachteilen nicht unterworfen ist; der wirtschaftlich weniger Leistungsfähige wird dagegen den Erwerb von Staatsland bevorzugen, der ihm gestattet, seine ganze finanzielle Kraft der Bewirtschaftung nutzbar machen zu können.

Als Betriebskapital für ein normales Kolonistenlos von 50—100 ha sind nach Berechnungen von sachverständiger Seite 2000 Peso Papier (1 Peso zur Zeit = rund 1,70 Mark) als das Mindestmaß dessen zu bezeichnen, was bei bescheidensten Ansprüchen aufgewendet werden muß, um die Arbeit auf dem Lande beginnen zu können. Im allgemeinen wird mit einer Summe von



3000—4000 Peso gerechnet werden müssen, wenn der Ansiedler der Zukunft mit einer gewissen Ruhe entgegensehen und nicht Gefahr laufen will, sich eines Tages um die Früchte seiner Arbeit betrogen zu sehen. Das Anlagekapital, das also beim Ankauf von Staatsland wenigstens teilweise erst aus dem Ertrag der ersten Ernten gewonnen zu werden braucht, richtet sich naturgemäß nach dem Preis des Bodens, der für das Staatsland in den in Betracht kommenden Gebieten 30—50 Peso pro ha beträgt, für Privatland dagegen etwas höher ist. Für den, der über genügend Mittel verfügt, ist die Ansiedelung in einer gut geleiteten privaten Kolonie sehr empfehlenswert; es gibt in Argentinien neben schwindelhaften Unternehmungen, vor denen der Neuling nachdrücklich zu warnen ist, erstklassig geleitete Organisationen dieser Art, worüber gegebenenfalls bei der Deutschen Gesandtschaft genaue Auskunft erholt werden kann. Gegenwärtig sind namentlich im Chaco und in Missiones Gesellschaften am Werke, um diese Gebiete kolonisatorisch aufzuschließen.

Auf Auswandererschiffen begegnet man häufig der Anschauung, daß jeder Auswanderer, der sich nicht als außergewöhnlich unbegabt erweist, in verhältnismäßig kurzer Zeit als reicher Estanziero in die Heimat zurückkehren könne. Diese Auffassung ist irrig. Hat der tüchtige, sachkundige und körperlich geeignete Kolonist Glück, so kann er nach einer Reihe von hart durcharbeiteten Jahren zu einem gewissen Wohlstand gelangen und als freier Bauer ein Besitztum sein eigen nennen, dessen Ausmaße ihn in der Heimat schon als kleinen Gutsbesitzer erscheinen lassen würden. Preisschwankungen der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, Ungunst der Witterung, Heuschrecken und andere schädigende Einflüsse erschweren dagegen häufig den Erfolg und gefährden namentlich den wirtschaftlich schwächeren, der nicht über die nötigen Reserven verfügt, um schlechte Zeiten durchhalten zu können. Die allgemeine Lage der Landwirtschaft hat sich im letzten Jahre gebessert, und namentlich der Anbau von Baumwolle rentiert bei den hohen Preisen, die gegenwärtig auf dem Weltmarkt für diesen Artikel geboten werden, auch auf Ländereien, die bislang wegen ihrer die Rentabilitätsgrenze von 25 km überschreitenden Entfernung von der Bahn für Siedelungszwecke nicht mehr in Betracht kamen. Ein Urteil über die Weiterentwicklung in den nächsten Jahren kann naturgemäß nicht abgegeben werden.

Anschließend ist zu sagen, daß jeder, der sich mit dem Gedanken trägt, nach Argentinien auszuwandern, sei es, um seinen Beruf dort auszuüben, sei es, um als Kolonist ein neues Leben zu beginnen, sich über die persönlichen und sachlichen Vorbedingungen klar sein muß, unter denen allein ein Erfolg möglich ist, und daß nur klares und von Illusionen freies Erfassen der gegebenen Möglichkeiten den Auswanderer vor schweren Enttäuschungen und Schlimmerem zu bewahren vermag.

ALOIS FISCHER:
ZUR FRAGE DER TRAGFÄHIGKEIT DES LEBENSRAUMES

2. Teil:
Die Tragfähigkeit des Lebensraumes und ihre geopolitischen Auswirkungen

Die Frage nach der Wachstumsgrenze der Menschheit wurde schon wiederholt angeschnitten. Es seien nur die bemerkenswertesten Versuche kurz skizziert. Ravenstein nahm (1890) für die fruchtbaren Regionen eine mögliche mittlere Volksdichte von 80, für die Steppen von 4 und für die Wüsten von 0,4 an und gelangte mit Hilfe der von ihm geschätzten Areale zu einer größtmöglichen (potentiellen) Erdbevölkerung von 5994, also rund 6000 Millionen. In einer Entgegnung auf die Untersuchung Ravensteins hielt sich (1898) Freiherr von Fircks an höhere Werte und bezeichnete 9000 Millionen als die größte Zahl von Menschen, welche die Erde zu tragen imstande wäre; dabei ist allerdings ein Rechenfehler unterlaufen, den Hermann Wagner bemerkt hat und nach dessen Richtigstellung sich die errechnete Ziffer auf 7800 Millionen ermäßigt. Eine andere Berechnungsbasis wählte (1912) Ballod, indem er von der Größe der pro Kopf benötigten Ackerfläche ausging, die nach seiner Berechnung in Nordamerika 1,2 ha, im Deutschen Reiche 0,5 ha und in Japan 0,125 ha beträgt. Diese Zahlen, die er für den Ausdruck der Unterschiede im „Standard of life" der drei Länder hält, überträgt er auf die Erde und meint, daß sie bei einer wahrscheinlichen größtmöglichen Ackerfläche von 28 Millionen km², je nachdem ihre Bewohner nach dem nordamerikanischen, deutschen oder japanischen Lebensstandard ihr Dasein fristen würden, 2333, 5600 oder 22400 Millionen Menschen tragen könne. Dagegen wirft Hermann Wagner in seinem Lehrbuch (1923) die Frage auf, ob die Erde auch nur die doppelte Zahl von Menschen, die sie heute trägt, zu ernähren vermöchte. Den interessantesten Versuch haben wir aber zweifellos in Pencks Abhandlung „Das Hauptproblem der physischen Anthropogeographie" vor uns („Zeitschrift für Geopolitik", Mai 1925). Penck geht von den 11 Klimagebieten Köppens aus und gelangt, indem er für ein jedes von ihnen eine entsprechende wahrscheinliche mittlere Dichte annimmt, zu einem Bevölkerungspotential der Erde von 7689, also rund 8000 Millionen. Nach dieser Synthese auf physisch-geographischer Grundlage wird eine rohe Verteilung auf die gegenwärtigen Staatsgebiete versucht, wobei als größtmögliche Bevölkerungen für Brasilien und Hispano-Amerika



je 1200 Millionen, für China über 600, für die Vereinigten Staaten von Amerika und Rußland je 600, für die Commonwealth of Australia 450 und für Kanada und Südafrika je 60 Millionen angegeben werden. Auf die einzelnen Erdteile entfallen nach Umrechnung der von Penck angegebenen Prozente an größtmöglicher Bevölkerung: Eurasien 2080, Afrika 2320, Nordamerika 1120, Südamerika 2000 und Australien 480 Millionen Menschen.

Den bisherigen Versuchen sei zunächst entgegenzuhalten, daß sich eine ein für allemal gültige Schätzung der Tragfähigkeit des Lebensraumes überhaupt nicht vornehmen läßt, weil wir die technischen Mittel der Zukunft nicht kennen. Es ist jeweils nur eine Schätzung der „Tragfähigkeit bei Anwendung vollkommenster gegenwärtiger technischer Mittel" möglich. Obwohl als sicher anzunehmen ist, daß die bisherigen Schätzungsversuche durchweg so gemeint sind, so ist doch die Forderung zu erheben, daß dies auch ausdrücklich vermerkt wird und man nicht einfach „größtmögliche Bevölkerung" sagt.

Unter den Versuchen im einzelnen seien die von Ravenstein, Fircks und Hermann Wagner als bloße Rohschätzungen übergangen. Gegenüber den Betrachtungen Ballods ist heute nach den glänzend gelungenen Meliorationsexperimenten von Los Angeles und Mendoza (Argentinien), die sogar klimatische Veränderungen im Gefolge hatten, weniger die Einwendung Hermann Wagners, daß sich die durch Ackerbau intensiv auszunutzende Fläche nicht auf den Betrag von 28 Millionen km² bringen ließe, am Platze als die, daß die Proportion der Ausgangsziffern gar nicht die Unterschiede im Lebensstandard der drei Länder ausdrückt. Der Ackerbau wird im heutigen Nordamerika absichtlich noch wenig intensiv betrieben, weil die Landwirtschaft ihre ganze Kraft in erster Linie noch der extensiven Bebauung zuwenden muß. Die Hektarerträge sind darum im Durchschnitt nur halb so hoch wie im Deutschen Reich. Daraus geht aber hervor, daß der heutige nordamerikanische Lebensstandard zwar an einen etwas höheren, aber durchaus nicht an einen doppelt so hohen Kopfbedarf an Ackerfläche gebunden ist wie der deutsche. Betreffs Japans ist dagegen zu bedenken, daß seine Bevölkerung fast ihren gesamten Bedarf an tierischem Eiweiß und Fettstoffen aus den benachbarten reichen Fischgründen deckt, so daß für den geringen Viehstand, der kleiner ist als der Dänemarks, nur verschwindende Flächen benötigt werden. Die äußerst intensiv bebauten 0,125 ha Ackerfläche pro Kopf dienen daher fast zur Gänze dem Anbau mehlhaltiger Nahrungspflanzen. (Im Deutschen Reich beträgt der Kopfbedarf an mit Brotgetreide und Kartoffeln bestellter Fläche 0,18 ha.) Der Spielraum, der der Tragfähigkeit des Lebensraumes von seiten des Lebensstandards geboten wird, ist darum bedeutend kleiner als es Ballod annimmt. Er bewegt sich im Falle der rein theoretischen Annahme, daß ein Ausgleich der Niveauunterschiede in der Lebensführung der



Völker ebenso nach oben wie nach unten möglich wäre, nach Ansicht des Verfassers dieses Aufsatzes bei den heutigen technischen Mitteln nur zwischen 3 und 9 Milliarden Menschen.

Schließlich bieten aber selbst auch die Klimagebiete Köppens nicht die beste Grundlage für eine Schätzung der Tragfähigkeit des Lebensraumes. Den Einteilungsgrund in der Gliederung Köppens bildet die Menge und jahreszeitliche Verteilung der Niederschläge. Wo diese (wie beim Urwald- oder beim Tundrenklima) enge Fühlung mit den anderen Faktoren der Fertilität, vor allem der geologischen Bodenbeschaffenheit, der Breiten- und der Höhenlage, nimmt, bildet sie gewiß eine recht gute Berechnungshandhabe. Je mehr sie jedoch diese Fühlungnahme verliert, umsomehr büßt sie an Brauchbarkeit ein. So schließt insbesondere der $24^1/_2$ Millionen km² Landfläche umfassende Typus 8 (wintertrockenkalt) Gebiete von allerverschiedenster Fertilität in sich, wie das russische Schwarzerdegebiet und die Halbinsel Kola oder das Zwischenstromland zwischen Mississippi und Missouri und den Norden Alaskas. Eine Mittelzahl für ein so beschaffenes Gebiet, mag zu ihrer Entstehung neben der Teilung auch eine rohe Wägung seiner sehr verschieden fruchtbaren Teile beigetragen haben, bietet denn auf alle Fälle bei seiner Ungeläufigkeit als geographischer Begriff ein recht verschwommenes Bild und im Falle einer Einteilung nach einem andern Einteilungsgrund eine reichliche Fehlerquelle. Sehr verschieden ist auch die Fertilität der Savannen. Schließlich gibt es sogar Fertilitäten, die mit den Niederschlägen überhaupt nichts zu tun haben, wie die des Niltals, dem gegenwärtig auf einer Fläche von nur wenig über 30 000 km² eine fast zur Gänze auf der befruchtenden Kraft des Flußwassers fußende Tragfähigkeit von 14 Millionen Menschen zukommt, die durch Errichtung neuer Bewässerungsanlagen noch immer vergrößert wird. Aus der sich so darbietenden mangelnden Eignung der Klimagebiete Köppens für den Zweck der Anwendung scheint sich auch die Anfechtbarkeit mehrerer der von Penck gemachten Angaben über die Tragfähigkeit der Erdteile und politischen Gebiete zu erklären.

Infolge Erkennung der Nachteile bei Anwendung von wenigen großen Summanden ist die später folgende Aufstellung über die Tragfähigkeit des Lebensraumes durch Addition einer größeren Zahl kleinerer Summanden entstanden. Im kulturell voll erschlossenen Lebensraum dienten die gegenwärtigen politischen Einheiten, in den weniger erschlossenen Gebieten geographische Einheiten, die durch Zusammenfassung mehrerer Landschaften gebildet wurden, als Schätzungsgrundlage. Einige der so ausgewählten Gebiete zeigen zwar ebenso wie die Hälfte der Köppen'schen Klimatypen regional bedeutende Fertilitätsunterschiede, ihre Übersichtlichkeit ist jedoch wegen ihres kleineren Areals, ihrer größeren Geschlossenheit und nicht zuletzt wegen der leichteren



Verwertbarkeit der doch hauptsächlich von den Staaten stammenden oder sich zumindest auf sie beziehenden Unterlagen eine bedeutend größere.

Die Tragfähigkeit des Lebensraumes hängt der Hauptsache nach von drei Faktoren ab: der Ausdehnungsfähigkeit des Bodenanbaues, der Steigerungsfähigkeit der Erträge auf der Flächeneinheit und der Art des Bodenanbaues. Dagegen schwankt der Kalorienwert des Nahrungsbedürfnisses, wie die diesbezüglichen eingehenden Untersuchungen Rubners in der „Zeitschrift für ärztliche Fortbildung" (Jahrg. 1920) beweisen, regional nur innerhalb sehr enger Grenzen. Lediglich der Eiweißbedarf scheint in einer gewissen Proportion zum Körpergewicht zu stehen. Bei der extensiven und intensiven Bebauung können, wie schon gesagt, nur die durch die jeweiligen vollkommensten technischen Mittel und deren Handhabung durch eine mittelmäßig intelligente Bevölkerung gegebenen Möglichkeiten zahlenmäßig ausgedrückt werden. Auf die Verwendung der produktiven Flächen hat neben der Eignung die Form der Nahrung in dem betreffenden Lebensraum bestimmenden Einfluß. Stark fleischessende Völker bedürfen größerer Flächen für die Viehhaltung, während Völker mit reichlichem Aufwand an Kleidung größere mit Faserstoffen bestellte Flächen benötigen. Dagegen scheint es auf der Erde so viel nicht für einen besseren Zweck verwendbares Waldland zu geben, daß der Holzbedarf nicht als ein die Tragfähigkeit des Lebensraumes beeinträchtigender Faktor in Betracht kommt. Es kann aber auch von einer Einschränkung der Tragfähigkeit des Lebensraumes durch die Wohnstätten, Betriebsstätten der Industrie und des Bergbaues, Verkehrsanlagen, militärischen Objekte und Übungsplätze, Parkanlagen und Friedhöfe kaum gesprochen werden; der auf alle diese Dinge zusammengenommen entfallende Betrag pro Kopf ist selbst bei der Großräumigkeit nordamerikanischer Siedlungsweise nicht größer als 0,02 ha, in England ist er etwas und in Kontinentaleuropa bedeutend geringer (häufig unter 0,01 ha). Am geringsten ist er natürlich in Süd- und Ostasien. Die bedeutendsten Tragfähigkeitsunterschiede ergeben sich aus der Art der angebauten mehlhaltigen Nahrungspflanzen. Roggenflächen, aber auch Reisflächen haben, kalorimetrisch gemessen, im Durchschnitt nur drei Viertel der Nährkraft von Weizenflächen, während Kartoffelflächen durchschnittlich eine vier Drittel mal so große Nährkraft zukommt. Noch etwas größer ist die Nährkraft von mit tropischen Knollengewächsen, wie Mandioka oder Bataten, bestellten Flächen. Die größte Nährkraft scheinen mit Bananenfrucht bebaute Flächen zu haben (vermutlich fünfmal so viel wie Weizenflächen). Schließlich sei auch nochmals auf die Erhöhung der Tragfähigkeit von Küsten- und Inselländern durch benachbarte Fischgründe verwiesen. Dagegen spielt gegenwärtig die Ernährung aus den Erträgnissen der Jagd in der Lebensführung der meisten Völker nur

noch eine untergeordnete Rolle. Es folgt eine Anführung und Charakterisierung der gegenwärtigen 6 Haupttypen des Lebensstandards mit einer Schätzung des durchschnittlichen Kopfbedarfs an Acker- und Weideland bei intensiver Bewirtschaftung:

1. Nordamerikanischer Lebensstandard: Stark gemischte Kost. Sehr reichlich Fleisch. Wichtigstes Sättigungsmittel: Weizennahrung (daneben, jedoch von untergeordneter Bedeutung, Roggen, Kartoffeln, Hülsenfrüchte). Milch und Milchprodukte. Gemüse, einheimische und importierte Früchte. Sehr reichlicher Verbrauch von Zucker, Kaffee, Tee, Kakao, Tabak. Sehr großer Aufwand an Kleidung. Durchschnittlich 4 bis 5 Wohnräume pro Familie. Ein Kraftwagen pro Familie. Kopfbedarf an Acker- und Weideland bei intensiver Bewirtschaftung etwa 0,9 ha im Durchschnitt.

2. Westeuropäischer Lebensstandard: Stark gemischte Kost. Reichlich Fleisch (daneben, besonders an den Küsten, Fische). Wichtigstes Sättigungsmittel: Weizennahrung (daneben Kartoffeln, Hülsenfrüchte). Milch und Milchprodukte. Gemüse, einheimische und importierte Früchte. Reichlicher Verbrauch von Zucker, Kaffee, Tee, Kakao, alkoholischen Getränken, Tabak. Großer Aufwand an Kleidung. 2 (Frankreich) bis 4 Wohnräume (Großbritannien) pro Familie. Kopfbedarf an Acker- und Weideland bei intensiver Bewirtschaftung etwa 0,8 ha im Durchschnitt.

3. Mitteleuropäischer Lebensstandard: Stark gemischte Kost. Reichlich Fleisch (daneben, jedoch von untergeordneter Bedeutung, Fische). Wichtigste Sättigungsmittel: Roggennahrung, Kartoffeln (daneben Weizennahrung, Hülsenfrüchte). Milch und Milchprodukte. Gemüse, einheimische und importierte Früchte. Reichlicher Verbrauch von Zucker, Kaffee, Tee, Kakao, alkoholischen Getränken, Tabak. Entsprechender Aufwand an Kleidung. Durchschnittlich 2 bis 3 Wohnräume pro Familie. Kopfbedarf an Acker- und Weideland bei intensiver Bewirtschaftung etwa 0,7 ha im Durchschnitt.

4. Osteuropäischer Lebensstandard: Gemischte Kost. Reichlich Fleisch (Fischnahrung spielt nur an den Küsten eine gewisse Rolle). Wichtigste Sättigungsmittel: Roggennahrung, Kartoffeln, Hülsenfrüchte (daneben, jedoch in der Bedeutung stark zurücktretend, Weizennahrung). Milch und Milchprodukte. Gemüse, einheimische Früchte. Geringer Verbrauch von Zucker; unter den Genußmitteln im Vordergrunde Tee; reichlich Alkohol und Tabak. Bescheidener Aufwand an Kleidung. 1 bis 2 Wohnräume pro Familie. Kopfbedarf an Acker- und Weideland bei intensiver Bewirtschaftung etwa 0,7 ha im Durchschnitt.

5. Südeuropäischer Lebensstandard: Mäßig gemischte Kost. Fischnahrung ersetzt vielfach die Fleischnahrung. Wichtigstes Sättigungsmittel: Maisnahrung (daneben Weizen und Reis). Milch und Milchprodukte. Viel



Gemüse und Früchte. Mäßiger Verbrauch von Zucker, viel Alkohol und Tabak. Bescheidener Aufwand an Kleidung. 1 bis 2 Wohnräume pro Familie. Kopfbedarf an Acker- und Weideland bei intensiver Bewirtschaftung etwa 0,6 ha im Durchschnitt.

6. Asiatisch-afrikanischer Lebensstandard: Einfache Kost. In Asien überwiegend Fischnahrung (daneben Fleisch von Jagdtieren), in Afrika auch Fleisch von Haustieren. Wichtigste Sättigungsmittel: Reis, Sorghum, Mandioka, Bataten, Taro, Yamswurzeln, Hülsenfrüchte (Weizen eher an Bedeutung zurücktretend), ferner in manchen Gebieten Sago, Kokosnüsse, Bananen, Brotfrüchte. Fast überall starker Verbrauch von Genuß- und Betäubungsmitteln. Sehr bescheidener Aufwand an Kleidung. 1 oder oft nicht einmal 1 Wohnraum pro Familie. Kopfbedarf an Acker- und Weideland bei intensiver Bewirtschaftung etwa 0,3 ha im Durchschnitt.

Außer den 6 Haupttypen gibt es noch Mischtypen. So herrscht in Ungarn und in den nördlichen Balkanländern eine Mischung zwischen dem ost- und dem südeuropäischen Lebensstandard. In Lateinamerika haben wir teilweise eine Mischung des nordamerikanischen mit dem südeuropäischen, teilweise aber eine solche mit dem asiatisch-afrikanischen Lebensstandard vor uns. Zum Verbreitungsgebiet des nordamerikanischen Lebensstandards gehören außer den Vereinigten Staaten und Kanada auch Südafrika, Australien und Neu-Seeland.

In der bisherigen Literatur zur Frage wird der Begriff „größtmögliche (potentielle) Bevölkerung" nicht allein bei der Gesamterde, sondern auch bei einzelnen Lebensräumen innerhalb derselben angewendet. Der Gebrauch bei der Gesamterde ist klar und eindeutig. Dagegen ist die Anwendung bei einzelnen Lebensräumen doppeldeutig und darum besser zu meiden. So gibt Penck als potentielle Bevölkerung Großbritanniens 30 Millionen an, Griffith Taylor, Professor an der Universität Sydney, in einem in der „Geographical Review"-New York (Jahrgang 1922) erschienenen Aufsatz „The Distribution of Future White Settlement" 60 Millionen. Penck meint damit nur jene Bevölkerung, die bei intensiver Bodenbewirtschaftung von inländischen landwirtschaftlichen Produkten leben könnte, Taylor dagegen die größte Zahl von Menschen, die seiner Ansicht nach überhaupt dort zu existieren imstande wäre. Gegen die Anwendung bei Penck lassen sich sprachliche Bedenken vorbringen; „potentiell" kommt schließlich von „posse" und man kann nicht sagen, daß in Großbritannien nur 30 Millionen Menschen sein können, wenn heute schon viel mehr dort sind. Die Anwendung bei Taylor ist sprachlich richtig, dagegen läßt sich gegen die Zahl 60 Millionen sachlich einwenden, daß man ohne Kenntnis der zukünftigen wirtschaftlichen Stellung eines Landes unmöglich Schlüsse auf die Wachstumsgrenze seiner Bevölkerung ziehen kann. Aus dem Erwähnten geht ein deutliches Bedürfnis nach präziser

Begriffsbildung hervor. Es sei darum für jene Bevölkerungsmenge, für welche die zur Befriedigung ihrer naturgegebenen und kulturellen Bedürfnisse notwendigen Bedingungen in der physischen Beschaffenheit des eigenen Lebensraumes gegeben sind, der Ausdruck „innenbedingte Tragfähigkeit" vorgeschlagen. Dagegen handelt es sich um eine außenbedingte Tragfähigkeit, wenn die Befriedigung dieser Bedürfnisse erst durch Handelsbeziehungen mit anderen Lebensräumen erreicht wird. Die innenbedingte Tragfähigkeit nach dem jeweiligen Entwicklungsstand der technischen Mittel kann bei genauer Abwägung aller sie bestimmenden Faktoren geschätzt werden. Beim Konsum ist dabei genau auf die kulturelle Form zu achten, die sich vom größten Nutzeffekt oft ganz bedeutend entfernt. Bei Einschätzung des Kopfbedarfs an Acker- und Weideland können die oben angeführten Ziffern nur als allgemeine Richtlinien dienen. Sklavisch dürfen sie nicht angewendet werden; denn in besonders günstigen oder ungünstigen Fällen gibt es bedeutende Abweichungen. Für die Zukunft stellen sich die einen Gelehrten eine Ausgleichung der Niveauunterschiede im Lebensstandard der Völker vor, die andern — und dieser Ansicht wollen auch wir uns anschließen — glauben zumindest noch für die nächsten Jahrhunderte an ein Weiterbestehen mit verringerten Distanzen. Dem letzterwähnten Moment wurde durch eine etwas reichlichere Einschätzung des zukünftigen Kopfbedarfs an Acker- und Weideland bei den Völkern Asiens und Afrikas Rechnung getragen.

Die Summe aller innenbedingten Tragfähigkeiten der Erde entspricht, nachdem man von der Möglichkeit wirtschaftlicher Beziehungen zu anderen Planeten schlechtweg absehen kann, ihrem Bevölkerungspotential. Dagegen kann die Bevölkerung einzelner Lebensräume innerhalb der Erde auch über ihre innenbedingte Tragfähigkeit hinaus wachsen. Wir haben heute in Europa bereits eine Reihe von Lebensräumen, deren Bevölkerung ihre innenbedingte Tragfähigkeit überschreitet; es sind dies (mit jeweiliger Angabe der Überschreitung durch die Bevölkerung Anfang 1925 in Prozenten) die Schweiz (131 %), Belgien (121 %), die Niederlande (83 %), Großbritannien (79 %), Finnland (74 %), Österreich (65 %), das Deutsche Reich (40 %), Norwegen (38 %) und die Tschecho-Slowakei (9 %). Dagegen bleibt die Bevölkerung Frankreichs Anfang 1925 noch um 19 % und die Spaniens noch um 21 % hinter der innenbedingten Tragfähigkeit zurück. Für Westeuropa ergibt sich eine Überschreitung der innenbedingten Tragfähigkeit durch die Bevölkerung Anfang 1925 um 17 %. Unter den größeren außereuropäischen Lebensräumen gibt es bisher erst einen einzigen, in dem die tatsächliche Bevölkerung die innenbedingte Tragfähigkeit überschreitet: Japan; das Ausmaß der Überschreitung beträgt Anfang 1925 31 %. Die Größe der Überschreitung der innenbedingten Tragfähigkeit ist selbstverständlich nur dort mit der außenbedingten Tragfähigkeit identisch, wo die erstere



zur Gänze ausgenutzt wird; es kann dies etwa von Belgien, den Niederlanden und der Schweiz behauptet werden. In den anderen Ländern mit die innenbedingte Tragfähigkeit überschreitender Bevölkerung ist die außenbedingte Tragfähigkeit größer als die Differenz zwischen Bevölkerungsstand und innenbedingter Tragfähigkeit, und zwar mit Ausnahme Großbritanniens durchweg um weniger als ein Drittel, in Großbritannien, das derzeit nur 30 % seiner innenbedingten Tragfähigkeit ausnutzt, um fast vier Fünftel. Der Summe der außenbedingten Tragfähigkeiten in ihrem Verbreitungsgebiet steht zum Ausgleich jederzeit ein ebenso großer Betrag an nicht ausnutzbarer innenbedingter Tragfähigkeit in den übrigen Teilen der Erde gegenüber. Diese Ausgleichsgebiete sind über die ganze Erde verstreut, ihr Hauptgewicht ruht jedoch im Einzelfall stets auf einigen besonderen Lebensräumen. Sie stimmen ungefähr mit dem wirtschaftspolitischen Begriff „Markt" überein.

Die Entstehung außenbedingter Tragfähigkeiten ist stets an wirtschaftliche Superiorität gebunden, die nicht selten auch noch durch eine politische gedeckt wird. Die relative Größe der außenbedingten Tragfähigkeit hängt dagegen einesteils von dem Ausmaß der besonderen Fertigkeiten seiner Bewohner ab, anderesteils stützt sie sich aber auf eine Reihe physischer Faktoren; hierher gehört vor allem Überfluß an seltenen lebenswichtigen Mineralstoffen (in der Gegenwart vor allem Kohle, Eisen, Erdöl, Kali), Vorhandensein von Wasserkräften, sodann günstige Verkehrslage, besonders am Weltmeer, und schließlich auch noch den Fremdenverkehr fördernde Momente, wie landschaftliche Schönheiten, klimatische Vorzüge oder Heilquellen. Außenbedingte Tragfähigkeiten tragen von Natur aus den Keim der Schwäche in sich, in Zeiten des Überflusses an Nahrungsmitteln und intakten Weltwirtschaftsapparates kann sich jedoch darauf ein größerer Wohlstand entwickeln als in Ländern, deren Bevölkerungsstand kleiner ist als ihre innenbedingte Tragfähigkeit. Umgekehrt unterliegen aber die Bevölkerungen, deren Zahl die innenbedingte Tragfähigkeit überschreitet, in Zeiten der Not an Nahrungsmitteln und bei Störungen im Weltwirtschaftsapparat viel stärker der Gefahr der Verarmung, als solche, deren Zahl diese nicht erreicht. Es kann sogar zum vorübergehenden oder dauernden, teilweisen oder gänzlichen Verlust der außenbedingten Tragfähigkeit kommen. In solchen Fällen, deren deutlichste Symptome chronische Arbeitslosigkeit, Inflation an Arbeitsplätzen und ein sich ständig verschlechternder Lebensstandard sind, kann zwar zunächst durch Hinopferung von Nationalvermögen oder Aufnahme von Auslandskrediten Linderung geschaffen werden, zum Schluß bleibt jedoch als Ausweg nur die Alternative: entweder Verbesserung der Tragfähigkeitsverhältnisse durch Anschluß an einen anderen Lebensraum oder Abbau der Bevölkerung durch Auswanderung. Das Schlimmste ist, wenn ein Lebensraum mit einer seine

innenbedingte Tragfähigkeit überschreitenden Bevölkerung künstlich geschaffen wird wie das jetzige Österreich, dessen Bevölkerung Anfang 1925 etwa $1^2/_3$ seiner innenbedingten Tragfähigkeit gleichkommt. Dazu ist noch, hauptsächlich infolge der ehemaligen wirtschaftlichen Einstellung des jetzigen Staatsgebietes zum früheren 52 Millionen-Staat mit seinem stark agrarwirtschaftlichen Osten, selbst die innenbedingte Tragfähigkeit nur zu drei Vierteln ausgenützt und es wird noch einiger Jahre bedürfen, bis die notwendigen Meliorationen durchgeführt sind. Schätzungen der zukünftigen außenbedingten Tragfähigkeiten können wegen ihres jeweiligen genetischen Zusammenhangs mit der Weltwirtschaftslage und dadurch auch mit der politischen Weltlage nicht vorgenommen werden.

Unsere Aufstellung, deren wichtigste Ergebnisse auf der beigegebenen Karte übersichtlich dargestellt sind, zeitigt ein vom frühesten Versuch zur Frage, der Rohschätzung Ravensteins, nur unwesentlich verschiedenes Ergebnis. Die Erde kann demnach auch schon für den Fall, daß es auch nur bei den gegenwärtigen technischen Mitteln verbleibt, $3^1/_3$ mal soviel Menschen fassen, als sie heute beherbergt. Gegenüber den Schätzungsziffern Pencks ergeben sich vielfach nicht nur aus der allgemeinen Niedrigerschätzung herrührende absolute, sondern mitunter auch recht erhebliche relative Abweichungen. Am größten ist der Unterschied bei Australien. Penck nimmt für die Commonwealth 450 Millionen potentielle Bevölkerung an. Ob dabei Ost-Neu-Guinea mit inbegriffen ist, ist nicht gesagt. Aber selbst wenn dies der Fall wäre, stehen dem noch immer die oben geschätzten 120 Millionen für den Kontinent und Tasmanien und 50 Millionen für Ost-Neu-Guinea, zusammen also 170 Millionen gegenüber. Dabei sind die möglichen Meliorationen in Queensland und in den Savannen des Nordens noch sehr günstig eingeschätzt. Australien ist schließlich zu zwei Dritteln Wüstenland. Der schon zitierte Australier Taylor nimmt in seiner Abhandlung für den Kontinent und Tasmanien sogar nur 60 Millionen potentielle Bevölkerung an, und zwar für Victoria 29, für die Ostküste 18 und für die anderen Gebiete 15 Millionen. So befremdend hoch die Penck'sche Angabe für Australien ist, so befremdend niedrig ist die für Kanada (60 Millionen). Kanada produzierte schon 1923 bei, an westeuropäischen Verhältnissen gemessen, durchaus noch nicht allzu intensiver Bodenbewirtschaftung 135 Millionen Doppelzentner Brotgetreide, das ist der Jahresverbrauch von schon über 60 Millionen Menschen. Dabei hat Kanada, besonders im Westen, noch viel ungenutztes Land. 150 Millionen innenbedingte Tragfähigkeit sind darum durchaus nicht zu hoch gegriffen. Schließlich ist aber auch die Tragfähigkeit Hispano-Amerikas bestimmt nicht mehr als halb so groß wie die Brasiliens. Hispano-Amerika besitzt zwar einige Gebiete von allergrößter Tragfähigkeit, so vor allem die westindischen

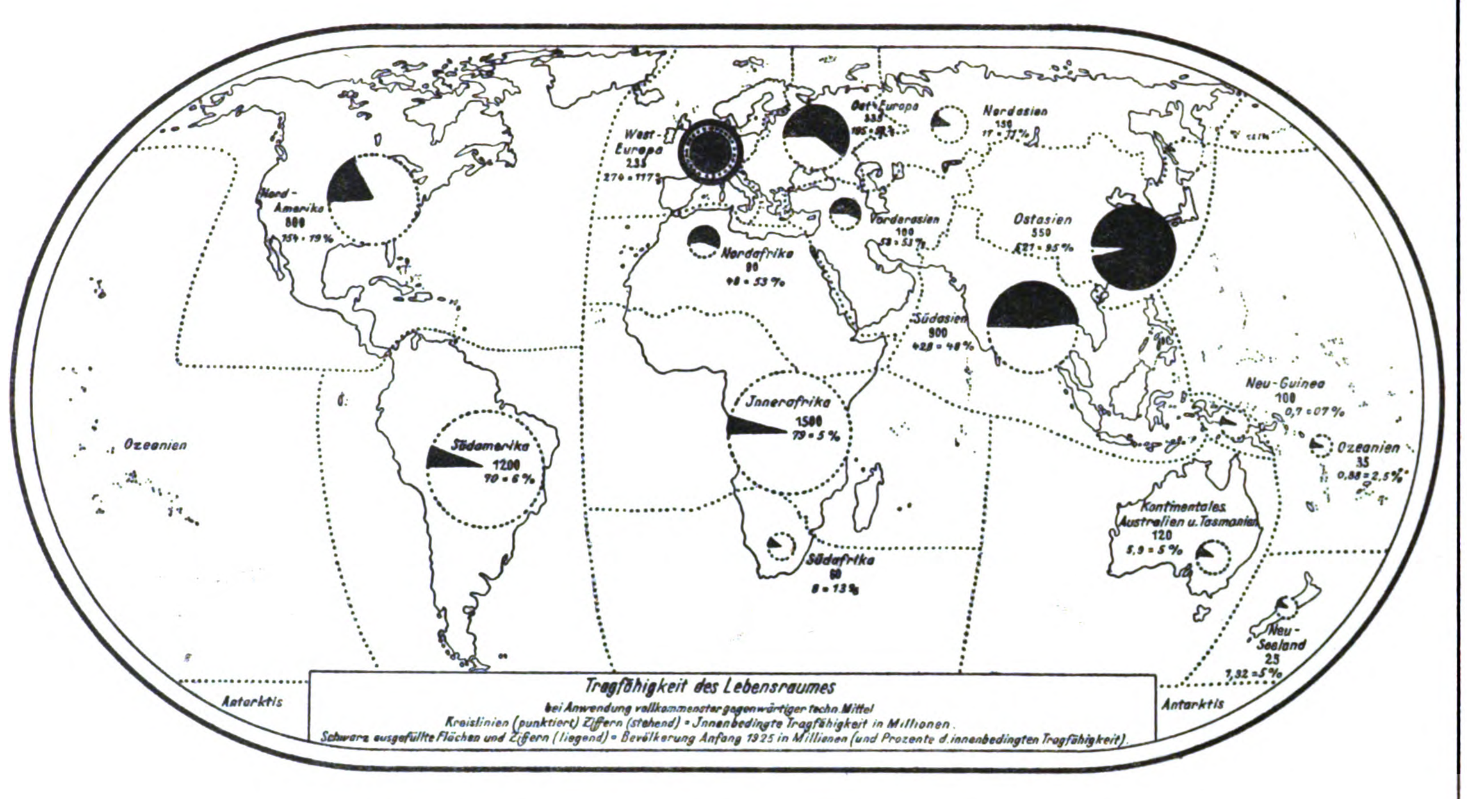


Übersicht 4: Innenbedingte Tragfähigkeit bei Anwendung vollkommenster gegenwärtiger technischer Mittel und gegenwärtige Bevölkerung

	Fläche in Tausenden von km²	Innenbedingte Tragfähigkeit in Tausenden	Größtmögliche innenbedingte Volksdichte	Bevölkerung Anfang 1925 in Tausenden	Volksdichte Anfang 1925	Die Bevölkerung beträgt in Prozenten der innenbedingten Tragfähigkeit
I. Europa	**10 000**	**570 000**	**57**	**469 000**	**47**	**82**
Westeuropa	*3 900*	*235 000*	*60*	*274 000*	*70*	*117*
Davon:						
Deutsches Reich	472	45 000	95	63 050	134	140
Großbritannien und Irland .	313	27 000	86	48 450	155	179
Frankreich	551	50 000	91	40 300	73	81
Italien	310	35 000	113	39 400	127	113
Spanien	498	27 000	54	21 350	43	79
Tschecho-Slowakei [1]. . . .	140	13 000	93	14 150	101	109
Belgien	30	3 500	115	7 745	254	221
Niederlande	34	4 000	117	7 310	214	183
Österreich	84	4 000	48	6 600	79	165
Schweden	448	10 000	22	6 025	13	60
Portugal	89	6 000	67	5 700	64	95
Schweiz	41	1 700	41	3 930	95	231
Finnland	388	2 000	5	3 480	9	174
Dänemark	43	4 000	93	3 390	79	85
Norwegen	324	2 000	6	2 755	85	138
Osteuropa	*6 100*	*335 000*	*55*	*195 000*	*32*	*58*
Davon:						
Union der Sowjetrepubliken .	4 600	220 000	48	109 000	24	50
Polen [2].	387	33 000	85	28 750	74	87
Rumänien	294	23 000	78	17 300	59	75
Jugoslawien	249	17 000	68	12 650	51	74
Ungarn	93	10 000	108	8 220	88	82
Griechenland	123	7 000	57	5 900	48	84
Bulgarien	103	8 000	78	5 075	49	63
II. Asien	**43 900**	**1 700 000**	**39**	**1 019 000**	**23**	**60**
Nordasien	*14 800*	*150 000*	*10*	*17 000*	*1,1*	*11*
Vorderasien	*8 800*	*100 000*	*11*	*53 000*	*6*	*53*
Südasien	*8 400*	*900 000*	*107*	*428 000*	*51*	*48*
Davon:						
Britisch-Indien [3].	4 900	400 000	82	327 000	67	82
Niederländisch-Indien [4] . .	1 485	250 000	168	51 000	34	20

	Fläche in Tausenden von km²	Innenbedingte Tragfähigkeit in Tausenden	Größtmögliche innenbedingte Volksdichte	Bevölkerung Anfang 1925 in Tausenden	Volksdichte Anfang 1925	Die Bevölkerung beträgt in Prozenten der innenbedingten Tragfähigkeit
Ostasien	*11 900*	*550 000*	*46*	*521 000*	*44*	*95*
Davon:						
China	8 350	475 000	57	437 000	52	92
Japan	386	45 000	117	58 800	152	131
III. Afrika	**30 300**	**1 650 000**	**54**	**135 000**	**4,5**	**8**
Nordafrika	*13 500*	*90 000*	*6,7*	*48 000*	*3,6*	*53*
Innerafrika	*14 000*	*1 500 000*	*107*	*79 000*	*5,6*	*5*
Südafrika	*2 800*	*60 000*	*21*	*8 000*	*2,8*	*13*
IV. Amerika	**42 600**	**2 000 000**	**47**	**224 000**	**5,3**	**11**
Nord- und Mittelamerika . .	*24 500*	*800 000*	*33*	*154 000*	*6,3*	*19*
Davon:						
Ver. Staaten von Amerika .	7 997	500 000	63	114 300	14	23
Canada	9 660	150 000	16	9 400	9,7	6
Südamerika	*18 100*	*1 200 000*	*66*	*70 000*	*3,9*	*6*
Davon:						
Brasilien	8 522	900 000	106	32 800	3,8	4
Argentinien	2 790	150 000	54	9 900	3,5	7
V. Australien u. Ozeanien	**8 975**	**280 000**	**31**	**8 800**	**1**	**3**
Kontinent und Tasmanien . .	*7 700*	*120 000*	*16*	*5 900*	*7,7*	*5*
Neu-Seeland	*268*	*25 000*	*93*	*1 320*	*4,9*	*5*
Neu-Guinea	*786*	*100 000*	*127*	*700*	*0,9*	*0,7*
Ozeanien	*220*	*35 000*	*159*	*880*	*4*	*2,5*
VI. Antarktis	**14 000**			**1,4**		
Festland der Erde . . .	**150 000**	**6 200 000**	**41**	**1 856 000**	**12**	**30**

[1]) Die Slowakei und Karpato-Russien sind zu Osteuropa gerechnet. — [2]) Posen, Pomerellen und Ost-Oberschlesien sind zu Westeuropa gerechnet, — [3]) Mit Nepal und Bhutan. — [4]) Ohne West-Neu-Guinea.


Nord-Amerika
West-Europa
Ost-Europa
Nordasien
Ostasien
350
Vorderasien
100
Südasien
900
Nordafrika
Innerafrika
1500
79 = 5 %
Südafrika
Südamerika
1200
70 = 6 %
Neu-Guinea
100
Ozeanien
Kontinentales Australien u. Tasmanien
120
Neu-Seeland
Ozeanien
Antarktis
Antarktis
Tragfähigkeit des Lebensraumes
bei Anwendung vollkommenster gegenwärtiger techn. Mittel
Kreislinien (punktiert) Ziffern (stehend) = Innenbedingte Tragfähigkeit in Millionen.
Schwarz ausgefüllte Flächen und Ziffern (liegend) = Bevölkerung Anfang 1925 in Millionen (und Prozente d. innenbedingten Tragfähigkeit).

Inseln, das sogenannte Zentralamerika, Kolumbien, ferner in der gemäßigten Region Mittelargentinien und Uruguay. Man muß jedoch bedenken, in welchem Größenverhältnis diese Gebiete zur gewaltigen Ausdehnung des Hochgebirges und der Hochländer stehen. Dazu treten noch einige Gebiete mit Steppen- und Wüstencharakter von immerhin beachtenswerter Ausdehnung.

Nicht uninteressant ist neben den absoluten Zahlen auch eine prozentuelle Aufteilung der innenbedingten Tragfähigkeiten auf die Erdteile:

Prozente

	Europa	Asien	Afrika	Amerika	Australien u. Ozeanien	Antarktis
Bevölkerung Anfang 1925	25	55	7	12	0,5	—
Innenbedingte Tragfähigkeit	9	27	27	32	5	—

Aus dieser Aufteilung geht hervor, daß den tropischen und subtropischen Gebieten für die künftige Ernährung der Menschheit eine bedeutsamere Rolle vorbehalten ist als den gemäßigten Regionen. Nicht sicher ist deswegen, ob sie damit auch der Sitz der größten Menschenmenge sein werden. Es wird auch in der Zukunft zur Entstehung außenbedingter Tragfähigkeiten kommen. Die hervorragendste Grundlage zur Entstehung einer solchen haben, insbesondere solange die gegenwärtigen Energiequellen für die Industrie maßgebend sind, zweifellos die Vereinigten Staaten von Amerika. Die Ausgleichsgebiete einer außenbedingten Tragfähigkeit in den Vereinigten Staaten würden überwiegend in Südamerika, zu einem großen Teil aber auch in Innerafrika liegen. Es soll jedoch damit nicht gesagt werden, daß die geopolitischen Unterlagen der außenbedingten Tragfähigkeit auf die künftige Verteilung der Erdbevölkerung einen stärker bestimmenden Einfluß haben werden als die der innenbedingten.

Beurteilen wir die Siedlungsmöglichkeiten der Zukunft parallel zum Ausmaß der innenbedingten Tragfähigkeit, so bietet sich uns der innerafrikanische Lebensraum als der mit der größten Aufnahmefähigkeit dar. Nach ihm kommt der südamerikanische und erst an dritter Stelle der nordamerikanische. Sehr groß ist auch die Aufnahmefähigkeit des hinterindisch-sundanesischen Komplexes. An fünfter Stelle folgt schließlich Nordosteurasien. Unter den verschiedenen Lebensräumen mit kleinerer Aufnahmefähigkeit stehen Australien, Südafrika und Neu-Seeland im Vordergrund. Unter den Anwärtern auf den Siedlungsraum der Zukunft haben vorläufig alle drei großen Gruppen der Westarier ausreichende Möglichkeiten, sich auszubreiten: die germanischen Völker in erster Linie in Nordamerika, dann aber auch in Südafrika, Australien, Neu-Seeland und schließlich in beschränktem Maße auch im gemäßigten Süd-

amerika, die Romanen in erster Linie in Süd- und Mittelamerika, daneben in beschränktem Maße in Nordafrika und im südlichsten Innerafrika (Angola, Moçambique, Katanga), die Slawen in Nordosteurasien. In die Besiedlung des mächtigen innerafrikanischen Lebensraumes dürften sich die Neger wohl mit den Indern teilen müssen. Am relativ meisten eingeengt erscheint gegenwärtig die mächtige und dabei noch stark anwachsende ostasiatische Völkermasse. Die Einwanderung nach Nordamerika, Australien und Neu-Seeland ist so gut wie gesperrt, aber auch die lateinamerikanischen Staaten stehen (vorläufig vielleicht noch mit Ausnahme Brasiliens) einer Einwanderung aus Ostasien nicht gerade mit Gunst gegenüber und schon in der nächsten Zukunft ist auch dort mit Gesetzen gegen die gelbe Einwanderung zu rechnen. Es verbleibt darum vorläufig neben der Ausnutzung der nurmehr geringen Möglichkeiten innerhalb des eigenen Lebensraumes lediglich die auch nicht unumschränkt mögliche Einwanderung nach Hinterindien und Sundanesien. Der ostasiatische Übervölkerungsdruck erscheint danach angetan, in längstens zwei Jahrzehnten den Waffengang um den Pacific zu entfesseln.

Übervölkerungsdruck herrscht gegenwärtig auch in fast allen Staaten Westeuropas, deren Bevölkerung ihre innenbedingte Tragfähigkeit übersteigt. Übervölkerungsdruck ist nicht die Folge eines hohen Ausmaßes an außenbedingter Tragfähigkeit, sondern zeigt eine Verschlechterung der außenbedingten Tragfähigkeit auf. Die gegenwärtige westeuropäische Übervölkerungskrise hängt einesteils mit dem vorübergehenden Verlust des russischen Ausgleichsgebietes zusammen, zum größeren Teil aber mit dem stark fortgeschrittenen Verlust des nordamerikanischen und dem beginnenden Verlust des südamerikanischen Ausgleichsgebietes. Die zwei letztangeführten Tatsachen sind die Folge der überschnellen Industrialisierung Nordamerikas, dabei mit überlegenen Arbeitsmethoden, der nun gleichgerichtete Bestrebungen auch in Südamerika (besonders Brasilien) folgen. Die Gefahr, daß bei weiterem Fortschreiten dieser Entwicklung, zu der sich nun auch noch Autarkiebestrebungen in den bisher überwiegend agrarisch eingestellten Ländern Südosteuropas und auch schon in Asien gesellen, ein großer Teil der bisher auf außenbedingter Tragfähigkeit beruhenden Bevölkerungen abbaureif werden könnte, ist so groß, daß sie schon längst zu gemeinsamen Maßnahmen der übervölkerten Länder herausfordern sollte; als solche kämen in erster Linie in Betracht: außen- und innenpolitische Beruhigung innerhalb der Übervölkerungsregion, sofortige Inangriffnahme aller noch durchführbaren landwirtschaftlichen Meliorationen, Einführung der in Amerika bewährten arbeitswissenschaftlichen Methoden in der Industrie zwecks Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit, tunlichste Einschränkung der Kapitalausfuhr für industrielle Investitionen außerhalb der Übervölkerungsregion, dafür Kapitalausfuhr für ertragreiche landwirtschaftliche

Investitionen, schließlich eine gemeinsame auf die Herstellung der vollen Produktions- und Konsumkraft Rußlands abzielende Außenpolitik.

* * *

Es drängt sich nun noch die Frage auf, in welcher Zeit die Erde ein erfüllter Raum sein könnte. Die Frage kann nicht beantwortet werden. Es ist nicht einmal sicher, ob die Erde überhaupt jemals ein erfüllter Raum sein wird. Zahlenspekulationen wie „Wenn die Vermehrung der Menschheit so fortschreitet wie in den letzten 50 Jahren" oder „Wenn der Geburtenrückgang weiterhin solche Fortschritte macht wie in der letzten Zeit, dann usw." entbehren jedes wissenschaftlichen Wertes und führen zu jener seltsamen Tendenzschreibung, die sich bald in der Ausmalung des Übervölkerungsgespenstes, bald in der des Entvölkerungsgespenstes gefällt. Ein Beweis, wie unrecht derartige in die Zukunft blicken wollende Statistiken schon in kürzester Zeit haben können, zeigt ein erst 1922 veröffentlichtes Manifest des „Nationalbundes zur Vermehrung der Bevölkerung Frankreichs", in dem aus der Abnahme der Geburten von 1920 auf 1921 geschlossen wurde, daß die Entwicklung in gleicher Weise weitergehen und daß Frankreich 1965 schließlich nur noch 25 Millionen Einwohner haben werde. Für 1924 wurde nicht eine runde Zahl, sondern genau 456000 Geburten prophezeit. In Wirklichkeit betrug die Geburtenziffer 1924 752000. Noch unrichtiger sind natürlich die weiteren Schlußfolgerungen, die außer der Fehlschätzung der natürlichen Bevölkerungsbewegung auch den in der Bevölkerungsentwicklung Frankreichs plötzlich unerwartet gekommenen Nothelfer, die Einwanderung, selbstverständlich außer acht lassen. Während ansonst überhaupt das um seine Macht besorgte Frankreich das führende Land der Tendenzliteratur gegen die Entvölkerung ist, so haben wir andererseits in dem um seinen Lebensstandard besorgten Nordamerika das Hauptland der literarischen Bekämpfung der Übervölkerungserscheinungen vor uns.

Mit der Unmöglichkeit, die künftige Bevölkerungsentwicklung auch für relativ nahe Zeitpunkte wenigstens einigermaßen zu erkennen, fällt auch die Möglichkeit bestimmter Schlüsse auf die Rolle, die den einzelnen Rassen in der Geschichte der Zukunft vorbehalten erscheint, fort. Sicher ist nur, daß es um die Zukunft Europas bedeutend ungünstiger steht als um die Zukunft der weißen Rasse im allgemeinen. Dennoch ist auch betreffs Europas trotz der gewiß nicht freundlichen Perspektive, die sich von der Warte der gegenwärtigen Geburtenziffern bietet, durchaus kein Grund zu so pessimistischen Betrachtungen vorhanden, wie sie der Münchner Hygieniker Gruber anstellt, Mit allzu pessimistischen Anwandlungen, insbesondere wenn sie vage Vermutungen schon zu als sicher zu gewärtigenden Tatsachen stempeln, ist übrigens



auch der Tendenz wenig gedient. Es wird ganz im Gegenteil einem Volk, dem fortwährend vorgeredet wird, daß es ohnehin zum Untergang ausersehen sei, unter dem Eindruck dieser vermeintlichen Erkenntnis auch noch der ihm verbliebene Rest an ethischen Begriffen verloren gehen. Im übrigen ist es durchaus ungerecht, dem Geburtenrückgang der Gegenwart überwiegend Entartungsmomente als Ursache zu unterschieben. Man kann jede Geburtenziffer als Resultierende aus zwei Komponenten auffassen, der Vermehrungskraft und dem Vermehrungswillen. Die Vermehrungskraft steht in gerader Proportion zu den Lebensbedingungen, der Vermehrungswille aber in umgekehrter zu den Lebensansprüchen. Von einer Schwächung der natürlichen Fortpflanzungsfähigkeit unter den Kulturvölkern gegenüber früheren Zeiten kann wohl nicht die Rede sein. Man kann ganz im Gegenteil eine mit der bedeutenden Besserung der allgemeinen Gesundheitsverhältnisse durch die Fortschritte der Medizin, insbesondere durch den mit großem Erfolg geführten Kampf gegen die Tuberkulose, gegen die Geschlechtskrankheiten und gegen den Alkoholismus, parallel gehende Hebung annehmen. Dagegen ist die Vermehrungskraft in den Kriegsstaaten noch durch viele Jahre durch ein soziologisches Moment gehemmt, durch den Frauenüberschuß. Man kann dort heute in den Altersklassen von 18 bis zu 45 Jahren im Durchschnitt ein zahlenmäßiges Verhältnis von sechs Frauen zu fünf Männern annehmen. Nachdem somit, rein zahlenmäßig betrachtet, jede sechste Frau keinen Ehepartner findet, muß dadurch allein schon die Geburtenrate um einen bedeutenden Betrag hinter ihrem Vorkriegsstand zurückbleiben (bei einer Vorkriegsrate von 25 ‰ um 1/9, bei einer solchen von 20 ‰ um 1/10). Die Ursachen der Schwächung des Vermehrungswillens sind teils unethischer (Geldgier und Trägheit), teils wirtschaftlicher Natur. Für den allgemeinen Geburtenrückgang kommt wohl nur das letztere Moment in Frage. Dagegen scheint an einzelnen Punkten — es ist eine tief bedauerliche Tatsache, gerade Wien und Berlin als solche entdecken zu müssen — auch das erstere Moment eine bedeutsame Rolle zu spielen. Man kann sogar das Ausmaß davon statistisch bloßlegen. Die Geburtenziffer Berlins betrug im dritten Viertel 1924, auf das ganze Jahr umgerechnet, 12 ‰, die der rheinisch-westfälischen Großstädte aber 20 ‰. Die rheinisch-westfälischen Großstädte haben vor Berlin ein günstigeres zahlenmäßiges Verhältnis der Geschlechter voraus, dagegen ist die Fortpflanzungsfähigkeit ihrer Bevölkerung gewiß nicht nennenswert größer und die Lebensbedingungen waren dort 1923 gewiß nicht günstiger als in Berlin. Daraus geht deutlich hervor, quod erat demonstrondum. Die Geburtenziffer von Wien und Berlin steht aber nicht nur hinter der der rheinisch-westfälischen Großstädte, sondern hinter der aller Großstädte der Erde einschließlich Paris bedeutend zurück. Der geringe Geburtenüberschuß von Paris rührt zum größern

Teil, wie der ganz Frankreichs, von der hohen Sterblichkeit her. Es folgt eine Übersicht über die natürliche Bevölkerungsbewegung in Großstädten im Februar oder Januar 1925, in Promille aufs Jahr umgerechnet:

	Geburten	Sterbefälle	Geburtenüberschuß
Amsterdam (Februar 1925) .	20,3 ‰	9,5 ‰	10,8 ‰
New-York (Februar 1925) .	22,1 „	13,8 „	8,3 „
Prag (Januar 1925) . . .	17,9 „	15,1 „	2,8 „
Paris (Februar 1925). . .	17,7 „	16,9 „	0,8 „
Berlin (Februar 1925) . .	12,6 „	12,0 „	0,6 „
Wien (Januar 1925) . . .	12,0 „	14,4 „	— 2,4 „

Die Aufstellung ist ein Beweis gegen die Ansicht von der völkermordenden Großstadtkultur und zeigt die eigentlichen Ursachen des Völkersterbens auf, die Geldgier und die Trägheit. Hierin liegt die einzige Gefahr für die Zukunft der weißen Rasse. Gegenwärtig steht es noch nicht sehr schlimm. Das zahlenmäßige Verhältnis der Westarier zu den anderen Rassen verbessert sich in Fortsetzung der seit 1800 bemerkbaren Entwicklung noch immer. Vom gegenwärtigen jährlichen Zuwachs an Erdbevölkerung entfallen noch 6 Millionen = 46 % auf die Westarier, während ihr Anteil an der Erdbevölkerung nur etwa ein Drittel beträgt. Mit der Klarlegung des Gefahrenmoments ist aber auch das Mittel dagegen gekennzeichnet. Es kann dieses nur in der moralischen Bekämpfung der Genußsucht, der Geldgier und der Trägheit bestehen. Die Zukunft der weißen Rasse ist mit der Religion eng verknüpft.

GEOPOLITISCHE STATISTIK DES „WIRTSCHAFTSDIENST“ HAMBURG

Metallproduktion und Metallverbrauch der Welt[1])

1. Kupferproduktion in 1000 Tonnen[2])

	1924	1923	1922	1921	1920	1919	1913
Vereinigte Staaten[3])	741,3	650,9	431,0	229,3	548,4	583,6	565,4
Chile	190,4	179,0	128,3	55,7	104,2	70,5	42,3
Belgisch-Kongo	85,7	57,8	43,3	30,5	19,0	23,0	7,5
Japan	62,9	63,8	54,1	54,0	67,7	78,4	70,4[4])
Mexiko	49,1	53,4	27,1	12,3	50,5	60,5	52,8
Kanada	48,2	39,4	23,0	20,5	39,1	39,8	34,9
Peru	34,9	43,8	35,6	33,8	34,5	43,5	27,8
Spanien	26,3	33,4	27,9	31,2	22,8	62,8	44,9
Deutschland	19,5	18,4	18,0	19,0	17,3	15,9	26,9
Australien	14,3	17,9	12,5	18,9	27,0	19,5	47,2
Kuba	11,6	10,9	10,7	7,8	7,1	11,0	3,4
Norwegen	10,2	8,5	8,0	5,0	2,2	1,5	2,7
Jugoslawien	8,1	6,8	5,2	4,0	2,4	1,2	6,4
Bolivien	7,4	10,7	10,8	10,0	10,9	7,7	0,9
Frankreich	5,0	8,2	2,9	2,1	1,5	0,8	10,0[4])
Rußland	3,5	2,9	2,0	2,0	2,0	—	33,7
Rhodesia	2,9	6,6	5,0	2,7	2,8	2,7	—
Schweden	2,5	5,1	—	1,1	1,3	4,3	4,2
Österreich	1,8	1,6	1,1	1,0	1,0	1,0	4,1
Venezuela	1,1	1,0	0,9	1,5	1,5	1,5	0,7
Italien	1,2	1,1	0,7	0,6	0,4	0,4	2,1
Weltgesamtproduktion	1352,4	1242,0	864,4	557,5	976,1	1050,0	987,2

2. Kupferverbrauch in 1000 Tonnen[5])

	1924	1923	1922	1921	1920	1919	1913
Vereinigte Staaten	640,2	600,6	480,3	205,2	496,2	371,8	322,9
Großbritannien	135,7	100,4	45,6	64,7	106,2	98,1	140,4
Frankreich	133,0	112,1	81,6	50,5	68,5	55,4	104,5
Deutschland	131,3	97,3	148,1	126,5	73,7	24,0	259,7
Japan	64,4	74,8	74,2	75,9	83,1	66,8	24,5
Italien	52,9	42,8	31,8	10,0	14,7	70,0	30,9
Belgien	17,6	8,7	5,9	2,4	7,1	9,0	15,0
Österreich	13,7	12,4	12,3	9,6	5,6	4,0	39,2
Schweden	14,8	16,3	10,3	4,3	19,5	18,1	12,1
Tschechoslowakei	12,3	8,9	8,1	9,0	8,0	8,0	—
Rußland	11,0	9,0	7,0	6,0	4,8	—	40,2
Spanien	9,7	9,2	11,6	7,2	5,5	8,1	7,7
Australien	7,5	10,4	6,0	3,8	8,0	8,0	14,0

3. Bleiproduktion in 1000 Tonnen[6])

	1924	1923	1922	1921	1920	1919	1913
Vereinigte Staaten . . .	533,4	495,0	433,3	376,0	465,3	402,5	453,8
Mexiko	164,1	167,6	127,3	60,5	84,2	78,6	62,0
Australien	145,0	142,0	132,3	85,2	7,8	71,5	254,8
Spanien	127,3	117,2	106,7	102,0	108,7	106,1	178,8
Kanada	80,6	48,9	44,9	31,8	15,4	19,9	17,1
Britisch-Indien	51,4	45,3	39,8	33,0	26,7	20,7	10,0
Deutschland	35,0	28,0	40,0	37,1	46,0	49,1	79,0
Italien	21,3	19,9	15,4	14,7	21,8	19,3	26,8
Tunis	18,2	16,5	13,2	17,9	11,4	10,3	23,0
Tschechoslowakei u. Jugoslawien	12,5	12,5	10,8	7,0	6,5	8,3	—
Großbritannien	11,6	11,2	9,0	3,3	11,1	10,4	18,4
Algier	11,5	11,7	8,2	6,6	7,4	4,8	10,3
Frankreich	9,6	7,6	4,2	6,8	2,3	1,1	6,0
Österreich	6,5	6,2	5,0	4,8	4,1	4,6	20,6
Rhodesia	6,4	11,5	20,8	18,0	14,8	12,8	0,5
Türkei	5,2	1,5	5,4	3,0	1,0	1,5	14,0
Griechenland	4,8	4,2	3,0	5,7	4,0	3,8	18,4
Japan	2,5	3,0	3,2	3,1	4,0	5,7	3,8
Weltgesamtproduktion .	1292,9	1188,9	1057,4	847,0	870,2	856,0	1223,2

4. Bleiverbrauch in 1000 Tonnen[7])

	1924	1923	1922	1921	1920	1919	1913
Vereinigte Staaten . . .	577,3	543,7	463,6	408,5	509,5	398,5	401,4
Großbritannien	228,3	196,9	160,0	133,2	162,2	214,9	191,3
Frankreich	103,8	97,2	81,0	43,6	67,2	65,9	107,6
Deutschland	89,7	56,4	143,0	101,4	67,5	60,0	230,4
Japan	45,5	47,7	48,0	41,6	25,1	41,5	18,7
Italien	34,8	20,9	8,5	8,0	19,8	33,9	32,6
Kanada	27,5	25,3	25,7	17,8	19,2	19,6	22,9
Belgien	23,2	39,8	26,2	16,2	35,3	17,5	37,8
Australien	20,9	15,0	10,0	9,8	10,5	11,0	9,6
Spanien	20,0	20,0	18,0	10,0	15,0	15,0	10,0
Tschechoslowakei u. Jugoslawien	17,7	16,0	13,1	7,5	9,7	10,0	—
Österreich	9,2	5,3	8,8	5,8	2,3	1,7	35,5
Schweiz	8,5	7,5	5,9	4,1	6,1	4,1	5,8
Holland	8,0	6,0	6,0	6,0	6,5	6,5	9,5
Rußland	8,0	5,0	4,0	2,0	—	—	58,8

5. Zinkproduktion in 1000 Tonnen[8])

	1924	1923	1922	1921	1920	1919	1913
Vereinigte Staaten	577,0	533,7	428,4	226,8	539,8	498,3	368,7
Australien	200,0	240,0	162,0	141,7	—	66,1	219,7
Polen (Oberschl.) [11])	93,8	91,3	48,2	7,5	8,4	4,4	—
Italien	53,1	52,9	40,2	27,6	39,1	26,3	63,3
Canada	44,8	31,2	29,7	26,0	19,7	14,8	4,5
Spanien	41,9	38,1	21,9	17,6	28,7	32,9	66,5
Deutschland	38,0	33,0	75,0	115,6	150,0	136,5	250,3
Algier	22,5	21,0	17,3	7,7	8,0	7.0	36,9
Mexiko	18,0	18,5	3,2	5,0	13,6	10,2	6,8
China	15,0	18,4	18,3	4,3	2,8	2,5	3,9
Schweden	14,4	15,0	14,2	10,5	16,5	17,6	17,2
Indochina	10,0	10,2	8,0	5,6	3,6	7,7	14,0
Japan	10,0	8,0	6,0	4,6	4,6	7,0	15,8
Frankreich	5,4	4,0	1,2	3,6	1,7	3.9	13,0
Griechenland	1,4	1,5	1,5	1,0	2,5	2,5	10,5
Großbritannien	1,1	1,0	0,8	0,3	1,8	2,5	5,9
Rußland	1,0	0,5	0,1	—	0,2	—	31,4
Weltgesamtproduktion	1164,1	1131,1	885,2	613,5	845,1	843,2	1138,8

6. Zinkverbrauch in 1000 Tonnen[9])

	1924	1923	1922	1921	1920	1919	1913
Vereinigte Staaten	410,0	408,6	341,1	185,7	296,4	315,8	279,6
Großbritannien	163,2	168,6	116,6	71,0	117,6	117,0	194,6
Frankreich	108,2	82,1	71,7	32,0	46,1	53,2	81,0
Belgien	91,0	86,5	68,8	36,7	78,6	30,3	82,6
Deutschland	78,9	58,5	75,7	64,2	71,8	60,0	232,0
Japan	47,0	44,7	48,2	26,2	9,9	35,0	7,4
Tschechoslowakei und Jugoslawien	20,0	18,9	17,1	12,6	13,5	10,0	—
Italien	16,6	11,9	6,5	1,0	4,9	17,3	10,8
Australien	11,0	8,0	5,0	5,1	4,1	4,8	4,4
Spanien	8,5	8,4	6,0	8,6	8,3	9,9	6,0
Skandinavien	8,0	10,0	12,0	11,0	17,6	31,5	11,0
Rußland	3,0	2,0	2,0	1,5	—	—	33,3
Österreich	2,6	2,6	1,6	3,0	5,0	5,0	40,3
Niederlande	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	1,6	4,6

7. Zinnproduktion in 1000 Tonnen

	1924	1923	1922	1921	1920	1919	1913
Malaienstaaten	46,8	40,3	38,1	37,7	40,0	41,5	52,7
Niederl. Indien	32,0	26,0	27,0	18,8	16,0	20,0	21,2
Bolivien	29,9	29,1	32,1	19,5	29,3	30,0	26,8
Siam	7,6	6,4	6,0	7,0	8,0	8,0	6,7
China	7,1	8,9	14,0	11,3	12,0	8,9	8,5
Australien	3,0	2,9	2,7	3,2	4,3	4,4	7,9
Weltgesamtproduktion	138,0	123,6	128,8	106,8	123,3	124,9	135,7

8. Zinnverbrauch in 1000 Tonnen

	1924	1923	1922	1921	1920	1919	1913
Vereinigte Staaten	63,9	77,6	68,1	34,9	69,5	51,8	45,0
Großbritannien	20,9	16,9	21,5	7,7	19,1	19,5	25,1
Frankreich	11,0	9,2	8,2	6,6	5,3	8,6	8,3
Deutschland	10,4	7,9	12,2	11,3	7,3	4,4	19,9
Italien	3,9	2,9	2,9	3,4	2,1	2,8	2,9
Spanien	1,7	1,1	1,2	0,8	1,2	1,8	1,3
Skandinavien	1,5	1,5	1,5	1,4	1,3	1,2	1,6
Schweiz	1,4	1,2	1,0	0,9	1,0	1,4	1,4
Rußland	1,2	1,2	0,4	0,3	0,2	0,2	2,7

9. Produktion und Verbrauch von Aluminium in 1000 Tonnen

Produktion				Verbrauch			
	1924	1923	1913		1924	1923	1913
Vereinigte Staaten	85,0	85,0	22,5	Vereinigte Staaten	103,0	102,1	32,8
Norwegen	22,0	13,3	1,5	Deutschland	23,0	21,3	—
Frankreich	22,0	17,0	13,5	Frankreich	19,3	17,9	7,0
Schweiz	20,0	15,0	12,0 (Schweiz und Deutschland zusammen)	England	17,0	10,8	5,0
Deutschland	18,7	15,9		Schweiz	7,5	5,7	—
England	12,0	8,0	7,6	Japan	6,0	4,0	0,3
Kanada	8,0	10,0	5,9	Italien	4,4	3,2	1,0
Österreich	2,2	1,5	—				
Italien	2,0	1,5	0,8				



10. Die Quecksilberproduktion in Tonnen

	1924	1923	1922	1913
Spanien	900	1100	1300	1200
Italien	1600	1700	1500	1000
Vereinigte Staaten	300	300	300	700
Mexiko	100	100	100	200

11. Die Produktion von Nickel in Tonnen

	1923	1920	1919	1913
Vereinigte Staaten und Kanada	28 300	19 200	13 800	18 200
England	—	3 200	2 200	5 000
Deutschland	—	1 000	1 000	5 200
Frankreich	—	600	500	1 500
Norwegen	—	100	—	700

Anmerkungen

1) Nach den statistischen Zusammenstellungen der Metallgesellschaft Frankfurt a. Main (August 1925), ergänzt durch „Year Book of the American Bureau of Metal Statisties 1924", New York.

2) Kupfergehalt der Bergwerksproduktion von Kupfermineralien.

3) Das Yearbook, das allerdings den Gehalt der Mineralien an Blisterkupfer angibt, weicht etwas von den Angaben der Metallgesellschaft ab: Nach ihm betrug die Produktion in Tonnen zu 1000 kg: 1924 742 997, 1923 684 029, 1922 464 459, 1921 216 295, 1920 576 450, 1919 548 677, 1914 525 529.

4) Kupferproduktion von 1914.

5) Verbrauch von Rohkupfer.

6) Bleiinhalt der Bergwerksproduktion.

7) Verbrauch von Rohblei.

8) Gesamtzinkinhalt der Bergwerksproduktion, nicht ausgebrachter Zinkinhalt der Erze.

9) Verbrauch an Rohzink.

10) Das American Bureau of Metal Statistics schätzt die Produktion von 1924 auf 65 500 to; Mellon, Hauptaktionär der Aluminium Co. of America, gab die Produktion von 1923 mit 58 500 to an. Das Statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich 1924/25 gibt die Aluminiumproduktion der Ver. Staaten mit 112 000 t 1924, 90 000 t 1923, 50 000 t 1922, 36 200 t 1921, 87 300 t 1920 und 81 600 t 1919 an.

11) Oberschlesien zählt bis Mai 1922 bei Deutschland, von da ab bei Polen.

H. LAUTENSACH:
BERICHTERSTATTUNG ÜBER ERDUMSPANNENDE VORGÄNGE

Ein mächtiger Faktor im erdgebundenen Leben der Staaten ist der Verkehr. Er verkürzt die Entfernungen zu Wasser und zu Lande. Er bindet die Teile eines Staates immer enger aneinander und reißt trennende Schranken nieder, er fördert den Gedankenaustausch zwischen den Trägern der Staatsidee und mildert so die regionale Differenzierung der innenpolitischen Auffassung. Er führt auch die verschiedenen Nationen einander näher, aber wirkt auch richtunggebend auf Wachstumstendenzen und Expansionsbestrebungen. Es ist daher unumgängig, daß wir in unseren vierteljährigen Weltübersichten gelegentlich die neuesten Züge der Entwicklung des Weltverkehrs würdigen. Dieses Mal sei in Rücksicht auf den zur Verfügung stehenden Raum nur der Personen- und Güterverkehr in Betracht gezogen.

Wenn wir mit Europa, insbesondere unserm Vaterland beginnen, so soll davon abgesehen werden, die Lage des internationalen Schnellzugverkehrs der Jetztzeit mit dem von 1914 zu vergleichen. Es sei vielmehr auf den Aufsatz von v. Wissmann in Z. f. G. 1925, S. 311, verwiesen und lediglich nachgetragen, daß die Russen nunmehr nach Abschluß des deutsch-russischen Handelsvertrages die Absicht haben, die durchgehende Verbindung St. Petersburg—Königsberg—Berlin wieder einzurichten. Der Zwang zu Sparmaßnahmen legt der deutschen Reichsbahn bezüglich innerdeutscher Eisenbahnneubauten große Beschränkung auf. Die unmittelbare Verbindung Hannover—Celle, die den Verkehr auf der durch die französische Flankenstellung im Westen ungemein wichtig gewordenen Linie Frankfurt—Göttingen—Hamburg stark verbessern wird, ist daher immer noch nicht fertiggestellt, obwohl die nur 35 km lange Strecke, die den doppelten Umspann in Hannover und Lehrte vermeiden wird, schon 1914 in Angriff genommen ist. Dagegen ist der viergleisige Ausbau der Linie Hannover—Hamm nahezu vollendet. Der geopolitisch wie technisch interessanteste deutsche Bau ist seit 1920 an der schleswigschen Marschküste in Gang. Die alljährlich von Zehntausenden besuchte Insel Sylt ist zur Zeit, wenn man von dem umständlichen Seeweg über Kuxhaven absieht, nur durch das dänisch gewordene Gebiet über Tondern—Hoyer zugänglich. Von der Station Niebüll der Linie Hamburg—Husum—Tondern zweigt daher eine 1922 fertiggestellte Neustrecke nach Klanxbüll ab, und von hier wird ein 11 km langer Damm nach Sylt hinüber durch das Watt gebaut, der es in zwei Jahren ermöglichen wird, einen D-Zugverkehr Hamburg—Westerland einzurichten und die Insel bequem mit Nahrungsmitteln zu versorgen. Schon sind die auf der Dammsohle ruhenden Pfahlreihen, die vom Festland wie von Sylt her ins Wattenmeer hinein vorgetrieben sind, zusammengetroffen, schon fahren die Feldbahnzüge, die ungeheure Steinmassen vom Festland herbeischaffen, zur Insel hinüber. Die Sohlenbreite des Dammes auf dem Grund beträgt 50 m, die 12 m über dem Ebbespiegel liegende Krone wird 10 m breit. Die notwendige Erdbewegung umfaßt 13,9 Mill. Kubikmeter. Vermutlich wird sich zu beiden Seiten des Dammes infolge der gehinderten Bewegung der Gezeitenströme Neuland bilden, und es ist nicht ausgeschlossen, daß Sylt auf diese Weise zu einer wirklichen Halbinsel wird.

Langsame, aber immerhin stetige Fortschritte macht im Deutschen Reich auch die Elektrisierung der Staatsbahnen. Sie ist am weitesten



in den Teilen unseres Vaterlandes fortgeschritten, die Braunkohle und Wasserkraft in großen Mengen besitzen, also in Bayern und in der Leipziger Tieflandsbucht mit ihren Verlängerungen bis nach Magdeburg und Görlitz—Hirschberg hin. Das deutsche Netz verwendet Einphasenwechselstrom von 15 000 Volt. Bayern konnte im Frühjahr die Elektrisierung München—Garmisch vollenden. Man fuhr letzten Sommer auf der elektrischen Strecke über Garmisch, die den 1180 m hohen Seefelder Paß übersteigt, ebenso schnell von München nach Innsbruck wie auf der Dampfstrecke über Rosenheim—Kufstein. Es sei hier sogleich bemerkt, daß unter dem geopolitischen Zwang mangelnder Kohlenlager die Elektrisierung in manchen Nachbarstaaten Deutschlands relativ schnellere Fortschritte gemacht hat. Rumpf-Österreich hat die Elektrisierung der Arlbergbahn 1923, die Schweiz die der Gotthardbahn schon im Weltkrieg vollendet. Letztere wird 1928 1700 km = 60 % ihres Bahnnetzes für elektrische Zugförderung eingerichtet haben. In Italien, das bezüglich der Kraftstoffversorgung in der gleichen Lage ist, und das als eines der ersten Reiseländer der Erde auch die Rauchbelästigung in den ungemein zahlreichen Tunnels berücksichtigen sollte, sind erst wenige Hauptstrecken, vor allem die Mont Cenis-Bahn und die Linie Ceva — Savona (Tanaro — Riviera) elektrisiert. Das kohlenarme Frankreich hat von allen europäischen Ländern das großzügigste Programm: In 20 Jahren sollen 8000 km elektrisch betrieben werden. In England dagegen, das vorläufig reichlich über Steinkohlen verfügt, ist bisher in dieser Richtung sehr wenig geschehen.

Von den zahlreichen großen deutschen Kanalplänen ist zur Zeit nur der Mittellandkanal, der das Rhein—Weser-System endlich in die im Weltkrieg so schwer vermißte Verbindung mit dem Elb—Oder-System bringen soll, in kräftigem Forschritt. Er wird zur Zeit auf der Strecke Hannover—Peine und in dem Stichkanal nach Hildesheim fertiggestellt, während die Strecke Peine—Magdeburg noch nicht in Angriff genommen ist. 10 km östlich von Hannover, bei Anderten, tritt der Kanal aus dem niedriggelegenen Glazialgelände auf das subherzynische Hügelgelände über. Die Höhendifferenz der beiden Teilstrecken beträgt 15 m. Sie wird in einem Hub durch die zur Zeit im Bau befindliche größte Binnenschleuse Europas überwunden. Es handelt sich um eine Kammerdoppelschleuse von 225 m Länge, die einen ganzen Schleppzug, bestehend aus einem Schlepper und zwei 1000-Tonnen-Kähnen bzw. drei 600-Tonnen-Kähnen, gleichzeitig aufzunehmen imstande sein wird.

Immer größeren Umfang nimmt das System der Kraftpostlinien im Deutschen Reich an. Ihre Zahl betrug nach einer Statistik der Reichspostverwaltung im Jahre 1924 636. Die Betriebslänge maß 11 366 km, d. h. fast 20 % der Länge des Bahnnetzes. Die Zahl der 1924 gefahrenen Kilometer ist 10 682 525, d. h. das Tausendfache der Entfernung Äquator—Pol, die der beförderten Personen 8,5 Mill.

Dagegen ist man in Deutschland noch völlig im Stadium der Erwägungen und Vorversuche bei einer Art von Verkehrswegen, der in Zukunft hohe Bedeutung, auch in strategischem Sinne, zukommen wird, der Automobilstraßen. In bezug auf sie hat Italien den Vorrang vor allen anderen Staaten. Die beigegebene Abbildung 1 zeigt die fertiggestellten Automobilstraßen der Lombardei. Ihre Führung von Mailand zu den oberitalienischen Seen zeigt, daß sie vorläufig nur einem Sport- und Luxusbedürfnis dienen. Aber bald werden sie auch den geschäftlichen Personen- und Frachtenverkehr aufnehmen. Sie verlaufen auf lange Strecken geradlinig, besitzen keine scharfen Kurven und kreuzen andere Verkehrswege nie zu ebener Erde, vertragen jedoch ansehnliche Steigungen. Ihr Planum ist zementiert oder asphaltiert und wird nachts beleuchtet.

Achtunggebietend ist trotz der Beschränkungen, die der Versailler Vertrag dem deutschen Flug-

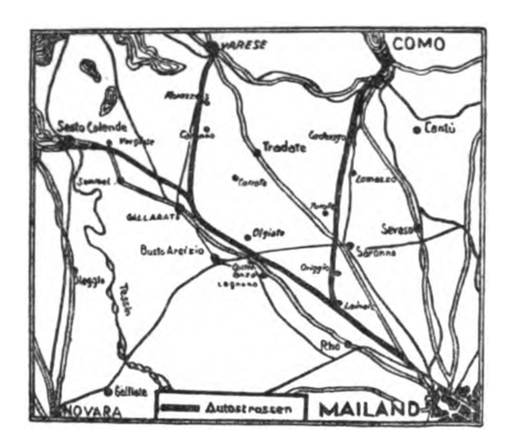


Abb. 1.
Die neuen Autostraßen in der Lombardei.

zeugbau auferlegt, die Entwicklung der deutschen Handelsluftfahrt. Sie liegt in den Händen zweier Gesellschaften, des Deutschen Aero-Lloyd und der Junkers-Flugzeuge. Den Aufstieg der letzteren zeigen folgende Zahlen:

	1921	1923	1. Halbjahr 1925
Flugkilometer	350 000	1 266 000	1 508 300
Passagierzahl	2 230	26 509	28 389
Tonnen Fracht und Gepäck	2,5	67	127

Nimmt man die Zahlen von 1925 mit denen des Aero-Lloyd zusammen, so ergibt sich als Leistung des deutschen Handelsflugwesens im ersten Halbjahr 1925: Beförderung von 44 000 Passagieren, 230 Tonnen Fracht auf 2½ Mill. Flugkilometern. Schon 1924 hat der deutsche Handelsflugverkehr den französischen überflügelt. Sein nächstes Ziel ist die regelmäßige Durchführung von Nacht- und Nebelflügen.

Es ist nach dem Amerikaflug Eckeners zweifellos, daß Deutschland ohne die Bürde von Versailles auch das Problem des Verkehrs mit dem Handelsluftschiff schon gelöst haben würde. Zwar steht die Friedrichshafener Luftschiffhalle noch, aber die Zeppelin-Luftschiffbau-A.-G. stellt Aluminiumkochtöpfe her. Es sei in diesem Zusammenhang auch hier auf das große Projekt des Transpolfluges aufmerksam gemacht, dem die Zeppelin-Eckener-Spende dienen soll. Die beigegebene Abbildung 2, die der Denkschrift „Das Luftschiff als Forschungsmittel in der Arktis" entnommen ist, stellt den projektierten Transpolflug nach den Plänen des Hauptmanns W. Bruns dar.

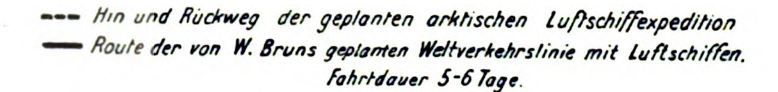
Unter den mitteleuropäischen Nordseehäfen stehen bekanntlich Hamburg, Rotterdam und Antwerpen an der Spitze. Hamburg hat vermöge seiner hervorragend günstigen Lage an der äußersten Südostspitze des Nordatlantik und vermöge der zähen Aufbauarbeit der deutschen Reedereien seine durch den Weltkrieg verlorene Stellung wiedergewonnen. Das lehrt folgender Vergleich des Verkehrs an Seeschiffen:

	Hamburg		Rotterdam		Antwerpen	
	Schiffe	Mill. N.R.T.	Schiffe	Mill. N.R.T.	Schiffe	Mill. N.R.T.
1913	15 073	14,2	10 203	12,8	7 056	12,0
1922	10 838	13,0	8 462	12,3	8 331	13,0
1924	12 735	15,6	10 085	15,1	9 709	16,4

Ebenso erfreulich ist die Entwicklung der Schiffahrt im Nord—Ostsee-Kanal. Seiner militärischen Bedeutung ist er allerdings durch Versailles entkleidet, aber der Handelsschiffsverkehr sorgt wenigstens dafür, daß die gewaltigen in ihm ruhenden Kapitalien sich verzinsen. Trotz des Niedergangs der Weltschiffahrt hat sich der Kanalverkehr gegenüber 1913 gehoben:

	1913	1923	1924
Zahl d. durchgeschleust. Handelsschiffe	54 628	44 327	42 373
Davon deutsche Flagge	45 109	32 405	32 811
Raumgehalt in 1000 N. R. T.	10 292	15 405¹)	13 435
Davon deutsche Flagge	5 880	6 681	6 786
Raum-% d. deutschen Flagge	57,1	43,4	50,5
Gesamteinnahmen in 1000 RM.	4 663	2 656	6 129
Einnahme für 1 N.R.T.	0,45	0,17¹)	0,46

¹) Inflationserscheinung!



unerforschtes Gebiet
bestehende synoptische Stationen
geplante " " "
Luftschiffhafen
Luftschiffankermast
Eisenbahn
+ Magnetischer Nordpol

Abb. 2. Der Entwurf des Transpolfluges und der geplanten transarktischen Luftschifflinien.

Bezüglich der durchgeschleusten Tonnage allerdings steht der Nord—Ostseekanal etwas hinter dem Suezkanal und dem verkehrsreichsten Seekanal der Welt, dem Panamakanal, zurück. Letzterer trug 1924 4893 Schiffe mit 15,6 Mill. N. R. T. Die deutsche Flagge stand im gleichen Jahr wieder an vierter Stelle (165 Schiffe mit 0,43 Mill. N. R. T.) nach der amerikanischen, englischen und japanischen. Das Sternenbanner allerdings steht mit über 50 % der Tonnage weit voran. Im Binnenverkehr der Union hat der Kanal eine völlige Umwälzung gebracht. Die Transkontinentalbahnen haben den Tarifkampf gegen den Kanal nur ein Jahr durchgehalten und haben sich dann mit dem binnenländischen Zwischenverkehr zufrieden geben müssen. Aus diesem wird der Kanal ihnen weitere Stücke herausbrechen, sobald der Ausbau des Missouri—Mississippi-Systems vollendet sein wird.

Die Wiederaufbauperiode der deutschen Handelsflotte ist 1924 beendet. Sie verfügt jetzt (Ende Juni 1925) zwar nur über 2 993 000 gegenüber den 5 098 000 Br. R. T. der Vorkriegszeit (= 58,7 %) und steht mit 5,1 % der Welttonnage statt an zweiter erst an fünfter Stelle (hinter Großbritannien, Union, Japan, Frankreich). Aber dieser verringerte Bestand genügt dem leider verringerten deutschen Bedarf an Frachtraum. Zudem ist zu bedenken, daß die deutsche Flotte, nachdem die alten Schiffe abgeliefert worden sind, die modernste und relativ leistungsfähigste der Welt ist, so daß ihre Bedeutung in der Welt größer ist als ihrer Tonnagezahl entspricht. Sind doch 50,6 % der deutschen Handelsflotte innerhalb der letzten fünf Jahre erbaut (Niederlande 33,5 %, Frankreich 27 %, Großbritannien 25,5 %). Von unserem jetzigen Schiffsraum sind 55,5 % in Hamburg, 26,7 % in Bremen-Bremerhaven, 14,8 % in den Ostseehäfen und 3 % in den übrigen Nordseehäfen beheimatet. Die Hapag steht noch an der Spitze der deutschen Reedereien (450 000 N. R. T.), es folgen Norddeutscher Lloyd (407 000), Hansa (185 000), Austral- und Kosmoslinien (169 000), Hamburg—Südamerika-Linie (160 000), Hugo Stinnes-Linien (158 000), Roland (111 000).

Nach Lloyds Register of Shipping verteilte sich der Besitz an seegehenden Dampfern und Motorschiffen Juni 1914 und Juni 1925 folgendermaßen unter die seefahrenden Staaten:

	Juni 1914		Juni 1925	
	in 1000 B.R.T.	%	in 1000 B.R.T.	%
Großbritannien u. Kolonien	20 284	47,7	21 504	36,6
Ver. Staaten	1 837	4,3	11 605	19,7
Japan	1 642	3,8	3 741	6,4
Frankreich	1 918	4,5	3 262	5,5
Deutsches Reich	5 098	11,9	2 993	5,1
Italien	1 428	3,4	2 894	4,9
Niederlande	1 471	3,5	2 585	4,4
Norwegen	1 923	4,5	2 555	4,3
Schweden	992	2,3	1 215	2,1
Spanien	883	2,1	1 120	1,9
Dänemark	768	1,8	1 008	1,7
Weltbesitz	42 514	100,0	58 785	100,0

Die Tabelle zeigt, daß alle aufgeführten Staaten außer dem Deutschen Reich ihre Tonnage gegenüber der Vorkriegszeit ansehnlich vergrößert haben. Diese Lage hat für uns aber trotzdem etwas Tröstliches. Die andern können mit ihrem Schiffsraum zum Teil nichts anfangen, da der Weltverkehr sich gegenüber dem Vorkriegsstande wesentlich verringert hat. Am schlimmsten geht es dabei den Vereinigten Staaten, die die größte absolute und prozentuale Zunahme zu verzeichnen haben. Die amerikanische staatliche Handelsflotte, deren Bestand sich auf 8,9 Mill. B. R. T. beläuft, hat zur Zeit nicht weniger als 909 Schiffe von 5,8 Mill. B. R. T. in den Häfen unbenutzt aufliegen! Das bedeutet eine Unterbilanz von 41 Mill. $ im Betriebsjahr 1923/24! Zum Teil haben die Vereinigten Staaten sich durch ihre Einwanderungsbeschränkungen ihren atlantischen Han

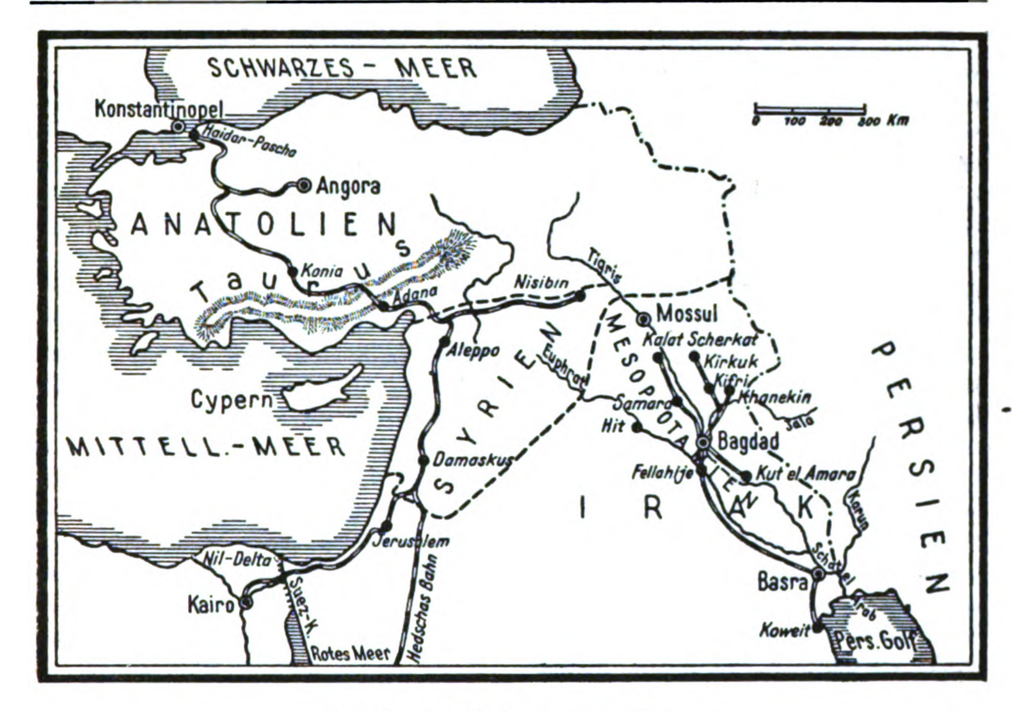


Abb. 3. Das Ende der Bagdadbahn.

delsverkehr selbst lahmgelegt. Der transatlantische Passagierverkehr ist gegenüber der Vorkriegszeit viel matter, und aus dem eben angedeuteten Grunde erstreckt sich die Abnahme besonders auf die Fahrt westwärts und auf die 3. Klasse. Es wurden aus europäischen Häfen befördert:

Westwärts nach Nordamerika

	1913	1924	
1. Klasse . . .	85 316	85 008	Personen
2. Klasse . . .	210 267	152 235	"
3. Klasse . . .	751 800	115 034	"
zusammen	1 047 383	352 277	Personen

Ostwärts von Nordamerika

	1913	1924	
1. Klasse . . .	76 117	82 570	Personen
2. Klasse . . .	95 137	111 849	"
3. Klasse . . .	257 357	136 747	"
zusammen	428 611	331 166	Personen

In der Welthandelsflotte ist im letzten Jahrzehnt ein immer stärkerer Übergang zur Benutzung von Erdöl als Kraftstoff erfolgt. Der jährliche Bunkerbedarf pro PS beträgt nämlich durchschnittlich bei Dampfern mit Kohlenfeuerung 3,6 Tonnen, bei Dampfern mit Ölfeuerung 2,75 Tonnen, bei Motorschiffen dagegen nur 1 Tonne. Besonders die Motorschiffe werden wegen ihrer hervorragenden Rentabilität in absolut und relativ schnell steigendem Maße gebaut. Im Dezember 1922 betrug die Tonnage der im Bau befindlichen Motorschiffe 10,9 % der im Bau befindlichen Dampfertonnage, im Juni 1924 dagegen 95 % in Deutschland sogar 120 %. Daher stellt sich jetzt das Verhältnis der verschiedenen Antriebsarten folgendermaßen:

	% der B.R.T. 1914	% der B.R.T. 1925
Segelantrieb . . .	8,06	3,50
Motorantrieb . . .	0,45	4,20
Ölfeuerung	2,65	27,54
Kohlenfeuerung .	88,84	64,76

Eingangs war auf die Arbeit von v. Wissmann verwiesen, die ausführlich darlegt, wie lähmend auf den internationalen europäischen Verkehr die Weltkriegsfriedensschlüsse mit ihren Staatenneubildungen und deren Abschließungstendenzen gewirkt haben. Das traurigste Beispiel dieser Art findet sich nicht in Europa, sondern in Vorderasien. Es ist die Bagdadbahn (Abb. 3). Sie existiert nicht mehr. Einst als Rückgrat des Osmanischen Reiches und als ein Mittel der wirtschaftlichen Durchdringung des Orients vonseiten Mitteleuropas gedacht, war sie unter deutscher Leitung mit ungeheuren Schwierigkeiten bis zum Ende des Weltkrieges in wesentlichen Teilen fertiggestellt. Kurz vor dem Zusammenbruch, Aufang Oktober 1918, konnte der große Taurustunnel dem Verkehr übergeben werden, und damit reicht ein ununterbrochener Schienenstrang von Haidar Pascha gegenüber Konstantinopel bis Nisibin, 100 km westlich des Tigris. Ebenso war von Bagdad am rechten Tigrisufer aufwärts die Linie bis Samara vorgetrieben. Das Zwischenstück zwischen Nisibin und Samara dagegen fehlte. Material-, nicht Geländeschwierigkeiten machten den Deutschen seine Vollendung unmöglich. Unterdessen hatten die Engländer bei ihrem allmählichen Vordringen vom Persischen Golf her die Linie Basra—Bagdad, die ehedem gleichfalls als Teil der Bagdadbahn gedacht war, gebaut, aber nicht in Bagdadbahnspur, sondern in der schmaleren 1-m-Spur. Später verlängerten sie die Linie Bagdad—Samara bis Kalat Scherkat. Scheint somit das ganze Projekt durch die Kriegsgeschicke eine wesentliche Förderung erfahren zu haben, so ist doch der ganze Gedanke durch den Kriegsausgang zu Grabe getragen worden. Die Linie der Bagdadbahn läuft jetzt in drei verschiedenen in ärgster Rivalität zueinander stehenden Staatsgebilden: in der Türkei, in Französisch-Syrien und im englischen Mandatsgebiet Irak. Die Teilstrecke Konia—Adana ist jetzt ein willkommenes Stück der türkischen Staatsbahn. Die Teilstrecke Adana—Nisibin, die von Aleppo an hart an der türkisch-syrischen Grenze läuft und zum Verdruß der Engländer türkischen Truppentransporten zur Verfügung steht, ist in französischer Verwaltung. Unter diesen Umständen haben die Engländer nicht mehr das geringste Interesse an einer Durchführung des ganzen Bagdadbahnplanes. Sie haben wohl von Bagdad aus eine Reihe von Stichbahnen in ihrer 1-m-Spur in die Petroleum- und Baumwollgebiete am Rande des Zagrosgebirges vorgetrieben, die in Bagdadspur gebaute rechtsufrige Strecke Bagdad—Kalat Scherkat dagegen haben sie aus strategischen Gründen sogar wieder abgebrochen. Ein Durchgangsverkehr Haidar Pascha—Basra wird auf jede absehbare Zeit hinaus unterbunden bleiben. (Vgl. Z. f. G. Ergänzungsheft 1, Fr. Hesse, Die Mossulfrage.)

K. HAUSHOFER:
BERICHTERSTATTUNG AUS DER INDO-PAZIFISCHEN WELT

Großräumige Zusammenschlüsse schieben sich zwischen den als Weltorganisation gedachten Aufbau des Völkerbundes, — der als solche bisher freilich rudimentär geblieben ist — und die der einzelnen nationalen Lebensformen auf ihrem Kultur- und Volksboden zusehends hinein. (Britisches Weltreich, Sowjetbünde, panamerikanische, panasiatische, paneuropäische Bewegung.) Das Streben danach hat für die letzte panpazifische Zusammenkunft, die am 15. 7. in Honolulu (Hawaii) schloß, immerhin 111 Vertreter pazifischer



Mächte: von Australien (6), Kanada (6), China (13), Hawaii (16 — Gastgeber, daher die große Zahl), Japan (19), Korea (6), Neu-Seeland (11), Philippinen (3), Vereinigte Staaten (28) und weitere (3) zusammengeführt. Vorbereitet durch die rastlose Mühe der panpazifischen Union hat sich dieser Kreis nun eine permanente Vertretung aus 1 Chinesen, 1 Kanadier, 1 Japaner, je einem „Insel-" und „Festland-Amerikaner" der Vereinigten Staaten (!) geschaffen, und zweifellos eines erreicht, daß so heikle Fragen, wie das amerikanische Einwanderungsverbot für Ostasiaten von 1924, die australische Japanerfurcht, die Revision der chinesischen Verträge, die chinesische Zollhoheit, die Abschaffung der fremden Exterritorialität in China und die pazifische Gleichberechtigung der Chinesen wie der Fremden in China unbefangen besprochen werden können, während der Völkerbund um seine wirklichen „Skelette im Hause" mit Eleganz und Eloquenz herumredet.

Natürlich sind die Darstellungen des japanischen Professors Ichibashi, — der wohl bei der Washington-Konferenz dem Admiral Tomosaburo Kato noch als Dolmetscher diente, aber auch der Kalifornia-Universität als Lehrer — nach der Seite größtmöglicher Verständigung appretiert (Transpazific, Tokyo 8. August 1925); dennoch sind sie für einen Kenner der Lage von erstaunlicher Offenherzigkeit und beweisen, daß solche zwischenvölkische Aussprachen auch eine entspannende Kraft haben können, und zwar um so mehr, je ehrlicher sie beiderseits die „Skelette im Hause" berühren.

Die bloßen Vertreterzahlen im Verhältnis zu ihrer Herkunft sind von geopolitischer Bedeutung. Es fehlen durchaus die pazifikfremden Kolonialmächte — Frankreich, Niederlande, Portugal — die bei der Konferenz von Washington noch sehr geflissentlich herbeigezogen worden waren; das britische Reich ist nur durch die pazifischen Dominien vertreten (23 Delegierte); Korea ist in Dominien-Rolle aufgerückt (mit 6 Delegierten); man unterscheidet zwischen Insel- und Festland-Angehörigen der Vereinigten Staaten (19—28 Delegierte).

Den Inselangehörigen der Vereinigten Staaten steht eine gleiche Zahl Japaner (19 Delegierte) gegenüber; die Philippinen sind eigens vertreten (12 Millionen durch 3 Delegierte); Neu-Seeland wenig mehr als eine weiße Million mit 11 Delegierten; es hatte also nur zwei weniger als China mit seinen 440 gelben Millionen; Siam fehlt ganz; und bei Licht betrachtet sind es das nordamerikanische, das japanische und das britisch-pazifische Inselreich und das große China, die unter Anhörung von Philippinen und Korea die künftigen Geschicke des pazifischen Ozeans in die Hand nehmen und die Verwicklungen der indischen Welt sichtlich außerhalb ihres engeren Kreises halten wollen.

Die untrennbare Verwobenheit Japans, Chinas, der Philippinen in den Komplex der Monsunländer und der panasiatischen Fragen sorgt aber dafür, daß die angebahnte reinliche Scheidung unmöglich geopolitisch haltbar sein wird.

Eine andere überseeische Bindung führt von der indopazifischen Welt nach Südafrika hinüber, wo die scharf inderfeindliche Politik der südafrikanischen Dominion innerhalb eines Reichsganzen fast unmögliche Verhältnisse schafft. „Oppressive and brutal to the degree of inhumanity" nennt die India Times die Haltung der dortigen Regierung gegenüber ihren indischen Gemeinden. Ein neues Gesetz sorgt für Siedlungs- und Handels-Scheidung, schließt Inder so gut wie ganz vom Landerwerb in Natal aus, nennt den Inder einen Fremden im Lande, der sich selbst so wenig als „Alien" dort betrachtet, wie den angelsächsischen oder niederländischen Siedler (es sind augenblicklich 160 000 Inder in S. A., davon 140 000 in Natal, davon 60 % im Land geborene), und will die besseren Klassen der indischen Bevölkerung in „Slums" zusammenpressen, die schlimmer wären, als je ein Ghetto irgendwo auf Erden.

Gehen wir von diesen überozeanischen Bin-

dungen der indopazifischen Welt, die sie nach ihrer pazifischen wie nach ihrer indisch-ozeanischen Seite hin fesseln, zu ihren inneren Spannungen über, so finden sich darin Belastungsproben für die Ausgleichsgeschicklichkeit der reichsbritischen Staatskunst, die kaum leichter zu bestehen sein werden.

Auf zwei sehr verschiedene mögliche Ziele zu sehen wir die indopazifische Politik sich im Frühherbst bewegen: auf eine unter amerikanischem Druck widerwillig genug von den kolonialen Westmächten eingeräumte Lösung gefahrdrohender Spannung durch eine Konferenz, die zuerst von einer chinesischen Zollerhöhung ausgehend, den Boden für die Abschaffung der Fremdrechte auf chinesischer Erde vorbereiten sollte, und auf eine, den Sowjetbünden, aber auch anderen asiatischen Mächten nicht unwillkommene Explosion von unberechenbarer Tragweite in Ostasien.

Eine solche Explosion, in ihrer Wirkung vielleicht den Staubexplosionen in lange vernachlässigten, überarbeiteten Werken vergleichbar, kann nun jederzeit in Südostasien entstehen, sobald es in China zu einer umfangreicheren Auseinandersetzung mit Gewaltanwendung zwischen den sich auf eine solche teils vorbedacht, teils unwillkürlich einrichtenden Machthabern kommt, die das 1923 noch innerchinesisch ausgleichbare Ausmaß überschreitet.

Denn zu den damals lokalisierbaren Kräften kommt nun die latente Einwirkung eines Kraftfeldes, das außerhalb des britischen Reiches viel zu wenig dauernd und aufmerksam beobachtet wird, des indischen, so sehr sich einzelne Inder in Europa Mühe geben, seine Bedeutung klar zu machen. Das ist gerade jetzt besonders wichtig, wo eine ganz ungenügende Teilbefriedung, besser gesagt Neu-Hypnose Mitteleuropas stattfinden soll — mit dem ausgesprochenen Zweck, die Hände der Westmächte frei zu machen für die Auseinandersetzungen mit den „Verbreitern kommunistischer Ideen in den kolonialen Bevölkerungen, der Woge des Kolonial-Kommunismus, die nach Europa überzuschlagen droht" (René La Bruyère, London 1. 9.!).

Erst wenn man z. B. La Bruyère's „Politique impériale et navale franco-britannique" — mit ihrer klaren Erkenntnis des Zurückhängens der Westmächte gegenüber den „nations riveraines du Pacifique" in Marine- und Kreuzerfragen (12 gegen 16) — zusammenhält mit Taraknath Das „For Japan" (The People, Lahore, Tilak School of Politics, 30. 8. 1925), dann sieht man den Riesenzusammenhang, in dem die Pakt-Verhandlungen mit dem indo-pazifischen Kraftfelde stehen, und wieviel wichtiger sie noch, von großen geopolitischen Gesichtspunkten gesehen, für England und Frankreich, als für Deutschland sind, aber auch, welche Möglichkeiten Mitteleuropa dabei unter Umständen für ein Linsengericht verkaufen könnte.

Wir wollen also in diesem Bericht, gerade für die Beurteilung des Zusammenhangs der mitteleuropäischen Einstellung zu den Paktverhandlungen, zunächst an Hand unseres Nachrichtenstoffes die Anschauung der Lajpat Rai und Taraknath Das prüfen — in eine Mahnung zur Wachsamkeit für Japan eingekleidet — die gerade so für Deutschland gilt; dann einige Tatsachen des indischen Kraftfeldes, die für seine bindenden Wirkungen auf die britische Reichspolitik wichtig sind, aber doch sogar in den großen Dominien vielfach vernachlässigt werden, wie z. B. Verstaatlichung der Eisenbahnen unter Kontinentalisierung, zunehmende Indisierung der großen öffentlichen Dienste; und den bevorstehenden Sieg der nationalen über die internationalen Eisenbahnentwürfe in Persien.

Wie es richtig ist, daß die anglo-amerikanischen Staatsmänner auf der Washington-Konferenz Japan in der Shantungfrage und der sibirischen Stellung in eine sehr schwierige Lage hineinmanövriert haben, aus der es mit einer allseitigen Bindung und Verzicht auf anerkannte Rechte nur eben gerade noch nach seiner asiatischen Seite herausschlüpfen konnte,

so besteht natürlich die Gefahr auch für die vorgeschlagene China-Zollkonferenz. Japan wird sich klar sein müssen, daß es in der Frage der mandschurischen Eisenbahn, wie der Liautung-Pachtung vor peinliche Entscheidungen gestellt werden kann.

Wichtig ist, wie klar sich die führenden indischen Politiker darüber sind, daß die Sowjetpolitik über die amerikanische in China große Erfolge davongetragen hat, daß die Vertreter der Vereinigten Staaten das Möglichste getan haben, um ein Zusammenspiel Deutschlands mit den Sowjets im Fernen Osten, wo es diplomatisch gut möglich gewesen wäre, zu verhindern, daß die chinafreundliche, auf die Abschaffung der Fremdrechte gehende Politik der Vereinigten Staaten zum Teil nur Folge ihres Wettlaufes mit den Sowjets um die Gunst der öffentlichen Meinung, zum Teil Folge ihres antijapanischen Spiels ist.

Aus dieser Auffassung heraus rät man Japan große Opfer an, wie Aufgeben seiner Sonderrechte in China, um auf diese Weise England aus Hongkong und Tibet hinauszuzwingen. „Japan könne in freiem Wettbewerb seine Stellung in China behaupten, und sollte auf der Basis der chinesisch-japanischen Verständigung weiterarbeiten", meint der natürlich panasiatisch eingestellte Inder Taraknath Das.

Darum rät er auch Japan als Standpunkt für die Konferenz an, in allen andern Fragen, als denen der Abschaffung der Fremdrechte auf asiatischem Boden, auf unmittelbarer Erledigung zwischen China und Japan zu bestehen. Wir sehen den Gedanken einer südost-asiatischen Monroe-Lehre von Indien aus an die Wand gemalt!

Als Gegengabe stünde die chinesische Auffassung in Aussicht, daß bei allen Verhandlungen berücksichtigt werden müsse, daß Japan die einzige wirklich freie Nation in Asien sei, wie auch das einzige tatsächliche Hemmnis gegen eine Vergewaltigung Chinas von außen her. „Schwächung Japans bedeutet den schließlichen Zusammenbruch von China und des Restes von Asien; Zusammengehen von China und Japan allein kann die Emancipation von Asien herbeiführen." „Japan ist die Hoffnung von Asien!"

Und nun kommt das von La Bruyère so sehr beklagte „Herüberschlagen nach Europa". Das Organ der indischen Swaraj-Partei sagt weiter: „In Deutschland besteht eine starke Strömung, daß Deutschland die chinesischen Ansprüche auf wirtschaftliche und politische Freiheit unterstützen sollte, und ebenso die Abschaffung aller extra-territorialen Rechte. Einige deutsche Staatsmänner und die Mehrheit des deutschen Volkes (ob der Inder deren Kirchturmpolitik nicht zu hoch einschätzt?) sind der Meinung, daß Deutschland, Rußland und China eine gemeinsame Politik haben sollten, daß letzten Endes Deutschland, Rußland, Japan, China, Indien und noch andere asiatische Völker sich in einer Politik gegenseitiger Verständigung und Freundschaft finden müssen. Großbritannien befürchtet eine solche Politik von deutscher Seite und tut sein Möglichstes, um die gegenwärtige deutsche Regierung auf seine Seite herüberzuziehen, durch Unterstützung des sogenannten Sicherheitspaktes zwischen England, Frankreich, Belgien und Deutschland. Die augenblickliche deutsche Regierung spielt um anglo-amerikanische Unterstützung gegen Frankreich. Weitsichtigere deutsche Staatmänner sind für eine direkte wirtschaftliche Verständigung mit Frankreich, so daß eine deutsch-französische Wirtschafts-Kooperation ihre Ausdehnung durch den Orient über Rußland, China, Japan und Indien finden könnte. Trotz Deutschlands augenblicklicher Schwäche hängt also die ganze Zukunft des europäischen Macht-Gleichgewichts mit ihrer vollen Einwirkung auf Asien und Weltpolitik im wesentlichen an Deutschland" — so sagt man in Lahore!

„Japan sollte also noch viel sorgfältiger die deutsche Politik überwachen und sich um die deutsche Freundschaft bemühen. Deutschland

hat sich noch nicht schlüssig gemacht und weiß nicht, ob es für ein anglo-germanisches Einverständnis arbeiten soll, das den britischen Imperialismus in Asien und der übrigen Welt aufrechterhalten würde, oder ob es die Politik einer direkten Wirtschaftsverständigung mit Frankreich einschlagen solle, die mit einem französisch-deutsch-russisch-ostasiatischen Einvernehmen endigen könnte."

Wir haben uns mit den Anschauungen des rein vom indischen Swaraj-Standpunkt aus seine Figuren schiebenden Inders deshalb so eingehend beschäftigt, weil sie typisch für die Anschauungen der jung-indischen Intelligenz sind, die vielleicht schon in der nächsten Generation die Macht in der Hand hat; denn jetzt schon muß die Regierung des anglo-indischen Imperiums viel weiter gehende Rücksicht auf die Meinungen ihrer asiatischen Untertanen nehmen, als die Dominien einräumen wollen; d. h. die notwendige Kompromißlinie zwischen unmöglichen Excessen lähmt die Schlagkraft des britischen Reiches weit mehr, als man von außen sieht.

Wir rechnen deshalb auch noch mit der Schlußbemerkung von Das ab: „Seit dem Ende der Washington-Konferenz und dem Ablaufen des englisch-japanischen Bündnisses ist Japan in der Weltpolitik isoliert. England hat bei der Herbeiführung dieser furchtbaren Lage für Japan die Führung übernommen, ganz ebenso, wie es erfolgreich Deutschland isolierte und seine furchtbare Niederlage im Weltkrieg herbeiführte." (In der Schuldfrage sieht man also in Indien sehr ähnlich wie bei uns!) „Es ist nun Tatsache, daß Japan für den britischen Osthandel viel gefährlicher ist, als Deutschland vor dem Kriege war. Die Basis in Singapur und die neue Kreuzerpolitik der Admiralität, unter der Autorität von Männern wie Lloyd George und Ramsay Macdonald weitergeführt" (man sieht, alles Wegleugnen in Wahlreden hilft gegenüber Leuten mit gutem Gedächtnis nichts!) „ist in erster Linie gegen Japan gerichtet. Nun suchen die japanischen Staatsmänner nach Mitteln und Wegen, die Vereinzelungspolitik zu vereiteln, die ihr mächtiger und gerissener Rivale ausgeheckt hat. Japan sucht neue Macht-Gruppierungen, um seine Stellung zu stärken, und ist seit zwei Jahren sehr freundlich mit China und Rußland, um diese beiden riesigen Nachbarn mit ihrer Menschen-Machtfülle und ihren Rohstoffen nicht zu Feinden zu haben." „Das ist eine sehr weise Politik, aber Japan sollte dabei nicht stehen bleiben, sondern darüber hinaus weiterreichende freundschaftliche Beziehungen zu andern Völkern anbahnen, mit denen es keine Interessenkonflikte hat."

„Japanische und indische Staatsmänner sollten von nun an erwägen, ob nicht indo-japanische Freundschaft auf der Linie ihrer höchsten nationalen Zwecke läge. Wenn das indische Volk systematisch auf die Linie einer indo-japanischen Freundschaft drängt, und japanische Staatsmannskunst es dabei unterstützt, wäre das ein großer Vorteil nicht nur für Japan und Indien, sondern für ganz Asien und den Weltfrieden" (um den es sich natürlich dabei auf dieser Seite geradeso in erster Linie handeln soll wie auf der andern!). „Britische Staatsmänner könnten auf diese Weise gezwungen werden, die Politik der Isolierung Japans angesichts einer realen indo-japanischen Freundschaft aufzugeben. Britannien kann nicht Japan, China, Rußland oder irgend ein anderes Land in Asien bekämpfen, ohne sich Indiens zu bedienen. So hält Indien den Schlüssel für die Zukunft in Asien, wie Deutschland den Schlüssel für die Zukunft in Europa."

Man kann heute schon nicht mehr — wie noch 1919 — die großasiatischen Zukunftsziele mit Asiaten, mit ihren eigenen Rohstoffen und ihren eigenen Menschenmassen bekämpfen; das ist in der Tat die Grundverschiedenheit seit dem Ende des Weltkriegs, die Leute, wie La Bruyère gern auslöschen möchten, wozu ihnen unvorsichtige Bindungen Mitteleuropas helfen

könnten. Deshalb ist es so nötig, die schweizer Verhandlungen und ihre Auswirkung auch in indopazifischen Zusammenhängen zu sehen, und nie dürfte eine solche Bindung Mitteleuropas an veraltete Kolonialmethoden ohne Volksentscheidung durch Neuwahlen herbeigeführt werden und ohne vorherige gründliche Aufklärungsmöglichkeit der verantwortlichen Wählerschichten.

Wie sehr die indischen Eisenbahnen (immerhin das drittgrößte in sich geschlossene Liniennetz der Erde nach dem nordeurasiatischen und amerikanischen) dabei eine Rolle spielen, lehren zwei interessante Arbeiten über sie: Ram Niwas Poddar, „Bharat men rail path", Agra 1925, 428 S. Rp. 2, 8, und Dr. Günther Voigt: „Staat und Eisenbahnwesen in Britisch-Indien", Berlin, Springer 1925 Diss. — eine von uns im Lit.-Ber. eingehend gewürdigte, ausgezeichnete Zusammenfassung des indischen Bahnproblems. Voigt liefert vortreffliche Beiträge zu einer Geopolitik der indischen Eisenbahnen mit dem wichtigen Gegensatz eines außerindischen, erdteilfremden Ursprungs, seiner teilweisen Überwindung schon bei der Planung des indischen Eisenbahnnetzes durch Lord Dalhousie, und seiner nun reißend schnell zunehmenden Kontinentalisierung und Indisierung. Von welcher Seite her die Abschließung des indischen Eisenbahnsystems zuerst durchbrochen werden wird, ist ebenfalls eine der sorgfältig zu überwachenden Hauptfragen Asiens.

Im Zusammenhang damit ist von Wert, was Maurice Pernot im August 1925 von Teheran d. Journal d. Débats (4. 9. 25) schreibt: „Teuer bezahlte Erfahrung auf dem Wege zu seiner nach langer Bevormundung wieder erlangten Selbstbestimmung hat Persien dazu bewogen, die Mittel zu seinen Eisenbahnbauten nur aus eignen Kräften auftreiben zu wollen, und der sog. „nationalen" Bahnführung Enseli—Teheran—Muhammerah, vom Kaspisee bis zum Persischen Golf, den Vorzug vor den sog. „internationalen Schienenwegen" vom Nordwesten nach dem Südosten, vom Mittelmeer nach Indien, zu geben. Auch das ist ein Sieg der Sowjetpolitik, die in dem klugen Vertrag vom 26. 2. 1921 im Art. 10 Par. b die (mit französischem Geld gebaute!) Linie Julfa—Täbris, mit der Zweigbahn an den Urmia-See an Persien zurückgegeben hat, um in der Folge eine ganz vorzügliche Eisenbahnstellung für den Fall panasiatischer Zusammenarbeit zu gewinnen. Man braucht nur von Täbris einerseits und der zentralasiatischen Bahn Krasnowodsk—Kisil Arwat—Askabad andrerseits vorzuarbeiten, um — mit dem Hintergrund des nord-eurasischen Bahnnetzes — den Mächten am Persischen Golfe und ihrem Hauptölgebiet eben das zu bescheren, was die Persienpolitik Lord Curzons so großzügig zu vermeiden bemüht war. Die persische nationale Bahnentwicklung zielt wenigstens zunächst auf Ausschaltung von Bagdad und Basra, der Kriegslinie Bagdad—Khanikin, und der englischen und „internationalen" Pläne in Südpersien. Die von der persischen Volksvertretung genehmigte Sondersteuer von vier Millionen Toman für die Vorbereitung des Bahnbaues Enseli—Teheran—Mohammerah bedeutet immerhin einen Sieg eurasiatischer Bahnpolitik über westmächtliche, und wird durch eine suffisante französische Beleuchtung nicht verringert. Die höhere geopolitische Frage des Schicksals von Persien: geschlossenes Eigenleben oder Verkümmern als Durchgangsland wird tatsächlich zunächst durch die Anlage seines Bahnnetzes beantwortet werden, die geopolitischen Dauerwerten zum Sieg über vorübergehende politische Kombinationen verhilft. Eine solche künstliche, geopolitisch nicht zu rechtfertigende Konstruktion waren die anglorussischen Teilungsabkommen über Persien vor dem Weltkriege. Es sind also gerade vielfach Wiederherstellungen geopolitischer Grundforderungen im mittleren Osten wie in der chinesischen Frage, mit denen sich die Politik der Sowjets in Asien klug verbündet, denen die Eingriffe der kolonialen Raubmächte mit un-

logischen Entwicklungen entgegenstehen; sie bedingen auf die Dauer die Erfolge der einen und die Mißerfolge der andern politischen Systeme gegenüber der großräumigen Selbstbestimmungsbewegung des eurasiatischen Festlandes.

Einiger indischer Symptome haben wir noch verzeichnend zu gedenken: Gewiß gelang es an der indischen Nordwestgrenze, gerade so, wie ja auch in den Bergen der Drusen und des Rifs, durch rücksichtslose Anwendung der Kriegstechnik, namentlich der Flugstreitkräfte, einschüchternde Erfolge zu erzielen. Waziristan z. B. kann man aber wohl einschrecken, aber nicht auf die Dauer dazu bringen, daß eine starke und tapfere Bevölkerung sich in Räume einsperren läßt, die einfach nicht ausreichen, um sie menschenwürdig zu ernähren. Der Rückschlag von Bombardierungen gegen Weiber und Kinder in Gestalt einer tiefen Verbitterung und des Aufspringens des Gedankens an Repressalien von 320 Millionen Menschen in Gesamtindien gegen nicht ganz 200 000 Fremde ist schon vor zwei Jahren von Lord Chelmsford im britischen Oberhaus als verderbliche Folge der „Grenz-Ethik" gekennzeichnet worden, die durch Bombardierung von Weibern, Kindern und Herden Männer gefügig machen will.

Die Einteilung der indischen Landschaften, wie sie heute ist, kann vielfach als das Ergebnis außenpolitischer Willkür betrachtet werden, namentlich bei der Erwerbung der Landschaften durch die ostindische Kompagnie und die britische Vormacht geradezu im Gegensatz zu den geopolitischen Daseinsbedingungen vieler dieser Landschaften; sie wirkt sich nun zum Schaden des werdenden Ganzen aus.

So entstanden vor Jahren die Versuche, die natürliche Einheit der Provinz Bengalen zu zerreißen, und so erklären sich jetzt die Versuche zu einer bessern Neueinteilung der Provinz Bombay und einer günstigeren Bewältigung des Großstadtproblems ihrer Hauptstadt. Mit Recht wird das Gesamtgefüge der Provinz Bombay als geographisch und ethnographisch unhaltbar bezeichnet, und der Nationalkongreß hat deshalb auch die Einteilung in die fünf Landschaften Sind, Gujerat, Mahrashtra, Kanara und Bombay-City vorgenommen. Aber auch sonst ist die innere Struktur Indiens sehr der Reform bedürftig, und es ist unmöglich, sie ohne die Zustimmung der Beherrschten praktisch brauchbar durchzuführen.

Welche Schwierigkeiten dabei zu überwinden sind, zeigt die der Einfügung einer religiöspolitischen Gemeinschaft, wie die der Sikhs, in einen weiten Landraum wie das Penjab. Man hat versucht, ihre religiösen Stiftungen und ihren Grundbesitz einer ganz bestimmten Richtung zuzuteilen, aber mit dem Ergebnis allgemeiner Unzufriedenheit. Dennoch versuchte die sog. Gurdwara-Gesetzgebung redlichen Sinnes, der Sikh-Gemeinschaft eine ganz demokratische Selbstverwaltungsform zu geben, während sie eigentlich ihrer Natur nach auf straffe Führung eingestellt ist, eine Art Kirchenfürstentum, die ihr in den Penjablandschaften, in denen 40 % aller Sikhs leben, natürlich weder der englische Vizekönig noch der Gouverneur des Penjab, überhaupt kein Nicht-Sikh geben kann. Tatsächlich hängt aber an der Regelung der Sikh-Frage — die bei dem argwöhnischen Freiheitsbedürfnis der kriegerischen Religionsgemeinschaft von außen her fast unmöglich ist — der innere Friede der wichtigsten indischen Kern- und Schicksalslandschaft. An dieser Befriedigung hängt auch die Verfügung über gewaltige, leicht für indisch-nationale Zwecke erschließbare Geldmittel.

Als das Ende einer Epoche wird auch (Times of India, 4. 7. 25) mit Recht der Heimfall der ersten großen privatkapitalistischen indischen Eisenbahn (G. I. P.) an den Staat bezeichnet. Ein indisches Staatsbahnsystem wird auf die Dauer ein unmöglicher Gegensatz zu der ganzen britischen Auffassung von privatem Unternehmertum und seinen kolonialen Rechten sein. Einst galt die vorbeugende Weisheit der Er-

oberer, durch die Erfahrung der „Meuterei" erhärtet: Kein Farbiger am Geschütz und auf der Lokomotive. Nun ist die Luftverteidigung eines der letzten Reservate. Man ließ im Frühjahr über dem indischen Parlament die Flieger warnend kreisen, und die Luftstreitkräfte haben an der Nordwestgrenze, in Wazsiristan, bei den Mohmandjis ihre Wunder gewirkt. Aber gegenüber den 72 indischen Flugzeugen in sechs Geschwadern verfügte Afghanistan schon 1925 über fast ein Dutzend. Siam, dessen Leute sich als Flieger anstellig zeigen, ist durch französische Freundlichkeit mit 250—300 guten Maschinen ausgestattet. Daß man von Japan in sechs Tagen gut nach Paris fliegen kann, ist eben erst bewiesen worden; von Moskau nach Peschawar ist es noch viel näher. Darum ließ man vorbeugend und warnend die Flieger über Delhi, der Kontinentalhauptstadt Indiens, kreisen! Wenn aber erst die Inder im Flugzeug sitzen — was dann?

O. MAULL: BERICHTERSTATTUNG AUS DER AMERIKANISCHEN WELT

Im Augenblick deuten sich klarer als vorher einige intra- und interkontinentale Querverbindungen an — europäischer Pakt, deutschrussischer Handelsvertrag, die zur Zeit noch wenig übersichtliche Verzahnung der russischchinesischen Interessen, das Vortasten Rußlands nach der Union hin, Panamerika. Sie verdienen, weil es vorbeugende, die Kräfte ordnende und abschätzende Maßnahmen sind, ebenso vollste Beachtung wie die großen bekannten Weltgegensätze. Abgesehen von den mehrfach erörterten panamerikanischen Verknüpfungen scheinen die Beziehungen der Vereinigten Staaten von Amerika zu Asien die wichtigsten im Rahmen der großen Wirtschaftsraumpolitik der Union zu sein; und mehr denn je besteht heute die Aussicht, daß das Verhältnis der Union zu Rußland endlich eine Klärung erfährt und die erstere ihre Politik des Nichtbeachtens aufgibt. Der unverkennbare politische Sieg, den Japan mit der russisch-japanischen Annäherung durch die Festigung seiner Interessenssphäre in Sachalin und Ostsibirien über Amerika errungen hat, wird gemeinsam mit der Kritik der Wirtschaftsbilanz der amerikauischen Bemühungen während des letzten halben Jahres auf dem ostasiatischen Markt notwendigerweise zu einer Neuorientierung drängen. Denn im ganzen haben sich die Handelsbeziehungen der Union im ersten Halbjahr 1925 gegenüber der gleichen Zeitspanne 1924 gebessert. 1924 belief sich während der ersten sechs Monate die Einfuhr auf 1851 Mill. $, die Ausfuhr auf 2090 Mill. $, 1925 die Einfuhr auf 2067 Mill. $, die Ausfuhr auf 2359 Mill. $. Der Ausfuhrüberschuß ist dementsprechend von 1924 bis 1925 von 239 auf 292 Mill. $ gestiegen. Dieser Ausfuhrüberschuß wird vornehmlich durch den Handel mit Europa (1925 E.: 593, A.: 1251 Mill. $; Ausfuhrüberschuß 1924 536, 1925 676 Mill. $), besonders mit England, aber auch mit Deutschland getragen. Ebenso liefert die Union an Kanada mehr als sie von dort bezieht; und der Einfuhrüberschuß im Handel mit Lateinamerika ist geringer geworden (1924 betrug er 228, 1925 132 Mill. $). Amerika gewinnt auch hier, besonders in Westindien und in Argentinien (1924 bzw. 1925 E.; 43 bzw. 47, A.: 53 bzw. 71 Mill. $), den Markt. Gegenüber dieser Grundzüge der nordamerikanischen Außenhandelsstruktur bildet der Handel mit dem im Gesamtbilde kaum bedeutungsvollen Afrika (1925 E.: 56, A.: 42 Mill. $) und vor allem

der mit Ostasien recht empfindliche Ausnahmen. Während die Vereinigten Staaten 1924 in Ostasien für 504 Mill. $ kauften und nur für 354 Mill. $ dorthin lieferten, der Einfuhrüberschuß also 150 Mill. $ betrug, stieg die Einfuhr aus Ostasien 1925 auf 636 Mill. $, die Ausfuhr dahin sank auf 307 Mill. $, und der Einfuhrüberschuß belief sich dementsprechend auf mehr als das Doppelte des Vorjahres, auf 329 Mill. $. Dabei hat sich der Einfuhrüberschuß Japans fast verdreifacht; er betrug 1934 21, 1925 59 Mill. $. Die Union läuft Gefahr, in Ostasien immer mehr ihre Position auf dem dortigen Markt einzubüßen und damit auch an politischer Geltung zu verlieren. Es ist darum nicht so ganz unwahrscheinlich, daß die Vereinigten Staaten heute in die von Rußland ausgestreckte Hand einschlagen werden, und daß sie zur Zeit alles Interesse daran haben, ihre Beziehungen zu Rußland zu klären.

Dieser sich dauernd steigernde Außenhandel der Vereinigten Staaten basiert vornehmlich in seinem Export auf großen privaten Auslandsinvestierungen seit dem Kriege und auf den riesigen Regierungsanleihen während und nach dem Kriege. Man darf sich keinen Augenblick darüber im Unklaren sein, daß auch dieser staunenswerte Hochstand der Wirtschaftsstellung doch letzten Endes ein Produkt der anormalen Kriegsverhältnisse ist. Seine Überführung in eine stabile Lage ist ungeheuer reich an ungelösten Fragen. Europa kaufte mehr als die Hälfte der amerikanischen Ausfuhr. An seinem wirtschaftlichen Wiederaufbau haben in hohem Maße die amerikanischen Anleihen mitgewirkt; eine Stabilisierung der europäischen Kaufkraft vermag aber unter dem gleichzeitigen Druck der Schuldenrückzahlungen und Reparationsleistungen nur unter dem Schutze hoher Zölle erzielt werden. Europäische Schutzzollmauern, freilich noch mehr eine weiterschreitende Zerrüttung der europäischen Wirtschafts- und Kaufkraft werden den Zustrom amerikanischer Produkte nach Europa hemmen. Anderweitig wird ein wirtschaftlich erstarkendes Europa einen Markt in Amerika verlangen, und außerdem wird Amerika die Rückzahlung der europäischen Schulden bis zu einem sehr erheblichen Teile in europäischen Industrieprodukten erwarten müssen. Umgekehrt würde eine Sperrung Amerikas durch hohe Zollgrenzen, die von einer ganzen Reihe von Industrien immer dringender gefordert wird, sowohl die Wiedererstarkung der Wirtschaft Europas, dessen Kaufkraft und damit aber auch die Vermehrung des amerikanischen nationalen Einkommens durch die Schuldenrückzahlungen unterbinden. So darf die wirtschaftliche Weltstellung Amerikas, obwohl die allgemeine Wirtschaftslage der Vereinigten Staaten als eine durchaus stabile angesehen werden muß, keineswegs als problemlos gelten.

Immer mehr basiert diese Wirtschaftsstellung infolge der Umbildung der inneren Wirtschaftsstruktur auf der Industrie. Denn zur Zeit macht die in der Landwirtschaft tätige Bevölkerung einschließlich ihrer Familienglieder nur mehr 31 Millionen Menschen von einer Gesamtbevölkerung von 115 Millionen aus; und in den Jahren von 1922 bis 1924 sind über 6 Millionen Menschen von der Landwirtschaft in die Städte abgewandert. Wenn auch diese Abwanderungen sowohl durch die große Geburtenzahl der Landbevölkerung wie durch Zuwanderung von den Städten bis auf wenig mehr als eine Million ausgeglichen ist, so ist bei dieser Art der Verschiebungen doch kein dauernder Ausgleich der Landflucht gewährleistet. Diese Umbildung im Inneren wird bedingt durch die Entwicklung der Weltmarktverhältnisse für die amerikanischen Agrarprodukte, die immer mehr unter der Konkurrenz Kanadas, Südamerikas, Australiens und neuerdings auch wieder Osteuropas zu leiden haben; denn diese Wettbewerber vermögen billiger zu erzeugen und rauben damit Amerika dauernd Absatzgebiete. Eine Gesundung der inneren Wirtschaftsverhältnisse muß darum in der Land-

wirtschaft einen Ausgleich in den Produktions- und Konsumtionsverhältnissen anstreben. Die schlechten Ernteverhältnisse des letzten Jahres haben diesen Ausgleich nahezu gefunden und damit zu einer Entspannung innerhalb der Landwirtschaft geführt, auf der seit 1920 der Druck schwieriger Absatzverhältnisse lastete; und auch die Meldungen relativ schlechter Getreideernten in diesem Jahre dürfte noch eine ähnliche Entlastung bedeuten, mit der aber nicht auf die Dauer gerechnet werden kann.

Trotz der friedlichen Beilegung des amerikanisch-mexikanischen Zwischenfalls sind die Beziehungen zwischen der Union und Mexiko auch heute nicht als normal zu bezeichnen und die gesamte Wirtschaftslage des Landes leidet noch recht unter den Folgen des Konflikts. Denn geblieben sind nach wie vor die Anlässe zu dem Streit; waren sie ja in einer nationalistisch orientierten Sozialreform gegeben, die sich vornehmlich gegen die Überfremdung Mexikos durch ausländisches Kapital richtet. Da Mexiko von den Grundsätzen dieser Sozialreform, die an sich der vereinsstaatlichen Auffassung recht wesensfremd ist, nicht abzuweichen gedenkt, ist die Zurückhaltung des amerikanischen Kapitals nur zu selbstverständlich. Eine empfindliche Ebbe in vielen Zweigen des wirtschaftlichen Lebens ist die derzeitige Folgeerscheinung.

In Südamerika verdient im Augenblick Brasilien die größte Beachtung. Im beginnenden Wahlkampf um den kommenden Präsidenten spiegeln sich die einzelnen Züge der bekannten Wirtschaftskrise und die Versuche zu ihrer Lösung. Und in den beiden Männern, die die Wahlpropaganda nennt, Washington Luiz, dem früheren Staatspräsidenten von São Paulo, und Mello Vianna, dem Präsidenten von Minas Geraes, sind die beiden wesentlichsten wirtschaftspolitischen Richtungen verkörpert, die das Wohl des brasilianischen Staates sicherzustellen gedenken. Washington Luiz steht im ganzen den Pflanzern und den Großindustriellen nahe. Ihre Staatsraison sieht in der Inflation, Mehrung des Papiergeldumlaufs, die dem herrschenden Mangel an Zahlungsmitteln abhelfen soll, das Heil des Staates, weil dieser Weg zur Verbilligung der Löhne führt, die Konkurrenzfähigkeit, freilich auf Kosten der Arbeiter, erhöht. Gegenüber dieser Paulistaner Richtung sieht die von Minas Geraes in der Inflation und dem daraus folgenden niedrigen Kurs, der zwar Handel, Industrie und Landwirtschaft zu befriedigen vermag, den Grund des augenblicklichen Tiefstandes der Staats- und Volkswirtschaft. Allein bevor Arthur Bernardes seinem Nachfolger den Platz räumt, sucht er, eine die Staatsstruktur recht gut beleuchtende Verfassungsreform durchzuführen. Die gegenwärtige Verfassung, die aus dem Jahre 1891 stammt, trägt in wichtigen Punkten die Züge eines kontinentgroßen, jungen Kolonialstaates, in dem sich die einzelnen Landesteile, oder besser sogar, Länder als recht wesensfremd einander gegenüberstehen. Wird dieser geographische Grundzug auf die Einzelstaaten des brasilianischen Staatenbundes übertragen, so erklärt sich damit die weitgehende Autonomie, die die alte Verfassung für die Einzelstaaten vorsieht, aufs beste. Wie Ägypten die Staatsnotwendigkeiten Finnlands niemals ganz zu verstehen vermag, so wird es immer schwer fallen, daß São Paulo oder Rio de Janeiro die Sorgen und Wünsche von Pará und Amazonas begreift, Nord und Süd sind und bleiben in Brasilien die großen Gegensätze, und die Antithese von außen und innen kommt dazu. Noch längst ist kein Anlaß, diesen doppelten fundamentalen Dualismus für überwunden zu erklären, wenn er auch in mancher Weise — durch bessere Verkehrsverbindungen, aber auch durch geistige Erschließungsarbeit — als gemildert angesehen werden kann. Einer Aufhebung einer weitgehenden Autonomie werden sich darum immer die tatsächlichen Verhältnisse entgegenstemmen. Ganz anders muß freilich die Frage beantwortet werden, ob Brasilien nicht gerade infolge dieser

recht heterogenen Staatsstruktur einen stärkeren Zusammenschluß braucht, und ob nicht im Sinne eines Staatsziels eine schärfere Zentralisation Brasiliens in eine neue Verfassung aufgenommen werden solle. Notwendigerweise muß eine solche Zentralisation auf eine Stärkung der Zentralgewalt des Bundespräsidenten, des Bundes gegenüber den Einzelstaaten hinauslaufen. Im ganzen ist dieser Verfassungsvorschlag nichts anderes als ein Einzelakt in dem Kampfe zwischen Zentralismus und Regionalismus, der in Brasilien in gar vielfältiger Weise in Erscheinung tritt. Ganz anders steht es mit einer zweiten einschneidenden Bestimmung. In vollem Widerspruch zu der liberalen Gestaltung des Fremdenrechts im Sinne der alten Verfassung soll es dem Bundespräsidenten anheimgestellt sein, Fremde, die der sozialen Ordnung oder der Republik schädlich sind, auszuweisen. Dieser Vorschlag ist nichts anderes als ein in der Revolutionszeit geborener, zugleich von der nationalistischen Welle getragener Gedanke, der eine gewisse Fremdenfeindlichkeit nicht zu verbergen vermag. Ein in höchstem Grade auf Einwanderung wie Brasilien angewiesenes Land sollte sich solcher fremdenfeindlichen Gebärden enthalten. Seine Hauptsorge muß sein, die Ausfuhr, die heute fast ganz und gar vom Kaffee bestritten wird und von den anderen Kaffeeproduzenten empfindlich bedroht wird, sicherzustellen. Allein auch die politische Ruhe im Lande ist immer noch nicht wieder ganz hergestellt, und bevor das neue Regime begonnen hat, wird auch kaum mit einer völligen Beruhigung der Gemüter gerechnet werden können; auch dann wird die Lage im Innern sehr von dem Ausfall der Wahl abhängen. Daß noch hie und da Andeutungen von revolutionären Plänen und Vorbereitungen durch die Presse gehen, besagt nicht viel. Schon auffälliger ist die Beobachtung, daß im Umkreise des alten revolutionären Herdes von Rio Grande do Sul noch kleine politische Beben vorkommen. So kam anfangs Oktober die Meldung, daß der Revolutionär Honorio Lemos mit 300 Mann gegen die brasilianische Grenzstadt Santa Anna do Livre Monte marschiert, um den Staat Rio Grande do Sul zu überrumpeln. Uruguay hat sofort Maßnahmen zur Neutralisierung der Grenze getroffen, und Brasilien scheint die Abwehr vollkommen gelungen zu sein. Solche kleinen Erschütterungen sind in keiner Weise Vorgänge von wirklicher Bedeutung; und doch stellen sie wichtige Kriterien für die Beurteilung der Gesamtlage dar. Denn sie geben eine klarere Vorstellung von den sich im Untergrund regenden Kräften, die hier einmal aus dem Bereich lediglich theoretischer Erfassung heraustreten und sich unzweideutiger Beobachtung darbieten.

So ist auch die militärische Besetzung Panamas durch die Amerikaner, um dortige Unruhen im Keim zu ersticken, zu bewerten. Panama wird allgemein als einer der fundamentalen Stützpunkte der nordamerikanischen Raumpolitik im amerikanischen Mittelmeergebiet betrachtet. Solche an sich nebensächlichen Äußerungen bieten aber immerhin die Probe auf die richtige Lösung des geopolitischen Exempels.

Ähnlich wie in Brasilien ist auch in Chile die vollkommene Ruhe noch nicht wieder erlangt, immerhin dürfte inzwischen der Kampf um die künftige Verfassung einige weitere wichtige Etappen erreicht haben, über die aber zur Zeit noch keine Klarheit gewonnen ist. Nahe bevor steht der Volksentscheid über Tacna und Arica. Von Wichtigkeit für das ganze Wirtschafts- und Staatsleben ist die Mission des Nordamerikaners Kemmerer, der die Aufgabe zugefallen ist, die Finanzen des Staates zu ordnen und vor allem auch ein Gutachten für eine Zentralnotenbank, Banco Central de Chile, auszuarbeiten. Kemmerer hat die gleiche Mission der Ordnung der Staatsfinanzen in Kolumbien erfüllt, das sich auf Grund dieser Klärungen zu einem großzügigen Ausbau seines Verkehrsnetzes entschlossen hat; und er wird vor der Lösung der gleichen Aufgabe in Ecuador stehen.

H. LAUTENSACH:
LITERATURBERICHT ÜBER WERKE ERDUMSPANNENDEN UND SYSTEMATISCHEN INHALTS

Freie Wege vergleichender Erdkunde. Erich von Drygalski zum 60. Geburtstage am 9. Februar 1925 gewidmet von seinen Schülern. (386 Seiten, 9 Tafeln, 3 Karten.) München und Berlin 1925. R. Oldenbourg.

Wir haben in den letzten Jahren eine hocherfreulich große Zahl von Jubiläen feiern können, und nicht wenige unter ihnen bereicherten die Wissenschaft durch eine Veröffentlichung zu Ehren des Jubilars. Beschränkte sich die Festgabe zu Ehren Siegers auf die Geographie der deutschen Alpen, die Heiderichs auf das Wiener Becken, die Hettners auf länderkundliche Darstellungen, so umspannt der Festband zu v. Drygalskis 60. Geburtstag gleich der Ehrengabe für Penck das Gesamtbereich der Geographie mit 22 gediegenen Arbeiten, die von der Vielseitigkeit des gefeierten Lehrers und von treuer Anhänglichkeit alter und junger Schüler beredt Zeugnis geben. In keiner der bisher erschienenen Festschriften aber treten geopolitische Gesichtspunkte häufiger in den Vordergrund als in dieser. Ich möchte darin doch mehr als eine Modeströmung sehen, in welchem Sinne man die Beschäftigung mit Geopolitik heute da und dort gewertet findet! Als erster gibt G. W. v. Zahn einen Überblick über das, was sich zur Zeit über den „Einfluß der Küsten auf die Völker" zusammenfassend sagen läßt. Es folgt O. Maull mit einem bedeutsamen programmatischen Aufsatz: „Zur Geographie der Kulturlandschaft". M. definiert die Kulturlandschaft als den unter dem Einfluß der Kulturkräfte aus der Naturlandschaft geschaffenen, in Wohn-, Wirtschafts- und Verkehrsraum gegliederten Lebensraum des Menschen und betont die Notwendigkeit ihrer synthetischen Erfassung. Die Umbildungsvorgänge, die sich durch die Kulturkräfte an der Naturlandschaft vollziehen, skizziert er an den Beispielen der großen natürlichen Vegetationstypen (tropischer Regenwald usw.). A. Burchard behandelt „Die wirtschaftsgeographische Stellung des Thüringer Landes in seiner mitteldeutschen Umgebung". Ausgehend von A. Webers Definition des industriellen Standortfaktors zeigt er, daß heute nur noch ein sehr geringer Teil der Thüringer Industrie rohstoffständig ist. Größer ist schon die Kraftstoff- und Verkehrsständigkeit, ausschlaggebend aber meist die Arbeitsständigkeit. „Die Entwicklung des nordwestlichen Thüringer Waldes zur Kulturlandschaft" stellt N. Creutzburg in feingegliederter historischer Folge und mit geschickter Umreißung des physiognomisch Wesentlichen dar. Unter Benutzung der vierbändigen „Geschichte und Beschreibung des Herzogtums Gotha" von J. G. A. Galletti (Gotha 1779/81) hätte sich die Auffassung vom landschaftlichen Werdegang im 18. Jahrhundert noch vertiefen lassen. Die Studie von E. Fels: „Der Ölbaum in Griechenland und seine wirtschaftliche Bedeutung" geht in flüssiger Sprache auf alle Seiten der griechischen Ölbaumkultur ein und würdigt das bisher meist viel zu wenig betonte Hervortreten der Haine zahmer Ölbäume im Landschaftsbild. K. Haushofer widmet eine methodische Betrachtung: „Politische Erdkunde und Geopolitik". Er bezeichnet als eine der schwierigsten, aber auch dankbarsten Aufgaben der Erdkunde „die, als stärkster Träger allgemeiner Bildung unserer spezialisierten Zeit eine Übersicht über das Gesamtgebäude der Kultur

auf der kulturverändernden Erdoberfläche zu vermitteln, das Weltbild als Ganzes aufzureißen, und zwar nicht als atomisiertes Nebeneinander, sondern als Kosmos, im Zusammenhang der Gesamtheit seiner Lebensformen". Von diesem hohen Gesichtspunkt ausgehend, betont er die engen Bindungen zwischen Geopolitik und politischer Geographie und die Bedeutung der Geopolitik als einer Kunstlehre. Er skizziert neun Gruppen von geopolitischen Aufgaben. Zur letzten Gruppe gehört die Schaffung eines die ganze Erde umspannenden geopolitischen Standwerkes, das auf landeskundlichem Boden aufgebaut ist. H. Rüdiger bringt einen Beitrag „Zur politischen Geographie der deutschen Minderheiten". Wertvoll ist sicher die Einführung des Begriffs der völkischen Minderheit in die Geographie, aber ich glaube doch, daß die Einteilung der Nichtreichsdeutschen in Grenzdeutsche und Auslandsdeutsche, die auf Fittbogen zurückgeht, für die politische Geographie fruchtbringender ist. Denn in ihr kommt die Lage zum reichsdeutschen Kern zum Ausdruck: Das politische Ziel ersterer kann der Anschluß ans Reich, das der letzteren höchstens eine irgendwie geartete Autonomie im Rahmen eines andern Staats, etwa nach Art der Wolgadeutschen, sein (vgl. dazu die unten besprochene Pol. Geogr. von O. Maull, S. 382). In seinem flottgeschriebenen Beitrag: „Politisch-geographische Betrachtungen über die Iberische Halbinsel" stellt O. Jessen einen interessanten Vergleich zwischen Spanien-Portugal und Deutschland-Niederlande an. Die Möglichkeit der baldigen Verwirklichung der paniberischen, auf eine Wiedervereinigung von Spanien und Portugal gerichteten Bestrebungen beurteilt er aus einer klaren Analyse der beiderseitigen Landes- und Wirtschaftsnatur heraus sehr skeptisch. Anschließend gibt O. v. Niedermayer eine Übersicht über „Die geopolitischen Grundlagen des eurasiatisch-afrikanischen Übergangserdraumes". J. März kommt in seiner Studie: „Geopolitische Probleme am Persischen Golf" zu dem Ergebnis: „Der Golf, als Verkehrsvermittler zwischen West und Ost, als Teiler zwischen Hochland und Wüstengebiet, unterliegt einem Raumgesetz: er ist eine unteilbare Einheit. Wer sich an ihm festsetzt, strebt ihn ganz zu erfüllen, seinen Ausgang wie auch den Übergang zum Zweistromland in seine Hand zu bekommen; wer an seine Küste herantritt, will auch an die Gegenküste übergreifen." „Die geopolitische Struktur Mesopotamiens", die Fr. Hesse zeichnet, gründet sich auf die morphologische Dreigliederung in die aus Kreidekalk und Basalt aufgebauten Plateauflächen der Jesire, in die langgestreckten Gebirgszonen des Nord- und Ostsaumes mit ihren meist von eckigem Schutt, selten von feinem Schlamm erfüllten Becken- und Tallandschaften und in die rezente Anschwemmungsebene des Irak. Die Verkehrsfeindlichkeit aller drei Teile hat die Zerreißung Mesopotamiens in kleine und kleinste Sonderlandschaften zur Folge, und seine innere Fähigkeit reichte daher über die meist engräumigen und kurzlebigen Staatenbildungen des frühen Altertums nicht hinaus. Um so größer die politische Gefahr, die Mesopotamien aus seiner Brückenlage im Orient immer wieder im Laufe der Geschichte erwachsen ist. C. H. Pollog folgt mit einer Behandlung der „Frage der doppelten jährlichen Temperaturkurve in den Tropen". Die doppelte Kurve ist bekanntlich eine Folge des zweimaligen Maximums der täglichen Einstrahlungssummen. Auf den Meeren ist sie deshalb wenig ausgeprägt, weil die Jahresamplitude dort ja an sich überaus gering ist und die doppelte Jahresperiodizität daher leicht durch andere Einflüsse überdeckt wird. „Entwicklungsgänge morphologischer Forschung in den Alpen" betitelt sich der Beitrag des inzwischen in voller Jugendkraft dahingegangenen Innsbrucker Geologen und Morphologen H. v. Wolf. Eine hervorragend fleißige Darstellung der verschiedenen

Auffassungen, die über die Wirksamkeit des strömenden Gletscher der Eiszeiten und die Entstehung der alpinen Talformen in den letzten 15 Jahren geäußert worden sind. Allerdings ist mehr das Trennende als das Verbindende der einzelnen Ergebnisse betont; ganz so groß, wie es dem Leser nach dieser Darstellung erscheinen muß, ist die Divergenz der Auffassungen meiner Überzeugung nach auf diesem Gebiete doch nicht! L. Distel entwickelt darauf in einer ganz kurzen Darlegung den Unterschied der Begriffe „Bergschrund und Randkluft". E. Martin schildert „Bodenflußerscheinungen im Frankenwald und im Vogtland", die er für diluvial hält; aber die Beweise für diese Altersbestimmung fehlen. Eine besonders sinnige Gabe bietet Fr. Leyden mit seinem Aufsatz: „Die Gegend um Drygallen". Wurde doch 1798 J. Chr. Drygalski, Herr auf Drygallen, in den erblichen Adelsstand erhoben. Die Gegend um Drygallen, das ist das Land Masuren in Ostpreußen, mit dessen Seebecken sich diese Skizze befaßt. Einen kurzen landeskundlichen Abriß, betitelt „Beiträge zur Kenntnis Armeniens" liefert U. Frey. Auf sehr gründlichem Literaturstudium beruht die ausführliche, gediegene, hydrographische Arbeit von P. Fickeler über „Das Ob-Irtysch-System". Interessant ist die Einführung der Bezeichnungen „Kälte-" und „Wärmeschalter" für eingeschaltete Seen, die auf das Stromwasser abkühlend oder erwärmend wirken. Aus dem Vergleich beider Ströme ergibt sich, daß der Ob mit Recht als Hauptstrom angesehen wird, obwohl der Irtysch ihn an Länge übertrifft. C. Rathjens berichtet über „Neuere Anschauungen über den geologischen Bau der Colonia Exitrea". Einer der hervorragendsten Beiträge ist der von K. Troll: „Ozeanische Züge im Pflanzenkleid Mitteleuropas". In der mit zehn Verbreitungsskizzen ausgestatteten Abhandlung untersucht Troll, wie sich ozeanische und kontinentale Züge im europäischen Pflanzenkleid gegenseitig durchdringen und verzahnen, und wie sie dabei von den klimatischen und Bodeneinflüssen beherrscht werden. Er gliedert das ozeanische Pflanzenkleid Mittel-, West-, Nord- und Südeuropas in eine atlantische, eine atlantisch-mediterren-montane und eine atlantisch-subarktische Gruppe, und unterscheidet in jeder von ihnen eine euozeanische und eine subozeanische Untergruppe. In seinen „Beiträgen zur geographischen Erfassung der alpinen Pflanzendecke aus Karwendel und Schieferbergen" setzt L. Koegel die in den Ammergauer Bergen begonnenen Studien über die vegetativen Höhengrenzen in den deutschen Alpen fort. Den Beschluß bildet eine schulmethodische Arbeit von Th. Langenmaier: „Die Reform des Geographie-Unterrichts im Sinne der Willensbildung".

Haushofer, K.: Geopolitik des Pazifischen Ozeans. 8⁰, 453 Seiten, 9 Abbildungen, 7 Tafeln. Kurt Vowinckel-Verlag, Berlin-Grunewald 1924. Gebunden M. 15,—.

Dieses Buch handelt von der größten natürlichen Einheit, die die Erdoberfläche trägt, von dem Meer, das Menschenwitz „Mar Pacifico" nannte, „obwohl es die Zugstraßen der furchtbarsten Drehstürme mit den größten bisher gemessenen Windgeschwindigkeiten der Erde (54 m/sec) umschließt, seine Flutwellen 14 m hoch und viele Tausende von Kilometern weit von Arica und Iquique in die Sundainseln und an Japans Küsten wirft, an brandenden Ufern blühende Millionenstädte zerschlägt und die Glutwolken seiner Vulkane leuchtend in jagender Hast um den Erdball sendet!" Es ist neben Schotts „Geographie des Atlantischen Ozeans" die einzige bisher existierende monographische Behandlung einer Meeresgroßlandschaft und die erste politische Ozeanographie überhaupt. Es dürfte wenige geben, die über das gewaltige präsente physisch-geographische, anthropogeo-

graphische, historische, ethnographische und vorgeschichtliche Wissen verfügen, das unumgängig nötig ist, um ein derartig riesiges und sprödes Neuland zu roden. Haushofer besitzt solches Wissen und türmt auf diesem Neuland ein monumentales Gebäude, während er nur Bausteine herbeizutragen meint. Dieses Gebäude enthält eine stattliche Anzahl von Räumen, durch die wir mit sicherer Hand hindurchgeführt werden, und alle sind überreich an Inhalt, viel reicher, als der Umfang des aufgeführten Baues von außen ahnen läßt. Aber oft, gar zu oft, blitzt es nur für einen Augenblick irgendwo auf, interessiert will man aufmerken, das Unbestimmte fassen. aber schon drängt ein Neues. Und manche Nebengelasse sind nur für die hellsehenden Augen eines Mannes wie Haushofer licht, wir anderen mit oft recht mangelnden Kenntnissen über pazifische Geschichte, Soziologie und Völkerkunde tappen mitunter da im Dunkeln, wo wir gern vonseiten unseres Führers den Vorhang weiter zurückgeschlagen sähen, an Stellen etwa wie der folgenden: „Und gerade die Südsee sandte durch Fernwirkung eine der berühmtesten ‚Blasen' der gesamten Handels-Geographie und -Geschichte an die Oberfläche einer grundverdorbenen Schieberzeit durch den sogenannten ‚South-Sea-Bubble' — eine Rache des zum Raubbau mißbrauchten Pazifik an seinen Ausbeutern." So wird es uns nicht überall leicht gemacht, der ungemein feinsinnigen Führung durch diese oft nur intuitiv erfaßten und tief einfühlend geahnten, blitzartig in ihrer Gestalt wechselnden Zusammenhänge zu folgen.

Als „Studien über die Wechselbeziehungen zwischen Geographie und Geschichte" bezeichnet Haushofer sein Werk im Untertitel, unter beabsichtigter Anlehnung an die Benennung des ersten Bandes der Anthropogeographie des von ihm hoch verehrten Ratzel. In der Art, die Probleme anzufassen und darzustellen, besteht zwischen beiden Autoren eine Ähnlichkeit, die ihre tiefen Wurzeln hat. Aber in Stoffwahl und Zielsetzung existieren doch sehr wesentliche Unterschiede. Ratzel schloß genau zehn Jahre vor dem Beginn des furchtbaren Erlebens, das dem deutschen Volke beschieden war, die Augen. Haushofers Werk erscheint reichlich zehn Jahre naeh diesem Wendepunkt im deutschen Dasein. Überall steht hinter ihm erschütternd aber auch ermannend das deutsche Schicksal. Haushofer will mit seinem Buche dem deutschen Volk zu seinem Teil den politischen Blick in die Weite der großen Erdräume vermitteln helfen, der vor dem Weltkrieg fast völlig fehlte, und dessen Pflege in unserer jetzigen Abschließung von weltweiter Betätigung um so schwieriger ist, den es aber unbedingt erwerben muß, wenn es an einen späteren neuen Aufstieg denken will: „Aufgabe und Ziel der Geopolitik — der wissenschaftlichen Unterlage zur Kunst des politischen Handelns im Daseinsringen der staatlichen Lebensformen um Lebensraum auf der Erde — wird es sein, die von der Erdoberfläche bestimmten Grundzüge, die einzig dauernden in diesem Ringen, zu erkennen, aus der empirischen Anwendung zur gesetzmäßig beherrschten vorzudringen." Es ist Haushofer daher im Gegensatz zu Ratzel aus dieser Auffassung der Geopolitik als Kunstlehre heraus weniger darum zu tun, die raumgebundenen politischen Erscheinungen der Erdoberfläche mit universellem, typisierendem Blick zu sehen als die praktischen Folgerungen aus der Vertiefung in die Einzelräume zu ziehen. Gewiß leuchtet im Buch über den pazifischen Ozean das Raumbild der ganzen Erde überall und immer wieder auf, aber es spiegelt sich nicht in sich selbst, sondern ausschließlich in der Oberfläche des größten Weltmeeres.

In allen pazifischen, d. h. mit ihrer Entstehung in ihrer natürlichen Landschaft ausschließlich am Großen Ozean verwurzelten staatlichen Gebilden steckt ein zentripetaler, zur höchsten Auswirtschaftung des eigenen Lebensraumes, zu Autarkie und Abschließung



führender Zug, im Gegensatz zu den expansiven, zentrifugalen, unruhigen und überfließenden Neigungen der atlantischen und innereurasischen Welt. Eng mit diesem verbunden ist eine „Abneigung gegen extreme, rein gewaltsame Lösungen, fühlbare, sichtbare Strafe für Vergewaltigung der ausgleichenden Natur dieses größten Seeraums, die sich seinen längeren Perioden entsprechend in größeren Wellenlängen auswirkt; daneben aber eine vielleicht noch erbarmungslosere Methode im Aufsaugen der kleineren und schwächeren Individuen durch die größeren und mächtigeren (in einer furchtbaren Anwendung des Gesetzes der wachsenden Räume), so daß die kleinen in ihrer Eigenart fast ohne Daseinsspur verschwinden". Das ist das Hauptmotiv, das immer wieder zum Durchbruch kommt. Daneben aber erklingt noch ein zweites: Dem Ostufer mit seinem Kordillerenwall steht das Westufer der zerbrochenen Küstenkette mit dem Randmeerkorridor und den vorgelagerten Zerrungsbogen-Girlanden gegenüber. „Dieser Vorstellung entspricht als Bild des Gesamtraumes am besten das Wegeners von der Wanderung der Kontinente. Für das Ostufer des amerikanischen Fernen Westens ist — wie physisch nach dieser Theorie — so auch anthropogeographisch bezeichnend das aggressive Heranrücken, ebenso für das pazifische Westufer, das des asiatischen Fernen Ostens, das Zurückweichen, die Abwanderung, mit Hinterlassung von Landrückständen, geopolitische Abwehr, im Zusammen- und Wegziehen in Jujit's-Haltung gegenüber dem aufkommenden geopolitisch gleichsinnigen Republikenwall vor der vulkanüberragten Kordillere: der älteste Teil der Alten gegenüber der transatlantischen Erneuerung der Neuen Welt." —

„Auf das Daseinsmindestmaß zurückgeworfen, von der Sonne in den Schatten gedrängt, vom freien Meer abgeschnitten und selbst in den zwei nordischen Buchten des atlantischen Meeres des freien Verkehrs in unseren eigenen Strömen beraubt, finden wir an indopazifischen Gestaden zwei Drittel der Menschheit als Leidensgefährten, für die das Brechen derselben Ketten die gleiche Befreiung bedeutet und die Wiedererlangung des höchsten Gutes der Völker wie des Einzelnen, der freien, sich selbst nach eigenen Gesetzen bestimmenden Persönlichkeit. Das ist der letzte Grund, warum wir das Wissen vom Pazifik nicht verlieren dürfen!"

Maull, O.: Politische Geographie. Berlin. Gebr. Borntraeger. 1925. XVI u. 744 S.

Wie Verfasser in einer ausführlichen und gediegenen Einführung in die historische Entwicklung der politischen Geographie, in der ich nur ein Eingehen auf Mackinders hervorragende Leistung in der Ratzelzeit: „The geographical Pivot of History" vermisse, darlegt, hat es in den 20 Jahren seit Ratzels Tode niemand unternommen, ein eigenes großes und geschlossenes Gebäude einer systematisch orientierten politischen Geographie zu errichten, wenn auch unter dem Eindruck des Weltkrieges Ansätze teilweise verheißungsvollen Inhalts in dieser Richtung gemacht worden waren (Lit.-Ber. Z. f. G. 1924, S. 266 ff.). Zudem haftet Ratzels Politischer Geographie wie überhaupt seiner Anthropogeographie, was dem Verfasser zugegeben werden muß, insofern eine Einseitigkeit an, als R. ausschließlich auf den zu seiner Zeit allein gesicherten Grundlagen der Physischen Geographie aufbaut und damit Lage, Raum und die Einflüsse der physischen Erdoberfläche allein in den Vordergrund stellt, während Volk, Kultur und Wirtschaft in seinem System der Politischen Geographie nur eine untergeordnete Rolle spielen. Verfasser unternimmt es nun mit Erfolg, in einem außergewöhnlich umfangreichen Bande ein solches vollständiges System der Politischen Geographie zu entwerfen. Die Einleitung enthält außer der eben berührten Skizzierung der historischen Entwicklung der Politischen Geographie methodische Ausführungen über das Wesen und die Aufgaben der gesamten Geographie sowie die

Stellung der Politischen Geographie in ihr, die in allen Teilen neue Gedanken oder präzise Formulierungen älterer Ideen enthalten. Mit Recht wird die Geographie als Lehre von der Landschaft definiert und als Wissenschaft des Erdbildes bezeichnet. Ebenso mit Recht wird gefordert, daß in allen geographischen Arbeiten die Synthese zu voller Geltung gelange. Nicht ganz glücklich erscheint mir der Versuch, zwischen die Geographie der Natur- und die der Kulturlandschaft eine „Anthropogeographie im engeren Sinne" einschieben zu wollen, d. h. die „Lehre von der Entwicklung der anthropogeographischen Kräfte und der gleichzeitigen Differenzierung der Menschen unter dem Einfluß der Landschaftswirkung". So nützlich es sicher ist, in Parallele zur Geomorphologie, den Begriff der kulturgeographischen Kräfte einzuführen, so wenig notwendig ist es doch wohl, diese „physiologische Betrachtungsweise" (Passarge) durch einen so scharfen Schnitt von der Behandlung der Kulturlandschaft selbst zu trennen. Die auf der angedeuteten Basis geführte Polemik gegen Schlüter, der der Geographie der menschlichen Gemeinschaften in einer auf den Landschaftsbegriff aufgebauten Geographie eine gewisse Randstellung zuweist, ist daher meiner Meinung nach nicht glücklich. Auch Schlüter leugnet selbstverständlich nicht die Nötigung, alle Erscheinungen, die als Ursachen hinter der Kulturlandschaft stehen, einer geographisch-genetischen Betrachtung aufs gründlichste dienstbar zu machen, aber er vermag in diesen genetischen Beziehungen nicht den Zwang zu erkennen, die Ursachen als besonderen Teil der Anthropogeographie zu betrachten. Mir scheint daher, daß die Eingliederung der Politischen Geographie in die Gesamtgeographie noch nicht in Maulls Sinn entschieden ist, der sie zu seiner Anthropogeographie i. e. S. stellt und wie folgt definiert: „Die Politische Geographie ist die Lehre vom geographischen Wesen und von den geographischen Formen des Staates oder die Lehre vom Staate in seiner geographischen Gebundenheit, in seiner Abhängigkeit von der Natur- und Kulturlandschaft. Sie ist zugleich die Lehre von der Differenzierung der Menschheit zu staatlichen Gemeinschaften." Eine gewisse Lücke, die gerade in dieser Zeitschrift erwähnenswert ist, hat Verfasser in seinen tiefgründigen und ausführlichen methodischen Darlegungen insofern gelassen, als er der Beziehungen zwischen Politischer Geographie und Geopolitik überhaupt nicht gedenkt. Der Schlußabschnitt der Einleitung „Die Anwendung der Politischen Geographie auf die Politik" müßte eigentlich dazu herausfordern. Man würde dieses gänzliche Absehen von einer Würdigung der Geopolitik verstehen, wenn Verfasser Geopolitik und Politische Geographie, wie es nach nicht seltener Verwendung des Adjektivs „geopolitisch" scheinen könnte, als identische Begriffe betrachten würde. Daß das aber offenbar nicht der Fall ist, lehrt eine Bemerkung von S. 29, in der Haushofers Frühwerk Dai Nihon „mehr geopolitisch als politisch-geographisch" genannt wird. — Unter den historischen Atlanten, deren Benutzung für politisch-geographische Studien mit Recht dringend empfohlen wird, vermisse ich G. Droysens Allgemeinen Historischen Handatlas (Bielefeld u. Leipzig, Velhagen u. Klasing).

Es wäre verlockend, die 3 Hauptteile, in die M. den Kern seines von intensivem Fleiß und umfassender Literaturkenntnis zeugenden Werkes gliedert, in gleicher Ausführlichkeit zu kommentieren. Ich muß mich hier auf eine referierende Darstellung beschränken, in der Hoffnung, daß es bald möglich sein wird, auf wesentliche Punkte in dieser Zeitschrift in anderem Zusammenhang einzugehen. Im ersten Hauptteil behandelt M. den „Staat als geographische Erscheinung, als Raumorganismus". Als Vertreter einer im Vergleich zur extrem biologischen Auffassung abgeschwächten organischen Staatstheorie stellt er die Lebensprozesse der Staaten, die Raumorgane des Staates und



die Boden und Volk verbindende Staatsidee sowie die in Analogie zur ökologischen Organismenvergesellschaftung behandelte Staatengesellschaft dar. Der nahezu 500 Seiten umfassende zweite Hauptteil ist der Analytischen Politischen Geographie gewidmet. Diese beginnt mit der mehr beschreibenden Gestaltungs- und Lagenlehre, der Morphographie der Staaten, legt den Hauptnachdruck jedoch dann auf die Beziehungslehre, die Morphologie der Staaten. Erstere behandelt zunächst die Größe der Staaten, wobei Raum- und Bevölkerungsgröße an sich berechtigterweise nur als ein Ausdruck latenter politischer Energie gewertet werden, darauf die Staatsgestalt, die politische Grenze und schließlich die politische Lage und Nachbarschaft. Letztere betrachtet in sehr umfangreichen, übersichtlich untergegliederten Kapiteln die Naturlandschaften als Staatsräume, die Menschen als Träger des Staatsgedankens und die Kulturlandschaften als Staatsräume. Besonders in den beiden letztgenannten Kapiteln, die man als den Kern des ganzen Werkes bezeichnen kann, geht M. zielbewußt eigene Wege, die über Ratzel hinausführen. Ich möchte vor allem auf den ausgezeichneten Abschnitt „Sprachgemeinschaft, Volk und Nation" (S. 370—424) hinweisen. Die Bedeutung der Autarkie für die Staaten jedoch ließe sich heute auf Grund der Ausführungen von Penck (Z. f. G. 1925, S. 330) und A. Fischer (s. dieses Heft) schow nicht unwesentlich vertiefen. Der letzte verhältnismäßig kurze Hauptteil schließlich befaßt sich mit der synthetischen politischen Geographie. Sie ist die Lehre von der synthetischen Einheit der Landschaft als dem politischen Lebensraum. Besonders sei auf den Abschnitt: „Die Entwicklung des politischen Erdbildes" verwiesen, in dem in großem Wurf der überaus interessante Versuch gemacht wird, sämtliche historischen und gegenwärtigen Staatenbildungen unter dem Gesichtspunkt eines synthetischen Systems von politisch-geographischen Formenkreisen und Landschaftstypen zu durchmustern.

G. Freytag's Weltatlas. 255 Karten auf 142 Seiten. G. Freytag & Berndt, A.-G., Wien. 25 österr. Schillinge = 15,50 M.

Ein handlicher Atlas in Klein-Querformat. Siedlungen, Verkehrslinien und Staatengrenzen — letztere allzu aufdringlich — stehen auf den Hauptkarten im Vordergrund. Der Atlas eignet sich damit gut für den geopolitisch interessierten Zeitungsleser. Auf die Darstellung der Oberflächenformen dagegen ist wenig Sorgfalt verwendet. Karten, auf denen sie notgedrungen eine Rolle spielen muß, wie die von Österreich (35/36), sind daher die am wenigsten gut gelungenen. Durch eine sehr geschickte Ausnutzung des engen Raumes ist es möglich gewesen, alle Teile des Deutschen Reiches wenigstens im Maßstab 1 : 2 500 000, die Deutsch-Österreichs sogar in 1 : 2 250 000 wiederzugeben. Allerdings wechselt der Maßstab der verschiedenen Karten sonst sehr oft mit inkommensurablen Werten. Sehr dankenswert sind die zahlreichen Nebenkarten, die im Maßstab bis auf 1 : 200 000 hinaufgehen. Sie geben große Städte mit ihrer Umgebung, Industriereviere, turistisch wichtige Landschaften, Meerengen, Seen wieder. Ein Namenverzeichnis mit 45 000 Nummern erleichtert das Aufsuchen bestimmter Örtlichkeiten ungemein. Es ist hocherfreulich, daß im Bereich des deutschen Sprach- und Kulturbodens außerhalb der Reichsgrenzen die deutschen Namen den Vorzug erhalten haben. Die fremdsprachigen Namen stehen dann in Klammern darunter. Der Atlas entspricht damit im voraus einem auf dem 21. Deutschen Geographentage Pfingsten 1925 zu Breslau gefaßten Beschluß. Allerdings ist dieses Prinzip versehentlich noch nicht allenthalben durchgeführt. Statt Arlon, Mons, Namur, Cambrai, Arras möchte man lieber Arel, Bergen, Namen, Kammerich, Atrecht lesen. Die ungemein starke Hervorhebung der jetzigen Grenzen unterdrückt die dünne Eintragung der deutschen Vorkriegs grenzen. Daß das Hultschiner Ländchen bis 1920 zum Deutschen Reich gehört

hat, geht aus keiner der Karten hervor. Island als dänischen Besitz zu bezeichnen und zu kolorieren, geht heute nicht mehr an. Dagegen wäre es umgekehrt nicht nötig gewesen, das Saargebiet durch eine leuchtend grüne Farbe als ein politisches Sondergebilde hervorzuheben.

Meyers Geographischer Handatlas. 92 Haupt- und 99 Nebenkarten mit alphabetischem Namensverzeichnis. 5. gänzlich umgearb. Auflage. Leipzig 1924. Bibliograph. Institut. 20,— M.

Diese erste Nachkriegsauflage des „Großen Meyer" verfolgt ähnliche Zwecke wie der vorgenannte Atlas, verwendet jedoch durchweg größere Maßstäbe und befriedigt in der Geländewiedergabe etwas mehr. Es handelt sich auch hier im wesentlichen um einen sauber ausgeführten politischen Atlas. Die wenigen Höhenschichtenkarten, die meist in sehr kleinen Maßstäben gehalten sind, sind alte Bekannte aus anderen Werken des rühmlich bekannten Verlags und wirken hier als fremdes Element. Einige Nebenkärtchen stellen sprachliche und wirtschaftliche Verhältnisse dar. Die gutgelungene Wirtschaftskarte von Amerika zeigt, daß die Titelbezeichnung „gänzlich umgearbeitet" sich nicht nur auf die politischen Grenzen bezieht. Allerdings verdienen diese Beigaben noch einen systematischen Ausbau. Bedeutend mehr Aufmerksamkeit muß in der nächsten Auflage der Namengebung im Bereich des deutschen Kulturbodens geschenkt werden. Ein einheitlich durchgeführter Gesichtspunkt ist hier bisher überhaupt nicht erkennbar, und der oben angezogene Beschluß des Deutschen Geographentages verdient künftig dringend Beachtung. Auf Blatt 39 z. B. liest man nur Aalst, auf 33 nur Alost. Auf Blatt 23 stehen Praha (Prag), Brno (Brünn), Bratislava (Preßburg), C. Budejovice (Busweis), Jihlava (Iglau), Plzen (Pilsen), auf 38 und 39 Dunkerque (Dünkirchen) an erster Stelle, das letztgenannte Blatt verzeichnet nur Courtray, Tournay, Arlon usf.

Prof. Hickmanns Geographisch-Statistischer Universal-Atlas 1925. Vollständig neu bearbeitet von Alois Fischer. G. Freytag & Berndt, A.-G., Wien.

Gegenüber der Ausgabe 1924, die in der Z. f. G. 1924, S. 738, besprochen ist, sind in der neuen Auflage des ungemein fleißigen Werkes die den Weltkrieg betreffenden Tafeln fortgefallen und statt dessen Erweiterungen nach der wirtschaftsstatistischen Seite hin erfolgt. Von den 88 Tafeln stellen nicht weniger als 48 Neuschöpfungen dar. Diese behandeln z. B. Ein- und Auswanderung; Weltweizenversorgung 1924; Erzeugung von Radium, Diamanten, Graphit, Koks, elektrischer Energie; Länge der elektrifizierten Vollbahnen; Postverkehrsstatistik; Seeverkehr; Großfunkstationen; Großhandelsmessen; Löhne und Gehälter. Die meisten dieser Zahlenangaben benutzen das neueste erreichbare Material. Die Weltvölkerkarte und Weltreligionskarte sind jetzt verständigerweise in flächentreuer Projektion gezeichnet. Manche der schon bei Besprechung der vorigen Auflage erwähnten Versehen sind allerdings noch nicht ausgemerzt, vermutlich weil die betreffenden Diagrammtafeln dieses Mal noch nicht erneuert werden konnten. Aber das sind wenige Einzelheiten, die den ständig wachsenden Wert des ganzen Werkes kaum verkleinern können.

Woytinski, Wl., Die Welt in Zahlen. Erstes Buch. Die Erde. Die Bevölkerung. Der Volksreichtum. Rudolf Mosse, Buchverlag. Berlin 1925.

In diesem statistischen Nachschlagewerk, von dem hier der erste Band einer geplanten Reihe von sieben vorliegt, werden ähnliche Ziele verfolgt, wie in dem vorbesprochenen Werk; es soll eine populäre Darstellung der wichtigsten Feststellungen der Statistik auf allen die Öffentlichkeit interessierenden Gebieten gegeben werden. Der Vergleich beider Bücher zeigt, daß Fischer seinen Stoff freier beherrscht. Das umfangreiche Buch von Woytinski, das farbige

graphische Darstellungen nur in knapper Menge einstreut, erstickt geradezu in Zahlen, die gar zu oft ohne eine tiefgründige Wortanalyse gegeben werden und dann vom Laien, dem das Buch doch an erster Stelle dienen soll, in ihrer Bedeutung überhaupt nicht oder nur kritiklos erfaßt werden können. Ich möchte meinen, daß der umfangreiche erste Band inhaltlich weit über das hinausgeht, was bei Nichtfachleuten Interesse finden kann. Weniger wäre in diesem Falle mehr gewesen. In den Teilen, in denen mir eine Nachprüfung möglich war, ist z. T. veraltetes Material verwendet, z. T. an verschiedenen Stellen von verschiedenartigen Zahlen ausgegangen worden. S. 16 z. B. erhält China im Jahr der letzten Volkszählung 1920 einen Flächeninhalt von 11,081 Mill. qkm und eine Einwohnerzahl von 439 Mill. S. 33 dagegen wird dem eigentlichen China eine Bevölkerungszahl von 359,2 Mill. gegeben. Beide Zahlen dürfen doch nur um die Bevölkerungsmenge der Mongolei und Tibets, zusammen nur ca. 5 Mill., von einander abweichen! Über die Schwierigkeiten bei China siehe übrigens Z. f. G. 1925 S. 763. Die Klimatabelle hätte nicht nach van Bebber, Hygienische Meteorologie aus dem Jahre 1895 (!), sondern nach Köppen, Die Klimate der Erde 1923, zusammengestellt werden müssen. Ebenso veraltet sind die Angaben über Verdunstungs- und Niederschlagsmengen auf Festländern und Ozeanen, über die Maximal- und Mitteltiefen der Weltmeere, über die Verteilung des Kulturbodens auf die Erdteile u. a. m. Ich möchte aber nicht verfehlen, zu betonen, daß Ausstellungen, wie die vorstehenden, sich auf Stichproben beziehen. Es soll nicht verkannt werden, daß in dieser statistischen Veröffentlichung eine gewaltige Arbeitsleistung steckt.

Diplomatisches Jahrbuch 1925. 162. Jahrgang. XXXVI und 888 S. Gotha, Justus Perthes.

Vgl. das Referat über den 161. Jahrgang in Z. f. G. 1924, S. 737. Die Reihenfolge der Staaten ist jetzt nach geographischen Gesichtspunkten geordnet. Dieses Prinzip wird aber dadurch durchbrochen, daß die Kolonien stets in Zusammenhang mit den Mutterländern gebracht werden. Europa nimmt damit 632 von 844 Seiten ein. Es wäre wohl besser, entweder zur alphabetischen Folge zurückzukehren oder aber den geographischen Gesichtspunkt voll zur Geltung zu bringen. Einige der in der vorigen Bespreehung geäußerten Wünsche erfüllt die neue Ausgabe dieses ältesten und umfangreichsten statistischen Jahrbuchs, das in deutscher Sprache erscheint. Aber es fehlen noch die zusammenfassenden Übersichten.

Taschenatlas vom Deutschen Reich. 24 mehrfarbige Karten in Kupferstich. Mit einem Namenverzeichnis und geogr.-statistischen Nachweisen. 7. Auflage. Gotha 1925, Justus Perthes.

Das Werkchen gibt Ausschnitte aus den weitbekannten Karten des Deutschen Reiches wieder, die in Stielers Handatlas und Vogels Karte des Deutschen Reiches enthalten sind. Eisenbahnlinien und politische Grenzen sind besonders betont. Die Güte des Papiers und damit die Klarheit des Druckes hat sich gegenüber der Auflage von 1922 verbessert. Es wäre an der Zeit, den Namen „Zahrze" (Bl. 18) durch „Hindenburg" zu ersetzen. Jm übrigen aber ist die Namengebung des kleinen Werks, das auch die uns in Versailles entrissenen Gebiete in die kartographische und statistische Darstellung einbezieht, einwandfrei. Das Verzeichnis enthält über 15000 Namen.

Seeatlas. 24 Karten in Kupferstich. Mit nautischen Erläuterungen. Neu bearbeitet von Kapitän L. Schubart. 12. Aufl. Gotha 1925; Justus Perthes.

Vgl. Z. f. G. 1924 S. 739. Die Nachweisung über die Seeentfernungen von den deutschen Nordseehäfen nach den wichtigsten Welthäfen ist erfreulich erweitert worden.

Schumacher, A., Karten zur Ermittlung der Entfernungen auf den

Dampferwegen zwischen dem Atlantischen und dem Indischen und Stillen Ozean. Ann. d. Hydr. u. Marit. Meteorol. 1924, S. 300.

Diese für die Praxis sehr wichtige Veröffentlichung enthält 4 Karten in winkeltreuer Merkatorprojektion mit dem Äquatormaßstab 1 : 80000000. Auf ihnen werden die Entfernungen zur See auf die „vier Angelpunkte des Weltverkehrs", den Suez-, den Panamakanal, Kap Agulhas und die Magellanstraße (Punta Arenas) bezogen. Die Karten gelten für große Dampfer mit kräftigen Maschinen und stellen die effektiv von den Fahrzeugen zu bewältigenden Entfernungen von 500 zu 500 Seemeilen dar. Diese sind der Meeresströmungen wegen bald größer, bald kleiner als die Entfernungen „über Grund". Durch Kombination der vier Karten kann man die effektiven Entfernungen zwischen allen Häfen der Welt bis zu einer Genauigkeit von 100 Seemeilen ablesen. Man entnimmt den Karten viele auch geopolitisch interessante Tatsachen, z. B. daß die deutschen Nordseehäfen dem Panamakanal näher liegen als die italienischen Mittelmeerhäfen, daß der Panamakanal auch die Entfernung zwischen einzelnen atlantischen Häfen, z. B. Bahia Blanca (Argentinien) und Tampico (Mexiko) verkürzt hat. Die bekannte Annäherung der Haupthäfen Australiens an New York durch den Panamakanal kann genau zahlenmäßig festgestellt werden: die west- und südeuropäischen Häfen liegen der Magellanstraße näher als die Golfhäfen Mexikos, und vor Eröffnung des Panamakanals war die Entfernung Brest—San Franzisco nicht größer als die von New York nach San Franzisco.

Rohrbach, P., Die Länder und Völker der Erde. Karl Robert Langewiesche, Königstein i. T. u. Leipzig, 1925.

Gewiß ist es ein großes Wagnis, auf 321 Seiten kleinen Formats ohne Bilder und — von einer eingelegten Planiglobendarstellung aus dem Sydow-Wagnerschen Atlas abgesehen — ohne Karten eine Darstellung der Länderkunde der gesamten Erde zu geben. Man kann aber zugeben, daß dieses Wagnis innerhalb des Rahmens, den der Verfasser sich offenbar selbst gesteckt hat, geglückt ist. Man staunt über die gewaltige Fülle des in meist geschickter und anziehender Sprache gemeisterten Stoffes. Allerdings ist der Rahmen recht eng. Die physische Landesnatur tritt überall stark zurück. Soweit sie berücksichtigt wird, handelt es sich um Morphographie und um nicht immer klare Bemerkungen über den tektonischen Bau. Kein Wort über Klima, Pflanzenkleid, Gletscherwelt der Alpen! Plastische Landschaftsschilderungen treten infolgedessen stark zurück zugunsten topographischer Aufzählungen etwa von der Art (S. 175): „Eine große Stadt zwischen dem Ganges und dem Gebirge ist Luknow, am Flusse selbst liegt Kanpur. Berühmter sind die Dschamnastädte Agra und Delhi." Es wäre wohl besser gewesen, die reine Topographie in einen tabellarischen Anhang zu verweisen. Dann wäre für eigentlich landeskundliche Darstellung mehr Platz gewesen, und es wäre vermieden worden, daß die wirtschafts-, verkehrs- und politisch-geographischen Ausführungen, auf denen der Nachdruck liegt, in der Luft hängen. Die wirtschaftsgeographischen Angaben verdienten gerade, weil sie im Vordergrund stehen, überall eine Anpassung an die Gegenwart. Man kann heute bei Kolumbien Platin und Smaragde nicht unerwähnt lassen, und auch die zweitgrößte Erdölindustrie der Welt ist wohl nicht hinreichend mit den Worten gekennzeichnet: „Tampico mit großen Petroleumfeldern in der Nähe, um deren Ausbeutung amerikanische und englische Gruppen rivalisieren." Pencks „Zwischeneuropa" durch ein „Inneneuropa" ersetzen zu wollen, ist verfehlt.

Lautensach, H., Geopolitik mit besonderer Berücksichtigung Deutschlands. Schauen und Schildern. Erdkundl. Lesehefte, herausgegeben von Dr. E. Hinrichs. 3. Reihe, Heft 11. Moritz Diester-



weg, Frankfurt a. M. 1925. Klein 8⁰. 80 S. M. 1,20. (Selbstanzeige.)

Ein geopolitisches Leseheft für die Hand unserer Oberprimaner und interessierter gebildeter Laien. An der Spitze steht ein kurzer Aufsatz über Wesen und Methode der Geopolitik vom Referenten. Es folgen als Hauptteil Abschnitte aus der geopolitischen Literatur der Gegenwart und jungen Vergangenheit, und zwar sind Werke von R. Sieger, N. Krebs, A. v. Hofmann, J. Sölch, F. Ratzel, E. Obst, K. Haushofer und R. Kjellén herangezogen. Aufgabe dieser Zusammenstellung ist es, die Leser mit der Auffassungsweise hervorragender, auf geopolitischem und politisch-geographischem Gebiet tätiger Männer bekannt zu machen und in eine Reihe regional begrenzter geopolitischer Probleme einzuführen. An den Anfang dieses Hauptteils ist eine Behandlung der geopolitischen Lage Europas zu Beginn des Weltkrieges, ans Ende eine solche der angelsächsischen Großmächte nach dem Weltkriege gestellt. Dazwischen reihen sich geopolitische Aufsätze über die geographischen Grundlagen des deutschen Volkstums, über die große Weserfestung, das Harzgebiet und Böhmen, über die Brennergrenze, die alpinen Tallandschaften, die Ukraine und das große japanische Erdbeben von 1923.

Dr. H. Lautensach.

Jerusalem, Franz W., Soziologie des Rechts. I. Gesetzmäßigkeit und Kollektivität. Jena, Gustav Fischer, 1925.

Bei den Forschungen auf allen Wissensgebieten läßt sich im Unterschiede zur Vorkriegszeit der Drang beobachten, vom spezialisierten und rationalisierten Bearbeiten einzelner Fragen wieder zurückzufinden zur Einheit des Wissens, die Verbindungen und Beziehungen der einzelnen Wissenszweige aufzuzeigen und aus ihnen eine einheitliche Weltanschauung zu gewinnen. Dieser Drang äußert sich einerseits in dem Versuch, logisch die Methoden der einzelnen Wissenschaften zu ordnen, um die Zusammenhänge der Formen bei der Behandlung wissenschaftlicher Inhalte darzutun — eine erschöpfende Darstellung der Formen kann zum Aufbau einer wissenschaftlichen Welt genügen (Kant) —, andererseits äußert sich der Drang darin, daß die Weltgeschichte und die Entwicklung des menschlichen Denkens in ihrem Zusammenhange gesehen werden, daß ein einheitliches Bild entworfen wird vom Zusammenhang des Weltgeschehens und der Denkinhalte. Beide Tendenzen bauen auf dem Fundament des deutschen Idealismus (Kant-Hegel).

Einen solchen Versuch zur Erweiterung eines engeren Wissensgebietes gibt auch Jerusalem — er schreibt nicht nur eine Soziologie des Rechts, sondern er will sein Buch angesehen wissen als ein Programm, welches die Grundlage für jede künftige Wissenschaft von dem sozialen Leben der Menschen zu bilden habe. Leider müssen wir nach dem vorliegenden ersten Bande verneinen, daß dem Werke diese Bedeutung zukommen kann. Jn dem uns gezogenen Rahmen ist eine erschöpfende kritische Würdigung nicht möglich, nur einige Andeutungen können gegeben werden. Jerusalem findet die Basis für die Betrachtung des sozialen Lebens in der Aufzeigung der Prinzipien der Gesetzmäßigkeit, die ihm subjektive Eigenschaften der menschlichen Lebensäußerungen sind, und der Prinzipien der Kollektivität, in welcher er das Wesen der menschlichen Entwicklung überhaupt sieht (warum das häßliche Fremdwort Kollektivität, wo wir die klareren Begriffe der Vergesellschaftung und der Vergemeinschaftung haben?). Als allgemeines Entwicklungsgesetz der Weltgeschichte enthüllt sich Jerusalem der Weg von der Kollektivität zum Individualismus, und dann geht es wieder zurück vom Individualismus zum Kollektivismus. An diesem Wendepunkt steht unsere jetzige Epoche nach seiner Meinung.

Wie wenig umfassend das soziale Leben behandelt wird, tritt darin hervor, daß eine so wichtige Beziehung wie diejenige des Bodens zum sozialen Leben und insbesondere zum Staat völlig übergangen wird. Der Geopolitiker

erhält unmittelbar keinerlei Anregung aus dem Werk, und nirgendwo wird hingewiesen auf die spezifische Einwirkung oder Bedeutung der Natur auf das soziale oder staatliche Leben der Menschen, geschweige denn, daß Gradunterschiede dieser Wirkungen für die von Jerusalem behaupteten weltgeschichtlichen Epochen angedeutet werden. Muß nicht im kollektivistischen Zeitalter der Einfluß des Bodens auf das soziale Leben ein anderer sein als im individualistischen Zeitalter? Diese wichtige Lebensbeziehung wird übergangen, wohl aber wird sehr viel Anregendes in außerordentlich geistreicher Form über das soziale Leben selbst gesagt, ohne daß jedoch alles und vor allem die Entwicklungsgeschichte selbst hinreichend bewiesen wird. Das Buch ist durchaus modern: eine neue „Einstellung" wird verlangt, nämlich die kollektivistische neben der individualistischen, eine eigene Methode wird gefunden, diejenige der „reinen Gegenständlichkeit", und endlich wird nicht so viel Wert gelegt auf objektive Erkenntnis als auf „subjektive Erlebnisse". Das Buch ist zu subjektiv, und deshalb wird es viele Subjekte vielleicht zum Glauben an seinen Inhalt verführen können, jedoch nicht alle Subjekte vom Vorhandensein objektiver Wahrheiten überzeugen müssen. Gleichwohl ist es sehr geistreich geschrieben, sehr viel Literatur ist originell verarbeitet, und der Universalgebildete wird zum mindesten gereizt zu ästhetisierenden Betrachtungen über die zahlreichen Verwendungsmöglichkeiten der einmaligen und geduldigen Weltgeschichte.

Dr. M. Spandau.

Berichtigungen

zu dem Aufsatz von Sieger: Die Grenzen in der politischen Geographie, Zeitschrift für Geopolitik, Heft 9.

S. 662, Z. 4 lies „politischen Räume".

S. 663, Z. 15 lies „des Flusses" (statt „der Ebene").

S. 664, Z. 6 von unten, lies „eindeutige" (statt „einteilige".

S. 664, Z. 5 von unten, lies „Ausdrücke" (statt „Ansprüche").

S. 665, Z. 18 lies „besonders" (statt „bei").

S. 665, Z. 24 lies „Die Grenzen der Naturvölker und primitiven Staaten sind Gürtel" (statt „Staaten und Gürtel").

S. 665, Z. 8 von unten, lies „politischer Grenzraum".

S. 666, Z. 14 lies „dem Geopolitiker".

S. 671, Anm. 1 lies „in dessen Verhandlungen" (statt „in diesen").

Verantwortlich sind: Dr. F. Hesse, Berlin-Grunewald, Hohenzollerndamm 83 / Prof. Dr. K. Haushofer, München, Arcisstraße 30 / Prof. Dr. E. Obst, Hannover, Geibelstraße 24 / Studienrat Dr. H. Lautensach, Hannover, Freiligrathstr. 9 / Professor Dr. Maull, Frankfurt/Main, Franz Rückerstraße 23 / Verlag: Kurt Vowinckel Verlag, Berlin-Grunewald, Hohenzollerndamm 83 / Druck: Saladruck Zieger & Steinkopf, Berlin SO 16, Köpenicker Str. 114.

JÜRGEN UHDE:
DAS NORDSKANDINAVISCHE GRENZPROBLEM UND SEIN KONTAKT ZUR OSTSEEPOLITIK

Wie ein höchst doppelzüngiges Etwas ragt Skandinavien in den Süden und schafft sich durch Langelland, Laaland, Fünen und Seeland einen Kontakt mit der Mole, die Europa in den Norden richtet: Jütland und Schleswig-Holstein.

Der Brennpunkt zwischen Skandinavien und dem Festland ist etwa mitten auf diesem Gebiet zu suchen, in Nordschleswig. Man ist versucht, hier von einem theoretischen Brennpunkte zu reden, denn in der Praxis erscheint die deutsch-dänische Grenzkontroverse als übertrieben, und es ist ausgeschlossen, daß Dänemark und Deutschland, sofern nicht fremde Mächte dahinterstehen sollten, jemals wieder ihre Klingen kreuzen. Wenn die Sprachgrenze vom Dänischen zum Deutschen sich schärfer abhöbe, wenn die wirtschaftlichen und geographischen Erfordernisse dort oben nicht so oft divergierten, würde die Frage wohl schon längst geregelt sein.

Skandinavien hat noch einen anderen weiteren Kontakt zum europäischen Festland, einen viel breiteren, viel mehr gefährlichen, von dem nur nicht so viel die Rede ist; denn wenn in der nordschleswigschen Gefahrenzone (sofern das Wort überhaupt angebracht erscheint) mit 20—50 Einwohnern pro qkm gerechnet werden kann, so beträgt die Bevölkerungsdichte „dort oben“ nur 1—10 Einwohner pro qkm.

Kurz gesagt: es handelt sich um die Erdzone, die an der Nordküste des Bottnischen Busens, bei Haparanda beginnt und sich bis an den Enåre-See und den Varanger-Fjord erstreckt, die also, im großen Ganzen gesehen, Norwegen und Schweden von Rußland trennt.

Es handelt sich unstrittig um eins der interessantesten Gebiete dort oben. Norwegen, das auf der schmalen Zone von Hindö bis zur schwedischen Grenze, die dort fast den Ofoten-Fjord erreicht, schon eigentlich gegen Rußland und Finnland abgeschnürt ist, weitet sich oberhalb Tromsös erneut, und, einer großen Blase gleich, liegt Finnmarken mit seinen tief nach Finnland hereingreifenden Ausbuchtungen eigentlich in der — dort oben sehr schneidenden — Luft. Dieses Finnmarken ist ein sonderbares Land, und schlecht zu besitzen. Norwegen würde nirgends von Rußland berührt, wenn nicht ein Zipfel dieses Finnmarken beim Varanger-Fjord an der Murmanküste so

gut wie unmittelbar an Rußland stieße. Im Falle eines russischen Vorstoßes nach Skandinavien würden Finnland und hinter ihm Schweden (das seine Front am Torne-Elf in leicht gespannter, aber breiter Rundung in den Osten dreht) den Vorstoß zu ertragen haben.

So wie die augenblickliche Ausgestaltung des ganzen zwischen Nordland, Norbotten, dem Uleaborg-Distrikt, Murmansk und dem Eismeer liegenden, meist durch Lappland erfüllten Raumes aber augenblicklich vorwaltet, würde Norwegen, das sich mit seinem Finnmarken-Distrikt dazwischen wirft, mindestens schwer in Mitleidenschaft gezogen werden. Man würde also, wenn sich aus diesem „Lappländischen Brennpunkte" ein Brandherd entwickeln sollte, in denselben vier kriegführende Staaten verwickelt sehen. Und daraus würde sich wiederum eine Gefahr für die gesamte Ostsee herleiten, deren Politik an Zufällen außerordentlich reich erscheint.

Um die Verwicklung, die dort oben zu Zeiten entstehen kann, ganz zu begreifen, muß man sich noch Verschiedenes mehr vor die Augen halten. Dort oben treffen sich zwei Rassen: Indogermanen und Mongolen. Die Schweden füllen ungefähr ihre Grenzen auch mit Schweden aus, aber die Norweger füllen sie nicht aus: ganz Finmark ist lappländisch, also mongolisch. Hinter Lappland liegt die ungeheure Angriffsmasse der Ostslaven, also Indogermanen.

Dort oben schneiden sich auch die Religionen: Norwegen, Schweden und Westlappland, bis eben auf seinen östlichen Zipfel, sowie Finnland sind evangelisch. Karelien und sein Hinterland waren bislang orthodox, jetzt bolschewistisch.

Die klimatischen Verhältnisse spielen ebenfalls mit. Sie lehren, daß ein russischer Vorstoß nur in wenigen Monaten möglich sein dürfte. Eben deswegen müßte er auch besonders grob und durchschlagend geführt werden. Im allgemeinen läßt sich damit rechnen, daß das Problem lediglich in Gemeinsamkeit mit einem Angriff auf das Baltikum ins Rollen gebracht werden wird. Die Gefahr ist deswegen nicht geringer.

Um ihr begegnen zu können, um einer Invasion, die zwischen dem Norwegischen Bergland und dem Bottnischen Meerbusen Spielraum genug zum Aufrollen ganz Skandinaviens fände, vorzubeugen, muß die dortige Politik ganz anders basiert werden. Norwegen muß zum mindesten umfassende Grenzregulierungen und Gebietsausgleiche vornehmen oder dafür sorgen, daß es starke militärische Detachements bereitstellt, um den russischen Gegenstoß zu seinem Teile aufzufangen. Darüber hinaus leitet sich möglicherweise von diesem Thema die ganze Wehrfrage ab. Gegen Schweden braucht das Land ebensowenig sein Militär wie gegen Dänemark. Und gegen den

Schmuggel an seiner Küste ist ihm am besten mit Polizei gedient. Wenn Norwegen sich also — natürlich gegen Äquivalente — auf die Einengung seiner Grenze bei Tromsö zurückziehen will, dann braucht es nie und nimmer Militär. Dann sind Schweden und Finnland Bürgen für seine Sicherheit. Im andern Fall besteht aber die Verpflichtung, Finmark stark zu besetzen und möglichst Reserven bereitzuhalten, die im Falle einer russischen Invasion nach Schweden den Angreifer aus der Flanke — dies von den norwegischen Bergen herunter — aufhalten könnten. Die ganze Frage, die es in der Tat verdient, mehr beachtet zu sein als die nordschleswigsche, ist also vorwiegend eine norwegische Frage.

Schweden hat sich angewöhnt, die russische Gefahr als stark abgemildert anzusehen, seitdem aus dem unverdaulichen Großfürstentum Finnland ein souveränes Reich, also ein Pufferstaat, geworden ist. Das ist grundverkehrt. Es ist nicht anzunehmen, daß Rußland in Lappland einrücken würde, ohne zugleich auch Finnland bis zum Ladogasee herunter, ja, ohne zugleich auch die baltischen Staaten anzugreifen. Finnland würde also eine sehr breite und noch zu schwierige Front zu verteidigen haben. Es würde wahrscheinlich gar nicht erst den Versuch machen, das menschenleere Lappland zu schützen, sondern seine Front herunterbiegen, um das eigentliche Finnland durch einen von Uleaborg bis an das Seengebiet gelegten Riegel an seiner geographisch empfindlichsten Stelle zu verschließen.

Der Hauptstoß der von Archangelsk bis zum Onegasee aufmarschierten russischen Kräfte würde also von Schweden zu tragen sein. Eine unentschlossene norwegische Herrschaft im nicht-norwegischen Lappland (Finmark) muß diese Situation erschweren; denn sie bietet die Möglichkeit zu russischem Flankenangriff. In der Tat würde Schweden, wenn es seine Stellung längs der norwegischen „Grenze“ zöge, statt dessen die Russen in eine Keilfront treiben können. So ist es denn auch wohl das Gefühl der flagranten Unsicherheit in der Anlage des skandinavisch-asiatischen Kontaktes gewesen, das die schwedischen Sozialisten seiner Zeit „angesichts drohender Gefahren“ zu einer Änderung ihres Standpunktes in der Militärfrage veranlaßt hat.

Es ist offenbar, daß diese ganze geopolitische, so sehr interessante Situation aufs engste mit der jeweiligen Lage der baltischen Staaten verknüpft ist. Wenn es jemals dahin kommen sollte, daß die baltischen Staaten von Rußland übergeschluckt werden, dann sind nicht nur Ostpreußen und Finnland, sondern vermutlich auch Lappland und mindestens Nordschweden verloren.

Schweden und Deutschland haben also aus Selbsterhaltungstrieb das allerstärkste Interesse daran, neben Finnland die Randstaaten zu erhalten. Das ist eine Notwendigkeit, so groß, so überzeugend, daß man sich eigentlich zu

wundern hätte, daß diese beiden Staaten nicht mindestens eine Interessengemeinschaft zur Sicherung der östlichen Ostseeküste geschlossen haben.

Eins aber erhellt auf jeden Fall: daß von diesen beiden, Nordschleswig und Lappland, das letztere bei weitem mehr Interesse zu erwarten haben müßte. Von Lappland bis Litauen erstreckt sich eine ganz bestimmte politische Sphäre, die dringlich, unerläßlich dringlich zu beachten ist. Denn kaum eine andere Politik ist so sehr vom Zufall abhängig, wie gerade die Ostsee, und eben deshalb ist dort nichts so sehr am Platz, wie „Politik auf weite Sicht".

SIGISMUND GARGAS: DIE HOLLÄNDISCHE PETROLEUMINDUSTRIE

Die holländische Petroleumindustrie hat eine über Holland und die holländischen Kolonien weit hinausreichende Bedeutung; sie ist einer jener Faktoren, der für die weltwirtschaftliche, mithin auch weltpolitische Stellung Hollands von ausschlaggebender Bedeutung ist, einer jener Faktoren, die das holländische Wirtschaftssystem mit hinein bestimmen.

Eigentlich wäre in Holland von einer holländischen Petroleumindustrie keine Rede, besäße Holland keine Kolonien. Denn alles was in Holland an Petroleum raffiniert, verarbeitet und verkauft wird, das alles sind nur Reflexerscheinungen der Tatsache, daß Holland petroleumhaltige Kolonien besitzt.

Das Petroleum war bei den Eingeborenen in Niederländisch-Indien schon seit langem bekannt.[1]) Jan Huyghen vom Linschoten spricht schon im Jahre 1623 davon, daß auf Sumatra eine Quelle vorgefunden wurde, die gleichsam wie ein Balsam fließt. Es war dies eine Art Erdöl, das sehr asphalthaltig war, und das nicht nur als Heilmittel gebraucht wurde, sondern auch zur Instandsetzung von Schiffen verwendet wurde. Die Eingeborenen verwendeten dieses Öl in geringen Mengen auch zur Beleuchtung und zum Schmieren von Werkzeugen.

Eine wissenschaftlich fundierte Ausbeute des niederländisch-indischen Petroleums begann aber erst im Jahre 1863, als der damalige Leiter des holländischen Bergwesens, C. de Groot, die Erdölquellen innerhalb der Residenzkreise Samarang, Surabaja, Madura und Palembang aufwies. Man faßte denn auch in Holland damals recht bald den Gedanken, diese Quellen auszubeuten, und es wurde alsbald der Plan einer Gesellschaft aufgeworfen, die in Ost-Java ihre Tätigkeit beginnen sollte. Der Entwurf, der von P. Blecker und W. R. Hoevell unterzeichnet wurde, fand jedoch nur ein geringes Echo, und die von diesen Männern projektierte Gesellschaft kam damals nicht zustande.

Auch die ersten amtlichen Nachforschungen nach Petroleum, die in Cheribon im Jahre 1873, in Soerabaja im Jahre 1875 unternommen wurden, zeitigten noch kein günstiges Ergebnis. Erst als A. J. Zijlker im Jahre 1880 eine Probe von Rohöl der staatlichen Bergwerksverwaltung zur Prüfung übergab und im Jahre 1883 im Sultanat von Langkat Spuren von Petroleum und sog. Telagas vorfand, begann die Sache mehr Vertrauen zu erwecken. Zijlker veranlaßte die holländische Regierung, besondere Sachverständige zu Nachforschungen in dieses Gebiet zu entsenden, und der Bergwerksingenieur Fennema fand im

Jahre 1885 in einer Tiefe von etwa 100 m nach einigen Bohrungen Erdöl von einer so guten Qualität und in so hinreichender Menge, daß eine gewinnbringende Ausbeutung dieser Quellen nunmehr mit Sicherheit zu erwarten war. Im Jahre 1888 kam es denn auch bereits zu einem Ertrag von 23 000 Zentner Rohöl täglich.

Nun zeigte sich der Bedarf an Kapital zur Vergrößerung der Petroleumbohrungen. Am 16. Juni 1890 wurde dann auch in Amsterdam die „Gesellschaft zur Ausbeutung von Petroleumquellen in Niederländisch-Indien" (Maatschappij tot Exploitatie van Petroleum bronnen in Nederlandsch-Indië) mit einem Gründungskapital von 1 300 000 Gulden begründet.

Die Gesellschaft übernahm die vom Sultan von Langkat Zeijlker erteilte Petroleumkonzession. Den ersten Vorstand bildeten Mr. H. D. Levysohn Lorman, Mr. N. P. v. d. Berg, D. Cordes, G. C. B. Dunlop und Ingenieur J. A. de Gelder. Der König von Holland, Wilhelm III., erteilte der Gesellschaft das Recht, sich als „Königlich" zu bezeichnen, und die Gesellschaft wird deshalb auch vielfach kurz die „königliche" (De koninklijke, Royal Dutch) bezeichnet.

Bereits einige Jahre früher hat der staatliche Bergwerksingenieur A. Stoop in Ost-Java die Petroleumquellen festgestellt, und auf seine Veranlassung wurde auch im Jahre 1889 die „Dordtsche Maatschappij tot opsporing en exploitatie van petroleum bronnen" auf Java begründet, die dann im Jahre 1890 ihren Namen in „Dordtsche Petroleum Maatschappij" änderte. Sie erhielt auf Java eine Reihe von Konzessionen und brachte im Jahre 1887 das erste in Indien gewonnene Rohöl in einer Menge von 8000 Kisten auf den Markt.

Im Jahre 1889 erhielt auch der ehemalige staatliche Bergwerksingenieur J. H. Menten vom Sultan von Koetei eine Konzession zur Ausbeutung von Petroleumquellen auf einem Gebiete am Sangafluß in Ost-Borneo, welche Konzession später einer Gruppe von Engländern übertragen wurde, unter denen sich auch Sir Marcus Samuel befand, der im Jahre 1898 in Amsterdam die „Niederländische Industrie en Handelsmaatschappij" begründete, an welche die Konzession später übertragen wurde.

Das bedeutendste Unternehmen wurde alsbald die Königliche Petroleumgesellschaft, welche vorerst in Sumatra tätig war. Zuerst wurden von ihr zwei Ingenieure (J. Kruyt und W. Engelenburg) geschickt, um dort die Petroleumindustrie zu studieren. Im Gegensatz zu Amerika blieben die Petroleumquellen viel mehr in einer Hand, als das in Amerika der Fall gewesen, was sich umsomehr als nötig erwies, als viele Handmaterialien zur Erforschung des Gebietes, zur Ausbeutung, an Beförderungsmitteln, zum Häuserbau etc. von weit her überführt werden mußten. Am Babalanflusse wurde auch die beste Raffinerie auf einem Gebiete von 10 km errichtet.



Viele Gebäude, eine Kistenfabrik, eine Röhrenleitung zur Beförderung des Petroleums nach der Raffinerie, eine Dampfstraßenbahn, Brücken über den Fluß, Werkzeuge usw. mußten erst errichtet werden, um in diesen öden Gebieten überhaupt arbeiten zu können.

Es bestand ursprünglich die Befürchtung, daß das Öl von Sumatra nicht genügend Leuchtstoff enthalten sollte, was umsomehr ins Gewicht fiel, als Ende der 80er Jahre beinahe nur Leuchtöl gesucht wurde. Bei einer genaueren Prüfung des Sumatra-Öles zeigte es sich nun, daß dieses Öl zu 23,5 % aus Petroleum-Äther, Benzin, zu 47 % aus Lampenöl und zu 28,5 % aus Schmieröl und Paraffin bestand.

Im Jahre 1890 hatten tatsächlich nur diese 47,8 % Lampenöl irgend einen nennenswerten Handelswert; Benzin und Paraffin bildeten damals einen beinahe wertlosen Abfall.

Von großem Belang war damals auch die Frage der Verpackung, da von ihr die Konkurrenzfähigkeit des niederländisch-indischen Petroleums mit dem amerikanischen und russischen abhängig war. Ebenso wie Amerika kaufte auch Holland das erforderliche Büchsenmaterial in England und ließ es dann auch mit Hilfe amerikanischer Maschinen in Langkat bearbeiten. Da die Löhne in Langkat niedriger waren als in Amerika, konnte auch daran ein Gewinn erzielt werden.

Die Königliche Petroleumgesellschaft nahm einen ganz besonderen Aufschwung, als an die Spitze des Unternehmens J. B. August Keßler trat. Die amerikanischen Petroleumtechniker, die auf Sumatra zuerst tätig waren, kannten die Zusammenstellung des Langkater Öles gar nicht, da dasselbe anders geartet war als das amerikanische. Erst Keßler führte Methoden ein, welche die Erzeugung von Leuchtöl aus dem Langkatöl ermöglichten, und dieses Öl wies sogar in vielen Richtungen hervorragendere Qualitäten als das amerikanische Öl auf. Sowohl durch die Qualität ihrer Produkte, als auch durch die niedrigen Erzeugungskosten, als auch endlich durch ein großes Absatzgebiet in Ostasien gelang es denn auch alsbald der niederländischen Petroleumgesellschaft, eine hervorragende Stellung auf dem Weltmarkte einzunehmen. — Die Produktion des Jahres 1892 ergab 144 708 Kisten raffinierten Öles, von denen 120 859 Kisten verkauft wurden.

Die Standard Oil Co. (Amerika) und die Petroleumproduzenten von Baku (Rußland) erblickten denn auch recht bald in der niederländischen Gesellschaft einen gefährlichen Nebenbuhler. Es begann denn auch auf den Märkten des Fernen Ostens ein scharfer Wettbewerb, und die in Betracht kommenden Märkte wurden mit Petroleum geradezu überschüttet, wodurch die Preise hier sanken. Auch ein Aufstand des Stammes der Atjeher, welche die Petroleumunternehmungen am Babalan beschossen, bedeutete eine erhebliche Schädigung

des holländischen Unternehmens. Die Konkurrenz der Standard Oil Co. ging auch so weit, daß ihr Öl auf den Märkten des Fernen Ostens viel billiger zu haben war als das niederländische, trotzdem doch hier die Verfrachtungskosten an sich erheblich niedriger sein mußten, als die des amerikanischen. In Bombay, Calcutta, Hongkong, Shanghai, Java und Japan, überall focht das amerikanische Petroleum mit dem niederländischen eine heftige Fehde aus. Trotzdem konnte die Niederländische Gesellschaft im Jahre 1894 einen Gewinn von 180 990 Gulden, d. h. 8 % buchen.

Die Konzessionen für Erdölgewinnung wurden dann auch alsbald ausgebreitet. Bei der Errichtung der Gesellschaft gab es 500 Anlagen; im Jahre 1895 wurden sie ausgebreitet bis zur Zahl von 120 000 Anlagen, das Aktienkapital stieg von 1 700 000 bis 2 300 000 Gulden.

Nach dem Jahre 1895 entwickelte sich das Unternehmen recht schnell. Die Bohrungen wurden fortgesetzt, und auch die Gewinnziffern waren stets im Steigen begriffen. Im Jahre 1896 betrug die Gewinnziffer 1 603 189 Gulden, nach Abschreibung von 260 577 Gulden, und die Dividende wurde auf 40 % festgesetzt. Die Amerikaner und die Russen bekämpften zwar die Niederländer auch fernerhin auf den Märkten des Fernen Ostens, doch ohne Erfolg. Immerhin, da die Zukunft einigermaßen unsicher war, schwankten die Kurse der Aktien (zwischen 53 und 73 %). Im Jahre 1892 betrug der höchste Kurs 104 %, der niedrigste 32 %; im Jahre 1893 stiegen die Kurse von 26 bis 70 %, im Jahre 1894 von 63 bis 152 %. Während die Bilanz von 1892 noch einen Verlust von 5251 Gulden aufwies, konnte die Bilanz von 1893 bereits einen Bruttogewinn von 181 072 Gulden buchen. Die erste Dividende wurde im Jahre 1894 ausgeschüttet, wo sie 8 % betrug, und bereits im Jahre 1895 folgte eine Dividende von 44 %, als der Nettogewinn 1 260 793 Gulden betrug.

Die günstigen Erfolge der Königlichen Gesellschaft hatten zur Folge, daß das Sumatra-Erdöl auch Gegenstand verschiedener zahlreicher anderer Petroleumunternehmungen wurde. Es entstanden neue Gesellschaften, die dieses erdölhaltige Gebiet auszubeuten suchten: im Jahre 1897 die „Petroleum Maatschappij" Moeara Enim, begründet mit einem Kapital von 10 Millionen Gulden, die ihre Konzession in dem Gebiete von Patembong erhielt und eine Raffinerie gegenüber Palembang am Moesiflusse errichtete. Im Jahre 1891 wurde auch die „Petroleum Maatschappij Sumatra-Palembang" begründet mit einem Aktienkapital von 7 Millionen Gulden zur Ausbeutung eines Gebietes im Süden des Lalangflusses (im Palembang-Unterland), und an diesem Flusse wurde auch eine Raffinerie errichtet. Im Jahre 1901 wurde die „Petroleum Maatschappij Ilir" mit einem Kapital von 9 Millionen Gulden begründet. Sie hatte Konzessionen im Süden des Moesiflusses. Im Jahre 1894 wurde die „Maatschappij



tot Mijn-Bosch en Landbouw exploitatie" mit einem Kapital von 25 Millionen Gulden begründet, welche die Gebiete von Tandjoeng Beora und Langkat ausbeutete. Im Jahre 1902 wurde noch begründet die „Perlak Petroleum Maatschappij", im Jahre 1905 die „Zuid Perlak", im Jahre 1903 die „Balik-Papan Petroleum-Gesellschaft", die auf Ost-Sumatra tätig war, und endlich im Jahre 1907 die „Borneo-Maatschappij".

Die Zahl der Petroleumgesellschaften, die in Indien tätig waren, war jedoch erheblich größer. Bis zum Jahre 1918 gab es ihrer im ganzen etwa 50. Viele dieser Gesellschaften waren nur Übergangserscheinungen, da sie wohl die Initiative zu neuen Bohrungen ergriffen, aber die erhaltenen Konzessionen an andere Gesellschaften übertrugen. Jedenfalls war und blieb unter allen diesen die „Königliche" die bedeutendste, besonders deshalb, weil sie Leiter besaß, die eine weitsichtige kommerzielle Petroleumpolitik trieben. Sie verfügte über große Kapitalien und technische Hilfsmittel. Sie besaß eine Flotte von Tankschiffen, Tanken und Einrichtungen für die Verteilung in Asien. So war es denn nur zu natürlich, wenn nunmehr der Gedanke entstand, die Petroleumindustrie in ganz Niederländisch-Indien in der Hand dieser Gesellschaft zu konzentrieren. Dieser Gedanke fand rasch eine gewisse Verwirklichung im Jahre 1898, als das Übereinkommen mit der Sumatra-Palembang-Gesellschaft zustande kam und die „Königliche" den Verkauf der Produkte der Palembang-Gesellschaft übernahm. Im Jahre 1902 kam ein weiteres Übereinkommen zustande, wodurch die „Königliche" alle Gebäude und Besitzungen der Palembang in Indien zum Gebrauch erhielt, und diese Vereinbarung wurde 1910 noch in der Richtung erweitert, daß alle Besitzungen der Palembang gegen eine Anzahl von Aktien der „Königlichen" überlassen wurden. Der Konzentrationsgedanke erfuhr eine weitere erhebliche Stütze in dem Augenblick, als Moeara Enim Unterhandlungen mit der Standard Oil Company einleitete, nachdem die letzte schon seit längerem eifrig bestrebt war, den Konkurrenzkampf mit der „Königlichen" auf den Boden Asiens zu verlegen. Diesen Bestrebungen gegenüber nahm die holländische Regierung eine durchaus ablehnende Haltung ein. Dies brachte die Verhandlungen mit der Standard Oil zum Abbruch. Kurz darauf kam zwischen Moeara Enim und der Shell Co. ein Übereinkommen zustande, wodurch die Shell Co. die Kontrolle über den Verkauf der Produkte der Molara Enim erhielt.

Die Shell Transport and Trading Co. war schon seit langem eine scharfe Konkurrentin der Royal Dutch. Sie besaß über letztere insofern zuerst ein erhebliches Übergewicht, als sie über eine erhebliche Flotte von Zisternenbooten verfügte zu einer Zeit, in der die Royal Dutch überhaupt noch keine Flotte besaß.[2]) Sie wurde geleitet von dem außerordentlich fähigen Sir Marcus Samuel, der sich von einem Muschelhändler allmählich zu einem einflußreichen

Petroleumunternehmer auf Borneo aufschwang. Aus der „Samuel and Cy." entstand im Jahre 1897 die einflußreiche Shell Transport and Trading Cy., die über eine beträchtliche Anzahl von Zisternenbooten und über hunderte von Niederlagen verfügte.

Die Royal Dutch, nachdem sie ihre Konzentrationsbestrebungen in Niederländisch-Indien erfolgreich durchgeführt hatte, entschloß sich letzten Endes, mit der Shell Cy. in Verhandlungen zu treten. Im Jahre 1902 kam ein Vertrag zustande, auf Grund dessen die beiden Gesellschaften den Verkauf ihrer Produkte einer speziell zu diesem Zwecke gebildeten Gesellschaft, der Asiatic Petroleum Cy., anvertrauten, deren Kapital zu $^1/_3$ von der Royal Dutch, zu $^1/_3$ von der Shell Cy., zu $^1/_3$ von der Rothschildgruppe beschafft wurde. Fünf Jahre später wurde dieses lose Verhältnis ausgebreitet, und zwischen der Royal Dutch und der Shell Cy. kam eine innige Kooperation zustande. Am 1. Januar 1907 übertrugen die beiden Gruppen ihre gesamten Aktienbestände auf zwei Gesellschaften, bezw. auf eine holländische, die „Bataafsche Petroleum Maatschappij", und eine englische, die „Anglo Saxon Petroleum Cy". Die Bataafsche, deren Kapital gegenwärtig 200 Millionen Gulden beträgt, wurde speziell beauftragt mit der Zubereitung des Petroleums sowie mit allen jenen Funktionen, die sich auf die Produktion beziehen. Ihre erdölhaltigen Gebiete befinden sich nunmehr auf Java, Borneo, Sumatra, und die Ausbeutung dieser Gebiete erfolgt teils unmittelbar, teils durch Vermittlung einer der Schwestergesellschaften. Sie ist auch interessiert an der mexikanischen Gesellschaft „La Corona" und war auch an vielen russischen Gesellschaften beteiligt. Wenn auch die letzteren Anteile der B. sich als wenig produktiv erwiesen, so ist doch die B. in der Lage gewesen, Dividenden auszuschütten, die alljährlich beinahe die Hälfte ihres Gesellschaftskapitals ausmachten. Sie umfaßt beinahe die Gesamtheit der Petroleumproduktion von Niederländisch-Indien, die im Jahre 1921 bereits die Höhe von 20 Millionen Fässern umfaßte und die fortdauernd im Steigen begriffen ist. Um diese ungeheure Produktionsmenge zu fassen, baut die Bataafsche fortdauernd neue Schiffe, und der Fassungsraum dieser Boote betrug 1920 bereits 600 000 t.

Die Anglo Saxon Petroleum Cy., deren Sitz sich in London befindet, ist mit allen jenen Funktionen beauftragt, die sich auf die Beförderung und den Verkauf des Petroleums beziehen, mit andern Worten: mit der Gesamtheit der kommerziellen Funktionen. Im Gegensatz zur Bataafschen beschäftigt sich diese Gesellschaft in keiner Weise mit der Ausbeutung, wiewohl sie eine große Anzahl von Produktionsstrecken kontrolliert, wie in Ceylon, in Britisch-Indien, im malayischen Archipel, in Nord- und Südchina, in Siam, in den Philippinen, in Australien, in Neuseeland und in Südafrika. Das finanzielle Verhältnis der Shell Cy. zur Royal Dutch gestaltete sich in der Weise, daß



40 % des gesamten Reingewinns der Kombination der Shell, 60 % der Royal Dutch vorbehalten waren, sodaß die letztere auch ein nach außen hervortretendes numerisches Übergewicht erhielt. Die Verbindung der beiden Gesellschaften kam auch in der Weise zum Ausdruck, daß die Royal Dutch zur Wahrung ihrer Interessen am 1. Januar 1907 500 000 Shell-Aktien zum Kurse von 30 Schilling ankaufte und zugleich die Verpflichtung übernahm, diese Aktien ohne Zustimmung des Verwaltungsrates der Shell nicht wieder zu verkaufen. Die Royal Dutch hatte im Jahre 1921 in ihrem Portefeuille 967 464 Shell-Aktien, ein Zeichen, wie eng die Interessen der beiden Gesellschaften miteinander verbunden sind.

Nicht so leicht wie der Konflikt mit der Shell war für die „Königliche" der Konflikt mit der Standard Oil Co. aus der Welt zu schaffen. Die Standard Oil of New York betrachtete besonders China, ein Gebiet, auf dem nun die „Königliche" stark operierte und auf welches sie schon aus geographischen Rücksichten stark angewiesen war, als eine Art Privatkolonie. Die Standard Oil brachte die Chinesen dazu, daß hier der Gebrauch der Kerosine aufkam, indem sie unter die Chinesen gratis Lampen unter dem Namen Mei Foe (günstige Gelegenheit) verteilte, und als diese Propaganda sich als zu kostspielig erwiesen hatte, und in dem Augenblick, wo die Royal Dutch ihr Konkurrenz zu machen begann, brachte sie es dazu, daß bereits zwei Millionen Lampen jährlich in Umlauf kamen. Bei einer Bevölkerung von 200 Millionen Chinesen bedeutete das eine schier unbegrenzte Stärke für die Kerosine. Den nunmehr einsetzenden Kampf mit der Royal Dutch suchte die Standard Oil in der Weise aufzunehmen, daß sie das raffinierte Petroleum unterhalb der Herstellungskosten auf auswärtigen Märkten zum Verkauf brachte und die Gesamtheit der Produktion von Amerika unter sehr hohen Kosten unter Inanspruchnahme des Zollschutzes zurückbehielt. Sie ging sogar so weit, das Petroleum im Fernen Osten um 50 % niedriger als in Holland zu verkaufen, wiewohl dieser letztere Markt viel näher den amerikanischen Bewegungen stand. Zur selben Zeit fiel die amerikanische Raffinade, die Ende August 1910 in England 6 Pence $^1/_4$ für eine Gallone kostete, Ende November auf $3^3/_4$ und im Dezember auf $5^1/_2$. Die Erträge der Royal Dutch aus dem Verkauf der Kerosine verminderten sich gleichzeitig um 3 750 000 Dollars. Trotzdem gab die Royal Dutch den Kampf nicht verloren; sie gab den chinesischen Markt nicht auf; sie blieb dort und schritt zur Verteidigung. Sie hatte jedenfalls den Vorteil der geographischen Lage für sich, da sie die sehr erheblichen Beförderungskosten nicht zu tragen brauchte, wie dies bei den Produkten der Standard Oil der Fall war. Endlich folgte auch diesem Krieg ein Friedensschluß, Die Standard Oil, die den chinesischen Markt seit dem Jahre 1903 förmlich überschwemmte, überließ 50 % der Versorgung dieses Marktes der Royal Dutch,



welcher Anteil später sogar auf 60 % erhöht wurde, ein Sieg, der der Royal Dutch aus dem Grunde besonders leicht zufiel, weil der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten von Nordamerika kurz zuvor die Standard Oil Co. aufgelöst hatte. Nichtsdestoweniger wurden die Vereinbarungen zwischen der Royal Dutch und der Standard Oil fortgesetzt. Im Jahre 1907 setzte eine besondere Vereinbarung die Petroleummenge fest, welche jede der beiden Gruppen auf den englischen Markt liefern sollte, und im Jahre 1912 wurde eine ähnliche Vereinbarung in bezug auf den Fernen Osten getroffen. Die Standard Oil Co. machte übrigens der Royal Dutch noch mehrmals Angebote einer weitergehenden Mitwirkung, Angebote, welche jedoch immer auf eine ablehnende Haltung stießen.

Diese großen Erfolge hatte die Royal Dutch zweifellos verschiedenen Momenten zuzuschreiben, so der Unterstützung der holländischen und der englischen Regierung, der Tatsache, daß sie in Niederländisch-Indien selbst, nicht wie die Standard Oil, in den Vereinigten Staaten, kein Absatzgebiet besaß, das ihre Produktion absorbieren würde, wie auch der weitsichtigen Veranlagung der Engländer und der Holländer.

Eine große Rolle bei diesen Erfolgen spielte auch die Anti-Trust-Politik der Vereinigten Staaten, wie das oben erwähnte Urteil des Obersten Gerichtshofes der U. S. A. beweist. Aber die Historiker der Royal Dutch stimmen auch darin überein, daß auch ein persönliches Element bei diesen Erfolgen eine große Rolle mitspielte, nämlich die Person und die großen persönlichen Fähigkeiten des gegenwärtigen Leiters der Royal Dutch, Sir Henry Deterding, des Nachfolgers des Hauptgründers der Gesellschaft, des „alten" August Keßler.

Der Reorganisator der großen englischen Flotte im 20. Jahrhundert, Admiral Lord Fisher, nannte ihn einen Napoleonisten durch Mut, einen Cromwellisten durch seine Tiefe, und Pierre Espagnol nannte ihn Le Napoléon du Petrole.

Deterding war ursprünglich Agent der „Nederlandsche Handels-Maatschappij" in Penang und war Zeuge davon, wie die erste Probesendung des Langkatöles mit dem russischen und amerikanischen, die damals die Märkte des Fernen Ostens beherrschten, einem Vergleich unterzogen wurde.[3]) Als dieser Vergleich zugunsten des Langkatöles ausfiel, sah man darin die Bekräftigung der Überzeugung, die s. Z. Levysohn Worman ausgesprochen hatte, daß das natürliche Absatzgebiet des Langkatöles nicht Java bilden dürfte, sondern das Gebiet nördlich und westlich von Singapore. Keßler, der selbst die Leitung des Verkaufs in der Hand hatte, sah ein, daß das alte System der Verteilung durch Agenten in den Straits Settlements, in China, in Britisch-Indien auf die Dauer geändert werden müßte, wie sehr auch dieses System sich vorher bewährt hatte. Dabei kam noch der Umstand in Betracht, daß die Lieferung des Produktes in Büchsen und Kisten für das Unternehmen zu umständlich und



zu kostspielig war und daß der Transport in Transportschiffen vorzuziehen wäre. Zu diesem Zwecke war es nötig, daß die Agenten durch eigenes Personal ersetzt wurden, das die Verpackung in den Verteilungshäfen leiten sollte. Keßler suchte auch noch eine tüchtige Persönlichkeit, um diesen Verkauf zu regeln, und seine Wahl fiel auf Deterding, der mit dem Petroleumhandel bereits einigermaßen vertraut war. Deterding, der in Amsterdam den Schulunterricht genossen hatte, war früh in die Praxis gekommen. Er war zuerst in einem Bankbetriebe tätig und wurde dann recht bald nach dem viel verheißenden Delhi geschickt. Es war Mitte 1896, als es Keßler gelang, Deterding dazu zu bringen, daß er seine Stelle bei der Nederlandschen Handels-Maatschappij mit jener bei der Königlichen Petroleumgesellschaft vertauschte. Deterding begann seine Tätigkeit damit, daß er eine Reise nach Kalkutta, Bangkok, Bombay und nach anderen britisch-indischen Häfen unternahm, die Agenten einer Kontrolle unterzog, Gebiete für Tank-Installationen auszuwählen begann usw. Wiewohl Keßler sehr weitgehende Forderungen stellte und der Umgang mit ihm nicht leicht zu bewerkstelligen war, kam es recht bald zu einem innigen Zusammenarbeiten zwischen den beiden Männern, da Keßler die Bedeutung Deterdings für die Entwicklung der Petroleumindustrie voll und ganz erkannte. Die Erfahrung hat auch bewiesen, daß Keßler einen guten Blick gehabt hatte, indem er Deterding zu seinem Nachfolger auserwählte. Deterding war es, der das fortsetzte, was Keßler angefangen, und dem die Royal Dutch ihre gegenwärtige große weltwirtschaftliche Bedeutung verdankt.

Bereits Keßler hatte in der Zeit, als die Erträge der Petroleumquellen in den kritischen Jahren 1898—1900 zurückgingen, Lieferungsverträge mit russischen Erzeugern abgeschlossen zu dem Zweck, um den dadurch entstehenden Mangel zu ergänzen und das bereits erworbene Absatzgebiet zu behalten. Diese Lieferungsverträge liefen 1901 zu Ende. Deterding beschloß, besondere Ölladungen einzukaufen, die in den Tankeinrichtungen der Gesellschaft beherbergt und in der gewöhnlichen Art und Weise Gegenstand des Handels hätten bilden können. Es zeigte sich nämlich, daß auf diese Weise erhebliche Vorteile erzielt werden konnten, und dies schob nunmehr das rein kommerzielle Element weit mehr in den Vordergrund, als es bis dahin der Fall gewesen. Bis dahin war das Produktionsmoment die Hauptsache gewesen, während man sich nur notgedrungen mit Transport- und Verteilungsproblemen beschäftigte. Flotte und Tanks waren ursprünglich nur Hilfsbetriebe für die Ausbeutung der Ölquellen auf Sumatra. Jetzt änderte sich dies alles. Nachdem es sich gezeigt hatte, daß der größte Teil des Kapitals, der bei der Verteilung angelegt war, auch ohne Beteiligung an der Erzeugung rentabel sein könnte, wurde es für die Gesellschaft ein Interesse ersten Ranges, Öl zu kaufen

und zu verkaufen. Zuerst war es eine Lebensfrage für die Royal Dutch, ob das Langkatöl mit Gewinn verkauft werden könnte; nunmehr wurde die Frage akut, ob bei der Verteilung des Langkatöles der höchstmögliche Gewinn zu erzielen ist, der auf den Märkten des Fernen Ostens überhaupt noch zu erzielen war. Das auf niederländisch-indischem Boden großgewordene Unternehmen wurde dadurch in einem gewissen Grade von Niederländisch-Indien freigemacht, wiewohl es hier seinen Kern besaß. Immerhin blieb inzwischen der Ankauf des russischen Petroleums eine Notmaßregel, da das russische Petroleum sowohl vom Standpunkt der Erzeugungskosten, als auch vom Standpunkt der Beförderungskosten das Billigste war, und infolgedessen stand auch die Ausbreitung der Produktion in Indien im Vordergrunde, und die Royal Dutch trachtete, neue Konzessionen zu erwerben. Aus diesem Grunde war sie auch bestrebt, mit anderen Produktionsgesellschaften in Niederländisch-Indien und anderswo in Beziehungen zu treten, welche Gesellschaften das Petroleum an die Royal Dutch liefern sollten zwecks Raffinierung und Verteilung. Zu diesem Zwecke breitete auch Deterding die obengenannten Verträge mit der Perlak aus und erwarb im Perlak endgültige Konzessionen. Um diese Zeit wurde auch mit der Ost-Borneo Maatschappij das obengenannte Abkommen getroffen, um auf ihren Gebieten nach Petroleum zu bohren. Die Verbindung mit der Shell Cy., von der schon vorher die Rede war, hatte zur Folge, daß Deterding nunmehr im Jahre 1903 zum Managing Director der Verkaufsgesellschaft, der Asiatic Petroleum Cy. gewählt wurde.

Die vorher erwähnten Vereinbarungen der Royal Dutch mit der Standard Oil hatten keinen endgültigen Charakter, sondern bildeten nur den Abschluß von gewissen Vorpostengefechten. Wie sich seinerzeit die Standard Oil in das ureigenste Gebiet der Royal Dutch vorgewagt hatte, so tat dasselbe nunmehr in analoger Weise die Royal Dutch unter Deterdings Führung. Die Standard wurde von der Royal Dutch in Amerika selbst, also in ihrem ureigensten Besitzstande bedroht, indem die Royal Dutch nach den Vereinigten Staaten eine Schiffsladung von Petroleum brachte und sie vor den Augen der aufs höchste erstaunenden Standard Oil verkaufte,[4]) hierauf auch petroleumhaltige Gebiete in Oklahana erwarb. Die Inferiorität des Borneo-Öles suchte die Royal Dutch durch Neuerwerbungen in Kalifornien zu kompensieren. In Oklahoma bildete die Royal Dutch die Roxana Petroleum Cy., in den Feldern von Californien bildet sie die „Shell Cy. of California", sodann machte sie Neuerwerbungen in Texas, in Neu-Mexiko, in Colorado, in Utah, in Arizona, in Montana, in Dakota, in Newada. Dabei bediente sie sich immer und überall der gleichen, beinahe feststehenden Methode: Sie erwirbt für den Anfang eine sechsmonatige Option für die petroleumhaltigen Gebiete, die ihr das Recht verleiht, die Bücher der Gesellschaft zu prüfen und eine Unter-



suchung zu veranstalten. Nach Ablauf dieser sechsmonatigen Frist erwirbt sie eine Option auf ein anderes petroleumhaltiges Gebiet und wendet dasselbe Verfahren in eben diesem Gebiete an. Nachdem sie alle derartigen Optionen der Reihe nach erworben hat, ist die Royal Dutch bereit, die Bohrungsarbeiten in den Feldern ihrer Wahl zu beginnen. Diese Methode, die zum ersten Mal in Kalifornien Anwendung fand, ist heutzutage die bei der Royal Dutch überhaupt übliche Methode.

Aber nicht nur mit niederländisch-indischem Petroleum und mit Bohrungen auf amerikanischem Gebiet suchte die Royal Dutch der Standard Oil das Feld in Amerika selbst strittig zu machen. Auch das amerikanische Kapital suchte Deterding unmittelbar für sein Unternehmen zu interessieren. Im Jahre 1916 führte Deterding auf dem New Yorker Markt 220 000 Dollar amerikanische Aktien ein. Diese Emission hatte einen großen Erfolg und hatte auch zur Folge, daß die Regierung der Vereinigten Staaten keinerlei Repressalien der Royal Dutch gegenüber anwendete. Im Jahre 1915 übrigens kam es bereits so weit, daß die Royal Dutch den neunten Teil der amerikanischen Produktion kontrollierte. Der dritte Teil der Weltproduktion der Royal Dutch ging schon im Jahre 1921 von den Vereinigten Staaten aus. Sie besitzt jetzt große Raffinerien in Martinez bei San Franzisko, in Saint Louis und in New Orleans. 75 % der kalifornischen Produktion, die den Betrag von 10 Millionen t übersteigt, entgeht nunmehr der Kontrolle der Standard Oil Co. Die Royal Dutch bemächtigte sich nunmehr der Quellen in Mexiko und in Venezuela. Die petroleumhaltigen Gebiete in Tampico und Panama gehören nunmehr der Royal Dutch. Die Nähe der See und die Nachbarschaft des Panamakanals vergrößern den Wert dieses Besitzes. 350 km Schiffahrt, 175 km Kanal quer durch die Meerenge von Panama ermöglichen es, das Petroleum nach einem Mittelpunkte zu liefern, der den ganzen nordamerikanischen Markt beherrscht. Durch den im Jahre 1918 von Lord Cowdray erfolgten Ankauf der Mexican Eagle beherrscht die Royal Dutch nunmehr die Gesamtheit der mexikanischen Petroleumerzeugung. Durch diesen Ankauf vergrößerte die Royal Dutch die Petroleummengen, die sie der Welt anbieten kann, um etwa 50 %. Der Mexican Eagle besaß eine große Menge von Zisternenbooten. Der Übergang des gesamten Besitzstandes des Mexican Eagle in die Hände der Royal Dutch vergrößerte die Flotte der letzteren bis zu einer Million Tonnen. Das der Royal Dutch nunmehr in Venezuela zugehörige petroleumhaltige Gebiet, das nach Abschluß des Vertrages mit der General Asphalt Cy. ein Gebiet von 15 000 Quadratmeilen übersteigt, dürfte mit dem Gebiete von Tampico vom Standpunkte seines Petroleumgehaltes durchaus gleichwertig sein. Deshalb hat denn auch die Royal Dutch große Anlagen in Curaçao errichtet, Lager und Raffinerien. Selbst der Panamakanal steht unter einem starken

Einfluß der Royal Dutch, die sowohl am Ausgang des Kanals selbst als auch am Golf eigene Stationen besitzt. Ebenso wie Großbritannien hat auch die Royal Dutch eigene Lager an allen strategischen Punkten der Welt. Sie kontrolliert den Kanal von Suez. Die Ergiebigkeit der Raffinerie von Suez ist bis zu 7000 Fässern täglich gestiegen. Auf den Inseln des Grünen Gebirges (Cap Vert) wurde, mitten auf dem Wege zwischen Afrika und Amerika, von der Royal Dutch eine besondere, äußerst bedeutsame Niederlage errichtet. Die Royal Dutch ist nunmehr auch in den Besitz der petroleumhaltigen Gebiete der Familie Rothschild in Asien getreten, sodaß sie jetzt 90% des Kapitals der Petroleumgesellschaften vom Kaspischen und vom Schwarzen Meere und 25% der Aktien der Neuen Gesellschaft des russischen Standard in Großny besitzt. Im August 1920 kaufte die Royal Dutch Shell die Aktien der „Mantascheff" und der „Lianosoff", erwarb mehr als 40% der Interessen der „Tsaturoff", um die Standard Oil zum Erwerb der Nobel-Gruben in Baku nicht gelangen zu lassen.

Auch in Rumänien besitzt sie großen Einfluß, wo sie etwa 31% der Gesamtproduktion kontrolliert, während die Standard Oil nur auf etwa 10% Einfluß hat. Im Jahre 1906 wurde die „Geconsolideerde Hollandsche Petroleum Maatschappij" errichtet und später die Astra Romana. Die Geconsolideerde erwarb 1910 die Gebiete der Kasbeck Syndicate Ltd. in Rußland.[5])

In Ägypten erlangte die Royal Dutch das Kontrollrecht der Anglo-Egyptian Oilfields Ltd. Die Interessen auf dem europäischen Kontinent erhielten Verstärkung durch die Errichtung der Société pour l'Exploidation des Pétroles und der Société Maritime des Pétroles in Frankreich, sowie der „Photogen" in Holland, welch letztere hauptsächlich in Polen und den Sukzessivländern der österreichisch-ungarischen Monarchie arbeitet. Auch in Spanien und in Schweden fand die Royal Dutch Eingang.

Der Kampf um das Petroleum ist ein gewichtiger Bestandteil des Kampfes um die Herrschaft der Welt. Die Erfolge der Royal Dutch sind aber zu gleicher Zeit Erfolge Englands, da die Royal Dutch zweifellos unter starkem englischen Einfluß steht. Pierre L'Espagnol de la Tramerye behauptet sogar[6]), im Januar 1917 hätte die englische Regierung im Wege der Requisition die Aktien der Royal Dutch, die sich im Besitze von englischen Staatsangehörigen befanden, angekauft. Durch Vermittlung von privaten Kaufleuten seien so 74000 Aktien in den Besitz der englischen Regierung gekommen. Der französische Autor meint auch, dieser Kauf sei die Folge einer Verständigung zwischen der englischen und der holländischen Regierung gewesen, wie denn auch die Interessen der niederländischen Dynastie, in deren Händen sich viele Aktien der Royal Dutch befunden hätten, hier eine große Rolle gespielt hätten. Diese Behauptungen werden in Holland bestritten, was ja schon mit Rücksicht auf



die Bestimmungen der Satzungen der Royal Dutch durchaus erklärlich ist; aber nicht bestritten wird auch hier, daß die englische Regierung eine Kontrolle ausübt auf die Anglo-Persian Oil Ltd. Cy., eine Tatsache, die auch von der englischen Regierung selbst offen zugegeben wird; ja im Mai 1924 erklärte sogar der englische Handelsminister auf eine diesbezügliche Anfrage vom englischen Unterhause, daß die englische Regierung nicht die Absicht habe, ihren Besitz in der Anglo-Persian aufzugeben. Zwei Drittel der ersten Emission der Aktien der Anglo-Persian befinden sich heutzutage in den Händen der englischen Regierung, das letzte Drittel in den Händen der Great Burmah Oil, die von der englischen Admiralität geleitet wird, was alles England die absolute Kontrolle über das Unternehmen sichert. Die Anglo-Persian ist aber seit dem Jahre 1915 liiert mit der Royal Dutch, und sie war sogar bis zum Jahre 1922 verpflichtet, den größten Teil ihrer Produktion durch Vermittlung der Royal Dutch zum Verkauf zu bringen. Die Royal Dutch leistet denn auch zweifellos England wichtige wirtschaftliche Dienste, so in Indien, in Ägypten usw., ist aber auch andererseits eines starken englischen Schutzes teilhaftig, wie dies z. B. der Fall von Venezuela sprechend beweist, wo die venezuelanische Regierung bestrebt war, ihre Rechte in bezug auf die von der Royal Dutch gewünschten Konzessionen geltend zu machen, und wo die venezuelanischen Gerichtshöfe auch tatsächlich die Gültigkeit der für 50 Jahre der „Colonial Development“, an der die Royal Dutch interessiert ist, verliehenen Konzessionen anerkannt haben.

Wie bereits mehrmals betont wurde, ist die Royal Dutch zu einer weltwirtschaftlichen Macht angewachsen. Die Entwicklung war langsam, aber beständig. Sie wird treffend durch folgende, von der Direktion der Royal Dutch mir freundlichst zur Verfügung gestellten Ziffern illustriert:

	Kapital		Dividende	Produktion
	statutarisch	ausgegeben	in %	in t
1890	1 300 000	1 300 000	—	—
1892	2 300 000	1 700 000	—	4 062
1896	5 000 000	3 000 000	46½	51 984
1900	5 000 000	5 000 000	8	51 051
1902	10 000 000	6 000 000	35,85	242 077
1906	20 000 000	10 280 000	73	613 736
1907	50 000 000	39 780 000	27¾	1 099 659
1911	70 000 000	48 438 000	19	3 128 699
1916	120 000 000	78 127 000	38	5 284 038
1918	200 000 000	171 054 400	40	3 891 092
1919	370 000 000	213 808 000	45	6 479 614
1921	579 000 000	321 457 000	31	11 415 031
1923	570 000 000	321 457 000	25	16 142 772

Sowohl durch ihre weltwirtschaftlichen Verflechtungen als auch durch ihre Produktions- und Absatzgebiete ist die Royal Dutch national-holländisch nur in einem ganz relativen Sinne, nämlich vom Standpunkte der formalen Jurisprudenz, vom Standpunkte der Satzungen. Daß jedenfalls solche Ideen, wie die eines geschlossenen Handelsstaates, auf solche Gebilde wie die Royal Dutch garnicht passen, im Gegenteil, ihrer Entwicklung in hohem Grade abträglich sein müssen, beweist außer der vorerwähnten noch die hochgewichtige Tatsache, daß vor allem der innere holländische Markt (im europäischen Holland) zu einem sehr geringen Grade von der Royal Dutch versorgt wird, im Gegenteil beinahe der ganze innere Petroleummarkt Hollands vom Auslande gedeckt wird. Der Petroleumbedarf Hollands in den letzten Jahren wies folgende Ziffern auf:

1914	1 135 000	Fässer (zu 150 kg)
1916	1 140 000	„
1918	60 000	„
1920	903 709	„
1922	1 132 543	„
1923	1 235 660	„

Die außerordentlich niedrige Ziffer des Jahres 1918 ist selbstredend auf die Ereignisse des Krieges zurückzuführen, und auch 1920 litt offensichtlich unter den Nachwirkungen des Krieges.—

Die Zufuhr des fremden Petroleums erfolgte über Rotterdam und Amsterdam und verteilte sich in folgender Weise:

	Rotterdam	Amsterdam
1916	1 775 000 Fässer	596 000 Fässer
1922	1 065 755 „	590 897 „
1923	653 151 „	737 131 „ [1])

Die Ursprungsländer des in Holland eingeführten Petroleums waren recht verschieden und verteilten sich je nach den einzelnen Petroleumgattungen folgendermaßen:

1. Raffiniertes Petroleum und Kerosine (Lampenöl) wurde im Jahre 1923 in der Gesamtsumme von 196 521 t eingeführt, von denen 183 590 t aus den Vereinigten Staaten von Nordamerika, 3837 t aus Mexiko und kleinere Mengen aus anderen Ländern stammten.

2. Heizöl wurde im Jahre 1923 in der Gesamtsumme von 256 872 t eingeführt, von denen 203 514 t aus Mexiko stammten, 22 071 t aus Südamerika, 10 984 t aus Curacao und 11 253 t über England eingeführt wurden.

3. Benzin wurde im Jahre 1923 in der Gesamtsumme von 68 397 t eingeführt, von denen 32 772 t aus Niederländisch-Ostindien, 27 686 t aus den



Vereinigten Staaten von Nordamerika und kleinere Mengen aus anderen Ländern stammten.

Von Gasöl wurden insgesamt 62 600 t eingeführt, von denen 56 000 t aus den Vereinigten Staaten von Nordamerika stammten.

Diese Zahlen ergeben den Beweis, daß das in Holland verwendete Lampenöl zumeist aus Amerika, das in Holland verwendete Heizöl zumeist aus Mexiko eingeführt wurde, und daß nur auf dem Gebiete der Benzineinfuhr die niederländisch-indischen Produkte (neben den amerikanischen) eine nennenswerte Rolle spielten.

Wenn die holländische Petroleumindustrie eine Rolle in der Weltwirtschaft spielt, so geschieht es nicht aus dem Grunde, als ob der holländische Markt irgendwie in dieser Hinsicht maßgebend wäre, sondern ausschließlich und allein durch die wirtschaftliche Macht, die in den unermeßlichen Petroleumrevieren der holländischen Kolonialgebiete steckt, in den daraus erfolgenden weltwirtschaftlichen Verflechtungen und den damit verbundenen ungeheuren und unermeßlichen wirtschaftlichen Einflußsphären.

Anmerkungen

1) H. Blink, De Petroleumindustrie, Entwikkeling, verbreiding, staatskundige en economische Beteekenis (Tijdschrift vor economischeo Geographie 1924, S. 301 uff.). — Geschiedenis von de Koninkl. Ned. Maatschappij tot Explotatie von Petroleum bronnen in Ned. Indie, Rotterdam.

2) Pierre L'Espagnol de la Tramerye, La luttemondiale pour le petrole. Paris 1921, S. 67 uff.

3) Blink, a. a. O. S. 306 uff.

4) Pierree L'Espagnol de la Tramerye, a. a. O. S. 72 uff.

5) Nach dem Jahresberichte der Gesellschaft für 1910.

6) Pierre L'Espagnol, a. a. O. S. 92.

7) Blink, a. a. O. S. 330.

KURT HESSE:
RUND UM DEN PAZIFIK

Nun ist es schon bald wieder ein Jahr her, daß ich die große Kehre nach Los Andes hinabfuhr. Es war an einem der letzten Septembertage 1924. Vier Wochen reiste ich dann in Chile, bis zu den Seen und den Häfen des Südens. Nahm nachher in Coral den „Radames" der Kosmos-Linie. Hatte noch Zeit genug, für drei Tage in die Salpeterfelder von Taltal zu gehen und einen Abstecher von einer Woche hinauf nach La Paz, der Hauptstadt von Bolivien, zu machen und von hier mit dem Dampfer über den Titicaca-See, weiter dann mit der Peruanischen Bahn nach Molliendo zu fahren. Lima wurde besucht; mehrere andere kleine Häfen an der peruanischen Küste lief der Dampfer noch an, dem ich noch bis zum Panama-Kanal, bis Christobal, dem Hafen auf der atlantischen Seite, treu blieb.

Einige Tage am Panama-Kanal und dann mit einem schönen Schiff, der „White fleet", der United-Fruit-Co. nach Havanna auf Kuba. Und von hier nach Key-West, der Südspitze von Florida — schon in U. S. A. — und dann zweieinhalb Monate kreuz und quer durch die Vereinigten Staaten, so geht die Reise denn weiter.

Die Weihnachtstage verlebte ich schon wieder in San Franzisko, unter Palmen am Meere. Das neue Jahr sah mich in Yosemite Schlittschuh laufen. Am Abend des 12. Januar trug mich die „Panama Maru" mit nur einem europäischen Mitpassagier hinaus auf den unendlichen Pazifik. Einen kalten, ungemütlichen Februar und erste Märztage verlebte ich in Japan. Dann ging es über Korea, Mukden, Dairen, Port Arthur, Tientsin nach Peking. Hier eine glückliche Woche bei herrlichem Frühlingswetter und dann reiste man unter mancherlei Schwierigkeiten über Tsinanfu nach Nanking und Shanghai, besuchte auf dem Wege dahin den alten deutschen Platz Tsingtao, den Taisan, den heiligen Berg, Küfu, die Grabstätte des Confucius und Chüchofu, das Quartier eines Revolutions-Generals. Es war spät im April, als ich die „Münsterland" der Hamburg-Amerika-Linie verließ, um nach Java herüberzugehen.

Das ist in kurzem die Reisegeschichte. Und nun gebe ich Eindrücke, wie sie mir frisch in der Erinnerung sind. Es ist das, was das Auge sah und was das Ohr hörte, was ein junger suchender Mensch in sich aufnahm — was vielleicht noch der Verarbeitung bedarf. Was seinen Wert aber wohl darin hat, daß es eben frisch zu Papier Gebrachtes ist.

* * *

An Chile werde ich immer gern zurückdenken. Es ist ein freundliches Land. Das gilt für seine Natur wie für seine Menschen. Und es gilt auch für die Deutschen dort.

Wenn man über die Anden hinüberkommt, so merkt man sehr bald: Hier weht eine andere Luft als in den brasilianischen Kaffeeplantagen und auf der weiten argentinischen Pampa. Drüben an der Ostküste sehen die Augen der Menschen so eigenartig fragend den Deutschen an. So zweifelnd. Früher soll das nicht so gewesen sein. Da soll man jeden mit einer gewissen schon äußerlich zur Schau getragenen Freude begrüßt haben und jeder, der kam, soll gefühlt haben: Man heißt Dich willkommen, Dich als Deutschen. Du bürgst uns für Ehrlichkeit und Zuverlässigkeit, für Fleiß und für Ordnung! Die Jahre der Nachkriegszeit haben die Menschen dort andere Erfahrungen machen lassen. Und das merkt der Reisende heute. Es kostet ja Mühe, zu überzeugen, daß man „nur“ um die Welt reist — daß das wahr ist. Leider ist es ja so — das sagt man heute nach dreizehnmonatiger Fahrt rings um die Erde: Es gibt keinen Deutschen mehr draußen, der um seines Vergnügens willen reist oder um des Studiums, das ihm ja doch kein Geld einbringt. Wer von Landsleuten auf den Schiffen des Atlantik und Pazifik zu treffen ist, denkt letztens immer wieder an Arbeit und Geld.

Als hätte sich der Strom der Einwanderer an den Anden gebrochen, so dünkt das Bild. Die Erklärung dafür ist sehr einfach: Das Geld reichte eben nicht weiter als bis nach Brasilien oder allenfalls bis nach Buenos Aires. Die Westküste hat nur wenige neue Einwanderer nach dem Kriegsende gesehen, hat darum auch keine Erfahrungen mit ihnen gemacht. Und so findet denn der Deutsche dort eine Aufnahme, die allgemein herzlicher und freundlicher ist als in den Ländern des Ostens. Ich betone noch einmal, daß das nur im großen und ganzen gilt. Ich für meine Person möchte da keinen Unterschied ziehen; habe ich doch in Brasilien und besonders in Argentinien Gastfreundschaft in reichstem Maße erfahren, für die ich nur immer dankbar sein kann.

Der Chilene trägt schon ein Stück preußischen Gesichts. Wenn er sich auch selber gern oft dem Engländer vergleicht. Wer die Pickelhauben dort gesehen, wer die Escuela militare besucht, den chilenischen Offizier gesprochen hat, weiß: Hier steckt ein Stück Preußentums. Hier lebt das, was auch uns einmal groß gemacht hat: die Einfachheit, Pflichtauffassung, Härte.

In den Tagen, wo ich in Santiago de Chile war, spielte das Militär eine große Rolle. Unlängst hatte der Präsident das Land verlassen müssen. Ein Gefühl der Unsicherheit war allenthalben zu merken. Der Offizier empfand vollauf die Bürde der Verantwortung, die auf seinen Schultern lag. Man konnte nicht sagen, daß die „Revolution“ dem Alltag dort einen besonderen Stempel aufgedrückt hatte. Ruhig ging das Leben seinen Gang. Man

bemerkte nichts von besonderen polizeilichen Maßnahmen. Die Geschäftsleute hatten zu tun und die Überfüllung der Hotels in der Landeshauptstadt war durchaus kein Zeichen außergewöhnlicher Zustände.

Deutschsprechende „Kolonien“ in dem Sinne, wie wir sie im Süden von Brasilien, in den Staaten Santa Catharina und Rio Grande do Sul haben, finden wir in Chile eigentlich nur im Süden, in der Gegend von Valdivia, von Osorno, am See Llanquihue und bei Puerto Varas, der südlichsten chilenischen Eisenbahnstation, einem entzückend gelegenen Hafen, der auch bisweilen von deutschen Schiffen angelaufen wird. Was hier sitzt, ist altes Kolonistentum aus den 48er Jahren. Was ist doch damals hinausgegangen! Wie merkt man doch noch bis heute den Geist jener Zeit, jener Männer, die ihre national-liberale Idee mit seltenem Stolz, mit seltener Eigenwilligkeit und Hartnäckigkeit verfolgten und die lieber ihr Vaterland hinter sich ließen, als den Inhalt ihres Denkens preisgaben! In der dritten und vierten Generation also spricht man jetzt hier noch deutsch und denkt — doch nicht deutsch in dem Sinne, wie wir das so oft annehmen, sondern in dem ganz natürlichen, daß man eben Bürger einer neuen Heimat ist, eben Chiles. Was nicht hindert, daß man ein warmes Interesse an den Vorgängen daheim nimmt — und sich oft doch nur noch sehr schwer die Dinge, wie sie wirklich sind, vorstellen kann. Das ist ja vielleicht überhaupt das Charakteristische für das Auslandsdeutschtum, wie wir es in Südamerika ansässig finden, daß man gut deutsch fühlt, daß man aber von der Heimat zu weit entfernt ist, um sich ein richtiges Bild von allem, was geworden ist, und was weiter wird, zu machen.

Die Deutschen in Chile sind zu Wohlstand gekommen, das kann man wohl im allgemeinen sagen. Leicht ist ihnen das nicht gemacht worden. Es ist ein schwerer Kampf mit der Natur, mit dem mageren Boden, mit dem Urwalde, mit dem Wetter gewesen. Chile ist nicht Brasilien, Chile hat ein ganz anderes Klima als Argentinien; es regnet viel in Mittel- und Südchile. Es gibt auch keine weiten und fruchtbaren Ebenen wie jenseits der Anden. Noch heute brennt man den Wald herunter, wo man zu siedeln anfängt. Denn Siedlungsland ist noch genug vorhanden, aber nicht mehr rechts und links der Bahn, nicht mehr an den großen Straßen, sondern abseits. Und es ist dabei immer eine Rechnung, in die der Kolonist, der hinausgeht, besondere Faktoren einsetzen muß, solche wie: Geduld, zähe Arbeitskraft, Anspruchslosigkeit, Verzicht auf Vergnügen und geselligen Verkehr, auch gewissen finanziellen Rückhalt, falls die erste und auch die zweite Ernte nicht einschlägt. Denn das kommt auch vor.

Chile ist, wie es mir scheint, mit seinen Deutschen ganz zufrieden. Sie haben sich eben assimiliert. Sie sprechen selbstverständlich im geschäftlichen



Leben spanisch-chilenisch. Deutsch ist nur die Sprache zu Haus, in der Familie, in der Schule. Zu sehen, unter welchen Opfern die deutsche Schule aufrecht erhalten wird, ist für jeden deutschen Reisenden ein erfreuliches Bild und es lohnt sich, sein Scherflein für solchen Zweck zu geben.

Sind die deutschen Interessen im Süden mehr agrarische und kaufmännische, so sind sie im Norden solche des Salpeters. Und doch ist das, was wir in der Heimat sehr oft hören, falsch, daß unsere Interessen die hauptsächlichen dort wären. Das ist in gar keiner Weise der Fall. Nur zu einem kleinen Prozentsatz sind wir an der Gewinnung des Salpeters beteiligt. In erster Linie sind englische und amerikanische Firmen die Abbauer. Und im Markte — ist durch den Krieg eine völlige Verschiebung eingetreten. Vor 1914 — das ist richtig — war Deutschland der Hauptabnehmer, heute — geht fast alles nach Amerika, in die Vereinigten Staaten. Wir können den Salpeter nicht mehr bezahlen und wir haben außerdem den Stickstoff als neues und preiswerteres Düngemittel.

Das ist eine der großen wenig beachteten Verschiebungen auf dem Weltmarkte, daß eben Nordamerika heute ungefähr den gesamten Salpeter verbraucht. Es zeigt auch, daß sich hier eine wesentliche Wandlung von der extensiven zur intensiven Wirtschaft vollzogen hat. Der amerikanische Farmer hat eben viele Jahrzehnte Raubbau getrieben. Jetzt ist der Boden müde geworden und bedarf der Auffrischung. Und so geht denn heute Schiff um Schiff aus Taltal und Iquique und Antefogasta nach dem großen Amerika, das seine Arme schon bis hierher ausstreckt und dessen Einfluß man mehr und mehr spürt, wenn man nordwärts kommt.

Wohl hat der amerikanische Handel naeh dem Kriege einen Rückschlag erlitten, hat viel wieder an Boden verloren, was er schon in Südamerika in den Jahren von 1914—1918 gewonnen hatte; aber es ist doch bei der jetzigen amerikanischen Entwicklung unzweifelhaft, daß eine neue stärkere, südwärts gehende Welle der Kapitalanlagen und der selbständigen Wirtschaftsunternehmungen der ersten folgen muß.

Solchen stärkeren Einfluß erkennt man schon in Peru. Obwohl man hier bisweilen meint, daß Frankreich dominiere. Weniger mit seinem Kapital, als mit seiner Kultur. Das muß man ja überhaupt für Südamerika im großen zugeben, daß Paris Trumpf ist und daß man den Franzosen, wenn man ihn auch nicht immer gern hat, so doch gerne imitiert. Und wieviele reiche Argentinier und Brasilianer reisen nicht Jahr für Jahr nach der Seine-Metropole!

Peru scheint mir auch für den Deutschen garnicht ein so übler Boden zu sein. Gewiß, das Klima stellt Anforderungen an den Menschen — aber das Land ist weniger noch bekannt, weniger erschöpft und ausgenutzt als andere. Es



ist aufnahmefähiger noch für Menschen, obwohl auch hier wieder gleich die Warnung eingeschaltet sein soll, daß man nicht unüberlegt hinausgehe, daß man erst frage und prüfe. Wer wagt, gewinnt! ist doch für Südamerika nur mit Bedenken anwendbar. Für die Vereinigten Staaten lasse ich es unbedingt gelten. Dort kommt der Tüchtige vorwärts, denn dort ist Arbeitsmöglichkeit, Entwicklung, Aufstieg, Raum, Kapitalüberfluß, Erfindungsgeist, immer neues Werden und Schöpfen und Kraftentfaltung.

So spreche ich denn von Amerika, dem mächtigen Amerika, das seine Vertreter in den lateinischen Ländern angewiesen hat, der Frage der japanischen Einwanderung ernstete Beachtung zu schenken und wenn nötig, ihr einen Riegel vorzuschieben; — das asiatische Element sucht sich eben den freien Weg. Überall in den Hafenplätzen Perus findet man heute japanische Kolonien; nach Brasilien ist in großem Maße die Auswanderung organisiert; unzählige der Arbeiter dort auf den großen Plantagen sind Japaner. Und der Amerikaner fürchtet, daß ihm vielleicht eines Tages bei seinem Vordringen nach dem Süden durch die fremde Masse weitere Schwierigkeiten werden könnten.

Sah man noch unten in den Häfen von Chile und Peru viele deutsche Schiffe, so wurden sie in Los Angeles und San Franzisco eine Seltenheit. Wir haben ja auch vor dem Kriege den Pazifik kaum befahren. Und heute können wir eben unsere Flagge dort seltener nur noch zeigen als einst. Wie wir zurückgesteckt haben, das wurde mir so recht klar in Christobal am Panama-Kanal, wo die großen Linien der Welt ihre Häuser stehen haben, wo auch einmal die Hamburg-Amerika-Linie und andere deutsche Firmen sich stolz vertreten sahen. Heute sitzen wir in Winkeln und man muß die Schilder suchen, ehe man sie findet.

Ich war überrascht, in Kalifornien eine so scharfe Sprache gegen Japan feststellen zu müssen. Jeden Tag eigentlich brachten die Blätter neue Sensationsnachrichten. In der Gesellschaft äußerte man sich doch sehr scharf über die andere Rasse. Oft fiel das Wort „Krieg", aber wie es schien, hatte man über die praktische Möglichkeit eines solchen Krieges weniger nachgedacht und war sich nicht selten im Unklaren, wie ein solcher wohl verlaufen würde. Darüber hat man aber auch in Deutschland merkwürdige Ansichten. Man ist sich scheinbar der ungeheuren Entfernung zwischen Amerika und Asien nicht recht bewußt. Es sind doch 10 000 Kilometer! Hier mit einer Flotte zu operieren, geschweige denn mit einer Armee auf Schiffen, die Kriegsmaterial und Ernährung mit sich führen soll, ist doch ein Unternehmen, was den Transport der Million Amerikaner über den Atlantik völlig in den Schatten stellt. Ich halte es für undurchführbar und ich glaube auch nicht daran, daß Amerika ernstlich solche utopistischen Pläne hat. Dieser Krieg ist auch nicht so ohne weiteres für Amerika entschieden, wie man das hier oft hört.



Gewiß sind die Vereinigten Staaten zehnmal wirtschaftlich überlegen, und da sie Hauptabnehmer der japanischen Seide sind, des Hauptausfuhrartikels, wie überhaupt das bedeutendste Exportland für Japan, so können sie selbstverständlich das Inselreich auf das schwerste schädigen. Aber, ob sie es damit auf die Kniee zwingen können, ist doch sehr zweifelhaft und sie riskieren selber schwere Schädigung ihres Handels im ganzen fernen Osten, vor allem in China. Dazu sind die Philippinen ein angreifbares Objekt. In Washington weiß man sehr viel besser als in San Francisco, wie ein solcher Krieg zu beurteilen ist; man verurteilt dort leichtfertiges Geschwätz.

In der Wanderungsfrage läßt sich doch zwischen Nord- und Südamerika ein gewisser Vergleich ziehen. Die Deutschen, die man heute in Kalifornien trifft, sind eigentlich alle bereits längere Zeit im Lande. Als sie einmal in New York oder Baltimore landeten, hatten sie eben nur noch einige Dollar in der Tasche und konnten damit nicht die weite Reise bis an den Pazifik unternehmen. Erst, als sie etwas Geld verdient hatten, wanderten sie weiter westwärts. Es ist ja oft ein ausgesprochener „Wandertrieb", der die Menschen veranlaßt, ihre Arbeitsstätte zu verlassen, sich eine neue zu suchen. Sie verbessern sich oftmals garnicht. Aber sie halten es an der anderen Stelle nicht mehr aus. Auch in Süd-Amerika traf ich verschiedentlich junge Deutsche, die schon zwei oder drei Jahre lang „reisten". Sie arbeiteten irgendwo drei oder vier Monate; dann setzten sie sich auf die Bahn oder liefen ein paar hundert Kilometer zu Fuß oder ritten auf einem Pferd oder Maultier — bis das Geld ungefähr zu Ende war und dann fingen sie wieder von vorn an. Das ist nichts für jedermann. Nur einer, der „alles kann" oder sagen wir, der etwas versteht, was man überall gebraucht, kann wandern. Ein Landarbeiter taugt nicht dazu, wohl aber ein Stellmacher oder Schmied, besonders wenn er noch etwas von der Tischlerei versteht und von der Elektrotechnik. Wir sind auch darin dem Nord-Amerikaner sehr ähnlich, der selber die Unruhe in seinem Blute hat. Wenn man die Erklärung dafür finden will, daß die Arbeiter bei Ford nur so kurze Zeit aushalten, so liegt das m. E. doch nur wenig an der Arbeit, der Anspannung an der „Kette", sondern der eigentliche Grund dafür ist der Wandertrieb.

Man kann nun nicht gerade sagen, daß sich in den Städten von Kalifornien das beste Element angesammelt hätte. „Wild West" trat mir niemals deutlicher vor Augen als auf der Market-Street von Los Angeles. Man konnte dort eigentlich nur mit der Schiebermütze gehen, mit einem Hut kam man sich zu anständig vor. Wir machen uns von Kalifornien immer das Bild, daß es eines der schönsten Länder der Erde sei. Man sieht doch da auch sehr viele Schatten. Man komme nur einmal nach Bakersfield: wie hier Menschen hausen. . . einen Hund würde man bei uns kaum in solche Hütte

jagen. Daneben dann aber sieht man auch Paläste, Wolkenkratzer. Kalifornien ist ja das Land der am raschesten gewachsenen Städte. Hier trifft man denn auch die berühmten Tafeln: „Das ist die neue Stadt Willingstown" und es steht noch kein Haus da außer einer Agenten-Bude. Aber drei Wochen später schon entstehen zwei Wolkenkratzer — Hotels natürlich und ein Netz von elektrischen Drähten überspannt das Gelände. Man baut Häuser, ohne daß man eine Bestellung hat. Man legt breite asphaltierte Straßen an, ohne daß zunächst jemand darauf fährt. Man macht es aber dem Menschen leicht, hier zu bleiben.

Eine Anzahl größerer Fabrikunternehmungen in San Francisco, Fresno (im innerkalifornischen Tal) und Los Angeles, sah ich mir an. Hier wie überall in den Vereinigten Staaten war der Gegenstand meines Interesses die Arbeiterwohlfahrt. Es ist erstaunlich, was Amerika auf diesem Gebiete getan hat, und es ist traurig, welch ein falsches Bild wir in dieser Hinsicht gerade von Amerika haben. Keinem der Arbeiter der Welt geht es so gut wie dem amerikanischen, obwohl er keine Sozialversicherung hat. Und nichts hat auf der Welt einen tieferen Eindruck auf mich gemacht als der Typ dieses amerikanischen Arbeiters. Das Wundervolle an ihm ist sein Stolz auf die Arbeit. Das Herrliche an Amerika überhaupt ist ja dieses ungeschriebene Gesetz, daß nur die Arbeit Wert hat; nach der Form, in der sie geleistet wird, fragt niemand. Ob jemand Steine klopft oder ein Buch schreibt, das Entscheidende ist, daß er arbeitet und damit etwas der Gemeinschaft Nützliches tut. Wer aber nichts besseres weiß, als die Renten seines Kapitals zu genießen, wird in Amerika keine Freunde haben.

Der leitende Gedanke der amerikanischen Industrie ist: den Arbeiter gut zu bezahlen und niemals in die Rechte seines Menschen einzugreifen. Will sich jemand versichern, so mag er es auf eigene Kosten tun; will jemand ein Haus bauen, so mag er sich an den Unternehmer dafür wenden. Will jemand etwas billig und preiswert kaufen, so mag er das Geschäft dafür selber finden und seinen Preis machen. Der Arbeitgeber sorgt in der Regel nur dafür, daß sein Arbeiter in seiner Fabrik gesund bleibt — er trifft also alle Vorkehrungen für den Schutz der Arbeiter —, er sorgt für die Möglichkeit guter ärztlicher Behandlung und er richtet vielleicht noch Speise- und Klubräume ein; vielleicht auch noch Verkaufsräume für den einen oder anderen Artikel — aber auch hier schon hört man bisweilen Befürchtungen, daß der Arbeiter auf den Gedanken kommen könnte, der Fabrikherr wolle durch solche Dinge noch ein besonderes Geschäft machen.

Die kalifornische Industrie läßt sich nicht mit der im Osten des Landes vergleichen. Sie ist eben noch im Entstehen. Sie wird auch m. E. niemals das werden, was die andere ist. Dazu fehlen ihr die Grundlagen. Eisen und



Kohle ist eben hier nicht vorhanden. Gewiß ist das Öl als Brennstoff da, und auch Wasserkräfte sind nutzbar; aber es fehlt schließlich doch auch der Abnehmer. Wieviel wandert denn vom amerikanischen Exportgut nach Ostasien? Doch nur ein sehr kleiner Teil. Amerika ist doch Selbstverbraucher im allerhöchsten Maße. Bis zu 90 Prozent alles produzierten Gutes. Und zwischen Kalifornien und dem anderen Amerika liegen eben die Berge. Die Eisenbahnfrachten sind dazu recht hoch. Und ohne Zweifel beeinträchtigt auch in Mittel- und Südkalifornien das Klima in gewisser Weise die Arbeitsenergie. Die Menschen, die hierher drängen, haben m. E. im Augenblick weniger Aufstiegsmöglichkeit als die, welche nicht diese Reise antreten — was sich selbstverständlich nur unter Einschränkungen sagen läßt. Auch stehen die Löhne im Durchschnitt niedriger als im Osten.

Ist der Wettstreit zwischen den beiden großen Städten San Francisco und Los Angeles schon entschieden? Man prophezeit allgemein letzterer die Zukunft. Sie ist heute schon zahlenmäßig größer als die Stadt am Goldenen Horn, aber — sie erreicht an Schönheit nicht ihre Konkurrentin. Wohl wird sie oft genannt, man bringt Bilder des Lebens in dieser „Badestadt“, und wenn man selber dort ist, muß man eigentlich enttäuscht sein. Los Angeles ist häßlich, wird erst schön, vielleicht. Gewiß, die Umgegend bietet allerlei; aber das Meer mit den großen Vergnügungsstätten, mit den Lunaparks, deren Schwebebahnen hunderte von Metern über die See hinausgebaut sind, ist doch nicht das, was wir uns vorstellen. Man hat die Natur verschandelt. Man amüsiert sich auf Rummelplätzen. Man genießt nicht, wie wir genießen. Kalifornien hat seinen Ruf — weil Amerika so arm an landschaftlicher Schönheit ist. Das begreift man ja überhaupt erst, wenn man nach solchem Jahr heimkehrt, was wir selber sind. Es gibt kein Land der Erde, was sich an landschaftlicher Schönheit mit dem unseren vergleichen läßt, mit Deutschland, Tirol, der Schweiz und Italien als einer Einheit eines großen, leicht zu bereisenden Landschaftskomplexes gesehen. Gewiß, die Welt hat wundervolle Punkte. Immer werde ich mich gern der Fahrt durch Java, des schönsten tropischen Landes der Erde, erinnern. Immer werden mir die Penang-Hills in Erinnerung bleiben. Hongkong bei Nacht ist mir unvergeßlich. Aber, was wir Deutschen draußen so oft vermissen müssen, ist die Vereinigung von Großartigkeit und Lieblichkeit. Ist das, wie ein deutsches Dorf in eine Landschaft hineingestellt ist. Ist, wie Berg und Tal und Bach und Türme und Dächer zusammenstimmen. Harmonie fehlt draußen so oft. Kontrast ist das Bild in der Fremde. Die Farben stoßen aufeinander. Unnatürliches muß natürlich sein. Wir fühlen uns fremd.

Als ich sechs Wochen in Amerika war, schrieb ich an einen Freund, daß es mir unverständlich sei, wie sich die deutsche Seele mit diesem Lande

hätte zurechtfinden können; es sei doch so seelenlos. Aber als ich dann im dritten Monat immer ferner und ferner die Küste werden sah, tat es mir beinahe weh, von hier wegzugehen. Ich ahnte, was Amerika wirklich ist. Heute weiß ich, daß es das Land der großen, jungen, werdenden Kraft ist, das Land, in das wir pilgern und in dem wir lernen müssen, daß es das Land der Zukunft und der großen neuen Weltidee ist, der, die wir übernehmen müssen, damit wir aus der Welt um Marx herauskommen.

* * *

Drei Wochen dauerte die Fahrt über den Pazifik. Wir hatten viel schlechtes Wetter und unser Schiff war nicht eines der besten. Aß man auch auf diesen japanischen Dampfern mit Messern und Gabeln, hatte man auch seine Kabine und sein Bad, und sprach man englisch, so lebte man doch schon in einer anderen Welt.

Wie ich schon sagte, fuhr ich nur mit einem Europäer, zufälligerweise einem Deutschen, zusammen. Man war also auf die japanische Gesellschaft angewiesen. In der ersten Woche stand man sich doch sehr beobachtend gegenüber. Der Japaner spricht wenig, hält sich zurück, ißt schnell und beschäftigt sich im allgemeinen mehr mit sich selber als mit anderen. Aber dann brachte es die Enge des Schiffes doch mit sich, daß man zusammenkam. Es war kein Zweifel, daß wir Deutschen Sympathie hatten, was man ja später in Japan noch viel stärker empfand. Ich glaube, daß es keine falsche Beobachtung ist, daß wir Deutschen von allen Europäern heute dem Japaner am nächsten stehen. Gewiß hat er gegen uns Krieg geführt; aber heute will niemand mehr davon sprechen. Nur ungern antwortet der Japaner auf die Frage, warum er denn eigentlich Tsingtao angegriffen habe. Man kann da das Verschiedenste hören. Für gewöhnlich: „Wir hatten ja das Bündnis mit England“, selten nur: „Wir durften doch Rußland diesen Platz nicht lassen!“ Im Grunde genommen ging es dem Japaner selbstverständlich um ein Festsetzen in China, wie später die 17 Punkte nur zu deutlich bewiesen. Japan hat nicht erreicht, was es wollte. Es hat schwere politische Schlappen erlitten, weil England und Amerika ihm in die Quere kamen. Man kann heute in Japan sehr oft schon hören, daß man im Weltkriege auf die falsche Seite gesetzt habe, besonders nachdem England das Bündnis gekündigt hat und Singapore ausbaut. Wie in Japan überhaupt eine gewisse Depression herrscht.

Das Erdbeben ist doch eine der fürchterlichsten Katastrophen gewesen, die je unser Erdball erlebt hat. An einem Regentage landete ich in Yokohama. Es kam mir vor, als ginge ich durch Arras oder Reims; Trümmerhaufen, Brandstätten, Zerstörung, Einsamkeit. Und in Tokio konnte man sich auch



trotz aller freundlichen Aufnahme nicht wohl fühlen. Es fehlte an Sauberkeit in der Stadt; überall war der Neuaufbau im Gange; überall waren die Straßen aufgerissen, weil Rohrleitungen neu gelegt werden mußten. Und dabei war die Erde noch nicht einmal in Ruhe. Tagtäglich bebte es noch leise.

Japan hat sehr schwer wirtschaftlich gelitten. In viele Milliarden gehen die Verluste. In Japan spricht niemand heute laut vom Kriege mit Amerika. Jetzt ist kein Zeitpunkt dafür. Gewiß, man muß mit ihm rechnen; der Japaner ist viel zu nüchtern, als daß er es nicht täte. Auf nationale Verteidigung ist und bleibt er eingestellt. Aber an den Angriff denkt er heute nicht.

Man sollte es nicht versäumen, wenn man nach Japan kommt, sich anzusehen, wie man heute die Jugend militärisch vorbereitet. Auf den Schulhöfen stehen Stunde um Stunde Offiziere und Unteroffiziere, die Zehnjährigen schon Wendungen und Marschbewegungen beibringen. Halbwüchsige sieht man mit Gewehren in der Hand in der Schützenlinie über den Exerzierplatz springen. Es wird viel in dieser Hinsicht getan, aber es wird wenig darüber gesprochen. Japan organisiert heute seine Jugend für zwei Gedanken: für den Kampf nach außen wie für den Kampf nach innen. Denn auch der letztere droht schärfer denn je.

Ich sah in Tokio eine große Arbeiterkundgebung. Mit roten Fahnen, nicht anders wie in Berlin. Jeder Industrielle, den ich sprach, fragte mich nicht ohne Besorgnis, wie ich denn über den Bolschewismus dächte und ob ich in Japan in dieser Hinsicht etwas bemerkt hätte.

Die Lage des Arbeiters ist zweifellos heute im Inselreich schlecht, schlechter vielleicht als irgendwo in der Welt. Und selbst wenn man in Rücksicht zieht, daß der Japaner bedürfnisloser als der Europäer und der Amerikaner ist, so scheinen mir doch Grenzen erreicht zu sein. Die Unzufriedenheit ist heute groß und sie wird von Rußland geschürt. Auf nichts anderes wird heute das Gepäck des Reisenden untersucht als auf bolschewistische Literatur.

Das Deutschtum in Amerika und in Ostasien läßt sich nicht vergleichen. Ich meine ja überhaupt, daß wir, wenn wir vom Auslandsdeutschtum sprechen wollen, drei Gruppen unterscheiden müßten: die südamerikanische, die in den Vereinigten Staaten und die im Fernen Osten und Afrika. Südamerika ist das Land des „kleinen Mannes“, des Landarbeiters, des Handwerkers, eben des Handarbeiters. In Nordamerika liegt der Accent beim Deutschamerikaner auf dem zweiten Wort, und hier in Japan und China und anderswo haben wir eben den Kaufmann, den, der garnicht daran denkt, für ein Leben lang im Lande zu bleiben, den Unternehmer, den Ingenieur, den Techniker, selbstverständlich auch den kaufmännischen Angestellten, aber doch niemals den

Handarbeiter. Ein gewisser großer Zug liegt in diesem Auslandsdeutschtum in Ostasien. Wir finden hier Männer, die wirklich politische und wirtschaftliche Verhältnisse im großen beurteilen können, die zum englischen Kaufmann kein schlechtes Gegenstück abgeben. Positionen, die wir durch den Krieg verloren haben, sind doch heute zu einem erheblichen Teil schon wieder gewonnen worden, wenn auch keinesfalls ganz eingeholt. Es wird außerdem immer stärker die amerikanische Konkurrenz, und auch in Japan wie überall in der Welt ist eben die Industrie des Landes selber in starkem Aufschwunge. Wir sind gut genug dafür gewesen, sie einzurichten und in Gang zu setzen. Aber „der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen".

Das Erdbeben hat sich nicht als das große „Geschäft" erwiesen, wie man das anfänglich annahm. Nicht nur aus Europa, sondern auch aus Amerika exportierte man auf die Kalkulation hin, daß eben nach dieser Zerstörung ein großer Bedarf sein müsse. Allgemein hört man jetzt, daß man nicht auf seine Rechnung gekommen ist. Der Japaner hat eben nicht zahlen können. Dem Japaner geht es finanziell sehr schlecht. Das ist auch mit der Grund gewesen, daß man die Armee so beträchtlich verkleinerte und sich in Washington so bereitwillig auf die Reduzierung der Flotte einließ. Japan braucht zehn, vielleicht zwanzig und auch dreißig Jahre, um den Schlag von 1923 zu überwinden!

Man spielt heute in Japan mit dem Gedanken der großen Brücke Japan-Rußland-Deutschland. Man spielt auch in Deutschland damit. Ich meine aber doch, wir sollen nüchtern genug prüfen, was wir selber dabei für Gewinn haben.

* * *

China ist das große Chaos. Es ändern sich die Verhältnisse dauernd, oft sehr schnell. Doch wird man einiges mit gewisser Sicherheit sagen können: Das, was sich heute in China abspielt, wird von den Korrespondenten der Zeitungen meist stark übertrieben. Wir müssen uns ähnlich dazu verhalten, wie zu Kriegsschilderungen. Korrespondenten müssen Sensation machen, um ihr Geld zu verdienen. Da sie außerdem sehr oft nicht die stärksten Naturen sind, wirken die Ereignisse aus der Nähe stärker auf sie, als es der Fall sein dürfte. Man darf auch nicht vergessen, daß in den Klubs wie überhaupt in der internationalen Gesellschaft in Ostasien viel geschwätzt und viel geklatscht wird. Nüchterne Wahrheiten da herauszuziehen ist oft ein Kunststück.

Damit will ich kein Urteil über die Kreise dort abgeben. In ihnen zu verkehren ist sogar sehr nett. Es gibt kaum eine Gastlichkeit, die der deutschen in China zu vergleichen ist. Man ist überall auf das herzlichste willkommen geheißen und man wird bereitwilligst weiter empfohlen.



Mein Eindruck von den politischen Verhältnissen in China ist der: Was sich augenblicklich dort abspielt an chinesischer Bewegung, ist erstes Aufflackern, ist aber doch planloses Regen von Kräften. So sehr viel kommt dabei nicht heraus. Gewiß empfindet der Handel die Störungen recht erheblich. Auch meinem Schiffe fehlten mehrere tausend Tonnen Ladung — womit die Rentabilität schon sehr in Frage gestellt ist. Aber es wird sich doch aller Wahrscheinlichkeit nach aus den jetzigen Vorgängen keine große anhaltende Bewegung entwickeln. Dazu fehlt es des Mannes, der zentralen Gewalt in China. Wir haben eben heute trotz einer Pekinger „Regierung" mehrere andere Machtfaktoren. Im Norden, in der Mandschurei Chang-Tso-lin, bei Peking den christlichen General Feng, im Süden um Kanton die Kuomintang, die „Gewerkschaften", die Leute Sun Yat Sen's und dazwischen um den mittleren Yangtse sitzen auch irgendwelche Generale. Wu Pei-fu spielt wieder eine Rolle. Im Grunde genommen herrscht ja in China eine große Wirtschaft der Generalgouverneure und Generale. Jeder macht „Geschäfte auf eigene Rechnung", d. h. wer Truppen und damit Macht hat, zieht Steuern ein, bezahlt wieder Truppen, preßt aufs neue Geld heraus und so geht der Kreislauf weiter. Bis ihm der Nachbar, der nicht soviel Geld einnimmt, das übelnimmt und über ihn herfällt. So ist, grob ausgedrückt, das, was sich in China seit zehn Jahren abspielt.

Auch in China ist die Stellung des Deutschen keine schlechte, wenigstens dem Chinesen gegenüber. Zwar lebte in dessen Kopfe noch vor einigen Jahren die Anschauung, daß er eben einer der „Sieger" des Weltkrieges sei und wir von ihm besiegt wären. Heute, kann man wohl sagen, empfindet auch der gebildete Chinese die Parallelität seiner und unserer Lage: Wir beide sind eben Opfer der Willkür anderer Mächte. Wir beide eben können uns nicht wehren, müssen uns alles gefallen lassen. Wir beide fühlen uns berufen, wieder eine Machtstellung einzunehmen. Leid verbindet, kann man auch hier sagen, trotz der riesigen Spanne der Entfernung. So hat denn auch der deutsche Handel wieder einen guten Platz, vor allem im Norden, in der Mandschurei; aber auch in Shanghai sind heute über 2000 Deutsche! Von solchen Erscheinungen, wie der jetzigen Anti-Europäerbewegung werden wir natürlich mitbetroffen, selbst wenn man uns eine gewisse Ausnahmestellung einräumt. Außerdem sorgt schon der Engländer dafür, daß uns genügend Knüppel zwischen die Beine fliegen.

Ganz anders liegen die Dinge für uns im Verkehr mit der internationalen Gesellschaft. Der Engländer boykottiert uns noch heute sieben Jahre nach dem Kriege wie im ersten. Er verhindert unsere Aufnahme in die großen Klubs, er intriguiert, wo er kann, gegen uns. Er will uns eben nicht hochkommen lassen. Wir sollten diese Dinge mehr beachten, ernster nehmen,

als es heute bei uns geschieht! Wir liebäugeln schon wieder so stark mit England und merken gar nicht, wie es uns vor seinen Wagen spannen will. Dem Engländer geht es schlecht in der Welt. Es bröckelt am englischen Weltreiche. Man sieht das sehr gut in China. Hätte es der Chinese noch vor zehn Jahren gewagt, so aufzutreten? Man empfindet das so recht erst in Indien! Mit Riesenschritten gehen Entwicklungen vorwärts. Es melden sich die andersfarbigen Rassen. Noch sind sie nicht organisiert, aber daß sie es eines Tages sind, ist sicher.

In China heute zu reisen, ist mit Schwierigkeiten verbunden. Die chinesischen Bahnen verkehren unregelmäßig und man kann Gefahr laufen, ohne daß man es will, Unannehmlichkeiten zu haben. Wer unterscheidet denn im Innern des Landes, ob jemand ein Deutscher oder Engländer ist? Jeder Weiße ist eben in den Augen der Masse Engländer. Mit Ausnahme eines Falles, wo mir durch einen chinesischen Soldaten mein Platz weggenommen wurde — den ich auch nicht wiederbekam, weil alles gegen mich war — bin ich verhältnismäßig noch gut gereist. Es war aber wohl bemerkt damals auch noch ruhiger. Allerdings habe ich zwei Nächte in einem Güterwagen gelegen, neben dreckigem Chinesenpack.

Tsingtao traf ich als eine stille Stadt wieder, die trotz ihrer japanischen Bauten sich den deutschen Charakter noch völlig bewahrt hat. Noch etwa zweihundert Deutsche sind heute dort, aber man hat nicht mehr viel Hoffnung für eine Zukunft des Platzes. Allenfalls spricht man ihm noch eine Rolle als Seebad zu. Wozu es zweifellos geeignet ist, schon seiner hübschen Landhäuser, seiner reizenden Lage und seiner Sauberkeit wegen. Man sehnte sich dort sehr nach Deutschland zurück, auch gerade unter den Chinesen.

* * *

Man spricht heute sehr viel davon, daß in naher Zeit eine Verschiebung des politischen Schwerpunktes der Welt eintreten wird, und zwar vom Atlantik nach dem Pazifik, oder schon eingetreten ist. Eines ist sicher: am Pazifik kommen große weltbewegende Fragen zum Austrag. Auch ich halte eine Berührung der Weltmächte dort für wahrscheinlich. Einmal wird der Zusammenstoß zwischen Amerika und Japan notwendig. Nicht heute und nicht morgen, aber der Rassengegensatz ist so tief und das Ausdehnungsbedürfnis beider Völker ist so stark, daß es einmal zu einer gewaltsamen Berührung kommen muß. Zudem werden schon die anderen dafür sorgen, daß sie nicht ausbleibt. Der englische Kaufmann sieht doch heute mit Sorge, wie der Amerikaner ihm mehr und mehr drüben in China ins Geschäft kommt. Wenn die jetzige Bewegung in China vorbei ist, so wird man, kann man wohl jetzt schon sagen, als Ergebnis buchen können, daß der englische Kauf-

mann wieder ein Stück mehr aus dem Geschäft herausgeflogen und der Amerikaner dafür ein Stück mehr ins Geschäft hineingekommen ist. So sehr England daran interessiert ist, Japan nicht zu groß werden zu lassen, so sehr müssen wir auch m. E. daran zweifeln, ob es Amerika, dem Hauptkonkurrenten, im Falle eines Zusammenstoßes mit den Waffen zu Hilfe kommen wird.

Und Amerika ist andrerseits auch, wie sich das heute in China deutlich zeigt, nicht besonders interessiert, dem Engländer beizuspringen. Die Front der weißen Rasse wurde durch Versailles zerbrochen, sie ist nicht wieder herstellbar. England hat sie preisgegeben und an England rächt sich am meisten solche Politik.

Niemand glaubt heute ernstlich daran, daß die Mächte noch einmal mit Gewalt die chinesische Frage lösen werden. Von einer Aufteilung Chinas spricht man nicht mehr. Obwohl es im Grunde genommen ein Land ohne Macht ist, erkennt man es doch als eine Macht an. Vierhundert Millionen Menschen haben eben ein Gewicht, besonders, wenn ein Gedanke sie beherrscht. Noch ist es nicht der Fall. Noch schlägt man sich in China ebenso die Köpfe blutig, wie man sich heute in Indien, dem Lande der Kasten, gegenseitig verachtet. Aber China erwacht und China wird wieder einmal eine Idee haben.

Ob dann allerdings diese Fragen wirklich wichtiger sind als die am Atlantik, scheint mir doch sehr zweifelhaft. Unsere deutschen maßgebenden Interessen liegen jedenfalls nicht dort. Wir wollen gute, kluge und klare Beobachter der dortigen Entwicklung sein, wir wollen nüchtern verfolgen, was der Engländer und die andern dort tun. Mit politischem Worte und Einspruch, wenn es nötig ist, zur Stelle sein. Wir wollen die Arbeit unserer Kaufleute dort fördern, soweit es möglich ist; aber wir wollen uns nicht dort mit unserem Denken und Handeln binden, wo wir uns heute nach unserer ganzen politischen Stellung gar nicht binden können.

A. DRESLER:
DER PANAMERIKANISCHE GEDANKE.

Im Juliheft der „Zeitschrift für Geopolitik" hat C. H. Pollog Ausführungen über „Wahrer Völkerbund und Schein-Völkerbund" veröffentlicht, die im Folgenden durch eine kurze Darstellung der panamerikanischen Bewegung ergänzt werden mögen, die ja in gewissem Grade als eine Vorläuferin des Genfer Völkerbundes anzusprechen ist und deren Grundsätze nicht ohne Einfluß auf Wilsons Gedankengänge und Völkerbundspläne gewesen sind.

Den Beginn der panamerikanischen Bewegung kann man von der 1810 erfolgten „Deklaration der Rechte des chilenischen Volkes" an rechnen, in der sich die Worte finden: „Die amerikanischen Staaten sollten sich zu einem Kongreß vereinigen, um sich zu organisieren und zu stärken. An dem Tage, an dem das nach Nationen oder in seinen beiden Kontinenten oder nur im Süden zu einem Kongreß vereinigte Amerika zu der übrigen Welt spricht, wird sein Wort beobachtet und seinen Beschlüssen nur schwer widersprochen werden". Der Gedanke eines Zusammenschlusses aller amerikanischen oder doch aller südamerikanischen Staaten ging also von Südamerika aus und er war von der nicht unbegründeten Befürchtung eingegeben, Spanien möchte den Versuch machen, seine südamerikanischen Kolonien, die sich soeben erst befreit hatten, sich gewaltsam wieder zu unterwerfen. Zu diesem Bestreben einer gemeinsamen Abwehr europäischer Angriffe kam dann jedoch bald das Bemühen hinzu, durch eine allgemein anerkannte Schiedsgerichtsbarkeit Streitigkeiten der südamerikanischen Staaten untereinander friedlich beizulegen. Vor allem Simon Bolivar machte sich zum Träger des Gedankens einer südamerikanischen und darüber hinaus einer allamerikanischen Schiedsgerichtsbarkeit, der schließlich eine solche für die ganze Welt folgen sollte. Bolivar brachte denn auch mehrere Schiedsverträge zwischen amerikanischen Staaten und mit Mexiko zustande. Ferner wurden auf dem Kongreß von Panama 1826 vier Schiedsverträge ausgearbeitet und der Grundsatz der Aufstellung unparteiischer Untersuchungskommissionen für zwischenstaatliche Streitigkeiten verkündet. Aber alle diese Verträge traten praktisch nicht in Wirksamkeit, ja sie wurden auch nur teilweise unterzeichnet, die erhoffte Zustimmung der Vereinigten Staaten endlich blieb aus. Bemerkenswert ist, daß auf dem Kongreß von 1826 die „Gültigkeit der Staatsbürgerschaft für den gesamten Bereich der konföderierten Staaten" vorgeschlagen wurde.

Trotz ihrer geringen Erfolge setzten aber die südamerikanischen Staaten ihre Bemühungen fort. Auf dem Kongreß von Lima 1847-48 wurde die



Bestimmung vorgebracht, daß die lateinamerikanischen Staaten „nur Teile derselben Nation" sein sollten. Doch auch diese Bestimmung trat nicht in Kraft. Der Kongreß der Föderation, der das Recht zur Bestrafung widerspenstiger Staaten haben sollte, wurde ebenfalls nicht zur Wirklichkeit. Dagegen kam 1856 in Santiago der sogenannte Kontinentalvertrag zwischen Chile, Peru und Ecuador zustande, der wenigstens diese drei Staaten einander etwas näher brachte. Der zweite Kongreß von Lima 1864-65 brachte dann mehrere Schiedsverträge, die auch in Geltung traten und zur friedlichen Beilegung einer Reihe von zwischenstaatlichen Streitigkeiten führten.

Größere Fortschritte konnte die panamerikanische Bewegung jedoch erst machen, als sich 1889 die Vereinigten Staaten von Nordamerika mit ihr zu befassen begannen. Wie die südamerikanischen Staaten sich zu gemeinsamer Abwehr gegen spanische Angriffe zusammenschließen wollten, so hatten sich die nordamerikanischen Staaten zur gemeinsamen Verteidigung gegen England vereinigt, wobei sie sich den Namen „Vereinigte Staaten von Amerika" gaben, eine Bezeichnung, die schon den Anspruch auf ein Übergreifen auf ganz Amerika enthielt. Anfangs suchten die Vereinigten Staaten zwar kein Bündnis mit irgend einer anderen Macht, von 1889 an aber gingen sie darauf aus, sich an die Spitze der panamerikanischen Bewegung zu stellen. Sie luden zu einem Kongreß aller amerikanischen Staaten (ausgenommen Kanada) nach Washington für das genannte Jahr ein, dem dann auch nur San Domingo fernblieb. Auf diesem ersten gesamtamerikanischen Kongreß wurden aber fast nur Wirtschaftsfragen behandelt. Doch wurde schon damals der Wunsch geäußert, daß Meinungsverschiedenheiten zwischen den Staaten Amerikas und denen Europas in derselben freundschaftlichen Weise beigelegt werden möchten, wie dies unter den amerikanischen Staaten der Fall sei. Gewaltsame Eroberungen sollten grundsätzlich verworfen werden. Es wurde denn auch 1897 ein englisch-amerikanischer Schiedsvertrag ausgearbeitet, vom amerikanischen Senat aber abgelehnt. Ebensowenig trat 1898 ein Schiedsvertrag zwischen Italien und Argentinien in Kraft, wohl aber derjenige vom gleichen Jahr zwischen Spanien und Peru.

Inzwischen hatte die Bearbeitung zwischenstaatlicher Rechtsfragen auf besonderen Konferenzen weitere Fortschritte gemacht. In Lima hatte man sich 1877 mit einer zwischenstaatlichen Regelung des amerikanischen Privatrechtes befaßt, in Bogota suchte man 1880 die Schiedsgerichtsbarkeit in ein festes System zu bringen, in Montevideo wurden 1888 Privatrechtsfragen und gemeinsame Kulturangelegenheiten erörtert. So ging dann der zweite große panamerikanische Kongreß, der 1901-2 in Mexiko abgehalten wurde, auch zu Fragen der Schiedsgerichtsbarkeit über. Es wurde festgesetzt, daß zur Eintreibung von Schulden keine Waffengewalt angewendet werden dürfe. Ferner

wurde ein Ausschuß zur Einrichtung einer panamerikanischen Eisenbahn gebildet. Die von Argentinien vorgebrachte sogenannte Drago-Doktrin der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit wurde nicht angenommen, sondern an die Haager Konferenzen verwiesen, wo sie 1907 zur Sprache kam. Doch wurde dort in besonderen Fällen die Waffenanwendung für zulässig erklärt. Für die erste Haager Konferenz von 1899 hatten sich die lateinamerikanischen Staaten noch nachträglich erklärt, auf der panamerikanischen Konferenz von Mexiko traten außer Brasilien und Venezuela alle teilnehmenden Staaten der Haager Konvention bei. Die von den amerikanischen Staaten vorgeschlagene Aufhebung der Kaperei und des Seebeuterechts wurde freilich im Haag von England abgelehnt.

Wichtig war für die panamerikanische Bewegung der Anschluß der mittelamerikanischen Staaten. Diese hatten sich 1820 selbständig gemacht, 1823 zu einer Föderativrepublik der Vereinigten Staaten von Mittelamerika zusammengeschlossen. Schon 1829 aber hatten sich fünf Sonderstaaten gebildet und es fehlte unter ihnen seither nicht an Streitigkeiten aller Art, 1889 scheiterte ein geplanter Bundesvertrag zwischen ihnen an Nicaragua und Costa Rica. 1895 schlossen Honduras, Nicaragua und S. Salvador einen Unionsvertrag, doch kam es trotzdem zu neuen Wirren. 1907 wurde dann eine Friedenskonferenz nach Washington einberufen, auf der u. a. ein mittelamerikanischer Friedens- und Freundschaftsvertrag geschlossen, ein mittelamerikanischer Gerichtshof, ein mittelamerikanisches internationales Büro, ein mittelamerikanisches pädagogisches Institut, eine mittelamerikanische Eisenbahn eingerichtet und der Grundsatz obligatorischer Schiedsgerichtsbarkeit für 10 Jahre angenommen wurde. Zu Richtern über die Schiedsverträge wurden die Vereinigten Staaten und Mexiko bestimmt. Die Angehörigen der einzelnen mittelamerikanischen Staaten sollten in allen Staaten des mittelamerikanischen Bundes die gleichen Rechte genießen. Eine Reihe von Streitfällen in Mittelamerika ist auf Grund dieser Übereinkommen dann entschieden worden. 1909 wurde eine erste mittelamerikanische Konferenz abgehalten, die Vereinbarungen über Münz-, Maß-, Gewichts-, Zoll- und Konsularangelegenheiten brachte. Weitere mittelamerikanische Konferenzen fanden 1910, 1911, 1912 statt.

Die nächsten gesamtamerikanischen Kongresse wurden 1906 in Rio de Janeiro und 1910 in Buenos Aires abgehalten, 1914 wurde einer nach Santiago einberufen. Es wurden auf ihnen Beratungen gepflogen über ein einheitliches Maß-, Münz- und Gewichtssystem für ganz Amerika, über eine panamerikanische Eisenbahn und die Herstellung der raschesten Verbindungsmöglichkeiten, über gemeinsame Handels-, Schiffahrts-, Konsulats- und Rechtsfragen. Seit 1902 wurde auch die Frage der Einschränkung der Rüstungen zur See besprochen. Für Mittelamerika wurde ein ständiger Gerichtshof mit festan-



gestellten Richtern eingesetzt, dem Carnegie ein prunkvolles Gebäude stiftete. Steigende Bedeutung gewann ferner das 1890 in Washington ursprünglich nur für Handels- und Wirtschaftsangelegenheiten gegründete panamerikanische Büro. Es zog nach und nach Fragen der zwischenstaatlichen Beziehungen und des Völkerrechts in sein Arbeitsgebiet ein. 1908 wurde — ebenfalls mit Carnegies Unterstützung — der Grundstein zu einem Riesenpalast für das Büro gelegt, der 1910 eingeweiht wurde und die Inschrift trägt: „Gebäude der amerikanischen Republiken".

Die Hauptbedeutung der panamerikanischen Bewegung liegt in dem Grundsatz der Schiedsgerichtsbarkeit, der in ihr so stark zur Geltung gekommen ist, wie noch nie zuvor. Nach A. H. Fried wurden bis 1903 insgesamt 142 Schiedsverträge unter den amerikanischen Staaten abgeschlossen und bis 1904 156 Streitfälle gütlich beigelegt. Der Chilene Alvarez suchte sogar ein panamerikanisches Völkerrecht zu schaffen, so lebhaft war er von der Einzigartigkeit des allamerikanischen Gedankens überzeugt. Sein Bemühen blieb jedoch erfolglos. 1901 stellte vielmehr in Mexiko Haiti den Antrag auf Ausarbeitung eines nicht nur für Amerika gültigen internationalen Rechtskodex, an der sich Europa durch Entsendung von 2 Vertretern zu den 5 amerikanischen beteiligen solle. Der Antrag wurde erst abgelehnt, später aber doch angenommen. 1910 wurde auf dem Kongreß von Rio de Janeiro der Beschluß zur Kodifizierung des internationalen allgemeinen Rechtes von 14 amerikanischen Staaten unterzeichnet. 1912 fand dann am gleichen Orte eine internationale Juristenkonferenz statt. Die Verbindung Amerikas mit Europa wurde über dem panamerikanischen Gedanken nicht vernachlässigt, 1900 wurde in Madrid ein spanisch-amerikanischer Kongreß veranstaltet; an der 2. Haager Konferenz von 1907 beteiligten sich laut Beschluß des 2. panamerikanischen Kongresses alle amerikanischen Staaten. Unter den 2 Dutzend Schiedsverträgen, die in letzter Zeit von den Vereinigten Staaten abgeschlossen wurden, befinden sich mehrere mit europäischen Staaten. An panamerikanischen Kongressen wiederum nahmen europäische Vertreter inaktiv teil. In Rechtsfragen hat also die panamerikanische Bewegung schon über Amerika hinausgegriffen, in wirtschaftlichen und kulturellen dagegen ist sie noch auf Amerika beschränkt geblieben. Es finden panamerikanische Studenten-, Geographen- und Ärztekongresse, wissenschaftliche Tagungen u. s. w. statt. 1905 wurde in Washington eine panamerikanische Sanitätskonvention abgeschlossen, man hat Vereinbarungen über den Schutz des geistigen Eigentums und von Erfindungen in Amerika getroffen, über Fragen der Staatsangehörigkeit u. a. m. 1901 ist auch der Plan einer panamerikanischen Bank aufgetaucht. Wenn nun auch auf vielen Gebieten noch keine besonderen Erfolge aufzuweisen sind, man in manchem über Vorschläge und Anweisungen noch nicht hinausge-

kommen ist, so hat doch im großen und ganzen die panamerikanische Bewegung ein gewisses gesamtamerikanisches Gefühl erzeugt, das für die amerikanische Betrachtung europäischer Dinge mitbestimmend geworden und für die Beurteilung des Verhaltens Amerikas im Weltkriege und seiner Stellung zum Frieden von Versailles und dessen Fortsetzungen wesentlich ist. Dabei muß freilich die Führerrolle berücksichtigt werden, welche die Vereinigten Staaten in der panamerikanischen Bewegung einnehmen und durch die sie zugleich als die eigentlichen Vertreter Amerikas vielfach angesehen werden.

Als 1889 die Vereinigten Staaten der panamerikanischen Bewegung beitraten, wurde sehr bald der nicht unbegründete Vorwurf erhoben, daß sie in ihr nach der Führung strebten und durch sie die Vormacht über ganz Amerika zu erreichen suchten. Es hieß, die egoistischen Interessen der nordamerikanischen Union lägen doch auf der Hand, zumal ihr wirtschaftliches Übergreifen nach Südamerika immer stärker zu werden begann. Nur durch überaus kluges Vorgehen wußten die Vereinigten Staaten das gegen sie bestehende Mißtrauen abzuschwächen, eine aufrichtige Annäherung an die übrigen Staaten der panamerikanischen Bewegung vollzog sich aber nur sehr langsam. Auf dem 4. panamerikanischen Kongresse beantragten die Vereinigten Staaten die Anerkennung der Monroedoktrin durch alle amerikanischen Staaten, aber die südamerikanischen lehnten behutsam ab. Der Weltkrieg schob dann jedoch die Vereinigten Staaten völlig in den Vordergrund. Die tiefste Ursache ihres Eintretens in den Krieg ist zweifellos die Besorgnis um die riesigen der Entente geliehenen Geldsummen gewesen, soweit aber ideelle Kräfte tatsächlich mitgewirkt haben, handelte es sich um solche, die zur panamerikanischen Bewegung gehören oder ihr nahestehen. Seit 1910 gibt es in den Vereinigten Staaten eine Carnegie-Stiftung für internationalen Frieden, seit 1912 in Washington ein amerikanisches Institut für internationales Recht, ferner gibt es eine panamerikanische Gesellschaft für schiedsgerichtliche Beilegung internationaler Streitigkeiten usw., Vereinigungen, die meist privater Initiative entsprungen sind. Diese Kreise wußte die Entente sehr geschickt zu bearbeiten, indem sie sich selbst als Schützerin des Rechts der kleinen Völker und Verfechterin des Schiedsgerichts, die Mittelmächte aber als grundsätzliche Feinde jeder internationalen Regelung von Rechtsfragen hinstellte, indem sie ferner die Schlagworte vom Kampfe der Demokratie gegen die Tyrannei, des Völkerselbstbestimmungsrechts gegen die Willkür der Gewalt und des Völkerbundgedankens gegen die Politik der Völkerknechtung benützte. So wurden in Amerika der „Bund zur Erzwingung des Friedens" und der „Verein der Freunde deutscher Demokratie" gegründet, die beide auf Amerikas Teilnahme am Kriege hinarbeiteten, von der sie die siegreiche Beendigung des Krieges und damit auch zugleich die Herbeiführung eines dauernden Friedens erhofften,



da nunmehr nach panamerikanischem Muster auch in Europa alle internationalen Streitfragen durch obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit beigelegt werden sollten. In diesem Sinne sah die öffentliche Meinung Amerikas den Weltbrand und das amerikanische Eingreifen an. Die Kriegserklärung der Vereinigten Staaten und der von ihnen ausgeübte Druck veranlaßte darauf noch mehrere mittel- und südamerikanische Staaten zur Teilnahme, man hätte am liebsten ganz Amerika gegen den Teil Europas zum Heereszuge geführt, der sich noch in mittelalterlichen Vorstellungen von Völkerrecht und zwischenstaatlichen Bezeichnungen befand, der Einsicht panamerikanischen Fortschrittes sich verschloß. So ist es zu erklären, daß Wilson 1917 noch vor seiner Kriegserklärung es aussprach, daß auf einen dauerhaften Frieden ohne Schutz durch einen Völkerbund nicht zu rechnen sei, da der Friede ja nur von einem Teil vertrauenswürdiger Partner unterschrieben werden würde, zum andern Teil aber von außerhalb des Gesetzes Stehenden, von Verfehmten (out-laws). Wilson selbst aber wollte als Vertreter ganz Amerikas das Schiedsrichteramt ausüben und Frieden für alle Ewigkeit durch einen Völkerbund sichern. Er wollte gleichsam die Worte wahr machen, die sich in der chilenischen Deklaration von 1810 bereits fanden, er verließ als erster Präsident der Vereinigten Staaten in amtlicher Mission seine Heimat, um den gesamten amerikanischen Kontinent Europa gegenüber zu vertreten.

In seinen „Memoiren und Dokumenten zu Versailles“ betont Wilsons Pressechef in Paris, R. St. Baker immer wieder, daß sich eigentlich Amerika und Europa bei den Friedensverhandlungen gegenüberstanden. Denn es stellte sich jetzt heraus, daß die europäischen Verbündeten der Vereinigten Staaten Wilsons 14 Punkte im Prinzip zwar angenommen hatten, daß sie aber fast in allen konkreten Fällen den neuen, eben amerikanischen Grundsätzen Wilsons vom Selbstbestimmungsrecht der Völker, von schiedsrichterlicher Beilegung internationaler Streitfälle, von einem Völkerbunde nach panamerikanischem Vorbild zuwiderhandelten. Sie führten auch nach der grundsätzlichen Annahme der 14 Punkte geheime Verhandlungen über die Aufteilung der Türkei fort, sie erkannten die Gutachten unparteiischer Sachverständiger nicht an, z. B. in der Südtiroler Frage, sie erklärten sich zwar mit der Absendung von Studienkommissionen nach Syrien und Palästina einverstanden, aber nur die amerikanische Kommission führte ihre Reise aus, das erstattete Gutachten wurde jedoch nicht verwertet, das Recht einiger Nationen wurde schmählich mißachtet, nationale Minderheiten wurden fremder Bedrückung preisgegeben, die deutschen Kolonien wurden zwar dem Namen nach im Auftrage des Völkerbundes von England und Frankreich in Verwaltung genommen, in Wirklichkeit aber annektiert usw. Der rote Faden in Bakers umfangreichen drei Bänden ist die Darstellung des Gegensatzes amerikanischer und europäischer

Auffassung von Politik und Diplomatie, denn nach dem Zusammenbruch der Mittelmächte zeigte es sich, daß die europäischen Siegerstaaten keineswegs amerikanisch dachten, sondern genau so europäisch wie sie es ihren Gegnern im Krieg vorgeworfen hatten. Die in der Not des Kampfes verkündeten Ideale erwiesen sich als nur zur Propaganda benutztes Aushängeschild. Und Baker muß selbst in seiner Vorrede zugeben, daß der Vertreter Amerikas in Paris der europäischen Diplomatie erlag, daß er mit seiner neuen, amerikanischen Politik Bankrott machte (Bd. I, S. 9). Die Grundsätze, die in Amerika zur Regelung von Grenzstreitigkeiten, des Verkehrs auf Wasserstraßen, von Schuldeneintreibungen usw. zur Anwendung gekommen waren, reichten zur Herstellung friedlicher Verhältnisse in Europa, wo nationale Gegensätze weit schwierigerer Art als in Amerika bestehen, nicht aus und der eben erst geschaffene Völkerbund entglitt bereits den Händen seines Schöpfers Wilson. Das hatte die Ablehnung des Friedensvertrages und des Völkerbundes durch die Vereinigten Staaten zur Folge. Argentinien und Costa Rica sind später aus dem Völkerbund wieder ausgetreten. Die erste Gelegenheit, wo eine gesamtamerikanische öffentliche Meinung, soweit man von einer solchen sprechen kann, mit derjenigen, die in Europa maßgebend war, zusammenzuarbeiten versuchte, brachte eine heftige Abkehr Amerikas von der Teilnahme an europäischen Dingen mit sich, während gleichzeitig die Mehrzahl der Völker Europas mit der amerikanischen Politik durchaus unzufrieden war. Trotzdem ist aber die panamerikanische Bewegung, die ein Denken in Kontinenten zur Grundlage hat und die das Vorbild für die paneuropäische Bewegung des Grafen Koudenhove-Kalergi und seines Kreises abgegeben hat,*) weiter ein wichtiger Faktor in der Weltpolitik. Dem ersten Zusammentreffen amerikanischer und europäischer Politik von dem Ausmaß desjenigen in Paris 1919 kann sehr leicht ein weiteres folgen. Das Ergebnis eines solchen Zusammentreffens wird davon abhängen, wie sich die panamerikanische Bewegung fortentwickelt und ob die Vereinigten Staaten ihre Vormachtstellung in Amerika zu behaupten und noch auszubreiten vermögen, um abermals als Vertreterin ganz Amerikas wirken zu können. Der Eintritt Englands in einen angelsächsischen Weltblock, wie ihn Pollog in seinem Aufsatz andeutet, erscheint zweifelhaft, da England sein Riesenreich durch den Völkerbund, in dem es mit seinen Dominions der Zahl seiner Mitglieder nach an erster Stelle steht, vorläufig für gesichert genug hält, während gerade die Vereinigten Staaten ihr Augenmerk wieder mehr ausschließlich auf ihren Kontinent gerichtet

*) Es ist vielleicht auch kein Zufall, daß der panafrikanische Gedanke von dem amerikanischen Neger Garvey gefaßt wurde und seine eifrigsten Anhänger unter den Negern Amerikas hat.

haben und durch den Eintritt in den Völkerbund in außeramerikanische Angelegenheiten verstrickt zu werden fürchten.

Vor dem Kriege ist gegen Deutschland oft der Vorwurf erhoben worden, daß es der panamerikanischen Bewegung zu wenig Beachtung schenke. Die Friedensverhandlungen in Paris 1919 haben gezeigt, daß die an ihnen beteiligten europäischen Mächte sie noch weniger verstanden haben, daß sie zwar die aus ihr hervorgegangenen 14 Punkte Wilsons und seine übrigen Grundsätze im Prinzip annahmen, in der Ausführung aber verleugneten. Auch ein Paneuropa nach panamerikanischem Muster, das unsere Lebensrechte wahrt, ist auf lange hinaus nicht zu erwarten. So bleibt uns denn als einziger Ausweg ein Bund der unterdrückten Völker, der manches von der panamerikanischen Bewegung lernen könnte, ihre Gedanken und Grundsätze aber den anderen Verhältnissen entsprechend zu verarbeiten hätte.

Quellen:

H. Wehberg: Die panamerikanische Bewegung, Berlin 1914.

R. Büchi: Geschichte der panamerikanischen Bewegung, Breslau 1914.

A. H. Fried: Darstellung der panamerikanischen Bewegung, Zürich 1916.

A. H. Fried: Panamerika, Zürich 1918.

W. KREISER:
ENGLISCHE LUFTVERKEHRSPLÄNE

„Die Geschwindigkeit und die Leistungsfähigkeit unserer Reichsluftverbindungen ist der Maßstab für den Erfolg oder Mißerfolg, unser Weltreich auch in Zukunft aufrecht zu erhalten.“ Mit diesen Worten schließt der Chef des englischen Luftamtes, General Branker, seinen Aufsatz — Handels-Luftfahrt und britisches Weltreich — im „Modern Transport“. Bei den geplanten englischen transozeanischen und transkontinentalen Luftverbindungen handelt es sich nicht nur um die Lösung neuer Verkehrsfragen; vielmehr soll eine großzügige Luftverkehrspolitik dem britischen Imperialismus neue Kraft verleihen. Die schnelleren und engeren Verbindungsmöglichkeiten des neuesten Verkehrsmittels sollen das Band zwischen den einzelnen Gliedern des britischen Weltreichs, dessen politische Struktur seit dem Weltkrieg neue Formen angenommen hat, wieder festigen und verstärken. Neben wirtschaftlichen sind es deshalb hauptsächlich politische Gründe, wenn die englischen Luftverkehrspläne auf einen groß angelegten, weite Räume überbrückenden Fernverkehr zugeschnitten sind. Die wichtigste britische Verkehrsader England — Indien — Australien soll deshalb durch eine doppelte Luftverbindung gesichert werden; einer Luftschifflinie mit möglichst wenig Zwischenlandeplätzen, sowie einer Luftverkehrslinie mit Flugzeugen unter Zugrundelegung der wirtschaftlich günstigsten Flugstrecken von durchschnittlich 500 km. Britisch-Afrika soll durch eine transkontinentale Flugzeuglinie und eine transozeanische Luftschifflinie enger an das Mutterland herangebracht werden.

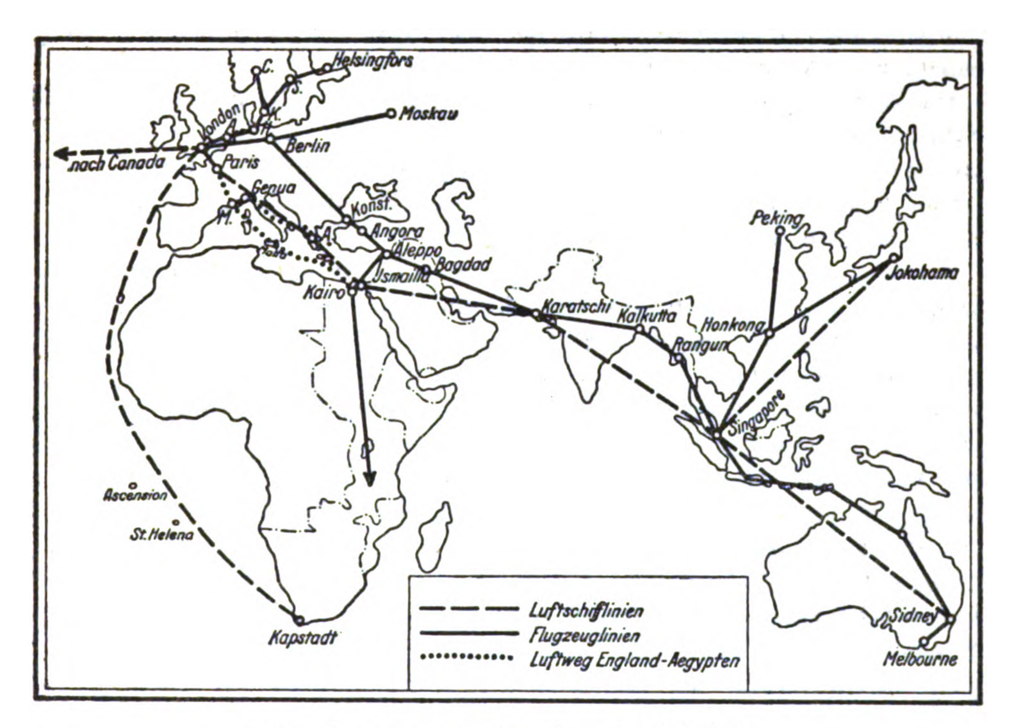
Drei große Luftschifflinien sollen im Verlauf der nächsten drei Jahre ausgebaut werden:

1. Ein regelmäßiger Verkehr von England über den Atlantik nach Kanada. Diese Luftlinie beträgt je nach Wahl der Fahrtstrecke und des Landeortes in Kanada 4000—4500 km. Das ganze Jahr über herrscht hier Westwind, im Winter etwas stärker als im Sommer, sodaß bei einer Reisemarschgeschwindigkeit von etwa 120 km pro Stunde (unter Berücksichtigung der durchschnittlichen Windverhältnisse) im Winter die Hinfahrt in etwa 70 Stunden und die Rückfahrt in etwa 28 Stunden zurückgelegt werden kann, während sich im Sommer die Fahrtzeiten auf 50 bezw. 32 Stunden verkürzen bezw. erhöhen.

2. Zweimal wöchentlich von England über Ismailia (zwischen Port-Said und Suez)—Karachi (Indien) nach Singapore und Sidney, mit späterer Erweiterung von Singapore nach Tokio. Die Strecke bis Indien beträgt etwa 7000 km,



die von Indien bis Sidney 11 000 km. Indien soll von London aus in spätestens 4 Tagen erreicht sein, von dort nach Australien soll die Fahrt nicht länger als 6 Tage dauern. Die Errichtung von Luftschifflinien über weite tropische Gebiete hat jedoch mit großen Klimaschwierigkeiten zu kämpfen. So wird es vielleicht notwendig sein, während der gefährlichsten Sommermonate eine Landung in Indien zu vermeiden, wenn gewitterreiche Regenzeiten und tropische Orkane in den Zeiten des Monsunwechsels ein Landen von Luftschiffen dort sehr gefährden können. Ebenso kann es notwendig



Bestehende und geplante britische Luftverkehrslinien.

werden, die Luftschifflinie England — Indien — Australien während einiger Wintermonate (wenn in England schlechtes Wetter herrscht) in Ägypten abzubrechen.

3. Einmal wöchentlich von England über Westafrika nach dem Kap. Diese Linie kann als sehr aussichtsreich angesehen werden, da hier ein gleichmäßiges Klima bei günstigen Windverhältnissen vorherrscht und tropische Orkane kaum vorkommen. Für einige Wintermonate wird es sich auch hier als notwendig erweisen, den nördlichen Endpunkt dieser Linie nach Südspanien zu

verlegen. Je nach Windstärke und Richtung kann diese Strecke in 3—4 Tagen zurückgelegt werden.

Bis zur Eröffnung eines regelmäßigen Betriebes will General Branker mit den beiden staatlichen Luftschiffen R 33 und R 36 zwei bis drei Jahre lang Probefahrten unternehmen lassen, um die einzelnen Faktoren, die den Ausbau von Luftschifflinien beeinflussen, genau kennen zu lernen. Neben dem Verschleiß von Luftschiffen unter der Wirkung der verschiedenen klimatischen Verhältnisse — im Osten: starke Sonnenbestrahlung und große Feuchtigkeit; im Nordatlantik: große Sturmhäufigkeit und starke Nebel — bedürfen die Betriebssicherheit der Maschinenanlage, die Fragen der Landetechnik — Drehhallen, Ankermaste — noch eingehender Klärung.

Die Vorbedingung dieser Studienfahrten wie auch der späteren regulären Fahrten ist der Bau von Luftschiffen mit wesentlich größeren Abmessungen als sie bisher üblich waren. Ein L. Z. 126 mit 70000 cbm Inhalt ist für solche Zwecke zu klein. In England rechnet man deshalb mit Abmessungen von mindestens 100—150000 cbm Inhalt.

Auf Grund der bisherigen Erfahrungen im Luftverkehr mit englischen Flugzeugen kommt General Branker zu folgenden Schlüssen: Der Luftverkehr ist sicher und bequem. Moderne Verkehrsflugzeuge halten 1500 Flugstunden pro Jahr ohne Überholung gut aus und können in kurzem bis auf 2000 Flugstunden gesteigert werden. Die vorhandenen Flugmotore leisten bestenfalls ohne Überholung 200 Flugstunden. Die besten wirtschaftlichen Flugstrecken für Land- und Seeflugzeuge sind 500 km. Wenn ohne Zwischenlandung (zwecks Brennstoffauffüllung!) beträchtlich weiter geflogen wird, so verteuern sich die Ausgaben pro Tonne Nutzlast mit jedem neuen Kilometer erheblich, da anstelle der zahlenden Nutzlast Brennstoff mitgeführt werden muß. Der Luftverkehr gewährt gute Regelmäßigkeit, solange gute Sicht und mäßige Winde vorhanden sind. Die wirtschaftlich günstigsten Resultate wird deshalb der Luftverkehr auf den großen Weltverkehrsadern bei durchgehender Linienführung erhalten, da dort allein die genügende Menge Eilfracht (Post- und Wertpakete) vorhanden ist, deren beschleunigte Beförderung höhere Transportkosten rechtfertigt.

Auf diesen Grundlinien wird deshalb auch der großzügig geplante transkontinentale Luftverkehr ausgebaut werden. Diese wirtschaftlichen Gesichtspunkte ergänzen zugleich die politischen Forderungen, die der Luftverkehr erfüllen soll, die englischen Kolonien und Dominions enger mit dem Mutterland zu verbinden. Der Einführung von Nachtflügen will die englische Regierung ihre besondere Sorgfalt widmen, da diese Nachtlinien für die Durchführung großer transkontinentaler Luftwege von wesentlicher Bedeutung sind, weil sie die Flugzeit zwischen zwei weit voneinander entfernt liegenden Orten



um mindestens die Hälfte verkürzen. Die Beförderungskosten im Luftverkehr können durch ein günstiges Verhältnis zwischen Zuladung und Motorenleistung wesentlich gekürzt werden; dabei wird auch nach Ansicht des General Branker die Zukunft der Flugmotore in der Entwicklung zum Schwerölmotor liegen, da hierbei die Unterhaltungskosten wesentlich herabgesetzt werden können.

Im englischen Flugdienst hat die „Imperial Airways" eine Monopolstellung erhalten. Diese Gesellschaft hofft bis zum Jahre 1934 100 große Flugzeuge mit 30—40 Personen, sowie eine größere Anzahl kleinerer Maschinen für untergeordnete Linien und für den Zubringerdienst zu besitzen. Es ist nach der bisherigen Bauweise jedoch fraglich, ob solche großen Flugzeuge nicht bereits die wirtschaftlich günstigste Höchstgrenze überschritten haben (die man vielleicht auf 15—20 Passagiere festsetzen kann), da bei der Vergrößerung eines Flugzeuges das Gewicht desselben mit der 3. Dimension der Vergrößerung, während die Tragfähigkeit und damit die zahlende Nutzlast nur mit der 2. Dimension der geometrischen Vergrößerung wächst. Branker rechnet mit einer Durchschnittsgeschwindigkeit von 160 km pro Stunde für Passagier- und mit 220 Stundenkilometer für reine Postflüge.

Der bisherige Kanaldienst, die Strecke London—Paris, wird unvermindert beibehalten. Neu ausgebaut werden die Linien London—Amsterdam—Hamburg—Kopenhagen—Oslo (Kristiania), mit geplanter Erweiterung Kopenhagen—Stockholm—Helsingfors. Die Linie London—Berlin soll über Danzig nach Moskau verlängert werden. Bisher wurde diese Linie London—Moskau von der Imperial Airways und Junkers gemeinsam durchgeführt. England beabsichtigt jedoch, diese Linie durchgehend mit eigenen Maschinen zu befliegen.

Das größte Interesse hat England an dem Ausbau und der Verlängerung seiner Verbindung nach Indien. In den nächsten zwei Jahren soll der Luftweg London—Berlin—Mitteleuropa—Konstantinopel—Angora—Aleppo—Bagdad—Südpersien—Karachi—Kalkutta sichergestellt sein. Zwischen Kalkutta und Rangoon soll dann ein Flugbootbetrieb aufgenommen werden. Mit Land- und Seeflugzeugen ist von Rangoon aus eine Erweiterung über Singapore—Malayische Inseln nach Nordaustralien—Sidney—Melbourne und von Singapore eine Verlängerung nach Hongkong, mit Anschlüssen nach Peking und Japan geplant.

Die indische Linie erhält in Aleppo eine Abzweigung über Palästina nach Kairo; von hier soll mit Land- und Seeflugzeugen ein Flugdienst nach Britisch-Ostafrika aufgenommen werden. Für den Verkehr London—Kairo wird jedenfalls noch eine zweite Linie eröffnet werden, die sich mehr an den direkten Weg über Frankreich—Mittelmeer hält und für die französische Luftverkehrsinteressenten große Propaganda machen. Frankreich plant gemeinsam mit Italien einen Luftweg Paris — Marseille — Genua — Rom — Brindisi—Athen—Kreta—Syrien und hofft, daß eine Erweiterung Kreta—Ägypten den Luft-

dienst London—Kairo aufnehmen wird. Andererseits ist es aber auch möglich, daß eine Luftlinie Marseille—Korsika—Sardinien—Sizilien—Malta—Kairo, in ihrer Erweiterung von Marseille über Paris nach London, den direkten englisch-ägyptischen Dienst übernehmen wird. Hierüber liegen von amtlicher englischer Seite noch keine näheren Äußerungen vor; es handelt sich hier meist um französische Anregungen über einen gemeinsamen englisch-französischen Luftdienst, dessen Verwirklichung jedoch mit politischen Schwierigkeiten verknüpft zu sein scheint.

Aber nicht nur die Errichtung einer direkten englisch-ägyptischen Luftlinie bedarf der Lösung politischer Schwierigkeiten, sondern ebenso der Ausbau englisch-russischer und englisch-indischer Luftwege. Der Luftverkehr wird nur dann seinen wahren Zweck erfüllen, wenn er international betrieben wird. Die Voraussetzung dafür ist, daß das Selbstbestimmungsrecht in den Lüften, frei zu bauen und frei zu fliegen, für alle Völker sichergestellt wird. Solange Deutschlands Handelsluftfahrt noch in das Joch der „Begriffsbestimmungen" hineingezwängt ist, gilt für die deutsche Luftfahrt als erster Grundsatz: Die Zurückgewinnung ihres Selbstbestimmungsrechtes. Das einzige Mittel hierfür, jener „passive Widerstand", der allen solchen ausländischen Flugzeugtypen, deren Bau Deutschland verboten ist, das Einfliegen, Landen und Wiederstarten untersagt, kann solange nicht aus der Hand gegeben werden, ehe es uns nicht erlaubt ist, im friedlichen Wettbewerb mit den anderen Nationen unser Handelsflugwesen nach eigenem Gutdünken auf- und auszubauen. Deutschland hat nicht das geringste Interesse daran, den Ausbau internationaler Luftverkehrslinien zu verhindern; es muß aber dabei verlangen, daß der deutschen Flugzeugindustrie, deren hohe technische Leistungsfähigkeit international anerkannt ist, dieselbe Freiheit wie dem Flugzeugbau anderer Länder zugesichert und ihre Mitwirkung am Ausbau internationaler Luftwege gebührend berücksichtigt wird. England sieht jetzt durch eigene Mitschuld einen deutschen Streckenblock auf seiner wichtigsten Lnftverkehrslinie liegen. Wir können aber hoffen, daß internationale Verkehrsinteressen stärker als bornierte nationale Mißgunst sein werden, wenn Deutschland den Willen besitzt, eine klare und konsequente Luftpolitik durchzuführen. Denn der englische Luftweg nach Indien kann nur mit, aber niemals gegen Deutschland eröffnet werden. Er wird nur dann sichergestellt sein, wenn auch die Freiheit und die Gleichberechtigung der deutschen Handelsluftfahrt gewährleistet ist. Dieser ganze Komplex luftpolitischer Fragen wird in diesem und in den nächsten Jahren Gegenstand mehrerer internationaler Konferenzen sein, bei denen es sich für uns Deutsche in erster Linie um die Sicherung unserer Freiheit in den Lüften und für England um die Sicherung seiner Luftverbindungen zwischen den einzelnen Teilen seines Weltreiches handelt.

ERICH OBST:
BERICHTERSTATTUNG AUS EUROPA UND AFRIKA

Das am 16. Oktober 1925 in Locarno unterzeichnete Schlußprotokoll mit seinen Anlagen steht nach wie vor im Mittelpunkt der weltpolitischen Erörterungen. Die Entente darf durchaus zufrieden sein, denn sie weiß genau, was sie erreicht hat und kann Deutschland jederzeit die bis in alle Einzelheiten formulierten Verpflichtungen des Reiches vorhalten. Deutschland seinerseits befindet sich in ungleich schwierigerer Lage, denn es begnügte sich mit Versprechungen auf Rückwirkungen, die weder vertraglich fixiert sind noch in klarer, eindeutiger Weise mündlich erörtert wurden. Es ist gewiß von den deutschen Staatsmännern sehr gut gemeint, wenn sie in Reden und Ansprachen unermüdlich ihre Interpretation der Verabredungen von Locarno mitteilen. Indessen auch dadurch wird die Tatsache nicht aus der Welt geschafft, daß in sehr ernst zu nehmenden englischen und französischen Kreisen den Dingen oftmals ein wesentlich anderer Sinn gegeben wird.

Ganz abgesehen aber von der verschiedenartigen Auslegung des Vertrages von Locarno wird man sich im deutschen Volke immer und immer wieder die Frage vorzulegen haben, ob die gebrachten Opfer notwendig waren und ob das große, uns allen gemeinsame Ziel einer Befreiung Deutschlands durch Locarno irgendwie gefördert wurde. Wir müssen uns hüten, namentlich England und Frankreich gegenüber die taktische Form mit dem strategischen Ziel der Politik zu verwechseln. Warum sollen die Westmächte nicht in nebensächlichen Kleinigkeiten dem deutschen Freiheitsbegehren nachgeben, wenn sie durch diesen billigen Trick ihre weltpolitischen Ziele wesentlich fördern? Es ist vielleicht mehr als eine Zufallslaune, daß Herr Dr. Sthamer eben den Liebesbecher mit Chamberlain leerte, um gleich darauf zu erkranken. Ohne damit in kleinliche Nörgelei zu verfallen, müssen wir um der Zukunft des deutschen Volkes willen freimütig aussprechen: bedenken die Parteigewaltigen im Deutschen Reichstag wohl, daß England und Frankreich Locarno unendlich viel nötiger haben als wir? Die inneren Schwierigkeiten im British Empire, die schweren Wirren in Ostasien u.a.m. müssen es den englischen Staatsmännern im höchsten Grade wünschenswert erscheinen lassen, freie Hand zu bekommen und nicht auch noch in Europa dauernd in die gefährlichsten Händel verstrickt zu sein. Nicht anders liegen die Verhältnisse in Frankreich, das neben seiner schleichenden inneren Krisis, seinen Finanzproblemen u. a. m. an Marokko und Syrien schwer krankt und deshalb dringend daran interessiert ist, vorerst wenigstens auf dem Kontinent etwas Luft zu bekommen. Mußte Deutschland in dieser politischen Situation den Westmächten den Gefallen tun, ihnen die heiß ersehnte Ruhe auf dem Festlande zu gewährleisten und dafür noch Opfer über Opfer zu bringen?

Noch schwerwiegender ist die andere Frage, die wir seit 1922 immer und immer wieder in den Vordergrund der Erörterungen rückten und der nun auch Schotte entscheidende Bedeutung zumißt (Die Stresemann-Linie, Preuß. Jahrbücher Bd. 202, Heft 1). Noch immer träumt man in Deutschland davon, daß die Weltwirtschaft von 1914 wiederherzustellen sei und daß Deutschland durch wirtschaftliche Wiedererstarkung seine einstige politische Weltgeltung zurückgewinnen könne. Sieht man denn wirklich nicht ein, daß der Weltkrieg auch und gerade

für die Weltwirtschaft eine Weltwende bedeutet, daß die wirtschaftliche Monopolstellung, die Europa 1914 innehatte, unrettbar für alle Zeiten verloren ist? Wehe der Politik, die heute noch nach dem Rezept arbeitet „durch wirtschaftliche zu politischen Erfolgen"! Das Primat der Politik über die Wirtschaft ist rings um uns herum eine Selbstverständlichkeit. Setzen wir und wir allein alles auf die eine Karte „Wirtschaft" (Dawesabkommen, Locarno!), so droht uns die Gefahr, zu einem nebensächlichen Anhängsel der europäisch-amerikanischen Kapitalistengruppe herabzusinken und eines Tages auf deren Geheiß an dem Kreuzzug gegen Sowjet-Rußland teilnehmen zu müssen. — Wir können tatsächlich das Gefühl nicht unterdrücken, daß Großbritannien in weiser Voraussicht der kommenden britisch-russischen Auseinandersetzung den Kontinent zu befrieden trachtet, um ihn hernach als kompakte Einheit in dem Kampfe gegen Rußland einzusetzen. Nach dem gleichen Rezept hat man ja einst die Einkreisungspolitik gegen Napoleon und Wilhelm II. betrieben. Bereitet man jetzt nicht ebenso zielbewußt die Einkreisung Rußlands vor? Gern, nur allzu gern würden wir uns dem Traume an ein neues, friedfertiges Europa, an ein aufrichtiges Zusammenarbeiten aller Staaten des Abendlandes hingeben, denn das muß tatsächlich das Ziel auch jedes weitschauenden deutschen Politikers sein. Die gegenwärtige Welt sieht jedoch leider garnicht darnach aus. Wir stellen jedenfalls fest, daß ein Punkt der deutschen Note vom 20. Juli im Ernst in Locarno überhaupt nicht erörtert wurde: „Deutschland kann als Mitglied des Völkerbundes erst dann als gleichberechtigt gelten, wenn seiner Abrüstung auch die in der Satzung des Völkerbundes und in der Einleitung zu Teil V des Versailler Vertrages vorgesehene allgemeine Abrüstung folgt." Vielleicht hören wir in den nächsten Monaten von der allgemeinen Abrüstung in Großbritannien, Frankreich, Italien usw., vielleicht auch nicht. Die Erledigung dieses Punktes dünkt uns für die Zukunft Europas unendlich viel wichtiger als Augenblickspflästerchen für die deutschen Grenzmarken. Es braucht wirklich nicht immer Demagogie zu sein, wenn gewisse politische Gruppen in Deutschland den Vertrag von Locarno glauben ablehnen zu müssen.

Daß der Vertrag von Locarno mit seinen weitgehenden Zugeständnissen auf unserer Seite dem deutschen Volke nur mundgerecht gemacht werden kann, indem gewisse Erleichterungen und Entspannungen sofort eintreten, versteht sich von selbst. Die Räumung der Kölner Zone, die an sich mit Locarno nichts zu tun hat, sondern im Londoner Abkommen verbindlich festgelegt war, wird offenbar jetzt mit erheblicher Verspätung endlich vorbereitet, allerdings hält man es für notwendig, auch hier erst noch einmal vor der Militärkontrollkommission eine Verbeugung zu machen. Gern nehmen wir Kenntnis von der geplanten Wiedereinsetzung des deutschen Rheinlandkommissars, von der Verminderung der Besatzung, der Beseitigung der Kriegsgerichte, der Erteilung des Niederlassungsrechts für Deutsche in Ostafrika usw. Wir verzeichnen es mit Genugtuung, daß die Ausweisung der deutschen Optanten aus Polen jetzt eingestellt wird und dem deutsch-polnischen Zollkrieg ein Ende bereitet werden soll. Selbstverständlich werden diese Maßnahmen von den Betroffenen nur angenehm empfunden werden Trotzdem darf im Interesse des gesamten deutschen Volkes und seiner Zukunft die Frage aufgeworfen werden, ob mit alledem ein gerechter Ausgleich für das weitreichende Entgegenkommen Deutschlands geschaffen worden ist. Mit der „Kölnischen Zeitung" fordern wir von den deutschen Staatsmännern, daß wenigstens unverzüglich und ohne jede Beschönigung erklärt wird, was verbindlich und was unverbindlich an Rückwirkungen in Aussicht gestellt ist. Erst dann kann zu dem Vertrag von Locarno in Bezug auf diesen Punkt endgültig Stellung genommen werden.

Wie wenig der vielgepriesene „Geist von

Locarno" die Politik der Staaten bisher durchdrungen hat, beweisen eine ganze Fülle von Tatsachen. Wiesbaden, Trier und andere rheinische Orte können davon erzählen, wie die „Verminderung der französischen Besatzung" in Wirklichkeit aussieht. — Die schlechterdings nur zynisch zu nennende Erklärung des britischen Kriegsministers Evans zur Kadavergeschichte hat selbst im englischen Unterhaus stark befremdet und zu der Erklärung geführt, daß man nach Locarno allerdings mehr Ritterlichkeit, Anstand und Gerechtigkeit erwartet hätte. — Am Jahrestag des Faszistenmarsches auf Rom wurden im nördlichen Tirol höchst sonderbare Locarno-Flugblätter verteilt: „Die alten Römer haben alle Völker der Erde überwunden; das heutige Italien ist unüberwindlich. Der Brenner ist nicht ein Ziel, sondern ein Ausgangspunkt gegen Norden und wird es immer bleiben." In dem von der faszistischen Partei Italiens unter ausdrücklicher Genehmigung Mussolinis herausgegebenen Katechismus findet sich folgende kennzeichnende Frage und Antwort: „Ist die ganze Fläche Italiens in unserem Besitz? Nein, wir müssen noch haben: von Frankreich Korsika und Nizza, von England Malta, von der Schweiz den Kanton Tessin und Teile Graubündens, von Südslavien Dalmatien"! —

In der Tschechoslowakei wirft die Schließung bezw. Vergewaltigung des deutschen Theaters in Eger ein eigentümliches Licht auf die Locarno-Gesinnung der tschechischen Staatsmänner. Das Deutschtum in diesem Lande arbeitet allerdings auch selbst unausgesetzt an seiner eigenen Schwächung, denn nicht einmal in dieser Schicksalsstunde vermochten die Sudetendeutschen die Kraft zu einer Einheitsliste aufzubringen. Statt dessen geht das sudetendeutsche Volk mit einer ganzen Fülle von Wahllisten in den dadurch natürlich hoffnungslosen Wahlkampf. — Man hat hier noch immer nichts hinzugelernt, trotz des herzerfrischenden Beispiels, das das Deutschtum im Memelland gegeben hat. Ungeachtet aller Bedrückungsversuche (Attentat gegen das „Memeler Dampfboot"), ungeachtet der Wahlerschwerungen usw. hat hier das geeinte Deutschtum die Großlitauer entscheidend geschlagen. Von den 29 Landtagssitzen eroberten sich unsere deutschen Brüder im Memelland nicht weniger als 27! Wird der Völkerbund die Folgerungen daraus ziehen? Wird er ein Ohr haben für all die vielen Wünsche und Anregungen des Kongresses der nationalen Minderheiten, der im Schatten von Locarno Mitte Oktober in Genf tagte? Oder bleibt es für absehbare Zeit bei dem Grundsatz: cuius regio eius natio?

Während in Mitteleuropa die deutsche Menschheit die Verwirklichung ihrer gerechten Volkstumswünsche ersehnt, spitzen sich die Gegensätze zwischen den beiden Polen Europas, England und Rußland, sichtlich mehr und mehr zu. Wenn man die Parteitage der englischen Konservativen und der Labour-Party genauer betrachtet, so leuchtet zwischen all den vielen inner- und außenpolitischen Spezialpunkten in beiden Fällen die beängstigende Frage hindurch: Wie können wir uns gegen die das britische Imperium bedrohende bolschewistische Propaganda in Asien wehren, wie gebieten wir dem Vordringen des Kommunismus in Britannien selbst Einhalt? Die letzte Frage haben sowohl die Konservativen als auch die Labour-Party dadurch zu beantworten versucht, daß sie die Machtmittel des Staates mit aller Schärfe anzuwenden empfahlen. Der augenblicklich in London stattfindende Kommunistenprozeß läßt erkennen, wie ernst die Konservativen die Gefahr einer bolschewistischen Zersetzung des englischen Volkes beurteilen. Aber auch auf der Tagung der Labour-Party wurden sehr scharfe Resolutionen gegen die bolschewistischen Hetzer im eigenen Lager gefaßt. Neben diesem allen verdient das Landprogramm Lloyd Georges große Beachtung. Es ist gedacht als ein Versuch, erhebliche Teile der Arbeitslosen als Kleinpächter auf dem Lande

anzusiedeln, die soziale Erregung damit zu dämpfen und zugleich die Abhängigkeit der britischen Inseln von den überseeischen Kornkammern herabzumindern.

Auf der ganzen Linie fühlt sich England von Rußland in die Defensive gedrängt. Die britischen Pläne von Locarno versucht der „zufälligerweise" um dieselbe Zeit in Europa weilende russische Außenminister Tschitscherin allenthalben zu durchkreuzen. Über die Aussprachen in Warschau und Berlin ist Genaueres selbstverständlich nicht zu erfahren. Es ist auf jeden Fall recht interessant, wenn die Belgrader Zeitung „Nowosti" ihre Behauptung über ein Zusammentreffen zwischen Tschitscherin und dem jugoslawischen Gesandten Balupdjitsch in Berlin trotz aller amtlichen Dementis aufrecht erhält. Der „Nowosti" spricht bereits von einem unter russischer Führung stehenden panslawischen Bunde, um hierdurch der den slawischen Staaten von Westen her drohenden Gefahr zu begegnen. — Auch der Besuch der Sowjetflotte im Bosporus hat zweifelsohne hohe politische Bedeutung. Bei den anläßlich des Besuches stattgehabten Feiern wurden auch hohe türkische Würdenträger nicht müde, die „ewige Freundschaft" zwischen Sowjetrußland und der Angoratürkei zu preisen. — Endlich muß in diesem Zusammenhange auch die Gründung einer chinesischen Universität in Moskau erwähnt werden. Die neue Hochschule, der Karl Radek als Rektor vorstehen soll, wird den Namen Sun-yat-sens tragen und ihre Pforten für 2000 Studenten aus dem werktätigen China öffnen. „Selbstverständlich" dient die chinesische Universität in Moskau lediglich der bolschewistischen Wissenschaft und wird nach der Versicherung Radeks jede Propaganda von sich fernhalten. Wer's glauben will, mag's glauben! In jedem Falle bedeutet auch diese Maßnahme wieder einen überaus geschickten Schachzug Sowjetrußlands zur Schwächung der englischen Stellung in Ostasien. Immer klarer tritt die Tatsache hervor, daß England mit Sowjetrußland nur in Frieden leben kann, wenn es sein Empire zu opfern bereit ist, oder, anders ausgedrückt, daß es dem Kriege mit Sowjetrußland zusteuern muß, sofern es seine gegenwärtige Weltstellung halten will.

Mit dieser Feststellung wollen wir allerdings nicht der Auffassung das Wort reden, daß bei allen politischen Wirren der Gegenwart eine irgendwie geartete sowjetrussische Mitwirkung nachweisbar oder auch nur wahrscheinlich sei. Das Verlangen weiter schottischer Kreise nach Homerule hat mit der bolschewistischen Propaganda gewiß nichts zu tun. Auch der griechisch-bulgarische Grenzzwischenfall (bei der Stadt Petritsch), dessen Beilegung dem Völkerbund unerwartet rasch gelang, wurzelt allein in den uralten völkischen Gegensätzen auf dem Balkan. Anders liegen die Dinge in Bessarabien, wo sich in nächster Zeit 500 Bauern wegen des Aufstandes im September 1924 vor dem Militärgericht zu verantworten haben werden. Rumänien kann dem Bolschewismus keinen besseren Dienst erweisen, als wenn es das blutig unterdrückte nationale Freiheitsbegehren dieser bessarabischen Bauern jetzt auch noch mit schweren Strafen ahndet. Ist Bessarabien schon in jedem Falle eine brennende Wunde am Körper Europas, so kann dieses Land im Falle unnötiger Schärfen der rumänischen Kriegsgerichte leicht zu einem neuen Herd intensiver bolschewistischer Propaganda werden.

Den Umsturz in Persien in seiner vollen geopolitischen Tragweite zu würdigen, ist im Augenblick unmöglich. Risa Khan, der neue Schah, steht den Bolschewisten gewiß nicht nahe. Die Engländer jedoch haben sicher erst recht nicht Ursache zu frohlocken; denn Risa Khans Politik zielt auf eine Sammlung des nationalpersischen Elements und eine Beseitigung aller fremden Einflüsse ab. Dem russisch-englischen Vertrag vom Jahre 1907 und der darin vorgesehenen Aufteilung Persiens in Interessensphären bereitet die Absetzung der bisherigen

Dynastie und der Sieg Risa Khans entschieden ein Ende. Wie sich die englische Politik mit diesem Wechsel der Dinge abfinden wird, ist zurzeit nicht im entferntesten zu überschauen.

In weiten Kreisen Deutschlands neigt man dazu, die Bedeutung eines britisch-russischen Gegensatzes zu unterschätzen und dafür die Hoffnung auf eine wachsende Entfremdung und Rivalität zwischen England und Frankreich zu setzen. Wir müssen es an dieser Stelle einmal offen aussprechen, daß uns eine solche Politik ganz und gar abwegig erscheint. Gewiß werden die englischen Staatsmänner die starke französische Rüstung stets in ihre Rechnung einstellen; eine wirkliche Bedrohung für das britische Weltreich stellt das menschenarme Frankreich von heute jedoch kaum mehr dar. Allein die finanzielle Abhängigkeit von den angelsächsischen Großkapitalisten mindert diese Gefahr außerordentlich herab. Das Schicksal Caillaux' spricht eine deutliche Sprache. Wie es ihm erging, kann es jedem zukünftigen französischen Finanzminister gar leicht wieder ergehen, wenn es die Belange der angelsächsischen Weltpolitik erfordern. Zu alledem ist Frankreich in seinem Kolonialbesitz so stark beschäftigt, daß es im Ernst an eine aggressive Rivalität gegen England nicht denken kann. — Dem Feldzug gegen Abd el Krim haben, wie wir in der letzten Berichterstattung voraussahen, die schweren Herbstregen einstweilen ein Ende bereitet. Möglicherweise benutzt die neue französische Regierung die eingetretene Kampfpause, um den ganzen Rif-Feldzug mehr oder weniger ehrenvoll zu liquidieren. — Auch in Syrien werden die Franzosen wohl oder übel bemüht sein müssen, sich irgendwie aus der Affäre zu ziehen. Mit der bloßen Abberufung des General Sarrail ist naturgemäß wenig erreicht. Die leidenschaftlichen Kämpfe in Damaskus müssen die Franzosen belehren, daß alle Gewaltpolitik auch hier zum Scheitern verurteilt ist. — Geopolitisch höchst interessant ist eine Erklärung des vormaligen ägyptischen Premierministers Zaglul-Pascha: „Es ist unsere Pflicht, auch unsere unterdrückten Brüder in Syrien tatkräftig zu unterstützen. Frankreich hat die Welt überzeugt, daß die Mandatsmacht nicht im Interesse des beherrschten Volkes, sondern im Interesse des Mandatars ausgeübt wird. Die französischen Fehler können nur durch strenge Bestrafung der verantwortlichen Persönlichkeiten gesühnt werden und durch die Anerkennung des Rechtes der Einwohner, sich in voller Freiheit nach eigenen Gesetzen zu regieren." Der Beitrag Zaglul-Paschas für die syrischen Freiheitskämpfer steht an der Spitze der Liste mit 100 Pfd. St.

Wie sehr Ägypten ganz allgemein zum Ausgangspunkt einer antieuropäischen Bewegung geworden ist, beleuchtete ein letzthin erschienener Aufsatz im Manchester Guardian „Moslem Missionaries in Africa (Senussi agents sent to the south)". Man erfährt hierin dankenswerte Einzelheiten über das Vordringen des Islam von Ägypten über Kenya, Uganda bis nach Tanganjyka. Träger der Bewegung sind die Senussi, die für diese Zwecke besonders vorgeschult werden. Der Manchester Guardian beurteilt die hier heraufziehende Gefahr außerordentlich ernst und befürwortet ein gemeinsames Vorgehen aller christlich-europäischen Missionsgesellschaften unter staatlichem Schutze. Das scheint ihm der einzige mögliche Ausweg, und von tiefer Besorgnis erfüllt schließt er: „If these things are not done, the battle will be lost."

Die volle Tragweite der großen orientalisch-afrikanischen Frage wird erst demjenigen aufgehen, der neben der Kalifenbewegung auch den jetzt tagenden Negerkongreß in Chicago aufmerksam verfolgt. Das Organ der Konferenz, „The Negro Champion", ruft alle Neger der Welt zu einem Bunde gegen die weiße Rasse auf. „Der Typ des Negers aus Onkel Toms Hütte", so schreibt das Blatt, „wird bald ausgestorben sein, und an seine

Stelle werden Kämpfer treten." Man wird gut tun, diese Anläufe zu einer panafrikanischen Bewegung bezw. zu einer alle Neger umfassenden Rassenorganisation nicht bloß zu belächeln. Mögen vielleicht die Staaten des Abendlandes einen Weg finden, sich nach jahrtausendelangen Bruderkämpfen endlich zu vertragen, ewiger Frieden wird deswegen der Welt noch lange nicht beschieden sein; auf dem Wege friedlicher Verständigung oder mit Waffengewalt müssen erst noch die Gegensätze beseitigt werden zwischen der Menschheit weißer, gelber und schwarzer Farbe.

K. HAUSHOFER:
INDOPAZIFISCHER BERICHT XII./25

Die bodenständigen indopazifischen Mächte haben im Spätherbst einen außerordentlichen Erfolg zu buchen: die grundsätzliche Zustimmung der Pekinger Zollkonferenz zur chinesischen Zollautonomie — die im wesentlichen durch eine wenig beachtete Klausel eines chinesisch-französischen Vertrags tatsächlich 1859 verlorengegangen war — gegen das Zugeständnis der Aufhebung der Binnen-(Likin-)Zölle zwischen den einzelnen Großlandschaften des immer mehr auseinanderfahrenden Reiches. Aber fast im selben Atemzug mußte die Einschränkung gemacht werden, daß vorläufig noch nicht mit Sicherheit abzusehen sei, wer die Provinzen zur tatsächlichen Aufhebung der Binnenzölle, einer ihrer besten Einnahmequellen, bringen werde.

Denn die zahlenmäßig stärksten Streitkräfte, die eine solche Maßnahme durchsetzen könnten, sind ja eben die Provinzialheere, von denen das wohl beste und einheitlichste — 230 000 Mann stark — dem Marschall Chang Tso Lin, dem Kriegsherrn der Mandschurei gehorcht, mit seiner in Tsingtau versammelten Flotte, aber das zahlenstärkste, das der Yangtse-Provinzen Marschall Wu Pei Fu, der aber mit einem Kriegsrat lokaler Machthaber belastet ist und nur über wenige Kanonenboote in der Yangtsemündung, wenn auch den Besitz der Yangtsearsenale verfügt. Diese beiden Heerführer stehen augenblicklich am Vorabend von Waffenentscheidungen, während die dunkelste Persönlichkeit, Marschall Feng Yu Hsiang, Peking von Nordwesten aus der inneren Mongolei bedrohend, in unklaren Beziehungen zu den Sowjets, noch abwartet, wie auch die rote, sowjetfreundlichste Regierung in Kanton, die zunächst ihren Sonderkrieg gegen Hongkong und den englischen wie japanischen Zwischenhandel führt, gestützt auf den unentwegten Teil der Kuo Ming Tang-Partei und russisch organisierte Truppen und Schiffe.

Im ganzen dürften 1 1/2 Millionen Mann z. Z. unter Waffen stehen. Zum erstenmal läßt das halbamtliche China Year-Book für 1925/26 sogar den Schein fallen, als ob es eine chinesische bewaffnete Reichsmacht zur Verfügung des Freistaats als solchem und seiner Zentralregierung gäbe, und schildert die tatsächlichen Verhältnisse, wie sie sich zu einem gegenstrebigen Kräftespiel entwickelt haben, das Europa doch seit dem westfälischen Kriege und der Zersetzung des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation innerhalb eines angeblichen Staatskörpers kaum mehr kennt.

Ein gewisser Zusammenhang erwächst dem Reich aus seiner Schuldmasse von etwa 2 Milliarden Goldmark äußerer und 1 Milliarde Goldmark innerer ungedeckter Schuld. Der heikelste Posten darunter ist die japanische, sogenannte

Nishihara-Anleihe der Anfu-Partei — die heute freilich gerade noch in Peking herrscht*) — mit etwa 250 Mill. Goldmark: mehr ein privater japanischer Goldfaden zu einem engern chinesischen Kreise.

Die Fortentwicklung der Wirren in China kann nicht ernst genug genommen werden. Paul Claudel, der französische Gesandte in Tokyo, der fünfzehn Jahre in den verschiedensten Brennpunkten chinesischen Lebens u. a. Foochow und Tientsin verbracht hat, drückte seine Meinung zusammengefaßt so aus:

„Die chinesische Krise ist von schwerem Ernst und fordert die ganze Aufmerksamkeit der fremden Mächte. Bis jetzt hat im ganzen Fernen Osten die Familie den Grundstein des sozialen Baues gebildet. Diese Idee hat in letzter Zeit unter schweren Angriffen gelitten, sie schwindet mehr und mehr unter dem Einfluß der westlichen Ideen, und man weiß nicht, was an ihre Stelle treten soll. Geradezu gebieterisch drängt sich auf, daß nach China Männer gesandt werden müssen, die keine Rassenverachtung kennen und deren Herzen nicht gegen Orientalen verhärtet sind, die gescheut und liebenswürdig sind und es dankbar empfinden, wenn man ihnen gerecht und mit Verständigungswillen entgegentritt. Dankbarkeit, trotz allem, was gesagt oder gedacht worden sein mag, ist eine der östlichen Tugenden. Die großen Mächte müssen beträchtliche Geduld an den Tag legen und liebevolle Sorgfalt aufwenden, um ein Übereinkommen wegen ihrer fernöstlichen Interessen zu Stand zu bringen. Es besteht Hoffnung, daß eine große Katastrophe vermieden werden kann — denn China ist realistisch und praktisch — und daß die Anarchie sich nicht als siegreich erweise. Aber, was wir aus Südchina hören ist mehr als alarmierend. Es sind Ereignisse dort vorgefallen, die an die Tage der Wirren erinnern. Die Piraterie blüht zwischen Kanton und der tonkinesischen Grenze; Berichte laufen ein über das Verbrennen von Dörfern und das Errichten von Schädelpyramiden als Wahrzeichen! Da haben Sie meine Meinung in wenig Worten!"

Sicher ist, daß eine ruhige Atmosphäre ausgezeichnet für ein Gelingen der Zollkonferenz wäre und der gewandte Auftakt Chao-Hsin Chu's in Genf gegen die „ungerechten Verträge" ist sicher ein gutes Vorzeichen; aber die Atmosphäre in Genf ist weit entfernt von der von Peking, in die bereits das Geschützfeuer zwischen den Vorposten von Chang Tso Lin und den Truppen von Wu Pei Fu und Feng Yu Hsiang hineindröhnt.

Stellen wir deshalb dieser Äußerung von Claudel eine solche des Sowjet-Botschafters in Peking Karachan gegenüber: „Es ist schwer, eine zutreffende Analogie zwischen China und Rußland (in bezug auf die revolutionäre Entwicklung) zu ziehen. Es gibt keine politische Gruppe in China, die zur Zeit fähig scheint, die Rolle der kommunistischen Partei in Rußland zu spielen. Im allgemeinen fallen politische Parteien im Osten weniger ins Gewicht als im Westen. Der Vorgang der Türkei zeigt, daß das Heer eine wichtige Rolle bei der Errichtung eines neuen Nationalstaats spielen wird; und mein Eindruck ist, daß die Kuo Ming Tang-Partei im Zusammenwirken mit irgend einer Armee — mit welcher von den chinesischen Armeen, wäre voreilig zu sagen — den entscheidenden Faktor beim Neuaufbau des chinesischen Staates abgeben wird."

Aus ähnlicher Betrachtung der chinesischen Angelegenheiten kam auch Radek zu seiner Gründung der Sun-Yat-Sen-Universität in Moskau, die jährlich 300 chinesische Studenten auf kommunistischen Erziehungslinien ausbilden soll, um später zusammen mit der chinesischen Bauernschaft des vorläufig für eine revolutionäre Entwicklung noch viel zu sehr zurückgebliebenen chinesischen Binnenlandes die Abwehr

*) Zwischen Satz und Druck durch Feng Yu Hsiang auch aus diesem Schein von Macht geworfen.

gegen den fremden Imperialismus vorzubereiten. Dann erst hoffen die wirklichen Staatsmänner der Sowjetbünde ihre Ziele in China zu erreichen.

Aber diese weitaussehende Politik wird eben von anderen Kräften in Moskau immer wieder durchkreuzt, die auch die an sich natürlichen Beziehungen der größten eurasiatischen Binnenmacht zu den pazifischen Randmächten neuerdings wieder ebenso gefährdet haben, wie sie dauernd die deutsch-russischen überschatten.

Japan und Deutschland haben nach einigen Schwankungen westmächtliche Orientierungen wieder aufgenommen, nicht zuletzt, weil sich die Sowjets als so wenig vertragstreue Partner erwiesen, daß aller guter Wille zu außenpolitischem Zusammenarbeiten mit ihnen an innerpolitischen Tücken scheiterte.

Gleich nach dem russisch-japanischen Vertrag forderte Moskau zuerst für 70, dann für 35 Handelsvertreter an verschiedenen Plätzen Japans diplomatische Privilegien. Aber da die subversive Tätigkeit dieser Vertreter aus fremder Erfahrung genügend bekannt war, verweigerte man sie in Japan. Dann kam der Schlag, der in China fast ebenso scharf gegen Japan wie gegen England geführt wurde, und dessen teilweise Herkunft man nur zu gut kannte; und in der Frage der Sachalin-Konzessionen folgte eine Enttäuschung nach der andern. Wundern sich die Sowjets nach solchen Erfahrungen, wenn die von ihnen so bedienten und dennoch als Mitspieler in der Außenpolitik gedachten Mächte eine nach der andern in das Netz der klügeren Staatskunst der kapitalistischen Westmächte zurückkehren? Sollten sie sich nicht hüten, ihren Gegnern solche Waffen zu liefern, wie sie z. B. im „China Telegraph" vom 8. 10. unter der Aufschrift „Tokyo and the Sowjet" zusammengetragen sind? Delegierte der Sowjet-Genossenschaften, vorbereitet durch Verteilung von über 1 Million Yen für Propagandazwecke, begleitet durch Triumphgesänge der Prawda, haben in Tokyo bei allen, die noch etwas zu verlieren haben — und das sind doch in Japan noch sehr viele — begreiflicherweise einen kühlen Empfang gefunden.

„Eine neue Abteilung ist im Begriff, zu den Totengräbern der kapitalistischen Organisation zu stoßen. Millionen neuer Hände strecken sich aus nach der Arbeiterklasse der SSSR. Der Vorreiter der Zukunft mag noch weit entfernt sein, aber das zukünftige soziale Erdbeben in Japan macht sich schon fühlbar." So klang das Vorspiel zu außenpolitischer Zusammenarbeit über Eurasien hinweg.

Ob es aber wirklich dabei ganz nach Sen Katayamas Moskauer Rezept abläuft? Glaubt man in Moskau ernstlich, Steine auf dem politischen Schachbrett der Erde mit den eigenen zum Zusammenwirken bringen zu können, wenn man ihnen durch soziale Erdbeben die Standfestigkeit unter den Füßen wegzieht? Hat man an Deutschland noch nicht Erfahrung genug? Man kennt in Japan die Folgen von Erdbeben besser, als in Mitteleuropa. Jetzt noch ist der Vor-Erdbebenstand der japanischen Handelsbilanz nicht annähernd erreicht und Goldverschiffung nach New-York ist nötig, um den Yen zu halten. Jede dort liegende japanische Yen-Million ist aber ein Friedenspfand in den Händen der Angelsachsen.

Dennoch sieht man sich natürlich vor.

Auf Grund der neuen Erziehungseinrichtungen zur Steigerung der Wehrtüchtigkeit der Jugend werden den japanischen Schulen in diesem Herbst nicht weniger als 1041 Offiziere: 18 Obersten, 38 Oberstleutnants, 214 Majore, 639 Hauptleute und 132 Leutnants zugeteilt. Davon treffen 41 auf Universitäten, 35 auf andere Hochschulen und Vorbereitungshochschulen, 57 auf andere höhere Bildungsanstalten, 6 auf Lehrer-Seminare, 630 auf normale Mittelschulen, 320 auf Handels- und Gewerbeschulen und je einer auf die Japanische Schule für klassische Sprachen und die Adelsschule. Jedenfalls ist das ein durchgreifender Schritt zur Verbindung von Schule und Heer und entspricht der klugen

Einrichtung der Bildungsinspektion, die in Japan gleichberechtigt mit Kriegsministerium und Generalstab vor allem ein gesundes Verhältnis des Volkskörpers zu seiner Wehrhaftigkeit pflegt und die einspringt, wenn hier nicht die lebendige Fühlung mit dem gesamten Volksempfinden pulsiert.

Immerhin heißt das in einer Zeit der „Abrüstung" einen Reichskörper auf schweres Wetter einrichten, ganz gleich, ob es ihm von kontinentalen oder ozeanischen Verwicklungen her drohe.

Die Spannung als solche wird eben von dem hochempfindlichen, langgestreckten, nervösen Reichskörper gefühlt und er reagiert darauf in seiner Weise durch vorbereitende Sammlung „latenter" Energie, damit ihm im Bedarfsfall die „kinetische" nicht fehle.

Alles kommt bei solchen Maßregeln natürlich darauf an, ob man die richtigen Männer wählt, und wie sie sich dem feinfühligen, vielfältig gegliederten Organismus der japanischen Schule einzufügen wissen: sonst bewirken sie das Gegenteil der angestrebten Volksgemeinschaft im Sinne der in Japan verbreiteten „Horizontal-Bewegung".

Eine scharf gefaßte Erklärung der gesetzgebenden Körper der Philippinen, auch des Senats, daß sie selbstverständlich die Unabhängigkeit jeder Art amerikanischer Bevormundung vorziehen und in drei Jahren eine Volksabstimmung wünschen, dürfte doch nur in den Bevölkerungsteilen der Vereinigten Staaten, die sich für Gottes auserwähltes Volk halten, sonst nirgends in der Welt überrascht haben.

Schärfer und deutlicher zeichnet sich im Herbst 1925 wieder die Frontbildung der Festlandmächte gegen die der ozeanischen ab, und Japan in einer Zerrlage zwischen beiden, wie vor einem Vierteljahrhundert Deutschland.

Geopolitisch interessant ist dabei der Haß der Russen, wie der ihnen nahestehenden chinesischen Machthaber in Kanton gegen den Inselstützpunkt Hongkong als Prototyp ozeanischer und kapitalistischer Einmengung in den Festlandhandel, und das chinesische und russische Eintreten für unmittelbaren Verkehr ohne Zwischenstützpunkt. Es treten hier tiefste politisch-geographische Motive zu Tage.

Das instinktive Rückstreben nach Autarkie des eurasischen Binnenlandes springt einem aus den großen schwarzen Lettern der „Canton Gazette" entgegen: daß „nun und auf immer diese Provinz gänzlich und unabhängig von Hongkong in ihrer Ernährung sein werde". Reis, Kohle und Öl sollen hereingelangen, „ohne Umschiffung in dem imperialistischen Hongkong" „der parasitischen Handelsniederlassung". . . . . .

Aus solchen Äußerungen spricht zweifellos eine fortgeschrittene geopolitische Erkenntnis; denn daß die Gründung von Hongkong die Entmündigung des Perlfluß-Mündungsgebietes, im weiteren Sinne ganz Südchinas, als Handelsobjekt bezweckte, das ist schwer in Abrede zu stellen.

„Die britischen Imperialisten von Hongkong haben inmitten eines Überflusses von Banknoten, konfiszierten Geldern und Juwelen, die von der Regierung den nach Kanton zurückkehrenden chinesischen Arbeitern geraubt worden sind (?) (D. Ref.) schwere Mühe fortzumachen . . . und die Handelsleute auf diesem Außenposten des britischen Imperialismus haben einen wütenden Druck auf den Gouverneur von Hongkong ausgeübt, um das Reisverschiffungsverbot aufzuheben. Ungeheure Lasten Reis, die nach Hongkong lediglich zur Weiterbeförderung nach Kanton und nach anderen Teilen dieser Provinz eingeführt worden waren, verfaulen nun in den Speichern dieses parasitischen Handelsplatzes. Das Ausfuhrverbot ist, wie wir hören, nun aufgehoben worden, so daß die Kaufleute ihren Handel mit Kanton wieder aufnehmen konnten. Sie sind begierig, an uns zu verkaufen, sogar mit Verlusten. Aber Kanton ist anderweitig beschäftigt . . ." „Wir sind im Begriff, einen direkten Handel aufzubauen,

der dazu dienen wird, Hongkong aus unseren täglichen Gedanken und Erwägungen auszutilgen. In einer nicht fernen Zukunft wird Hongkong rasch in Verfall geraten und zu seiner ursprünglichen Bestimmung zurückkehren, ehe die raubsüchtige britische Majestät wie vor 80 Jahren, nachdem sie wegen illegalem Handel mit Opiumgift aus Kanton ausgetrieben worden war, die dekrepide altersschwache Mandschumajestät dazu nötigte, die Insel Hongkong abzutreten, damit britische Untertanen darauf „ihre Schiffe docken und ausbessern können".

Das ist nicht sehr freundlich ausgedrückt, aber im Grunde die Wahrheit, und steht im Wortlaut abgedruckt in einem Hilferuf für Hongkong im „China Expr. u. Tel.". Daraufhin bekam Hongkong eine Anleihe von 3 Millionen Pfd. St. (rund 60 Millionen Goldmark) — keine sehr ergiebige Hilfe, wenn der Gesamtverlust der Kolonie durch den Streik und die passive chinesische Revolution auf eher mehr als weniger denn 500 Millionen Goldmark geschätzt wird, und als bloßer Ausfall an einzelnen Tagen zwischen 4 und 5 Millionen Goldmark betrug.

Eine ernste Zukunftskonkurrenz für die ozeanischen Einfalltore in China wird auch der Luftverkehrsweg durch Nordasien werden, dessen Eröffnung durch regelmäßigen Verkehr nahe bevorsteht. Vier Tage mit Nachtflug — acht, wenn nur bei Tag geflogen wird — werden genügen, um den Zwischenraum Berlin—Tokyo mit rund 10 000 km zu überwinden; die Schwierigkeit, die bisher darin bestand, daß die Sowjets den Prestigeerfolg des ersten Flugs durch Eurasien nach dem Fernen Osten für sich haben wollten, ist im Sommer 1925 überwunden worden und nun handelt es sich, da die Linie Berlin—Königsberg—Moskau —Omsk—Irkutsk wohl feststeht, nur darum, ob die Endstrecke allrussisch-sibirisch über Chita—Chabarowsk—Wladiwostok nach Tokyo, mandschurisch über Tsitsikar—Mukden—Seoul, oder chinesisch über Peking—Dairen—Seoul geführt werden soll. Geopolitisch richtiger wäre die dritte Endstrecke, aber auf der Linie der Sowjetwünsche, die für die Durchführung unentbehrlich sind, liegt die nördliche Route; so wird sie sich wohl durchsetzen und vielleicht später dazu beitragen, das eurasiatische Einvernehmen zu fördern, das nach hoffnungsvollen Ansätzen durch die russische Vertrags-Unzuverlässigkeit und die Schwäche Mitteleuropas nun wieder gefährdet scheint.

ERICH OBST:
LITERATURBERICHT AUS EUROPA UND AFRIKA

J. Moscheles: Landeskunde der Britischen Inseln. Enzyklopädie der Erdkunde. Herausgegeben von Oskar Kende in Wien. Verlag von Franz Deuticke, Leipzig und Wien, 1925. 104 S.

Das vorliegende Buch ist mit außerordentlichem Fleiß gearbeitet und stützt sich nicht nur auf eine genaue Kenntnis des Landes, sondern auch auf eine beachtenswerte Fülle vorwiegend englischer Literatur. Der besondere Charakter der Schrift liegt in der Methodik, mit der Moscheles an das Problem herangeht. Die allgemeine Übersicht ist verhältnismäßig knapp gehalten (42 S.) und behandelt nur kurz die Lage, das Klima, Tier- und Pflanzenwelt, Bevölkerung, Wirtschaft, Handel und Verkehr der Britischen Inseln. Im Anschluß daran beschreibt der Verfasser ausführlicher die Einzel-

landschaften: Schottland, England und Irland (S. 42—95). Im Mittelpunkt des Interesses steht augenscheinlich nicht so sehr der Mensch als vielmehr die Natur des Landes, und hier ist es wiederum die Morphologie, die mit besonderer Liebe und Ausführlichkeit behandelt wird. Für die Leser dieser Zeitschrift wird daher das Buch an manchen Stellen schwer verständlich und nicht immer sonderlich fesselnd sein. Als Ganzes aber kann das Werk von Moscheles als die modernste Monographie der Britischen Inseln durchaus empfohlen werden.

Karl Wildhagen: Der englische Volkscharakter, seine natürlichen und historischen Grundlagen. Akademische Verlagsgesellschaft m. b. H., Leipzig 1925. 224 S.

Während Dibelius in seinem großen zweibändigen Werke (England. Deutsche Verlags-Anstalt Stuttgart-Leipzig-Wien 1923) den Einfluß der französischen Kultur auf den englischen Volkscharakter stark betont und der Normanneninvasion in diesem Sinne den größten Wert beilegt, vertritt Wildhagen die Anschauung, daß „die französische Zivilisation nicht bis zu den Wurzeln angelsächsischen Volkstums vorgedrungen ist und selbst aus den Schichten, in denen sie sich zuerst festsetzen konnte, im Laufe der späteren Jahrhunderte wieder verdrängt wurde."

Wildhagen erklärt den englischen Volkscharakter durch diese Dreiheit: 1. die Jugendnöte, d. h. die fortwährenden Kriege der Briten in der Verteidigung und Selbstbehauptung ihres Staatswesens; 2. den Einfluß des Meeres, der die Angelsachsen zur Anspannung aller Kräfte, zur steten Bereitschaft und zum schnell entschlossenen Handeln erzog; 3. die insulare Lage, die das britische Volk frühzeitig eigene Wege gehen ließ, unbekümmert um die kleinlichen Fehden und Zänkereien der kontinentalen Staaten.

Wildhagen lehnt auch entschieden die Theorien von Max Weber und Ernst Troeltsch ab und glaubt nicht, das der Calvinismus für die Prägung des englischen Volkscharakters von wesentlicher Bedeutung gewesen ist.

Das sehr lebendig und anschaulich geschriebene Buch von Wildhagen muß aus den angeführten Gründen eigentlich neben Dibelius und Weber gelesen werden. Wer von diesen letzten Endes recht hat, ist wegen der Kompliziertheit des Problems selbstverständlich schwer zu entscheiden. Auf jeden Fall bleibt auch das Werk von Wildhagen eine sehr wesentliche Bereicherung unserer Literatur über England.

F. L. McDougall: Sheltered Markets. Mit einem Vorwort von Sir Robert Horne. London 1925. IX und 147 S.

Ein überaus inhaltvolles Buch, dessen Lektüre aufs wärmste empfohlen werden kann. McDougall untersucht den englischen Handel, stellt die während des Krieges und hernach eingetretenen Veränderungen fest und registriert von Fall zu Fall, wo ein Verlust und wo ein Gewinn erkennbar ist. Graphische Darstellungen tragen wesentlich dazu bei, die zahlreichen Tabellen zu veranschaulichen. — Alsdann kommt Mc Dougall auf den Warenaustausch innerhalb des Imperiums zu sprechen und verficht seine Anschauung, daß die Zukunft des britischen Weltreiches absolut gesichert sei, sofern alle Teile des Imperiums sich zu einer panbritischen Wirtschafts- und Zoll-Union zusammentun würden.

Die Wirtschaftspolitik der britischen Jmperialisten ist meines Wissens noch niemals so eingehend und klar behandelt worden, wie es in diesem Buche der Fall ist. Jeder, der sich mit weltwirtschaftlichen Problemen beschäftigen will, wird dieses Buch immer und immer wieder zur Hand nehmen müssen.

Friedrich Weil: Tschechoslowakei. Verlag F. A. Perthes A.-G., Gotha-Stuttgart 1925. VIII und 186 S.

Bei dem Mangel guter Darstellungen des tschechoslowakischen Staates muß das Buch von Weil entschieden willkommen geheißen werden, wenngleich es die eigentlich geographischen

und geopolitischen Belange nur dürftig berücksichtigt. Wie alle Bände der Perthesschen „Kleinen Völker- und Länderkunde" ist auch dieses Buch vor allem zum Gebrauch im praktischen Leben bestimmt. Man kann aber trotzdem im Zweifel sein, ob deswegen die skizzenhafte Behandlung von Land und Volk am Platze ist und der Nachdruck so entschieden auf die Volkswirtschaft (S. 72—179) gelegt werden muß.

Diese kritischen Bemerkungen sollen den zweifellosen Wert des Buches nicht herabsetzen. Für eine rasche Orientierung und einen ersten Überblick über das Wirtschaftsleben der Tschechoslowakei ist Weils Studie entschieden zu empfehlen. Besonders dankenswert ist, daß Weil das Nationalitätenproblem gerecht behandelt und die schmähliche Unterdrückung des Deutschtums gebührend geißelt.

Carl Brockhausen: Österreich in Wort und Bild. Erster Band des Sammelwerkes „Europa in Wort und Bild". Verlag Franz Schneider, Berlin-Wien-Leipzig-Bern, 1924. 90 Seiten mit 185 Bildern und einer Karte.

Das hervorragend ausgestattete Werk ist nicht eben tiefgründig zu nennen, gibt aber ein plastisches Bild von dem Wesen der südostdeutschen Grenzmark, ihrer Naturausstattung, ihrer Bevölkerung, Kultur, Wirtschaft, Politik usw. Die 15 Mitarbeiter dieses Bandes haben es vorzüglich verstanden, sich einander anzupassen und die geopolitische Eigenart dieser Grenzmark in allen Abschnitten klar herauszuarbeiten. Wir wünschen daher diesem Buche eine recht weite Verbreitung und sind auf die weiteren Bände des Sammelwerkes sehr gespannt.

Zur Geographie des Wiener Beckens. (Heiderich-Festschrift.) Verlag von L. W. Seidel & Sohn, Wien 1923. 210 Seiten, 1 Bildnis, 4 Karten.

Diese Schrift behandelt die verschiedenartigsten Fragen, die der geographisch so scharf bestimmte Raum des Wiener Beckens der geographischen und wirtschaftlichen Betrachtung bieten. Alle Beiträge atmen die hohe Liebe und Verehrung, die Heiderich im Kreise seiner Schüler und Freunde genießt. Inhaltlich interessieren hier vor allem die Aufsätze, die den Charakter Wiens als äußersten südöstlichen Vorposten des Deutschtums behandeln und die Zukunftswichtigkeit Deutsch-Österreichs und des Wiener Beckens aufzeigen. Für den deutschen Volkstumsstaat der Zukunft muß Wien das Tor nach dem Südosten sein und bleiben. Die Deutschen im Reich sollten daher schon jetzt dieser wichtigen Schlüsselstellung die größte Aufmerksamkeit schenken und nach Möglichkeit verhindern, was durch den Aufkauf der österreichischen Donauschiffahrt seitens England angebahnt wird. Die Grenzmarken an der Rheinquelle und an der Rheinmündung sind leider dem deutschen Volksstaat für immer verloren gegangen. Sorgen wir darum mit doppeltem Eifer dafür, daß die Grenzmark an der Donau uns erhalten bleibt.

Gustav Weigand: Ethnographie von Makedonien. Verlag von F. Brandstetter, Leipzig 1924. 104 Seiten, 1 Trachtenbild.

Einer der hervorragendsten Kenner des balkanischen Volkstums ergreift hier das Wort, um Wesen und Ursprung der Bevölkerung in dem heiß umstrittenen Makedonien zu untersuchen. Die Schrift enthält trotz ihrer Kürze eine derartig gewaltige Fülle von Material zur Geschichte und Ethnographie Makedoniens, daß es schlechterdings unmöglich ist, ihren Inhalt im einzelnen anzugeben. Zu bedauern ist nur das Fehlen kartographischer Darstellungen, die den komplizierten Stoff gewiß viel leichter überschauen ließen. — Geopolitisch interessant ist die Lösung, die Weigand empfiehlt: Die Bildung eines unabhängigen Staates Makedonien mit gleichen Rechten für alle darin zusammengefaßten Nationalitäten. Nur so kann nach der Meinung Weigands in diesen Wetterwinkel Europas Ruhe einkehren.

Alfred Philippson: Das fernste Italien. Geographische Reiseskizzen und Studien. Akademische Verlagsgesellschaft m. b. H., Leip-



zig 1925. 249 Seiten mit 17 Tafeln und 3 Plänen.

Der beste lebende deutsche Kenner der Mittelmeerländer bietet im vorliegenden Buche ein Bild der Eindrücke und Probleme, die ihm auf einer im Frühjahr 1924 unternommenen Reise nach Süditalien entgegentraten (Apulien und Kalabrien). Neben morphologischen Fragen, die einen breiten Raum einnehmen, widmet sich Philippson auch eingehend kulturgeographischen Erörterungen und versteht es vorzüglich, die griechische Besiedlung dieser Länder in ihrer Auswirkung bis zur Gegenwart zu skizzieren. — Es ist ein besonderes und eigenartiges Stück Italiens, in dessen Wesenheit uns Philippson einführt, mit seiner dichtgedrängten, fleißigen und anspruchlosen Ackerbaubevölkerung ein markantes Gegenstück zu dem industriellen Norditalien und der Apenninlandschaft der Mitte. Jeder, der diese Gebiete einmal zum Ziel seiner Wanderfahrt macht, wird Philippsons Skizzen mit großem Nutzen zu Rate ziehen.

Heinz Trützschler von Falkenstein: Bismarck und die Kriegsgefahr des Jahres 1887. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin 1924. XV und 155 Seiten.

Mit Benutzung unveröffentlichter Akten des Auswärtigen Amtes und des Reichsarchivs entwirft der Verfasser ein anschauliches Bild jener Krisenzeit, wo im Westen der wachsende Chauvinismus und im Osten die wiederauftauchende orientalische Frage zu neuen kriegerischen Konflikten zu führen drohten. Klar und bündig beweist Falkenstein, daß es Bismarcks Ziel war, das im Krieg geeinte Reich durch aufrichtige Friedenspolitik zu festigen und zu stärken. Er tritt dadurch mit dankenswerter Entschiedenheit der Schrift des Amerikaners Fuller „Bismarck's Diplomacy at its Zenith" (Cambridge 1922) entgegen, in der dieser Bismarcks Schuld am Weltkrieg nachzuweisen versuchte.

Erich Brandenburg: Von Bismarck zum Weltkrieg. Die deutsche Politik in den Jahrzehnten vor dem Kriege. Dargestellt auf Grund der Akten des Auswärtigen Amtes. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin 1924. X und 454 Seiten.

Ein vorzüglicher, auf unantastbarem Quellenmaterial gegründeter Abriß der deutschen Geschichte seit Bismarcks Sturz. Freimütig wird die deutsche Politik in ihrer Planlosigkeit, Kurzsichtigkeit, ihrem Mangel an Vorsicht und psychologischem Verständnis gegeißelt; einen irgendwie gearteten Kriegswillen Deutschlands jedoch kann ein objektiv urteilender Historiker in keiner Weise feststellen. Die Weltkatastrophe wurde nicht von Wilhelm II. und seinen Ratgebern, sondern von Poincaré und Iswolsky vorbereitet. — Deutschlands Tragik ergab sich aus dem haltlosen Hinundherschwanken zwischen Kontinental- und Weltpolitik.

Bernhard Schwertfeger: Die diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871—1914. Ein Wegweiser durch das große Aktenwerk der deutschen Regierung. II. Teil, Der neue Kurs 1890—1899. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin 1924. XV und 386 Seiten.

Es ist sehr verdienstlich, daß dem amtlichen Aktenwerk von 2600 Seiten durch eine Autorität wie Schwertfeger eine Erläuterung zuteil geworden ist. Jedes Aktenstück des Originalwerkes wird im ersten Teil des Schwertfegerschen Buches nach seinem Inhalt kurz, aber treffend charakterisiert. Fremdsprachige Dokumente sind ins Deutsche übersetzt, um den Leserkreis nicht zu eng zu ziehen.

Im zweiten Teil bietet Schwertfeger eine synchronistische Zusammenstellung der Urkunden, die im amtlichen Werk nur nach sachlichen Gesichtspunkten gruppiert sind. Dadurch bietet sich dem Leser die willkommene Möglichkeit, für jeden Zeitpunkt sämtliche wichtigen Aktenvorgänge zu verfolgen.

Gunther Frantz: Rußlands Eintritt in den Weltkrieg. Der Ausbau der russischen Wehrmacht und ihr Einsatz bei Kriegsausbruch. Mit Genehmigung des Reichsarchivs und unter Benutzung amtlicher Quellen. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte. Berlin 1924. XI und 306 S.

Frantz, ehemaliger deutscher Generalstabsoffizier, beschränkt sich auf die Untersuchung der militärischen Kriegsvorbereitungen Rußlands, behandelt dieses Thema aber mit einer derartigen Gründlichkeit, daß sein Buch zu einem hervorragenden Quellenwerk für die Vorgeschichte des Weltkrieges überhaupt wird. Unter Benutzung vieler russischer Urkunden wird überzeugend nachgewiesen, daß Rußlands Armee tatsächlich bereits seit dem 25. Juli 1914 mobilisiert war, d. h. zu einer Zeit, wo in Deutschland von militärischen Kriegsmaßnahmen noch nicht irgendwie die Rede war.

Die beigefügte Übersetzung der Denkschrift des Generals Danilow über die Stärke und vermutlichen Pläne der Mittelmächte verleiht dem Buche einen besonderen Wert und stellt denjenigen Abschnitt dar, der den geopolitisch interessierten Leser vor allem fesseln wird.

Amtliche Urkunden zur Vorgeschichte des Waffenstillstandes 1918. Auf Grund der Akten der Reichskanzlei, des Auswärtigen Amtes und des Reichsarchivs herausgegeben vom Auswärtigen Amt und vom Reichsministerium des Innern. Zweite, vermehrte Auflage. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte. Berlin, 1924. XII und 290 S.

Diese Neuauflage des rasch vergriffenen Weißbuches aus dem Jahre 1919 hat durch Aufnahme von weiteren 41 Urkunden erheblich gewonnen und bietet ein einzigartiges, wissenschaftlich einwandfreies und vollständiges Material zu den Vorgängen von August bis November 1918. Eine Inhaltsangabe dieses „tragischsten Buches der Weltgeschichte“ erübrigt sich gewiß. Jeder, der den Verlauf des deutschen Zusammenbruches studieren will, wird unbedingt zu dem hier zusammengetragenen Urkundenmaterial greifen müssen.

Die französischen Dokumente zur Sicherheitsfrage 1919—23. Amtliches Gelbbuch des französischen Ministeriums der Auswärtigen Angelegenheiten. Mit einer Einleitung von Hermann Oncken. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte. Berlin 1924. XI und 308 S.

Das Gelbbuch des französischen Ministeriums hat den Zweck, den französischen Eroberungswillen mit dem Schein des Rechts zu umgeben. Es geht bewußt darauf aus, die gewaltsame Aneignung deutschen Landes der Welt zu verschleiern. Dieses Ziel sucht es zu erreichen, indem es die seit Jahrhunderten benutzte französische Methode auffrischt, seine offensiven politischen Gedanken durch das defensiv klingende Schlagwort von der Sicherheit vor deutschem Angriff zu verdecken.

Das Gelbbuch stellt die Akten der Verhandlungen über die Sicherheitsbürgschaften gegen einen deutschen Angriff zusammen und umfaßt die Jahre 1919 bis Mai 1924. Es hat den klar erkennbaren Zweck, die Verbündeten, besonders England, daran zu erinnern, daß Frankreich nicht im entferntesten daran denkt, auf seinen Rechtsanspruch hinsichtlich Sicherheit gegen Deutschland zu verzichten, der in Versailles grundsätzlich anerkannt, aber nicht befriedigt wurde. Durch die Begründung mit dem Bedürfnis nach Ruhe und Frieden täuscht Frankreich am leichtesten über den wirklichen Inhalt seiner Machtpolitik hinweg. Bei dem Ruhebedürfnis der ganzen heutigen Welt bedeutet dieses Verfahren eine sehr große Gefahr für uns.

Die Aktensammlung ist, wie der Herausgeber betont, höchst unvollständig; bei der Frage nach den wirklichen militärischen und politischen Verhältnissen aber ist sie absolut unzureichend (Seite VIII). Von Frankreichs Macht-

entfaltung, von Deutschlands Entwaffnung, von der systematischen politischen und wirtschaftlichen Lähmung Deutschlands, von der Mobilmachung der Schwarzen, der Einkreisung Deutschlands durch die neuen französischen Bündnisse schweigt die Schrift absolut.

Es wäre daher zweifellos sehr wirkungsvoll, wenn der Herausgeber in einer etwaigen Neuauflage sich nicht nur mit einem kurzen Vorwort begnügen, sondern hinter jede Gruppe von Akten einige kritische Bemerkungen einfügen würde, um dem Leser die ganze Größe und Furchtbarkeit der französischen Gefahr klar vor Augen zu führen. Der Inhalt des Buches besteht aus 46 Noten, Schreiben, Denkschriften, Telegrammen, Vertragsurkunden und Zeitungsartikeln der leitenden französischen Männer (Poincaré, Clémenceau, Briand, Foch, St.-Aulaire u. a. m.).

Franz Schnabel: Deutschland in den weltgeschichtlichen Wandlungen des letzten Jahrhunderts. Mit 16 Bildnissen in Kupfertiefdruck. Leipzig, B. G. Teubner. Berlin 1925. VI und 258 S.

Wer Schnabels bedeutende „Einführung in die Geschichte der neuesten Zeit" kennt, wird mit großen Erwartungen zu diesem seinem neuen Buche greifen, und er wird sich nicht getäuscht finden. Hatte der Verfasser in jenem ersten Werke die Ideen und Probleme stark in den Vordergrund gerückt, so wird uns jetzt eine äußerst spannende, stilistisch glänzende Darstellung der deutschen Geschichte des 19. Jahrhunderts, und zwar bewußt mehr der historischen Tatsachen geboten. Jedoch sind deshalb die „Probleme der deutschen Geschichte" (geographische Grundlagen, dabei besonders die Bedeutung des Rheinstromes, imperiale und nationale Tendenzen, Zentralismus und Partikularismus, der deutsche Dualismus) nicht außer acht gelassen, sondern sie werden in einem einleitenden Kapitel soweit erschöpfend behandelt, daß später in der Erzählung der Vorgänge immer wieder auf sie zurückgegriffen werden kann. Der Verfasser bemerkt in seinem Vorwort mit Recht, daß unser Blick für die Höhen und Tiefen unserer nationalen Geschichte heute schärfer ist als früher, und so kommt diesem lebhafteren Bedürfnis, „ihren eigentlichen, inneren Sinn zu erfassen", seine Schilderung in bestimmtester, eindrucksvollster Weise entgegen. Sie gliedert sich, abgesehen von jener Einleitung, faßlich in sechs Abschnitte: Das Ende des alten Reiches, Reform und Befreiung, Die Vorbereitung der nationalen Einigung, Das Zeitalter Bismarcks, Im Zeitalter des Imperialismus, Die Katastrophe. Besonders klar sind dabei, dem Titel des Buches entsprechend, die „weltgeschichtlichen Wandlungen" herausgearbeitet, sodaß die Gefahr einer isolierenden Betrachtungsweise vermieden, vielmehr im Verein mit den geographischen Voraussetzungen der weltpolitische und geopolitische Standpunkt stets festgehalten wird. Und wie kräftig und lebensvoll hat der Verfasser führende Männer, vor allem Stein und Bismarck, aber auch Friedrich List, Treitschke, Werner Siemens, Naumann, uns vor Augen gestellt! Überall spürt man bei allem objektiven Eindringen in Geschehnisse und Persönlichkeiten die warme Anteilnahme, ja Begeisterung, mit der er an seinen Stoff herangetreten ist. Da neben den geistes- und parteigeschichtlichen Vorgängen auch die Entwicklung und Organisation der modernen Industrie und Verkehrsmittel, die Erfindungen auf dem Gebiet der Technik und Chemie eingehend berücksichtigt werden, ist das Buch von einer Allseitigkeit und einem Gegenwartswert, wie man solches in keiner bisherigen Deutschen Geschichte in so engem Rahmen findet. Es ist ein Volksbuch im schönsten Sinne des Wortes und verdient weiteste Verbreitung, nicht nur wo es sich um Lehrzwecke handelt, vielmehr wird jeder Gebildete ihm reichen Dank schulden. Wohlgelungene Porträts gereichen dem Buche zur Zierde, deren Auswahl der Mannigfaltigkeit der auftretenden Gestalten entspricht.

Prof. Dr. Otto Brandt-Kiel.

K. HAUSHOFER:
LITERATURBERICHT AUS DER INDO-PAZIFISCHEN WELT

Dr. Günther Voigt, Staat und Eisenbahnwesen in Britisch-Indien. Berlin, Springer, 1925. Diss.

Eine der am feinsten beobachteten Studien von geopolitischer Bedeutung unter allen, die in jüngster Zeit in Deutschland erschienen sind! Sie zeigt, wie — im Gegensatz zu den heimischen, relativ engen insularen Daseinsbedingungen Englands für seine Eisenbahnpolitik — das indische Eisenbahnsystem von vornherein aus großräumigen und festlandbeherrschenden Motiven entsteht, auf diktatorische Anregung einer kleinen, aber geopolitisch weitsichtigen, instinktsicheren oder hochgeschulten Minderheit, oder einzelner genialer Herrschernaturen, wie Lord Dalhousie. So wächst das indische Eisenbahnnetz deutlicher als irgend ein anderes, von Machterwägungen geopolitisch bestimmt, in ganz eigenartiger Weise empor und bildet so den drittwichtigsten Eisenbahnverdichtungsraum der Erde, wenn er auch weit hinter dem amerikanischen und nordeurasischen zurücksteht, mit seinem Netz wenig kilometerreicher als das deutsche, aber das Zehnfache an Raum überspannend. Das ist die geopolitische Eigenart des indischen Netzes, daß es in diesem Raum — einem selbständigen und doch unterjochten Kulturkreis — emporgewachsen ist: zugleich räumlich autonom, aus wohlverstandenen ganz eigenen Daseinsgrundlagen heraus, und doch unter fremden Reichsbedingungen, die das Bedürfnis der Beherrschung von 320 Millionen Menschen durch eine verschwindende bodenfremde Minderheit von nicht ganz 200000 dafür geschaffen haben. So schuf das britische Herrenvolk, noch dazu mit dem indischen Lebensraum fremden sachlichen und in den oberen Schichten auch persönlichen Mitteln, in genialer Raumintuition die größte eisenbahngeographische Anomalie der Erde, die sich dann doch durch die zwingenden Bedürfnisse des indischen Lebensraums langsam nach seinem inneren Gesetz umgestaltet, wie die politische Struktur auch.

Die Schrift von Voigt ist eine der besten Zusammenfassungen eisenbahngeographischer, macht- und wirtschaftsgeschichtlicher und volkswirtschaftlicher Grundlagen zu einer geopolitischen Anschauungs-Einheit, die wir kennen.

Aus der Zwei-Poligkeit der anglo-indischen Eisenbahnpolitik geht zwingend die richtige Auffassung der ganzen augenblicklichen Veränderung im anglo-indischen Reichsgefüge hervor. Es ist keine Kleinigkeit, kritisch dafür so treffsicher das Entscheidende aus einer vielfach amtlichen Literatur auszuwählen, die gerade diese für das indische Reich wunde Stelle meist sorgfältig verschleiert, soweit sie probritisch ist, oder agitatorisch übersteigert, soweit sie der Swaraj-Partei nahesteht.

Die Rückkaufsmöglichkeit der zwei größten anglo-indischen Bahnbetriebe in jüngster Zeit und ihr Heimfall an das indische Reich hat das kontinentale Reichsmotiv seit dem Abschluß der fesselnden Schrift weiter verstärkt, damit aber auch die den künftigen asiatischen Zwecken des Bahnnetzes dienende Kraftlinie.

Dalhousie war der kluge Erkenner der Bedeutung des Pendjab als der großindischen Schicksals-Landschaft: er rettete damit in der Meuterei von 1857 die Lage, aber er bereitete auch das Hinweggleiten des Machtschwerpunkts von der bengalischen Küste nach Delhi vor, und damit auch die Indisierung und Kontinentalisierung des Reiches. Sein Rauminstinkt war stärker als sein kleinbritisches Interesse!



Eine solche Studie über die indische Eisenbahnpolitik macht aber auch auf indirektem Wege klar, was Deutschland mit dem Zerschlagen seiner Eisenbahn-Hoheit angetan wurde. Ein Vergleich mit den indischen Verhältnissen auf Grund der vortrefflichen Schrift von Voigt — die wir allen an Eisenbahnpolitik interessierten Lesern aufs angelegentlichste empfehlen — etwa mit den mitteleuropäischen und denen des japanischen Reiches (als eines auf Küstenverkehr eingestellten, insularen und ozeanischen, die Eisenbahnen als Machtwerkzeug vernachlässigenden Gegentyps, der sie erst auf dem Festlande hochschätzen lernt), erteilt uns unvergeßliche Lehren; er zeigt uns, wie bewußt uns das Rückgrat des vorwiegend kontinentalen Mitteleuropa zerschlagen wurde — was unsere Eisenbahner nun zu spät erkennen, wo der Erfolg ihrer machtpolitischen Instinktlosigkeit gegenüber der beim Kriegsende noch unversehrten politischen Stellung der Reichsbahnen wirtschaftlich ihre eigene Haut berührt.

Könnte man nicht den deutschen Eisenbahnern von Indern Vorträge über „Staat und Eisenbahnwesen in Britisch-Indien" halten lassen, und sie so lehren, einige Schlüsse auf Mitteleuropa daraus zu ziehen?

Als Seitenstück zu den jüngst empfohlenen Arbeiten des Stabes der Ostchinesischen Bahn über die Mandschurei dient für deren westliche Fortsetzung:

W. Karamisheff, Mongolia and Western China, Librairie française, Tientsin 1925,

eine durch ein langes Schlußkapitel zusammengefaßte Aufreihung von guten Zeitschrift-Aufsätzen über Mongolei, Sinkiang und Nord-Kansu, mit dem Zweck, Handels- und Verkehrsanteil für diese abseitigen Landschaften zu wecken und Licht über ihre dortigen Voraussetzungen zu verbreiten.

Es steckt ein Reiz, ein Lockruf für Erschließung durch Kraftfahrverkehr und Eisenbahnbau in dieser Zukunfts-Verkehrsgeographie, die nicht zuletzt darauf ausgeht, auch andere europäische und amerikanische Ausbeuter auf die reichen Zukunftsmöglichkeiten Nordwestchinas hinzulenken, als die ohnehin „durch die Hintertür" unbeobachtet verkehrenden Sowjet-Russen. Darüer vergißt K. freilich, daß es weder über die russische Macht in Nordasien, noch über die so sehr gescholtene chinesische Zwischenhändlerstellung hinweg einen Zuweg zu diesen weiten Reserveräumen der übervölkerten Erde gibt, sondern nur durch die eine oder die andere.

Es gibt eben kein Vorbeigleiten an der geopolitischen Tatsache der natürlichen Zusammenballung der ganzen nordwest-mongolischen Landmasse durch das chinesische und russische Föderativgebiet und die zentralasiatischen Hochländer mit ihrem Festlandschutz. Aber das Buch faßt allerhand jüngste Information gut zusammen und mag so als Gegengewicht gegen politische Husarenritte auf diesem neuesten Tummelplatz einer modernen Form von übersteigerten Reisebeschreibungen — die man zu Staatsromanen aufbläst — nützliche Dienste leisten.

R. Coke, The Heart of the Middle East London, Thornton, 1925;

W. Basil Worsfold, Palestine of the Mandate, London, Fisher Unwin, 1926;

A. Sloan, Wanderings in the Middle East, London, Hutchinson & Co., 1925,

würden wir — als der alten Welt mit ihrem wesentlichen Inhalt zugehörig — im indopazifischen Bereich nicht erwähnen, wenn wir nicht aus Gründen der wissenschaftlichen Geopolitik auf den langsam für den britischen Machtanteil in Vorderasien eskamotierten erweiterten Begriff des „Mandated Middle East" aufmerksam machen müßten, der langsam aus dem „Near East" erweitert werden soll. Denn diese drei Bücher (die beiden ersteren sehr ernst, das letzte immerhin als gute Reisebeschreibung zu werten) befassen sich ausschließlich mit Teillandschaften des alten osmanischen Reiches, die wir noch unter dem „Nahen

Osten" als geopolitischen Begriff zusammenfassen. In solchen Umgliederungsversuchen liegt Instinkt und Methode, und unsere Pflicht ist es, auf deren Absichten aufmerksam zu machen. Wenn sich die Welt einreden ließe, daß namentlich die wichtige Öl- und Baumwollandschaft des Irak zweckmäßig vom Nahen Osten abgegliedert würde und in den Machtbereich des Mittleren Ostens, des indischen Glacis und der indischen und zentralasiatischen Welt einzureihen wäre, dann fiele bei diesem „Mandat" die lästige Kontrolle der Mittelländer, wie der Rumpf-Türkei, auch noch weg, die Zuteilung des Vilajets Mossul an Irak wäre noch selbstverständlicher, und die anglo-indische Glacispolitik noch weniger der Aufmerksamkeit des „untergehenden Abendlandes" ausgesetzt, von dem sich das britische Seereich dann noch viel beruhigter abhängen könnte. Um dieser Zusammenhänge willen hatte der indopazifische Literaturbericht ein Streiflicht auf die drei genannten Bücher über Irak, Palästina und die Gesamtheit der losgelösten türkischen Südprovinzen zu werfen.

Laurence Binyon, Asiatic Art in the British Museum, Paris und Brüssel, 1925, und

Lionel Heath, Examples of Indian Art at the British Empire Exhibition 1924 (Wembley), London, India Society, 1925,

sind zwei wertvolle Zeugen dafür, mit welchem zähen Ringen die nordische Rasse — der kulturmorphologischen Wichtigkeit solchen Einfühlens sich bewußt — auch ihre geistige Vertiefung in die zurzeit überwundenen Monsunländer fördert. Auch in der gegen früher veränderten Auswahl solcher Werke steckt Verständnis für kunstgeographische Anzeichen geopolitischer Wandlungen; freilich auch eine ähnliche Rückschlagswirkung, wie in dem hellenistischen kulturpolitischen Erobern weiter Teile der römischen Welt, — soweit sich diese nicht auf ihrem allereigensten Boden oder auf nordisch verstärktem Grunde als die stärkere erwies. Gerade Binyon schildert uns in seinem Begleittext, daß diese Bewegung erst am Anfang, nicht am Ende steht. Schon Ratzel warnte vor der Angleichsnotwendigkeit für den Eroberer, der auf den fremden Kulturboden tritt; Ostasien wie Indien geben ihm recht!

Missionsdirektor D. Dr. Witte, Sommer-Sonnentage in Japan und China. Göttingen, 1925, Vandenhoek & Rupprecht. 217 S., 22 Abb.

Das anmutig geschriebene, fein beobachtende Reisetagebuch eines hohen Missionsgeistlichen (— der sein Bild von Japan und China in langen fernöstlichen Arbeitszeiten gewann und nun zum zweiten Mal ausfuhr, das alte Bild mit dem kriegsveränderten zu vergleichen —) hätte ein Recht auf achtungsvolle Begrüßung, auch wenn es weniger ehrlich als dieses darum ringen würde, einer grundverschiedenen Welt anschauung und einer dem Christentum frem den Staatsphilosophie gerecht zu werden. Die für die Allgemeinheit wertvollsten Wahrnehmungen treten freilich zutage, wo dieser Konflikt gänzlich ausgeschaltet bleibt, wie in den Beobachtungen über die Chinawanderung und ihre verschiedenen Erscheinungsformen in Sabang (S. 23), in Singapur (S. 30, wo auch über die unsichtbaren Methoden der britischen Herrschaft und Weltstellung Ausgezeichnetes gesagt ist, von einem glänzend gefaßten landschaftlichen Ergänzungsbild der Wetterecke Südost-Asiens erläutert). Aber auch in rein religionsgeographischen Fragen, z. B. über die innere Struktur des Buddhismus in Japan, die Schinshu-Sekte (S. 73 ff.), die Omotokyo-Lehre und die Fruchtlosigkeit ihrer staatlichen Bekämpfung (S. 138) werden neue Lichter auf werdende Zustände geworfen. Ganz freilich wird der Eindruck nicht weichen, wie schwer es ist, fremden Kulturen gerecht zu werden, wenn man mit der ausgesprochenen Absicht an sie herantritt, sie von Grund aus zu ändern, ihre weltanschaulichen Unterlagen zu erschüttern, auch wenn die Veränderung in der behutsamen, achtungsvollen Weise vorgenommen werden will, wie sie



die Leitlinien der Schrift von Witte erraten lassen. Und sicher ist es ein ausgezeichneter Grundsatz, dabei zuerst einmal von einer möglichst vollkommenen Kenntnis der vorhandenen Kulturwerte auszugehen — ein Streben, das die „Sommer-Sonnentage in Japan und China“ zu einer der besten religionsgeographischen Erkenntnisquellen macht, die nach dem Kriege für Deutsche aus deutscher Beobachtung entstanden sind.

Martin Hürlimann: „Tut Kung Bluff“, „das unvermeidliche Buch eines Weltreisenden“. Grethlein & Co., Zürich-Leipzig, 1924. Abb.

Schade, daß dieser Weltreisende nicht vor seiner Fahrt den Zusammenbruch eines Weltreiches erlebt, etwa in vier Jahren Ringens auf Tod und Leben abzuwenden versucht hat, und vielleicht zwei Jahre mit einem der östlichen Völker, die ihn am meisten interessieren, hat zusammenarbeiten müssen, statt eine Weltfahrt aus gesichertem Kleinstaat-Milieu heraus ästhetisch-spielerisch zu genießen, und mit ausgezeichneter Beobachtungsgabe, durch vorzügliche Aufnahmen belebt, zu schildern! Wir hätten dann vielleicht — statt eben doch „gewollter“ Literatur — ein völkerpsychologisch wertvolles und geopolitisch unmittelbar brauchbares Buch über vergleichende Kulturpolitik bekommen, von einem der wenigen Weltreisenden, die Dynamik im Völkerleben zu beobachten und auf ihre kürzeste prägnante Ausdrucksform zu bringen verstehen. So wie das Buch geschrieben ist — das man, gerade wenn man die geschilderten Weltgegenden kennt, abwechselnd mit höchstem Genuß liest, seinem Zitatenschatz einverleiben und dann wieder enttäuscht aus der Hand legen möchte —, muß der geopolitische Wertgehalt mühsam aus einer Darstellungsweise herausgeschält werden, die eben doch zeigt, daß über den Darsteller und seine engere Heimat lange kein schweres, ernstes Schicksal hingegangen ist, und beide Gefahr laufen, darüber schwere Weltfragen zu wenig ernst zu nehmen. Aber es ist mit einem Verständnis für völkerpsychologische Dynamik, einer Gabe für treffende Abwertung kulturpolitischer Tatsachen und Werdevorgänge geschrieben, die an viel ernster angelegten Reisewerken ganz selten ist. Man beachte nur unter der bizarren Oberfläche das Urteil über Singapur, die vernichtende Stellung zur Fremd„kultur“ in Nanking und sonst in China, die feine Veranschaulichung der Abstufung in China vom südchinesischen Kolonialcharakter durch die Übergangslandschaften am Yangtse (Kaiser-Kanal-Darstellung kaum irgendwo so treffend!) zum Stammland, den amerikanisch-fernöstlichen Kontrast; man suche seine glänzende Auffassung des Taiping-Problems zu verstehen, wie der furchtbaren Störung des chinesischen Geschichtsverlaufs mit dem reifen Mandatwechsel durch die Westmächte, um zu erkennen, daß wir unter der verkünstelten Hülle eine wertvolle Weltreise-Beobachtungssammlung nach dem Krieg vor uns haben, mit feiner Witterung für dynamische Verlagerungen, von hohem künstlerischen Reiz — bei aller gewollten Bizarrerie und einem nur äußerlich frivolen Anschein.

Die von Dr. H. Blink ausgezeichnet geleitete Tijdschrift voor Economische Geographi (Haag 1925, 16. Jahrg.) bringt in Heft 6 von Dr. S. van Valkenburg eine Darstellung des Landbaubetriebs von Java und Madura, die nicht nur wegen der Zusammenfassung ausgezeichneten Materials Aufmerksamkeit verdient, sondern vor allem wegen der vorzüglichen dynamischen Auffassung und geopolitischen Verwertbarkeit der beigegebenen Karte in 1:750000, und des Zusammenwirkens von Karte und Erläuterung, der Gegenüberstellung von Berg- und Flächenkulturen, der energischen Ausschaltung aller ablenkenden Linien (Binnengrenzen!) und Nebenkulturen, um die Leitpflanzen in ihrer Bedeutung auch wirklich herauszuarbeiten: Kaffee, Gummi, Kinabast, Zucker, Tabak.

So entsteht ein Bild der berühmtesten Monokultur- (Angelwirtschafts-) und Plantagen-Insel, mit ihrer Abhängigkeit von der Abnahme ihrer

Reiz- und Genußpflanzen durch Welthandel und Weltluxus, ihrer so rasch angestiegenen Bevölkerungsverdichtung, das — mit den in niederländischen amtlichen Veröffentlichungen reichlich vorhandenen anthropogeographischen und Machtverteilungskarten zusammengehalten — die ganze Übersteigerung des Kolonialsystems in diesem gesegneten Erdraum enthüllt. Aber allerdings: es wird vorbildlich über dem wirtschaftlichen] Kleinod des niederländischen Kolonialbesitzes wissenschaftlich Wacht gehalten, und für seine Auswirtschaftung getan, was von den Eingeborenen noch auf lange Zeit nicht geleistet werden könnte. Darin liegt die beste Rechtfertigung des Besitzes; und so dient jede wissenschaftliche Leistung dieser Art tatsächlich besser als viel äußerlicher Machtaufwand — der den Wettbewerb der Hauptmachtträger im Pazifik ja doch nicht aushalten könnte — der kulturpolitischen Machtverstärkung der Niederlande.

Ein Verzeichnis der neuesten wirtschaftsgeographischen Literatur über die Tropenpflanzen von Insulinde ergänzt vorteilhaft die treffliche Arbeit.

Japan Photographic Annual 1924—25. The Asahi Shimbun Publ. Tokyo und Osaka.

„Wo Leben und Lebenskraft (life and vitality) bestehen, kann Nichts ihre wachsende Stärke hintanhalten . . .“ Damit leitet der Herausgeber die erste Ausgabe des japanischen Jahrbuchs für Lichtbildkunst ein; und aus dieser Erkenntnis, daß es sich hier um einen ganz fein aufzeigenden Spiegel für wachsende oder sinkende Lebenskraft eines Kulturvolks handelt, besprechen wir an dieser Stelle eingehend eine Erscheinung, die sonst eher kunstwissenschaftlich als geopolitisch gewürdigt werden sollte.

Aber das Verhältnis eines alten Kulturvolks zu den auf fremdem Boden erwachsenen, neu bei ihm eingeführten Kunstzweigen und Kultur-Ausdrucksmitteln, seine Fähigkeit, sie anzugleichen, oder sein Schicksal, nach Art von Barbaren einfach dem Fremden kritiklos zu verfallen, liefert Aussagen von Wert für seine Dauerkraft der Selbstbehauptung, auch gegenüber anderen fremden Macht- und Wirtschaftskräften — wenn man nur zu vergleichen und kunst- und kulturgeographische Anzeichen (Symptome) zu deuten versteht.

Die künstlerische Photographie (Lichtbildkunst) ist in Japan erst vor einigen dreißig Jahren eingeführt worden, und erfuhr, bei der Häufung ihrer ausführenden Kräfte in Tokyo, durch das Erdbeben von 1923 einen grausamen Rückschlag; — sie hatte allerdings günstige Voraussetzungen in der feinsinnigen Naturbeobachtung und kunstgewerblichen Intuition der Rasse. Wer aber etwa im ersten Jahrzehnt des Jahrhunderts die Leistungen der verwestlichten vervielfältigenden Künste wie der Lichtbildkunst in Japan beobachtete, konnte wohl befürchten, daß die alte Überlieferung vertilgt und der neueingeführte Ersatz veräußerlicht und vergröbert würde. Man konnte daraus böse Vorbedeutungen für die Gesamtkultur und damit später auch für die Macht- und Wirtschaftsstellung des Inselreiches entnehmen. Aber man hätte damit dessen Evolutionsfähigkeit und Assimilationskraft unterschätzt; dafür erhalten wir nun in dieser Erstausgabe einen Beweis. Sie zeigt tatsächlich, daß es gelungen ist, die Fremdeinwirkung in der Photographie im eigenartigen Mittel der Kulturatmosphäre des Inselreiches zu brechen und bis zu einem gewissen Grad schadenlos einzuverleiben. Zudem gibt das etwa 5 Mark (2,50 Yen) kostende Heft einen Überblick über die ganze Sonderliteratur und reizende Landschaftsaufnahmen und Rassentypen.

R. N. Coudenhove-Kalergi, Paneuropa-Rundfrage. 2. Jahrg., Heft 1—3.

Auf seine Rundfrage habe ich Graf Coudenhove die in diesem Heft verzeichnete Antwort gegeben und habe mich deshalb mit seinen Gedankengängen hier nur vom Standpunkt der

indopazifischen Fragen auseinanderzusetzen. Hier aber verrät ein Blick auf die Weltkarte der Paneuropa-Idee eine ihrer wundesten Stellen. Das ganze Besitz-Farbenspiel der neuen Weltordnung findet sich, nebst einem verhängnisvollen Fragezeichen über Siam und Persien — am Übergang von der indischen zur pazifischen Welt: Teilstücke „Paneuropas", diesem nur durch fremde Gewalt, nicht mit ihrem eigenen Willen eingegliedert: Französisch-Indochina, Niederländisch-Insulinde, Portugiesisch-Timor und Makao; ein schamhaft wenig deutlich schräg gestreiftes Teilstück Panamerikas: die Philippinen (ohne Guam und Pago-Pago), das von Panamerika aber auch gar nichts wissen will, sondern sich mit seinen 12 Millionen Tagalen und Moros zu Ostasien zählt; Ostasien — verkleinert und ohne einige seiner wesentlichen Bestandteile —, noch dazu ganz Sachalin russisch gestreift, als ob es nicht zwei Jahrtausende ostasiatisch gewesen wäre, ehe es nur etwa dreißig Jahre ganz russisch und siebzig halb russisch war; endlich eine höchst gezerrte Strecke des als Britannien bezeichneten Gebildes von 36,3 Mill. qkm mit 454 Mill. Einwohnern, von denen gerade hier die 320 Mill. Inder, die Malaien-Halbinsel, Nordborneo, Ceylon und Neuguinea eben doch nur, aber auch nur durch Gewalt bei diesem „Britannien" gehalten werden.

Soll Paneuropa, soll der Völkerbund die ewige Dauer dieser wunderlich zerlappten Zustände gewährleisten; soll womöglich das beraubte Deutschland dazu Geld und Menschen stellen, um andere zu unterdrücken, wie es selbst unterdrückt wurde?

Die Kenntnis des indopazifischen Kraftfeldes läßt mich zum Schluß auf die Unmöglichkeit und Gemeingefährlichkeit der paneuropäischen Idee rebus sic stantibus schließen, wenn ich nur das Kartenbild betrachte, wie es wirklich ist und wie es das Propagandaheft selbst auf seine Schlußseite malt.

Ganz ohne Feuer steigt Rauch nicht empor, und so verzeichnen wir als eine Art Herbst-Reinigungsfeuer zu Ehren des Völkerbundes zwei angelsächsische Schriften, die von klar umrissenen Zukunftsbrandherden handeln und immerhin ein ganz beträchtliches Maß von geopolitischem Kredit ihrer Urheber an ihre Beschreibung wagen:

Für die eine zeichnet verantwortlich
Hector A. Bywater, der Verfasser von „Sea Power in the Pacific".

Er veröffentlicht als Ergebnis weiteren Nachdenkens über die dort berührten Fragen eine äußerst lebendige Schilderung eines japanisch-vereinsstaatlichen Zukunftskrieges über den Stillen Ozean hinweg im Jahre 1933 von zweijähriger Dauer, mit nicht ganz unwahrscheinlichen Wechselfällen: Anfangsverlust von Philippinen und Guam durch Aufstand und japanische Landung von 80000 Mann; Aufschwung des amerikanischen Nationalgefühls durch japanische U-Boot- und Flugzeugstörungen an der pazifischen Küste — deutlicher Reflex der englischen Erfahrung von 1914—18! —; dann langsames Gegenvorgehen mit Hilfe ganzer „dummy"-Flotten, eine See-Entscheidung bei Yap, Wirren mit China und Rußland und innere japanische Unruhen, die schließlich — ganz wie in Mitteleuropa — die entscheidende Wendung bringen.

Als Zweck des Buches wird hingestellt, den Glauben an die Möglichkeit einer solchen Entwicklung und einer transpazifischen Entscheidung, auch ohne Basen, aufrecht zu erhalten, wenn auch der pazifische Sehkreis für den Augenblick leidlich frei von Wolken sei.

Ein anderes Sturmfeld beschreibt erstmals in einem Vortrag in der Chicago-Universität der Amerikaner Henry K. Norton, offenbar mit dem Zweck, schärfere Aufmerksamkeit in den Vereinigten Staaten auf das kluge und gewagte Spiel der Sowjet-Staatskunst in Sibirien, Mongolei und Mandschurei zwischen Japan und China zu lenken. Er räumt ein, daß Rußland seine ganze Stellung im nordöstlichen Asien

wiedergewonnen habe, und zwar durch gute Diplomatie, vier Konferenzen und gewandtes „irreguläres Fechten". Es sei in seine alte Machtstellung zurückgekehrt, halte darüber hinaus die Mongolei in starken Händen und die ostchinesische Bahn fester als je.

„Und es ist dasselbe alte Rußland mit seinem Volksdruck von 150 Millionen und seinem Durst nach warmen Meeren, ausdehnungslüstern und ausdehnungsfähig, herrschsüchtig und herrschbegabt, das sein Teil getan hat, um die Welt in Waffen zu halten. Dieses Rußland und seine Führer sind im Osten in ganz ungewöhnlicher Lagengunst."

„Die Schlagworte des Krieges: Demokratie, Selbstbestimmung und Unabhängigkeit sind durch den Orient gehallt und haben den Kontrast zwischen westlicher Rede und westlichem Tun überstreckt! Die Abneigung der Vertragsmächte, irgend ein noch so berechtigtes Zugeständnis zu machen, die wahren Ergebnisse der Washington-Konferenz, Frankreichs lange Verzögerung der Ratifikation, Japans Weigerung, die Rückgabe der Südmandschurei auch nur in Erwägung zu ziehen, als die russische Pachtfrist (Frühjahr 1923) zu Ende gegangen war, und vor allem die beständige Beanspruchung ihrer Überlegenheit in Wort und Tat durch Europäer, Japaner und Amerikaner haben die erwachten Teile des chinesischen Volkes an die Grenzen der Verzweiflung gebracht." ... „Das gibt fruchtbaren Boden für die Wirren-Saat des Bolschewismus, so sehr der Kommunismus als wirtschaftliche oder Machtlehre dem Geist und der Tradition der chinesischen Rasse zuwider ist. (??) Aber extremer Nationalismus ist trotz ihrem internationalen Bekenntnis ein Lieblingsinstrument der Moskauer Staatskunst ...."

Dann wird geschildert, wie Japan und Rußland sich Changs und Fengs als Wandschirm zu bedienen suchen, und wie unwahrscheinlich es sein würde, daß sich ein Ausbruch zwischen beiden auf China lokalisieren lasse, wenn auch die Vereinigten Staaten durch russische Geschicklichkeit bisher außer Spiel gelassen und nicht auf die Seite der beiden eurasischen Inselmächte getrieben worden seien.

Die unbehagliche Stellung der Vereinigten Staaten zwischen Rußland und einem imperialistischen Japan, ohne Möglichkeit dauernder Neutralität als Großmacht und führende Wirtschaftsmacht, wird dann in scharfen Linien von dem guten Kenner des Ostens geschildert, „und es wird für uns gut sein, nicht zu glücklich in Seiden und Kirschblüten zu schwärmen und nicht zu verachtungsvoll auf Bolschewiken herabzusehen, und nicht zu ätherisch auf Frieden und Abrüstung zu vertrauen, sondern zu realisieren, daß über dem Fernen Osten augenblicklich ein verzweifeltes Wagespiel der Weltpolitik hin und her geht, nicht minder mit Gefahrstoff geladen, als das Spiel, das im Juli 1914 in Serajewo zum Ausbruch kam und seinen Gefahrpunkt fand."

Beide Anschauungen werden bis zum Erscheinen dieses Berichtes wohl in Buchform den Weltmarkt erreicht haben und sind des Nach denkens wert!

Verantwortlich sind: Dr. F. Hesse, Berlin-Grunewald, Hohenzollerndamm 83 / Prof. Dr. K. Haushofer, München, Arcisstraße 30 / Prof. Dr. E. Obst, Hannover, Geibelstraße 24 / Studienrat Dr. H. Lautensach, Hannover, Freiligrathstr. 9 / Professor Dr. Maull, Frankfurt/Main, Franz Rückerstraße 23 / Verlag: Kurt Vowinckel Verlag, Berlin-Grunewald, Hohenzollerndamm 83 / Druck: Saladruck Zieger & Steinkopf, Berlin SO 16, Köpenicker Str. 114.

AUTOREN- UND LÄNDERREGISTER
für den
Jahrgang 1925

